LEONBERG

Sitzung des Sozial- und Kultusausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 01.12.2021, 19:00 Uhr
Ort, Raum:	Rathaus Sitzungssaal groß RL023, Belforter Platz 1, 71229 Leonberg

Aufgrund der momentan geltenden Abstands- und Hygieneregeln ist die Zahl der Plätze im Publikum auf 15 begrenzt, die vor Ort nach Reihenfolge des Eintreffens vergeben werden. Alle Besucherinnen und Besucher der Sitzung müssen einen medizinischen Mund-Nasen-Schutz (z.B. eine FFP2- oder OP-Maske) tragen. Wir bitten um Beachtung der 3G-Regel. Nicht-immunisierte Besucherinnen und Besucher erhalten in der aktuell geltenden Alarmstufe II nur Zutritt durch Vorlage eines tagesaktuellen negativen Antigen- oder PCR-Tests.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

1	Ergebnisse und Anfragen des Jugendausschusses
2	Bekanntgaben
3	Beantwortung von Anfragen
3.1	Schellingschule - Beschädigte Fensterscheiben und Glastür
4	Jugendmusikschule Leonberg Bericht der Schulleitung über das Schuljahr 2020/2021
5	Anpassung der Honorarordnung der vhs Leonberg
6	Personalausgaben und Stellenplan 2022 Strukturdaten des Personalbestandes 2021 zur Kenntnis
7	Haushalt 2022
7.1	Haushaltsplanentwurf 2022 (Schulhaushalt) mit mittelfristiger Investitionsplanung 2022 bis 2025
7.1.1	Haushaltsplanentwurf 2022 (Schulhaushalt) mit mittelfristiger Investitionsplanung 2022 bis 2025 Beschlussvorschlag aus dem Sozial- und Kultusausschuss vom 10.11.2021
7.2	Jugendmusikschule Leonberg Haushaltsplanentwurf 2022
7.3	Haushaltsentwurf 2022 der Volkshochschule Leonberg
7.4	Haushaltsplan 2022 - Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2022
7.5	Haushaltsplan 2022 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2022

7.6 Haushaltsplan 2022 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen

7.6.1 Haushaltsplan 2022 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen
Ergänzungsantrag aus dem Ortschaftsrat Gebersheim
(Nachtrag)

7.6.2 Haushaltsplan 2022 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen
Ergänzungsantrag aus dem Ortschaftsrat Höfingen
(Nachtrag)

7.7 Haushaltsplan und Wirtschaftspläne 2022 - Ergänzungsanträge des Ortschaftsrats Gebersheim

7.8 Haushaltsplan und Wirtschaftspläne 2022 - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Höfingen

8 Wiederherstellung des Trimm-Dich-Pfades in Höfingen

8.1 Beschlussvorschlag aus dem Ortschaftsrat Höfingen vom 24.11.2021
Wiederherstellung des Trimm-Dich-Pfades in Höfingen
(Nachtrag)

9 Umgestaltung Spielplatz Goethestraße

10 Bildungscampus Ezach - Neubau einer 8-gruppigen Kindertagesstätte mit Mensa

11 Umbau EG & UG Eltinger Straße 8 - Obdachlosen- bzw. Flüchtlingsunterkunft mit Option auf bezahlbare städtische Mietwohnungen

12 Anfragen

13 Verschiedenes

2021/411
öffentlich
Anfrage in einer Sitzung

Frau Staubach

Dezernat III

Beratungsfolge	*Geplante Sitzungstermine*	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Beantwortung Anfrage)	01.12.2021	Ö

Schellingschule - Beschädigte Fensterscheiben und Glastür

Anfrage aus dem Sozial- und Kultusausschuss vom 10.11.2021

Frau Staubach nimmt Bezug auf die Schellingschule und informiert, einige Fensterscheiben seien beschädigt und mittlerweile auch eine Glastür. Sie bittet, dass dies geprüft wird.

Stellungnahme der Verwaltung

Momentan werden Angebote zum Austausch der beschädigten Scheiben der Fenster und der Glastür eingeholt.

Nach Prüfung und Wertung der Angebote wird der Austausch entsprechend beauftragt.

Anlage/n
Keine

2021/380
öffentlich

LEONBERG

Dezernat I
Jugendmusikschule

Amt für Kultur und Sport

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	*Ö / N*
Beirat Jugendmusikschule (Kenntnisnahme)	N
Sozial- und Kultusausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Gemeinderat (Kenntnisnahme)	Ö

Jugendmusikschule Leonberg
Bericht der Schulleitung über das Schuljahr 2020/2021

Kenntnisnahme

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Jugendmusikschule entwickelte sich im Berichtsjahr positiv:

1. Das Unterrichtsangebot der Jugendmusikschule konnte im Schuljahr 2020/2021 parallel zu den Veränderungen in Gesellschaft und Bildungslandschaft sowie zur Corona-Pandemie erhalten und weiterentwickelt werden. Die zur Erfüllung des Bildungsauftrags erforderliche Breiten- und Spitzenförderung ist abgesehen von Pandemie-bedingten Einschränkungen im Ensemble- und Elementarbereich weiterhin in allen Fächern möglich. Virtueller Unterricht während des Lockdowns sowie die anschließende Wiederöffnung trafen erneut auf äußerst positive Resonanz bei Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern.

2. Die Projekte in Kooperation mit den allgemein bildenden Schulen wurden dem Bedarf angepasst und sofern Pandemie-bedingt möglich fortgesetzt.

3. 19 Schülerinnen und Schüler der Jugendmusikschule nahmen am Wettbewerb „Jugend musiziert“ teil. Die Begabtenklasse/ „Musik vertieft“ wurde mit 10 Teilnehmenden fortgesetzt.

4. Zum Schuljahrsbeginn konnte eine neue stellvertretende Schulleiterin sowie eine Lehrkraft für Streichinstrumente und Streicherklasse eingestellt werden.

5. Der Kostendeckungsgrad steigt planmäßig von 2021 zu 2022 um 6.97 %. Die Gebührenerhöhung zum 1. 9. 2021 um durchschnittlich 5 % wurde von der Elternschaft mit getragen.

Ziele der Maßnahme

Die Jugendmusikschule Leonberg hat gemäß den Empfehlungen des KGSt-Gutachtens „Musikschule“ sowie den „Empfehlungen zur Musikschule“ des Deutschen Landkreistags und Deutschen Städtetags als Bildungseinrichtung nach wie vor die Aufgabe, „Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine musikalische Grundausbildung zu vermitteln, den

Nachwuchs für das Laien- und Liebhabermusizieren heranzubilden (Breitenförderung), Begabungen zu erkennen und zu fördern sowie auf das Studium der Musik vorzubereiten.“ Der Deutsche Städtetag nennt öffentliche Musikschulen „Einrichtungen des Bildungswesens und der kulturellen Grundversorgung“ und benennt ihre Bildungsziele (siehe ausführlicher DS 2003 Nr. S 32).

Sachverhalt/ Sachstand

Im Oktober 2021 hatte die Jugendmusikschule mit 1224 Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren und 168 Erwachsenen insgesamt 1392 Teilnehmende bzw. 1621 Belegungen und einen gegenüber dem Vorjahr leicht gestiegenen Schüler- und Belegungsstand (+ 71 bzw. 98). Zuwächse ergaben sich bei Singen-Bewegen-Sprechen (+ 11), bei den Kooperationen mit allgemein bildenden Schulen (+ 26) und im Hauptfachunterricht (+ 36), wenngleich aufgrund der pandemie-bedingten Regelungen in Singen-Bewegen-Sprechen noch immer nicht der Stand vor der Pandemie erreicht ist (295 Kinder in 26 Gruppen). In den Breitenangeboten (d. h. Elementarbereich einschließlich Singen-Bewegen-Sprechen sowie Schulprojekte) werden jedoch noch immer weit über 50 % der Schülerinnen und Schüler der Jugendmusikschule unterrichtet.

Das Landesprogramm zur Sprachförderung SPATZ/ SBS „Singen-Bewegen-Sprechen“ wird derzeit in 10 Gruppen für 126 Leonberger Kinder in folgenden 5 Leonberger Kindertageseinrichtungen durchgeführt: Kinderhaus Spitalhof, Kinderhaus Kunterbunt, Oberlin-Haus, Kindergarten Mammutzahn und Kinderhaus Ezach. Aufgrund der durch die Pandemie notwendigen Veränderungen der räumlichen Gegebenheiten konnte SBS in einigen Einrichtungen leider noch immer nicht angeboten werden. Das Förderprogramm ist für die Kinder ein wichtiges, kostenfreies Förderangebot und sehr bedeutend für die Chancengerechtigkeit. Die gute Zusammenarbeit mit dem Sachgebiet Kindertageseinrichtungen des Amts für Jugend, Familie und Schule und der Kirchenpflege der Ev. Gesamtkirchengemeinde erleichtert dessen Verwaltungsabwicklung.

Die Kooperationen mit allgemein bildenden Schulen wurden dem Bedarf angepasst. Die Rhythmik-AG an der Marie-Curie-Schule in der Klassenstufe 1 konnte durch Sponsoring der Firma LEWA GmbH dankenswerterweise nochmals ohne Teilnehmerbeiträge stattfinden und begann zum 1. 10. 2021. Weiter bewährt hat sich das Bandprojekt an der Karl-Georg-Haldenwang-Schule sowie der flankierende Partnerunterricht für acht Schüler, der vom SWR-Projekt „Herzenssache“ gefördert. An der Grundschule Höfingen konnte eine Bläser-AG in Kooperation mit dem Musikverein Höfingen e.V. beginnen. Die nächste, Pandemie-bedingt erst jetzt wieder mögliche Instrumentalklasse an der Marie-Curie-Schule wird für spätestens März 2022 anvisiert. Ein neuer Jahrgang der Instrumentalklassen in Kooperation mit dem Albert-Schweitzer-Gymnasium und dem Johannes-Kepler-Gymnasium startete bereits. Die Schülerinnen und Schüler konnten durch herausragendes Engagement der beteiligten Pädagoginnen und Pädagogen sowie der Schulleitungen der beiden Gymnasien auch während der gesamten Pandemiezeit unterrichtet werden, wo nötig in getrennten Gruppen.

In den Instrumentalklassen geht es nicht nur um das Erlernen eines Instruments, sondern vor allem um gemeinsames Musizieren, das Fördern von Disziplin und der Ausrichtung auf ein gemeinsames Ziel, um die mit einem Auftritt verbundene zielorientierte Arbeitsweise sowie entsprechende Erfolgserlebnisse. Zusätzlich ist besonders erfreulich, dass sich aus dem elften Jahrgang der Instrumentalklassen in Kooperation mit den Leonberger Gymnasien nach zweijähriger Laufzeit 6 von 31 Schülerinnen und Schülern für einen weiterführenden Instrumentalunterricht entschieden haben. Insgesamt werden in den Schulkooperationen nun 461 Schülerinnen und Schüler unterrichtet.

Die nutzerbedingt gebührenfrei stattfindenden Percussion-AGs an der Marie-Curie-Schule (Gemeinschaftsschule) können durch eine Spende der Stiftung „Bürger helfen Bürgern“ auch im kommenden Schuljahr weitergeführt werden. Diese Spende konnte durch Unterstützung

des Fördervereins gewonnen werden.

Auch die Begabtenklasse für außergewöhnlich begabte und fleißige Schülerinnen und Schüler konnte durch herausragendes Engagement des Fördervereins und Spenden weitergeführt werden. Im Berichtsjahr nahmen 10 Schülerinnen und Schüler teil (je 5 „Musik vertieft“ und Begabtenklasse). Der Förderverein ermöglicht hierfür zudem eine Korrepetition. Die Spenden hierfür reichen bis zum 31.08.2022. Pro Schuljahr sind Spenden in Höhe von ca. 3.200,- € erforderlich, da das Defizit der Jugendmusikschule hierdurch nicht steigen soll.

Die langjährige stellvertretende Schulleiterin der Jugendmusikschule ist zum Schuljahrswechsel in den Ruhestand eingetreten. Ihr Unterrichtsdeputat im Streicherbereich konnte ebenso wie ihre Fachbereichsleitungen Streichinstrumente, Ensemble und die stellvertretende Schulleitung zum Schuljahrsbeginn neu besetzt werden. Ihre Nachfolgerinnen bzw. Nachfolger arbeiten sich engagiert ein.

Nachfragebedingt sind an der Jugendmusikschule inzwischen fünf Teilzeit-Lehrkräfte für Gitarre tätig, die nun alle Bereiche vom AG-Unterricht über Ukulele bis zur Gitarren-Spitzenförderung und dem Popularbereich abdecken.

Ein erneuter Wechsel der Verwaltungsleitung mit bereits mehrmonatiger Vakanz führt in Verwaltung und Schulleitung der Jugendmusikschule zu Dauerbelastungen, die nicht mehr abgefedert werden können. Die Organisations-Struktur der Musikschul-Verwaltung wird derzeit überarbeitet und die Stelle ist ausgeschrieben.

Die Corona-Pandemie brachte auch in diesem Berichtsjahr vielfach veränderte Abläufe und Erfordernisse. Während des Lockdowns und sofern möglich bei Erkrankung von Schülern wurde virtueller Unterricht erteilt, wofür die Lehrkräfte weiterhin private Endgeräte und Räume einsetzten. Ruhen musste der Unterricht erneut nur in denjenigen Bildungskooperationen, wo aufgrund des Datenschutzes keine Kontaktdaten der Nutzer vorlagen. Hier gelang teils jedoch eine Weiterleitung von Video-Unterrichtseinheiten oder Einwahldaten für virtuellen Unterricht an die Nutzer. Durch Fortsetzen der umfangreichen Hygiene-Maßnahmen durfte seit Juni in allen Fächern Präsenzunterricht in Gruppen bis zu 20 Personen stattfinden. Die Auflagen werden weiterhin gewissenhaft eingehalten, ermöglichen sie doch den pädagogisch wichtigen Präsenzunterricht. Auch für Ensemble-Unterricht v. a. in Gruppen über 20 Personen wurden Lösungen gefunden. Im Elementarbereich werden aufgrund großer Besorgnis von Nutzern etwa für Eltern-Kind-Gruppen teils kleinere Kurse angeboten.

Die weiterhin erheblichen Aufwände und Mehrkosten für den Präsenzunterricht unter Pandemie-Bedingungen haben sich erneut gelohnt: Virtueller Unterricht sowie anschließender Präsenzunterricht waren für Schülerinnen und Schüler weiterhin eine pädagogisch wichtige Konstante und begleiteten sie während dieser Ausnahmesituation. Dies zeigte sich erneut etwa an vielen sehr positiven Rückmeldungen auch seitens der Eltern sowie beim ersten Online-Schüler-Eltern-Lehrerabend, den der Elternbeirat erfolgreich veranstaltete. Auch der Anstieg der Schülerzahl ist hierauf und auf die hohe pädagogische Qualität des Unterrichts zurückzuführen.

Konferenzen und Besprechungen erfolgten weiterhin meist digital und ergaben erneut kreative pädagogische Ideen für diese besondere Situation. Eine zweitägige pädagogische Fortbildung zum Thema „Musikunterricht für die Generation Zappelphilipipp“ sowie „Meine Schüler und ich – ein gutes Team“ konnte in externen Räumen mit gebotenem Abstand in Präsenz durchgeführt werden. Sie brachte wertvolle Ergebnisse für die pädagogische Arbeit. Weiterhin engagierten sich die Lehrkräfte bei der Professionalisierung im virtuellen Unterricht,was auch über die Corona-Pandemie hinaus für einen zeitgemäßen Musikschul-Präsenzunterricht erforderlich ist. Sofern erforderlich, erhalten sie hierbei Inhouse-Coaching durch einen hierauf spezialisierten Kollegen.

Die Paketangebote für Erwachsene erfreuten sich weiterhin guter Nachfrage. Verschiedene

konzeptionelle Überlegungen etwa zu weiteren Kooperationen mit den allgemein bildenden Schulen, Angeboten für Erwachsene, Musikgeragogik und Angeboten für Flüchtlinge konnten wegen Krankenständen und Pandemie noch nicht weiter verfolgt werden.

In den Unterrrichtsräumen der Jugendmusikschule Lindenbergerstraße 16 und 18 sowie in der Georgii-Halle ist inzwischen WLAN vorhanden, um im Grundsatz Online-Unterricht bei Quarantäne-Fällen während der Pandemie sowie digitale Ergänzungen für einen zeitgemäßen Musikschul-Präsenzunterricht zu ermöglichen. Hierbei lernen die Kinder und Jugendlichen zugleich sinnvolle Anwendungsmöglichkeiten der aktuellen Technik kennen. Die Beschaffung von digitalen Endgeräten für die Lehrkräfte sowie Einrichtung von Dienstemailadressen für alle Lehrkräfte gemäß dem Digitalisierungskonzept der Jugendmusikschule (siehe Vorlage 2020/234) sind derzeit in Arbeit.

Dem weiteren Absinken des Kostendeckungsgrads, zuletzt auch durch pandemie-bedingte Einnahmenverluste etwa um weitere 3,18 % von Rechnungsergebnis 2019 zu 2020 wurde durch eine Gebührenerhöhung um durchschnittlich 5% gegengesteuert. Der Kostendeckungsgrad steigt 2022 planmäßig um 6,97 %.

Bei der Zusammenarbeit von Musikverein Lyra Leonberg e.V., Musikverein Höfingen e.V. und Jugendmusikschule Leonberg hat sich die verbesserte Förderung der Ausbildung von Vereinsjugendlichen weiterhin bewährt. Derzeit werden 85 Vereinsjugendliche ausgebildet. Weitere Schülerinnen und Schüler der Jugendmusikschule wirken zudem in den Jugendkapellen der Vereine mit. Auch das Beginner-Ensemble zur engeren Vernetzung mit den Instrumentalklassen sowie zur Förderung des Verein-Nachwuchses bewährte sich weiterhin. Aufgrund der Pandemie mussten die Auftritte des gemeinsamen Projektorchesters entfallen. Der Bläsertag konnte immerhin erfolgreich stattfinden.

Im Schuljahr 2020/2021 hat der Verein der Freunde und Förderer die Jugendmusikschule mit einem Betrag von 18.736 € für Instrumentenkauf und Zubehör maßgeblich unterstützt. Er spendete ein besonders großes Marimbaphon etwa für die Teilnahme beim Wettbewerb Jugend musiziert sowie eine Großbass-Blockflöte. Darüber hinaus ermöglichte er die Begabtenklasse, wichtige Projekte wie die Percussion-AGs der Jugendmusikschule an der August-Lämmle-Schule und die Instrumentalklassen durch Beschaffung von Spenden sowie Stipendien für einzelne Schülerinnen und Schüler aus Familien in finanziellen Notlagen.

Im Berichtsjahr wurden bedingt durch die Pandemie nur 19 Veranstaltungen bzw. Mitwirkungen bei Veranstaltungen anderer mit etwa 345 Mitwirkenden und ca. 1065 Zuhörerinnen und Zuhörern durchgeführt, da sich die Einschränkungen diesmal fast über das gesamte Schuljahr erstreckten. Neben den üblichen Vorspielen und Konzerten sind folgende Veranstaltungen besonders hervorzuheben:

- Familienkonzert, Sommerkonzert und „Café del SOL“ des Sinfonieorchesters
- der gelungene Bläsertag
- Das Mozart-Singspiel „Bastien und Bastienne“ des Kammerensembles sowie ein festlicher Jubiläumsabend in der Stadthalle mit Schüler- und Lehrerkonzert anlässlich des 55-jährigen Jubiläums der Jugendmusikschule
- das Hofkonzert einer Geigenklasse im Samariterstift
- die Umrahmung der Eröffnung des Quartierladens Leonberg-Mitte „Markt-Treff“ im Leo-Center sowie dortiger Auftritt des Pop Chors.

Mit den bis einschließlich Juni fehlenden Vorspielen und Konzerten entfielen zugleich pädagogisch wichtige Erfolgs- und Lerngelegenheiten sowie Übeziele für die Kinder und Jugendlichen. Daher wurden behelfsweise Audio- und Videoaufnahmen im Unterricht erstellt, die pädagogisch einen ähnlichen Effekt bewirkten. Besonders hervorzuheben ist ein aufwändig erstelltes Kinderkonzert-Video der Jugendmusikschule Leonberg.

Bei diesjährigen Wettbewerben haben erneut zahlreiche Schülerinnen und Schüler der Jugendmusikschule erfolgreich abgeschnitten, wegen der Pandemie abermals unter immens erschwerten Bedingungen. 19 teilnehmende Schülerinnen und Schüler aus den Klassen von

Margret Brokate, Conni Gerstein-Ichimescu, Frank Lehmann, Konstanze Liebeskind, Norbert Niederer, Stefan Romer und Peter Varda errangen auf den verschiedenen Wettbewerbs-Stufen 17 erste Preise sowie acht Weiterleitungen zum Bundeswettbewerb, bei letzterem zwei 2. und vier 3. Preise sowie zwei Wertungen „mit sehr gutem Erfolg teilgenommen“.

Eine Lehrkraft der Jugendmusikschule erhielt den Landesjazzpreis des Landes Baden-Württemberg.

Die Erhöhung der Gebühren um durchschnittlich 5 % zur Stabilisierung des Kostendeckungsgrads wurde von der Elternschaft mit getragen. Gebührenermäßigungen für virtuellen Unterricht während des Lockdowns haben im Vergleich von Rechnungsergebnis und Plan 2020 zu Einnahmenverlusten von 44.713 EUR geführt. Die entsprechenden Regelungen wurden den Üblichkeiten an umliegenden Musikschulen sowie der Tatsache angepasst, dass sowohl weitere Investitionen hierfür erforderlich sind wie auch die erforderliche Professionalisierung der Lehrkräfte zwischenzeitlich erfolgt ist. Seit der Änderung konnten größere Einnahmenverluste so vermieden werden. Der Kostendeckungsgrad wird von 2021 zu 2022 planmäßig um 6,97 % steigen.

Problemlagen

I. Digitalisierung: Es besteht weiterhin Schulungsbedarf im Bereich von Digitalisierung und aktueller Aufnahmetechnik. Zudem fehlen die restlichen Lehrkräfte-Tablets und -Apps für Online-Unterricht und sinnvolle digitale Ergänzungen des Präsenzunterrichts. Inzwischen gibt es eine spezielle Musikschul-App für datenschutzkonformen Kontakt der Lehrkräfte mit den Nutzern bzw. der Verwaltung der Jugendmusikschule, die zudem datenschutzkonformen Online-Unterricht ermöglicht. Das WLAN in den Unterrichtsräumen der Jugendmusikschule funktioniert nur unzuverlässig und mit Störungen, auch fehlt entsprechendes Datenvolumen, um parallelen Online- Unterricht in allen Räumen zuverlässig anbieten zu können, der bislang immer wieder abbricht oder gar nicht erst möglich ist. Bis zur Anschaffung der restlichen Tablets für die Lehrkräfte ist zudem noch immer ein Teil des Kollegiums von Besprechungen und Konferenzen ausgeschlossen, was sich negativ auswirkt, andere mussten ihre privateigenen Endgeräte einsetzen.

II. Veränderungen in Gesellschaft und Bildungslandschaft:
Durch steigende Internationalität, Einfluss der neuen Medien, zahlreiche Konkurrenzangebote, verstärkte Entwicklung zum Ganztag sowie veränderte Altersstruktur entstehen weiterhin eine Vielzahl von Problemen in der Jugendmusikschule. Zur Erfüllung ihres Bildungs- und Erziehungsauftrags sowie hinsichtlich des umfassenden Inklusionsbegriffs im Leitbild des Verbands deutscher Musikschulen für öffentliche Musikschulen sind erforderlich:

a) finanziell niederschwellige und möglichst kostenfreie Angebote an den Grundschulen zur Ermöglichung breitestmöglicher Teilhabe und musikalischer Alphabetisierung
b) Fortsetzung der bisherigen Kooperationsangebote an Grundschulen
c) ausreichend zeitliche und räumliche Übungsmöglichkeiten für eine Fortsetzung der wirksamen Individualförderung mit der pädagogisch notwendigen Vertiefung
d) Fortsetzung und Verstärkung interkultureller und im weitesten Sinne inklusiver Überlegungen zur Ermöglichung breitestmöglicher Teilhabe
e) Fortsetzung der Überlegungen zu Angeboten für Menschen jedes Alters

Zwar bietet die Landesgesetzgebung bei Kindern und Jugendlichen finanzielle Möglichkeiten für niederschwellige Breitenangebote an Ganztagsschulen. Da derzeit noch immer nur die Mörikeschule diese nutzen kann, ist in der Breite tatsächlich jedoch noch immer keine nennenswerte Veränderung spürbar. Die Jugendmusikschule leistet in den Bildungskooperationen ihr Möglichstes, um innerhalb der derzeitigen finanziellen Rahmenbedingungen auch Kindern aus nicht musikaffinen und finanziell schlechter

gestellten Familien eine adäquate musikalische Bildung und vor allem die damit verbundene Förderung ihrer Persönlichkeitsentwicklung zu ermöglichen.

Problematisch bleibt jedoch weiterhin die Finanzierung ihrer Teilnahme. Denn bei der Finanzierung über Spenden oder Sponsoring haben die Schulen oft Schwierigkeiten, die Mittel aufzubringen bzw. entstehen der Jugendmusikschule erhebliche Aufwände bei der Suche nach Spendern und Sponsoren. Kostenbedingt ist oft auch die pädagogisch sinnvolle kontinuierliche Fortführung der Angebote in Frage gestellt. Trotz allen Bemühens um möglichst niedrige und für den Kostendeckungsgrad noch vertretbare Gebühren können wiederholt interessierte Schülerinnen und Schüler wegen der Gebühren nicht teilnehmen.

III. Fehlende Angebote im Elementarbereich:
Bei den Eltern-Kind-Kursen der Jugendmusikschule fehlen Kurse für Kinder unter 1,5 Jahren. Andernorts gibt es zudem inwzischen auch Kurse für werdende Mütter. Der Bedarf hierfür ist absehbar.

IV. Fehlende Fachbereichsleitung Gitarre:
Eine Weiterentwicklung des Fachs Gitarre und bestmögliche Abstimmung der fünf Gitarrenlehrkräfte auch im Hinblick auf mögliche weitere Breitenangebote ist nicht weiter im Fachbereich Blockflöte leistbar, wo das Fach bislang behelfsweise zugeordnet ist.

V. Kostendeckungsgrad:
Zwar stabilisiert sich der Kostendeckungsgrad durch die aktuelle Gebührenerhöhung. Eine Umfrage in der Region ergab, dass einige öffentliche Musikschulen moderate turnusmäßige Gebührenanpassungen im ein- oder zweijährigen Rhythmus vornehmen, um entsprechend erforderliche stärkere Gebührenerhöhungen zu vermeiden

Weiteres Vorgehen

I. Fortsetzung der Digitalisierung in der Jugendmusikschule: In Absprache mit dem Amt IUK werden entlang des Digitalisierungskonzepts nächste Maßnahmen durchgeführt. Das Konzept wird weiter aktualisiert. Für 2022 sind entsprechende Mittel zur Netzwerkverkabelung für flächendeckendes stabiles WLAN für Online-Unterricht in allen Unterrichtsräumen der Jugendmusikschule vorzusehen. Die restlichen Tablets für Lehrkräfte sind zu beschaffen. Zur datenschutzkonformen und zeitgemäßen Kommunikation zwischen Lehrkräften, Nutzern und Verwaltung der Jugendmusikschule sowie für datenschutzkonformen Online-Unterricht wird die Musikschul-App iMikel-Go installiert. (Siehe Vorlage: 2021/381)

II. Im Hinblick auf die steigende Internationalität werden so bald wie angesichts der Pandemie und kapazitätsbedingt möglich integrationsfördernde musikalische Angebote und Angebote für Flüchtlinge erstellt, sofern dies ohne Steigerung des Abmangels leistbar ist. Gleiches gilt für Fortbildungen zur interkulturellen Kompetenz. Die Bildungskooperationen der Jugendmusikschule werden hinsichtlich interkultureller Gestaltung weiterentwickelt.

Konzeptionelle Überlegungen zu bedarfsorientierten, möglichst kostendeckenden Angeboten für Erwachsene sowie für musikgeragogische Angebote werden soweit möglich fort- und umgesetzt.

III. So bald wie möglich werden geeignete Eltern-Kind-Kurse für Kinder unter 1,5 jahren sowie pränatale Kurse angeboten.

IV. Die Fachbereichsleitung Gitarre wird intern zum nächstmöglichen Zeitpunkt vergeben.

V. Zur Stabilisierung des Kostendeckungsgrads der Jugendmusikschule wird zusammen mit den Unterlagen für die Haushaltsberatungen 2023 ein Konzept für regelmäßige moderate

Gebührenanpassungen auf der Basis eines Marktvergleichs vorgelegt. Dabei soll weiterhin ein breitestmöglicher Zugang zu den Angeboten der Jugendmusikschule möglich sein.

Anlage/n

1 Statistischer Bericht Seite 1 bis 7 (öffentlich)

2 Veranstaltungen 2020 bis 2021 (öffentlich)

Jugendmusikschule Leonberg
Statistischer Bericht

Stand: Oktober 2021

		Oktober 2019	Oktober 2020	Oktober 2021
I.	**Gesamtschüler/innen**	**1.473**	**1.321**	**1.392**
	davon manuell erfasst	422	284	290
	a) männlich	649	596	620
	weiblich	822	723	772
	ohne Geschlechtsangabe	2	2	0
	b) Kinder / Jugendliche bis 18 Jahre	1.326	1.167	1.224
	c) Erwachsene			
	19 bis 25 Jahre	30	34	45
	26 bis 60 Jahre	95	98	99
	d) über 60 Jahre	15	17	17
	e) ohne Angabe	7	5	7
	f) Wohnort in Leonberg	928	917	990
	aus anderen Wohnorten	123	120	112
	ohne Wohnortangabe (manuell erfasst)	422	284	290
II.	**Gesamtzahl der gegebenen Wochenstunden** 1)	**588,54**	**585,30**	**575,97**
	(davon Ferienüberhang)	63,16	64,49	62,20
III.	**Gesamtzahl der Lehrkräfte**	**39**	**40**	**40**
IV.	**Schüler/in pro Wochenstunde**	**2,50**	**2,26**	**2,42**

1) Jahresdurchschnitt (November-Oktober)

Jugendmusikschule Leonberg
Statistischer Bericht

Unterrichtsbelegung

	Oktober 2019	Oktober 2020	Oktober 2021
	Belegungen / Kurse	Belegungen / Kurse	Belegungen / Kurse
I. Elementare Musikpädagogik und Orientierungsstufe	**458**	**292**	**291**
1. Rhythmik insgesamt 2)	92 / 9	103 / 10	90 / 10
2. S-B-S in Kindertageseinrichtungen	295 / 26	115 / 12	126 / 10
3. Eltern-Kind-Gruppe	32 / 4	42 / 5	43 / 5
4. Instrumentenkarussell	30 / 7	27 / 7	28 / 7
5. Gitarren-Grundkurs „Gitarreros"	9 / 2	5 / 1	4 / 1
II. Vokal- und Instrumentalunterricht	**632**	**647**	**688**
III. Ensembles / Ergänzungsfächer	**203 / 19**	**203 / 20**	**214 / 21**
davon Musiklehre und Hörerziehung	3 / 1	8 / 2	3 / 2
IV. Schulprojekte	**463**	**435**	**461**
1. Schellingschule: Glockenspiel-AG	20 / 2	23 / 2	20 / 2
2. August-Lämmle-Schule: Percussion-AG	34 / 2	52 / 2	52 / 2
3. August-Lämmle-Schule: Gitarren-AG	15 / 2	19 / 2	26 / 3
4. August-Lämmle-Schule: Blockflöten-AG	15 / 2	7 / 1	8 / 1
5. August-Lämmle-Schule: Rhythmik-AG	9 / 1	16 / 1	10 / 1
6. Sophie-Scholl-Schule: Gitarren-AG	27 / 4	20 / 3	35 / 4
7. Spitalschule: Blockflöten-AG	23 / 3	21 / 3	33 / 4
8. Spitalschule: Geigen-AG	-	-	-
9. Spitalschule: Bläser-AG	-	-	-
10. Spitalschule: Rhytmik-AG	14 / 1	10 / 1	6 / 1
11. Grundschule Warmbronn: Blockflöten-AG	16 / 2	18 / 3	22 / 3
12. Grundschule Warmbronn: Rhythmik-Projekt	24 / 1	40 / 1	40 / 1
13. Grundschule Höfingen: Blockflöten-AG	24 / 4	18 / 4	31 / 4
14. Grundschule Höfingen: Bläser-AG	22 / 6	10 / 3	9 / 3
15. Mörikeschule: Blockflöten-AG	17 / 2	19 / 2	13 / 2
16. Mörikeschule: Rhythmik-AG	11 / 1	6 / 1	11 / 1
17. Mörikeschule: Streicher-AG	6 / 1	13 / 2	12 / 2
18. Karl-Georg-Haldenwang-Schule: Rhythmik	7 / 1	6 / 1	6 / 1
19. Karl-Georg-Haldenwang-Schule: Bandprojekt	6 / 3	6 / 3	6 / 3
20. Karl-Georg-Haldenwang-Schule: Bandcoaching	13 / 1	13 / 1	13 / 1
21. ASG-JKG: Streicherklasse	40 / 4 3)	25 / 4 3)	27 / 4 3)
22. ASG-JKG: Bläserklasse	83 / 10 3)	93 / 10 3)	81 / 8 3)
23. August-Lämmle-Schule: Bläserklasse	37 / 4	- 4)	- 4)
Gesamtbelegung	**1715**	**1539**	**1621**
Unterrichtsbelegung pro Wochenstunde	**2,91**	**2,63**	**2,81**

2) Inklusive Rhythmik-AGs, welche zusätzlich unter Punkt IV. ausgewiesen sind, Rhythmik-Projekt Warmbronn separat erfasst

3) Mit Hilfe des neuen Softwareprogramms konnten die genauen Belegungszahlen (Gesamtprobe, Registerprobe) ermittelt werden

4) Muss als jahrgangsübergreifendes Angebot wg. Corona derzeit pausieren

Jugendmusikschule Leonberg
Statistischer Bericht

Vokal- und Instrumentalunterricht / Schülerzahlen

Unterrichtsfach	Oktober 2019	Oktober 2020	Oktober 2021
1. Blockflöte 5)	96	94	111
2. E-Gitarre / E-Bass	12	9	12
3. Euphonium	3	3	3
4. Fagott	9	7	8
5. Gitarre	48	63	64
6. Horn	8	8	9
7. Jazz-Klavier	2	2	2
8. Klarinette	23	25	31
9. Klavier	143	138	141
10. Kontrabass	5	6	6
11. Oboe	4	5	4
12. Popular-Gesang	16	16	18
13. Posaune	7	6	9
14. Querflöte	44	43	42
15. Saxophon	22	22	25
16. Schlagzeug	32	32	33
17. Tenorhorn	3	2	4
18. Trompete	24	28	27
19. Tuba	1	-	1
20. Ukulele	5	5	2
21. Viola	9	9	11
22. Violine	86	94	94
23. Violoncello	30	30	31
Insgesamt	**632**	**647**	**688**

5) Ohne AG's an den allgemeinbildenden Schulen

Jugendmusikschule Leonberg
Statistischer Bericht

Unterricht (Schülerzahl) in den Ortsteilen
Gebersheim - Höfingen - Warmbronn - Silberberg

		Oktober 2019	Oktober 2020	Oktober 2021
Ortsteil	**Unterrichtsfach**	**Belegungen / Kurse**	**Belegungen / Kurse**	**Belegungen / Kurse**
Gebersheim	Blockflöte	8	7	4
Höfingen	Bläser-AG	22 / 6	10 / 3	9 / 3
	Blockflöte	10	7	12
	Blockflöten-AG	24 / 4	18 / 4	31 / 4
	Klarinette	9	10	9
	Landesprojekt S-B-S	36 / 4	41 / 4	41 / 3
	Querflöte	17	20	17
	Saxophon	4	4	3
	Tenorhorn	1	1	4
	Trompete	10	10	8
Warmbronn	Blockflöte	13	12	21
	Blockflöten-AG	16 / 2	18 / 4	22 / 3
	Eltern-Kind-Gruppe	4	8	8
	Gitarre	15	17	13
	Landesprojekt S-B-S	36 / 4	-	-
	Rhythmik / Rhythmik-Projekt	33 / 2	50 / 2	50 / 2
	Violine	3	-	-
Silberberg	Rhythmik	10 / 1	10 / 1	0 / 0
Insgesamt		**271**	**243**	**252**

Jugendmusikschule Leonberg
Statistischer Bericht

Instrumentalunterricht für Schüler/innen aus Musikvereinen

	Oktober 2019	Oktober 2020	Oktober 2021
Schülerzahl	87	87	85
Wochenstunden	54,00	56,33	58,33

Schulgeldermäßigung

	Oktober 2019	Oktober 2020	Oktober 2020
Teilhabepass 6)	19	18	19
Geschwisterermäßigung 6)	161	152	155
Mehrfächerermäßigung 6)	57	51	57
Insgesamt	**237**	**221**	**231**

6) Jahresdurchschnitt (November-Oktober)

Pädagogisches Personal

	Oktober 2019	Oktober 2020	Oktober 2020
1. Hauptberuflich vollbeschäftigte Lehrkräfte (100% TVöD)	3	3	3
2. Hauptberuflich nicht vollbeschäftigte Lehrkräfte (ab 50% TVöD)	9	10	11
3. Nebenberufliche Lehrkräfte mit Beschäftigung (unter 50% TVöD)	22	20	19
4. Honorarlehrkräfte / Freie Mitarbeiter	5	7	7
Insgesamt	**39**	**40**	**40**

Jugendmusikschule Leonberg
Statistischer Bericht

Zuschussentwicklung 2014-2021

Rechnungsergebnis

Kameralistischer Haushalt

Jahr	Gesamtausgaben	Zuschuss der Stadt	Zuschuss des Landes	Kostenersatz Land (SBS)	Elternbeiträge
2014	1.455.833 €	606.041 € 41,63%	104.988 € 7,21%	59.600 € 4,09%	622.424 € 42,75%
2015	1.545.483 €	758.333 € 7) 49,07%	105.317 € 6,81%	- € 8) 0,00%	632.406 € 40,92%
2016	1.587.560 €	754.777 € 47,54%	98.846 € 6,23%	44.000 € 2,77%	635.689 € 40,04%

7) Davon 132.896 € für Sanierung

8) Buchung ist bereits 2014 erfolgt

Doppischer Haushalt

Jahr	Gesamtausgaben	Zuschuss der Stadt	Zuschuss des Landes	Kostenersatz Land (SBS)	Elternbeiträge
2018	2.162.461 € 9)	1.305.692 € 60,38%	100.264 € 4,64%	55.000 € 2,54%	667.575 € 30,87%
2019	2.254.481 € 9)	1.341.243 € 59,49%	158.180 € 7,02%	54.500 € 2,42%	668.763 € 29,66%
2020	2.204.812 € 9)	1.381.855 € 62,67%	151.337 € 6,86%	26.400 € 1,20%	604.750 € 27,43%

9) Durch zusätzliche Ausgaben für das NKHR: Steuerungsumlage, Serviceumlage, Gebäudemiete (interne Leistungsverrechnung)

Doppischer Haushalt (Plan)

Jahr	Gesamtausgaben	Zuschuss der Stadt	Zuschuss des Landes	Kostenersatz Land (SBS)	Elternbeiträge
2021	2.430.879 € 10)	1.567.009 € 64,46%	150.000 € 6,17%	26.400 € 1,09%	679.000 € 27,93%
2022	2.187.606 € 10)	1.257.736 € 57,49%	170.000 € 7,77%	26.400 € 1,21%	727.000 € 33,23%

10) Durch zusätzliche Ausgaben für das NKHR: Steuerungsumlage, Serviceumlage, Gebäudemiete

Jugendmusikschule Leonberg
Statistischer Bericht

Leistungs- und Kostenverhältnis

	2020	Plan 2021	Plan 2022
Erträge	822.957 €	863.870 €	929.870 €
Aufwendungen	2.204.812 €	2.430.879 €	2.187.606 €
Saldo	1.381.855 €	1.567.009 €	1.257.736 €
Deckungsgrad	37,33%	35,54%	42,51%

Leistungen

Art	2019 (10/19)	2020 (10/20)	2021 (10/20)
Gesamtunterrichtsbelegung	1.715	1.539	1.621
1. davon Rhythmik	92	103	90
2. davon Instrumentalunterricht	632	647	688
a) JMS-Schüler	545	560	603
b) Musikvereinsschüler	87	87	85
3. davon Ensemble/Ergänzungsfächer	203	203	214
4. Unterrichtseinheiten	22.365	22.241	21.887
Leihinstrumente 11)			
1. an Schülerinnen und Schüler	35	31	71
2. an Schulen, Kirchen, Institutionen, Musikvereine u.a.	3	3	3
Schulveranstaltungen			
1. Vorspiele / Konzerte/ Orchesterfreizeiten	52	22	19
2. Fremdveranstaltungen	14	5	4

11) Anzahl kostenpflichtig ausgeliehener Instrumente

Kennzahlen

Art	2019 (12/19)	2020 (09/20)	2021 (09/21)
Einwohnerzahl	48.723	48.686	48.776
Zuschuss pro Einwohner	28,36 €	32,19 €	25,79 €
Zuschuss pro Belegung	805,75 €	1.018,20 €	775,90 €
Zuschuss pro Unterrichtseinheit	61,79 €	70,45 €	57,47 €
Belegung pro Wochenstunde	13,04	14,45	13,50
Schüler pro 100 Einwohner	3,02	3,03	3,02
Beleger pro 100 Einwohner	3,52	3,16	3,32
besetzte Stellen (Lehrpersonal) 12)	17,19	17,66	18,33

12) Bezogen auf 100 % Beschäftigungsgrad, ohne Honorarkräfte und Abteilung "Ausbildung von Vereinsjugendlichen"

Jugendmusikschule Leonberg

Veranstaltungskalender vom 21.10.2020 – 26.10.2021

fett: Fremdveranstaltungen

Konzerte - Vorspiele - Mitwirkung bei Fremdveranstaltungen

Datum	Art der Veranstaltung / Ort	Ausführende	Leitung
21.10.2020	Schülervorspiel	Klavier	Fr. Reitz
23.10.2020	Familienkonzert Sinfonieorchester	Sinfonieorchester	Hr. Adiarte
30.06.2021	Klassenvorspiel	Klavier	Fr. Reitz
02.07.2021	Klassenvorspiel	Klavier	Hr. Romer
04.07.2021	Sommerkonzert	Sinfonieorchester	Hr. Adiarte
10.07.2021	Klassenvorspiel	Klavier	Hr. Romer
14.07.2021	Klassenvorspiel	Klavier	Fr. Lützner
16.07.2021	Klassenvorspiel	Blockflöte und Klavier	Fr. Herkommer-Bischoff
19.07.2021	Klassenvorspiel	Blockflöte und Querflöte	Fr. Gerstein-Ichimescu
21.07.2021	Klassenvorspiel	Klavier	Fr. Reitz
22.07.2021	Klassenvorspiel	Blockflöte und Gitarre	Fr. Braun-Bader
22.07.2021	Klassenvorspiel	Blockflöte und Klavier	Fr. Herkommer-Bischoff
25.07.2021	**Kids spielen Klassik**	**Verschiedene Schüler**	**Verschiedene, u.a. Fr. Bernert**
28.07.2021	**Hofkonzert im Samariterstift**	**Verschiedene Schüler**	**Verschiedene, u.a. Fr. Bernert**
04.10.2021	**Quartier Leonberg-Mitte , Markt-Treff Leo Center**	**Trompete**	**Hr. Niederer**
08.10.2021	**Quartier Leonberg-Mitte , Markt-Treff Leo Center**	**Gesang**	**Fr. Abdallah**
17.10.2021	Bläsertag Winds and Drums - Bläsertag einmal anders	JMS, Musikverein Lyra Leonberg e.V., Musikverein Höfingen e.V.	Verschiedene
22.10.2021	55 Jahre Jugendmusikschule Mozart-Singspiel "Bastien und Bastienne"	Jugendsinfonieorchester	Hr. Ahl
26.10.2021	55 Jahre Jugendmusikschule Festkonzert mit Lehrerkonzert	Verschiedene Lehrkräfte und Schüler	Verschiedene

2021/407
öffentlich

Dezernat I
Volkshochschule

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	*Ö / N*
Kuratorium Volkshochschule (Vorberatung)	N
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Anpassung der Honorarordnung der vhs Leonberg

Beschlussvorschlag

Die Anpassung der Honorarordnung der Volkshochschule Leonberg wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Kontierung/ Sachkonto	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
2022:			
Kostenstelle 27100000 Sachkonto 33210010 Teilnahmegebühren förderfähig	525.000 €	530.000 €	Der Finanzbedarf ist im Haushaltsplanentwurf 2022 veranschlagt.
Kostenstelle 27100000 Sachkonto 33210011 Teilnahmegebühren nicht förderfähig	50.000 €	50.000 €	
Kostenstelle 27100000 Sachkonto 42910010 Honorare förderfähig	350.000 €	331.500 €	
Kostenstelle 27100000 Sachkonto 42910011 Honorare nicht förderfähig	45.000 €	38.250 €	
Kostenstelle 27100000 Sachkonto 31410000 Landeszuschuss	150.000 €	160.000 €	

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Volkshochschule Leonberg hat letztmalig zum 1. September 2015 eine Anpassung der Honorarordnung der Volkshochschule Leonberg vorgenommen. Eine bereits beabsichtigte und schon damals notwendige Überarbeitung wurde zu Beginn des Jahres 2020 mit Blick auf

die Pandemiesituation vorläufig zurückgestellt. Die jetzt vorgesehene Anpassung der Honorarordnung ist eine Überarbeitung, die sicherstellen soll, dass die inzwischen spürbar kritisch gewordene Situation bezüglich der Gewinnung und des Haltens von qualifizierten Dozentinnen und Dozenten der Volkshochschule nicht zu einer massiven Krise wird.

Die Anpassung der Honorarordnung ist notwendig, um die Volkshochschule Leonberg auf einem Bildungsmarkt, in dem sie durch die gegenwärtige Krise unter schwierigen und ungewöhnlichen Bedingungen operieren muss, reaktions- und damit wettbewerbsfähig zu halten. Das grundlegende Ziel hierbei ist es, die vhs Leonberg auch für die weitere Zukunft fit zu machen und zu halten, sich auf dem durch die Krise schwieriger gewordenen Markt zu behaupten und das gerade in der Krise wichtige Weiterbildungsangebot im Mittelzentrum Leonberg zu festigen und zu stabilisieren.

Inzwischen haben sich die Honorare der Volkshochschulen in der Region so entwickelt, dass es zunehmend schwierig wird, gute Dozentinnen und Dozenten zu gewinnen und zu halten. Hier ist die Volkshochschule nun regelrecht gezwungen, sich an diese Marktgegebenheiten anzupassen, will sie nicht in verschiedenen Angebotssegmenten vom Markt verdrängt werden. Auch in der Binnenstruktur der Leonberger VHS ist eine erhebliche Schieflage durch die mehrfache Anhebung der Honorare für Integrationskurse durch das BAMF entstanden, die zu massiven Unterschieden bei den Honoraren für bestimmte Deutschkursformate führt und damit geeignet ist, eine eventuell aufkeimende Unzufriedenheit bei Dozentinnen und Dozenten deutlich zu verschärfen.
Um handlungsfähig zu bleiben, werden die Honorarkorridore in der Honorarordnung der Volkshochschule moderat erweitert, auch um der Vielfalt der Angebote in den jeweiligen Fachbereichen besser Rechnung tragen zu können und auch innerhalb eines Fachbereichs Angebote mit qualitativ unterschiedlichen Anforderungen an die Dozierenden gegebenenfalls auch unterschiedlich vergüten zu können.
In der gegenwärtigen Krisensituation muss eine Anpassung der Honorare stattfinden, um zu verhindern, dass die Dozentinnen und Dozenten der Leonberger Volkshochschule sich in großer Zahl von der VHS abwenden. Diese Entwicklung ist in ihren Anfängen bereits deutlich spürbar und droht sich zu beschleunigen. Daher würde auch nur ein kurzes weiteres Zögern hierauf zu reagieren langfristige, vermutlich auch irreparable Schäden in der über viele Jahre mühsam aufgebauten Angebotsstruktur der Leonberger Volkshochschule zur Folge haben.

Die Neufassung der Honorarordnung liegt als Anlage bei.

Anlage/n

1 Honorarsätze der vhs Leonberg ab 15.02.2022 (öffentlich)

Anlage 1

Honorarsätze der Volkshochschule Leonberg ab 15. Februar 2022

Bereich	**Honorarkorridor neu ab Feb. 2022 (Standard)**	**Honorarkorridor alt (bis Feb. 2022)**
Politik, Gesellschaft, Umwelt	19,00 - 25,00 €	19,00 - 25,00 €
Erziehung, Literatur, Kunst, Musik,	20,00 - 25,00 €	20,00 - 25,00 €
Psychologie, Philosophie, Theater	Pauschalhonorare	Pauschalhonorare
Montagsakademie	25,00 - 35,00 €	25,00 - 30,00 €
Künstl. Gestalten, Zeichnen, Malen	19,00 - 30,00 €	19,00 - 30,00 €
Fotografie, Video	21,00 - 27,00 €	21,00 - 25,00 €
Textilkunde, Mode, Nähen	19,00 - 22,00 €	19,00 - 21,00 €
Ernährung	22,00 - 24,00 €	22,00 - 24,00 €
Wirtschaft, Verbraucherfragen	19,00 - 25,00 €	19,00 - 25,00 €
Arbeit, Beruf, Computerschreiben	20,00 - 30,00 €	20,00 - 30,00 €
EDV	24,00 - 30,00 €	24,00 - 27,00 €
EDV Kinder- und Jugendkurse	24,00 - 27,00 €	24,00 €
Sprachen	20,00 - 26,00 €	20,00 €
Deutsch (Muttersprache), Rhetorik	20,00 - 30,00 €	20,00 - 30,00 €
Deutsch als Fremdsprache	20,00 - 26,00 €	20,00
Integrationskurse	41,00 € (wird durch das BAMF vorgegeben)	35,00 €
Naturwiss., Recht, Gesundheit	21,00 - 25,00 €	21,00 - 25,00 €
Tanz	20,00 - 34,00 € (Für 2 Kursleitende)	20,00 - 32,00 €
Gymnastik, Entspannung	19,00 - 26,00 €	19,00 - 25,00 €
Exkursionen, Studienfahrten, Wanderungen	Pauschalhonorare	Pauschalhonorare
Vorträge	Pauschalhonorare (75,00 – 150,00 €)	Pauschalhonorare (75,00 – 120,00 €)

2021/291
öffentlich

Dezernat I
Personalabteilung

Hauptamt

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	*Ö / N*
Gemeinderat (Einbringung)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Personalausgaben und Stellenplan 2022

Strukturdaten des Personalbestandes 2021 zur Kenntnis

Beschlussvorschlag

1. Dem Stellenplan 2022 und den voraussichtlichen Personalkosten wird zugestimmt. Die Stellenübersichten (Teile A bis D) werden Bestandteil des Haushaltsplans 2022.

2. Zwei Stellen für „Systemadministration“ für den Bereich Schulen im Amt für Informations- und Kommunikationstechniken werden bewilligt.

3. Zwei Stellen für „Support“ im Amt für Informations- und Kommunikationstechniken werden bewilligt.

4. Die mit 50 % vorhandene Stelle zur unterstützenden Sachbearbeitung in der Personalabteilung wird um 50 % erhöht.

5. Die Stelle einer „Abteilungsleitung für den technischen Bereich“ des Gebäudemanagements wird bewilligt.

6. Die mit 20 % im Stellenplan vorhandene Stelle „Sachbearbeitung Marktwesen“ im Ordnungsamt wird um 50 % erhöht.

7. Die im Stellenplan mit 75 % enthaltene Stelle „Umweltplanung“ im Planungsamt wird um 25 % erhöht.

8. Eine Ausbildungsstelle „Digitalisierungs-Verwaltungsmanagement“ (duales Studium) wird geschaffen

9. Drei neue Ausbildungsstellen zur praxisintegrierten Ausbildung von Kinderpfleger*innen werden geschaffen.

10. Eine Stelle für ein Volontariat im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit wird geschaffen.

11. Die Strukturdaten des Personalbestandes (Stand 30.06.2021) Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
Querbudget Personal	2022		42.587.985 Euro	

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Vorlage gibt einen Überblick über

- die voraussichtlichen Personalausgaben im Haushaltsjahr 2022,
- die Zahl der erforderlichen Stellen im Haushaltsjahr 2022,
- die Strukturdaten des Personalbestandes Stand 30.06.2021

Der Stellenplan ist Bestandteil des Haushaltsplans und damit Grundlage für die Personalplanung und den Personaleinsatz des Haushaltsjahres 2022.

Teil A stellt dar, wie viele Beamtenstellen vorhanden sind. Hierbei ist zu beachten, dass aus rechtlichen Gründen für alle Beamt*innen in Elternzeit bzw. mit voller oder teilweiser befristet gewährter Beurlaubung sogenannte Leerstellen ausgewiesen werden müssen. Dies resultiert aus dem im Beamtenrecht verankerten Rechtsanspruch auf eine Vollzeitstelle.

Teil A des vorliegenden Stellenplans enthält 6,05 solcher Leerstellen, die nicht besetzt sind. Für Leerstellen fallen keine Personalkosten an und sind auch nicht im Budget eingeplant.

Am Stichtag 30.06.2021 sind mit den drei Bürgermeister*innen 59 Beamtinnen und Beamte in Voll- oder Teilzeit im aktiven Dienst. Vier Beamtinnen sind in Elternzeit bzw. voll beurlaubt. 20,5 Beamtenstellen sind am Stichtag mit Beschäftigten besetzt.

Teil B stellt die Beschäftigtenstellen untergliedert nach Stellen im Sozial- und Erziehungsdienst sowie Stellen im übrigen Bereich der Stadtverwaltung dar.

Für Beschäftigte, die in der Freistellungsphase der Altersteilzeit sind, müssen im Stellenplan Stellen ausgewiesen sein. Diese Stellen entfallen mit Beginn des Ruhestands. Im Jahr 2022 werden 12 Beschäftigte in der Freistellungsphase der Altersteilzeit sein. Während der Freistellung in der Altersteilzeit entstehen noch Personalkosten.

<u>Entwicklung der Personalkosten:</u>

Grundlage der Hochrechnung der voraussichtlichen Personalkosten im Jahr 2022 ist der Personalbestand am Stichtag 30.06.2021. Am Stichtag bereits bekannte Veränderungen wie z. B. Erfahrungsaufstiege und Tariferhöhung sind berücksichtigt. Personalkosten für beantragte neue Stellen sind ebenfalls eingerechnet.

Bei der Berechnung ist berücksichtigt, dass jedes Jahr mehrere Stellen über einen längeren Zeitraum nicht besetzt sind. Hierfür wurden 1.348.000 Euro bei der Planung bereits in Abzug gebracht.

Jahr	Personalkosten
2018 Ergebnis	36.098.596,34 €
2019 Ergebnis	38.658.274,41 €

2020 Ergebnis	41.507.457,56 €
2021 Plan	40.840.031,00 €
2022 Plan	42.587.985,00 €

Voraussichtliche Personalkostenerstattungen für 2022

Kostenerstattungen und Personalkostenzuschüsse werden von verschiedenen Stellen auf Antrag gewährt. Im Querbudget Personal werden alle Personalaufwendungen geplant und verbucht. Erst im nach hinein können Zuschüsse und Erstattungen abgerechnet und vereinnahmt werden. Diese Erträge werden produktplanbezogen verbucht.

Personalkostenerstattungen und Zuschüsse 2022	**Betrag**
Erstattung Hausmeisterkosten, durch Eigentümergemeinschaft	8.100 €
Integrationsmittel für Kinder mit Behinderung, Kreis BB volle Erstattung	180.000 €
Verwaltung Bildung und Teilhabe, Landratsamt	32.000 €
Nachfolgeförderung VWV Integrationsbeauftragte, Land BW	60.980 €
Vier Stellen für Integrationsmanagement, Land BW volle Erstattung	192.312 €
TAKKI- und TAPIR Verwaltung, Kreis BB	52.000 €
Zuschuss für Jugendmusikschule, Land BW	145.000 €
Zuschuss für VHS, Land BW	155.000 €
Luftreinhaltung	47.600 €
Erstattung Pflegeverbund für Personalzuweisung	34.800 €
Stauwärtervergütung, Verbund	37.161 €
Zensus, volle Erstattung	40.000 €
Zwei Fachkraftstellen Sprachförderung in Kitas, Bund	100.000 €
Zwei PIA-Stellen, Förderung Bundesprogramm	37.800 €
Qualitätsmanagement, Beteiligung Katholische Kirche	7.800 €
Kostenzuschuss Inklusion, Integrationsamt	11.000 €
Erstattungen Beschäftigungsverbote und Mutterschutz, Krankenkassen	Erstattungsbetrag ergibt sich erst rückwirkend

Personalgewinnung:

Die Gewinnung von Fachkräften zur Sicherung der Aufgabenerfüllung der Stadtverwaltung ist nach wie vor schwierig. Trotz attraktiver Leistungen für Beschäftigte (z. B. ÖPNV-Zuschuss, Entgeltumwandlung für Bikeleasing, flexible Arbeitszeitmodelle, sehr gute Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten) müssen inzwischen fast alle Stellen mehrfach ausgeschrieben werden. Eine Nachbesetzung ist nur sehr selten ohne eine längere Vakanz der Stelle möglich.

Um als attraktiver Arbeitgeber deutlicher am Arbeitsmarkt wahrgenommen zu werden, soll der öffentliche Auftritt bei gleichzeitiger Begrenzung der Ausschreibungskosten optimiert werden.

Neue in den Stellenplan 2022 aufgenommene Stellen:

1. Amt für Informations- und Kommunikationstechniken

a) Stellenschaffung“ IT-Systemelektroniker*in“ 2 x 100 % (EG 10) für den Bereich Schulen

Im Rahmen der Digitalisierung der Schulen steigt die Zahl der zu betreuenden Endgeräte, Systeme und Hardware auch in den kommenden Jahren deutlich an. Die Beschaffung von Tablets für alle Lehrkräfte ist in Umsetzung. Weiterhin sollen die Klassenzimmer aller Schulen mit Präsentationstechnik ausgestattet werden.
Zur Umsetzung und Betreuung sind zwei weitere Stellen für die IT-Sachbearbeitung in

Bildungseinrichtungen (IT-Systemelektroniker – EG 10) erforderlich.

b) Stellenschaffung „Fachinformatiker*in“ 2 x 100 % (EG 9a)

Mit fortschreitender Digitalisierung der Gesamtverwaltung wurden und werden immer neue IT-Systeme eingeführt bzw. vorhandene intensiver genutzt. Dadurch wird die Administration immer umfangreicher, komplexer und aufwendiger. Die Administratoren müssen dringend entlastet werden, um ihre Kernaufgaben, die Qualität des Systembetriebs, gewährleisten zu können.

Die Abhängigkeit der Beschäftigten in fast allen Bereichen der Verwaltung von funktionierender IT-Ausstattung erfordert schnelles Handeln des IT-Supports. Längere Wartezeiten sind nicht tolerierbar. Durch eine gute Supportverfügbarkeit und deren zügige Reaktion können Reibungsverluste in allen Fachbereichen reduziert werden.

Zwei Support-Stellen (Fachinformatiker Systemintegration - EG 9 a) für die Anwenderunterstützung aller städtischen IT-Nutzer sind daher dringend erforderlich.

2. Hauptamt
Stellenaufstockung um 50 % Verwaltungsfachangestellte*r (EG 8)

Durch die starke Zunahme des Aufwands bei der Personalgewinnung und die arbeitsmarkt-bedingte hohe Fluktuation, fallen immer mehr damit zusammenhängende administrative Tätigkeiten an. Um die Personalsachbearbeitung als Service für alle Bereiche der Stadtverwaltung und der Eigenbetriebe sicher zu stellen, müssen Aufgaben an den Bereich der unterstützenden Sachbearbeitung abgegeben werden. Die Stelle (EG 8) ist dringend von 50 auf 100 % Beschäftigungsumfang aufzustocken.

3. Gebäudemanagement
Stellenschaffung „Abteilungsleitung technisches Gebäudemanagement“
Dipl. Ingenieur Architekt (EG 12)

Die technische Abteilung des Gebäudemanagements mit 14 Beschäftigten (Voll- und Teilzeit) wird bislang von der Amtsleitung geleitet.

Die Umsetzung von Projektsteuerungs- und Managementaufgaben größerer Neubau/Hochbauprojekte sowie die Umsetzung der Projektsteuerungs- und Management-aufgaben von Umbau- und Sanierungsmaßnahmen städtischer Objekte steigt.

Die Wahrnehmung der Bauherrenfunktion bei der Planung und Ausführung städtischer Hochbauprojekte umfasst die Koordination der Planungsbeteiligten wie Architekten, Fachingenieure, beratende Leistungen, Kosten- und Terminsteuerung, Baukostenfeststellung der Bauprojekte, Überprüfung von Planungen externer Ingenieurbüros sowie Ergebniskontrolle und Mitwirkung beim Abschluss von Architekten- und Ingenieurverträgen.

Die Anzahl der Projekte und Projektgruppen im Zuständigkeitsbereich des Gebäude-managements steigt kontinuierlich. Auch die Komplexität von Projekten durch veränderte rechtliche Vorgaben, Klimathemen, Förderprogramme usw. erfordert ein mehr an Koordination und Abstimmung. Der steigende Abstimmungsbedarf mit Nutzern und der zeitliche Aufwand durch ein mehr an Projektgruppen erhöht die Belastung der Amtsleitung. Um die strategischen, steuernden und übergeordneten (Führungs-) Aufgaben wahrnehmen zu können, muss die Amtsleitung daher entlastet werden.

Zur Organisation/Aufgabenverteilung und Koordination der Mitarbeitenden und deren Budgetthemen sowie als Ansprechpartner*in für die Mitarbeitenden bei Fragen ist die Stelle einer Abteilungsleitung für die technische Abteilung erforderlich.

4. Ordnungsamt
Stellenaufstockung um 50 % Sachbearbeitung „Marktwesen“ (A 9 mD)

Qualität und Quantität der Planung, Organisation und Durchführung der städtischen Wochenmärkte, des Krämermarktes beim Pferdemarkt und der städtischen Nikolaus- und Weihnachtsmärkte (auch Höfingen) stieg in den letzten Jahren auch durch veränderte rechtliche Anforderungen stetig an.

Eine Mitarbeiterin nimmt die Aufgabe bislang mit einem Stellenanteil von 20 % zusätzlich zu ihren Aufgaben im Ausländeramt wahr. Durch den gestiegenen Aufwand für den Bereich Marktwesen kommt es jedoch zu längeren Bearbeitungszeiten in ihrem Zuständigkeitsbereichs im Ausländerwesen.
Eine Erhöhung des Stellenanteils für das Marktwesen um 50 % ist daher erforderlich.

5. Stadtplanungsamt
Stellenaufstockung von 75% auf 100 % „Umweltplaner*in“ (EG 11)

Aufgrund der Vielzahl der Planungsaufgaben im Bereich Bauleitplanung, der Arbeitsanforderungen zur Umsetzung der Grünraumstrategie der Stadt Leonberg und der Umsetzung der Ziele des Klimaschutzgesetzes ist eine Erhöhung des Stellenumfangs der vorhandenen Stelle von 75 % auf 100 % erforderlich.

Umweltplanerische Themen nehmen auf Grund der Einhaltung der Klimaschutzziele auch in Zukunft verstärkt Raum ein. Dies zeigt sich z. B. in der Änderung des Bodenschutzgesetzes durch Erstellung von Bodenschutzkonzepten nach DIN 19639 i. V. m. Neuregelungen im Landes-Bodenschutz- und Altlastengesetzes und dem Monitoring der Ökokontomaßnahmen.

Anstehende Großprojekte erfordern hohen zeitlichen Einsatz im Bereich Umweltplanung.

6. Ausbildung – Teil D Stellenplan
a)Schaffung einer Ausbildungsstelle Studiengang „Digitales Verwaltungsmanagement“

Die Hochschulen Kehl und Ludwigsburg haben 2020 einen neuen Studiengang “Bachelor of Arts Digitales Verwaltungsmanagement” geschaffen.
Das duale Studium zielt darauf ab Fachkräfte auszubilden, die sowohl das klassische Verwaltungswissen des gehobenen Verwaltungsdienstes als auch IT-Kenntnisse erlangen und dadurch die digitale Transformation in Verwaltungen vorantreiben.
Praxisphasen und Phasen des Studiums wechseln sich ab, so dass ein hoher Praxisbezug zu erwarten ist.

b) Schaffung von drei Ausbildungsplätzen der praxisintegrierten Ausbildung von Kinderpfleger*innen

Zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Kindertageseinrichtungen sollen 3 Ausbildungsstellen für Kinderpfleger*innen zur Betreuung von Kleinkindern in Kinderkrippen geschaffen werden.

c) Ausweisung einer Stelle „Volontariat“ im Referat für Öffentlichkeitsarbeit und E-Government.

Stellenplan 2022

Übersicht Teile A bis D

Teil A : Beamte

Teil B : Beschäftigte

Teil C : Aufteilung der Stellen nach Gliederung des Haushaltsplanes

Teil D : Beschäftigte in der Probe- und Ausbildungszeit

Aufwandentschädigungen

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022

Teil A: Beamte

Teil AI. Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

		Zahl der Stellen					Nachrichtlich	
			darunter					
Laufbahngruppen	Besoldungs-gruppe	Insgesamt	Mit Zulage	Sonder-schlüssel	Leer-stellen	Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
Wahlbeamte	B7	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	DAE
	B5	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	DAE
	B4	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	1,00	DAE
	A12	1,10	0,00	0,00	0,00	1,10	1,10	pauschale AE
hoeherer Dienst								
	A15	2,00	0,00	0,00	0,00	2,00	2,00	1 Beschäftigte
	A14	3,00	0,00	0,00	0,00	4,50	3,00	
	A13/H	1,00	0,00	0,00	0,00	1,00	0,00	1 Beschäftigte
gehobener Dienst								
	A13/G	8,00	0,00	0,00	0,00	6,00	6,00	2 Beschäftigte
	A12	10,10	0,00	0,00	0,00	10,10	8,90	1 Beschäftigte
	A11	32,30	0,00	0,00	3,40	30,95	26,00	5 Beschäftigte
	A10	3,00	0,00	0,00	0,50	5,00	2,00	1,5 Beschäftigte
mittlerer Dienst								
	A9/M	8,65	0,00	0,00	0,65	8,05	6,42	3,5 Beschäftigte
	A8	9,50	0,00	0,00	1,00	10,00	8,60	5,5 Beschäftigte
	A7	1,00	0,00	0,00	0,50	1,00	0,50	
Insgesamt		**82,65**	**0,00**	**0,00**	**6,05**	**82,70**	**67,52**	

Teil AII. Sondervermögen mit Sonderrechnungen

		Zahl der Stellen					Nachrichtlich	
			darunter					
Laufbahngruppen	Besoldungs-gruppe	Insgesamt	Mit Zulage	Sonder-schlüssel	Leer-stellen	Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten	Erläuterungen
Insgesamt		**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	**0,00**	
Insgesamt AI + AII		**82,65**	**0,00**	**0,00**	**6,05**	**82,70**	**67,52**	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022

Teil B: Tariflich Beschäftigte

Teil B I. Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

	Zahl der Stellen 2022		Nachrichtlich		
Tarifart	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen	Zahl der Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
TVÖD VKA					
	E14	5,00	5,00	5,00	
	E13	3,00	2,00	2,00	
	E12	10,85	8,85	8,85	
	E11	30,95	30,95	29,14	
	E10	16,80	21,30	17,91	
	E09C	5,40	5,40	5,30	
	E09B	43,10	37,10	34,91	
	E09A	32,47	31,27	28,87	
	E08	29,30	26,30	24,81	
	E07	25,00	25,50	23,14	
	E06	72,73	72,33	63,63	
	E05-E09A	2,00	2,00	1,81	
	E05	37,05	37,05	32,14	
	E04	11,20	9,20	10,32	
	E03	11,27	10,27	10,27	
	E02UE	0,77	0,77	0,77	
	E02	33,00	34,09	26,39	
	E01	1,56	1,56	0,91	
Summe TVÖD-V	**Summe**	**371,45**	**360,95**	**326,18**	
BT-V Soz.&Erz.Dienst					
	S18	0,00	1,00	0,00	
	S17	8,00	6,00	6,00	
	S16	5,80	5,80	5,80	
	S15	5,80	5,80	5,60	
	S13	3,00	3,00	2,00	
	S12	3,30	3,30	3,00	
	S11B	4,80	4,80	4,50	
	S11A	0,50	0,50	1,05	
	S08B	3,05	3,05	2,30	
	S08A	181,77	180,77	153,16	
	S04	13,37	13,37	8,52	
	S03	2,00	2,00	2,64	
Summe SuE	**Summe**	**231,39**	**229,39**	**194,57**	
Insgesamt B I.		**602,84**	**590,34**	**520,75**	

Teil B II. Sondervermögen mit Sonderrechnungen

Tarifart	Entgeltgruppe	Zahl der Stellen 2022	Zahl der Stellen 2021	Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2021	Erläuterungen
Insgesamt BI + BII		**602,84**	**590,34**	**520,75**	
Insgesamt AI + BI		**685,49**	**673,04**	**588,27**	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022

Teil C: Aufteilung nach der Haushaltsgliederung

Teil C I. Beamte
Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Teilhaushalt	Bezeichnung	Wahlbeamte				hoeherer Dienst			gehobener Dienst				mittlerer Dienst			Summe
		B7	B5	B4	A12	A15	A14	A13/H	A13/G	A12	A11	A10	A9/M	A8	A7	
THH-01	Innere Verwaltung	1,00	1,00	1,00	1,10	0,95	0,80		4,00	5,32	19,50		0,50	1,50	1,00	**37,67**
THH-02	Sicherheit und Ordnung						0,20		1,70	0,10	6,30	1,50	6,51	7,00		**23,31**
THH-03	Schulträgeraufgaben											0,23				**0,23**
THH-04	Kultur, Sport und Bäder										1,00					**1,00**
THH-05	Soziales						1,00		1,30	1,00		0,77		1,00		**5,07**
THH-06	Planen, Bauen, Natur und Umwelt					1,05	1,00	1,00	1,00	3,68	5,50	0,50	1,50			**15,23**
THH-07	Wirtschaft und Tourismus												0,14			**0,14**
Gesamtsumme		**1,00**	**1,00**	**1,00**	**1,10**	**2,00**	**3,00**	**1,00**	**8,00**	**10,10**	**32,30**	**3,00**	**8,65**	**9,50**	**1,00**	**82,65**

TeilC. II. Beschäftigte
Gemeindeverwaltung - ohne Sondervermögen mit Sonderrechnung

Teilhaushalt	Bezeichnung	VÖD VKA																	Summe
		E14	E13	E12	E11	E10	E09C	E09B	E09A	E08	E07	E06	E05-E09A	E05	E04	E03	02UE	E02	E01	
THH-01	Innere Verwaltung	1,12		3,00	11,00	7,70	0,25	12,75	11,50	17,80	10,25	41,05	2,00	23,80	6,76	11,27	0,77	29,56		**190,57**
THH-02	Sicherheit und Ordnung			1,00		0,20	2,10	3,15	8,67	3,00	8,53	1,53								**28,18**
THH-03	Schulträgeraufgaben			2,00		2,25						9,15		2,50						**15,90**
THH-04	Kultur, Sport und Bäder	2,00		3,85	1,20	3,25	1,75	22,20	4,00	0,75	3,70	5,00						1,00	0,25	**48,95**
THH-05	Soziales				1,00	0,80		1,00	2,70	0,75	0,53			3,75	1,95			2,44	1,31	**16,22**
THH-06	Planen, Bauen, Natur und Umwe	0,88	3,00	1,00	16,75	1,80	1,30	4,00	4,60	7,00	2,00	16,00		7,00	2,50					**67,83**
THH-07	Wirtschaft und Tourismus	1,00			1,00	0,80			1,00											**3,80**
Gesamtsumme		**5,00**	**3,00**	**10,85**	**30,95**	**16,80**	**5,40**	**43,10**	**32,47**	**29,30**	**25,00**	**72,73**	**2,00**	**37,05**	**11,21**	**11,27**	**0,77**	**33,00**	**1,56**	**371,46**

TeilC. III. Beschäftigte
Zu C II. Beschäftigte - BT-V Soz. & Erz. Dienst

Teilhaushalt	Bezeichnung	BT-V Soz.&Erz.Dienst												Summe
		S18	S17	S16	S15	S13	S12	S11B	S11A	S08B	S08A	S04	S03	
THH-01	Innere Verwaltung													**0,00**
THH-02	Sicherheit und Ordnung													**0,00**
THH-03	Schulträgeraufgaben										18,05	9,37		**27,42**
THH-04	Kultur, Sport und Bäder													**0,00**
THH-05	Soziales		8,00	5,80	5,80	3,00	3,30	4,80	0,50	3,05	163,72	4,00	2,00	**203,97**
THH-06	Planen, Bauen, Natur und Umwelt													**0,00**
THH-07	Wirtschaft und Tourismus													**0,00**
Gesamtsumme		**0,00**	**8,00**	**5,80**	**5,80**	**3,00**	**3,30**	**4,80**	**0,50**	**3,05**	**181,77**	**13,37**	**2,00**	**231,39**

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022

Teil D: - nachrichtlich - Ehrenbeamte, Beschäftigte in Probe- oder Ausbildungszeit Haushaltsjahr 2022

II. Nachwuchskräfte und informatorisch beschäftigte Dienstkräfte

	Art der Vergütung / Besoldungsgruppe	Anzahl akt. Jahr	Anzahl Vorjahr	Beschäftigt am 30.Juni 2021	Erläuterungen
Beamte in der Probezeit	A9/G	0,00	1,00	0,00	
Anerkennungspraktik./Anerkennungspraktikantinnen Erzieher*in	TVPrakt	12,00	12,00	4,00	
Anpassungslehrgang	S04	4,00	4,00	2,00	
Auszubildende	TVAöD	25,00	25,00	22,00	
Freiwilliges Soziales Jahr	Festgehälter	38,00	38,00	27,00	
Inspektoranwärter/Inspektoranwärterinnen	Anwärterbezüge	4,00	4,00	0,00	1.09. bis 28.02 jährlich
Praktikanten/Praktikantinnen	Festgehälter	7,00	7,00	1,00	je nach Anfrage
Praxisintegrierte Erzieherausbilder	Azubi-PIA TVöD	41,00	38,00	27,00	
Sozialpädagogen DH (Duale Hochschule)	analog TVAöD	2,00	2,00	2,00	
Volontariat Presse und Öffentlichkeitsarbeit	freie Vereinbarung	1,00	0,00	0,00	
Summe		**134,00**	**131,00**	**85,00**	

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2022

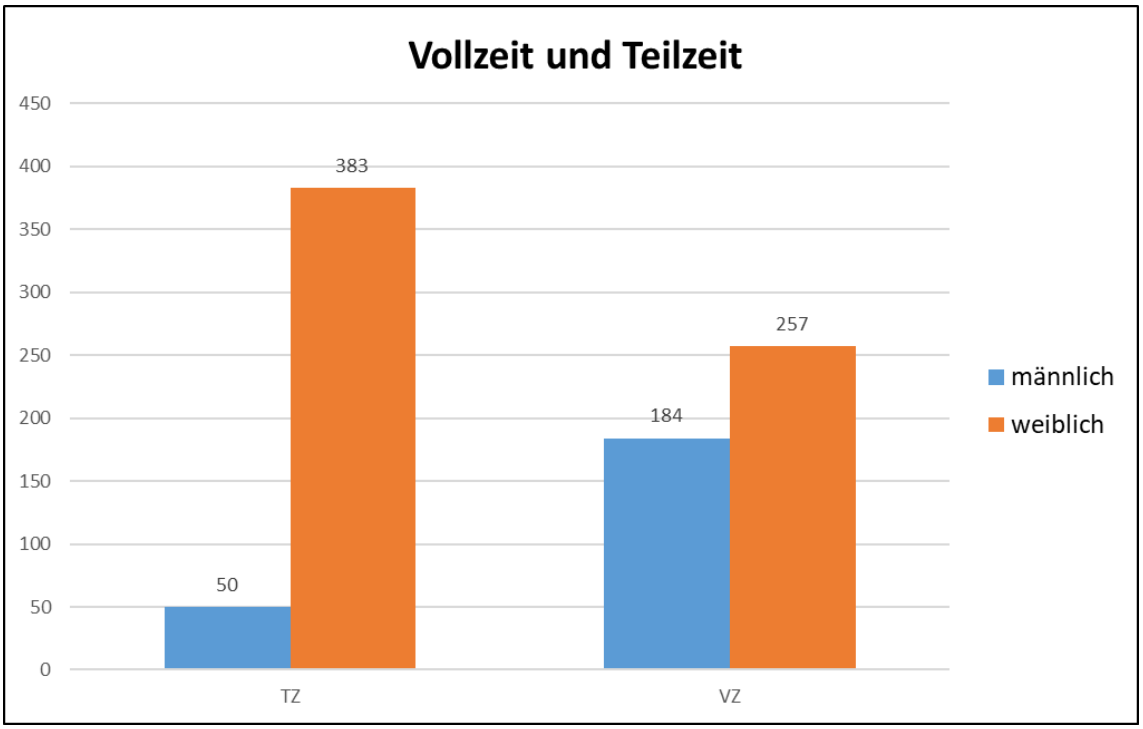
Anlage der Aufwandsentschädigungen für das Haushaltsjahr 2022

Planstelle		Besoldungsgruppe	Aufwandsentschädigung
1-O-A-01	1-O-A-01 Oberbürgermeister	B7	Dienstaufwandsentschädigung - DAE
1-O-B-01	1-O-B-01 Beigeordente/r	B5	Dienstaufwandsentschädigung - DAE
1-O-C-01	1-O-C-01 Beigeordente/r	B4	Dienstaufwandsentschädigung - DAE
1-O-A1	1-O-A1 Ortsvorsteher/in Gebersheim	A12	pauschale Aufwandsentschädigung - AE
1-O-A2	1-O-A2 Ortsvorsteher/in Höfingen	A12	pauschale Aufwandsentschädigung - AE
1-O-A3	1-O-A3 Ortsvorsteher/in Warmbronn	A12	pauschale Aufwandsentschädigung - AE

Anlage/n

1 Strukturdaten Personalbestand 30.06.2021 (öffentlich)

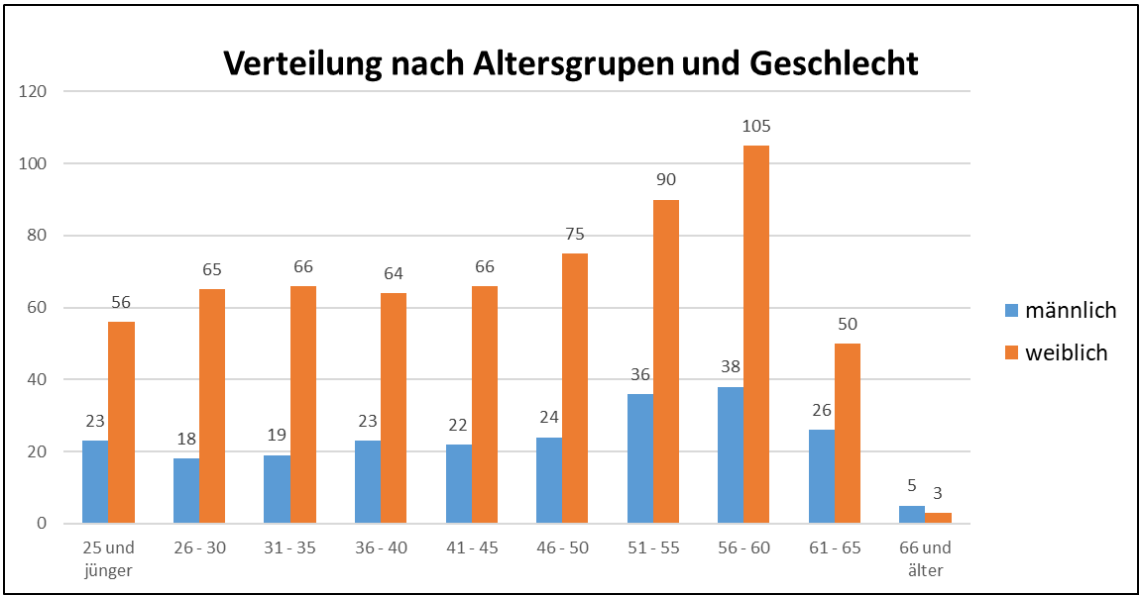
Strukturdaten des Personalbestands am Stichtag 30.06.2021



874 Beschäftigte, davon 234 Männer und 640 Frauen – Frauenquote 73,2 %

441 Personen arbeiten Vollzeit und 433 Teilzeit – Teilzeitquote – Teilzeitquote 49,5 %

(ohne Aushilfen, Auszubildende und Praktikanten)

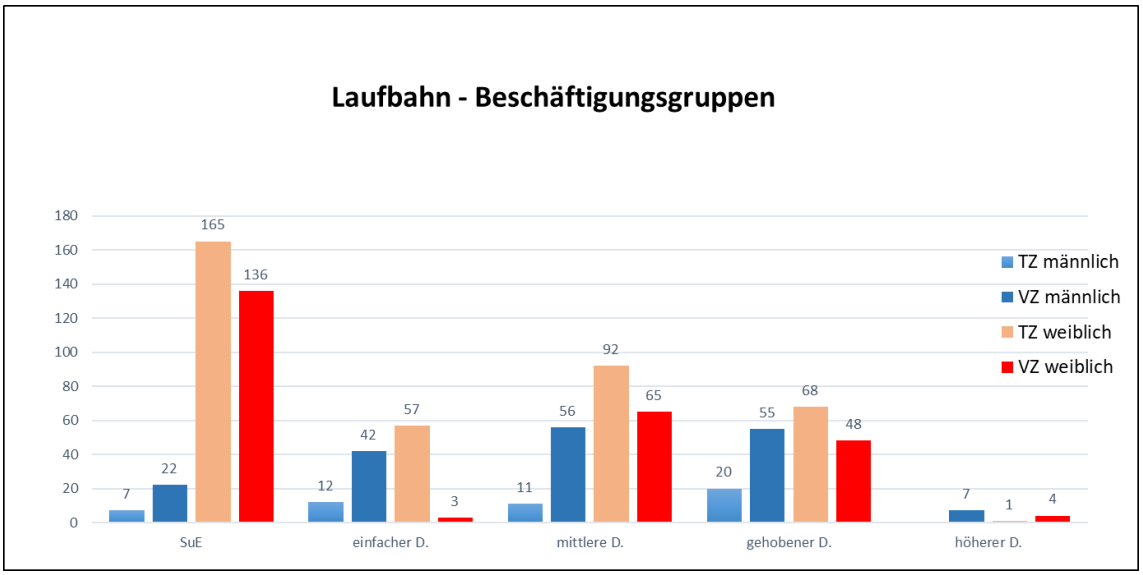


553 Beschäftigte sind 51 Jahre alt und älter, dies entspricht 40,4 % aller Beschäftigten (874)

227 Personen werden altersbedingt in den nächsten 10 Jahren die Stadt verlassen.

Dies entspricht 26,0 % aller Beschäftigten.

(ohne Aushilfen, Auszubildende und Praktikanten)



301 Personen im Sozial- und Erziehungsdienst (SuE) – Frauenquote 91,2%

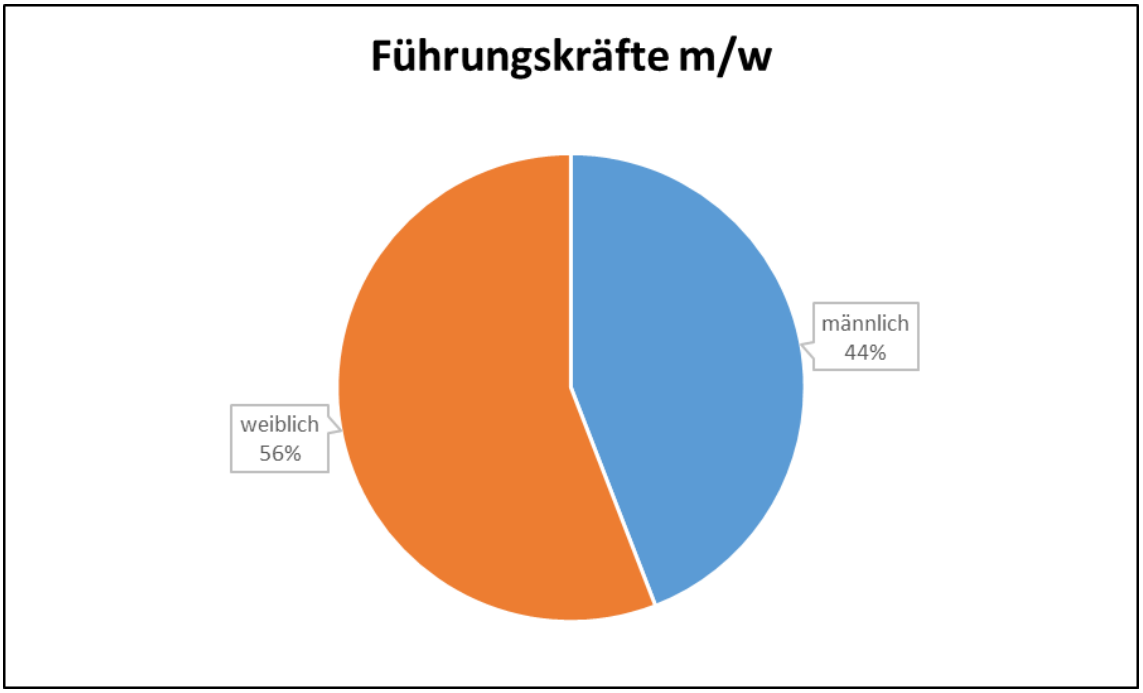
114 Personen sind Beschäftigte des einfachen Dienstes – Frauenquote 52,6%

224 Personen Beschäftigte und Beamte des mittleren Dienstes – Frauenquote 70,1 %

191 Personen Beschäftigte und Beamte des gehobenen Dienstes – Frauenquote 60,7 %

12 Personen Beschäftigte und Beamte des höheren Dienstes – Frauenquote 41,7 %

3 Wahlbeamte – Frauenquote 33,3 %



2021/362-01
öffentlich

LEONBERG

Dezernat II
Amt für Jugend, Familie und Schule

Bezugsvorlagen:
2020/413

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplanentwurf 2022 (Schulhaushalt) mit mittelfristiger Investitionsplanung 2022 bis 2025

Beschlussvorschlag

1. Die globale Kürzung um 15 % bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (lfd. Nr. 14) der Schulleiterbudgets im Haushaltsplanentwurf 2022 wird aufgehoben. Die Deckung für die Mehraufwendungen in Höhe von 92.800 Euro erfolgt aus der reduzierten Kreisumlage 2022.

2. Ganztagsgrundschulen erhalten ab dem Haushaltsjahr 2022 unabhängig vom allgemeinen Schulleiterbudget zusätzlich einen Betrag von 2.000 Euro für den Ganztagsbetrieb. Der Betrag wird den jeweiligen Schulleitungen zur selbständigen Bewirtschaftung im Rahmen des schulspezifischen Schulleiterbudgtes zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsplanentwurf 2022 werden für aktuell 4 Ganztagsgrundschulen 8.000 Euro zusätzlich veranschlagt. Die Deckung erfolgt in 2022 aus aus der reduzierten Kreisumlage 2022.

3. Schulen mit einer Vorbereitungsklasse erhalten ab dem Haushaltsjahr 2022 pro teilnehmendem Schulkind zusätzlich 20 Euro. Bei den betreffenden Schulen erhöht sich das jeweilige Schulleiterbudget. Im Haushaltsjahr 2022 werden dafür 2.500 Euro zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt in 2022 aus der reduzierten Kreisumlage 2022.

4. Die Beschlussvorschläge 1 bis 3 werden in die "Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplanentwurf 2022" aufgenommen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
21100080, 21100081, 21100082, 21100086, 21100087, 21100088, 21100089, 21100090, 21100091, 21100183, 21100284, 21100385, 21200080	**2022**	**525.870**	**629.170**	Lfd. Nr. 14, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen der Schulleiterbudgets werden erhöht (vgl. Beschlussanträge 1-3)
	2023	556.803	567.303	Erhöhung um den Beschlussantrag 2+3 um jährlich 10.500 Euro

	2024	556.803	567.303	Erhöhung um den Beschlussantrag 2+3 um jährlich 10.500 Euro
	2025	556.803	567.303	Erhöhung um den Beschlussantrag 2+3 um jährlich 10.500 Euro

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Schulbeirats am 28.10.2021 wurde beschlossen:

1. Die globale Kürzung um 15 % bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (lfd. Nr. 14) im Haushaltsjahr 2022 hat Auswirkungen auf den Betrieb der Schulen. Die Schulleiterbudgets dienen unter anderem der Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln wie auch von Lernmitteln. Aufgrund der aktuell steigenden Schülerzahlen (ca. +25 % in den nächsten 5 Jahren) können nach Auskunft der in der Sitzung des Schulbeirats anwesenden Schulleitungen die verpflichtenden Aufgaben nicht mehr sichergestellt werden. Der Schulbeirat empfiehlt die Aufhebung der globalen Kürzung.

2. Durch den Betrieb einer Ganztagsgrundschule entstehen erhebliche Kosten für Material und zusätzliche Sachkosten. Der Schulbeirat empfiehlt, einen geeigneten Betrag zur Deckung der entstehenden Aufwendungen zu bewilligen. Die Mehraufwände der Ganztagsschulen werden bei der Berechnung der aktuellen Schulleiterbudgets nicht berücksichtigt.
   Die Verwaltung empfiehlt, für den Ganztagsbetrieb an Grundschulen je Grundschule einen zusätzlichen pauschalen Betrag in Höhe von 2.000 Euro jährlich zur Verfügung zu stellen.

3. Leitungen von Schulen mit so genannten Vorbereitungsklassen berichten, dass neben dem Unterrichtsmaterial der jeweiligen Klassenstufe zusätzlich Lernmaterial für den Sprachunterricht benötigt wird. Darüber hinaus wird individuelles Lehrmaterial für den Unterricht in der Vorbereitungsklasse benötigt. Die Mehraufwände für die Vorbereitungsklassen werden bei der Berechnung der aktuellen Schulleiterbudgets nicht berücksichtigt. Der Schulbeirat empfiehlt, einen geeigneten Betrag zur Deckung der entstehenden Aufwendungen zu bewilligen.
   Die Verwaltung empfiehlt, für die Mehraufwendungen für Vorbereitungsklassen einen zusätzlichen Betrag in Höhe von 20 Euro pro Schüler*in zur Verfügung zu stellen. Maßgeblich für den Betrag, der einer Schule mit Vorbereitungsklasse in einem Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt wird, ist die Anzahl der für die Vorbereitungsklasse angemeldeten Schulkinder aus der Schulstatistik des voangegangenen Schuljahres. Der Betrag wird nicht kindgenau abgerechnet. Derzeit wird von 2.500 Euro ausgegangen.

Der Schulbeirat empfiehlt eine Deckung der Mehraufwendungen aus der reduzierten Kreisumlage 2022. Im Haushaltsplanentwurf 2022 wird von einem Kreisumlagehebesatz in Höhe von 32 % und damit von einem Zahlbetrag in Höhe von 27,6 Mio. Euro ausgegangen. Der Landkreis Böblingen hat den Haushaltsplanentwurf 2022 mit einem Kreisumlagehebesatz von 29,9 % eingebracht, dies führt zu einer um 1,8 Mio. Euro geringeren Belastung für den städtischen Haushalt.

Anlage/n
Keine

2021/362-02
öffentlich

Dezernat I
Referat des Oberbürgermeisters

Bezugsvorlagen:
2021/362-01

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplanentwurf 2022 (Schulhaushalt) mit mittelfristiger Investitionsplanung 2022 bis 2025
Beschlussvorschlag aus dem Sozial- und Kultusausschuss vom 10.11.2021

Beschlussvorschlag

1. Die globale Kürzung um 15 % bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (lfd. Nr. 14) der Schulleiterbudgets im Haushaltsplanentwurf 2022 wird aufgehoben. Die Deckung für die Mehraufwendungen in Höhe von 92.800 Euro erfolgt aus der reduzierten Kreisumlage 2022.
2. Ganztagsgrundschulen erhalten ab dem Haushaltsjahr 2022 unabhängig vom allgemeinen Schulleiterbudget zusätzlich einen Betrag von 2.000 Euro für den Ganztagsbetrieb. Der Betrag wird den jeweiligen Schulleitungen zur selbständigen Bewirtschaftung im Rahmen des schulspezifischen Schulleiterbudgtes zur Verfügung gestellt. Im Haushaltsplanentwurf 2022 werden für aktuell 4 Ganztagsgrundschulen 8.000 Euro zusätzlich veranschlagt. Die Deckung erfolgt in 2022 aus aus der reduzierten Kreisumlage 2022.
3. Schulen mit einer Vorbereitungsklasse erhalten ab dem Haushaltsjahr 2022 pro teilnehmendem Schulkind zusätzlich 20 Euro. Bei den betreffenden Schulen erhöht sich das jeweilige Schulleiterbudget. Im Haushaltsjahr 2022 werden dafür 2.500 Euro zur Verfügung gestellt. Die Deckung erfolgt in 2022 aus der reduzierten Kreisumlage 2022.
4. **Der Stellenanteil von 100 % für die Schulsekretariate wird aufgenommen und je nach Bedarf verteilt.**
5. **Die Kürzungen der Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (lfd. Nr. 14) des Schullhaushaltes im Haushaltsplanentwurf 2022 werden zurückgenommen.**
6. Die Beschlussvorschläge 1 bis **5** werden in die "Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplanentwurf 2022" aufgenommen.

Zusammenfassung des Sachverhaltes

In der Sitzung des Sozial- und Kultusausschusses wurde der obige Beschlussvorschlag einstimmig an den Gemeinderat empfohlen.

Die Beschlussempfehlung wurde um Punkt 4 und 5 erweitert und in Punkt 6 geändert.

Anlage/n
Keine

2021/381
öffentlich

Dezernat I
Jugendmusikschule

Amt für Kultur und Sport

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	*Ö / N*
Beirat Jugendmusikschule (Vorberatung)	N
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Jugendmusikschule Leonberg
Haushaltsplanentwurf 2022

Beschlussvorschlag

Der Haushaltsplanentwurf 2022 für die Jugendmusikschule Leonberg wird, als Teil des Haushaltsplans 2022, in der vorliegenden Form beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Die finanziellen Auswirkungen des Teilergebnishaushaltes 04, Produktgruppe 2630 sind in den beigefügten Anlagen und im Sachverhalt dargestellt und erläutert.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Auch für den vorliegenden Haushaltsplanentwurf 2022 hat sich die Jugendmusikschule wie in den Jahren zuvor um eine sparsame und effiziente Mittelanmeldung bemüht. Im Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie und damit einhergehende Gebührenverluste wurden zudem weitere Konsolidierungsmöglichkeiten sowie Erhöhung der Erträge geplant. Der Vergleich zwischen Nettoressourcenbedarf 2021 in Höhe von 1.562.077 EUR und Nettoressourcenbedarf 2022 in Höhe von 1.213.736 EUR ergibt **eine Reduzierung des Zuschussbedarfs um 348.341 EUR**. Im Finanzhaushalt hat sich der Ansatz von 2021 in Höhe von 4.000 EUR auf 44.000 EUR im Jahr 2022 erhöht.

Gründe für die Veränderung des Ergebnishaushalts sind:

1. Das Sachkonto Zuweisungen und Zuschüsse (31410000) erhöht sich um 20.000 EUR auf 170.000 EUR. Bei diesen Erträgen handelt es sich um Zuwendungen des Landesverbands der Musikschulen Baden-Württemberg: Es werden inzwischen 12,5 % der Personalkosten der Jugendmusikschule Leonberg erstattet.

2. Das Sachkonto Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte (33210000) steigt um 48.000 EUR auf 727.000 EUR an. Die Berechnung hierfür erfolgte aufgrund der Gebührenerhöhung um durchschnittlich 5 % ab 01.09.2021, die nun ganzjährig greift. Es wird zudem kein corona-bedingter Einnahmeverlust angenommen.

3. Das Sachkonto Erstattungen vom Land (34810000) bleibt bei 26.400 EUR. Bei diesen Erträgen handelt es sich um Zuwendungen für Singen-Bewegen-Sprechen (SBS). Aufgrund des Corona-Virus können anstelle der ursprünglich 26 Gruppen (2019) nur noch 10 Gruppen stattfinden. Hierauf hat die Jugendmusikschule Leonberg keinen Einfluss.

4. Das Sachkonto Erstattungen von Gemeinden (34820000) sinkt um 2.000 EUR auf 5.000 EUR, da weniger Schüler/innen der Jugendmusikschule einen Teilhabepass abgeben.

5. Das Sachkonto Unterhalt des beweglichen Vermögens (42210000) wurde aufgrund der angespannten Haushaltslage um 2.310 EUR reduziert. Die geplanten 9.690 EUR sind für Wartungen der Musikinstrumente vorgesehen. Eine weitere Reduzierung der Wartungskosten ist nicht zu empfehlen, da sonst für den Unterricht erforderliche defekte Instrumente nicht repariert oder ersetzt werden können.

6. Das Sachkonto Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen (42220000) verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um 1.410 EUR auf 4.590 EUR. Aufgrund der angespannten Haushaltslage wurden erneut keine Mittel für die Ersatzbeschaffungen von Möbeln eingeplant. Es wird jedoch mit Anschaffungen von Musikinstrumenten gerechnet. Diese sind für den laufenden Betrieb einer Jugendmusikschule erforderlich.

7. Unter dem Sachkonto Erwerb EDV-Geräte (42220100) sind im Zuge von Digitalisierung und virtuellem Unterricht 10.625 EUR für den Erwerb der restlichen 19 digitalen Endgeräte für jede Lehrkraft der Jugendmusikschule entsprechend deren Digitalisierungskonzept eingestellt (siehe Vorlage 2020/234, Anlage 5).

8. Der reduzierte Betrag beim Sachkonto Raummiete (42310000) wurde eingeplant, falls aufgrund des Corona-Virus die Anmietung größerer Räumlichkeiten erforderlich ist. Andernfalls entfällt dieser Mehraufwand.

9. In den nächsten Jahren sind aufgrund wandelnder gesellschaftlicher und pädagogischer Erfordernisse wichtige Fortbildungen notwendig. Der Planansatz Aus- und Fortbildung (42612000) wurde jedoch aufgrund der Haushaltslage um 600 EUR auf 3.400 EUR reduziert. Weitere Kürzungen sollten nicht vorgenommen werden.

10. Das Sachkonto Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (42710000) verringert sich um 8.610 EUR auf 24.990 EUR. Das Abführen des Fördervereinsanteils ist laut Gemeinderatsbeschluss festgesetzt. Die Summe von 24.990 EUR ist anhand der Erfahrungswerte hochgerechnet. Je nachdem, ob v.a. die Bläserklassen während der Pandemie wie bei der Haushaltsplanung erhofft stattfinden können, reduziert sich dieser Betrag - dann allerdings zugleich auch die Gebühreneinnahmen. Aufgrund der Haushaltslage wurden die Positionen „Arbeitspläne, Werbung“ und „Schulveranstaltungen“ nochmals um 650 EUR gekürzt. Die größten Positionen bei den Schulveranstaltungen sind die Veranstaltungen „50 Jahre Sinfonieorchester Leonberg“ und "25 Jahre Verein der Freunde und Förderer der Jugendmusikschule e.V.", die entsprechend kostenoptimiert geplant werden.

11. Das Sachkonto laufender EDV-Aufwand (42710100) erhöht sich um 2.195 EUR auf 19.295 EUR. Grund hierfür sind Kosten für die DSGVO-konforme Musikschul-App iMikelGo wie auch für Zoom-Accounts, eine Cloud-Lösung sowie Lizenzen für Anwendungen der Tablets für Lehrkräfte.

12. Auch das Sachkonto Lehr- und Unterrichtsmittel (42740000) wurde aufgrund der Haushaltslage wurde der Betrag nochmals um 660 EUR auf 2.040 EUR reduziert. Allerdings sind Notenanschaffungen für den Unterricht der Jugendmusikschule zwingend notwendig, weshalb von weiteren Streichungen abgesehen werden sollte.

13. Das Sachkonto Honorare förderfähig (42910010) wurde wegen der angespannten

Haushaltslage um insgesamt 6.750 EUR auf 38.250 EUR reduziert.

14. Durch altersbedingte Fluktuation reduzieren sich 2022 durch Optimierung der Beschäftigungsgrade und niedrigere Erfahrungsstufen neu Eingestellter die Personalaufwendungen voraussichtlich um ca. 69.073 EUR auf 1.359.967 EUR. Schwankungen in den von der Schülerzahl abhängigen Deputaten kommen hinzu. Die Hochrechnung ist eine Stichtagsberechnung der Personalabteilung: Alle zum 30.06.2021 Beschäftigten wurden mit dem an diesem Tag vorhandenen Beschäftigungsumfang hochgerechnet. Die tatsächlichen Personalkosten können je nach unterjährig erforderlichen Veränderungen von Beschäftigungsanteilen beim pädagogischen Personal höher oder niedriger ausfallen.

15. Die Aufwendungen für interne Leistungen sinken um 187.466 EUR auf 628.831 EUR.

Grund für die Veränderung der Investitionsauszahlungen:

Es wird für 2022 ein Präsenz-Kontrabass für das Junge Orchester und das Jugendsinfonieorchester benötigt, weshalb 4.000 EUR eingestellt sind. Diese Anschaffung sollte in jedem Fall erfolgen, da Kontrabass ein ensemblewichtiges Mangelfach ist und der Bass dringend benötigt wird. Der Kauf von Instrumenten ist für den laufenden Betrieb einer Jugendmusikschule elementar, daher werden auch in den kommenden Jahren Anschaffungen notwendig sein. Aus diesem Grund sind auch für die Jahre 2022-2024 jeweils 5.000 EUR eingeplant. Zur Netzwerkverkabelung für flächendeckendes stabiles WLAN für Online-Unterricht sind 40.000 EUR eingeplant.

Anlage/n

1 Entwurf HH-Plan 2022 (öffentlich)

TH04 Kultur und Sport
PB26 Theater, Konzerte, Musikschulen
2630 Musikschulen

Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR
		1	2	3
2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	151.337	150.000	170.000
	31410000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Z	*151.337*	*150.000*	*170.000*
3	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	270	270
	31610000 Ertr. aus der Auflösung v. Sonderposten	*0*	*270*	*270*
5	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	604.750	679.000	727.000
	33210000 Benutzungsgeb. u. ähnl. Entgelte soweit	*604.750*	*679.000*	*727.000*
6	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	3.392	1.200	1.200
	34210000 Erträge aus Verkauf	*154*	*0*	*0*
	34610000 Sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte	*3.239*	*1.200*	*1.200*
7	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	62.785	33.400	31.400
	34810000 Erstattungen vom Land	*57.200*	*26.400*	*26.400*
	34820000 Erstattungen von Gemeinden und GV	*5.585*	*7.000*	*5.000*
	34840000 Erstattungen v. gesetzl. Sozialversicher	*0*	*0*	*0*
10	Sonstige ordentliche Erträge	693	0	0
	35710000 Erträge aus der Auflösung von sonst. Son	*270*	*0*	*0*
	35831000 Erträge der Auflös.o.Herabsetz.v.Wertber	*423*	*0*	*0*
11	**Anteilige ordentliche Erträge**	**822.957**	**863.870**	**929.870**
12	Personalaufwendungen	-1.373.540	-1.429.040	-1.359.967
	40120000 Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigt	*-1.065.671*	*-1.106.000*	*-1.053.168*
	40220000 Beiträge Versorgungskasse tariflich Besc	*-97.109*	*-101.000*	*-95.014*
	40320000 Sozialversicherungsbeiträge tariflich Be	*-210.760*	*-222.000*	*-211.754*
	40410000 Beihilfen, Unterstützungsl. Beschäftigte	*0*	*-40*	*-32*
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-79.212	-136.400	-116.450
	42210000 Unterh. des bewegl. Vermögens	*-9.438*	*-12.000*	*-9.690*
	42220000 Erwerb von geringwertigen Vermögensgegen	*-4.196*	*-6.000*	*-4.590*
	42220100 Erwerb EDV-Geräte	*0*	*-12.000*	*-10.625*
	42310000 Miete inkl. Nebenkosten und Pachten	*-245*	*-3.000*	*-1.700*
	42410310 Unterhaltsreinigung	*0*	*0*	*-680*
	42611000 Dienst- und Schutzkleidung, pers. Ausrüs	*0*	*-1.000*	*-765*
	42612000 Aus- u. Fortbildung, Umschulung	*-3.575*	*-4.000*	*-3.400*
	42710000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	*-19.552*	*-33.600*	*-24.990*
	42710100 lfd.EDV Aufwand (keine Beschaffungen)	*-4.926*	*-17.100*	*-19.295*
	42740000 Lehr- und Unterrichtsmittel	*-2.199*	*-2.700*	*-2.040*
	42910010 Honorare förderfähig	*-34.165*	*-45.000*	*-38.250*

Haushaltsplanentwurf 2022

LEONBERG

Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR
		1	2	3
	42910011 Honorare nicht förderfähig	*-917*	*0*	*-425*
15	Abschreibungen	-21.422	-21.446	*-18.986*
	47110000 Abschreib. a. immatr. Vermögensgg. u. Sa	*0*	*-21.446*	*-18.986*
	47111000 Abschreib. a. immatr. Vermögensgg. u. Sa	*-5.425*	*0*	*0*
	47117000 AfA a. Betriebs- und Gesch.ausstattung	*-15.850*	*0*	*0*
	47223000 AfA a. Forderungen wg. Niederschlagung	*-147*	*0*	*0*
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-14.506	-18.500	*-18.500*
	44110000 Sonstige Personal- und Versorgungsaufw.	*-6*	*0*	*0*
	44290000 Sonstige Aufwendungen z.B. Mitgliedsbeit	*-11.765*	*-12.500*	*-12.500*
	44310000 Geschäftsaufwendungen	*0*	*0*	*0*
	44310003 Dienstreisen	*-194*	*-500*	*-500*
	44410000 Steuern, Vers., Schadensfälle, Sonderabg	*-2.540*	*-5.500*	*-5.500*
	44570000 Erstattungen an private Unternehmen	*0*	*0*	*0*
19	**Anteilige ordentliche Aufwendungen**	**-1.488.681**	**-1.605.386**	*-1.513.903*
20	**Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis**	**-665.723**	**-741.516**	*-584.033*
21	Erträge aus internen Leistungen	0	0	*0*
	Erträge aus internen Leistungsbeziehung	0	0	*0*
22	Aufwendungen für interne Leistungen	-707.379	-816.297	*-628.831*
	Aufwand für interne Leistungsbeziehung	-707.379	-816.297	*-628.831*
	92200000 ILV Gebäudemiete Netto	*-185.754*	*-249.146*	*-164.291*
	92300000 ILV Steuerungsumlage	*-60.024*	*-77.704*	*-76.641*
	92400000 ILV Serviceumlage	*-461.601*	*-489.447*	*-387.899*
	48110020 Aufwendungen ILV Raum- und Hallennutzung	*0*	*0*	*0*
23	kalkulatorische Kosten	-4.053	-4.263	*-872*
	97110000 Kalk. Zinsen SoPo	*42*	*28*	*6*
	98110000 Kalk. Zinsen	*-4.094*	*-4.292*	*-878*
24	**Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis**	**-711.431**	**-820.561**	*-629.703*
25	**Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss**	**-1.377.154**	**-1.562.077**	*-1.213.736*

Erläuterungen:	**2021**	**2022**
Zu Nr. 2:		
- Zuwendung vom Landesverband der Musikschulen Baden-Württemberg	150.000 EUR	170.000 EUR
Zu Nr. 5:		
- Gebühren Jugendmusikschule lt. Berechnung, Gebührenerhöhung ab 1.9.2021	679.000 EUR	727.000 EUR
Zu Nr. 6:		
- Erstattungen für Orchesterfreizeit	1.100 EUR	1.100 EUR

Erläuterungen:	**2021**	**2022**
- Erlöse aus Auftritten	100 EUR	100 EUR
Zu Nr. 7:		
- Zuwendung vom Kultusministerium Gesamtkonzeption „Kompetenzen verlässlich voranbringen – KOLIBRI" 12 Gruppen	26.400 EUR	26.400 EUR
- Erstattung Teilhabepass	7.000 EUR	5.000 EUR
Zu Nr. 14:		
- Wartung Musikinstrumente	12.000 EUR	8.925 EUR
- Raumausstattung	0 EUR	765 EUR
- Erwerb von Musikinstrumenten	5.000 EUR	3.825 EUR
- Erwerb Möbel Büromöbel, Bürogeräte	1.000 EUR	765 EUR
- Erwerb EDV-Geräte:		
2021: Tablets für Lehrkräfte	12.000 EUR	0 EUR
2022: Tablets für Lehrkräfte (19 Stück)	0 EUR	10.625 EUR
- Rhythmikkurs: vermehrte Nutzung der Räumlichkeiten (evtl. größere Räumlichkeiten durch Corona-Verordnung) in Silberberg	3.000 EUR	1.700 EUR
- Unterhaltsreinigung	0 EUR	680 EUR
- Otoplastiken (Schutzausrüstung für Lehrkräfte)	1.000 EUR	765 EUR
- Aus- und Fortbildung	4.000 EUR	3.400 EUR
- Arbeitspläne und Werbung	1.500 EUR	850 EUR
- Schulveranstaltungen	7.000 EUR	4.505 EUR
- Orchesterfreizeit	1.100 EUR	935 EUR
- sonstiger Schulbedarf	3.000 EUR	850 EUR
- sonstiger Aufwand für Instrumentalklassen	20.500 EUR	14.875 EUR
- GEMA	500 EUR	425 EUR
- 2022: 25-jähriges Jubiläum des Fördervereins der Musikschule	0 EUR	2.550 EUR
- laufender EDV Aufwand:		
2021: Erweiterung Netzwerk	10.000 EUR	0 EUR
WLAN	7.100 EUR	3.400 EUR
2022: iMikel-Go, Einrichtung, Lizenzen Schulungen-Paket, Tablets für Lehrkräfte	0 EUR	13.600 EUR
Zoom-Accounts, Cloud-Lösung	0 EUR	2.295 EUR
- Lehr- und Unterrichtsmittel	2.700 EUR	2.040 EUR
- Förderfähige Honorare	45.000 EUR	38.250 EUR
- nicht förderfähige Honorare	0 EUR	425 EUR
Zu Nr. 18:		
- Mitgliedsbeitrag Landesverband	3.000 EUR	3.000 EUR
- Kopierlizenz für Noten	9.500 EUR	9.500 EUR
- Dienstreisen	500 EUR	500 EUR
- Schadensfälle	400 EUR	400 EUR
- Künstlersozialkasse	2.500 EUR	2.500 EUR
- WGV Versicherungsbeitrag (Instrumente)	2.600 EUR	2.600 EUR

TH04 Kultur und Sport
PB26 Theater, Konzerte, Musikschulen
2630 Musikschulen

Nr.	Investitionsmaßnahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamt-angabe zur Maßnahme EUR	Bisher finanziert EUR	Ermächt.-übertrag. 2020 EUR	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	VE 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
726300016003: JMS Ausstattung											
6	**= Summe Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	- Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	-4.700	-4.000	-4.000	0	-5.000	-5.000	-5.000
13	**= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**-4.700**	**-4.000**	**-4.000**	**0**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**
14	**= Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**-4.700**	**-4.000**	**-4.000**	**0**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**
16	**= Gesamtkosten der Maßnahme**	**0**	**0**	**0**	**-4.700**	**-4.000**	**-4.000**	**0**	**-5.000**	**-5.000**	**-5.000**

Erläuterungen:

2022:

- Anschaffung eines Präsenzbasses für Jugendsinfonieorchester 4.000 EUR

2023 ff:

- jährlicher Ansatz für investive Anschaffungen 5.000 EUR

Nr.	Investitionsmaßnahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamt-angabe zur Maßnahme EUR	Bisher finanziert EUR	Ermächt.-übertrag. 2020 EUR	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	VE 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
726300017005: JMS Digitalisierung EDV-Vernetzung											
6	**= Summe Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	-40.000	0	0	0	0
13	**= Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**= Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-40.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

Nr.	Investitionsmaßnahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamt-angabe zur Maßnahme EUR	Bisher finanziert EUR	Ermächt.-übertrag. 2020 EUR	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	VE 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
16	= **Gesamtkosten der Maßnahme**	0	0	0	0	0	-40.000	0	0	0	0

Erläuterungen:

2022:

- Netzwerkverkabelung für flächendeckendes WLAN 40.000 EUR

2021/406
öffentlich

Dezernat I
Volkshochschule

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	*Ö / N*
Kuratorium Volkshochschule (Vorberatung)	N
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsentwurf 2022 der Volkshochschule Leonberg

Beschlussvorschlag

Der Haushaltsentwurf 2022 für die Kostenstelle 27100000 (VHS) wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Einrichtung und den Betrieb der Volkshochschule Leonberg regelt ein öffentlich-rechtlicher Vertrag zwischen der Stadt Leonberg und den Städten bzw. Gemeinden Renningen, Rutesheim, Weil der Stadt, Weissach und dem Landkreis Böblingen, der am 01.09.1987 in Kraft getreten ist und zuletzt am 01.01.2004 ergänzt wurde.

Das anteilige veranschlagte ordentliche Ergebnis der Volkshochschule Leonberg ist bei nach wie vor von den Pandemiebedingungen beeinflussten Teilnehmerzahlen mit € -218.927 ausgewiesen. Der Gesamtkostendeckungsgrad bei der vhs Leonberg liegt – rechnet man die anteiligen ordentlichen Erträge (ohne die Aufwendungen für interne Leistungen) gegen die ordentlichen Aufwendungen – im Ansatz bei 84,4% und rangiert damit auch unter Pandemiebedingungen über dem Durchschnitt vergleichbarer Volkshochschulen. Dies zeigt, dass die VHS in ihrem operativen Bereich auch unter schwierigen Rahmenbedingungen weiterhin gut wirtschaftet.

Die Anlage stellt den Teilergebnishaushalt der Volkshochschule Leonberg in der Darstellung gemäß der kommunalen Doppik dar. Sie zeigt auf der Seite der Erträge zunächst zusammengefasst die Zuschüsse des Landes gemäß dem Weiterbildungsgesetz sowie die Zuwendung des Landkreises. Unter Entgelten für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen sind die Teilnehmergebühren (also Kursentgelte) sowie die Erträge im Bereich der sogenannten Sonderkurse zu verstehen. Bei letztgenannten handelt es sich um Auftragsmaßnahmen für Dritte – wobei den größten Anteil hierbei weiterhin die Integrationskurse darstellen. Bei diesen Integrationskursen erwarten wir auch im kommenden Jahr ein sehr gutes Ergebnis, denn die VHS hat diesen Bereich in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg ausgebaut und in der Krise gut behauptet. Im Gesamtergebnis ist die Ertragslage natürlich unter den augenblicklichen Rahmen-bedingungen schwer abzuschätzen. Durch die Verringerung von Teilnehmer/innenzahlen

infolge der Abstandsgebote in vielen Kursen war ein spürbarer Rückgang der Erträge nicht zu vermeiden. Was nun ansteht, ist Aufbauarbeit. Daher wurde bei den Erträgen mit einem Anstieg um 40.000 € auf 940.000 € geplant, der aber vorsichtig angesetzt ist. Erfreulich ist, dass durch Ausgleichsmechanismen mit einem leichten Anstieg des Landeszuschusses nach dem Weiterbildungsgesetz zu rechnen ist. Die Zuschusslage bei den Landesmitteln bleibt so stabil.

Auf der Seite der Aufwendungen besteht der größte Anteil aus den „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“. Hierbei machen wiederum die Honorare den Löwenanteil aus. Der hier durch die Pandemiesituation zu erwartende Rückgang bei den Honoraren macht hierbei auch naturgemäß den größten Anteil an der Verringerung der Gesamtsumme der Aufwendungen aus.
Der zweite große Posten bei den Aufwendungen sind die „Aufwendungen für interne Leistungen“. Hierbei handelt es sich um allgemeine städtische Verwaltungskosten, die nach einem bestimmten Schlüssel auf alle Einrichtungen der Stadt rechnerisch umgelegt werden, um den Vorgaben der kommunalen Doppik Rechnung zu tragen.

Der investive Haushalt der Volkshochschule sieht zwei lange aufgeschobene Anschaffungen vor: Der Server des EDV-Raumes ist veraltet, so dass es zwingend notwendig ist, ihn zu erneuern, um die Durchführung der Kurse im Bereich Berufliche Bildung, IT und neue Medien zu gewährleisten. Außerdem soll die Anmeldesoftware erneuert werden, da diese nicht nur veraltet und unverhältnismäßig wartungsintensiv ist, sondern auch die aktuell gültigen Anforderungen des Datenschutzes nicht mehr erfüllt. Weitere Aufwendungen im konsumtiven Bereich umfassen etwa die Lehr- und Unterrichtsmittel, die 2021 mit 5.000 € und nun 2022 mit 7.225 € veranschlagt sind, sowie den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen, für die 2020 noch 10.000 €, im Jahr 2021 aber nur sparsame 3.000 € angesetzt waren und 2022 3.400 € vorgesehen sind. Etwas abgesenkt wurde auch der Etat für Öffentlichkeitsarbeit. Insgesamt bleibt das Volumen für eine Volkshochschule mittlerer Größe sehr knapp bemessen, doch arbeitet die Volkshochschule Leonberg hier schon immer äußerst kostenbewusst und versucht, ein qualitätsvolles Angebot mit geringen Investitionen zu realisieren. Die vhs Leonberg wird – wie auch in den vergangenen Jahren – nur die für einen geregelten Lehrbetrieb notwendigen Ausgaben tätigen.

Anlage/n

1 Anlage 1 Haushaltsentwurf vhs 2022 (öffentlich)

TH04 Kultur und Sport
PB27 VHS, Bibliothek
2710 Volkshochschulen

Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR
		1	2	3
2	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	254.131	200.000	*222.000*
	31410000 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Z	*180.719*	*140.000*	*160.000*
	31420000 Zuweis. lfd. Zwecke Gem./GV	*73.412*	*60.000*	*62.000*
5	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	513.080	900.000	*940.000*
	33210010 Teilnahmegebühren förderfähig	*466.142*	*850.000*	*890.000*
	33210011 Teilnahmegebühren nicht förderfähig	*46.938*	*50.000*	*50.000*
6	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	21.111	22.500	*22.500*
	34110000 Mieten und Pachten	*12.236*	*10.500*	*10.500*
	34210000 Erträge aus Verkauf	*5*	*0*	*0*
	34610000 Sonstige privatrechtl. Leistungsentgelte	*8.870*	*12.000*	*12.000*
11	**Anteilige ordentliche Erträge**	**788.322**	**1.122.500**	***1.184.500***
12	Personalaufwendungen	-633.448	-619.642	*-663.784*
	40120000 Dienstaufwendungen tariflich Beschäftigt	*-510.476*	*-477.891*	*-514.994*
	40220000 Beiträge Versorgungskasse tariflich Besc	*-44.835*	*-44.669*	*-45.907*
	40320000 Sozialversicherungsbeiträge tariflich Be	*-100.800*	*-97.070*	*-102.875*
	40410000 Beihilfen, Unterstützungsl. Beschäftigte	*0*	*-12*	*-8*
	40710000 Zuführung zu Personalrückstellungen	*22.662*	*0*	*0*
14	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-388.413	-699.800	*-663.340*
	42210000 Unterh. des bewegl. Vermögens	*-226*	*-300*	*-340*
	42210100 Unterhaltungsaufwand für EDV-Geräte	*-188*	*0*	*0*
	42220000 Erwerb von geringwertigen Vermögensgegen	*-4.952*	*-3.000*	*-3.400*
	42220100 Erwerb EDV-Geräte	*-279*	*0*	*-2.550*
	42310000 Miete inkl. Nebenkosten und Pachten	*-5.485*	*-18.000*	*-15.300*
	42612000 Aus- u. Fortbildung, Umschulung	*-422*	*-2.500*	*-2.550*
	42710000 Besondere Verwaltungs- und Betriebsaufw.	*-2.114*	*-3.500*	*-3.825*
	42710020 Informationsmaterial und Werbung	*-33.091*	*-36.000*	*-34.000*
	42710100 lfd.EDV Aufwand (keine Beschaffungen)	*-3.274*	*-4.000*	*-2.550*
	42740000 Lehr- und Unterrichtsmittel	*-452*	*-5.000*	*-7.225*
	42750000 Lernmittel	*-2.968*	*-7.500*	*-6.375*
	42910000 Aufwendungen für sonstige Sach- und Dien	*-3.120*	*-3.000*	*-2.975*
	42910010 Honorare förderfähig	*-289.547*	*-572.000*	*-544.000*
	42910011 Honorare nicht förderfähig	*-42.295*	*-45.000*	*-38.250*
15	Abschreibungen	-6.184	-4.743	*-3.702*
	47110000 Abschreib. a. immatr. Vermögensgg. u. Sa	*0*	*-4.743*	*-3.702*

Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR
		1	2	3
	47117000 AfA a. Betriebs- und Gesch.ausstattung	*-6.022*	*0*	*0*
	47223000 AfA a. Forderungen wg. Niederschlagung	*-163*	*0*	*0*
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-65.020	-66.400	*-72.600*
	44290000 Sonstige Aufwendungen z.B. Mitgliedsbeit	*-11.259*	*-11.000*	*-12.000*
	44310000 Geschäftsaufwendungen	*-1.374*	*-1.100*	*-2.000*
	44310003 Dienstreisen	*-672*	*-1.000*	*-1.500*
	44410000 Steuern, Vers., Schadensfälle, Sonderabg	*0*	*-500*	*-300*
	44510000 Erstattungen an das Land	*-50.681*	*-51.000*	*-55.000*
	44520000 Erstattungen an Gemeinden (GV)	*-1.034*	*-1.800*	*-1.800*
19	**Anteilige ordentliche Aufwendungen**	**-1.093.066**	**-1.390.585**	***-1.403.427***
20	**Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis**	**-304.744**	**-268.085**	***-218.927***
21	Erträge aus internen Leistungen	0	0	*0*
	Erträge aus internen Leistungsbeziehung	0	0	*0*
22	Aufwendungen für interne Leistungen	-659.567	-689.800	*-579.081*
	Aufwand für interne Leistungsbeziehung	-656.533	-689.300	*-575.581*
	92200000 ILV Gebäudemiete Netto	*-297.440*	*-338.536*	*-274.592*
	92300000 ILV Steuerungsumlage	*-41.321*	*-48.058*	*-49.658*
	92400000 ILV Serviceumlage	*-317.772*	*-302.707*	*-251.331*
	48110010 Aufwand für interne Leistungen Baubetrie	*0*	*-500*	*-500*
	48110020 Aufwendungen ILV Raum- und Hallennutzung	*-3.035*	*0*	*-3.000*
23	kalkulatorische Kosten	-826	-551	*-539*
	98110000 Kalk. Zinsen	*-826*	*-551*	*-539*
24	**Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis**	**-660.393**	**-690.351**	***-579.620***
25	**Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss**	**-965.137**	**-958.436**	***-798.547***

Erläuterungen:	**2021**	**2022**
Zu Nr. 2:		
- Landeszuwendung	140.000 EUR	160.000 EUR
- Kreiszuwendung	60.000 EUR	62.000 EUR
Zu Nr. 5:		
- Teilnehmergebühren	900.000 EUR	940.000 EUR
Zu Nr. 6:		
- Erträge aus Anzeigenwerbung	12.000 EUR	12.000 EUR
- Mieten und Pachten	500 EUR	500 EUR
- VHS Stellplätze	10.000 EUR	10.000 EUR

Erläuterungen:	**2021**	**2022**
Zu Nr. 14:		
- Unterhaltung des beweglichen Vermögens	300 EUR	340 EUR
- 2021: Ersatzbeschaffung Unterrichtstechnik	3.000 EUR	3.400 EUR
- Erwerb EDV-Geräte: Laptops	0 EUR	2.550 EUR
- Miete inkl. Nebenkosten und Pachten	18.000 EUR	15.300 EUR
- Aus- und Fortbildung	2.500 EUR	2.550 EUR
- GEMA, Verwertungsgesellschaft Wort, GEZ 2022: Erhöhung der Beiträge	3.500 EUR	3.825 EUR
- Öffentlichkeitsarbeit (Programmheft) 2021: Qualitätsprojekt zur Zertifizierung, Neugestaltung des Programms 2022: Werbemöglichkeiten bzw. Medienpräsenz ausbauen	36.000 EUR 0 EUR	0 EUR 34.000 EUR
- laufender EDV Aufwand (Softwarepflege, BAMF Bundesamt für Migration und Flüchtlinge Module), Dienstleistungen	4.000 EUR	2.550 EUR
- Lehr- und Unterrichtsmittel	5.000 EUR	7.225 EUR
- Lernmittel	7.500 EUR	6.375 EUR
- Anzeigenvermittlung (anteilige Kosten anderer VHS)	3.000 EUR	2.975 EUR
- Honorare	617.000 EUR	582.250 EUR
Zu Nr. 18:		
- Aufwendungen für Mitgliedschaften	11.000 EUR	12.000 EUR
- Geschäftsaufwendungen	1.100 EUR	2.000 EUR
- Dienstreisen	1.000 EUR	1.500 EUR
- Künstlersozialkasse	500 EUR	300 EUR
- sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen (Lehrermodell)	51.000 EUR	55.000 EUR
- Mitarbeit VHS-Region (Erstattungen an andere VHS)	1.800 EUR	1.800 EUR
Zu Nr. 22:		
davon		
- Leistungen des Baubetriebshofs	500 EUR	500 EUR

Haushaltsplanentwurf 2022

LEONBERG

TH04 **Kultur und Sport**
PB27 **VHS, Bibliothek**
2710 **Volkshochschulen**

G2710001 **Volkshochschule**

Nr.		Investitionsmaßnahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamt-angabe zur Maßnahme EUR	Bisher finanziert EUR	Ermächt.-übertrag. 2020 EUR	Ergebnis 2020 EUR	Ansatz 2021 EUR	Ansatz 2022 EUR	VE 2022 EUR	Planung 2023 EUR	Planung 2024 EUR	Planung 2025 EUR
			1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
Volkshochschule:												
6	**=**	**Summe Einzahlungen**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**
9	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0	0	-12.000	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0	0	-26.000	0	0	0	0
13	**=**	**Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-38.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
14	**=**	**Saldo aus Investitionstätigkeit**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-38.000**	**0**	**0**	**0**	**0**
16	**=**	**Gesamtkosten der Maßnahme**	**0**	**0**	**0**	**0**	**0**	**-38.000**	**0**	**0**	**0**	**0**

2021/339-01
öffentlich

Dezernat II
Kämmerei

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	*Ö / N*
Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	Ö
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplan 2022 - Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2022

Beschlussvorschlag

Die in den Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2022 dargestellten Veränderungen werden beschlossen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus den Änderungslisten zum Haushaltsplanentwurf 2022.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In der Sitzung des Gemeinderats vom 19.10.2021 wurde der Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2022 und die Finanzplanungsjahre 2023 bis 2025 dem Gemeinderat vorgelegt. Die sich nach der Erstellung des Entwurfs ergebenden Änderungen der Planansätze werden in zwei Änderungslisten dargestellt. Diese Listen werden während den Haushaltsberatungen fortgeschrieben und dem Gemeinderat aktualisiert vorgelegt.

Die Änderungsliste Verwaltung enthält im Wesentlichen Änderungen auf Grund der November-Steuerschätzung 2021 und der Anpassung des Kreisumlagehebesatzes im Haushaltsplanentwurf des Landkreises für das Jahr 2022.

Die Änderungsliste Gemeinderat enthält Änderungen durch Beschlüsse der Ausschüsse und des Gemeinderats.

Anlage/n

1 Änderungsliste Gemeinderat - Stand 15.11.2021 (öffentlich)

2 Änderungsliste Verwaltung - Stand 17.11.2021 (öffentlich)

3 Änderungsliste Gemeinderat_Aktualisierung 01.12.21 (öffentlich)

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022

Hinweise zur Änderungliste:

Die Änderungsliste Gemeinderat enthält Änderungen durch Beschlüsse der Ausschüsse und des Gemeinderats.

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2022

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Erträge Haushaltsplanjahr 2022				
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2022			**-770.300**	

	Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2022				
	PG: 1124 Gebäudemanagement Zeile 14 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - Winterdienst	58.778	210.494	+151.716	Beschluss GR vom 26.10.2021 zu Vorlage 2021/366-01. Anpassung der Mittelansätze an das Ausschreibungsergebnis für Winterdienstleistungen für alle städtischen Gebäude.
	PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
	PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2022			**+34.216**	

	Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2022				
	755100063001 Alte Autobahntr. Neustrukt. Zuwen.Region	0	90.000	+90.000	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/318. Zuwendung für den Bau einer Pumptrackanlage im südlichen Bereich der "Alten BAB Trasse".
	Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2022			**+90.000**	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2022

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2022				
721100147303 GS Warmbronn Abbruch Pavillions + Neubau	340.000	340.000	+0	Rückfrage aus dem Ortschaftsrat Warmbronn, warum ein Wert mit 0 angegeben ist. Nachträgliche Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.650.000 EUR, welche vom Fachamt nicht gemeldet wurde, für Auszahlungen im Jahr 2024.
736500357201 Kinderhaus Kunterbunt Erweiterung	2.300.000	2.485.000	+185.000	Beschluss GR vom 27.07.2021 zu Vorlage 2021/214. Auf Grund von Verschiebungen des Projektablaufs werden Mittel im Haushaltsjahr 2022 neu veranschlagt; hier der höhere Finanzbedarf wegen Mehrkosten.
742100018205 Förderung Bädle e.V.	0	100.000	+100.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/324. Der Neubau des Babybeckens im Höfinger Bädle in den Jahren 2022 und 2023 wird gemäß den städtischen Vereinsförderrichtlinien mit insgesamt 300.000 EUR gefördert (entspricht rund 40% der Gesamtkosten).
751100017007 Leonberg Mitte Abbruch Gebäude	950.000	1.410.000	+460.000	Beschluss GR vom 14.10.2021 zu Vorlage 2021/314. Der Projektablauf der Abbrucharbeiten von Gebäuden verzögert sich. 460.000 EUR sind im Haushaltsplan 2022 zusätzlich zu veranschlagen.
751100017011 Leonberg Mitte Ordnungsmaßnahmen Abbrüche	100.000	1.259.000	+1.159.000	Beschluss GR vom 14.10.2021 zu Vorlage 2021/314. Der Projektablauf der Abbrucharbeiten für Ordnungsmaßnahmen verzögert sich. 1.159.000 EUR sind im Haushaltsplan 2022 zusätzlich zu veranschlagen.
752200027019 Maßnahmen Gebäude Eltinger Straße 11	0	50.000	+50.000	Beschluss GR vom 27.07.2021 zu Vorlage 2021/249. Veranschlagung von 50.000 EUR für eine Planungsrate für notwendige Maßnahmen in der alten Schuhfabrik.
753800026003 Abwasser Kläranlage Ausstattung	180.000	280.000	+100.000	Beschluss GR vom 06.07.2021 zu Vorlage 2021/209. Vergabe der Planungsleistung für die Maßnahme EMSR Technik auf der Kläranlage Mittleres Glemstal.
753800227101 Entwässerung Gewerbegebiet Car-Zeiss-Straße	45.000	45.000	+0	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/290. Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 EUR für das Jahr 2023.
754100467101 Erschließung Gewerbegebiet Carl-Zeiss-Straße	116.000	116.000	+0	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/290. Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 223.000 EUR für das Jahr 2023.
755100067001 Alte Autobahntrasse Neustrukturierung	0	200.000	+200.000	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/318. Bau einer Pumptrackanlage im südlichen Bereich der "Alten BAB Trasse".
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2022			**+2.254.000**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-814.716**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-2.978.716**

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2023

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2023				
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2023			**-770.300**	

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2023				
PG: 1124 Gebäudemanagement Zeile 14 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - Winterdienst	45.116	126.296	+81.180	Beschluss GR vom 26.10.2021 zu Vorlage 2021/366-01. Anpassung der Mittelansätze an das Ausschreibungsergebnis für Winterdienstleistungen für alle städtischen Gebäude.
PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2023			**-36.320**	

Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2023				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2023			**+0**	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2023

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2023				
	742100018205 Förderung Bädle e.V.	0	200.000	+200.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/324. Der Neubau des Babybeckens im Höfinger Bädle in den Jahren 2022 und 2023 wird gemäß den städtischen Vereinsförderrichtlinien mit insgesamt 300.000 EUR (entspricht rund 40% der Gesamtkosten) gefördert.
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2023			**+200.000**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-744.180**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-944.180**

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2024

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Erträge Haushaltsplanjahr 2024				
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2024			**-770.300**	

	Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024				
	PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
	PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024			**-117.500**	

	Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024			**+0**	

	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024			**+0**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-663.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-663.000**

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2025

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Erträge Haushaltsplanjahr 2025				
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2025			**-770.300**	
	Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025				
	PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
	PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025			**-117.500**	
	Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025			**+0**	
	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025			**+0**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-663.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-663.000**

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2022

Hinweise zur Änderungliste:

Die Änderungsliste Verwaltung enthält Änderungen aufgrund veränderter Prognosen und dem sich aus der laufenden Verwaltung ergebenden Änderungsbedarf.

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2022

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Erträge Haushaltsplanjahr 2022				
	PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	35.795.000	37.245.000	+1.450.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
	PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.129.000	4.187.000	+58.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
	PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	2.902.000	2.957.000	+55.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
	Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2022			**+1.563.000**	
	Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2022				
	PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	27.604.000	25.792.000	-1.812.000	Kreisumlage - Der Landkreis hat den Kreisumlagehebesatz für das Jahr 2022 im Haushaltsplanentwurf um 2,1 Punkte auf 29,9 % gesenkt.
	Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2022			**-1.812.000**	
	Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2022				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2022			**+0**	
	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2022				
	736500656003 Interimskita Steinstraße Ausstattung	10.000	0	-10.000	Nachmeldung Fachamt zur Haushaltslesung: Zum Zeitpunkt der Mittelanmeldungen ist das Amt für Jugend, Familie und Schule noch von der Umsetzung der Interimskita ausgegangen. Da dies nicht mehr für 2022 geplant ist, kann der Planwert entfallen.
	736502048001 Windelflitzer e.V. gel. Zuschuss	7.500	0	-7.500	Nachmeldung Fachamt zur Haushaltslesung: Auf Grund der Schließung der Einrichtung zum 01.10.2021 entfällt der Investitionskostenzuschuss für das Jahr 2022.
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2022			**-17.500**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**+3.375.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**+3.392.500**

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2023

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2023				
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	37.897.000	39.289.000	+1.392.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.234.000	4.307.000	+73.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	2.999.000	3.067.000	+68.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	26.578.000	24.655.000	-1.923.000	Schlüsselzuweisungen vom Land - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2023			**-390.000**	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2023				
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen	17.949.000	18.667.000	+718.000	Finanzausgleichsumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	25.573.000	26.455.000	+882.000	Kreisumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2023			**+1.600.000**	

Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2023				
736500603002 Kita West Zuwendung	500.000	0	-500.000	Das Regierungspräsidium hat darüber informiert, dass der Förderantrag für das aktuelle Förderprogramm zu spät eingereicht wurde und außerdem das Förderprogramm überzeichnet ist.
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2023			**-500.000**	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2023				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2023			**+0**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-1.990.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-2.490.000**

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2024

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2024				
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	27.900.000	28.200.000	+300.000	Gewerbesteuer - Hochrechnung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	40.282.000	41.548.000	+1.266.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.311.000	4.393.000	+82.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	3.073.000	3.151.000	+78.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	25.061.000	23.761.000	-1.300.000	Schlüsselzuweisungen vom Land - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2024			**+426.000**	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024				
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen	2.570.000	2.598.000	+28.000	Gewerbesteuerumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen	18.777.000	19.333.000	+556.000	Finanzausgleichsumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	26.610.000	27.253.000	+643.000	Kreisumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024			**+1.227.000**	

Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024			**+0**	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024			**+0**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-801.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-801.000**

Änderungsliste Verwaltung zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2025

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2025				
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	27.900.000	28.200.000	+300.000	Gewerbesteuer - Hochrechnung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	42.530.000	43.717.000	+1.187.000	Gemeindeanteil Einkommensteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	4.385.000	4.470.000	+85.000	Gemeindeanteil Umsatzsteuer - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 1 - Steuern und ähnliche Abgaben	3.141.000	3.225.000	+84.000	Familienleistungsausgleich - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 2 - Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	22.886.000	21.822.000	-1.064.000	Schlüsselzuweisungen vom Land - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2025			**+592.000**	

Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025				
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen	2.570.000	2.598.000	+28.000	Gewerbesteuerumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen	20.133.000	20.146.000	+13.000	Finanzausgleichsumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
PG: 6110 Steuern, allg.Zuweis Zeile 17 - Transferaufwendungen - Kreisumlage	28.306.000	28.176.000	-130.000	Kreisumlage - Änderung auf Grund November-Steuerschätzung.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025			**-89.000**	

Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025			**+0**	

Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
keine Änderungen	0	0	+0	
Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025			**+0**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**+681.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**+681.000**

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022

Hinweise zur Änderungliste:

Die Änderungsliste Gemeinderat enthält Änderungen durch Beschlüsse der Ausschüsse und des Gemeinderats.
Die rot markierten Änderungen ergeben sich aus vergangenen Beschlüssen der Ausschüsse und des Gemeinderats.

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2022

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Erträge Haushaltsplanjahr 2022				
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2022			**-770.300**	

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2022				
PG: 1124 Gebäudemanagement Zeile 14 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - Winterdienst	58.778	210.494	+151.716	Beschluss GR vom 26.10.2021 zu Vorlage 2021/366-01. Anpassung der Mittelansätze an das Ausschreibungsergebnis für Winterdienstleistungen für alle städtischen Gebäude.
PG: 3680 Kooperation und Vernetzung Zeile 17 - Transferaufwendungen	0	135.000	+135.000	Beschluss GR vom 16.11.2021 zu Vorlage 2021/378. Kooperative Vereinbarung mit Trägern zur Kostenübernahme der Quartiersarbeit (Personalkosten) bis jährlich maximal 135.000 EUR für drei Jahre.
PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2022			**+169.216**	

Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2022				
711330233001 Stuttgarter Str./Grabenstr. Grundstückserlöse	0	379.900	+379.900	Beschluss GR vom 16.11.2021 zu Vorlage 2021/284. Veranschlagung der geplanten Einzahlung im Rahmen des Grundstücktauschvertrags zum Baugebiet Stuttgarter Straße/Grabenstraße.
755100063001 Alte Autobahntr. Neustrukt. Zuwen.Region	0	90.000	+90.000	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/318. Zuwendung für den Bau einer Pumptrackanlage im südlichen Bereich der "Alten BAB Trasse".
Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2022			**+469.900**	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2022

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2022				
	711330236020 Stuttgarter Str/Grabenstr Grunderwerb	0	315.520	+315.520	Beschluss GR vom 16.11.2021 zu Vorlage 2021/284. Veranschlagung der geplanten Auszahlung im Rahmen des Grundstücktauschvertrags zum Baugebiet Stuttgarter Straße/Grabenstraße.
	721100147303 GS Warmbronn Abbruch Pavillions + Neubau	340.000	340.000	+0	Rückfrage aus dem Ortschaftsrat Warmbronn, warum ein Wert mit 0 angegeben ist. Nachträgliche Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 1.650.000 EUR, welche vom Fachamt nicht gemeldet wurde, für Auszahlungen im Jahr 2024.
	736500357201 Kinderhaus Kunterbunt Erweiterung	2.300.000	2.485.000	+185.000	Beschluss GR vom 27.07.2021 zu Vorlage 2021/214. Auf Grund von Verschiebungen des Projektablaufs werden Mittel im Haushaltsjahr 2022 neu veranschlagt; hier der höhere Finanzbedarf wegen Mehrkosten.
	742100018205 Förderung Bädle e.V.	0	100.000	+100.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/324. Der Neubau des Babybeckens im Höfinger Bädle in den Jahren 2022 und 2023 wird gemäß den städtischen Vereinsförderrichtlinien mit insgesamt 300.000 EUR gefördert (entspricht rund 40% der Gesamtkosten).
	751100017007 Leonberg Mitte Abbruch Gebäude	950.000	1.410.000	+460.000	Beschluss GR vom 14.10.2021 zu Vorlage 2021/314. Der Projektablauf der Abbrucharbeiten von Gebäuden verzögert sich. 460.000 EUR sind im Haushaltsplan 2022 zusätzlich zu veranschlagen.
	751100017011 Leonberg Mitte Ordnungsmaßnahmen Abbrüche	100.000	1.259.000	+1.159.000	Beschluss GR vom 14.10.2021 zu Vorlage 2021/314. Der Projektablauf der Abbrucharbeiten für Ordnungsmaßnahmen verzögert sich. 1.159.000 EUR sind im Haushaltsplan 2022 zusätzlich zu veranschlagen.
	752200027019 Maßnahmen Gebäude Eltinger Straße 11	0	50.000	+50.000	Beschluss GR vom 27.07.2021 zu Vorlage 2021/249. Veranschlagung von 50.000 EUR für eine Planungsrate für notwendige Maßnahmen in der alten Schuhfabrik.
	752200027303 Schulstraße 27 Neubau	0	100.000	+100.000	Beschluss GR vom 16.11.2021 zu Vorlage 2021/166. Veranschlagung von Mitteln für ein VgV Verfahren sowie Planungsleistungen für den Bau eines Mehrfamilienhauses auf dem Grundstück Schulstraße 27.
	753800026003 Abwasser Kläranlage Ausstattung	180.000	280.000	+100.000	Beschluss GR vom 06.07.2021 zu Vorlage 2021/209. Vergabe der Planungsleistung für die Maßnahme EMSR Technik auf der Kläranlage Mittleres Glemstal.
	753800227101 Entwässerung Gewerbegebiet Car-Zeiss-Straße	45.000	45.000	+0	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/290. Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 80.000 EUR für das Jahr 2023.

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2022

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	754100467101 Erschließung Gewerbegebiet Carl-Zeiss-Straße	116.000	116.000	+0	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/290. Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 223.000 EUR für das Jahr 2023.
	755100067001 Alte Autobahntrasse Neustrukturierung	0	200.000	+200.000	Beschluss GR vom 28.09.2021 zu Vorlage 2021/318. Bau einer Pumptrackanlage im südlichen Bereich der "Alten BAB Trasse".
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2022			**+2.669.520**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-949.716**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-3.149.336**

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2023

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Erträge Haushaltsplanjahr 2023				
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2023			**-770.300**	

	Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2023				
	PG: 1124 Gebäudemanagement Zeile 14 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen - Winterdienst	45.116	126.296	+81.180	Beschluss GR vom 26.10.2021 zu Vorlage 2021/366-01. Anpassung der Mittelansätze an das Ausschreibungsergebnis für Winterdienstleistungen für alle städtischen Gebäude.
	PG: 3680 Kooperation und Vernetzung Zeile 17 - Transferaufwendungen	0	135.000	+135.000	Beschluss GR vom 16.11.2021 zu Vorlage 2021/378. Kooperative Vereinbarung mit Trägern zur Kostenübernahme der Quartiersarbeit (Personalkosten) bis jährlich maximal 135.000 EUR für drei Jahre.
	PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
	PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2023			**+98.680**	

	Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2023				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2023			**+0**	

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2023

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2023				
	736500407001 Kinderhaus Nord Neubau	300.000	1.300.000	+1.000.000	Beschluss GR vom 16.11.2021 zu Vorlage 2021/379. Durch einen Verzögerung des Bauablaufs verschieben sich Auszahlungen in das Jahr 2023.
	742100018205 Förderung Bädle e.V.	0	200.000	+200.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/324. Der Neubau des Babybeckens im Höfinger Bädle in den Jahren 2022 und 2023 wird gemäß den städtischen Vereinsförderrichtlinien mit insgesamt 300.000 EUR (entspricht rund 40% der Gesamtkosten) gefördert.
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2023			**+1.200.000**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-879.180**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-2.079.180**

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2024

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Erträge Haushaltsplanjahr 2024				
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2024			**-770.300**	
	Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024				
	PG: 3680 Kooperation und Vernetzung Zeile 17 - Transferaufwendungen	0	135.000	+135.000	Beschluss GR vom 16.11.2021 zu Vorlage 2021/378. Kooperative Vereinbarung mit Trägern zur Kostenübernahme der Quartiersarbeit (Personalkosten) bis jährlich maximal 135.000 EUR für drei Jahre.
	PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
	PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2024			**+17.500**	
	Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2024			**+0**	
	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2024			**+0**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-798.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-798.000**

Änderungsliste Gemeinderat zum Haushaltsplan 2022 - Planjahr 2025

	Position Haushaltsplan	Planwert Entwurf	Planwert Neu	Änderungs-betrag	Hinweise der Verwaltung
	Erträge Haushaltsplanjahr 2025				
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kläranlage	3.725.000	3.368.000	-357.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 5 - Entgelte für öffentliche Leistungen - Kanäle	3.303.000	3.101.000	-202.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Erträge für Abwassergebühren auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kläranlage	94.800	75.000	-19.800	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	PG: 5380 Abwasserbeseitigung Zeile 21 - Erträge aus internen Leistungen - Kanäle	923.000	731.500	-191.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung der internen Verrechnungen auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Erträge Haushaltsplanjahr 2025			**-770.300**	
	Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025				
	PG: 4210 Förderung des Sports Zeile 17 - Transferaufwendungen	252.200	356.200	+104.000	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/338. Erstattung des Differenzbetrags an Vereine für die Nutzung von Schwimmbahnen in den städtischen Bädern. Der Differenzbetrag ergibt sich aus der Festlegung von neuen Gebühren im Vergleich zum ursprünglichen Abrechnungsmodell.
	PG: 5410 Gemeindestraßen Zeile 22 - Aufwendung für interne Leistungen - Straßenentwässerungsanteil	1.028.000	806.500	-221.500	Beschluss GR vom 19.10.2021 zu Vorlage 2021/278. Reduzierung Straßenentwässerungsanteil auf Basis der Abwassergebührenkalkulation 2022.
	Gesamt Aufwendungen Haushaltsplanjahr 2025			**-117.500**	
	Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Einzahlungen Haushaltsplanjahr 2025			**+0**	
	Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025				
	keine Änderungen	0	0	+0	
	Gesamt Auszahlungen Haushaltsplanjahr 2025			**+0**	

Veränderung Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts			**-663.000**
Veränderung Finanzmittelbestand zum Ende des Haushaltsjahres			**-663.000**

2021/339-02
öffentlich

Dezernat II
Kämmerei

Bezugsvorlagen:
2021/339

Beratungsfolge	*Ö / N*
Gemeinderat (Kenntnisnahme)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Planungsausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Kenntnisnahme)	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Kenntnisnahme)	Ö
Ortschaftsrat Warmbronn (Kenntnisnahme)	Ö

Haushaltsplan 2022 - Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2022

Kenntnisnahme

Der Wortlaut der Stellungnahmen der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2022 wird zur Kenntnis genommen.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Die Sitzungsvorlage beinhaltet die schriftlichen Haushaltsreden und Anträge der Fraktionen zum Haushaltsplanentwurf 2022 vom 09.11.2021.

Die Beratung und Beschlussfassung über die einzelnen Anträge erfolgt mit der Sitzungsvorlage 2021/339-03.

Anlage/n

1 Haushaltsrede Grüne (öffentlich)

2 Haushaltsrede Freie Wähler (öffentlich)

3 Haushaltsrede CDU (öffentlich)

4 Haushaltsrede SPD (öffentlich)

5 Haushaltsrede FDP (öffentlich)

6 Haushaltsrede S:ALZ (öffentlich)

7 Haushaltsrede Linke (öffentlich)

Fraktion BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN im Gemeinderat Leonberg

Kommunalpolitische Erklärung zum Haushaltsplanentwurf für 2022
Dr. Bernd Murschel und Birgit Widmaier für die Fraktion

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine sehr geehrten Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Der Haushalt 2022 ist eingebracht. Nun schon der zweite Haushalt in der Corona-Pandemie. Und die Pandemie ist noch nicht vorbei, die weitere Entwicklung derzeit nicht absehbar. Auch der jetzige Haushaltsentwurf bleibt seiner langjährigen Tradition treu – sprich- die Eckdaten bleiben ähnlich, die Genehmigungsfähigkeit wird durch die Entnahme von Rücklagen und Sondereffekte erreicht und der weitere Schuldenstand in 2025 um 46 Millionen auf dann 128,5 Millionen angepeilt. „Business as usual – ein weiter so“ und dies trotz Corona?

Als Fraktion Grüne im Leonberger Gemeinderat sagen wir dazu Nein! Warum ein Nein? Die Leonberger Kommunalpolitik krankt vor allem an einem: einer immensen und aufgeblähten Ankündigungspolitik, der aber anschließend der Wille zur Umsetzung und zu den Taten fehlt. Lassen Sie uns das an einigen Beispielen verdeutlichen.

Klimamanager*in

Seit vielen Jahren fordern wir als Fraktion ein entschlossenes Handeln beim kommunalen Klimaschutz. Einen Klimavorbehalt bei kommunalen Beschlüssen, oder mehr erneuerbare Energien wie Photovoltaik auf den Dächern. Beschlossen haben wir auch die Stelle einer Klimamanagerin / Klimamanager. Doch passiert ist nix. Alles läuft seinen gewohnten Gang, im alten Trott, als gäbe es mit dem spürbaren Klimawandel nicht eine riesige Herausforderung.

„Zeit“ fließt, rennt oder vergeht. Und die Zeit läuft uns davon, wenn nicht endlich aktives Handeln und Umsetzen das Maß der Dinge in Leonberg wird. “Kommt Zeit kommt Rat“ und „gut Ding will Weile haben“ das muss der Vergangenheit angehören.

Wir wiederholen unsere Forderung für einen kommunalen Klimaschutz, für einen Beitrag unserer Stadt zur Einhaltung des 1,5 Grad-Zieles beschlossen in Paris. „Besser spät als nie…“. Und die aktuellen Zahlen zu den Emissionen der Treibhausgase zeigen, noch nie wurden so viele Treibhausgase emittiert wie 2021.

Qualifiziertes Wachstum und ein Leitbild für 2030

Die Bürgerinnen und Bürger Leonbergs wollen eine Perspektive für ihre Stadt. Wo stehen wir im Vergleich der Großen Kreisstädte der Region? Was sind die besonderen Qualitäten Leonbergs und wohin geht die Reise. Genau diese Fragen wollen wir beantworten, indem wir einen Haushalt aufstellen der dafür den notwendigen Rahmen liefert. In Leonberg leben viele Menschen mit einem guten Einkommen. Das schlägt sich in der Seite des Anteils an der Einkommensteuer im Haushalt nieder. Aber: die hohe Kaufkraft wandert ab, nach Böblingen, nach Sindelfingen nach Ludwigsburg. Zum Leidwesen des schon eh geschwächten Einzelhandels und des Gewerbes. Mehr denn je wird deutlich: Leonberg braucht ein qualifiziertes Wachstum. Also kein Wachstum um jeden Preis, das sich am Maß der überbauten Flächen und den Kubikmetern Beton orientiert. Zu viele einfallslose, stereotype Bauentwicklungen von Layher, Pandeon bis zur Planung auf dem Postareal schwächen Leonberg. Dies sind keine Aushängeschilder für Lebensqualität in der Stadt. Und billig sind diese Wohnungen schon gar nicht, ein Thema das uns bei der Frage „bezahlbarer Wohnraum“ immer wieder einholt. Seit Jahren hat uns Baubürgermeister Brenner versichert, dass Leonberg sich mit einem herausragenden Projekt an der Internationalen Bauausstellung 2027 beteiligt. Passiert ist nichts. Und dieser Zug ist nun auch abgefahren, eine Chance weniger für die Stadt. Wir werden deshalb einen Antrag einbringen, der ein vorzeigbares Modellprojekt für nachhaltiges Bauen in einem der gerade in Konzeptionsphase befindlichen Gebiete vorsieht.

Von besonderer Bedeutung für diesen Prozess der Leitbildfindung ist die Fortschreibung des Flächennutzungsplans. Der aktuelle Plan stammt noch aus dem Jahr 2006 und braucht eine Neuauflage, die für die gesamte Markung Leonbergs die mittel- bis langfristige beabsichtigte Art der Bodennutzung einschließlich der politisch gewollten städtebaulichen Entwicklung aufzeigt. Bei der letzten Planaufstellung vor dem Jahr

2006 hat die Kommunalpolitik einen breiten öffentlichen Diskus angeregt. Bei diesem Stadtentwicklungsprozess STEP 2020 sind viele Anregungen von Bürgerinnen und Bürger eingeflossen. Dies wollen wir auch hier als Maßgabe für die Fortschreibung des FNP vorschlagen.

Mobilität

Herr Oberbürgermeister: Sie haben ein großes Projekt angekündigt. Den Umbau der Stadt zu einer verkehrsberuhigten Zone mit mehr Raum und Platz für Fußgänger und Radfahrer. Gut so, da haben Sie unsere volle Unterstützung. Aber auch hier sind es bisher nur Pläne, wenn auch die Umweltspur für Busse und Radfahrer in der Eltingerstraße und der Brennerstraße nun in eine Modellphase gehen soll.

In der täglichen Realität ist leider noch nichts von der Fußgänger- und Fahrradoffensive zu spüren. Das „Radhaus“ am Bahnhof braucht eine massive Werbeoffensive. Von den Planungen zum Radschnellweg durch Leonberg ist nichts zu hören. Und die fehlende Radverbindung zwischen Leonberg und Ditzingen sorgt täglich für hochgefährliche Situationen. Ein Zustand auf den wir schon Jahre hinweisen. Passiert ist allerdings nichts. Für die „Stadt der Zukunft“ braucht es mehr als nur eine verbale Ankündigung. Die Qualitätsoffensive für den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und vor allem mehr attraktive Fußgänger- und Radwegeverbindungen muss für die Menschen erlebbar sein. Nur dann gelingt auch ein Umdenken im Bereich der Mobilität. Mischnutzungen zwischen Fußgängern und Radfahrern wie beispielsweise in der Stadtmitte am Neuköllnerplatz sind schlicht eine Zumutung für alle Nutzer.

Wir fordern eine konsequente Umsetzung der Radverkehrsplanung für Leonberg!

Personal

An dieser Stelle einige Worte zum Personal. Wir fragen uns ebenso wie andere warum wir eine so hohe Fluktuation haben. Gründe sind hierbei nicht immer Umzüge und Ortswechsel der Betreffenden. Der Ursache für diese Fluktuation muss nachgegangen werden. Ob allerdings ein Gutachten dafür das geeignete Mittel ist, ist für uns fraglich. Aber es muss sich was ändern, wir sehen hier die Verwaltungsspitze in der Verantwortung für eine Klärung der Gründe und den entsprechenden Konsequenzen zu sorgen.

Umwelt- und Naturschutz, der Leonberger Wald

Die Renaturierung der alten Autobahntrasse geht sichtbar voran. Wunderbar, dass hier eine räumliche Aufwertung erfolgt, die vielen Menschen einen hohen Erholungswert bringen wird.

Weitere Vernetzungspunkte, die das grüne Band in Zukunft verbinden soll, sind das Reiterstadion mit dem Wochenmarkt, der Stadtpark und mit immer noch viel zu viel zeitlichem Verzug die Beseitigung der Erd- und Steinmassen am Rande des Layher-Areals, damit auch dort endlich mal grün vor den Toren der Altstadt entstehen kann.

Die Aufwertung der Glems als naturnahes Fließgewässer bietet ebenfalls noch viel Handlungspotential.

Unsere Natur schützen – den Stadtwald klimafest machen

Der Wald ist krank und dem Wald fehlt Biodiversität. Das Land Baden-Württemberg hat mit einer Naturschutzstrategie reagiert und will mittel- und langfristig mehr Artenvielfalt und naturnahen Forst erreichen. Die Folgen extremer Trockenschäden in den Wäldern zeigen sich besonders im nördlichen Teil des Landkreises Böblingen.

Unsere kommunale Forstbewirtschaftung braucht dringend ein Umdenken. Weniger Ökonomie und mehr Ökologie. Denn unser Wald erfüllt eine wesentliche Funktion als Wasserspeicher, als Temperaturausgleicher und als Sauerstoffproduzent. Die ursprüngliche Funktion als CO2-Senke hat unser Wald leider mittlerweile verloren. Durch eine ökologische Waldbewirtschaftung mit beispielsweise mehr Naturverjüngung, der Gestaltung von Alt- und Totholz-“Inseln“ und mehr extensiver, nicht genutzter Flächen können wir unsere Wälder dauerhaft erhalten und in ihren Funktionen stärken. Das kommunale forstliche Leitbild stammt noch aus dem Nachkriegsdenken. Aber schnellwachsende Nadelholzbestände sind weder klimastabil, noch garantieren sie eine ökonomische Einnahmesicherheit. Die Zeit für ein neues forstliches Leitbild ist überreif. Und ein Alt- und Totholzkonzept, wie es flächenhaft im Staatswald seit über 10 Jahren umgesetzt wird, braucht auch eine Umsetzung im kommunalen Wald.

Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren,
wir stehen in vielen Bereichen vor Herausforderungen, viele Themen müssen konsequenter angegangen und umgesetzt werden.

Bezahlbarer Wohnraum

Ein wichtiges Thema der Stadtentwicklung ist die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Versuche von Investoren, die Quote von mind. 25% irgendwie zu umgehen, gibt es immer wieder. Dem muss Einhalt geboten werden. Wir vermissen hier oftmals die klare Positionierung der Verwaltungsspitze gegenüber Investoren. Es darf kein Absenken der Quote oder ständige Diskussionen dazu geben. Dafür ist das Thema viel zu wichtig, bezahlbarer Wohnraum muss vordringlich geschaffen werden.

Digitalisierung an Schulen

Ein weiteres Zukunftsthema ist die Bildung und hier insbesondere die Digitalisierung an Schulen. Hier gibt es immensen Nachholbedarf wie auch Corona gezeigt hat. Die nun vorgesehene Schaffung von 4 Stellen finden wir gut, wir hoffen sehr, dass diese zeitnah besetzt werden können. Aber damit ist es ja noch nicht getan. An vielen Ecken und Enden hapert es, angefangen von der Glasfaseranbindung über die Verkabelungen und die Betreuung der EDV vor Ort in den Schulen. Kapazitäten müssen hierfür geschaffen werden, Mitarbeiter*innen von anderen Aufgaben entlastet werden, damit sie sich voll darauf konzentrieren können.

Schulleiter*innenbudgets

Bedauerlich, dass die Schulleitungen über die im Haushalt enthaltenen Kürzungen der Schulleitungsbudgets offensichtlich im Vorfeld nicht informiert wurden und sie sich nicht dazu äußern konnten. Die Schulleiter*innen haben nun dargelegt, wofür die Mittel notwendig sind. Wir unterstützen ihr Anliegen, die Kürzungen zurückzunehmen. Das Thema wird ja auch im Ausschuss besprochen.

Kultur

Kultur, das sind nicht nur größere Veranstaltungen, sondern auch viele kleine Initiativen. Ein Beispiel ist die Alte Schuhfabrik, wo eine gewachsene Struktur die Kulturszene in der Stadt belebt. Dies muss erhalten bleiben, aber hier wurden falsche Weichen gestellt. Einen Investor mit einem Herz für Kultur zu finden, wird schwer, wenn nicht gar unmöglich werden. Und was passiert dann? Warum greifen wir nicht das Engagement der Künstler*innen auf, die Konzepte zum Fortbestand des Künstlerhauses entwickelt haben.

Quartiersarbeit

Wir unterstützen die Fortführung der Quartiersarbeit, wie es auch die Verwaltung vorschlägt. Wichtig ist uns, dass noch verstärkt daran gearbeitet wird, weitere Ziel-

gruppen beim Projekt mitzunehmen und auf bereits bestehende Strukturen in den Stadtteilen durch Bürgervereine und andere Vereine zurückzugreifen.

Jugendbeteiligung

Diese hat in den letzten Jahren viel Positives bewirkt, viele junge Menschen engagieren sich für die Entwicklung in ihrer Stadt, dafür herzlichen Dank. Was die Mittel anbelangt: Von der Stadtverwaltung wurde uns mitgeteilt, dass in einer ersten Runde 50.000 Euro an Mitteln gekürzt wurden und zusätzlich dann die 15% der pauschalen Kürzung, so dass von einem ehemaligen Mittelansatz in Höhe von 117.000 nun noch 56.950 im Haushalt stehen. Wir beantragen, dass hier die „doppelte“ Kürzung aufgehoben wird und die Mittel auf 90.000 Euro festgelegt werden sollen. Damit ergibt sich der Spielraum auch kurzfristig Projekte auf den Weg zu bringen, die aus der Jugendbeteiligung heraus initiiert werden.

Ehrenamtliches Engagement

Dieses ist sehr wichtig für die Stadt und muss gefördert werden. Wir sind froh, dass es gelungen ist, die Ehrenamtskarte für Jugendliche ab 2022 umzusetzen. Wir gehen davon aus – obwohl dies im HH-Entwurf nicht explizit erwähnt wird – dass diese Mittel zusätzlich eingestellt worden sind und nicht zu Lasten anderer Budgets gehen.

Allgemein zum Thema bürgerschaftliches Engagement: hier gibt es noch erhebliches Verbesserungspotential. Leider wird es immer wieder von der Stadtverwaltung versäumt, auf die Leute zuzugehen, die sich engagieren, diese Leute mitzunehmen und damit auch die entsprechende Wertschätzung zu zeigen. Hier gibt es Verbesserungspotential.

Hortbetreuung in Warmbronn

Einige Sätze noch zur Hortbetreuung in Warmbronn: bei diesem Thema kann man sehr gut erkennen, dass der Ausbau der Infrastruktur nicht dem Wachstum hinterher kommt. Kindertagesplätze sind Mangelware und so muss die Hortbetreuung in Warmbronn leider aufgegeben werden, die Kinder in einer anderen Betreuungsform untergebracht werden. Die Befürchtungen der Eltern, dass die Qualität des Angebotes leidet, können wir sehr gut nachvollziehen. Wir erwarten, dass die Stadtverwaltung hier auf die Eltern zugeht und mit ihnen gemeinsam nach Lösungen sucht.

Wirtschaftsförderung und Citymanagement

Sie haben in den vergangenen Monaten sehr gute Arbeit geleistet. Hierfür an dieser Stelle noch mal ein großes Dankeschön. Und die Unterstützung wird auch weiterhin notwendig sein, da die Entwicklung der Pandemie und auch der Wirtschaft allgemein derzeit nicht absehbar ist. Wir müssen alles dafür tun, die örtlichen Firmen, Dienstleister, Einzelhandel, Gastronomie zu unterstützen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch unsere kommunale finanzielle Lage ist nicht gut. Im Jahr 2022 müssen wir Mittel der Rücklage entnehmen, der Schuldenstand der Stadt wird ansteigen, wir müssen dringend gegensteuern. Dazu brauchen wir aber keine Hoppla-Hopp Politik oder Kürzungen nach dem Rasenmäherprinzip. Wir müssen dringend diskutieren, wie und wohin sich die Stadt entwickeln soll. Fragestellungen sind dabei u.a. welches Wachstum kann die Stadt verkraften, und zwar sowohl finanziell als auch ökologisch. Wie gehen wir mit den begrenzten Ressourcen um? Wie entwickeln wir die Stadt im Sinne des Klimaschutzes weiter? Wie gewährleisten wir die Bereitstellung der Infrastruktur. Wachstum um jeden Preis kann hier nicht die Lösung sein. Wir brauchen eine solide Haushaltsplanung mit einer ökologischen Ausrichtung auf Klimaschutz und Nachhaltigkeit in allen Bereichen. Dazu brauchen wir ein Leitbild. Für diese Diskussion benötigen wir auch die entsprechenden Daten z.B. zur Bevölkerungsentwicklung, zur Kaufkraft, zur Flächenstruktur und viele andere. Dieser Prozess muss endlich angegangen werden. Wir müssen endlich was tun, weg von der Ankündigungspolitik zur Umsetzungspolitik.

Unsere Anträge zum Haushaltsplanentwurf können wir aus zeitlichen Gründen nicht alle erläutern, sie finden diese in unserer Antragsliste.

Für die Aufstellung des Haushaltsplanentwurfs für 2022 möchten wir uns nun bei allen Beteiligten bedanken und wünsche uns gute Beratungen.

Und man mag von der neuen Imagekampagne des Landes halten was man will, aber

„The Länd“ braucht viele innovative und nachhaltige Städte – lassen Sie uns dazugehören.

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

An den Oberbürgermeister
der Stadt Leonberg
Herrn Martin Georg Cohn
Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Gemeinderat der Stadt Leonberg

Rathaus Leonberg
Belforter Platz 1
71229 Leonberg

09. November 2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

für den Haushalt 2022 bringt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgende **Anträge** ein:

1. Nachhaltiges Bauen fördern
2. Beratung des Gemeinderates und der Stadtverwaltung zum nachhaltigen Bauen
3. Schulgesundheitspflege
4. Müllvermeidung nachhaltig organisieren
5. Anmietung einer Ladenfläche für Stadtmarketing und Stadtwerke
6. Mehr Biodiversität im Wald – Alt- und Totholzkonzept
7. Der Wald braucht unsere Hilfe, damit er uns helfen kann
8. Exkursion des Gemeinderates mit dem Fokus Natur- und Klimaschutz
9. Ein Toilettenhäuschen auf der alten Autobahntrasse
10. Radsport unterstützen
11. RegioRad-Stationen vernetzen
12. Jugendbeteiligung
13. Informationen für alle
14. Homepage der Stadt Leonberg inklusiv ausbauen
15. Eingezäunte Hundespielwiese
16. Einsparvorschläge der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen

Die Anträge mit Begründungen finden sich auf den nachfolgenden Seiten.

Nachhaltiges Bauen fördern

Antrag:
Die Stadt Leonberg möge an mindestens einem Gebäude ein Modellprojekt "Klimagerechtes Bauen" konsequent umsetzen. Dies kann an einem öffentlichen neuen Gebäude (KiTa o.ä.) erfolgen, in der Nachverdichtung oder noch besser bei einem Altbau, der ohnehin renoviert werden muss.
Hierfür ist für das Haushaltsjahr 2022 eine Planungsrate von 200.000 Euro einzustellen.

Begründung:
Die vor 2 Jahren ins Auge gefasste Teilnahme an der Internationale Bauausstellung (IBA) bezogen auf das Neubauprojekt an der Berliner Straße ist nicht mehr möglich, da die Bewerbungsphase abgeschlossen ist. Mit einem umsetzungsorientierten klimagerechten Bauprojekt kann sich Leonberg in der Region als zukunftsfähiger Wohnstandort profilieren.
Für ein solches Projekt sind auf jeden Fall geeignete Fördermöglichkeiten zu recherchieren und einzuplanen.

Laut einem Bericht der UN ist der Anteil der Bauwirtschaft zuletzt mit 38% beim weltweiten CO2-Ausstoß anzusetzen. Dies zeigt, welches enorme Einsparpotenzial es beim Bauen gibt, um zum Erreichen der notwendigen Klimaziele beizutragen.

Gudrun Sach und Katharina Staiger
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Beratung des Gemeinderates und der Stadtverwaltung zu zukünftigen Bauvorhaben durch Institutionen mit einer speziellen Kompetenz im Bereich des nachhaltigen Bauens

Antrag:
Der Gemeinderat soll nach dem Beispiel der Präsentation der KEA-BW zum Thema „Contracting“ über die Möglichkeiten zum Thema „klimaneutrales Bauen“ z.B. durch den Einsatz von Sonnenenergie- und Wasserstofftechnologie für zukünftige klimaneutrale Bauvorhaben informiert und beraten werden.

Begründung:
Gerade für die Entwicklung neuer Quartiere wie z. B. an der Berliner Straße wären die Erkenntnisse und Innovationen äußerst interessant, die Institutionen wie beispielsweise das „Zentrum für Sonnenenergie- und Wasserstoff-Forschung Baden-Württemberg (ZSW) gewonnen und schon in etlichen großen Projekten umgesetzt haben. Eine gemeinsam für Gemeinderat und Stadtverwaltung angebotene Information bzw. Beratung ist wünschenswert und sicher ohne allzuviel Aufwand umsetzbar. Dies würde die Akteure in Leonberg darin unterstützen, die Beschlüsse zum Klimavorbehalt auf informierter Grundlage treffen zu können.

Das Land Baden-Württemberg betreibt und unterstützt etliche Einrichtungen und Institute, die sich mit der Forschung und Weiterentwicklung in Sachen Klimaneutralität beschäftigen. Das ZSW hat bspw. in anderen Städten schon viele große und innovative Projekte begleitet (z.B. neue Weststadt Esslingen) und ganze Quartiere mit neuester Solar- und Wasserstofftechnologie ausgestattet.

Eine Erstberatung mit Präsentation für den Gemeinderat wäre evtl. kostenlos, die Kosten für gezielte Beratungen bei anstehenden Bauprojekten oder eine mögliche Kooperation müssten abgeklärt werden. Hierfür stehen sicherlich auch Fördergelder des Landes oder Bundes zur Verfügung.

Leonberg könnte mit einem klimaneutralen Quartier z.B. an der Berliner Straße eine Vorbildfunktion für andere Städte in der Region einnehmen und zum Vorreiter werden.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Schulgesundheitspflege

Antrag:
Der Gemeinderat möge beschließen, ab dem Schuljahr 2022/23 im Rahmen eines mehrjährigen Projekts zur Etablierung einer Schulgesundheitspflege eine Kooperation zwischen der Stadt Leonberg und der Pflegeverbund Stohgäu-Glems gmn. GmbH (im Folgenden „Sozialstation Leonberg“ genannt) zu beginnen.

Begründung:
Nicht erst durch die Corona-Pandemie wurde deutlich, wie wichtig eine Unterstützung der Schulen in medizinischen Angelegenheiten ist. An einigen weiterführenden Schulen sind Schulsanitäter*innen seit Jahren etabliert, aber diese jugendlichen Ersthelfer*innen können nicht die Leistungen erbringen, welche durch eine qualifizierte Fachpflegeperson zur Verfügung gestellt werden kann.

Die Sozialstation Leonberg kann den Schulen im Rahmen eines gemeinsamen Projektes auf Anforderung Personal zur Verfügung stellen, welches bspw. bei der Versorgung chronisch kranker Schüler*innen (z. B. bei Allergien, Asthma, Diabetes Mellitus) Anleitung für die Lehrenden und die Mitschüler*innen bietet.
In der Fachöffentlichkeit wird zunehmend die fehlende Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung thematisiert. Fachpersonal kann hier die Lehrenden unterstützen oder sogar Unterrichtseinheiten übernehmen.
In den letzten 1,5 Jahren waren es häufig die Lehrenden oder Eltern, die bei Selbsttests zur Corona-Detektion angeleitet haben. Eine solche Aufgabe wäre sicherlich auch ein klassisches Betätigungsfeld für die Schulgesundheitspflege gewesen.
Ein ganz anderes, wichtiges Aufgabenfeld in der Schulgesundheitspflege ist die Präventionsarbeit. Hier sei nur das Stichwort „Dicke Kinder“ genannt, was durch Bewegungsmangel oder falsche Ernährung verursacht sein kann. Eine Fachpflegeperson könnte hier gemeinsam mit dem Kollegium Konzepte erarbeiten, um an einer Schule vorbeugend tätig zu werden.

Weitere Inhalte und Erfahrungen aus dem bisherigen Einsatz der Schulgesundheitspflege (in Deutschland und weltweit) finden sich auf der Internetseite
https://www.dbfk.de/de/themen/Schulgesundheitspflege.php

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Müllvermeidung nachhaltig organisieren

Antrag:
Der Gemeinderat möge beschließen, aus dem für eine einmalige Stadtputzete angesetzten Betrag von 42.500 Euro (S. 249) 5.000 Euro für sogenannte „Ballot Bins“ (Abstimm-Aschenbecher) zu verwenden. Hiermit kann speziell gegen die Flut an Zigarettenkippen auf unterhaltsame Art dauerhaft eine Gegenbewegung gestartet werden.

Begründung:
Die Lokale Agenda Leonberg hat bei ihrem Forum im Oktober 2021 als Schwerpunktthema 2022 eine übergreifende Kampagne zum Themenkomplex „Müllvermeidung“ beschlossen. Im Rahmen dieses Schwerpunkts für alle Agenda-Gruppen sollen unterschiedliche Perspektiven und Herangehensweisen entwickelt werden, bei denen Müllvermeidung als Aufgabe für alle Bereiche der Gesellschaft thematisiert wird. Eine einmalige Müllputzete „bei denen die Kinder den Müll der Erwachsenen wegräumen“ hält die Lokale Agenda für weder ausreichend noch zielführend.

Ein vermeintlich nebensächlicher Aspekt beim Müllaufkommen sind Zigarettenkippen. Die so unauffälligen (?) Rauchreste sind nicht nur für viele Menschen ein Ärgernis. Sie sind zudem ein echtes Umweltproblem, denn jede einzelne Kippe braucht mehrere Jahre bis zu ihrer Zersetzung. In dieser Zeit gelangen reichlich Giftstoffe in die Umwelt. Sie lassen sich heute bereits im Packeis der Arktis nachweisen. Inwiefern wir diese Giftstoffe durch die Nahrungskette aufnehmen, ist noch nicht eindeutig belegt.

Mit den Abstimmungs-Aschenbechern lässt sich auf humorvolle Weise Bewusstsein für das Problem erzeugen und gleichzeitig die Kippenflut z. B. an ÖPNV-Haltestellen eindämmen. Solche Doppelzylinder werden bspw. durch eine Stuttgarter Firma gefertigt.

Das Referat Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung könnte die Abstimmungs-Ascher nutzen, indem bspw. 1x/Quartal eine neue Frage mit kommunalem Bezug veröffentlicht wird. So würde mit Darstellung des Abstimmungsergebnis zugleich regelmäßig auf das Thema der achtlos entsorgten Zigarettenkippen hingewiesen.

Informationen zum Thema finden sich u.a. hier:

https://www.quarks.de/umwelt/muell/auswirkungen-der-zigarettenkippen-auf-die-umwelt/

https://www.kippster.de/shop/

R. Sebastian Werbke und Gudrun Sach
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Anmietung einer Ladenfläche für Stadtmarketing und Stadtwerke

Antrag:
Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend zu prüfen, inwiefern die Geschäftsflächen im Samariterstift neben dem Rathaus zur Anmietung zur Verfügung stehen. Es ist ggf. schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass die nun schon mehrmals gescheiterten Versuche für eine neue Präsenz von Stadtmarketing und Stadtwerken in mindestens einem dieser Ladenlokale umgesetzt wird.

Begründung:
Der Brückenschlag zwischen Neuköllner Platz und Leonberger Altstadt hat viele verschiedene Facetten. Dazu gehört auch die gesamte Strecke zwischen diesen beiden Polen. Sehr lange stehen nun schon die Ladenlokale im Samariterstift leer.

Seit einiger Zeit wird überlegt, einen für die Laufkundschaft attraktiven Ort für Stadtwerke einerseits und den i-Punkt des Stadtmarketing andererseits zu schaffen. Die beiden Ladenlokale liegen an prädestinierter Stelle an der Haupt-Durchgangsstraße, wo sie sehr gut wahrgenommen werden. Es gibt direkt vor der Tür die Möglichkeit, kurz zu parken, um sich Informationen zu beschaffen. Außerdem liegt hier eine Bushaltestelle und sind Radspuren vorgesehen. Insofern bestehen nicht nur für Fußgänger*innen, sondern für alle Verkehrsteilnehmer günstige Möglichkeiten, diese Räumlichkeiten zu erreichen.
Die Schaufenster bieten zudem rund um die Uhr die Möglichkeit, für die Ladennutzer bzw. die Stadt zu werben.

Für die Beschäftigten beim Stadtmarketing hätte dieser Standort den Vorteil der kurzen Wege zum Rathaus bzw. dem Amt für Kultur und Sport, dem sie angehören.

Im Haushaltsplan sind an verschiedenen Stellen bereits Beträge für einen neuen i-Punkt vorgesehen, die nach dem erneuten Scheitern der Pläne am Marktplatz nun zielführend an diesem Standort eingesetzt werden können.

Ergänzend wäre es eventuell möglich, die Räumlichkeiten z. B. in den Abendstunden als Anlaufstelle für die Quartiersarbeit zu nutzen. Dies würde sich positiv auf die Belebung des Areals auswirken.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Alt- und Totholzkonzept im Leonberger Wald umsetzen

Antrag:
Im Stadtwald Leonberg wird das landesweite Alt- und Totholzkonzept umgesetzt.

Begründung:
Im Rahmen der kommunalen Waldbegehung konnte der städtische Förster U. Gress die massiven Auswirkungen des Klimawandels im Forst aufzeigen. Neben den bekannten Schadbildern im Nadelwald ist nun auch der Laubwald, insbesondere die Buche, von den Auswirkungen des Klimawandels stark betroffen. Es besteht Einigkeit darin, dass ein Waldumbau zu einem klimastabilen Ökosystem notwendig ist. Das Land Baden-Württemberg empfiehlt den Kommunen die Stärkung der Biodiversität im kommunalen Forst. Dabei bildet das Instrument des Alt- und Totholz-Konzeptes einen wesentlichen Schwerpunkt. Die Kommunen bekommen einen finanziellen Ausgleich und können darüber hinaus auch Ökopunkte generieren. Damit ergibt sich eine Win-Win-Situation, sowohl für den Naturschutz, als auch die ökonomische Einnahmeseite.

ForstBW erläutert in seinen Ausführungen die besondere Bedeutung von Alt- und Totholz: “Im Wald leistet Alt- und Totholz einen besonders wichtigen Beitrag, da es Lebensraum für zahlreiche, oftmals gefährdete Arten bietet. Der Erhalt von Alt- und Totholz trägt maßgeblich zur Sicherung und zur Stärkung der Biodiversität bei, dem zentralen Ziel sowohl der Naturschutzstrategie Baden-Württemberg als auch der Gesamtkonzeption Waldnaturschutz ForstBW.

Zur Umsetzung dieses Ziels in die Praxis wurde das Alt- und Totholzkonzept entwickelt. Mit diesem Konzept wurde eine umfassende Erhaltungs- und Entwicklungsstrategie für diese wertvollen Lebensräume erarbeitet. Damit erfolgt einerseits die Umsetzung des aktuellen Artenschutzrechts. Es verdeutlicht andererseits, dass ForstBW in Waldnaturschutzfragen bundesweit eine führende Rolle eingenommen hat.

Das Alt- und Totholzkonzept wird im Staatswald seit Februar 2010 verbindlich umgesetzt. Die Ausweisung von Habitatbaumgruppen und von Waldrefugien gehört seither fest zum forstlichen Handwerkszeug.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Der Wald braucht unsere Hilfe, damit er uns helfen kann

Antrag:
Leonberg überarbeitet sein forstpolitisches Leitziel hin zu einer modernen Strategie für mehr Biodiversität und Klimaschutz im Kommunalwald

Begründung:
Die vom Leonberger Gemeinderat beschlossenen Leitlinien für den Kommunalwald basieren noch aus den Gedanken der Nachkriegszeit.

Demnach hat die ökonomische Nutzung des Waldes insbesondere durch schnellwachsendes Nadelholz oberste Priorität. Die neuen Waldschäden - hervorgerufen durch den Klimawandel - fordern eine neue forstpolitische Strategie, bei der die Erholungsfunktion des Waldes und der Aufbau eines klimastabilen Waldes im Fokus stehen.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Exkursion des Gemeinderates mit dem Fokus Natur- und Klimaschutz

Antrag:
Der Gemeinderat beschließt, die Informationsreise des Gemeinderates im Jahr 2022 soll in den Nationalpark Nordschwarzwald erfolgen, einschließlich einer Besichtigung des kürzlich eröffneten Besucherzentrums am Ruhestein bei Baiersbronn.

Begründung:
Baden-Württembergs einziger Nationalpark Nordschwarzwald hat sich zu einem Besuchermagneten erster Güte entwickelt. In diesem Jahr hat auch das neue Besucherzentrum am Ruhestein seine Pforten geöffnet und bietet einen überragenden Einblick in die Vielfalt des Waldes. Mit dem Slogan „eine Spur wilder“ und als architektonisches Highlight zieht es viele Besucher an.

Dr. Bernd Murschel
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ein Toilettenhäuschen auf der alten Autobahntrasse

Antrag:
Die Stadt Leonberg errichtet eine öffentlich zugängliche, behindertengerechte Toilette nördlich des Brombeerwegs in der Nähe der KZ-Gedenkstätte.
Dafür werden die noch bestehenden (Ab-)Wasser-Anschlüsse reaktiviert.

Begründung:
Für die in Planung bzw. im Umbau befindliche Neustrukturierung der alten Autobahntrasse („Landschaftspark“) südlich des Brombeerwegs ist zumindest eine öffentlich zugängliche Toilette in der Nähe unerlässlich. Es soll ein Platz geschaffen werden, der für noch mehr Besucher*innen attraktiv ist und auch über einen Platz für einen Foodtruck wird nachgedacht.

Es wäre sinnvoll, die vorhandenen notwendigen Anschlüsse aus Zeiten des Autobahn-Parkplatzes zu nutzen, wodurch die Anlage etwas kostengünstiger umzusetzen sein wird.

Dass eine solche Toilettenanlage dringend notwendig ist, beweisen bisher schon die in der Nähe der KZ-Gedenkstätte immer wieder zu sehenden Hinterlassenschaften.

Gudrun Sach
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Radsport unterstützen

Antrag:
Es ist ein Betrag von 20.000 Euro im Haushaltsjahr einzuplanen, um den Beschluss des Gemeinderats vom 27. Juli 2021 umsetzen zu können, mit dem eine öffentlich zugängliche Fahrrad-Singletrail-Strecke an einem geeigneten Standort vorgesehen wurde.

Begründung:
Seit dem Sommer 2020 haben sich Ausschüsse und Gemeinderat wiederholt mit dem vom RV Schwalbe Leonberg-Eltingen e.V. eingebrachten Anliegen einer MTB-Strecke im Kammerforst auseinandergesetzt. Dieses Anliegen wurde seinerzeit ausdrücklich auch vom Stadtverband Sport unterstützt.

Seit 2018 führte der Verein mit der Stadtverwaltung Gespräche zu diesem Thema. Neben Argumenten wie Tier- und Naturschutz wurden auch die hohen Folgekosten durch die Verkehrswegesicherungspflicht der Kommune gegen eine solche Strecke ins Feld geführt. Der Haushaltsplan 2022 weist auf S. 197 für die Sicherung der MTB-Strecke in Warmbronn einen Betrag von neu 1.700 Euro aus, also deutlich weniger, als in den Diskussionen um den Antrag des RV Schwalbe genannt wurde.

Um keine weitere - mangels bereitgestellter Ressourcen - unnötige Verzögerung eines solchen offiziellen und legalen Angebots für diese wichtige Gruppe der Sport-Treibenden zu verursachen, ist es notwendig, einen festen Betrag für 2022 vorzusehen.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

RegioRad-Stationen vernetzen

Antrag:
Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Jahr 2022 mindestens zwei zusätzliche Stationen für das RegioRad auf der Gemarkung eingerichtet werden.

Begründung:
Schon in den Vorjahren wurde von unserer Fraktion gefordert, sowohl am Kino Traumpalast wie auch im Gewerbegebiet Leo-West jeweils eine Station zu schaffen, mit der die Vernetzung der vorhandenen Stationen am S-Bahnhof Leonberg, am Leo-Center sowie am S-Bahnhof Rutesheim/Silberberg weiter gestärkt wird.

Beide vorgeschlagenen Standorte werden in den nächsten Monaten baulich fertiggestellt bzw. sind schon intensiv genutzt. Hier jeweils auch den Radverkehr zu fördern sollte ein passender Aspekt im Mobilitätskonzept der Stadt sein.

Die NutzerInnen des ÖPNV, speziell der S-Bahn, würden durch diese zusätzlichen RegioRad-Stationen in ihrer Entscheidung unterstützt, ihr Ziel im Mobilitätsmix umweltfreundlich anzusteuern. Für Inhaber*innen der polygoCard wäre die Rad-Nutzung in der Regel bei diesen Entfernungen sogar kostenlos möglich.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Jugendbeteiligung ermöglichen

Antrag:
Die Mittel für die Jugendbeteiligung sollen auf 90.000 Euro (statt 56.950 €, S. 214) festgelegt werden.
Damit leistet auch dieser Haushaltsposten einen Beitrag zu den vorgesehenen Einsparungen (im Vorjahr 117.000 Euro), ohne insgesamt den Prozess der Jugendbeteiligung zu gefährden.

Begründung: Der Gemeinderat hat in den letzten Jahren einen mittlerweile gut funktionierenden Prozess der Jugendbeteiligung in Gang gebracht und begleiten können. Schon mehrere Wechsel bei den Sprecher*innen sind gut gelungen, ohne die in der Gemeindeordnung in § 41a vorgeschriebene Jugendbeteiligung zu gefährden. Dies darf auch nicht durch mangelnde Haushaltsmittel geschehen.

In der Vergangenheit hat es sich bewährt, dass ein Betrag von 100.000 Euro eingeplant wurde, der i.d.R. während des Haushaltsjahres nicht aufgebraucht wurde. Insofern ist eine Reduzierung naheliegend und voraussichtlich in diesem Umfang unproblematisch.
Andererseits hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, wie hilfreich es war, Projekte der Arbeitsgruppen des Jugendausschuss mit dem Wissen um den zur Verfügung stehenden Betrag in einem für die Jugendlichen spürbaren Zeitrahmen auf den Weg bringen zu können, ohne auf die nächsten Haushaltsberatungen warten zu müssen.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Informationen für Alle

Antrag:
Der Gemeinderat möge beschließen, dass auch die Ortsteile Höfingen, Gebersheim und Warmbronn in den kommenden Jahren mit Informationsmonitoren versorgt werden.

Begründung:
Bisher wurde ein Monitor am alten Rathaus in der Leonberger Altstadt aufgestellt. Auf S. 326 findet sich der Hinweis, dass weitere Monitore vorgesehen seien, u.a. am Bahnhof Leonberg.
Genau dort wurde nun nach langer Verzögerung der im Konzept des Regionalen Mobilitätspunkts seit Jahren vorgesehene Informationsterminal installiert und in Betrieb genommen.

Inhaltlich sollte von Seiten des Referats Öffentlichkeitsarbeit zeitnah geprüft werden, welche städtischen Informationen hier kontinuierlich eingespeist werden können.

Da andererseits der Bahnhof ein Ort des Kommens und Gehens ist, ist es sicherlich zielführender, wenn für die Stadtbevölkerung auch dort, wo sie sich aufhält, Informationsangebote aktuell zur Verfügung gestellt werden. Eine städtischer Monitor z. B. an oder in „Gebers Landmarkt“ sowie bei den Ortschaftsverwaltungen in Höfingen und Gebersheim bringt sicherlich für die eigene Bevölkerung mehr, als ein zusätzlicher Terminal an einem Ort, wo jede/r schaut, dass der ÖPNV-Anschluss erreicht wird.

R. Sebastian Werbke
für die Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Homepage der Stadt Leonberg inklusiv ausbauen

Antrag:
Die Homepage der Stadt Leonberg soll weiter inklusiv ausgebaut werden. Der im Haushaltsplan angekündigte Relaunch der Internetseiten(S. 136) muss hierfür genutzt werden.

Begründung:
Bisher gibt es zwar eine Erklärung der Homepage in leichter Sprache, die einzelnen Rubriken jedoch sind nicht in leichter Sprache verfügbar. Ebenso fehlt die Möglichkeit, sich einzelne Artikel oder Bereiche vorlesen zu lassen. Videos werden bisher nur ohne Untertitel angeboten.

Eine Datenbank wichtiger Einrichtungen mit Informationen zu ihrer Barrierefreiheit soll der Website hinterlegt werden; Erklärung siehe unten.

Im Zuge der beabsichtigten Verstärkung des Internet-/ Social Media-Teams der Stadtverwaltung darf der inklusive Ausbau der städtischen Homepage kein Stiefkind bleiben. Mit der Einrichtung einer speziellen Datenbank für Menschen mit und ohne Behinderung, die die Barrierefreiheit von Leonberger Einrichtungen, Arztpraxen, Apotheken, Geschäften, Hotels/Pensionen, Restaurants und Cafés etc. schnell und übersichtlich darstellt, kommt man sowohl Leonberger Bürger*innen als auch Tourist*innen entgegen und macht die Stadt so noch attraktiver.

Die Datenbank soll neben Adresse, Öffnungszeiten und einem Bild der Lokalität folgende Angaben zur Barrierefreiheit enthalten:

- Barrierefreiheit? Ja/nein, teilweise (ebenerdig; Stufen, wenn ja, wie viele? Rampe?)
- Besonderer Straßenbelag im Zugangsbereich wie z.B. Kopfsteinpflaster?
- Topografische Besonderheiten wie Berg/steiler Anstieg?
- Parkplätze für Menschen mit Behinderung vorhanden? Wenn ja, wie viele? Wie weit entfernt?
- WCs für Menschen mit Behinderung in der betreffenden Lokalität vorhanden? Falls nicht, wie ist die Zugänglichkeit von nicht behindertengerechten WCs?
- Gibt es einen Aufzug?
- Sind die Türen für einen Rollstuhl oder auch Kinderwagen breit genug?
- Sonstige mögliche Einschränkungen?

In der Datenbank soll man Filter setzen und nach bestimmten Kriterien suchen können:

- Einteilung der Lokalitäten in Kategorien
- Filtern nach Art der Behinderung
- Filtern nach Suchkriterien wie Parkplatz für Menschen mit Behinderung etc.

Mit einem Aufruf an die Gewerbetreibenden in Leonberg, der Stadt für die Datenbank auf der Homepage einen kurzen Fragebogen auszufüllen und diesen zusammen mit ihren Adressdaten, Öffnungszeiten und einem Foto des Geschäfts zur Verfügung zu stellen, könnte man die Geschäfte sicherlich zur Mitarbeit bewegen, da es sich sowohl um einen guten Zweck als auch um eine Win-Win-Situation handelt, wenn die Gewerbetreibenden auf der städtischen Homepage in dieser neuen Datenbank gelistet sind.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Eingezäunte Hundespielwiese

Antrag:
Im Stadtgebiet von Leonberg soll eine eingezäunte Hundespielwiese realisiert werden. Dazu möge die Stadtverwaltung prüfen, in welchem Park bzw. welcher Grünanlage diese realisiert werden kann.

Begründung:
Im Zuge der Bürgerbeteiligung zur Planung des Landschaftsparks auf dem Autobahntunnel hat sich gezeigt, dass bei Leonberger Hundehalter*innen durchaus die Nachfrage nach einer eingezäunten Hundespielwiese besteht, die leider im Konzept für dieses Areal nicht umgesetzt werden konnte.
Auch nach Ende der Bürgerbeteiligung wird in den sozialen Medien immer wieder über dieses Thema diskutiert.

Bei der Hundespielwiese handelt es sich um eine ausreichend große, eingezäunte Rasenfläche mit einer Schleuse, zwei Toren, einem Kotbeutelspender nebst Mülleimer und Sitzgelegenheiten für die Hundebesitzer*innen.

Da in sämtlichen Grünanlagen und Parks in Leonberg Leinenpflicht herrscht, können sich die Hunde hier nicht frei austoben. Auch ist es nicht jeder Leonberger Bürger*in möglich, mit ihrem Hund aus der Stadt raus auf die umliegenden Felder oder in den Wald zu fahren. Gerade in der Innenstadt gibt es viele Senior*innen oder auch Menschen mit Behinderung oder Mobilitätseinschränkungen, die ihren Tieren die Möglichkeit geben wollen, herumzutollen und ihrem natürlichen Bewegungsdrang nachzukommen.
Auch für diese Bevölkerungsgruppen wäre eine zentrale Hundespielwiese mit Sitzgelegenheiten wichtig.

Sibylle De Mott
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einsparvorschläge

Antrag:
Alle Ansätze für das geplante Baugebiet „Unterer Schützenrain“ wie z.B. für Grunderwerb (1.700.000 €, S. 351), Entwässerung (50.000 €, S. 631), Tiefbaumaßnahmen (S. 690) werden gestrichen.

Begründung:
Es zeigt sich schon jetzt in der Planungsphase, dass gravierende Aspekte des Landschaftsschutzes hohe Hürden darstellen bei den Überlegungen für dieses Gebiet. Eingriffe in die Landschaft sollten aus Gründen des Klimaschutzes minimiert werden. Da bis heute für die Stadt Leonberg keine Einigkeit darüber besteht, welche Art des Wachstums einen Konsens hat, sollten sämtliche Planungen, Maßnahmen, Gelder für dieses Gebiet eingefroren werden, bis mit dem überarbeiteten Flächennutzungsplan eine gemeinsame Basis für die Zukunft der Stadt gelegt ist.

Antrag:
Alle im Haushalt vorgesehenen Gelder (mind. 25.000 Euro) für die Unterstützung der Glemseck GmbH werden gestrichen, der Vertrag mit der Gesellschaft gekündigt.

Begründung:
Im Juni 2021 hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit beschlossen, die weltweite Klimanotlage anzuerkennen.

Es ist vor diesem Hintergrund widersprüchlich, wenn für ein Wochenend-Event eines kommerziellen Anbieters mit dem Fokus *„Spaß am Verbrennungsmotor“* weiterhin städtische Gelder zur Verfügung gestellt werden.

Antrag:
Die Erstellung von Broschüren für das Stadtmarketing und andere Bereiche sollte kontinuierlich und grundsätzlich hinterfragt werden.

Begründung:
Im Vorbericht zum Haushaltsplan ist u.a. erwähnt, dass geplant sei, eine Broschüre mit Radtouren zu veröffentlichen (S. 35). Ebenso wurde jetzt im Zusammenhang mit dem Fahrradparkhaus angekündigt, einen Flyer zur Bewerbung des Parkhauses zu drucken.

Auch wenn solche Print-Produkte vergleichsweise wenig Geld beanspruchen, werden dafür Ressourcen verbraucht. Die überwiegende Mehrheit der Radfahrenden nutzt heutzutage digitale Wege, um Radtouren zu planen. Der Fokus für diese Zielgruppe sollte also bspw. darauf gelegt werden, sie auf den digitalen Kanälen zu erreichen.

Viele Themen sind heutzutage sehr schnell „überholt“ und die dafür erstellten Print-Materialien müssen dann entsorgt werden. Auch im Sinne einer Müllvermeidung sollte deshalb durch das Referat Öffentlichkeitsarbeit geprüft werden, welche Kanäle für welche Themen effizient genutzt werden sollten.

Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

Kommunalpolitische Erklärung der Fraktion der Freien Wähler im Gemeinderat Leonberg für das Jahr 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn, sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid, sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner, meine Damen und Herren,

am 26. Oktober anlässlich der Lesung des Haushaltes habe ich auf meine Nachfrage, weswegen der Kostenansatz für die Personalkosten um 600.000 EURO für 2022 niedriger angesetzt wurde, als im laufenden Haushaltsjahr, die Antwort erhalten, dass die Zahl realistisch sei und bereits eine Kostensteigerung und die zusätzlichen Personalstellen berücksichtigt worden wären, überdies jedoch der von der Verwaltungsspitze verordneten pauschalen Kürzung des Haushaltes hätte Rechnung getragen werden müssen.
Auch in weiteren Kostenansätzen für den künftigen Haushalt war die pauschale Kürzung von 15 % das Maß der im Haushalt eingestellten Mittel, wobei insbesondere im Bereich der Immobilien mit steigenden Sach- und Energiekosten zu rechnen ist. Etwaige Lücken sollten -so die Verwaltung- über das Budget ausgeglichen werden.

Was bedeutet das für uns im Ergebnis: Um einen genehmigungsfähigen Haushalt zu erreichen werden Kostenansätze vom Ergebnis her betrachtet

und hingerechnet; etwaige Deckungslücken, die wohl bewusst in Kauf genommen werden, müssten dann eben durch andere Haushaltspositionen ausgeglichen werden.

Bereits in den zurückliegenden Jahren wurde von zahlreichen Fraktionen im Gemeinderat beanstandet, dass vom Gremium geplante und gewünschte Maßnahmen nicht umgesetzt wurden. So wird es wohl auch dieses Mal kommen. Damit im Ergebnis der Haushaltsansatz irgendwie eingehalten werden kann, entscheidet dann die Verwaltung, welche vom Rat beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden. **Dies hat im Ergebnis nichts mit Klarheit und Wahrheit des Haushaltes und insbesondere auch nichts mit der Hoheit des Gemeinderates für den Haushaltsplan zu tun.**

Geplant ist ein Anstieg der Verschuldung auf 101 Millionen €, wobei alleine die zusätzliche Nettoverschuldung im Jahr 2022 um ca. 19 Millionen € zunehmen wird. Dabei ist die Verschuldung der städtischen Eigenbetriebe z.B. Stadtwerke mit Bädern und ÖPNV noch nicht berücksichtigt .

Zudem wird der Haushaltsausgleich auch im Jahr 2022 nur möglich weil ca. 2,5 Million € an Sonderergebnissen (= Grundstücksverkäufe) zur Deckung herangezogen werden.

Im Hinblick auf die zukünftigen Weichenstellungen erlauben wir uns darauf hinzuweisen, dass seit Dezember 2020 die Einwohnerzahl um 200 zurückgegangen ist. Für uns als Rat wäre es wichtig zu wissen, welches die Gründe hierfür sind. In anderen Städten wird an zu- bzw. wegziehende Einwohner ein Fragebogen versandt, der bei der Beantwortung wichtiger Fragen hilfreich ist, wie beispielsweise sich der Bedarf nach Wohnraum, Kindergärten-und Schulplätzen entwickelt.

Bevor wir über bereits begonnene Kindertagesstätten hinausgehende weitere entsprechende Maßnahmen entscheiden, müssen wir zunächst Klarheit über den künftigen Bedarf haben, um auf dieser Grundlage die bereits für das laufende Jahr geforderte Strategiesitzung zielführend durchführen zu können. Vieles, was der Rat in den letzten Jahren beschlossen hat, wurde von der Verwaltung nicht umgesetzt. Diese Rückstände gilt es abzuarbeiten. Selbst die Verwaltung redet mittlerweile von Konsolidierung und Priorisierung; insbesondere im Hinblick auf die Priorisierung fehlt es aber an jeglicher Initiative.

Mehr denn je gilt unsere bereits in der Vergangenheit wiederholt geäußerte Auffassung, dass erst beschlossenen Maßnahmen umgesetzt werden müssen, bevor weitere Ausgaben angestoßen werden.

Personal

Ein strukturelles Problem sehen wir im Bereich des Ordnungsamtes. Nach

unserer Auffassung hat sich die Nichtbesetzung der Stelle des Leiters/der Leiterin des Ordnungsamtes nicht bewährt. Hierüber muss diskutiert werden.

Bereits in unserer Erklärung für das laufende Haushaltsjahr haben wir beanstandet, dass die für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit in Ansatz gebrachten Kosten sich seit dem Jahr 2019 stark erhöht hatten. Deswegen lehnen wir die Schaffung einer Stelle für ein Volontariat im Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ab.
Die Verwaltung möge sich auf ihre Kernaufgaben besinnen und erst dort ihre Hausaufgaben machen, bevor sie den Schwerpunkt auf die Außendarstellung legt.

Hinterfragt werden muss auch, ob tatsächlich 4 zusätzliche Stellen im Amt für Informations- und Kommunikationstechniken für die Systemadministration und den Support erforderlich sind. Wir gehen davon aus, dass auf Dauer mit 3 Stellen die entsprechenden Aufgaben erledigt werden können, zumal in diesem Bereich aufgrund der bestehenden Nachfrage am Arbeitsmarkt es schwerfallen dürfte, die entsprechende Anzahl an geeigneten Bewerbern zu finden.
Überdies ist in Anbetracht der Haushaltslage die Frage angezeigt, ob ein Stellenzuwachs auf der einen Seite nicht durch Stellenabbau an anderer Stelle kompensiert werden kann.

Wir lehnen die Ausweitung der Stelle zur unterstützenden Sachbearbeitung in der Personalabteilung um 50 % ab. Die Maßnahme wird von der Verwaltung damit begründet, dass aufgrund der Personalfluktuation zusätzliche Arbeiten anfallen. Unser Ziel muss es sein, die Fluktuation auf ein normales Maß zurückzuführen, und nicht den Verwaltungsapparat aufzublähen.
Auch bedarf die Schaffung einer zusätzlichen Stelle für die Abteilungsleitung für den technischen Bereich beim Gebäudemanagement der Erläuterung.
Wäre eine Entlastung nicht bereits durch die Besetzung bereits bestehender und aufgrund des Weggangs von bewährten Mitarbeitern vakanter Stellen möglich?
Weswegen soll eine Stelle im Bereich der Umweltplanung um 25 % aufgestockt werden, wo derzeit noch die Stelle des Klimamanagers unbesetzt ist?

Infrastruktur/Straßenbau/Radwege

Bereits in der Vergangenheit hatten wir eine strukturelle Planung gefordert. Insbesondere steht das bereits mehrfach geforderte Gesamtkonzept für die Straßen der Zukunft im Bereich der neuen Stadtmitte/Eltinger Straße noch aus.
In die mittelfristige Finanzplanung bis zum Jahr 2025 hat die Verwaltung hier Mittel von über 18 Millionen € eingestellt, wofür alleine 15 Millionen € für die Straßenumgestaltung in der Kernstadt, mithin im oben angesprochenen

Bereich, vorgesehen sind.

Unabhängig davon, dass die für den Planungshorizont vorgesehene Förderung des Landes in Höhe von ca. 50 % noch nicht einmal beantragt ist, geschweige denn in Anbetracht der Haushaltslage des Landes wahrscheinlich ist, sind wir nicht bereit, für das Jahr 2022 bereits 4,2 Millionen €, wie gefordert, zu bewilligen. Die Verwaltung muß zuerst anhand eines Gesamtkonzepts die konkreten Straßen und Maßnahmen benennen.

Stattdessen sind wir bereit, einen Betrag in der Größenordnung von 800.000 € für bereits fertig geplante Maßnahmen im Bereich des Straßenbaus zum Zwecke der Umsetzung einzustellen.

Effizienz der Verwaltung bedeutet für uns auch, dass bei der Stadt bereits vorhandene Personalkapazitäten genutzt werden sollten. Im derzeit vorgelegten Haushaltsplanentwurf sehen wir dies so nicht gegeben.

Inakzeptabel ist auch die Situation bezüglich diverser Radwege.

Offiziell ist der Radweg Richtung Glemseck für Radfahrer gesperrt, wegen angeblicher Bauarbeiten; hier passiert jedoch nichts.

Beim Radweg in Richtung Ditzingen passiert ebenfalls nichts; unseren Informationen zufolge haben seit Februar 2020 keine weiteren Gespräche mit den betroffenen Grundstückseigentümern stattgefunden.

Auch an der nunmehr fertiggestellten Straße zwischen der Kernstadt und

Höfingen wurden die Radfahrer offensichtlich vergessen; hier muss wenigstens ein Schutzstreifen angelegt werden.

Die Entwicklung von Gewerbeflächen im Gewerbegebiet Gebersheim (Carl-Zeiss- Straße) sowie Höfingen (nördlich der Röntgenstraße) wird von uns unterstützt.

Bezüglich des Warmbronner Sees mahnen wir dringend die Instandsetzung des Ablaufs an, um Hochwasserschäden, sofern möglich, zu vermeiden. Die erforderlichen Mittel sind in den Haushalt einzustellen.
Bei diversen Bushaltestellen fehlt ein Regenschutz für die potenziellen Nutzer. Exemplarisch nennen wir hier die Bushaltestelle in Gebersheim in der Ortsmitte, Südseite bzw. an der Haltestelle Ortsmitte Warmbronn. Wenn wir den ÖPNV wirklich fördern wollen, so müssen wir die diesbezüglichen Maßnahmen umsetzen.
Nachdem mittlerweile die coronabedingten Einschränkungen des öffentlichen Lebens zurückgefahren wurden, bitten wir um Mitteilung der Entwicklung der Fahrgastzahlen und der Finanzsituation unserer städtischen Buslinien als Planungsgrundlage für die Zukunft.

Im Bereich des Postareals und Stadtumbaugebietes stehen wir zu den gefassten Beschlüssen. Es ist nunmehr das Baufeld herzurichten,

Fördermittel müssen abgerufen werden und für sämtliche Beteiligten am Verfahren muss Planungssicherheit geschaffen werden. Mit dem Investor sind im städtebaulichen Vertrag nunmehr die konkreten Zahlungstermine festzulegen.

Im Sinne der Erzielung außerordentlicher Erträge beantragen wir, die städtischen Bauplätze am Heckenweg an den Markt zu bringen.

Nachdem sich beim Bauträger betreffend des ehemaligen TSG-Geländes die Umsetzung des bezahlbaren Wohnens als außerordentlich „zäh“ erweist, hat die Verwaltung die vereinbarte Vertragsstrafe anzufordern .

Die bereits angestoßenen Wohnbaugebiete an der Berliner Straße und im Schützenrain sind mit Nachdruck zu entwickeln. Wir verweisen darauf, dass für beide Gebiete bereits Standorte für Kindertageseinrichtungen vorgesehen sind, so dass sich bei zeitnaher Umsetzung möglicherweise Interims-maßnahmen erübrigen.

Stadthalle

Wir sind gespannt auf das Ergebnis der Machbarkeitsstudie. Bislang können wir uns jedoch nicht des Eindruckes erwehren, dass durch die Nichtvornahme gebotener Instandsetzungsarbeiten an der bestehenden Stadthalle, welche auch für den mittelfristigen Fortbetrieb dringend erforderlich sind, durch Nichtstun vollendete Tatsachen geschaffen werden sollen.

Rathäuser

Wir hatten bereits in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass der Erhalt des Alten Rathauses am Marktplatz für uns eine sehr hohe Priorität genießt. Dazu gehört für uns auch wenigstens die teilweise Weiternutzung als Verwaltungsgebäude.

Vor diesem Hintergrund sind wir bereit, Diskussionen um die ehemalige Schuhfabrik zurückzustellen. Jedoch beantragen wir, zu untersuchen, ob die städtische Kunstsammlung künftig nicht die Räumlichkeiten im Keller des ehemaligen Arbeitsamtes nutzen kann. Unter dem Gesichtspunkt von Brandschutz und fehlenden Fluchtwegen beantragen wir , im Bereich der ehemaligen Schuhfabrik keine städtische Nutzung mehr zu betreiben.

Eine Erweiterung des Rathauses am Belforter Platz oder Anmietung zusätzlicher Fremdflächen lehnen wir ab. Hier sind zunächst die Potenziale an Home-Office auszunutzen.

Schulen/Kindertageseinrichtungen

An vordringlicher Stelle sehen wir einen Neubau der Grundschule für den Teilort Warmbronn. Der bestehende Zustand ist unhaltbar. Unhaltbar ist auch, dass hier die letzten anderthalb Jahre nichts passiert ist. Ein Neubau neben dem bestehenden Gebäude oder an einem anderen Standort wäre zu bevorzugen, um Aufwand und Kosten einer Interimslösung zu vermeiden.

Das Thema „Interimslösungen“ ist auch ein Reizwort im Zusammenhang mit

der Errichtung von Kindertagesstätten. Bevor wir hier an weitere Maßnahmen denken, sind die künftigen Zahlen in Anbetracht der möglicherweise rückläufigen Bevölkerungsentwicklung zu eruieren und begonnene Baumaßnahmen und Planungen umzusetzen. Weitergehende Maßnahmen sollten vermieden werden. Es bringt niemandem etwas, wenn wir Kindergartengebäude dastehen haben, die möglicherweise mangels Nachfrage nicht benötigt werden oder die mangels Personal nicht betrieben werden können.

Verschiedenes

Eine aktuelle und diffizile Problematik beschäftigt uns mit dem Thema Sportverein. Die bestehenden Irritationen bedürfen einer zeitnahen Klärung. In Anbetracht des breiten Interesses in der Bevölkerung sehen wir hier den Oberbürgermeister gefordert.

Herausragendes geleistet hat im letzten und laufenden Jahr unser Citymanagement im Rahmen der Bewältigung der Folgen von Corona. Hierfür möchten wir uns bei der Citymanagerin besonders bedanken.

Bedanken möchten wir uns zudem bei den Initiatoren der Petition zum Erhalt des Hubschrauberstandortes am Krankenhaus Leonberg. Im Sinne der Bevölkerung - nicht nur in Leonberg, sondern auch aus dem Umland- halten wir diese Sondereinrichtung für wichtig und am Krankenhaus Leonberg auch für richtig.

Im Rahmen der Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien beantragen wir, die reguläre Bezuschussung von Vereinsmaßnahmen auf 25 % zu begrenzen. Zwar kann in Ausnahmefällen dieser Satz überschritten werden, sollte dann jedoch in jedem Einzelfall vom zuständigen Gremium beraten und beschlossen werden.

Weswegen sollen wir bei einer allgemeinen Mittelkürzung im Haushalt für das Openair in Warmbronn 4000 € mehr für den Aufbau einer 2. Bühne bezuschussen (Seite 193 des Haushaltsplanentwurfes)? Wurden hier vorab beim Bund Anträge zur Kulturförderung gestellt?

Ferner halten wir es für erforderlich, endlich eine Stellplatzsatzung für das gesamte Gebiet der Stadt auf den Weg zu bringen; durch die umgesetzte Nachverdichtung der Bebauung treten im Bereich der Stellplätze und der Parksituation immer mehr Missstände zu Tage.

Schließen möchte ich mit einem Zitat von Manfred Rommel:
„Wer alles lenken will, steuert gar nichts.“
Dieser Satz birgt Wahrheit in sich.
Für den Rat bedeutet es, dass, wenn er zu viele Ziele im Haushaltsplan festlegt und diese mangels Personalkapazität oder aus sonstigen Gründen nicht umgesetzt werden , der vom Rat beschlossene Haushalt keine

Lenkungswirkung entfalten kann.

Für die Verwaltung und insbesondere die Verwaltungsspitze bedeutet es, dass eine klare Organisation und Akzeptanz der Zuständigkeiten der Handlungsfähigkeit der Verwaltung dient.
Wenn einzelne meinen, hier alles im Detail steuern zu können, so ist dies schlicht und ergreifend ein Irrtum. Ich bitte dies im Sinne einer funktionierenden Verwaltung für unsere Bürgerschaft künftig zu beachten und professionell zusammenzuarbeiten.

Meine Damen und Herren, ich möchte mich bei Ihnen im Namen der Fraktion der Freien Wähler für Ihre Aufmerksamkeit sowie die Zusammenarbeit bedanken. Der Verwaltung, insbesondere der Kämmereiamtsleiterin, Frau Gräter, danke ich für die Erstellung des Planentwurfes.

Dr. Axel Röckle, Fraktionsvorsitzender

Anlage zu kommunalpolitischen Erklärung der Freien Wähler zum Haushalt 2022/Stadt Leonberg:

- Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen durch die Verwaltung

– Darstellung der Bevölkerungsentwicklung als Planungsgrundlage für Infrastrukturmaßnahmen

– Umsetzung der Priorisierung von Aufgaben

– Wiederbesetzung der Stelle der Ordnungsamtsleitung

– keine Aufstockung des Etats im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, keine zusätzliche Stelle

– max. 3 zusätzliche Stellen für das IuK

– Kompensation in der Kernverwaltung von Stellenszuwachs auf der einen Seite durch Stellenabbau an anderer Stelle

– keine Stellenaufstockung im Bereich der Sachbearbeitung der Personalabteilung

– Gebäudemanagement: Vor Schaffung einer zusätzlichen Stelle Besetzung der vorhandenen Stellen

– keine Stellenaufstockung im Bereich der Umweltplanung

– Gesamtkonzept Straßenplanung

– anstelle von 4,2 Million € für das Jahr 2022 für Stadtmitte/Eltinger Straße Euro 800.000 für die Umsetzung kleinerer, bereits fertiggeplanter Maßnahmen

– Klärung des Themas Radweg zum Glemseck mit dem Land

– Realisierung des Radweges in Richtung Ditzingen

– Schutzstreifen für Radfahrer nach Höfingen

– Warmbronner See: Instandsetzung des Ablaufs

– Bushaltestellen Ortsmitte Gebersheim und Ortsmitte Warmbronn: Wetterschutz

– Vereinbarung des städtebaulichen Vertrages/Zahlungstermine Stadtumbaugebiet

– Verkauf städtischer Bauplätze am Heckenweg zum Haushaltsausgleich

– Umsetzung der Wohngebiete Berliner Straße und Unterer Schützenrain

– Stadthalle: Zeitnahe Umsetzung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen

– Erhalt des Alten Rathauses mit Verwaltungsnutzung

– Zurückstellung Schuhfabrik, Einstellung der Nutzung der alten Schuhfabrik durch städtische Einrichtungen

– keine Erweiterung des Rathauses oder Anmietung von Fremdflächen

– kurzfristiger Neubau der Grundschule Warmbronn

- keine zusätzlichen Interimslösungen bei Kindertagesstätten

– Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien, reguläre Bezuschussung auf max. 25 % begrenzen; bei Überschreiten des Zuschußsatzes im Einzelfall :Entscheidung durch das zuständige Gremium.

– Keinen Zuschuss für 2. Bühne Openair Warmbronn

– Stellplatzsatzung

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion

Elke Staubach

09.November 2021

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Erste Bürgermeisterin Schmid,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
liebe Gemeinderatskolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen, Zuhörer,
Pressevertreterinnen und Pressevertreter,

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

eigentlich könnte ich einen Großteil meiner Rede vom Januar 2021 in Bezug auf den Haushaltsplan einfach wiederholen. „The same procedure as last year“
Themen wie Verkehr, Kitas, Schulen, Wohnbebauung, Stadthalle, Schuldenstand, Personal sind immer noch aktuell.

Aber wo setzen wir denn die Prioritäten, wenn der Schuldenstand bei den geplanten Investitionen Ende 2022 bei mehr als 100 Mill. EUR sein könnte. Wir sagen könnte, werden doch einige Maßnahmen, die wir schon jetzt aktuell in 2021 als wichtig beschlossen hatten, aus den unterschiedlichsten Gründen nicht umgesetzt. Sie stehen dann wieder im Haushalt für 2022 oder aber sind gar nicht mehr in absehbarer Zeit zu finden. „The same procedure ….“. Und trotzdem dann über 100 Mill. EUR Schulden, wenn alles umgesetzt werden würde.

Und ja, alles redet vom Klima und Einsparung von CO2. Aber betrifft das nur das Thema Verkehr oder gibt es hier nicht viel mehr, was es zu berücksichtigen und zu beachten gilt? Schauen wir uns den Gebäudebestand an. Die Stadtverwaltung Leonberg nutzt wohl um die 200 Gebäude. Sind diese alle mittlerweile energetisch so aufgerüstet, dass sie den Klimazielen gerecht werden? Und würde es nicht viel Sinn machen, diese auf Vordermann zu bringen, damit zum Beispiel
a) Heizöl oder Gas eingespart wird?
b) Gebäude durch Solar /Photovoltaik sich weitestgehend selbst versorgen?
c) der Stromverbrauch hinterfragt und mit intelligenten Lösungen optimiert wird?

Und wirkt es dann nicht auch für die Nutzer positiv, wenn ein Gebäude wieder in neuem Glanz erstrahlt? Explizit im KiTa- und Schulbereich sollte die Stadt Leonberg als Mittelzentrum Vorbild sein. „Leonberg - eine kinderfreundliche Stadt“, so im Leitbild der Kindertageseinrichtungen zu lesen. Überschrift „Das Beste für unsere Kinder“ mit einem Grußwort des OB. Daran wollen wir anknüpfen und sagen zum Thema Kitas:

1. Für die befristete Containerlösung Hohheckstr. **muss** eine Alternative gefunden werden. Läuft die Befristung wohl doch demnächst aus. Und: Die Zahl der KiTa-Kinder geht insgesamt nach oben. Eine Betreuung soll sich nicht nur auf einen Rechtsanspruch zurückziehen, sondern ein breites, flexibles Angebot auch mit Einbeziehung von Tageseltern soll zur Verfügung stehen. Denn wir alle wollen doch, dass Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nur eine Worthülse ist, sondern gelebte Wirklichkeit. Daher stellen wir den **Antrag**, dass geprüft wird, inwieweit eine KiTa als ständige Einrichtung zwischen Steinstr. und Fichtestr. erstellt werden kann. Denn auch die Kinder aus dem neuen Layher-Areal und dem zukünftigen Postareal benötigen einen KiTa-Platz.

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion

Elke Staubach

2. In Warmbronn hat die Verwaltung mit Problemen zu kämpfen, die nicht vorhersehbar waren. Dort gibt es im bestehenden Bebauungsplan im Binsenweg explizit eine Möglichkeit, eine KiTa zu errichten. Und diese soll ja eigentlich nur als Interimslösung dort hingestellt werden. Wir sagen, anpacken, denn auch in Warmbronn gibt es Engpässe, die sonst immens zunehmen.
3. Von Seiten der CDU-Fraktion wird begrüßt, dass bei den Neubaugebieten Berliner Str. und Unterer Schützenrain KiTa-Plätze mit berücksichtigt werden.
4. Und, dass wohl nun endlich(!) beim ÖZE Bewegung reinkommt. Zumindest stehen die Ausgaben für die jeweiligen Schritte schon mal im HH-Ordner 2022. Aber wir wissen ja, Papier ist geduldig. Aber nun muss endlich die Umsetzung angepackt werden. Hängt doch hier ein Rattenschwanz dran. „The same procedure ...“. Womit wir bei den Schulen wären:
5. Die Sophie-Scholl-Schule beim ÖZE kann ab 2026 nur als Ganztagesschule betrieben werden, wenn die Mensa fertig ist. Also Herr Brenner, packen Sie es mit ihren Leuten endlich und umgehend an!
6. Die Grundschule Höfingen wird von der Verwaltungsseite regelmäßig vergessen. In 2020 sollten dringende Baumaßnahmen gestemmt werden, in 2021 waren auch für die energetischen Maßnahmen nur wieder Mittel eingestellt, weil OR und GR Anträge eingebracht hatten. Und in 2022? Das Dach wurde wohl provisorisch repariert und ansonsten? Gähnende Leere was die Umsetzung betrifft aber auch den Haushalt 2022 und Folgejahre. „The same procedure … “. Wie war das mit dem Thema Klimaziele/Klimanotlage? Und: „eine regelmäßige Unterhaltung der Gebäude führt zum Werterhalt, zur besseren Nutzbarkeit und reduziert den Aufwand für ansonsten notwendige Totalsanierungen“. So steht es in der Broschüre „Kommunalkompass“ vom Bund der Steuerzahler. Dieser Satz gilt generell, nicht nur für die Höfinger Grundschule.
7. Er gilt zum Beispiel auch für die Ertüchtigung der naturwissenschaftlichen Räume am JKG. Wir beantragen, dass die Höfinger Grundschule energetisch, wie geplant, angepackt wird und auch die Räume am JKG, auch aus Sicherheitsgründen, einem aktuellen Standard zugeführt werden.
8. Was wir begrüßen ist, dass nun endlich die dringend benötigte Erweiterung der Grundschule in Gebersheim stattfindet. Zumindest steht es so im HH-Ordner.

Und neben den notwendigen Investitionen darf der Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an den Grundschulen ab 2026 nicht aus dem Auge verloren gehen. Ich nenne da nur beispielhaft die Spitalschule, die sich da noch auf den Weg machen muss. „ Kinder sind unsere Zukunft!“ Das kann wohl jede oder jeder so unterschreiben. Aber all die Aufgaben müssen gestemmt werden. Dazu benötigt man nicht nur Gelder, vielleicht sogar abgefedert durch öffentliche Zuschüsse, wenn die Gebäude energetisch auf den neuesten Stand gebracht werden, sondern auch qualifiziertes Personal. Sonst stehen die Positionen wieder nur als Zahlen im Haushalt. „The same procedure ...“.
Der Stellenmarkt ist ziemlich leergefegt. Daher muss die Stadtverwaltung positiv rüberkommen, um ihr Personal zu halten und neues zu gewinnen. Dies kann durch Weiterbildungskurse, ein harmonisches Miteinander, ein Ohr zur richtigen Zeit am richtigen Ort oder auch Motivation/Lob sein. Von daher wollen wir an unseren **Antrag** zur „Personalsituation“ erinnern und auch an die anderen Gemeinderäte appellieren, 50 TEUR zu bewilligen, damit hier eine fundierte externe Untersuchung stattfinden kann, damit nicht nur die Fluktuation beendet wird, sondern auch offene Stellen schnell wieder besetzt werden und neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig gewonnen werden können und das Betriebsklima dazu motiviert, Mitstreiterinnen und -streiter zu finden.

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion
Elke Staubach

Jetzt könnte man fragen, wie sollen denn die zusätzlichen Investitionen finanziell gestemmt werden? Und die Verwaltung wünscht ja, dass wir einen Gegenvorschlag bringen, auch wenn sie selbst immer mal wieder irgendwoher noch Gelder herzaubert. Es gibt Positionen die uns im Moment zu hoch erscheinen und wo wir auch die Frage stellen, welche Prioritäten sollte eine große Kreisstadt setzen? KiTas, Schulen, Verkehr oder ?

Ja, wir brauchen auch Verbesserungen, was das Thema Verkehrsströme in der Stadt betrifft. Sicherere Radwege, sichere Überquerungen für Fußgänger, Busbevorrechtigungen etc.. Wir begrüßen daher die Drucksache „Verkehrsversuch Stadtmitte“, mit der in der Eltinger Str. und Brennerstr. geänderte Verkehrsführungen getestet werden sollen. Übrigens ein Vorschlag aus den Reihen der CDU-Fraktion. Aber um wirklich einen realistischen Überblick zu erhalten, sehen wir eine Testlaufzeit von mindestens einem Jahr als notwendig an, um wirklich alle Monate abgebildet zu haben. Auch sehen wir es als hoch ambitioniert an, dass die Umsetzung bereits im März 2022 erfolgen soll. Müssen doch auch einige Zustimmungen von weiteren Akteuren, wie z.Bsp. dem RP eingeholt werden und erst dann kann die Umsetzung erfolgen. Wir beantragen daher, dass eine Umsetzung der endgültigen Maßnahme erst in 2023 startet. Somit wäre die VE über 4 Mill. EUR erst in 2023 anzusetzen. Und 15 Mill. EUR für die Umgestaltung von Straßen in der Kernstadt klingt ziemlich heftig. Dies ist übrigens eine Freiwilligkeitsleistung, die man machen kann oder auch nicht. Für uns stellt sich nicht nur die Frage, welche Prioritäten setze ich sondern auch was muss alles angepackt werden. Klimathemen dürfen nicht vernachlässigt werden, aber was muss auch umgesetzt werden, damit sich Bürger und Besucher in der Stadt wohlfühlen?

Womit wir noch bei einem anderen Punkt wären, der nicht nur uns schon lange und immer wieder beschäftigt. „The same procedure as every year“. Müll, Sauberkeit, verbotswidriges Parken, zu schnelles Fahren, Obstdiebstahl im Außenbereich. Zusatzaufgaben im Ordnungsamt durch Corona, Katastrophenschutz und und.... Wir beantragen daher 2 zusätzliche Stellen beim GVD (Gemeindevollzugsdienst), der dann auch den Außenbereich = Feldschütz mit abdecken soll. Und: Wir sehen es als dringend notwendig an, dass wieder ein Amtsleiter zur Verfügung steht, der sich ja dann nicht nur um das Ordnungsamt, sondern auch um das Bürgeramt, die Schnittstelle Polizei / Blaulichtorganisationen, Folgen von Gesetzesänderungen, Problemstellungen aber auch um zukünftige Projekte kümmert.

Und: „The same procedure....“. Und da kann ich nun einfach den Text vom laufenden Haushalt 2021 vorlesen:
Unser Sorgenkind ist immer noch die **Stadthalle.** Hier wurden in 2020 Dank Beschluss des Gemeinderates 500 TEUR für dringend erforderliche Sanierungen eingestellt. Davon wurde in 2020 allerdings kein Gebrauch gemacht. Der Wasserschaden im Foyer ist immer noch vorhanden – hier kommt der „Regen“ von unten -, die Toiletten und die Künstlergarderobe sind kein Aushängeschild. Egal wie die Zukunft der Stadthalle aussieht, kurzfristig muss sie am Laufen gehalten werden, vielleicht sogar mit weiteren Attraktionen wie Nachmittagsveranstaltungen für Senioren oder Jazzfrühschoppen oder oder... . Dazu gehört, dass die Halle einigermaßen positiv für die Besucher rüberkommt und der Stadthallenbetrieb nicht durch Unwegbarkeiten gefährdet wird. ...“ (Zitatende)
In 2021 wurde leider nichts aber auch gar nix davon angepackt.
Die 500 TEUR stehen nun für das Jahr 2022 als Kapitaleinlage von der Gemeinde im Haushalt der Stadthalle. Aber wo ist die Gegenfinanzierung auf der Sollseite beim städtischen Haushalt? Nach Rückfrage wurde dieser Betrag nicht eingestellt. Da würde

Haushaltsrede 2022 CDU-Fraktion
Elke Staubach

man dann wohl schon eine Position finden, wo man das wegnehmen könnte, wenn an irgendeiner Haushaltsstelle Mittel übrig wären oder nicht abgerufen werden. Wir halten es für ein seltsames Haushaltsgebahren und fordern Wahrheit und Klarheit im Haushalt! Die 500 TEUR müssen als Sollbuchung auch im städtischen Haushalt wiederzufinden sein. Und da die Kreisumlage erfreulicherweise niedriger ist als im Haushalt 2022 ursprünglich angesetzt und damit 1,8 Mill. EUR verfügbare Masse zur Verfügung stehen, sollte die Stadthalle hiervon etwas abbekommen und die evtl. erforderliche Ausgabesumme im städtischen Haushalt abgebildet werden. Wir wissen, auch eine Freiwilligkeitsleistung. Aber es gibt wohl schon viele geplante Termine für 2022, auf die sich die Leonberger und Gäste aus dem Umland freuen. Daher auch endlich anpacken und zwar umgehend, sobald der Haushalt vom Regierungspräsidium genehmigt wurde.

Und wir hoffen natürlich, dass wir für 2023 nicht wieder sagen müssen:
„The same procedere as last year oder every year."

Es gibt noch weitere Punkte, die es anzupacken gilt. Diese finden Sie auf unserer separaten Antragsliste.

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Erstellung des Haushalts unter erschwerten Bedingungen, allen voran Frau Gräter und Herrn Neukamm und allen anderen, die im Vorder- und Hintergrund am Haushalt aber auch an der Umsetzung von Beschlüssen mitgewirkt haben.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit !

(HH-Rede und Antragsliste unter www.cdu-fraktion-leonberg.de/Politik/Haushaltsreden)

Haushalt 2022

Bereits in HH-Rede genannte Anträge:

	Thema	Betrag	Antrag	Erläuterungen	Mögliche Gegenfinanzierung
P-Ausschuss: Seite 696	Straßenbaumaß-nahmen Kernstadt	Insg. 15 Mill.EUR	Mind. 1-jährigen Probelauf abwarten	Ansätze schieben, da dann erst Auswertung erforderlich ist	
V-Ausschuss:					
	Personalsituation	50 TEUR	Unser Antrag vom 11.10.2021		Reduzierung Leistungen BBH (Baubetriebshof); Gemeindestraßen Seite 245
	Neueinstellungen 2 x GVD	???	2 weitere Vollzeitstellen beim Gemeindevollzugsdienst (GVD) incl. „Feldschütz“-Tätigkeiten	s. HH-Rede	Trägt sich wohl selbst lt. einem Bericht in der Stuttgarter Zeitung 21.10.2021
	Wiederbesetzung Amtsleiter Ordnungsamt	???	Wiederbesetzung der von der Verwaltung gestrichenen Stelle	s. HH-Rede	
Eigenbetrieb Stadthalle:	Sanierungsstau abarbeiten	500 TEUR	Sanierungen Stadthalle umsetzen (Toiletten UG + EG, Künstlergarderoben, Rohre, Wasserschaden etc.)	Damit laufender Betrieb störungsfrei funktioniert; bereits im HH 2020 und 2021 zu finden und nicht umgesetzt	500 TEUR über eingesparter Ansatz Kreisumlage
S-Ausschuss:					
Seite 519	Planung KiTa-Bau Steinstr./Fichtestr.	? EUR	Bau einer erforderlichen KiTa	Dringender Bedarf lt. Drucksache Bedarfplanung	
Seite 534	Interimskita-Warmbronn Binsenweg	800 TEUR?	Erforderliche KiTa-Plätze im Ortsteil einrichten	Dringender Bedarf lt. Drucksache Bedarfplanung	
Seite 391	Grundschule Höfingen	100 TEUR + 230	Endgültige Dachsanierung anpacken! Energetische Sanierung erste Rate wieder einstellen	Undichte Fenster etc. sind lange bekannt; Haushaltsposition wurde immer wieder gestrichen	Seite 696 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt

Haushalt 2022

		TEUR			
Seite 402	JKG NTW-Vorbereitungsräume	2022 : 120 TEUR 2023: 120 TEUR	Naturwissenschaftlicher Raum aus Sicherheitsaspekten ertüchtigen	Lt. HH-Plan 2021 Seite 409	Seite 696 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt

Weitere Anträge CDU-Fraktion HH 2022:

	Thema	**Betrag**	**Antrag**	**Erläuterungen**	**Mögliche Gegenfinanzierung**
Alle Bereiche:					
	Schulden-reduzierung	???	Geplante Investitionen, die in dem aktuellen HH nicht realisiert werden, zur außerordentlichen Schuldentilgung nutzen	Reduziert Schuldenstand und schafft Freiräume für die Folgejahre	----
V-Ausschuss:					
neu	Videoüberwachung	???	Überwachung an Containerplätzen oder illegalen Müllplätzen in Absprache mit Landkreis BB.	Einrichtung anhand der gesetzlichen Möglichkeiten. Hierzu gibt es Seminare der VWA-Hchschule. Müllproblematik eindämmen	
Seite 114	Leasing EDV-Geräte GR + OR	- 17 TEUR	Neuanschaffung streichen	Austausch der Geräte sehen wir als nicht erforderlich an	
Seite 145	Überwachung/Über-prüfung wilder Müll, Obst-Diebstahl etc.	Je Gerät max. 500,00 EUR für Vernetzung	Einrichtung von Geoportal.de oder GIS auf städtischen Handys und erforderliche Freischaltung	damit der GVD (Gemeindevollzugsdienst) Eigentümer/Pächter bei der Kontrolle vor Ort zuordnen kann	Wird aus Gesamtbudget finanziert

Haushalt 2022

Seite 145/146	Taubenpopulation	??	Population eindämmen; bei anderen Kommunen oder Städtetag Ideen einholen	Eindämmen insbesondere an öffentl. Plätzen (Marktplatz), stark frequentierte Wohngebiete = Verkotung /Gesundheitsgefahr	Eingesparter Ansatz Kreisumlage
	Sachbearbeitung Marktwesen (Personal)	- ? EUR	Erhöhung von 20 % auf 50 %;	Um 50% wäre mehr als eine Verdoppelung	
	Digitale Sicherheit im Rathaus	??	Vor Cyberattacken geschützt? Gelder erforderlich?		
S-Ausschuss:					
TH03	Schulleiterbudget	+90 TEUR	Ansatz 2021 wieder herstellen	Beschluss Schulbeirat	Eingesparter Ansatz Kreisumlage
TH03	Personal Sekretariat	???	Aufstockung um 100% = 1 Vollzeitstelle, verteilt auf mehrere Sekretariatsstellen	Kam als Hinweis von der Verwaltung	
Seite 191/271	Strohländle	+10 TEUR	Zuschuss für Event	Veranstaltung strahlt weit über Leonberg hinaus =Positivwerbung	Eingesparter Ansatz Kreisumlage
Seite 214	Jugendbeteiligung	+ 43 TEUR	Budget erhöhen	u.a. noch offen: Ehrenamtscard, Wasserspender an Schulen	Leistungen BBH Gemeindestr.
Seite 393/395	Pausenhof Schellingschule / Gerhart-Hauptmann-Realschule (GHR)	2022: 30 TEUR (-70 TEUR) VE 2022/2023: +150 TEUR	Planung Umgestaltung gemeinsamer Pausenhof Schellingschule, GHR; Umsetzung in 2023	Platzbedarf wegen höherer Schülerzahlen und Ganztagsbetreuung	
Seite 398	Ostertag-Realschule Lehrküche	Planung 2022: ? EUR Umsetzung 2023: ? EUR	Die Lehrküche muss auf ein aktuelles Niveau gebracht werden.	Eingerichtet 1983(!), Schüler Bereich Hauswirtschaft Anzahl steigend	
Seite 567	Stadtgarten	-100 TEUR	Gestaltung incl. Spielplatz schieben	Bebauung Postareal direkt	

Haushalt 2022

	Layher/Bahnhofstr.			daneben; Bürger bei Gestaltung einbinden!	
	Leobad		Endabrechnung nach Fertigstellung noch offen		
NEU	Azubi Bäderbereich	???	Auszubildendenstelle im Bäderbereich ausschreiben	Personal dort Mangelware	
P-Ausschuss:					
Seite 228	Gebersheim, Hohe Steige	+ 15 TEUR	Machbarkeitsstudie wg. evtl. Bebauung	Siehe hierzu HH 2021	
Neu	GPS für Fahrzeuge BBH	???	Fahrzeuge mit GPS ausstatten	Damit Abläufe optimiert werden können; EuGH-Urteil beachten	Leistungen BBH Gemeindestr.
	Fahrzeugpool BBH	+-0	Konzept entwickeln	damit Standzeiten der Fahrzeuge verringert werden	
	Neuanschaffungen Fahrzeuge (alle)		Detailliertere Angaben gewünscht (Nutzung, km, Gründe Neuanschaffung)	reduziert die Nachfragen	
Seite 245	Leistungen BBH Gemeindestr.	-500 TEUR	Ansatz der Leistungen von 2019 einstellen	Alter Ansatz vor Corona	
Seite 255	Leistungen BBH öffentl. Grün	-160 TEUR	Ansatz der Leistungen von 2019 einstellen	Alter Ansatz vor Corona	
Seite 313	Ersatz Transporter Leo-S 1102	- 40 TEUR	Fahrzeug zu einem späteren Zeitpunkt neu beschaffen	lt. Verwaltung kann Neuanschaffung geschoben werden	
Seite 650	Radverkehrsanlagen Glemseckstr.	- 40 TEUR	Anlagen schieben auf 2023	Es soll erst Neubau Ecke Glemseckstr./Badstr. insg. erledigt werden	
Seite 740	Radweg Wehr an der Clausenmühle	+-0	Verlängerung Glemsradweg mit einplanen = Machbarkeitsstudie	In der Machbarkeitsstudie soll der Radweg mit aufgeführt werden; wie schon für HH 2021 beantragt	
	Stellenerhöhung	- ? EUR	Erhöhung (+25%) streichen	Klimamanager als neue Stelle	

Haushalt 2022

	„Umweltplanung“			bereits genehmigt	

Stand: 09.11.2021

Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion am 09.11.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,

sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid,

sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,

sehr geehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

unser Haushalt liegt glücklicherweise nicht auf der Intensivstation, er leidet aber weiterhin erkennbar unter den Symptomen der Covid-Pandemie. Eine Booster Impfung, also die Injektion von Finanzspritzen würde sicher helfen, steht aber leider seitens Land und Bund nicht in Aussicht. Allerdings – die Therapie der Verwaltung, mit der Rasenmäher - Methode die Symptome zu bekämpfen, die halten wir nicht für zielführend. Die ebenso pauschale wie willkürliche Kürzung aller Aufwandpositionen im Haushalt um 15% lässt keine Schwerpunkte und Priorisierung der Themen zu.

Am Beispiel des **Schulleiterbudgets** wird das sehr deutlich. Hier zu kürzen in dem Wissen, dass Schülerinnen und Schüler (ebenso wie die Lehrkräfte) besonders unter den Auswirkungen der Pandemie zu leiden hatten (und immer noch leiden), dass erheblicher Nachholbedarf in Sachen Bildung vorhanden ist, das ist schlicht und ergreifend ein verstörendes Signal zur völlig falschen Zeit.

Im Gegenteil, die Mittel müssen gerade auch für den Ganztagesbetrieb aufgestockt werden. Von den komplizierten und komplexen Defiziten und Herausforderungen der Digitalisierung in den Schulen ganz zu schweigen (hier werden die eingestellten Mittel wohl angesichts des personellen Engpasses trotzdem ausreichen).

Gleiches gilt für den unübersehbaren Nachholbedarf beim Thema **Stadtsauberkeit.** Ich will gar nicht verhehlen, dass es hier auch Fortschritte gibt, wenngleich die vielen Ideen und Vorschläge aus unserer Konzeption aus dem Jahre 2019 allenfalls ansatzweise aufgegriffen wurden. Neu aufgestellt Bänke im öffentlichen Raum, Bushaltestellen, neue Spielplätze fast immer ohne Papierkorb – das geht gar nicht.

Die App „Leo-OH“ wird, wie man hört, viel genutzt, könnte allerdings nicht nur auf Bürgerimpulse hin, sondern durchaus auch präventiv genutzt werden. Die „Hotspots“ in der Stadt sind ja durchaus bekannt. Wir freuen uns daher sehr, dass die Lokale Agenda die Stadtsauberkeit zum Jahresthema gemacht hat und erwarten auch von dieser Seite einen kräftigen Schub.

Sowohl bei den Schulen, wie auch bei der Stadtsauberkeit beantragen wir, die Kürzungen zurückzunehmen.

Was ist denn nun aber die geeignete, wie man so schön sagt, „ganzheitliche“ Therapie für den Haushalt, anstelle des Herumdokterns nur an Symptomen?

Darüber haben wir uns zuletzt vor über einem Jahr im Rahmen der Haushaltsklausur unterhalten. Bei den bedeutenden **baulichen Investitionen** müssen wir eine klare Priorisierung und zeitliche Reihenfolge beschließen. Spätestens dann, wenn man die Auflistung an überfälligen Baumaßnahmen vor Augen hat, müsste auch den Letzten klar werden, die Sanierung der Alten Schuhfabrik durch die Stadt ist reine Utopie und verschwendete Zeit.

Es kann und darf auch nicht nur um den Neubau von Kitas am Fließband gehen, sondern zwingend auch um den Erhalt städtischen Vermögens. Damit meinen wir die dringend nötige Sanierung (teilweise auch Erweiterung) von Schulen, sowie von Mehrzweck-

und Sporthallen. Wir können es uns einfach nicht leisten, dass eine dieser Hallen „wegbricht“.

Der Schul- und Vereinssport ist während der Corona Pandemie monatelang völlig zum Erliegen gekommen mit verheerenden Auswirkungen auf die Bewegungsdefizite nicht nur von Kindern. Eigentlich müssen wir im Zuge der Realisierung des „Bildungscampus Ezach“ (was für eine Wortschöpfung!) sogar konkret darüber nachdenken, dort eine weitere Sporthalle zu errichten.

In Warmbronn etwa gab es zuletzt einen fatalen Stillstand beim dringend notwendigen Ausbau der Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder. Hier gilt es keine Zeit mehr zu verlieren. Mit der Altbausanierung der Schule und dem Bau der Interims-Kita muss nun zügig begonnen und parallel dazu die Planung für die Erweiterung der Schule und einer neuen Kita begonnen werden.

Auch die Weiterentwicklung des Jugendplatzes im Stadtpark ist ins Stocken geraten. Für die engagierten Mitglieder des Jugendausschusses ist dies eher ernüchternd. Die nächsten Umsetzungsschritte müssen wir in 2022 unbedingt vornehmen.

Wir verkennen nicht die begrenzten personellen Kapazitäten im städtischen Baudezernat, daher haben wir schon mehrfach angeregt, zu prüfen, inwieweit große städtische Projekte auch an externe Dienstleister vergeben werden können, um die stadteigenen personellen Ressourcen zu entlasten. Nur so können wir dem Investitions- und Sanierungsstau Herr werden.

Für all diese Projekte müssen Standards festgelegt, bereits bei der Planung die Kosten gedeckelt und die Planung durch externes Controlling überprüft werden. Im Gegensatz zur Ansicht der

Verwaltung sind wir der Meinung, dass dies unterm Strich Kosten spart.

Und dass bei rechtzeitiger Sanierung von Gebäuden **Energieeinsparungen** in nennenswertem Umfang möglich sind, dürfte unstrittig sein, ebenso wie die Tatsache, dass Flickschusterei (wie Abdichtung des Daches einer Schule mit einer Haltbarkeitsdauer von für 1 oder 2 Jahren) perspektivisch eher zu Mehrausgaben führt.

Wir finden es in diesem Zusammenhang gut, dass weitere Mittel für Fernüberwachungssysteme wie intelligente Thermostate eingestellt wurden, wenngleich noch keine Zeit war, dem Gemeinderat einen Erfahrungsbericht hierzu vorzulegen.

Erhaltung, optimale Nutzung des städtischen Vermögens ist ein Gebot der Nachhaltigkeit, sowohl unter finanziellen, wie auch unter ökologischen Aspekten.

Auch an Stellen, wo dies offenbar für Manche nicht auf den ersten Blick erkenntlich wird. Im Süden von Eltingen wurden in den vergangenen Jahren nahezu 30 Mio.€ investiert. 15 Mio. von der Stadt für die gelungene Erneuerung des **Leobades**, fast 12 Mio. vom SV Leonberg/Eltingen für sein modernes Sportvereinszentrum. Auch darin steckt ein siebenstelliger kommunaler Zuschuss. Quasi vor der Haustüre gibt es einen großzügigen städtischen Parkraum, ein geradezu perfekter Standortvorteil für beide Einrichtungen. Daher hat der Gemeinderat im Mai 2020 (vor 1,5 Jahren!) beschlossen, dass dieser – zumindest während der Freibadsaison – ausschließlich deren Nutzern zur Verfügung stehen soll.

Ich möchte an der Stelle jetzt nicht weiter vertiefen, was ich und sicherlich auch anderen Mitglieder des Gremiums davon halten, wenn Beschlüsse des Gemeinderates in dieser Art und Weise versehentlich oder willentlich ignoriert werden.

Fakt ist jedenfalls, dass dem SV der zusätzliche Bau eines millionenteuren Parkhauses erlassen wurde mit dem Hinweis auf die ja vorhandenen (gedanklich) zugeordneten Parkmöglichkeiten. Fakt ist auch, dass es für kommunales Familien- und Freizeitbad ein unschätzbarer Standortvorteil ist, großzügige Parkmöglichkeiten (incl. dem Ausweichparkplatz an der Berliner Str.) aufzuweisen, spätestens wenn wir uns in der Nach Corona Zeit wieder über ein gut besuchtes Bad freuen.

Auch die **Anzahl der Parkplätze** dort könnte mit geringem Aufwand und etwas gutem Willen optimiert werden. Allein mit der Kennzeichnung der Parkbuchten und dem Rückbau der ökologisch wertlosen Pflanzbeete ließe sich die Kapazität ohne Weiteres um 10% steigern.

Aber auch andernorts in der Stadt steigt der Parkdruck kontinuierlich. Man muss sich einfach mal vergegenwärtigen, dass in baden-württembergischen Städten parkende Fahrzeuge im Durchschnitt bis zu 20% der Verkehrsflächen in Anspruch nehmen. In Anbetracht der Notwendigkeit, nachhaltige Mobilität weiter auszubauen, ist eine möglichst gerechte **Neuordnung des öffentlichen Raums** erforderlich, um eine Verkehrswende einzuleiten. Der Gesetzgeber hat den Kommunen mehr Spielraum bei den Gebühren für’s Anwohnerparken eingeräumt – den sollten wir nutzen.

Parkraummanagement – das ist aus unserer Sicht eine Königsdisziplin der Verkehrswende - macht Städte grüner, sorgt für weniger Suchverkehr, für bessere Luft, erhöht die Sicherheit und lässt Geschäfte von mehr Fuß- und Radverkehr profitieren.

Beim Thema **Verkehr** möchte ich aber auch nicht verhehlen, dass einiges auf den Weg gebracht wurde, was wir für gut und richtig halten: der neue Verkehrsrechner, die geplanten

Durchlassregulierungen mit Vernetzung in die regionale Mobilitätsplattform, die ersten zusätzlichen Zebrastreifen und manches mehr. Und klar, manches dürfte natürlich auch schneller gehen…

Keine Kommunalpolitische Erklärung der SPD-Fraktion ohne das Thema **„bezahlbarer Wohnraum“** – zumindest ist das, ich habe nachgeschaut, seit 2014 der Fall. Und vor 2 Jahren habe ich mich über ein großes Bauvorhaben in unserer Stadt wie folgt geäußert: „…ich komme schon stark ins Grübeln, wenn ein Investor…auf Anfrage weder sagen konnte, wo genau auf dem TSG-Areal bezahlbare Wohnungen erstellt werden und schon gar keine Ahnung davon hatte, nach welchen Kriterien diese vergeben werden sollen“. Ich habe kritisiert, dass in seinem Internetauftritt kein Satz zu bezahlbarem Wohnraum stand, stattdessen aber an prominenter Stelle eine 3-Zimmer-Wohnung für über 900T€ angepriesen wurde.

Seine fehlende Kompetenz beim Bau von bezahlbarem Wohnraum hat der Investor zwischenzeitlich auch unter Beweis gestellt. Das dürfen wir ihm nicht durchgehen lassen. Wir fordern die Verwaltung auf, mit allen verfügbaren Mitteln durchzusetzen, dass dort wie vertraglich vereinbart 25% bezahlbarer Wohnraum entsteht. Wir brauchen die Wohnungen! Ansonsten machen wir uns unglaubwürdig und schaffen einen völlig indiskutablen Präzedenzfall vor den Hintergrund der immer dramatischer werdenden Wohnungsproblematik in unserer Stadt.

Nur noch ein Satz zum **Investorenauswahlverfahren an der Berliner Straße:** Nachdem wir im Gemeinderat ärgerlicherweise gegen den erkennbaren Widerstand der Verwaltung gleich zweimal beantragen mussten, dass dort bei der Auswahl des Investors dessen Kompetenz beim Bau bezahlbaren Wohnraums ein wichtiges Kriterium sein muss,

werden wir mit Argusaugen darüber wachen, dass so etwas wie beim TSG-Areal nie wieder passiert.

Der Arbeitsmarkt im Öffentlichen Dienst ist extrem angespannt. Dies gilt in besonderem Maße für die Kinderbetreuung, wenngleich wir den Eindruck haben, dass hier in Leonberg – im Vergleich zu vielen anderen Städten und Gemeinden – sehr gute Arbeit geleistet wird. Wir müssen dennoch aufpassen, dass wir nicht eine Kita nach der anderen bauen, ohne diese dann mit qualifiziertem Personal auch betreiben zu können. Wir haben Zweifel, ob angesichts der mangelhaften Unterstützung seitens Bund und vor allem Land, alle berechtigten Ansprüche der Eltern zukünftig erfüllt werden können.

Auch die Fluktuation und die spezifischen Schwierigkeiten bei der Wiederbesetzung von Führungspositionen bereitet uns aufgrund der Erfahrungen des vergangenen Jahres zunehmend Sorgen. Wir regen an, in diesem Segment künftig ein externes Personalberatungsunternehmen einzuschalten und verbinden damit die Hoffnung auf ein breiteres, möglicherweise auch qualifizierteres Bewerberfeld und höhere Verlässlichkeit und Verbindlichkeit bei den Zusagen von Bewerbern. Das kostet Geld, erhöht sicherlich aber die Effizienz und entlastet die Personalabteilung. Insoweit soll an der beantragten 50% Stelle bis zur Entscheidung darüber zunächst ein Sperrvermerk angebracht werden.

Wird der Leonberger Haushalt nun dauerhaft an Long Covid leiden? Angesichts seiner Vorerkrankungen – Stichwort: strukturelles Liquiditätsdefizit – ist die Sorge zumindest berechtigt. Das Finanzdezernat plant perspektivisch mit einer sehr optimistischen Einnahmesituation etwa bei der Gewerbesteuer. Niemand aber weiß, wie lange produzierende Unternehmen, Handwerk und Handel noch mit instabilen, teilweise unterbrochenen Lieferketten zu kämpfen haben.

Seit der letzten Haushaltsklausur vor einem Jahr ist konzeptionell wenig passiert, was zu einer Entlastung der Haushaltssituation beiträgt. Dabei waren wir uns einig, mindestens einmal im Jahr eine **Strategieklausur** zwingend durchzuführen zu müssen. Dies betrifft übrigens sowohl die Entwicklung unseres Haushalts – wie auch die Entwicklung der Stadt im Ganzen. Strategien müssen turnusmäßig auf ihre Umsetzung hin überprüft und ggf. neuen Erfordernissen angepasst werden. Ein Termin ist im Sitzungskalender nicht zu finden.

Wir sehen auch nach wie vor erheblichen Sand im Getriebe innerhalb der Verwaltung, insbesondere bei der dezernatsübergreifenden Zusammenarbeit. Ansätze zur Behandlung des maladen Haushaltes gibt es schon – es bedarf halt einer konsequenten, nachhaltigen und oft auch mühevollen Umsetzung dieser Maßnahmen – und es bedarf viel guten Willen seitens *aller* Beteiligten zum Wohle unserer Stadt.

Abschließend möchte ich mich bei Allen in der Verwaltung bedanken, die an der Aufstellung des Haushaltsplanes mitgewirkt haben, insbesondere bei Frau Gräter und ihrem Team. Und bei Ihnen, liebe Anwesende bedanke ich mich für’s geduldige Zuhören.

Ottmar Pfitzenmaier

Für die SPD – Fraktion im Gemeinderat

Anträge der SPD – Fraktion zum Haushalt 2022

Schulen

- Verzicht auf die pauschalen 15% - Kürzungen beim Schulleiterbudget und Berücksichtigung von Ganztagesbetreuungsangeboten und Vorbereitungsklassen mit einer angemessenen finanziellen Größenordnung (siehe Beschlussempfehlung des Schulbeirates).
- Beseitigung der Defizite in der Digitalisierung der Schulen mit Hochdruck. Schnellstmögliche Besetzung der dafür zur Verfügung stehenden Stellen in der Verwaltung. Einbindung/Auswahl eines geeigneten externen Dienstleisters zur Unterstützung.

Sauberkeitsoffensive

- Verzicht auf die pauschalen 15% - Kürzungen bei den Haushaltspositionen „Abfallbeseitigung“ (Erhöhung auf 45T€) und „Sauberkeit“ (Erhöhung auf 50T€).
- Keine Bank im öffentlichen Raum ohne Mülleimer, kein städtischer Spielplatz ohne Mülleimer, keine Bushaltestelle ohne Mülleimer.
- Erfahrungsbericht zum Einsatz der Kehrmaschinen Mitte des Jahres 2022.

Städtische Bauinvestitionen/Sanierungen

- Beschlussvorlage, mit welcher Priorisierung/in welcher Reihenfolge welche (großen) Neubau-/Sanierungsmaßnahmen zeitlich in den nächsten Jahren angegangen werden. Prüfung in diesem Zuge, ob durch die Einbindung externer Dienstleister zusätzliche Projekte umgesetzt werden können.
- Machbarkeitsstudie zum Neubau Kita und Erweiterung Grund- zur Ganztagesschule auf den städtischen Grundstücken in Warmbronn „Auf dem Schulberg“ unter Berücksichtigung des Waldabstandes im 1. Quartal 2022.
- Realisierung der nächsten Umsetzungsschritte beim Jugendplatz im Stadtpark (Sitzgelegenheiten und Grillvorrichtung).

Städtischer Parkplatz Leobad/SV Leonberg/Eltingen

- Information des Gemeinderates/zuständigen Ausschusses noch im 1. Quartal 2022, wie der Beschluss vom Mai 2020 (Parkmöglichkeiten ausschließlich für Besucher des Freibades und der Sportanlagen des SV) im Hinblick auf die Freibadsaison 2022 umgesetzt wird (incl. Ausweichparkplatz an der Berliner Straße).

- Kennzeichnung der einzelnen Parkbuchten in geeigneter Weise, um damit die Parkplatzkapazität nennenswert zu steigern (Umsetzung bis zum Beginn der Freibadsaison 2022).

Verkehr/Mobilität/Neuordnung des öffentlichen Raums

- Wiederholt: Erstellung eines flächendeckenden Konzepts zum Parkraummanagement (insb. Anwohnerparken). Lt. Verwaltung seit 12/2019 „in Arbeit“, für 2020 „zugesagt“).
- Seit Jahren unerledigter Auftrag: Der Straßenbelag der Bismarckstraße ist in einem sehr schlechten Zustand, was auch erhöhte Lärmwerte verursacht. Die beteiligten Versorgungsunternehmen haben ihre Leitungen im Untergrund längst erneuert. Umsetzung wurde für Herbst 2021 (erneut) in Aussicht gestellt.
- Wiederholt: der (sogenannte) Radweg von Eltingen Richtung Glemseck wurde vor mehreren Jahren im Zuge von Straßenbaumaßnahmen schwer in Mitleidenschaft gezogen und muss dringend saniert werden. Dies ist eine bedeutende Verbindung nach Stuttgart. Die Sanierung vorhandener Radwege ist u. E. schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit dem Neubau von überdimensionierten teuren Radschnellwegen vorzuziehen. Im Oktober 2021 sollte ein weiteres Gespräch mit dem RP diesbezüglich erfolgen.

Bezahlbarer Wohnraum

- Ausschöpfung aller (auch rechtlicher) Möglichkeiten, um die Quote von 25% bezahlbarem Wohnraum auf dem TSG-Areal herzustellen.
- Aktive Information unserer Bürger durch die Stadtverwaltung (Amtsblatt, Homepage, Soziale Medien), um die Kriterien, die für einen Wohnberechtigungsschein zu erfüllen sind, einer breiteren Bevölkerungsschicht bekannt zu machen.

Arbeitsmarkt/Personal

- Sperrvermerk bei der beantragten Erhöhung einer mit 50% vorhandenen Stelle in der Personalabteilung um zusätzliche 50% (BV 2021/291 lit.4). Stattdessen soll (zunächst versuchsweise) bei vakanten Führungspositionen in der Verwaltung künftig eine Personalberatung mit der Akquisition von geeigneten Bewerbern beauftragt werden. Ein entsprechender Betrag ist in den Haushalt einzustellen. Ziel: breitere Auswahl, gezieltere Ansprache, mehr Verbindlichkeit.

Laufende Kosten

- Erfahrungsbericht zu den Erkenntnissen aus dem Einsatz von modernen Fernüberwachungssystemen in städtischen Gebäuden (war für 2021 vorgesehen).
- Erneut: Überprüfung aller relevanten laufenden Verträge hinsichtlich Wartungsleistungen, abgeschlossenen Versicherungen und zur Telekommunikation.

Über daraus resultierende Einsparpotenziale sollte bereits 2021 berichtet werden. Dies soll nun im 2. Quartal 2022 erfolgen.

Strategieklausur

- Die Festlegung einer nachhaltigen Strategie für die Stadtentwicklung Leonbergs macht nur Sinn, wenn diese regelmäßig auf Umsetzung überprüft und bei Bedarf aktuellen Entwicklungen angepasst wird. Dies muss (mindestens) einmal jährlich erfolgen. Wir bitte einen zeitnahen Termin für 2022 anzuberaumen und eine Klausurtagung in den Folgejahren von vorne herein in den Sitzungsplan verbindlich zu integrieren. Gleiches gilt für die Haushaltspolitik.

Freie Demokratische Partei
Fraktion im Leonberger Gemeinderat
Prof. Dr. Dieter Maurmaier
Kurt Kindermann
David Korte

Haushaltsrede

09.11.2021

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Frau erste Bürgermeisterin Schmid,
sehr geehrter Herr Bürgermeister Brenner,
meine Damen und Herren,

2021 war ein außergewöhnliches Jahr: Umgang mit der Pandemie, Landtagswahl, Bundestagswahl, Wahl der 1. Bürgermeisterin in Leonberg, Beschluss Postareal. Alles vollbracht, die Zukunft ist eingeläutet. In Leonberg mit der Einbringung des Haushalts 2022. Die Tagesordnungen und die Beschlüsse des Gemeinderates im laufenden Jahr zeigen viele interessante Ideen auf, die nunmehr ihrer Umsetzung harren. Finanzielle Rahmenbedingungen sowie personelle Engpässe schränken den Vollzug jedoch ein.

1. Ergebnishaushalt

Das Resultat des **Ergebnishaushaltes** ist selbst bei Entnahme aus der Rücklage leider nicht befriedigend, obwohl wir durch Kompensationszahlungen verhältnismäßig gut durch die Pandemie gekommen sind. Dennoch, das Defizit des Ergebnishaushaltes entwickelt sich trotz fragwürdiger 15-Prozent Pauschalkürzung besorgniserregend und da diese Entwicklung nur teilweise aus verringerten Einnahmen resultiert, muss die Ausgabenseite vermehrt in Augenschein genommen werden. Der Nettoressourcenbedarf vieler freiwilligen Leistungen und Einrichtungen ist unverändert sehr hoch. Auffallend sind oftmals die recht hohen Aufwendungen für interne Leistungen. Steckt hier möglicherweise ein hoher Bürokratieaufwand dahinter?

2. Finanzhaushalt

Um den Finanzbedarf für den **Finanzhaushalt** zu decken, sind weitere Kreditaufnahmen erforderlich, was sich aus dem geringen Zahlungsmittelüberschuss aus dem Ergebnishaushalt und dem Investitionsbedarf ergibt. Für den Ansatz 2022 erscheint dieser Plan verständlich, in der mittelfristigen Finanzplanung scheinen uns die Ansätze zu optimistisch, obwohl die Schulden deutlich ansteigen. Es gibt viele Baustellen, ich erinnere nur an die Stadthalle, die Schuhfabrik, an den Bedarf zusätzlicher Kitas sowie der Sanierungsbedarf vieler städtischen Gebäude.

3. Verwaltung

Aus unserer Sicht ist es erforderlich, die Verwaltungsstrukturen zu verschlanken und Aufgaben von Stabsstellen an die Dezernate zu übergeben. Eigenverantwortliches Handeln und Umsetzen von Projekten unter Einhaltung von Meilensteinvorgaben sehen wir als richtiges Konzept für die schnelle Umsetzung der zuletzt doch sehr schleppenden Vorhaben.

In erster Linie ist es wichtig, ein Führungsteam und ein organisiertes Management zu haben, das die Weichen stellt, elementare Probleme erkennt und schnell handelt. Weiterhin sind motivierte Mitarbeiter in einer angenehmen Arbeitsumgebung die tragenden Säulen einer Verwaltung. Der Bindung der eigenen Mitarbeiter sollte dabei eine hohe Priorität eingeräumt werden.

In einer modernen Verwaltung soll die Digitalisierung zur Optimierung der Geschäftsprozesse eingesetzt werden. Deshalb muss auch innerhalb der Verwaltung eine Digitalisierungs-strategie entwickelt werden. Wir beantragen, dass die Geschäftsprozesse auf ihre Eignung nach Digitalisierung analysiert werden.

4. Zukunftsthemen Haushalt

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Kosten der fossile Energieträger für Heizung, Strom und zukünftig auch für das kostbare Wasser und damit unweigerlich auch dem Abwasser erheblich steigen werden. Dies wird zwangsläufig auch höhere Aufwendungen für die Bäder, Hallen und kommunalen Gebäude mit sich bringen. Deshalb bedarf es Konzepte der Kostendeckung und insbesondere eine Priorisierung der Maßnahmen.

Die Bäderbetriebe belasten den Haushalt mit ca. 2700 Euro je Tag. Gleiches gilt für die Stadthalle und die Interimskindergärten. Steigende Unterhaltskosten führen dazu, dass wir nur für diese 3 Bereiche zukünftig täglich 10.000 Euro aufwenden müssen. Deshalb ist es zwingend erforderlich in Klausur zu gehen und notwendige Strategien zu entwickeln den Haushalt tragfähig und zukunftsorientiert zu optimieren.

5. Stadtentwicklung

Eine schon oft vorgebrachte Forderung nimmt endlich Gestalt an, eine Neuausrichtung der **Stadtentwicklung** mit dem Ziel den Flächennutzungsplan fortzuschreiben und zu erneuern. Aspekte wie Klimaschutz, bezahlbares Wohnen, modernes Arbeiten, Stadt der kurzen Wege sind zu berücksichtigen. Der Begriff „Stadt für morgen“ muss definiert und durch konkrete Konzepte hinterlegt werden.

Uns ist unter anderem wichtig, dass wir den wohnungssuchenden Menschen auch künftig ein Angebot unterbreiten können. Nur so halten wir im Wettbewerb in der Region unsere Attraktivität.

Wohnen an der Berliner Straße und im Unteren Schützenrain sind Bausteine dazu. Sie sind um weitere Angebote zu ergänzen, beispielhaft um Gebiete nördlich der Fontanestraße in Höfingen, Unter dem Mühlberg in Gebersheim oder Hasensaul in Leonberg.

Eine Fehlentwicklung vor allem unter verkehrlichen Gesichtspunkten wäre die Realisierung eines Güterverteilzentrums wie offenbar in Höfingen vorgesehen und von vielen Bürgern befürchtet. In Renningen wurde ein derartiges Ansinnen vom gleichen Investor wegen unzumutbarer Verkehrs-belastung durch Erlass einer Veränderungssperre verhindert. Warum in Leonberg nicht?

6. Gesundheitscampus und Berufsschule

Wichtig erscheint uns die Weiterentwicklung des **Krankenhaus- und Berufsschulareals**. Das Areal um das Krankenhaus könnte zu einem Gesundheitszentrum entwickelt werden. Dies würde unser Leonberger Krankenhaus stärken und zukunftssicher machen. Dem zunehmend dringenden Bedarf an Hausarztpraxen könnte entgegengewirkt werden.

Auch das Berufsschulzentrum muss sich weiter entwickeln und Ausbildungen für neue Berufsfelder anbieten.

Wir fordern die Stadtverwaltung auf, in einen intensiven Kontakt mit der Landkreisverwaltung zu treten, um hier gemeinsam nach Lösungen zu suchen. Platz für Wohnungsbau sehen wir westlich des Krankenhausareals.

7. Mobilität und Verkehr

Zur Stadtentwicklungsplanung gehört auch das Thema **Mobilität und Verkehr**. Es gibt ja durchaus Fortschritte und nachdem nunmehr die Stelle für nachhaltige Mobilität besetzt ist, kann man sicher mit Ideen und vor allem auch mit Umsetzungen rechnen. Zur provisorischen Einrichtung von sogenannten Umweltspuren in der Eltinger Straße und der Brennerstraße werde ich mich im Planungsausschuss äußern. Uns ist wichtig, keine Alibilösungen mit ausschließlichem Symbolcharakter zu realisieren, sondern Lösungen, die sicher und effizient sind.

Vorankommen sollten wir endlich bei den Fußgängerquerungshilfen, sei es mit dem Projekt 1000 Zebrastreifen in Höfingen, in der Stuttgarter Straße oder an weiteren Kreisverkehren. Mit verhältnismäßig wenig Aufwand kann man da viel erreichen. Entsprechende Mittel sind ja im Haushaltsplan eingesetzt, die Bevölkerung steht voll und ganz dahinter.

Eine Verkehrswende gelingt nur, wenn man auch den Fahrradverkehr einbezieht.

Wann wird endlich der Radweg entlang der L1137 fertiggestellt?

Einen Radweg entlang der L1187 nach Höfingen wurde schlicht weg vergessen, unter anderem weil es die Verwaltung versäumt hat, die Entwurfsplanung dem Gremium vorzulegen. Unsere Frage ist, könnte man den zugegebenermaßen steilen Weg von der Glemsbrücke hoch zum Philadelphiahof als Radverbindung ausbauen? Immerhin war er seither als Umleitung ausgeschildert.

Der Landkreis plant und baut Radschnellverbindungen, leider noch nicht in Leonberg. Wir fordern die Verwaltung auf hier aktiv zu werden und zuvorderst die Verbindung Silberberg – Leonberg als Radschnellweg ins Spiel zu bringen und eine Planung beim Landkreis einzufordern.

Wir beantragen, dass das Projekt „Lastenrad-Lieferdienst“ als Vorgriff auf das umfassende Logistikkonzept für die Gesamtstadt in Angriff genommen wird.

Im September 2022 geht die Express-S-Bahn Weil der Stadt – Zuffenhausen in Betrieb. Für Leonberg zwar eine zusätzliche S-Bahn-Kapazität, aber nur circa eine Minute Zeitersparnis bis Zuffenhausen, bis Stuttgart sogar eine längere Fahrzeit als mit der Normal-S-Bahn. Wir fordern die Verwaltung auf, beim Verband Region Stuttgart mit der Aufforderung vorstellig

zu werden, die Einrichtung eines Metropolexpress zu prüfen, der auch den Stuttgarter Hauptbahnhof anfährt

Längst überfällig ist ein behindertengerechter Ausbau der S-Bahn-Stationen Leonberg, Silberberg und Höfingen. Nach derzeitiger Planung ist dieser Umbau erst nach 2030 vorgesehen.

8. Schulen und Kitas

Die Appelle der Schulleitungen nehmen wir sehr ernst und sprechen uns gegen eine Kürzung des Schulleitungsbudgets aus, was hoffentlich im Sozialausschuss so geschlossen wird. Im Bereich der Bildung zu sparen, ist aus unserer Sicht nach den pandemiebedingten Einschränkungen nicht hinnehmbar.

Die prognostizierte Entwicklung der Schülerzahlen und der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung an den Grundschulen ab dem Jahr 2026 stellen uns bei den Raumkapazitäten in den Schulen vor große Herausforderungen. Hier müssen frühzeitig die Weichen gestellt werden, um Engpässe zu vermeiden.

Mit Sorge blicken wir nach Warmbronn. Planungsfehler bzw. eine unzureichende Kommunikation mit den beteiligten Akteuren haben zu einem nicht hinnehmbaren Zustand rund um die Warmbronner Schule geführt. Hier bitten wir um Lösungsvorschläge, die auch zeitnah zu verwirklichen sind.

Wie im Vorjahr möchten wir auf den Sanierungsbedarf der Höfinger Schule hinweisen und fordern die Verwaltung auf, die energetische Sanierung im Jahr 2022 auch zu realisieren.

Wir sind uns darüber im Klaren, dass es Bedenken zur Nachverdichtung im Ezach gibt. Wir sehen im sogenannten „Bildungscampus“ aber eine große Chance für das Ezach und Synergien, die sich dort gut nutzen lassen.

Um dem Bedarf an Kitaplätzen gerecht zu werden, braucht es nicht nur in Warmbronn zeitnah eine vernünftige Lösung. Auch in der Kernstadt müssen die Grobplanungen für die Realisierung einer Interimskita auf dem in Frage kommenden Grundstück intensiviert werden.

Neue Kitas brauchen Erzieherinnen und Erzieher. Im kommenden Jahr sollen die Ausgaben für die „Werbeoffensive Kitas“ auf weniger als ein Drittel gesenkt werden. Diese Kürzung ist für uns nicht nachvollziehbar. Die Stadt Leonberg soll ein attraktiver Arbeitgeber für Erzieherinnen und Erzieher sein. Um mehr über die Zufriedenheit der Mitarbeitenden in den Kitas zu erfahren, möchten wir anregen, Befragungen der Beschäftigten durchzuführen. Daraus sollen Empfehlungen zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitgebers abgeleitet und zum Beispiel Maßnahmen, wie die Einführung des E-Learnings evaluiert werden.

Zudem bitten wir, die derzeitigen Zugangsvoraussetzungen für die Anstellung in Kitas zu überdenken.

9. Jugend

Die Mittel für den Bau des neuen Skaterplatzes in Höhe von 200.000 € sind im Haushalt veranschlagt. Um diese Maßnahme auch umsetzen zu können, bedarf es zunächst eines geeigneten Standortes. Sofern dies im Stadtpark aufgrund des Denkmalschutzes nicht möglich ist, sollen zeitnah Alternativen gesucht und präsentiert werden.

Wir haben in Leonberg einen sehr engagierten Jugendausschuss, der eine hervorragende Arbeit leistet. Eine so starke Kürzung der Mittel für die Jugendbeteiligung, wie dies im Haushaltsentwurf vorgesehen ist, ist für uns nicht nachvollziehbar. Wir beatragen, diese Kürzung zurückzunehmen.

Auch würden wir gerne an die Diskussion über die Fahrradstrecke im Kammerforst erinnern. Das Angebot des Landkreises, die Stadt Leonberg bei der Planung und Realisierung einer solchen öffentlich zugänglichen Strecke zu unterstützen, sollten wir nicht ausschlagen und Mittel für die Planung veranschlagen.

Unsere Antragsliste liegt bei.

Wir bedanken uns bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung, insbesondere beim Kämmereiamt für den Einsatz bei der Erstellung des Haushalts. Des Weiteren gilt unser Dank den Kollegen und Kolleginnen des Gremiums für die gute und konstruktive Zusammenarbeit und wir setzen weiterhin auf eine gute Atmosphäre im Gremium.

FDP-Fraktion

Anträge

- Analyse der Geschäftsprozesse
- Effizienzsteigerung von Geschäftsprozessen durch Digitalisierung
- E-Government ausbauen
- Entwicklung von Strategien zur Senkung der Unterhaltskosten städtischer Einrichtungen
- Konkretisierung des Begriffs „Stadt für morgen“
- Entwicklung eines Gesundheitscampus am Krankenhaus
- Projekt 1000 Zebrastreifen umsetzen
- Fußgängerüberwege an Kreisverkehren anlegen
- Radweg entlang der L1137 fertigstellen
- Radweg in Zuge der L1187 über Philadelphiahof prüfen
- Radschnellverbindung Leonberg – Silberberg zusammen mit Landratsamt planen
- Erarbeitung eines Lastenrad-Lieferdienstes
- Antrag an der VRS die Einrichtung eines Metropolexpress zu prüfen
- Beantragung eines behindertengerechten Ausbaus der Bahnhöfe Leonberg, Höfingen und Rutesheim (Silberberg)
- Vorschläge für eine zeitnahe Erneuerung der Warmbronner Schule
- Sanierung der Höfinger Schule
- Mittel für Werbeoffensive Kitas nicht kürzen
- Überprüfung der Zugangsvoraussetzungen für die Anstellung in Kitas
- Rücknahme der Kürzung der Mittel für die Jugendbeteiligung
- Planung einer Fahrradstrecke im Kammerforst zusammen mit dem Landratsamt
- Fortentwicklung baurechtlicher Vorschriften zur Schaffung innerörtlichen Wohnraums
- Aufstellung und Betrieb elektrischer Ladesäulen auf öffentlichen Parkplätzen durch die LeoEnergie
- Standortsuche für einen Wertstoffhof

S:ALZ
Stadt Arbeit Leben Zukunft

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Cohn,
sehr geehrte Frau Erste Bürgermeisterin Schmid,
sehr geehrter Herr Baubürgermeister Brenner,
Liebe Gemeinderäte und Zuhörer aus der Bürgerschaft,

willkommen zum Murmeltiertag!

Wie im bekannten Filmklassiker stehen wir Gemeinderäte **Jahr für Jahr vor der Rathaustür**, klopfen gegen die Pforte. Die Verwaltungsspitze zeigt sich wie das legendäre Murmeltier Punxsutawney Phil, sieht zweifelsfrei den langen Schatten ihrer nicht abgearbeiteten Aufträge aus der letzten Haushaltsrunde. **Dann verschwindet sie wieder in ihrem Bau** und wir wissen: es bleibt noch weitere 12 Monate Investitionswinter.

Egal was wir hier beschließen. Wir könnten auch in diesem Jahr schlicht unsere Anträge wie in den Vorjahren wiederholen. **Wieder würden positiv gestimmte Kollegen mit uns Beschlüsse fassen**, die Verwaltung Rahmenbedingungen aufzeigen. Wieder würde nichts passieren. **Murmeltiertag**! Sicher, das Tagesgeschäft tröpfelt unauffällig vor sich hin, Projekte wie die KiTa Nord werden schleichend fertig, aber so richtige Dynamik ist nicht sichtbar.

Dynamik zwischen der Verwaltungsspitze allerdings schon. Drei Charaktere üben sich in teils absurden Verhaltensweisen. Aber auch wir Gemeinderäte mischen bis zur Schmerzgrenze mit und die **Presse trägt kaum zur Klärung bei**, sondern platziert ihre persönlichen Favoriten im großen Spiel.

Sie wissen, dass ich gerne sehr kritisch zu unserem Oberbürgermeister stehe. Zu ungewöhnlich ist oft seine Herangehensweise. Vorsichtig ausgedrückt. Aber schon recht kurz nach Neuordnung der Verwaltungsspitze ist klar: mit unserer neuen Finanzbürgermeisterin haben wir eine Spielerin am Tisch, die ihm nicht nachsteht. Ganz im Gegenteil stehen **große Fragezeichen im Raum**, die mit verqueren Erklärungen nicht befriedigend aufgelöst werden. Liebe Frau Schmid, ich habe auf der Seite des **Landkreises Regen** gesehen, dass Sie noch immer für die FDP im Kreistag gelistet sind. Viele hundert Kilometer entfernt. Ihre Antwort, dass das nur wenige Sitzungen umfasst trifft aber nicht den Punkt, den Sie in unserem Gespräch dazu auch nicht angenommen, fast meine ich, nicht verstanden haben. **Es ist ein Affront gegen die Leonberger Stadtgesellschaft**, wenn Sie auf diese Weise die Halbherzigkeit ihrer Anwesenheit in der Stadt dokumentieren.

In der Presse lesen wir in einigen Artikeln, die von lieben Gemeinderatskollegen platziert wurden, dass unsere Erste Bürgermeisterin nichts darf. **Nicht reden. Nicht handeln**. Aber in Ihrem ureigenen Tätigkeitsbereich – Sie Frau Schmid sind Chefin der Stadtwerke – hat sicher niemand Interesse Ihnen reinzureden. Und so ist es doch recht unverständlich, dass ausgerechnet für die Stadtwerke, **bei denen Sie autark handeln können**, zudem einige Mitarbeiter bereits selbst eingestellt haben, zu Ihrer Haushaltseinbringung der

Wirtschaftsplan **dieses wichtigsten Eigenbetriebs** fehlte. Den wir freilich zur Haushaltsberatung benötigen, da hier Parkhäuser und die politisch immer im Fokus stehenden Bäder verortet sind. Da fragt man sich schon woran es hapert, haben Sie doch exakt dafür vor der Wahl Ihre Expertise gepriesen.

Weiter geht's **mit Herrn Brenner**. Den ich vor vielen Jahren als Hoffnungsträger für die Verwaltungsspitze mitgewählt habe. Frische Ideen, begeisternde Beschreibungen der Stadt-Zukunft, **ein positiver Typ**.

Lieber Herr Brenner, über die Jahre trägt das leider nicht. **Seit Jahren warten wir geduldig** auf Lösungsansätze zur Waldschule in Warmbronn. Wir wissen seit geraumer Zeit, dass da Bäume stehen, die eine vorangetriebene Entwicklung als nicht durchführbar ausbremsen. **Wir fragen nach**. Die Antworten sind immer gleich. Immer ausweichend. **Murmeltiertag**.

Noch schlimmer für mich, weil ich mich als Initiator des Jugendausschusses mit seinen Gruppen persönlich in der Pflicht sehe, ist **Ihr Verhalten zum Skaterpark**. Richtig. Nicht ihre Taten. Das Verhalten ist, was mich bestürzt. Wir fragen. Zum Denkmalschutz. Zu den Plänen. Erhalten ein ums andere Mal ausweichende Antworten. „Wird schon. Kommt in der xy-Runde". Jetzt fragen sich die Zuhörer, **was denn die xy-Runde ist?** Für xy dürfen Sie über die Jahre beliebige Monate setzen, auf die uns das Thema zur Klärung versprochen wurde. Nun habe ich selbst nachgeforscht. **Nichts ist passiert**. Der Denkmalschutz wartet noch immer auf Vorleistungen zur Entscheidung, die im Verantwortungsbereich des Baudezernats liegen. **Brachliegen**. Murmeltiertag! **Schon wieder**.

Lieber Herr Brenner. **Nett und umgänglich sein reicht nicht**. Wir alle wissen um Ihr Potenzial. Es wäre echt prima, wenn daraus mal etwas entstünde. Als leichte Fingerübung wäre ich schon mit der Skateranlage zufrieden. Für Jugendliche sind vier Jahre Planungshorizont ein Witz. **Das entspricht bald 30% ihrer Lebenszeit** und wird sich wohl so anfühlen wie für uns 15 bis 20 Jahre. So geht man nicht mit der Jugend, der Zukunft unserer Stadt, um.

Aber auch wir Gemeinderäte leisten unseren **Beitrag zur Erhöhung der Entropie**. Entropie. Klingt doch besser als Unordnung. Wir müssen einfach neue Begriffe nutzen, dann ist es nicht so brutal. Mit vielen Anträgen, Fragen, **auch Selbstverleugnung**, erhöhen auch wir Gemeinderäte die Entropie im Stadtsystem. Beispiele finden wir alle an unserer eigenen Nase.

Ich möchte die Zuhörer aber nicht aus der Haushaltsrede **entlassen ohne Positives zu würdigen**. Pädagogisch richtig wäre gewesen, das Positive an den Anfang zu stellen. Aber mit derart sanften pädagogischen Ansätzen haben wir schon die letzten Jahre nichts bewegt.

Wirklich wunderbar ist, dass doch noch viele Mitarbeiter der Verwaltung aktiv mitarbeiten. **Den Laden so gut es eben geht am Laufen halten**. Nur bespielhaft nenne ich Frau Gräter, Frau Schmauder, Herrn Roth, Frau Schurr, Herrn Friedel, auch Frau Löffler. Ihnen und allen jetzt ungenannten, aber wunderbare Arbeit leistenden, möchte ich danken, dass Sie sich für unsere Stadt einsetzen.

Bürgermeister entpuppen sich oft als austauschbar. Eine gute Mitarbeiterbasis nicht. Also bitte ich die Verwaltungsspitze: **gehen Sie sorgsam mit der Stadt um**, in dem Sie sorgsam mit den Mitarbeitern umgehen.

Nur dann bringen wir zweifellos positive Entwicklungen zu Ende.

Die Neuordnung des Straßenraums. Die langsame aber stete Entwicklung am Jugendplatz. Die nicht enden wollende Reihe der Schulsanierungen, vielleicht auch endlich mit Lösungen für Warmbronn und Gebersheim.

Und selbstverständlich, man müsste es als S:ALZ-Gruppe eigentlich nicht extra erwähnen, **lehnen wir sämtliche Kürzungen zu den Zukunftsbereichen Schulen und Jugend ab**. Besonders unverfroren finden wir den Ansatz zum Jugendausschuss mit minus 50% auszuweisen und da nochmal die pauschale 15%-Kürzung drüberlaufen zu lassen. Wie überhaupt die 15% Kürzung kein Ausdruck von Sparwillen ist, lieber Herr Oberbürgermeister Cohn, **sondern schlichten Unwillen dokumentiert** sich mit den Ämtern in sicher zähen Verhandlungen auseinanderzusetzen. Der Gemeinderat soll es richten. Dabei ist es Aufgabe der Dezernenten, zuvorderst Finanzbürgermeisterin und OB, Sparsamkeit und Handlungsfähigkeit mit differenzierter Betrachtung im Haushaltsplanentwurf aufzuzeigen. **Grundlagenarbeitet**. Darauf aufbauend gestalten wir mit Ihnen gemeinsam die politische Ausrichtung. Theoretisch. Da Sie nun schon mit der 15%-Kettensäge im eigentlich differenziert blühenden Stadtdschungel gewütet haben bleibt uns **kaum etwas anderes als Schadensbegrenzung**.

Unsere Anträge finden Sie zwar in der Anlage. Einige besonders dringende Anliegen möchte ich hier dennoch einprägsam verkünden:

Wir wünschen eine Gegenüberstellung von einem **Neubau Grundschule Warmbronn** am aktuellen Standort, mit Erweiterungsfläche in Richtung Parkplatz, zu einem Neubau zentral im Ortskern.

Die Fortführung der Planung Kindercampus Ezach ohne Bremse, abgekoppelt aber ergänzt um den bereits angedachten Wohnbau-Riegel zur Straße, dem **eine kleine Sporthalle untergeschoben wird**, etwa 2+2-Stöckig. Diese Halle soll nicht nur endlich der Sophie-Scholl-Schule grundlegende Sportmöglichkeiten bieten, sondern auch als Versammlungsraum für beispielsweise den Bürgerverein oder die Quartiersarbeit dienen.

Das Schulzentrum um die Gerhart-Hauptmann-Straße **soll neu organisiert werden**. Pausenflächen, vielleicht auch Klassenräume in Randlagen der Gebäude, sollen flexibel über Schulgrenzen hinweg nutzbar sein um den Herausforderungen nachwachsender Schülerzahlen in einem ersten Schritt gerecht zu werden. Dazu muss umgehend eine Arbeitsgruppe aus Verwaltung und Schulleitungen, in markanten Entscheidungsschritten auch mit Gemeinderäten, eingerichtet werden.

Und **selbstverständlich hat das Thema Skateranlage für uns oberste Priorität**. Wir werden dazu nach vielen Jahren Stillstand klassische Hierarchien nicht mehr zum Erkenntnisgewinn akzeptieren und gegebenenfalls direkt bei anderen Verfahrensbeteiligten nachfragen, um eine sowieso nicht mehr akzeptable weitere Verschleppung zu unterbinden.

Weiter **muss das alte Arbeitsamt sofort dauerhaft** genutzt werden. Bis eine endgültige Verwendung abgestimmt ist, könnten hier beispielsweise Teile der IuK untergebracht werden, die explizit den Schulen zugeordnet sind, um das Thema Digitalisierung endlich

konzentriert abzuarbeiten. **Wir haben viel Geld in phantastische Technik gesteckt**. Apple-TV, Tablets, Beamer. Nichts davon kann zuverlässig genutzt werden, wenn nicht endlich WLAN und Service funktionieren. Das liegt ausdrücklich nicht an der auch von den Schulen geschätzten Frau Schurr. Geschätzt ist dabei eine schwache Formulierung, sie gilt schlicht als einziger Hoffnungsschimmer zu diesem Thema.

Das sind unsere 5 Kernanträge. **Nur 5. Nicht 100**. Nichts, was man nicht vor Jahren schon für heute als erledigt gesetzt hätte. Eigentlich. **Murmeltiertag. Immer noch**.

Bei vielen anderen Themen sind wir angesichts der Personallage der Meinung, dass wir die Intensität der Fortentwicklung zurückfahren müssen. Nur so haben wir Hoffnung, dass wir die Filmschleife durchbrechen.

Aber was können wir tun, um **unseren Murmeltiertag** zu beenden? Im der Rede zugrunde liegenden Film **hilft Liebe**, unbedingtes Einlassen auf einen anderen Menschen.
Im **Stadtleben hilft also nur die Liebe zur Stadt**. Wenn wir uns auf die Belange der Stadt konzentrieren statt auf unsere eigenen, stehen wir eines Morgens am Fenster und wissen: **heute ist morgen**! Es ist passiert!

Fast wie im Film.

Weitere Erkenntnisse finden Sie ab 17. November im launigen Haushaltsschwätzchenvideo auf www.salz-leo.de, das ich mit dem Kollegen Harald Hackert eingespielt habe.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit

S:ALZ
Stadt Arbeit Leben Zukunft

SALZ - die Liste für Leonberg
Görlitzer Straße 21
0 71 52- 39 49 23
eMail info@salz-leo.de
Netz www.salz-leo.de

Anträge der S:ALZ-Gruppe zum Haushalt 2022

Notfalltelefon falls Anträge zu komplex oder nicht verständlich sind: 0177-3871486

1. Schulen / Kinderbetreuung / Jugend

1.1. **Jugendplatz: Skateranlage**. Die Skateranlage muss unverzüglich zur Umsetzung kommen. Eine weitere Verschleppung der Planung und Nichterbringung der vom Denkmalschutz geforderten Leistungen ist nicht akzeptabel. Der Gemeinderat ist laufend über die Verfahrensschritte zu informieren.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da laut Haushalt 2019 „längst erledigt".

1.2. **Jugend: Pumptrack**. Wir befürchten ebenso wie bei der verschlafenen Skateranlage dass hier nötige Planungsschritte, etwa die nötigen Vorlagen zur Beurteilung der Tragfähigkeit des Tunneldeckels, nicht erstellt sind. Der Gemeinderat ist laufend über die Verfahrensschritte zu informieren.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da längst beschlossen.

1.3. **Die Entwicklung des Kindercampus** Ezach läuft und soll nicht gebremst werden. Die Verdichtung der Bauzeit auf 2 Jahre wird begrüßt. Um die hier bekannte Sporthallenproblematik aufzulösen muss Kapazität in der Nähe geschaffen werden, auch um den Anspruch an die künftige Ganztagesgrundschule zu bedienen. Unabhängig vom in Planung befindlichen Kindercampus soll laut Beschluß nach Osten zur Straße hin ein Wohnbauriegel entstehen. Wir schlagen vor, den bis zu 4-geschossig geplanten Riegel auf 2+2 Geschosse zu optimieren, die unteren Geschosse nehmen dabei eine Sporthalle auf, die zusätzlich benötigte Raumhöhe wird in die Erde eingelassen.
Die Halle soll multifunktional diesen Stadtraum bedienen, also etwa auch als Versammlungsraum für den Bürgerverein oder die Quartiersarbeit genutzt werden.

Deckungsvorschlag: nicht bezifferbar. Der Wohnbau ist beschlossen. Für den Hallenanteil empfehlen wir einen Teil aus der gesparten Kreisumlage.

1.4. **Schulcampus Mitte:** Entwicklung zu einer flexibleren Einheit. Das alte Arbeitsamt wird langfristig in die Raumplanung einbezogen. Während der Planungsphase kann das Arbeitsamt beispielsweise als konzentrierter Standort für die Schuldigitalisierungsgruppe um Frau Schurr dienen.
Künftig muss hier aber Platz für die steigenden Schülerzahlen geschaffen werden. Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden.
Noch dringender ist die Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR. Die Kuhgatter vor der Schellingschule sind in einem Land mit Bildungsanspruch nicht akzeptabel.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da denken nichts kostet. Ausser Zeit.

1.5. **Jugendaussschuß:** die Kürzung um ca. 50% sowie die zusätzliche Kürzung um die pauschalen 15% sind nicht akzeptabel und sollen zurückgenommen werden. Jugend mit einbeziehen ist eine vom Land gestellte Aufgabe, der wir mit Alibiveranstaltungen nicht gerecht werden. Im Gegenteil ist es Ziel, Jugend für unser Gesellschaftssystem zu begeistern. Das gelingt nur, wenn wir zur Verantwortung auch Spielräume gestalten.

Deckungsvorschlag: aus den zurückzustellenden Leistungen für die Schuhfabrik.

1.6. **Schulbudget gesamt und Schulleiterbudgets:** die Kürzung um pauschale 15% der Schulleiterbudgets sind zurückzunehmen. Gerade nach Corona müssen die Schulen handlungsfähig bleiben. Weiter ist die Pauschale 15% Kürzung der allgemeinen Schulbudgets (HH-Plan S. 161 Zeile 14) zurückzunehmen, da hier die Digitalisierung versteckt ist, die ja allseits gefordert, dann aber nicht effektiv abgearbeitet werden könnte.

Deckungsvorschlag: aus der gesparten Kreisumlage.

S:ALZ
Stadt Arbeit Leben Zukunft

1.7. **Aufstockung der Stelle Sachgebietsleitung Sport:** Verwaltung und Ausstattung der Sporthallen und auch darüber hinaus ist eine komplexe Aufgabe, die viel Koordinationszeit mit vielen Ansprechpartnern bedingt. Hier ist chronische Zeitknappheit zu verzeichnen und nicht mit normalen Schwankungen zu rechtfertigen. Eine Aufstockung also dringend geboten.

Deckungsvorschlag: die geplante „Multimedia-Offensive“ der Stadtspitze soll deutlich eingebremst werden. Die Stadt positiv auf allen Kanälen darzustellen ist nett, aber angesichts klaffender Löcher in der „richtigen“ Arbeit eine Farce. Sobald die Stadt wieder hinreichend funktioniert, also produktive Stellen besetzt sind, ist auch erst etwas Schönes zum präsentieren da. Bis dahin mögen sich die Protagonisten mit selbstgemachten Filmchen auf ihren privaten Facebookaccounts ins rechte Licht rücken.

2. Verkehr / öffentlicher Raum

2.1. **Shuttlebus-Test wie schon zu oft beantragt**. Herr Baubürgermeister Brenner hat in seiner Bewerbungsrede vollmundig Shuttlebusse, insbesondere autonome Systeme, in der Zusammenarbeit mit dem Bosch-Standort in Aussicht gestellt. Diese Behauptung bitten wir mit einem konkreten Zeitplan zu unterfüttern und den tatsächlichen Stand der konkreten Gespräche dazu aufzuzeigen. Es sind für 2022 und 2023 Beträge dazu im Haushalt eingestellt. 100.000 für 2022 reichen sicher für den ursprünglich angedachten kurzen Test zur Sichtbarmachung in der Bevölkerung.
Aber warum ist der gleiche Betrag in 2023 wieder eingestellt? In Erwartung der üblichen Nicht-Abarbeitung für 2022 und vorauseilend für unsere Anträge zu 2023? Ein zweiter kleiner Test in 2023 macht keinen Sinn, für die dauerhafte und wünschenswerte Einrichnug eines Testbetriebes ist es zu wenig. Wir bitten um Erklärung wozu das gut sein soll.

2.2. **Planung eines Einbahnstraßenrings Bahnhofstraße - Römerstraße - Eltinger Straße.**
Vgl. Antrag vom letzten und vorletzten Jahr. Wir sehen hier nach wie vor großes Potenzial den Verkehr zu verflüssigen und Stadtraum-Qualität zu gewinnen.

Deckungsvorschlag: nicht nötig, da Geld für Umgestaltung Straßenraum eingestellt ist.

2.3. **Biergarten Stadtpark:** die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrecht erhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren.

2.4. **Toilette Stadtpark:** im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.

3. Bauen & Wohnen

Es gelten die Anträge vom letzten Jahr. Auf Bearbeitung verzichten wir. Nur als Gedächtnisstütze.

4. Wirtschaft und Stadt

4.1. **Einzelhandel / Altstadt.** Nicht erst seit Corona liegt die Altstadt und mit ihr der Handel am Boden.
Es müssen dringend Konzepte erarbeitet werden. Wir fordern die Einrichtung eines „Forum Altstadt“ wie auch im letzten Jahr, das im alten Ratssaal tagt.

4.2. **Strohländle.** Das Strohländle ist fester Bestandteil des Leonberger Sommerprogramms und bietet vielfältige Unterhaltung sowie Entspannung im Alltag. Für große Teile der Bevölkerung ist es unverzichtbar.
Mit dem Veranstalter soll eine dauerhafte Lösung zur kostendeckenden Durchführung erarbeitet werden. Voraussetzung kann eine Vereinsgründung sein, um die Veranstaltung nichtkommerziell abzubilden. Die Stadt unterstützt den Verein mit einem Pauschalbetrag von 10.000 Euro und stellt Hilfen zur Durchführung bereit, etwa Bauhofleistungen und eine Platzüberlassung im Gegenzug für ein breit aufgestelltes Angebot für die Bevölkerung. Dazu ist umgehend eine Abstimmung unter allen Beteiligten zu treffen.

Deckungsvorschlag: pauschales Optimierungsgebot über alle Haushaltststellen von 0,01%

Wir bedanken uns bei den bearbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Aufarbeitung unserer Anträge!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,
Liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat, Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadt Leonberg, Sehr geehrter Herr Cohn, Sehr geehrte Frau Schmid, Sehr geehrte Herr Brenner,

In welcher Welt wollen wir eigentlich leben?

Innovation – das klingt nach technischem Fortschritt, nach Verbesserung, nach Zukunft. Doch ist wirklich alles gut, was neu ist? Und was bedeutet der Begriff überhaupt?

Neu ist, dass wir uns in einer Wende befinden. Unsere Art zu leben wird sich aufgrund der Digitalisierung komplett verändern – egal, ob wir das gut oder schlecht finden. Die Frage stellt sich: Was wollen wir daraus machen? Was ist unser Ziel? Welche Strategie haben wir? Wie soll unsere Gesellschaft von morgen aussehen?

„Frage nicht, was dein Land für dich tun kann. Frage, was du für dein Land tun kannst." (John F.Kennedy)

Es bringt nichts nur die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen und die Mitarbeiter zu schulen, wenn sich die Kultur nicht mit verändert. Innovation bedeutet auch Veränderungsbereitschaft, doch meistens will man nur solche Innovationen, die das Alte bewahren. Beispielhaft ist dabei die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Seit Jahren wird behauptet, dass Homeoffice die Innovation schlechthin sei. Doch es funktioniert eben nicht überall, weil bis heute in vielen Flächen eine stabile und gute Internetverbindung fehlt und Home-Office und Home-Schooling gleichzeitig nicht kompatibel sind.

Wir müssen weniger über den technischen Fortschritt nachdenken, der sich von selbst entwickelt, als mehr über den sozialen und gesellschaftlichen Fortschritt und die Menschen mitnehmen.
Innovation ist also ein langer und komplexer Prozess. Wir dürfen den Faktor Mensch nicht außer Acht lassen. Vielleicht kann man den heutigen Zeitgeist so beschreiben: „Wir haben eine Sehnsucht nach Beziehungen, die wirkliche Beziehungen sind, und nach Analogem, ohne dass das Digitale aufhört." Ein gutes Beispiel dafür ist die Musik.

„Die Musik ist die Sprache der Leidenschaft." (Richard Wagner)

Über 2 Millionen Menschen im Bereich der Musik-, Kultur- und Kunstszene haben jetzt in der Corona-Zeit nichts vom Bund bekommen, weil sie keine Betriebskosten abrechnen durften. Dieser Bereich hat auch schon vor Corona wenig Unterstützung erfahren. Dabei hat jeder von uns als Kind gemalt, jeder von uns hat ein Gemälde in seiner Wohnung, jeder verbindet private Erlebnisse mit Musik. Und der Mehrwert, den Kunst und Musik im Bereich Gesundheit und Bildung haben, kann gar nicht beziffert werden. Es ist unsere Aufgabe Kultur und Sport gleichermaßen zu fördern und wieder mehr in kulturelle Projekte zu investieren. Leonberg braucht einen Neustart in der Kulturpolitik und gelebte Kultur für Alle.

Neben der Kultur sind Kindergärten und Schulen Kernaufgaben der Kommunalpolitik.
Seit dem 1.8.2013 gilt ein flächendeckender Rechtsanspruch auf Kita-Betreuung für jedes Kind zwischen 1 und 3 Jahren. Ab dem 4. Lebensjahr bis zu Einschulung besteht ein solcher Rechtsanspruch bereits seit 1996. In diesem Jahr hat der Bundestag und der Bundesrat beschlossen, dass ab 2026 der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule schrittweise eingeführt wird.

Solche Entscheidungen, die auf Bundes- oder Landesebene getroffen werden, auf kommunaler Ebene umzusetzen, sind sehr schwierig. Es fängt an mit der nötigen Fläche für die Kindergärten und Schulen, allen nötigen Zustimmungen für die Bauprojekte und den gesetzlichen Bestimmungen, wie z.B. die Landesbau-Ordnung, die eingehalten werden

müssen. Doch bei all den Entscheidungen auf den höheren Ebenen werden die Kommunen mit ihren Finanzen im Regen stehen gelassen.

Wer glaubt denn ernsthaft, dass die jetzige Krise sich nicht auf die Kommunen und damit auch auf Leonberg durchschlägt? Bereits die Ansätze für die Einkommensteuern für die kommenden Jahren werden sich nicht halten lassen, denn hier ist die Kurzarbeit und vermehrte Arbeitslosigkeit noch gar nicht eingerechnet. Und die Folgen dieser Krise sind nicht einmal eingepreist. Liebe Bundesregierung, liebe Landesregierung, stattet die Kommunen besser mit Geld aus oder bürdet ihnen wenigstens nicht immer neue Aufgaben auf, ohne diese auch zu 100% zu finanzieren und zwar inklusive aller Nebenkosten!

Aktuell erleben wir eine neue Marketing-Kampagne „The Länd“ der Landesregierung Baden-Württemberg. Sie soll uns als führenden Hightech-Standort mit hoher Lebensqualität profilieren.
Dafür werden ingesamt 21 Millionen ausgegeben. Gelder, die wir hier vor Ort besser für unsere Aufgaben gebrauchen können.

Viele Menschen in Leonberg suchen eine bezahlbare Wohnung und finden oft keine. Aber nicht nur ganz arme Familien sind von den steigenden Mieten betroffen, sondern fast alle Familien der mittleren Einkommensgrenzen. Das Motto „bauen, bauen, bauen“ nutzt nichts, wenn fast nur teure Eigentumswohnungen gebaut werden. Grund und Boden ist immerhin ein begrenztes und nicht vermehrbares Gut. Mit diesem hohen Gut muss mit Bedacht umgegangen werden und alle Bewohner unterschiedlicher Einkommensverhältnisse einbezogen werden.

Die innerörtliche Verkehrsbelastung ist teilweise unerträglich. Auch das Zu-Fuß-Gehen wird in den Städten unangenehmer und gefährlicher, weil die Gehwege immer stärker auch von Radfahrern benutzt werden. Gründe für diese Verlagerung sind möglicherweise die Flucht vor dem zu schnellen Autoverkehr auf der Fahrbahn oder unkomfortable Radverkehrsbedingungen. Diese Entwicklung passt nicht in eine Zeit, in der sich viele Menschen aus Umweltschutz- und Gesundheitsgründen zu Fuß bewegen sollten und auch zunehmend wollen. Deshalb müssen dem Fuß- und dem Radverkehr als zukünftig noch bedeutendere Verkehrsträger (Klimawandel, Lärmschutz, Demografie, etc.) sichere und angenehmere Verkehrs- und Aufenthaltsflächen zur Verfügung gestellt werden. Die 4 Spuren in der Eltinger Straße und der Brenner Straße sowie die 3 Spuren in der Glemseckstraße sind längst überholt. Eine Reduzierung auf jeweils 2 Fahrspuren ist längst überfällig. Somit gäbe es in der Eltinger Straße und in der Brenner Straße mehr Platz für breitere Gehwege, eigene Fahrradwege, eine Baumallee, Grünflächen und eine eigene Busspur. In der Glemseckstraße könnte die mittlere Fahrspur einer Baumallee weichen und somit die Lärmbelästigung reduzieren und Schatten auf Gehwege und Häuser werfen. Mehr Kreisverkehre, kaum Ampeln, mehr Zebrastreifen im Ort. Das klappt - die Niederlande machen es vor!

Auch der Parkraum ist in vielen Wohngebieten von Leonberg knapp, Autos werden deshalb oft widerrechtlich oder auf Gehwegen und im Halteverbot abgestellt. Das gefährdet nicht nur Fußgänger, sondern stellt auch ein Sicherheitsrisiko dar (Versperrung von Rettungswegen) und der Müllwagen oder Kehrwagen kann nicht zügig oder manchmal gar nicht seiner Arbeit nachgehen. In Stuttgart oder Ludwigsburg wurde deshalb bereits ein Parkraum-Management eingeführt. Für Bereiche, in denen erheblicher Parkdruck besteht und dies im Rahmen einer Erhebung entsprechend nachgewiesen wird, könnten Anwohnerparkbereiche ausgewiesen werden.

Neben dem knappen Parkraum in den Wohngebieten kommen viele zusätzliche Autos zu bestimmten Uhrzeiten, die Eltern-Taxis. Viele Eltern fahren ihre Kinder mit dem Auto zur Schule. Der Grund: Sorge um die Sicherheit des Nachwuchses und die Eile zum

Arbeitsplatz. Dadurch passiert aber das Gegenteil: Denn die Autos stehen häufig im absoluten Halteverbot, auf Gehwegen, in Feuerwehrzufahrten oder halten in der zweiten Reihe. So entstehen brenzlige Situationen und der Schulweg wird für die Kinder zum Slalomlauf und Anwohner kommen nicht aus ihrer Ausfahrt. Um dieses Autochaos zu vermeiden, haben die Städte Erlangen oder Bad Brückenau ein Konzept, das funktioniert: Es gibt Hol- und Bringzonen für die Kinder.

Unsere Schulen und Kindergärten sowie viele andere öffentliche Gebäude haben teilweise einen großen Investitionsstau, da die notwendigen Investitionen aus damaligen finanziellen Gründen immer geschoben wurden.Doch jeder weiß, dass ein Gebäude mit den Jahren nicht besser wird, wie ein Wein, sondern eben schlechter.

„Es sind nicht die Erfolge, aus denen man lernt, sondern die Fiaskos." Coco Chanel

Man investierte lieber in eine öffentliche „Baumhaus-Sauna" mit ursprünglich 1,5 Millionen Euro und letztendlich dann doch 2,7 Millionen Euro. Es sollte ein Alleinstellungsmerkmal, ein Vorzeigeobjekt in Leonberg sein. Mittlerweile hat jedes Fitness-Studio und jeder Verein eine Sauna. Und die „Baumhaus-Sauna" hat ein jährliches Defizit von mehreren tausend Euro. Auch belässt man die Parkgebühren unserer Parkhäuser in der Altstadt oder am Bahnhof so niedrig, dass wir auch hier ein jährlich wachsendes Defizit von über 550.000,- Euro im Jahr 2019 zum Jahr 2021 von über 785.000,- Euro haben. Das kann so nicht weitergehen. Die Bewirtschaftung einer Sauna und eines Parkhaus sind keine Kernaufgaben einer Stadt. Zumindest sollten die Einnahmen die Ausgaben decken. Und das tun sie in beiden Bereichen seit Jahren nicht.

Die Sauna wäre ideal als „Baumhaus-Kindergarten".
Und die Parkgebühren dürfen deutlich erhöht werden. Zur Veranschaulichung zahlt man in Stuttgart für ein baugleiche Parkhaus 3,- Euro pro Stunde und 18,- Euro für 24 Stunden. In Leonberg bis 30 min. frei und ab der 31.Minute pro angefangene 6 Minuten 0,10 Euro und 5,- Euro für 24 Stunden. Die Parkhäuser in Leonberg sind neu bzw. neu renoviert, haben neue Aufzüge, sind sehr gut beleuchtet, haben breite Parkplätze und dieselbe Einfahrt wie manch ein unterirdisches Parkhaus in Stuttgart. Man darf dafür das Geld verlangen, das zur Bewirtschaftung nötig ist.

Denn diese Gelder im Bereich der Sauna und der Parkhäuser fehlen bei den öffentlichen Gebäuden. Unsere Schulen, Kindergärten, Sporthallen und andere öffentlichen Gebäude sind teilweise so renovierungsbedürftig, dass nur noch ein Neubau möglich ist. Wir können nicht alle Gebäude gleichzeitig renovieren, aber nach einer Prioritätenliste vorgehen.

Wir müssen Leonberg so umgestalten, dass es den Erfordernissen der heutigen Zeit angepasst ist. Es wird immer ein Spagat zwischen Wünschenswertem und Machbarem bleiben. Doch mit einem großen gemeinsamen Ziel vor Augen, mit dem Neudenken der jetzigen Prozesse, mehr Unterstützung durch Software und das Mitnehmen der Menschen, kann es uns gelingen.

Doch was mir wirklich Sorgen bereitet ist die Frage, ob wir überhaupt noch eine vernünftige Verwaltung für unsere Stadt hinbekommen und ob die Spaltung in unserer Gesellschaft nicht größer statt kleiner wird. Und das entscheidet sich sowohl auf einer Sachebene, wie auch auf einer menschlichen Ebene.Wir alle tragen zur Gesamtheit der Gesellschaft bei. Wir dürfen nicht so tun, als ob in den anderen Kommunen vieles nicht stimmt und bei uns alles in Ordnung sei. Wir als Gemeinderat und Verwaltungsspitze dürfen uns selbst mal den Spiegel vorhalten.

„Wenn wir uns einig sind, gibt es wenig, was wir nicht können. Wenn wir uneins sind, gibt es wenig, was wir können." (John F.Kennedy)

Die Zahl der unbesetzten Stellen bei der Stadt Leonberg steigt genauso wie die Corona-Zahlen. Liegt es am Klimawandel oder ist das eine vierte Welle? Experten sind sich noch nicht einig, was die Ursachen dafür sind und wie man gutes Fachpersonal findet. Vielleicht hilft da „The Länd“.
Oder müssen wirklich immer so viele Anfragen vom Gemeinderat an die Verwaltung gestellt werden? Solche Anfragen-Fluten können die Arbeit der Mitarbeiter in der Verwaltung auch lähmen. Vor allem müssen wir uns selbstkritisch hinterfragen und alle Akteure, egal welcher Couleur, Kompromissbereitschaft und ernsthaften Willen der Zusammenarbeit zeigen. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir das Vertrauen der Bevölkerung wieder gewinnen können.

Wie die Gesellschaft einer Stadt ist, erkennt man daran, wie sie mit den Schwächsten, den Kindern, den Kranken, den Alten, in ihrem Kreise umgeht. Wie können wir eine Stadt gestalten, in der die Menschen zuversichtlich in die Zukunft schauen und gerne leben? Fangen wir mal mit ein wenig Demut an.

„Keine Schuld ist dringender als die, Danke zu sagen.“ (Marcus Tullius Cicero)

Wir leben in angespannten Zeiten - auf materieller wie menschlicher Ebene. Die jetzige Zeit zeigt, was wirklich wichtig ist. Es sind die Mitarbeiter in der Pflege, den Krankenhäuser, in den Arztpraxen, es sind die Verkäufer an der Kasse, es sind die Mitarbeiter von der Müllabfuhr, vom Räumdienst, es sind die Busfahrer, die LKW-Fahrer, Postboten und die Rettungskräfte. Es sind all diejenigen, die unser öffentliches Leben am Laufen halten. Ihnen gilt unser Dank.

„Ich beschäftige mich nicht mit dem, was getan worden ist. Mich interessiert, was getan werden muss.“ (Marie Curie)

In diesem Sinne danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und mache mich mal an die Arbeit. Vielen Dank.

2021/339-03
öffentlich

LEONBERG

Dezernat II
Kämmerei

Bezugsvorlagen:
2021/339, 2021/339-02

Beratungsfolge	*Ö / N*
Ortschaftsrat Warmbronn (Vorberatung)	Ö
Ortschaftsrat Gebersheim (Vorberatung)	Ö
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplan 2022 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen

Beschlussvorschlag und Kenntnisnahme

1. Die Anträge der Fraktionen und der Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn zum Haushaltsplanentwurf 2022 und die Stellungnahmen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen oder entsprechend dem Beratungsergebnis der einzelnen Gremien beschlossen.
2. Beschlussfassungen über Anträge mit finanziellen Auswirkungen werden in die Änderungsliste des Gemeinderats zum Haushaltsplanentwurf 2022 aufgenommen.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus der Beschlussfassung über die einzelnen Anträge der Fraktionen und Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Das Kämmereiamt hat die Anträge der Fraktionen und Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn zum Haushaltsplanentwurf 2022 mit den Stellungnahmen der Fachämter und Referate sowie der Zuordnung zum beratenden Gremium zusammengefasst.

Die Liste der Anträge mit den Stellungnahmen der Verwaltung (Anlage 1) ist Grundlage für die Beratung und die Beschlussfassung der Anträge in den Gremien.

Soweit die Beschlussfassung über einen Antrag zu einer Änderung der im Haushaltsplanentwurf 2022 für die Haushaltsjahre 2022 ff veranschlagten Haushaltsansätze führt, wird der Änderungsbetrag in die Änderungsliste des Gemeinderats zum Haushaltsplanentwurf 2022 aufgenommen.

Anlage/n

1 Stellungnahme der Verwaltung (öffentlich)

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
Grüne 01	Die Stadt Leonberg möge an mindestens einem Gebäude ein Modellprojekt "Klimagerechtes Bauen" konsequent umsetzen. Dies kann an einem öffentlichen neuen Gebäude (KiTa o.ä.) erfolgen, in der Nachverdichtung oder noch besser bei einem Altbau, der ohnehin renoviert werden muss. Hierfür ist für das Haushaltsjahr 2022 eine Planungsrate von 200.000 Euro einzustellen.	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen 721100157201 GS Höfingen Energetische Sanierung	+200.000	2022	--	SKA	Sobald ein geeignetes Projekt in der Umsetzung geplant wird, kann ein Modellversuch gestartet werden. Die Grundschule Höfingen (Siehe auch Anträge CDU 08, FDP 16 und ORH 03) wäre dazu bestens geeignet, da hier eine energetische Sanierung / Modernisierung dringend ansteht und bereits in der Projekt-Grundlagenermittlung bearbeitet wird. (Gebäudemanagement)	
Grüne 02	Der Gemeinderat soll nach dem Beispiel der Präsentation der KEA-BW zum Thema „Contracting“ über die Möglichkeiten zum Thema „klimaneutrales Bauen“ z.B. durch den Einsatz von Sonnenenergie- und Wasserstofftechnologie für zukünftige klimaneutrale Bauvorhaben informiert und beraten werden.	Vorerst keine finanziellen Auswirkungen. Veranschlagung hängt vom Projekt ab.	--	2022 ff	--	PA	Die Zuständigkeit liegt künftig bei der zu besetzenden Stelle Klimamanagement. Erste Kontakte sind mit KEA geknüpft und werden weiterverfolgt (Gebäudemanagement und Stadtplanungsamt)	
Grüne 03	Der Gemeinderat möge beschließen, ab dem Schuljahr 2022/23 im Rahmen eines mehrjährigen Projekts zur Etablierung einer Schulgesundheitspflege eine Kooperation zwischen der Stadt Leonberg und der Pflegeverbund Stohgäu-Glems gGmbH (im Folgenden „Sozialstation Leonberg“ genannt) zu beginnen.	Produktgruppen 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen und 2120 Bereitstellung/Betrieb von Sonderschulen	Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 ff	--	SKA VA	Gesundheitsfürsorge und Gesundheitserziehung sind für Kinder und Jugendliche ein wichtiger Präventionsbaustein. Mit dem Ausbau von Ganztagsangeboten, Bestrebungen zu inklusiven Bildungsangeboten und zur Förderung gesundheitlicher und bildungsbezogener Chancengleichheit aller Kinder und Jugendlichen wachsen die Anforderungen an die schulische Gesundheitsversorgung. Das Erlernen von Gesundheitsverhalten und Gesundheitskompetenz rückt zunehmend in den Fokus. Schulgesundheitspflege in ihren unterschiedlichen Ausprägungen und Formen ist Teil eines schulischen Gesamtkonzepts. In einer ersten Phase könnten die konzeptionellen Grundlagen für die Umsetzung von Schulgesundheitspflege erarbeitet werden. Die Personalaufwendungen für Fachkräfte der Schulgesundheitspflege sind derzeit mit ca. 50 TEUR pro 100 % VZÄ zu veranschlagen. Sach- und Raumressourcen sind abhängig von der jeweiligen Konzeption und können noch nicht beziffert werden. Inwieweit Möglichkeiten der Refinanzierung der Aufwendungen zur Verfügung stehen, muss noch geklärt werden. (Amt für Jugend, Familie und Schule und Pflegeverbund Strohgäu-Glems gGmbH)	
Grüne 04	Der Gemeinderat möge beschließen, aus dem für eine einmalige Stadtputzete angesetzten Betrag von 42.500 Euro (S. 249) 5.000 Euro für sogenannte „Ballot Bins“ (Abstimm-	Produktgruppe 5450 Straßenreinigung/Winterdienst	+ 5.000	2022	Deckung aus Budget für Stadtputzete (vgl. Antrag)	PA VA	Es sind Standorte für einen Probelauf auszuwählen, weitere Umsetzung ist denkbar. (Tiefbauamt)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	Aschenbecher) zu verwenden. Hiermit kann speziell gegen die Flut an Zigarettenkippen auf unterhaltsame Art dauerhaft eine Gegenbewegung gestartet werden.							
Grüne 05	Die Stadtverwaltung wird beauftragt, umgehend zu prüfen, inwiefern die Geschäftsflächen im Samariterstift neben dem Rathaus zur Anmietung zur Verfügung stehen. Es ist ggf. schnellstmöglich dafür Sorge zu tragen, dass die nun schon mehrmals gescheiterten Versuche für eine neue Präsenz von Stadtmarketing und Stadtwerken in mindestens einem dieser Ladenlokale umgesetzt wird.	Produktgruppen 1120 Organisation und EDV sowie 1124 Gebäudemanagement Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 ff		VA	Nach Kenntnisstand der Verwaltung ist die südliche Fläche bereits vermietet. Die nördliche, dem Rathaus zugewandte Fläche ist mit Mietbeginn im ersten Quartal 2022 ebenfalls nicht mehr verfügbar. Sollte die vorvertraglich geregelte Vermietung nicht zustande kommen, werden die Bedingungen einer eventuellen Anmietung durch die Stadt umgehend geprüft. Für Baukosten und Miete sind derzeit keine Mittel veranschlagt. (Hauptamt und Referat für Wirtschaftsförderung und Citymanagement) Eine Präsenzstelle der Stadtwerke Leonberg beim Samariterstift neben dem Rathaus ist auf Grund der Personalengpässe nicht praktikabel. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
Grüne 06	Im Stadtwald Leonberg wird das landesweite Alt- und Totholzkonzept umgesetzt.	Produktgruppe 5550 Forstwirtschaft	--	2022 ff	--	VA	Mit den Vorarbeiten zum Forsteinrichtungswerk 2023 wurde bereits begonnen. Das Landratsamt Böblingen bittet, die Eigentümerziele als wichtige Grundlage für die Durchführung der Forsteinrichtung bis 01.04.2022 zu formulieren. Hierbei sind auch Aussagen zum Alt- und Totholzkonzept zu treffen. Die Beschlussfassung über die neue Eigentümerzielsetzung ist im ersten Quartal 2022 vorgesehen. (Kämmereiamt)	
Grüne 07	Leonberg überarbeitet sein forstpolitisches Leitziel hin zu einer modernen Strategie für mehr Biodiversität und Klimaschutz im Kommunalwald.	Produktgruppe 5550 Forstwirtschaft	--	2022 ff	--	VA	Mit den Vorarbeiten zum Forsteinrichtungswerk 2023 wurde bereits begonnen. Das Landratsamt Böblingen bittet, die Eigentümerziele als wichtige Grundlage für die Durchführung der Forsteinrichtung bis 01.04.2022 zu formulieren. Die Beschlussfassung über die neue Eigentümerzielsetzung ist im ersten Quartal 2022 vorgesehen. (Kämmereiamt)	
Grüne 08	Der Gemeinderat beschließt, die Informationsreise des Gemeinderates im Jahr 2022 soll in den Nationalpark Nordschwarzwald erfolgen, einschließlich einer Besichtigung des kürzlich eröffneten Besucherzentrums am Ruhestein bei Baiersbronn.	Produktgruppe 1111 Organisation, Dokumentation kommunalpolitischer Willensbildung	--	2022	--	VA	Als Termin für eine politische Exkursion des Gemeinderates wurde der 07.07.2022 in den Sitzungskalender aufgenommen. (Referat des Oberbürgermeisters)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
Grüne 09	Die Stadt Leonberg errichtet eine öffentlich zugängliche, behindertengerechte Toilette nördlich des Brombeerwegs in der Nähe der KZ-Gedenkstätte. Dafür werden die noch bestehenden (Ab-)Wasser-Anschlüsse reaktiviert.	Produktgruppe 2810 Sonstige Kulturpflege	+25.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	PA	Ein Abstimmungstermin mit Vertretern der KZ-Gedenkstätteninitiative zur Planung des Standortes ist anberaumt. Da es sich um ein Landschaftsschutzgebiet handelt, ist danach die Erlaubnis zur Errichtung einer Toilettenanlage bei der Unteren Naturschutzbehörde beim Landratsamt Böblingen einzuholen. Bei positivem Bescheid sind Mittel im Haushaltsplan zu veranschlagen (25 TEUR). (Gebäudemanagement und Stadtplanungsamt)	
Grüne 10	Es ist ein Betrag von 20.000 Euro im Haushaltsjahr einzuplanen, um den Beschluss des Gemeinderats vom 27. Juli 2021 umsetzen zu können, mit dem eine öffentlich zugängliche Fahrrad-Singletrail-Strecke an einem geeigneten Standort vorgesehen wurde.	Produktgruppe 4241 Sportstätten	+20.000	2022 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung: 2023	--	PA	Die Verwaltung befindet sich derzeit in Gesprächen mit dem Landratsamt Böblingen sowie dem Radverein Schwalbe. Mögliche Standorte, Einbettung eines Singletrails in regionale Wegenetze sowie Modelle der Pflege/Unterhaltung werden diskutiert. Es ist unklar, ob im kommenden Haushaltsjahr bereits Auszahlungen getätigt werden können, da vorher ein komplexer Planungsprozess nötig ist. (Amt für Kultur und Sport und Stadtplanungsamt)	
Grüne 11	Der Gemeinderat möge beschließen, dass im Jahr 2022 mindestens zwei zusätzliche Stationen für das RegioRad auf der Gemarkung eingerichtet werden.	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	+10.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung: 2023	--	PA	Bis Ende 2021 wird die Förderung für eine zusätzliche RegioRad Station am Bahnhof Höfingen beantragt. Diese kann bis Frühjahr 2022 umgesetzt werden. Die Anordnung von weiteren RegioRad Stationen ist momentan nicht vorgesehen. Die Kosten liegen bei ca. 10 TEUR pro Jahr und pro Station. Im Jahr 2022 wird ein Bike-Sharing-Konzept entwickelt und evtl. notwendige Mittel für den Haushaltsplanentwurf 2023 beantragt. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
Grüne 12	Die Mittel für die Jugendbeteiligung sollen auf 90.000 Euro (statt 56.950 EUR, S. 214) festgelegt werden. Damit leistet auch dieser Haushaltsposten einen Beitrag zu den vorgesehenen Einsparungen (im Vorjahr 117.000 Euro), ohne insgesamt den Prozess der Jugendbeteiligung zu gefährden.	Produktgruppe 3620 Allgemeine Förderung junger Menschen	+33.050	2022	--	SKA	Siehe auch Anträge CDU 20, FDP 19 und S:ALZ 05 (Hinweis: Erhöhung auf 100 TEUR beantragt). Die Erhöhung wird empfohlen, da die Verfügungsmittel des Jugendausschusses u.a. die Aufwendungen für die Umsetzung der Ehrenamtskarte für Jugendliche decken müssen. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
Grüne 13	Der Gemeinderat möge beschließen, dass auch die Ortsteile Höfingen, Gebersheim und Warmbronn in den kommenden Jahren mit Informationsmonitoren versorgt werden.	Produktgruppe 1130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	+12.500 je Ortschaft Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 ff	--	ORG ORH ORW VA	Digitale Info-Monitore oder –stelen, wie die Info-Stele vor dem Rathaus am Marktplatz oder der Monitor im Foyer des Rathauses am Belforter Platz, können grundsätzlich auch in den drei Ortschaften	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							zum Einsatz kommen. Kosten für Standgeräte im Freien wie am Marktplatz (inkl. aller Dienstleistungen und vorbehaltlich etwaiger Preissteigerungen) jeweils rund 12.500 EUR. Weicht die gewünschte Nutzung inhaltlich von der an den ersten beiden Standorten ab, ist auch der erhöhte personelle Betreuungsaufwand zu berücksichtigten. (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)	
Grüne 14	Die Homepage der Stadt Leonberg soll weiter inklusiv ausgebaut werden. Der im Haushaltsplan angekündigte Relaunch der Internetseiten(S. 136) muss hierfür genutzt werden.	Produktgruppe 1130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	+ 5.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	VA	Es wird stetig und dauerhaft daran gearbeitet, die Webseite der Stadtverwaltung auf Inklusion hin zu verbessern. Ein Soft-Relaunch der Startseite sowie des Layouts im Bereich der Mitteilungen ist derzeit in Umsetzung. Bei allen Änderungen und Erweiterungen wird das Thema Inklusion und Abbau von Barrieren stets mitberücksichtigt. Wenn noch weitere Mittel für das Jahr 2022 zur Verfügung stehen (+ 5 TEUR), könnte etwa ein Gebärdensprachenfilm zur Erklärung der wesentlichen Inhalte der Website und für Übersetzung weiterer wesentlicher Teile der Website in Leichte Sprache erstellt werden. (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)	
Grüne 15	Im Stadtgebiet von Leonberg soll eine eingezäunte Hundespielwiese realisiert werden. Dazu möge die Stadtverwaltung prüfen, in welchem Park bzw. welcher Grünanlage diese realisiert werden kann.	Produktgruppe 5510 Öffentliches Grün / Landschaftsbau	+ 20.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	PA	Die Errichtung einer eingezäunten Hundespielwiese wurde bereits im Rahmen der Online-Bürgerbeteiligung zur Neugestaltung der Alten BAB-Trasse thematisiert und vom Gemeinderat abgelehnt. Weitere Standorte wurden daraufhin im Stadtgebiet geprüft. Die vorhandenen knappen Flächen sind einer Vielzahl von Nutzungsanforderungen und auch Restriktionen unterworfen (z.B. Stadtpark: Denkmalschutz, Golfplatz Landschaftsschutzgebiet). Sollte eine Fläche gefunden werden, sind Mittel in Höhe von 20 TEUR erforderlich. (Stadtplanungsamt und Tiefbauamt)	
Grüne 16	Einsparvorschläge der Fraktion Bündnis90/Die Grünen: a) Alle Ansätze für das geplante Baugebiet „Unterer Schützenrain“ wie z.B. für Grunderwerb (1.700.000 EUR, S. 351), Entwässerung (50.000 EUR, S. 631), Tiefbaumaßnahmen (S. 690) werden gestrichen	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung Investorenauswahlverfahren 711330223001 Unterer Schützenrain Grundstückserlöse	Vgl. Stellungnahmen der Verwaltung. -51.000 -3.100.000 -1.200.000	 2022 2024 2025		PA SKA	Zu a) Die Gebietsentwicklung wurde im Januar 2019 im Gemeinderat beschlossen. Aktuell befinden sich die Eckpunkte des Investorenauswahlverfahrens in der Beratung (Vorlage 2021/177). (Stadtplanungsamt) Zu b) Die Unterstützungsleistung für die Glemseck GmbH wurde vom Gemeinderat am 28.07.2020 mehrheitlich mit 25 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 5 Ent-	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
		711330226020 Unterer Schützenrain Grunderwerb 753800267001 Entwässerung unterer Schützenrain 754100712001 Unterer Schützenrain Erschließungsbeiträge 754100717001 Unterer Schützenrain Tiefbaumaßnahmen Produktgruppe 2810 Sonstige Kulturpflege	-1.700.000 -1.650.000 -1.650.000 -50.000 -450.000 –450.000 -1.650.000 -600.000 -21.250 -22.500	2022 2025 VE 2022 2023 VE 2025 2023 2022 2023 ff		 VA	haltungen beschlossen. Die Entscheidung der Aufhebung obliegt dem Gemeinderat. Bisher wurde noch kein Vertrag mit der Glemseck GmbH geschlossen, da die Prüfung der Glemseck GbR noch nicht abgeschlossen ist. (Amt für Kultur und Sport) Zu c) Das Stadtmarketing prüft grundsätzlich die Notwendigkeit der Erstellung neuer Broschüren und die Diskussion, ob man noch Printprodukte braucht, ist auch im Tourismusbereich seit etlichen Jahren im Gange. Das Stadtmarketing ist der Meinung, dass eine Kombination aus beidem, Broschüren und digitalen Angeboten, der richtige Weg ist. Obwohl mittlerweile auch viele ältere Menschen ein Smartphone besitzen und nutzen, möchte diese Zielgruppe für bestimmte Angebote auf Informationen in Papierform zurückgreifen. Dies konnte man gerade in der Corona-Zeit beobachten. Im i-Punkt wurden insbesondere Broschüren zu den Themen Wandern oder Radfahren stark nachgefragt. Ein weiterer Einsatzbereich von Broschüren sind Messen, z.B. die Touristikmesse CMT. Wer sich dort präsentiert, muss am Stand auch aktuelle Broschüren anbieten. (Referat für Wirtschaftsförderung und Citymanagement)	
	b) Alle im Haushalt vorgesehenen Gelder (mind. 25.000 Euro) für die Unterstützung der Glemseck GmbH werden gestrichen, der Vertrag mit der Gesellschaft gekündigt. c) Die Erstellung von Broschüren für das Stadtmarketing und andere Bereiche sollte kontinuierlich und grundsätzlich hinterfragt werden.							
FW 01	Umsetzung bereits beschlossener Maßnahmen durch die Verwaltung	Abhängig vom Produktbereich.	--	2022 ff	--	SKA PA VA	Die Verwaltung ist bestrebt, alle bereits beschlossenen und im Haushaltsplan veranschlagten Maßnahmen umzusetzen. Dies ist jedoch nur im Rahmen der vorhandenen personellen Ressourcen und der von der Verwaltung nicht beeinflussbaren Rahmenbedingungen möglich (z.B. aktuelle Lage in der Bauwirtschaft, gesetzliche Vorgaben).	
FW 02	Darstellung der Bevölkerungsentwicklung als Planungsgrundlage für Infrastrukturmaßnahmen	Produktgruppen 1210 Statistik und Wahlen und 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	--	2022 ff	--	PA VA	Die gewünschten Zahlen stehen auf der Homepage des Statistischen Landesamtes zur Verfügung. In der Kindergartenbedarfsplanung (Vorlage 2021/146) sind die entsprechenden Zahlen aufbereitet. Ebenso für die Schulen im jährlichen Schulbericht. (Hauptamt) Die Erhebung der statistischen Daten / Prognose der Bevölkerungsentwicklung ist Gegenstand des integrierten Stadtentwicklungskonzepts (INSEK) zur Erstellung eines neuen Flächennutzungsplans.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Stadtplanungsamt)	
FW 03	Umsetzung der Priorisierung von Aufgaben	Abhängig vom Produktbereich.	--	2022	--	SKA PA VA	Die Priorisierung von Maßnahmen setzt einen Strategieprozess voraus. Die strategischen Ziele sind vom Gemeinderat zu beschließen. Für das Jahr 2022 ist eine Klausurtagung vorgesehen (vgl. auch Stellungnahme zu SPD 19), die sich mit Haushalt und nachhaltiger Strategie befassen soll.	
FW 04	Wiederbesetzung der Stelle der Ordnungsamtsleitung	Produktgruppen aus dem Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Siehe auch Antrag CDU 04 Die Funktion der Amtsleitung wird bereits von zwei Abteilungsleitern wahrgenommen und hat sich bewährt. Es wird jedoch vorgeschlagen, dass auf Grund der Aufgabenbewältigung zwei Sachbearbeiterstellen geschaffen werden, damit die Leitungsfunktion der Abteilungsleitungen besser wahrgenommen werden kann. (Hauptamt)	
FW 05	keine Aufstockung des Etats im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, keine zusätzliche Stelle	Produktgruppe 1130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Es sollen nicht nur bestimmte Zielgruppen erreicht werden, sondern es sollen alle Personengruppen und Gesellschaftsschichten erreicht werden. Dazu gehören auch Jugendliche, junge Erwachsene, Eltern - Menschen unter 60 Jahren. Um die jüngere Bevölkerungsschicht zu erreichen, müssen auch neue Kanäle genutzt werden, die bisher – auch aufgrund von begrenzten personellen Ressourcen, aber auch aufgrund von fehlenden finanziellen Mitteln – entweder nur wenig oder gar nicht genutzt werden. Es ist wichtig, dass die Stadt für junge Menschen attraktiv wird. Insgesamt hat dies positive Effekte auf die Außenwirkung und das Image Leonbergs. Mit einem Volontär für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit besteht die Chance, sich in einem ganz anderen Licht zu präsentieren und junge Menschen werden in der Verwaltung ausgebildet. Es wird auf der einen Seite klassische Verwaltungsarbeit, auf der anderen Seite aber auch eine moderne Form von Presse- und Öffentlichkeitsarbeit vermittelt. Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gibt es heute nur sehr selten und sind sehr gefragt. So bestehen gute Chancen, dass diese so dringend benötigten Spezialisten der Stadtverwaltung lange Zeit erhalten bleiben.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)	
FW 06	max. 3 zusätzliche Stellen für das IuK	Produktgruppe 1120 Organisation und EDV Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Die Digitalisierungsvorhaben in den Bildungseinrichtungen und der der Stadtverwaltung, zur Erfüllung gesetzlicher Vorgaben und Effizienzsteigerung von Geschäftsprozessen, haben einen höheren Personalbedarf zur Folge. Deshalb wurde die Mindestpersonalanforderung zum Haushalt angemeldet. (Amt für Informations- und Kommunikationstechnik)	
FW 07	Kompensation in der Kernverwaltung von Stellenzuwachs auf der einen Seite durch Stellenabbau an anderer Stelle	Abhängig vom Produktbereich. Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Die Organisation ist Aufgabe der Verwaltung. Darunter fällt auch die Zuordnung von Aufgaben auf Stellen, damit diese ausgelastet sind. (Hauptamt)	
FW 08	keine Stellenaufstockung im Bereich der Sachbearbeitung der Personalabteilung	Produktgruppe 1121 Personalwesen Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Siehe auch Antrag SPD 16 Das Ziel, die Personalfluktuation zu senken, verfolgt auch die Verwaltung. Bis dieses erreicht ist, ist der höhere Arbeitsaufwand vorhanden und muss bewältigt werden. (Hauptamt)	
FW 09	Gebäudemanagement: vor Schaffung einer zusätzlichen Stelle Besetzung der vorhandenen Stellen	Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Die Besetzung der schon vorhandenen Stellen, hier insbesondere der Amtsleitungsstelle, muss zuerst erfolgen. Allerdings kann bei den Gesprächen auf die geplante zusätzliche Stelle verwiesen werden. Das verbessert möglicherweise die Erfolgsaussichten. (Hauptamt)	
FW 10	keine Stellenaufstockung im Bereich der Umweltplanung	Produktgruppe 5610 Umweltschutzmaßnahmen Stellenplan	--	2022 ff	--	PA VA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Siehe auch Antrag CDU 35	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Für die Bearbeitung zukünftig anstehender Planungsaufgaben wie z.B. die Fortschreibung des Landschaftsplans im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, die Biotopverbundplanung, die Spielplatz und Friedhofsplanung ist eine Erhöhung des Stellenanteils erforderlich. (Stadtplanungsamt)	
FW 11	Gesamtkonzept Straßenplanung erstellen	Produktgruppen 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung sowie 5410 Gemeindestraßen	--	2022 ff	--	PA	Der Beschluss des Gemeinderats (Vorlage 2021/80) zur Umgestaltung der Straßen der Kernstadt liegt bereits vor. Auf Grundlage dieses Beschlusses laufen momentan Vergabeverfahren zur Vergabe der Planungsleistungen. Der intensive Planungsprozess beginnt im April 2022. Dabei wird selbstverständlich ein Gesamtkonzept der Umbaumaßnahmen verfolgt, so dass ein einheitliches attraktives Stadtbild entsteht. Ein Stopp des Planungsprozesses, um ein zusätzliches Konzept zu entwickeln, wird weder für zielführend noch für notwendig betrachtet. Alle nötigen technischen Belange werden während des Planungsprozesses analysiert und bearbeitet. Es wird auch eine Bürgerbeteiligung geben. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FW 12	Anstelle von 4,2 Million EUR für das Jahr 2022 für Stadtmitte/Eltinger Straße Euro 800.000 für die Umsetzung kleinerer, bereits fertiggeplanter Maßnahmen.	Produktgruppen 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung sowie 5410 Gemeindestraßen	--	2022 ff	Vgl. Erläuterung im Antrag.	PA	Die Planung der Umgestaltung Stadtmitte soll für Förderanträge zur Refinanzierung der Baumaßnahmen verwendet werden. Es können Baukosten von bis zu 75% gefördert werden. Hierfür ist eine langfristige Finanzierung der Baumaßnahmen nachzuweisen. Es ist daher zwingend erforderlich auch für noch nicht geplante Maßnahmen bereits Finanzmittel für die Umsetzung zu veranschlagen. Eine Förderung ist sonst nicht möglich. (Referat für innovative und intermodale Mobilität) Zur Gegenfinanzierung: In 2022 sind Investitionsauszahlungen in Höhe von 200 TEUR für Planungsleistungen veranschlagt. Darüber hinaus ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 Mio. EUR veranschlagt, um in 2022 Aufträge erteilen zu können, die in 2023 zahlungswirksam werden. Damit stehen für Auszahlungen in 2022 in Höhe von nur 200 TEUR für die Gegenfinanzierung des Antrags zur Verfügung. (Kämmereiamt)	
FW 13	Klärung des Themas Radweg zum Glemseck mit dem Land	Produktgruppe 5430 Landesstraßen	--	2022	--	PA	Siehe auch Anträge CDU 33, SPD 13 und FDP 10	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Die Baulast und damit auch die Planung liegt beim Land (Regierungspräsidium Stuttgart). Die Verwaltung wird den aktuellen Stand der Planung abfragen und eine zeitnahe Umsetzung fordern. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FW 14	Realisierung des Radweges in Richtung Ditzingen	Produktgruppe 5430 Landesstraßen 754100167004 Radwegenetz	--	2022	--	PA	Siehe auch Antrag FDP 09 Die Verwaltung ist in Abstimmungen mit dem Regierungspräsidium Stuttgart. Dieses ist für die Planung des Radwegs verantwortlich. Bis Anfang 2022 liegt ein Grunderwerbsplan vor, mit dem erneut auf die Grundstückseigentümer zugegangen wird. Laut Regierungspräsidium kann die bauliche Umsetzung, unter Vorbehalt der Verkaufsbereitschaft der Eigentümer, im Jahr 2022 erfolgen. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FW 15	Schutzstreifen für Radfahrer nach Höfingen	Produktgruppe 5430 Landesstraßen	--	2022	--	ORH PA	Die Möglichkeit zur nachträglichen Anordnung von Schutzstreifen wird verkehrsrechtlich und planerisch geprüft. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FW 16	Warmbronner See: Instandsetzung des Ablaufs	Produktgruppe 5520 Gewässerschutz / Öffentliche Gewässer / Wasserbauliche Anlagen	+ 40.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	ORW PA	Siehe auch Antrag ORW 01 Die Abflussregulierung wird im Jahr 2022 entsprechend untersucht und durch Reparaturmaßnahmen ggf. Austausch umgesetzt. (Tiefbauamt)	
FW 17	Bushaltestellen Ortsmitte Geberheim und Ortsmitte Warmbronn: Wetterschutz	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	--	2022	--	ORG ORW VA	Siehe auch Antrag ORG 05 Im Wirtschaftsplan 2022 sind unter ÖPNV Anlagen 80 TEUR für den Einbau von Wartehallen vorgesehen. Im Zuge des Umbaus „Barrierefreier Zugang“ der Bushaltestellen wird in 2022 an beiden Haltestellen der Fahrgastunterstand hergestellt. Angebote werden eingeholt. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
FW 18	Vereinbarung des städtebaulichen Vertrages/Zahlungstermine Stadtumbaugebiet	Produktgruppen 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	--	2022	--	PA	Der mit STRABAG abzuschließende Grundstückskaufvertrag / städtebauliche Vertrag wird parallel zur Ausarbeitung des Bebauungsplanentwurfs weiter konkretisiert. Ziel ist der Abschluss des Vertrages und des Bebauungsplanverfahrens bis Ende 2022.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Die Eckpunkte des Vertrages (u.a. Kaufpreis, Zahlungstermine, Gestaltung Gebäude / Freibereiche / Brücke) sind vorab vom Gemeinderat zu genehmigen. (Stadtplanungsamt)	
FW 19	Verkauf städtischer Bauplätze am Heckenweg zum Haushaltsausgleich	Produktgruppe 1133 Grundstücksmanagement	--	2022	--	PA VA	Vor einer Veräußerung der städtischen Fläche ist das begonnene Bebauungsplanverfahren weiterzuführen und bodenordnende Maßnahmen vorzunehmen. Das Verfahren ist aufgrund Priorisierung anderer Projekte derzeit zurückgestellt. Sobald Kapazitäten frei sind, wird das Verfahren weitergeführt. (Stadtplanungsamt)	
FW 20	Umsetzung der Wohngebiete Berliner Straße und Unterer Schützenrain	Produktgruppen 1133 Grundstücksmanagement sowie 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	--	2022 ff	--	PA	Für beide Verfahren wurde die Durchführung eines Investorenauswahlverfahrens beschlossen. Die Preisgerichtssitzung zum Investorenauswahlverfahren Berliner Straße ist für Januar 2022 anberaumt. Für das Investorenauswahlverfahren Unterer Schützenrain befinden sich aktuell die Eckpunkte der Auslobung in der Beratung. (Stadtplanungsamt)	
FW 21	Stadthalle: Zeitnahe Umsetzung notwendiger Erhaltungsmaßnahmen	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg	--	2022	--	VA	Siehe auch Antrag CDU 05 Die Sanierungen waren bereits für August 2021 geplant, aufgrund des Baustoffmangels konnten diese nicht durchgeführt werden. Die wichtigste Sanierung ist der Wasserschaden / Unterspülung des Foyers. Hier kann im Vorfeld der Schaden nicht genau bestimmt werden, bevor der Boden nicht komplett entfernt wurde. Von dieser Sanierung sind alle anderen Sanierungen abhängig. Denn das Aufreißen des Bodens beeinflusst die weiteren Sanierungen wie die Publikumstoiletten. Für die Sanierung des Foyers wird eine 4-6 wöchige Pause des Regelbetriebs von Veranstaltungen und Kongressen benötigt. Dies ist aktuell aber nur im August möglich. Die pandemische Lage hat zwar oft für kurzfristige Absagen von Veranstaltungen gesorgt, bietet aber keine langfristige Perspektive, um die Sanierung in diesen Zeitfenstern zu planen und umzusetzen. So bleibt aktuell nur die Planung für August 2022. Einige wenige Sanierungen sind bereits geplant und können aufgrund des geringen Zeitaufwands während des Regelbetriebs durchgeführt werden.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							In regelmäßigen Abständen wird die Prüfung des Boden durch die Revisionsschächte veranlasst, ob weiteres Wasser nachgeflossen ist. (Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg)	
FW 22	Erhalt des Alten Rathauses mit Verwaltungsnutzung	Produktgruppen 1120 Organisation und EDV und 1124 Gebäudemanagement	--	2022 ff	--	VA	Grundsätzlich ist das Alte Rathaus dringend sanierungsbedürftig. Die Bausubstanz, die Elektro- und Sanitärinfrastruktur sind marode. Die räumliche Situation ist sehr beengt und ungünstig. Das Gebäude ist nur sehr bedingt barrierefrei. Es besteht Handlungsbedarf. (Hauptamt)	
FW 23	Zurückstellung Schuhfabrik, Einstellung der Nutzung der alten Schuhfabrik durch städtische Einrichtungen	Produktgruppe 5220 Wohnungsbauförderung/Wohnungsnutzung *(nicht anders zuordenbar im Produktplan)* Investitionsauftrag 752200027019 Maßnahmen Gebäude Eltinger Straße 11	-50.000	2022	--	SKA PA	Die grundsätzliche Nutzung der Schuhfabrik, des Alten Rathauses sowie Arbeitsamtes ist zunächst eine politische Entscheidung. Grundsätzlich ist das Alte Rathaus dringend sanierungsbedürftig. Die Bausubstanz, die Elektro- und Sanitärinfrastruktur sind marode. Die räumliche Situation ist sehr beengt und ungünstig. Das Gebäude ist nur sehr bedingt barrierefrei. Es besteht Handlungsbedarf. Derzeit werden Möglichkeiten geprüft, eine langfristige und adäquate Lösung für die Lagerung der städtischen Kunstsammlung und des Museumsdepots zu finden. Der Flächenbedarf übersteigt dabei das Flächenangebot im Keller des Alten Arbeitsamts. Eine Einstellung der gesamten städtischen Nutzungen in der Schuhfabrik ist derzeit noch nicht möglich, da aktuell keine geeigneten Ausweichflächen bestehen. (Hauptamt und Amt für Kultur und Sport) Aktuell wird geprüft, in welcher Form ein Investorenauswahlverfahren durchgeführt werden kann (Vergaberecht) (Gebäudemanagement)	
FW 24	keine Erweiterung des Rathauses oder Anmietung von Fremdflächen	Produktgruppe 1120 Organisation und EDV	--	2022	--	VA	Die Aufgaben der Verwaltung nehmen stetig zu (z. B. Digitalisierung der Schulen, Themen Klima u. Verkehr, Kinderbetreuung, aber auch immer neue Rechte für Beschäftigte als Eltern). Mit den Aufgaben korrespondiert die Zahl der Beschäftigten in der Verwaltung. Es werden Stellen geschaffen (z. B. im Bereich IuK, Verkehr, Klimaschutz, Kinderbetreuung). Teilweise werden Stellen auch reduziert (z. B. im Bereich Registratur, Ordnungsamt). Neue Stellen erfordern grundsätzlich auch Arbeitsplätze. Seit Ende 2020 gibt es eine Dienstanwei-	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							sung für „Mobiles Arbeiten“. Damit ist es in erheblichem Umfang möglich z. B. Zuhause zu arbeiten, soweit es die Aufgabe zulässt. Mobiles Arbeiten ist ein Angebot an die Beschäftigten, sie kann nicht erzwungen werden. Im Augenblick ergeben sich dadurch nicht die im Antrag gewünschten Freiräume. Konträr dazu ist die Entwicklung zu immer mehr Teilzeitarbeit. Angesichts der aktuellen Situation auf dem Stellenmarkt wird auf die entsprechenden Wünsche der Arbeitnehmer eingegangen. Teilzeitarbeit bezieht sich aber meist auf die Vormittagszeit und ist damit, was die effiziente Raumnutzung angeht, kontraproduktiv. (Hauptamt)	
FW 25	kurzfristiger Neubau der Grundschule Warmbronn	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen	--	2022 ff	--	SKA	Siehe auch Anträge SPD 07 und FDP 15 Hierzu findet in den Gremien derzeit ein Sachvortrag statt. Aufgrund der daraus folgenden Beschlusslage ergibt sich die weitere Vorgehensweise und Planung. (Gebäudemanagement)	
FW 26	keine zusätzlichen Interimslösungen bei Kindertagesstätten	Produktgruppe 3650 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	--	2022 ff	--	SKA	Siehe auch Antrag CDU 07 Siehe Vorlage zur Bedarfsplanung (2021/146). Aktuell fehlen in den Kindergartenjahren - 2021/22 (mit Inbetriebnahme Kita Nord) 257 Ü3-Plätze - 2022/23 (mit Inbetriebnahme Kita West) 252 Ü3-Plätze - 2023/24 (mit Inbetriebnahme Kita Süd, Berliner Straße und Unterer Schützenrain) unter Berücksichtigung weiterhin leicht steigender Kinderzahlen 100 Ü3-Plätze. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
FW 27	Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien, reguläre Bezuschussung auf max. 25 % begrenzen; bei Überschreiten des Zuschusssatzes im Einzelfall :Entscheidung durch das zuständige Gremium.	Diverse Produktgruppen Teilhaushalt 04 Kultur und Sport	--	2022 ff	--	SKA	Aktuell erarbeitet eine Projektgruppe unter Beteiligung von Gemeinderäten und Vereinsvertretern eine Überarbeitung der Vereinsförderrichtlinien. Daher empfiehlt es sich, Änderungen an den Richtlinien im Rahmen dieser Projektgruppe zu diskutieren. Die reguläre Bezuschussung liegt bei max. 20 %. Eine Ausnahme bilden die Zuschüsse zu den Betriebskosten. Überschreitungen bei Bau– und Instandsetzungsmaßnahmen müssen bereits jetzt als Einzelfall vom Gemeinderat entschieden werden.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Amt für Kultur und Sport)	
FW 28	Keinen Zuschuss für 2. Bühne Openair Warmbronn	Produktgruppe 2810 Sonstige Kulturpflege	-2.000	2022 ff	--	SKA	Der Jugendhaus Leonberg e.V. (Veranstalter) bat um erhöhte Unterstützung. Dies beinhaltet zum einen Kostensteigerungen (2 TEUR), die seit Jahren nicht berücksichtigt wurden; zum anderen wurde der Wunsch geäußert, die zweite Bühne technisch und baulich den Erfordernissen der Veranstaltung anzupassen. Dies ist nur mit einem erhöhten Zuschuss leistbar (2 TEUR). (Amt für Kultur und Sport)	
FW 29	Stellplatzsatzung	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	--	2022 ff	--	PA	Die pauschale Festsetzung eines Stellplatzschlüssels gestaltet sich schwierig. Um Rechtssicherheit zu gewährleisten, muss dieser Schlüssel angepasst werden an die individuellen örtlichen Verhältnisse. Abweichungen von der Satzung sind dann im Einzelfall nicht mehr möglich ohne die Rechtssicherheit der gesamten Satzung zu gefährden. Eine sachgerechtere Beurteilung ist im Rahmen der Aufstellung eines Bebauungsplanes möglich. Im Rahmen der Aufstellung eines Maßnahmen- und Prioritätenplans zum Verkehrsentwicklungsplan sollte die Notwendigkeit von Stellplatzsatzungen für einzelne problematische Bereiche als ein Teil der Steuerung der Mobilitätsentwicklung herausgearbeitet werden. (Stadtplanungsamt)	
CDU 01	Straßenbaumaßnahmen Kernstadt: Mind. 1-jährigen Probelauf abwarten	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen 754100803001 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt Zuwendungen Land 754100807001 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt	- 1.600.000 - 400.000 - 200.000 -3.800.000 -1.000.000	2023 2024 2022 2023 2024	--	PA	Durch die Durchführung des Verkehrsversuchs im Zeitraum März bis September 2022 sind insbesondere die verkehrsstarken, warmen Monate abgedeckt. Dadurch können sowohl die Auswirkungen auf den Radverkehr als auch auf den Kfz-Verkehr in ausreichendem Maß analysiert werden. Darüber hinaus werden Verkehrsdaten aus großräumigen und kleinräumigen Verkehrsuntersuchungen (Simulation) gewonnen. Es wird auf den Beschluss des P-Ausschuss vom 11.11.2021 verwiesen (Vorlage 2021/369). (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
CDU 02	Personalsituation: siehe Antrag der CDU-Fraktion vom 11.10.2021	Produktgruppe 1121 Personalwesen	+50.000	2022	--	VA	Der Antrag wird von der Verwaltung aufgearbeitet und dem Gemeinderat zur Beratung vorgelegt.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Referat des Oberbürgermeisters und Hauptamt)	
CDU 03	2 weitere Vollzeitstellen beim Gemeindevollzugsdienst (GVD) incl. „Feldschütz“-Tätigkeiten	Produktgruppen 1220 Ordnungswesen und 1221 Verkehrswesen Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Zwei weitere Mitarbeiter für die mobile Geschwindigkeitsüberwachung wären sinnvoll. Die dadurch freiwerdenden Kapazitäten des GVD können dann für Feldschutztätigkeiten genutzt werden. Die neuen Stellen könnten in niedriger Entgeltgruppe (vermutlich EG6 statt EG9) ausgeschrieben werden. Des Weiteren wäre zu überlegen, ob einer Stelle des GVD eine Teamleiterfunktion übertragen wird. Dadurch ließe sich der Einsatz der Bediensteten besser koordinieren und planen. (Ordnungsamt)	
CDU 04	Amtsleitung Ordnungsamt: Wiederbesetzung der von der Verwaltung gestrichenen Stelle	Produktgruppen aus dem Produktbereich 12 Sicherheit und Ordnung Stellenplan	+90.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 ff	--	VA	Siehe auch Antrag FW 04 Die Funktion der Amtsleitung wird bereits von zwei Abteilungsleitern wahrgenommen und hat sich bewährt. Es wird jedoch vorgeschlagen, dass auf Grund der Aufgabenbewältigung zwei Sachbearbeiterstellen geschaffen werden, damit die Leitungsfunktion der Abteilungsleitungen besser wahrgenommen werden kann. (Hauptamt)	
CDU 05	Sanierungen Stadthalle umsetzen (Toiletten UG + EG, Künstlergarderoben, Rohre, Wasserschaden etc. Damit laufender Betrieb störungsfrei funktioniert; bereits im HH 2020 und 2021 zu finden und nicht umgesetzt	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg	--	2022	--	VA	Siehe auch Antrag FW 21 Die Sanierungen waren bereits für August 2021 geplant, aufgrund des Baustoffmangels konnten diese nicht durchgeführt werden. Die wichtigste Sanierung ist der Wasserschaden / Unterspülung des Foyers. Hier kann im Vorfeld der Schaden nicht genau bestimmt werden, bevor der Boden nicht komplett entfernt wurde. Von dieser Sanierung sind alle anderen Sanierungen abhängig. Denn das Aufreißen des Bodens beeinflusst die weiteren Sanierungen wie die Publikumstoiletten. Für die Sanierung des Foyers wird eine 4 bis 6-wöchige Pause des Regelbetriebs von Veranstaltungen und Kongressen benötigt. Dies ist aktuell aber nur im August möglich. Die pandemische Lage hat zwar oft für kurzfristige Absagen von Veranstaltungen gesorgt, bietet aber keine langfristige Perspektive, um die Sanierung in diesen Zeitfenstern zu planen und umzusetzen. So bleibt aktuell nur die Planung für August 2022.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Einige wenige Sanierungen sind bereits geplant und können aufgrund des geringen Zeitaufwands während des Regelbetriebs durchgeführt werden. In regelmäßigen Abständen wird die Prüfung des Boden durch die Revisionsschächte veranlasst, ob weiteres Wasser nachgeflossen ist. (Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg)	
CDU 06	Planung KiTa-Bau Steinstr./Fichtestr.: Bau einer erforderlichen KiTa. Dringender Bedarf lt. Drucksache Bedarfplanung.	Produktgruppe 3650 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	--	2022 ff	--	SKA	Siehe Vorlage zur Bedarfsplanung (2021/146). Aktuell fehlen in den Kindergartenjahren - 2021/22 (mit Inbetriebnahme Kita Nord) 257 Ü3-Plätze - 2022/23 (mit Inbetriebnahme Kita West) 252 Ü3-Plätze - 2023/24 (mit Inbetriebnahme Kita Süd, Berliner Straße und Unterer Schützenrain) unter Berücksichtigung weiterhin leicht steigender Kinderzahlen 100 Ü3-Plätze. (Amt für Jugend, Familie und Schule) Die Baugenehmigung für drei Gruppen als Interimslösung liegt vor (Versetzung Hohheckstraße). Die Konzeption muss städtebaulich in der Gesamtbetrachtung des Sanierungsgebietes betrachtet werden. (Gebäudemanagement)	
CDU 07	Interimskita-Warmbronn Binsenweg: Erforderliche KiTa-Plätze im Ortsteil einrichten. Dringender Bedarf lt. Drucksache Bedarfplanung.	Produktgruppe 3650 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	+200.000 bei Kauf +1.300.000 *oder* bei Miete jährlich 260.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 ff	--	SKA	Siehe auch Antrag FW 26 Durch die Inbetriebnahme der Naturkindergartengruppe und der zusätzlichen Halbtagsgruppe im Baumhaus ist der Platzbedarf bis September 2022 gedeckt. Im Kindergartenjahr 2022/23 fehlen bereits wieder 20 Ü3-Plätze (1 Ganztagsgruppe) und 10 U3-Plätze (1 Kleinkindgruppe). (Amt für Jugend, Familie und Schule) Gegen die vorliegende Baugenehmigung ist seitens eines Anwohners eine Klage anhängig. Für eine Interimslösung fallen an: 200 TEUR für Erschließung (investiv) und Kauf der Modullösung 1.300 TEUR. Wird die Modullösung angemietet, entfallen auf fünf Jahre gerechnet 260 TEUR/jährlich an Mietkosten (insgesamt auf fünf Jahre gesehen 1.300 TEUR). (Gebäudemanagement)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
CDU 08	Grundschule Höfingen: Endgültige Dachsanierung anpacken! Energetische Sanierung erste Rate wiedereinstellen. Undichte Fenster etc. sind lange bekannt; Haushaltsposition wurde immer wieder gestrichen	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen 721100157201 GS Höfingen Energetische Sanierung	+230.000	2022	Seite 696 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt	SKA	Siehe auch Anträge FDP 16 und ORH 03 Die Umsetzung ist in Planung. Das Budget muss neu beantragt werden. (Gebäudemanagement) Zur Gegenfinanzierung: In 2022 sind Investitionsauszahlungen in Höhe von 200 TEUR für Planungsleistungen veranschlagt. Darüber hinaus ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 Mio. EUR veranschlagt, um in 2022 Aufträge erteilen zu können, die in 2023 zahlungswirksam werden. Damit stehen für Auszahlungen in 2022 in Höhe von nur 200 TEUR für die Gegenfinanzierung des Antrags zur Verfügung. (Kämmereiamt)	
CDU 09	JKG NTW-Vorbereitungsräume: Naturwissenschaftlicher Raum aus Sicherheitsaspekten ertüchtigen	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen 721100417008 JKG NWT Vorbereitungsräume	+120.000 +120.000	2022 2023	Seite 696 Straßenbaumaßnahmen Kernstadt	SKA	Nach der aktuell durchgeführten Prüfung der Lüftung als auch unter Berücksichtigung der Neukonzeption zum Brandschutz kann nachfolgend die Sanierung der NWT-Vorbereitungsräume durchgeführt. (Gebäudemanagement) Zur Gegenfinanzierung: In 2022 sind Investitionsauszahlungen in Höhe von 200 TEUR für Planungsleistungen veranschlagt. Darüber hinaus ist eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 4 Mio. EUR veranschlagt, um in 2022 Aufträge erteilen zu können, die in 2023 zahlungswirksam werden. Damit stehen für Auszahlungen in 2022 in Höhe von nur 200 TEUR für die Gegenfinanzierung des Antrags zur Verfügung. (Kämmereiamt)	
CDU 10	Schuldenreduzierung: Geplante Investitionen, die in dem aktuellen HH nicht realisiert werden, zur außerordentlichen Schuldentilgung nutzen. Reduziert Schuldenstand und schafft Freiräume für die Folgejahre.	Produktgruppe 6120 Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft	--	2022 ff	--	VA	Die Investitionsauszahlungen wurden im Haushaltsplan über Kreditaufnahmen, Investitionseinzahlungen und nicht vollständig aus der Liquidität finanziert. Die Investitionsauszahlungen sind auch nicht eingespart, sondern stehen nach wie vor zur Umsetzung an. Auf Grund nicht abgeflossener Investitionsauszahlungen, erwirtschafteter Zahlungsmittelüberschüsse und einer anhaltend guten Liquidität konnte in den vergangenen Jahren entgegen der Planung im Rahmen der Bewirtschaftung auf eine Kreditaufnahme verzichtet werden. Dies entspricht auch dem Grundsatz „Einsatz von Liquidität vor Kreditaufnahme“. Dadurch hat sich der Schuldenstand innerhalb von	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							fünf Jahren bis Ende 2020 um fast 23,75 Mio. EUR (entspricht den Tilgungsleistungen der Jahre 2017 bis 2020) reduziert. Auch in 2021 wird mit einer weiteren Reduzierung in Höhe von 5,5 Mio. EUR gerechnet. Alleine die Reduzierung des Schuldenstands bis 2020 entlastet den städtischen Haushalt um jährlich fast 0,8 Mio. EUR (= 23,75 Mio. EUR ./. 30 Jahre). (Kämmereiamt)	
CDU 11	Videoüberwachung: Überwachung an Containerplätzen oder illegalen Müllplätzen in Absprache mit Landkreis BB. Einrichtung anhand der gesetzlichen Möglichkeiten. Hierzu gibt es Seminare der VWA-Hochschule. Müllproblematik eindämmen.	Produktgruppen 5370 Abfallwirtschaft und 5450 Straßenreinigung/Winterdienst	--	2022 ff	--	VA	Siehe auch Antrag SPD 04 Es gilt § 44 Abs. 3 PolG BW: „Der Polizeivollzugsdienst oder die Ortspolizeibehörden können an öffentlich zugänglichen Orten Bild- und Tonaufzeichnungen von Personen anfertigen, wenn sich die Kriminalitätsbelastung dort von der des übrigen Gemeindegebiets deutlich abhebt und Tatsachen die Annahme rechtfertigen, dass dort auch künftig mit der Begehung von Straftaten zu rechnen ist.“ Ordnungswidrigkeiten reichen also nicht aus. Die Aufstellung von Überwachungskameras, etwa um ordnungswidrige Verschmutzungen und Müllentsorgungen zu verhindern bzw. ahnden zu können, ist daher nicht möglich. Dies wurde bereits mit dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises besprochen. Dieser wollte auch unabhängig der rechtlichen Situation keine Videoüberwachung durchführen. (Ordnungsamt) Die Zuständigkeit liegt beim Landkreis. Es ist grundsätzlich zu klären, ob die Müllproblematik anders angegangen werden muss. Die Leistungen des Tiefbauamts liegen hier ausschließlich im exekutiven Bereich. Hier entstehen Kosten auf kommunaler Ebene, die im Zuständigkeitsbereich des Landkreises verursacht werden. (Tiefbauamt)	
CDU 12	Leasing EDV-Geräte GR + OR: Neuanschaffung streichen. Austausch der Geräte sehen wir als nicht erforderlich an.	Produktgruppe 1110 Steuerung	-17.000	2022	--	VA	Es handelt sich um jährliche Leasingkosten und Austausch der Geräte ist im Haushalt 2022 nicht vorgesehen. (Amt für Informations- und Kommunikationstechnik)	
CDU 13	Überwachung/Überprüfung wilder Müll, Obst-Diebstahl etc.: Einrichtung von Geoportal.de oder GIS auf städti-	Produktgruppe 1220 Ordnungswesen	--	2022	Wird aus Gesamtbudget finanziert.	PA VA	Die Stadtverwaltung bietet mit LeoMaps seit Jahren ein öffentliches Geodatenportal an.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	schen Handys und erforderliche Freischaltung. Damit der GVD (Gemeindevollzugsdienst) Eigentümer/Pächter bei der Kontrolle vor Ort zuordnen kann.						LeoMaps+ steht mit erweiterten Funktionalitäten und Inhalten allen Mitarbeitern intern zur Verfügung. Die Nutzung von LeoMaps+ auf mobilen Geräten ist ebenfalls seit längerem möglich und wird auch bereits sowohl zu Auskunfts- als auch zu Datenerfassungszwecken eingesetzt (Baumpflege, Stadtentwässerung, Wasserversorgung, Feuerwehr). Eine Nutzung von LeoMaps+ für die beschriebenen Zwecke zu Auskünften ist bei Verfügbarkeit der erforderlichen Hardware (z.B. iPads) sofort möglich. Eine Erfassung der beschriebenen Sachverhalte wie wilde Müllablagerungen etc. und deren weitere Verfolgung mit Methoden der Geodaten-Verarbeitung wäre entweder - mit dem seit kurzem bei der Stadt betriebenen Mängelmelder oder - mit einer Applikation unter LeoMaps+ nach Absprache mit dem Ordnungsamt realisierbar. Die beim GVD (Gemeindevollzugsdienst) eingesetzten IPhone`s können bereits jetzt auf dem Intranet zugreifen und somit auch auf das GIS-Portal. Die eventuelle Umsetzung des Vorhabens wird vom Datenschutzbeauftragten im Vor-feld begleitet. (Datenschutzbeauftragter, Amt für Informations- und Kommunikationstechnik, Ordnungsamt und Stadtplanungsamt)	
CDU 14	Taubenpopulation: Population eindämmen; bei anderen Kommunen oder Städtetag Ideen einholen. Eindämmen insbesondere an öffentlichen Plätzen (Marktplatz), stark frequentierte Wohngebiete = Verkotung /Gesundheitsgefahr.	Produktgruppe 1220 Ordnungswesen	--	2022	Eingesparter Ansatz Kreisumlage	VA	Die unkontrollierte Vermehrung von Tauben führt in manchen Bereichen zu Beeinträchtigungen. Generell gilt: Tauben sind keine Schädlinge und dürfen daher weder vergiftet noch sonst wie getötet werden. Zugelassen sind Vergrämungsmaßnahmen, indem man den Tieren den Nestbau oder das Absitzen auf den Dächern erschwert oder unmöglich macht. Jeder Haus- bzw. Grundstückseigentümer kann entsprechende Vorkehrungen treffen. Es gibt zahlreiche Fachfirmen, die entsprechende Produkte anbieten und installieren. Nach § 14 der Polizeilichen Umweltschutzverordnung der Ortspolizeibehörde Leonberg gilt ein Taubenfütterungsverbot: „Tauben dürfen auf öffentlichen Straßen, Gehwegen sowie in Grün- und Erholungsanlagen nicht gefüttert werden.“ Diese Regelung bezweckt, das Nahrungsangebot innerhalb der Stadt möglichst gering zu halten, damit die Tiere weitere Strecken zur Nahrungssuche zurücklegen müssen (und im Ergebnis weniger Nachwuchs haben) bzw. sich außerhalb der Stadt ansiedeln. Die Einhaltung wird vom Vollzugsdienst im Rahmen der Streifentätigkeit überwacht. Es wird berichtet, dass dort, wo Tauben aufwendig umgesiedelt wurden, sich nach kurzer Zeit wieder Tauben ansiedeln, wenn die Lebensbedingungen für	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							die Tiere passen. Die Stadtverwaltung hat in der Vergangenheit versucht, durch das Austauschen von Eiern im Taubenschlag im Alten Rathaus die Population in diesem Bereich zu begrenzen, leider mit so geringem Erfolg, dass das Projekt eingestellt wurde. Auch der Versuch, Raubvögel zur Vergrämung einzusetzen, ist gescheitert. (Ordnungsamt)	
CDU 15	Sachbearbeitung Marktwesen (Personal): Erhöhung von 20 % auf 50 %. Um 50% wäre mehr als eine Verdoppelung.	Produktgruppe 5730 Allgemeine Einrichtungen und Unternehmen Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Der vorhandene Stellenanteil von 20% wurde einstmals als Schätzwert aus der Stelle für die Bearbeitung von Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten herausgetrennt. Quantität wie auch Qualität der Aufgaben hat über die Jahre stets zugenommen. Allein der Aufwand für Besprechungen summiert sich auf einen Stellenanteil von ca. 10%. Dazu kommen zahlreiche Termine vor Ort auf den Märkten. Seit 2018 ist das Ordnungsamt zusätzlich für den Weihnachtsmarkt in Höfingen verantwortlich. Die Stelleninhaberin ist derzeit zu 50 % im Ausländeramt und zu 20% für den Bereich Märkte angestellt, in der Realität nimmt die Stelleninhaberin ausschließlich Aufgaben im Marktwesen wahr. Dies führt neben der hohen Arbeitsbelastung beim Ausländeramt dort auch zu längeren Bearbeitungszeiten. Dies kann nicht mehr aufgefangen werden. Eine Erhöhung des Stellenanteils lediglich um 30 % auf damit 50% hätte folgende Konsequenzen: Die Stelleninhaberin müsste zu 20% mit anderen Tätigkeiten beschäftigt werden. Dies hat sich in der Vergangenheit bereits als unrealistisch erwiesen (s.o.). Es ist nicht beabsichtigt, diese Option fortzuführen. Der Aufgabenumfang muss reduziert werden, dies ist nur durch Wegfall einzelner Veranstaltungen möglich. (Ordnungsamt)	
CDU 16	Digitale Sicherheit im Rathaus: Vor Cyberattacken geschützt? Gelder erforderlich?	Produktgruppe 1120 Organisation und EDV	--	2022	--	VA	Eine erfolgreiche Digitalisierung gelingt nur mit IT-Sicherheit. Die Digitale Sicherheit im Rathaus ist nach gültigen IT-Sicherheitsstandard bereits geschützt. Laut Studien werden 70% der gemeldeten IT-Sicherheitsvorfälle durch den Anwender verursacht und deswegen ist eine zusätzliche grundlegende Sensibilisierung der Verwaltungsmitarbeiter im Umgang mit IT-Sicherheit und den digitalen Gefahren im Arbeitsalltag durch geeignete Schulungsmaßnahmen sinnvoll. Hierfür sind Haushaltsmittel und auch IuK-Personal erforderlich.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Amt für Informations- und Kommunikationstechnik)	
CDU 17	Schulleiterbudget	Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben	+92.800	2022	Eingesparter Ansatz Kreisumlage	SKA	Siehe auch Anträge SPD 01 und S:ALZ 06 Vgl. Vorlage 2021/362-01, SKA am 10.11.2021 Die globale Kürzung um 15 % bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (lfd. Nr. 14) im Haushaltsjahr 2022 hat Auswirkungen auf den Betrieb der Schulen. Die Schulleiterbudgets dienen unter anderem der Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln wie auch von Lernmitteln. Aufgrund der aktuell steigenden Schülerzahlen (ca. +25 % in den nächsten 5 Jahren) müssen die verpflichtenden Aufgaben dennoch weiterhin sichergestellt werden. (Amt für Jugend, Familie und Schule) Der Deckungsvorschlag zur Gegenfinanzierung wurde mit Vorlage 2021/362-01 entsprechend dargestellt. (Kämmereiamt)	
CDU 18	Personal Sekretariat: Aufstockung um 100% = 1 Vollzeitstelle, verteilt auf mehrere Sekretariatsstellen.	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Vor dem Hintergrund wachsender Schülerzahlen sollen die Stellenanteile flexibel zur Verfügung stehen. Damit können die verfügbaren VZÄ an den 13 Schulen in städtischer Trägerschaft unterjährig bedarfsgerecht aufgestockt werden. (Hauptamt)	
CDU 19	Strohländle: Zuschuss für Event. Veranstaltung strahlt weit über Leonberg hinaus =Positivwerbung	Produktgruppe 5710 Wirtschaftsförderung	+10.000 jährlich	2022 ff	Eingesparter Ansatz Kreisumlage	VA	Siehe auch Antrag S:ALZ 14 Das Amt für Kultur und Sport nimmt in KW 46 Kontakt mit dem Veranstalter des Strohländle auf und fragt dessen Vorstellungen ab, mit dem Ziel, dass das Strohländle weitergeführt werden kann. (Amt für Kultur und Sport) Der Deckungsvorschlag ist möglich. (Kämmereiamt)	
CDU 20	Jugendbeteiligung: Budget erhöhen. u.a. noch offen: Ehrenamtscard, Wasserspender an Schulen	Produktgruppe 3620 Allgemeine Förderung Junger Menschen	+43.000 (ohne Wasserspender)	2022	Leistungen BBH Gemeindestraßen	SKA	Siehe auch Anträge Grüne 12, FDP 19 und S:ALZ 05 Die Erhöhung wird empfohlen, da die Verfügungsmittel des Jugendausschusses u.a. die Aufwendungen für die Umsetzung der Ehrenamtskarte für Jugendliche decken müssen. Für die Finanzierung der	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Wasserspender sollten im Haushaltsjahr 2022 gesonderte Mittel zur Verfügung gestellt werden. (Amt für Jugend, Familie und Schule) Bei der dargestellten Gegenfinanzierung handelt es sich um eine interne Leistungsverrechnung zwischen Baubetriebshof (Produktgruppe 1125) und Gemeindestraßen (Produktgruppe 5410). Zur Gegenfinanzierung werden aber entweder höhere ordentliche Erträge oder geringere ordentliche Aufwendungen benötigt. Darüber hinaus sind die Wasserspender auf Grund der Anschaffungskosten als Investitionsauszahlung zu veranschlagen. (Kämmereiamt)	
CDU 21	Pausenhof Schellingschule / Gerhart-Hauptmann-Realschule (GHR): Planung Umgestaltung gemeinsamer Pausenhof Schellingschule, GHR; Umsetzung in 2023	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen 721100207002 Schellingschule Neugestaltung Pausenhof	-70.000 +150.000 +70.000	2022 2023 VE	--	SKA	Siehe auch Antrag S:ALZ 04 Planungen zur gemeinsamen Nutzung der Pausenhofflächen sollen in 2022 erfolgen. Die Umsetzung ist in 2023 vorgesehen. (Gebäudemanagement) Aufgrund der steigenden Schülerzahlen (ca. +25 % in den nächsten 5 Jahren) werden besonders in den Innenstadt-Grundschulen und Gymnasien zusätzliche Klassenräume, Pausen- und Aufenthaltsflächen benötigt. Im Rahmen der Ganztagsbetreuung ist eine Aufwertung der Spielfläche durch Geräte und Sitzgelegenheiten sinnvoll. Die vorhandenen Flächen der GHR und der Schellingschule sollen neu aufgeteilt und gestaltet werden. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
CDU 22	Ostertag-Realschule: Die Lehrküche muss auf ein aktuelles Niveau gebracht werden. Eingerichtet 1983(!), Schüler Bereich Hauswirtschaft Anzahl steigend.	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen	+ 100.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	SKA	Die Schulküche von 1983 lässt keinen zeitgemäßen Unterricht des (Prüfungs-)Fachs Alltagskultur, Ernährung, Soziales (AES) zu. Geräte sowie das Küchenmobiliar sind teilweise defekt und entsprechen nicht mehr den heutigen Sicherheitsstandards. (Amt für Jugend, Familie und Schule) Bei Bereitstellung der Haushaltsmittel ist eine Umsetzung möglich. (Gebäudemanagement)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
CDU 23	Stadtgarten Layher/Bahhofstraße: Gestaltung incl. Spielplatz schieben. Bebauung Postareal direkt daneben; Bürger bei Gestaltung einbinden!	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung 751100017013 Leonberg Mitte Ordnungsmaßnahmen Grünanlage	-100.000	2022 ff	--	PA	Im Bereich des Stadtgartens ist die Oberflächenentwässerung und gemäß Beschluss des Gemeinderates die Unterbringung eines Kinderspielplatzes u.a. für das Postareal vorgesehen. Die Beplanung des Stadtgartens ist deshalb mindestens bis zur Entwurfsplanung erforderlich, um ein koordiniertes Vorgehen mit der Entwicklung des Postareals zu gewährleisten. (Stadtplanungsamt)	
CDU 24	Leobad: Endabrechnung nach Fertigstellung noch offen.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg Produktgruppe 4240 Bäder Investitionsauftrag 742400037002 Leobad Sanierung	+180.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	VA	Es stehen noch Rechnungen aus. Sobald alle Rechnungen vorliegen, wird die Abrechnungsvorlage erstellt. (Gebäudemanagement)	
CDU 25	Azubi Bäderbereich: Auszubildende im Bäderbereich ausschreiben. Personal dort Mangelware.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg: Stellenplan	--	2022 ff	--	VA	Die Ausbildungsstelle ist regelmäßig ausgeschrieben. Für dieses Jahr ist keine Bewerbung eingegangen. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
CDU 26	Gebersheim Hohe Steige: Machbarkeitsstudie wegen evtl. Bebauung, siehe Haushalt 2021	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	+ 15.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	PA	Siehe auch Antrag ORG 02 Vor Durchführung einer Machbarkeitsstudie ist die vorzusehende Nutzung zu definieren Für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie sind 15 TEUR zu veranschlagen. (Stadtplanungsamt)	
CDU 27	Baubetriebshof: GPS für Fahrzeuge, damit Abläufe optimiert werden können; EUGH-Urteil beachten.	Produktgruppe 1125 Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge	--	2022 ff	Leistungen BBH Gemeindestraßen	PA	Aus Sicht des Tiefbauamts und der Bauhofverwaltung ist es nicht zweckmäßig für eine Ablaufoptimierung jedes Fahrzeug mit GPS auszurüsten. Die Fahrzeuge werden größtenteils benötigt, um Arbeitsteams von Baustelle zu Baustelle zu bringen. In einigen wenigen Themenbereichen (Winterdienst und Straßenreinigung) mag ein GPS zweckdienlich sein, um kurzfristig eingreifen zu können und Aufträge schneller abzuarbeiten. Im Regelfall wäre durch den Optimierungswunsch eine dauerhafte Überwachung und damit ein zusätzlicher Personalaufwand innerhalb der Verwaltung nötig. Im Vorfeld sind datenschutzrelevante Themen mit den verwaltungsinternen Vorgaben abzuklären. Auch muss die Einbindung in das städtische IT-System gewährleistet sein. Dies wird ggfs. in der Fortschreibung des Fahrzeugkonzeptes berücksichtigt. Kosten hierfür	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							können somit erst genannt werden, wenn die Rahmenbedingungen geklärt sind. (Tiefbauamt) Die eventuelle Umsetzung des Vorhabens wird vom Datenschutzbeauftragten im Vorfeld begleitet. (Datenschutzbeauftragter) Bei der dargestellten Gegenfinanzierung handelt es sich um eine interne Leistungsverrechnung zwischen Baubetriebshof (Produktgruppe 1125) und Gemeindestraßen (Produktgruppe 5410). Je nach Art der Anschaffung werden zur Gegenfinanzierung entweder höhere ordentliche Erträge oder geringere ordentliche Aufwendungen benötigt oder als Investitionsauszahlung eine Gegenfinanzierung aus dem Investitionsbereich. (Kämmereiamt)	
CDU 28	Fahrzeugpool Baubetriebshof: Konzept entwickeln damit Standzeiten der Fahrzeuge verringert werden.	Produktgruppe 1125 Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge	--	2022 ff	--	PA	Die Auslastung der Fahrzeuge ist für einen Baubetriebshof in der vorhandenen Größe als normal einzustufen. Stillstandzeiten entstehen durch Reparaturanfälligkeiten im fortgeschrittenen Alter der Fahrzeuge und bei plötzlichem Ausfall der Fahrer. Lösungsansätze sind hier die rechtzeitige Neubeschaffung und regelmäßige Wartung der Fahrzeuge und Maschinen, sowie die Mitarbeiter entsprechend auszubilden. D.h. die Investitionen sind rechtzeitig vorzunehmen und die Mittel für die Ausbildung der Mitarbeiter (u.a. Führerschein Klasse C, CE) bereitzustellen. Beispielsweise konnte so im Jahr 2021 in einem Bereich der Grünpflege auf die komplette Fremdvergabe des Tiefbauamts verzichtet werden. Durch die Umsetzung betriebswirtschaftlicher Grundlagen ist eine Konzepterarbeitung nicht notwendig. (Tiefbauamt)	
CDU 29	Neuanschaffungen Fahrzeuge Baubetriebshof etc. Detailliertere Angaben gewünscht (Nutzung, km, Gründe Neuanschaffung): reduziert die Nachfragen.	Produktgruppe 1125 Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge Produktgruppe 5530 Friedhofs- und Bestattungswesen	--	2022 ff	--	PA	Grundsätzlich werden Fahrzeuge dann zur Wiederbeschaffung vorgesehen, wenn ein wirtschaftliches Handeln nicht mehr gewährleistet ist, z.B. der Reparaturkostenfaktor zu groß ist. Die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit muss gewährleistet werden. Beschaffungszeiten von mehr als einem Jahr sind derzeit bei kommunalen Fahrzeugen üblich.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Die Angaben zur Nutzung ergeben sich aus den Erläuterungen im Haushaltsplan bzw. aus den Zuordnungen der Investitionsaufträge (Beispiel: 711250066001 BBH-Beschilderung). Km-Angaben oder die Angabe von Arbeitsstunden sind nur jeweils eine Momentaufnahme zu einem Stichtag und spiegeln nur einen Teil des Gesamtzustandes dar. (Tiefbauamt)	
CDU 30	Leistungen Baubetriebshof Gemeindestraßen (Seite 245): Alter Ansatz vor Corona.	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen (ILV)	-500.000	2022	--	PA	Während der Pandemie finden keine Veranstaltungen statt, d.h. das Personal im Baubetriebshof wird anderweitig eingesetzt. Dies erfolgte im Bereich Unterhalt Gemeindestraßen und Grünpflege, daher sind hier die Ansätze durch die Innere Verrechnung bei diesen Leistungen angestiegen. Grundsätzlich werden sämtliche Leistungen des Baubetriebshofs entsprechend der Beauftragung aus den Ämtern auf die jeweiligen Produktgruppen verteilt. Eine anderweitige Verteilung führt zu keiner Ersparung im Haushalt. (Tiefbauamt)	
CDU 31	Leistungen Baubetriebshof öffentliches Grün (Seite 255): Alter Ansatz vor Corona.	Produktgruppe 5510 Öffentliches Grün, Landschaftsbau (ILV)	-160.000	2022	--	PA	Während der Pandemie finden keine Veranstaltungen statt, d.h. das Personal im Baubetriebshof wird anderweitig eingesetzt. Dies erfolgte im Bereich Unterhalt Gemeindestraßen und Grünpflege, daher sind hier die Ansätze durch die Innere Verrechnung bei diesen Leistungen angestiegen. Grundsätzlich werden sämtliche Leistungen des Baubetriebshofs entsprechend der Beauftragung aus den Ämtern auf die jeweiligen Produktgruppen verteilt. Eine anderweitige Verteilung führt zu keiner Ersparung im Haushalt. (Tiefbauamt)	
CDU 32	Baubetriebshof: Ersatz Transporter Leo-S 1102: Fahrzeug zu einem späteren Zeitpunkt beschaffen. Laut Verwaltung kann Neuanschaffung geschoben werden.	Produktgruppe 1125 Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge 711250036005 BBH-Gebäudeunterhaltung Fahrzeuge	-40.000 +40.000	2022 2023	--	PA	Die Anschaffung kann in das Jahr 2023 verschoben werden. Der Veräußerungserlös unter Investitionsauftrag 711250031002 BBH-Gebäudeunterhaltung Veräußerung Fahrzeuge in Höhe von 1.500 EUR ist bei einer Verschiebung der Beschaffung auch geändert zu veranschlagen. (Tiefbauamt)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
CDU 33	Radverkehrsanlage Glemseckstraße: Anlage schieben auf 2023, es soll erst Neubau Ecke Glemseckstr./ Badstr. Insgesamt erledigt werden.	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen 754100167007 Radverkehrsanlagen Glemseckstraße	-40.000 +40.000	2022 2023	--	PA	Siehe auch Anträge FW 13, SPD 13 und FDP 10 Eine Machbarkeitsstudie zur Radverkehrsanlage Glemseckstraße wurde bereits in Auftrag gegeben. Sobald diese vorliegt, soll die Vorzugsvariante umgesetzt werden. Aus planerischer Sicht besteht zum jetzigen Zeitpunkt kein Grund die Maßnahme auf das Jahr 2023 zu schieben. Bei der baulichen Umsetzung werden ggfs. benachbarte Baustellen selbstverständlich berücksichtigt. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
CDU 34	Radweg Wehr zur Clausenmühle:Verlängerung Glemseckradweg mit einplanen = Machbarkeitsstudie. In der Machbarkeitsstudie soll der Radweg mit aufgeführt werden.	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	+615.420 +615.420	VE 2023	--	PA	Die mögliche Verlängerung des Glemsradwegs wird zeitnah planerisch geprüft. Je nach Ergebnis wird dies in der Renaturierung des Wehrs Clausenmühle berücksichtigt. (Referat für innovative und intermodale Mobilität) Eine Planungsrate steht für 2022 zur Verfügung (120 TEUR). Derzeit wird vom Landratsamt die Möglichkeit der Förderung nach den Förderrichtlinien Wasserwirtschaft (FrWw) Bereich III – Wasserbau/Gewässerökologie geprüft. Die Stelle am Wehr Clausenmühle / Mühlbach ist die letzte Barriere an der Glems. Ziel ist es (auch von der Unteren Wasserbehörde) eine vollständige ökologische Durchgängigkeit an der Glems zu erreichen. Im Zuge der Machbarkeitsstudie wurde der Mühlenbesitzer miteinbezogen. Durch die Maßnahme sollen sich für den Betreiber keine wirtschaftlichen Nachteile ergeben. (Tiefbauamt)	
CDU 35	Stellenerhöhung Umweltplanung: Erhöhung (+25 %) streichen, Klimamanager als neue Stelle bereits genehmigt.	Produktgruppe 5610 Umweltmaßnahmen Stellenplan	-11.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 ff	--	PA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Siehe Antrag FW 10 Für die Bearbeitung zukünftig anstehender Planungsaufgaben wie z.B. die Fortschreibung des Landschaftsplans im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans, die Biotopverbundplanung, die Spielplatz und Friedhofsplanung ist eine Erhöhung des Stellenanteils erforderlich. Die Aufgaben eines Klimamanagers sind nicht identisch mit den Aufgabeninhalten eines Umweltplaners. (Stadtplanungsamt)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Im Falle einer Reduzierung der Stellenanteile reduzieren sich die Personalaufwendungen um rund 11 TEUR/jährlich. (Hauptamt)	
SPD 01	Verzicht auf die pauschalen 15% - Kürzungen beim Schulleiterbudget und Berücksichtigung von Ganztagesbetreuungsangeboten und Vorbereitungsklassen mit einer angemessenen finanziellen Größenordnung (siehe Beschlussempfehlung des Schulbeirates).	Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben	+103.300 *(+92.800 Schulleiterbudget; +10.500 Ganztagsbetreuung und Vorbereitungsklassen, vgl. Stellungnahme der Verwaltung)*	2022	Gegenfinanzierung aus geringerer Kreisumlage.	SKA	Siehe auch Anträge CDU 17 und S:ALZ 06 Vgl. Vorlage 2021/362-01, SKA am 10.11.2021 Die globale Kürzung um 15 % bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (lfd. Nr. 14) im Haushaltsjahr 2022 hat Auswirkungen auf den Betrieb der Schulen. Die Schulleiterbudgets dienen unter anderem der Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln wie auch von Lernmitteln. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen (ca. +25 % in den nächsten 5 Jahren) müssen die verpflichtenden Aufgaben dennoch weiterhin sichergestellt werden. Aufwendungen für Vorbereitungsklassen und den Ganztagsgrundschulbetrieb sollen gemäß den Beschlussvorschlägen in Vorlage 2021/362-01 ab dem Haushaltsjahr 2022 berücksichtigt werden. (Amt für Jugend, Familie und Schule) Der Deckungsvorschlag zur Gegenfinanzierung wurde mit Vorlage 2021/362-01 entsprechend dargestellt. (Kämmereiamt)	
SPD 02	Beseitigung der Defizite in der Digitalisierung der Schulen mit Hochdruck. Schnellstmögliche Besetzung der dafür zur Verfügung stehenden Stellen in der Verwaltung. Einbindung/Auswahl eines geeigneten externen Dienstleisters zur Unterstützung.	Produktgruppe 1120 Organisation und EDV	--	2022 ff	--	SKA	In 2020/2021 wurden durch Förderprogramme und die Beschaffung für Klassensätze Tablets die Anzahl der zu betreuenden Endgeräte innerhalb eines Jahres von ca. 100 Tablets auf 1500 Geräte im MDM System aufgestockt. Im nächsten Jahr kommt noch Präsentationstechnik in allen Klassenzimmern der Schulen mit dazu. Dies bedeutet nochmals eine deutliche Aufstockung der Endgeräteanzahl. Zur Verbesserung der Erreichbarkeit an die Schulleitungen und einen optimalen Support der Schulen bereitzustellen, wurde extra eine dedizierte Hotline-Nummer für Schulsupport eingerichtet und intern die Aufgabenverteilung des Teams Bildungseinrichtungen neu definiert. Die Schulleitungen wurden darüber informiert. Drei der Stellen im Bereich Schuldigitalisierung sind bereits besetzt. Derzeit läuft das Ausschreibungsverfahren für die vierte Stelle, welche im Vorgriff auf	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							den kommenden Haushalt freigegeben wurde. Geeignete externe Dienstleister zur Unterstützung werden in Zusammenhang mit fortlaufenden Digitalisierungsprojekten einbezogen. (Amt für Informations- und Kommunikationstechniken)	
SPD 03	Verzicht auf die pauschalen 15% - Kürzungen bei den Haushaltspositionen „Abfallbeseitigung“ (Erhöhung auf 45TEUR) und „Sauberkeit“ (Erhöhung auf 50TEUR).	Produktgruppe 5450 Straßenreinigung/Winterdienst	+10.000	2022	--	PA	Die Erhöhung der Mittel wird befürwortet. (Tiefbauamt)	
SPD 04	Keine Bank im öffentlichen Raum ohne Mülleimer, kein städtischer Spielplatz ohne Mülleimer, keine Bushaltestelle ohne Mülleimer.	Produktgruppen 5450 Straßenreinigung/Winterdienst und 5510 Öffentliches Grün / Landschaftsbau Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	--	2022 ff	--	PA	Siehe auch Antrag CDU 11 Das vermehrte Aufstellen von Mülleimern führt zu Kosten auf mehreren Ebenen. a) Anschaffungskosten (Anschaffung und Aufbau) je Mülleimer rund 400 EUR. b) Dauerhafte Kosten der regelmäßigen Leerung und Umfeldsäuberung: Hier entsteht zum einen Mehraufwand durch den zusätzlichen Müll und die Reinigung des Umfeldes. Aber auch die Kapazitäten der Mitarbeiter und der Fahrzeuge muss erhöht werden. Die Erfassung der bestehenden (und eventuell auszutauschenden) Mülleimer und die Optimierung der Touren der Mitarbeiter der Stadtbildpflege sind hier im Vorfeld zu eruieren und ins GIS einzupflegen. Die Erfassung und Optimierung ist für das Jahr 2022 angesetzt. Die daraus ableitbaren Ergebnisse sind Grundlage für eine Entscheidung des vorgenannten Antrags. Im Stadtgebiet gibt es derzeit nur einen einzigen Spielplatz (Obere Torstraße) ohne Mülleimer. Dieser musste abgebaut werden, da mehrmals täglich Fremdmüll/Hausmüll den Mülleimer füllte. Damit wurde auch das Umfeld verunreinigt. Seit dem Abbau der Mülleimer ist diese Verschmutzung fast vollständig verschwunden. Littering verursacht in der Stadt keine größeren Probleme, in den Bereichen wo Kleinmüll dauerhaft vorgefunden wurde, ist ein Mülleimer aufgestellt worden. Insgesamt ist das Müllaufkommen in den städtischen Abfallbehältern zu über 80 % Hausmüll. Die Entsorgung des privaten Mülls in öffentlichen Abfallbehältern ist eine Ordnungswidrigkeit. Die Zuständigkeit (auch die der Ahndung) obliegt dem Landkreis. Alle Maßnahmen die hier getroffen werden belasten den städtischen Haushalt über Gebühr.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Tiefbauamt) Es wird zugesagt, dass bei zukünftigen Investitionen in den Bereichen ÖPNV und Parken immer Mülleimer angebracht werden. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
SPD 05	Erfahrungsbericht zum Einsatz der Kehrmaschinen Mitte des Jahres 2022.	Produktgruppe 5450 Straßenreinigung/Winterdienst	--	2022	--	PA	Der Bericht wird zugesagt. (Tiefbauamt) Bisher wurden einzelne Straßen mit einer Beschilderung für die Straßenreinigung versehen. Schon jetzt zeigt sich die mangelnde Akzeptanz bei der Bevölkerung. Eine Fortführung der kostenintensiven Beschilderungsmaßnahmen sollte daher erneut diskutiert und besprochen werden. Dies auch vor dem Hintergrund der hohen Kosten für eine entsprechende Beschilderung. (Ordnungsamt)	
SPD 06	Beschlussvorlage, mit welcher Priorisierung/in welcher Reihenfolge welche (großen) Neubau-/Sanierungsmaßnahmen zeitlich in den nächsten Jahren angegangen werden. Prüfung in diesem Zuge, ob durch die Einbindung externer Dienstleister zusätzliche Projekte umgesetzt werden können.	--	--	2022 ff	--	SKA PA VA	Es soll ein 5-Jahresprogramm aufgestellt werden, welches die Maßnahmen zur Sanierung einzelner Projekte aufzeigt. (Tiefbauamt)	
SPD 07	Machbarkeitsstudie zum Neubau Kita und Erweiterung Grund- zur Ganztagesschule auf den städtischen Grundstücken in Warmbronn „Auf dem Schulberg“ unter Berücksichtigung des Waldabstandes im 1. Quartal 2022.	Produktgruppe 3650 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	+ 15.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	ORW SKA	Siehe auch Anträge FW 25 und FDP 15 Hierzu findet in den Gremien derzeit ein Sachvortrag statt. Aufgrund der daraus folgenden Beschlusslage ergibt sich die weitere Vorgehensweise. Eine Machbarkeitsstudie wird erstellt (15 TEUR). (Gebäudemanagement)	
SPD 08	Realisierung der nächsten Umsetzungsschritte beim Jugendplatz im Stadtpark (Sitzgelegenheiten und Grillvorrichtung).	Produktgruppe 3620 Allgemeine Förderung junger Menschen	--	2022	--	SKA	Bei Workshops mit den Jugendlichen wurden Planungsänderungen erarbeitet, weshalb ein Änderungsantrag beim Landesamt für Denkmalpflege erforderlich wurde. Diese Genehmigung steht bisher noch aus. (Gebäudemanagement)	
SPD 09	Parkplatz Leobad/SV Leonberg/Eltingen: Information des Gemeinderates/zuständigen Ausschusses noch	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	--	2022	--	VA		

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	im 1. Quartal 2022, wie der Beschluss vom Mai 2020 (Parkmöglichkeiten ausschließlich für Besucher des Freibades und der Sportanlagen des SV) im Hinblick auf die Freibadsaison 2022 umgesetzt wird (incl. Ausweichparkplatz an der Berliner Straße).						Im Bäderbeirat wurde auf Grund der verkehrsrechtlichen Situation besprochen, den Beschluss ggf. aufzuheben. Das Thema soll abschließend im Bäderbeirat (Frühjahr 2022) besprochen werden (vgl. Protokoll Bäderbeirat 07.10.2021 – N 6). (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg) Das Ordnungsamt hat bereits mehrfach die Fragestellung geprüft und zuletzt die rechtlichen Möglichkeiten den Mitgliedern des Bäderausschusses vorgestellt. Bei den Stellplätzen handelt es sich um öffentliche Stellplätze. Damit gilt dort die Straßenverkehrsordnung (StVO). Die StVO kennt jedoch keine Privilegierung von Parkraum für einzelne Personengruppen (wie Besucher für das Leobad oder das Sportzentrum). Im Anwendungsbereich der STVO wird z. B. nach Fahrzeugarten unterschieden. Daher kann nur im Rahmen eines privatrechtlichen „Vertrags“ eine Einschränkung vorgenommen werden. Dafür ist es jedoch erforderlich, die Flächen formal der Öffentlichkeit zur allgemeinen Nutzung zu entziehen (widmungsrechtlich). Danach müsste geklärt werden, welcher Organisationseinheit (Bäder, Stadtwerke) die Verfügungshoheit für die Flächen übertragen wird. Die Mitglieder des Bäderausschusses waren sich einig, dass dieser Ansatz vorerst nicht weiterverfolgt wird. (Ordnungsamt)	
SPD 10	Parkplatz Leobad/SV Leonberg/Eltingen: Kennzeichnung der einzelnen Parkbuchten in geeigneter Weise, um damit die Parkplatzkapazität nennenswert zu steigern (Umsetzung bis zum Beginn der Freibadsaison 2022).	Produktgruppe 5460 Parkierungseinrichtungen	--	2022 ff	--	VA	Derzeit werden die Parkflächen an der Zufahrt durch entsprechende Beschilderung ausgewiesen. Die Parkregelung gilt damit für die gesamten nachgelagerten Stellflächen (da nur eine Zu-/Abfahrt). Würde man einzelne Parkbuchten beschildern, müssten alle anderen ebenfalls beschildert werden, da sonst die „Zonen“-Regelung aufgehoben wird. Mit einem dann herrschenden Schilderwald ist aus Sicht des Ordnungsamts keine Steigerung der Kapazitäten möglich. (Ordnungsamt)	
SPD 11	Wiederholt: Erstellung eines flächendeckenden Konzepts zum Parkraummanagement (insb. Anwohnerparken). Lt. Verwaltung seit 12/2019 „in Arbeit“, für 2020 „zugesagt“).	Produktgruppe 5460 Parkierungseinrichtungen	--	2022 ff	--	PA	Siehe auch Antrag Linke 03 Die Erstellung eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts wurde im Oktober 2021 beauftragt und momentan durchgeführt. Erste Ergebnisse sind im Frühjahr 2022 zu erwarten. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
SPD 12	Seit Jahren unerledigter Auftrag: Der Straßenbelag der Bismarckstraße ist in einem sehr schlechten Zustand, was auch erhöhte Lärmwerte verursacht. Die beteiligten Versorgungsunternehmen haben ihre Leitungen im Untergrund längst erneuert. Umsetzung wurde für Herbst 2021 (erneut) in Aussicht gestellt.	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	--	2022 ff	--	PA	Die Maßnahme wurde ausgeschrieben, Vergabe erfolgte mit Vorlage 2021/376 im Planungsausschuss am 11. November 2021. (Tiefbauamt)	
SPD 13	Wiederholt: der (sogenannte) Radweg von Eltingen Richtung Glemseck wurde vor mehreren Jahren im Zuge von Straßenbaumaßnahmen schwer in Mitleidenschaft gezogen und muss dringend saniert werden. Dies ist eine bedeutende Verbindung nach Stuttgart. Die Sanierung vorhandener Radwege ist u. E. schon aus Gründen der Wirtschaftlichkeit dem Neubau von überdimensionierten teuren Radschnellwegen vorzuziehen. Im Oktober 2021 sollte ein weiteres Gespräch mit dem RP diesbezüglich erfolgen.	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	--	2022 ff	--	PA	Siehe auch Anträge FW 13, CDU 33 und FDP 10 Die Baulast und damit auch die Planung liegt beim Land (Regierungspräsidium Stuttgart). Die Verwaltung wird den aktuellen Stand der Planung abfragen und eine zeitnahe Umsetzung fordern. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
SPD 14	Ausschöpfung aller (auch rechtlicher) Möglichkeiten, um die Quote von 25% bezahlbarem Wohnraum auf dem TSG-Areal herzustellen.	Produktgruppe 5220 Wohnungsbauförderung/ Wohnungsversorgung	--	2022 ff	--	SKA PA	Die rechtlichen Grundlagen zur Umsetzung des bezahlbaren Wohnraums sind im städtebaulichen Vertrag definiert. Das weitere Vorgehen ist im Gemeinderat abzustimmen. (Stadtplanungsamt)	
SPD 15	Aktive Information unserer Bürger durch die Stadtverwaltung (Amtsblatt, Homepage, Soziale Medien), um die Kriterien, die für einen Wohnberechtigungsschein zu erfüllen sind, einer breiteren Bevölkerungsschicht bekannt zu machen.	Produktgruppe 3180 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen Produktgruppe 1130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	--	2022 ff	--	SKA	Die Einkommensermittlung für die Berechtigung zur Erteilung eines Wohnberechtigungsscheins (WBS) bedarf einer individuellen Beratung, welche die Mitarbeiterinnen der Wohngeldbehörde anbieten. Die allgemeinen Informationen zum WBS sind in einer Info-Broschüre des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft des Landes Baden-Württemberg enthalten, welche jederzeit online gestellt werden kann. (Amt für Jugend, Familie und Schule) Zur Aufgabe der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Stadtverwaltung gehört es, möglichst alle Einwohnerinnen und Einwohner über relevante Themen zu informieren. Alles Wissenswerte über den Wohnberechtigungsschein und günstiges Wohnen können zusammengetragen und auf allen Kanälen, die künftig zur Stadtverwaltung gehören, veröffentlicht werden. (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
SPD 16	Sperrvermerk bei der beantragten Erhöhung einer mit 50% vorhandenen Stelle in der Personalabteilung um zusätzliche 50% (BV 2021/291 lit.4). Stattdessen soll (zunächst versuchsweise) bei vakanten Führungspositionen in der Verwaltung künftig eine Personalberatung mit der Akquisition von geeigneten Bewerbern beauftragt werden. Ein entsprechender Betrag ist in den Haushalt einzustellen. Ziel: breitere Auswahl, gezieltere Ansprache, mehr Verbindlichkeit.	Produktgruppe 1121 Personalwesen Stellenplan	SPERRVERMERK	2022	--	VA	Vgl. Vorlage 2021/191 Personalausgaben und Stellenplan 2022 Siehe auch Antrag FW 08 Die vorgeschlagene Personalberatung kann die Tätigkeit der beantragten Stelle nicht ersetzten. Die Stellenerhöhung betrifft eine Stelle im administrativen Bereich (z. B. Urlaubsansprüche bearbeiten, Unterstützung beim Betrieblichen Eingliederungsmanagement, Kostenersätze bearbeiten, Aktenführung usw.). Zusätzlich soll die Stelle weitere administrative Aufgaben, die mit der Neueinstellung von Beschäftigten zusammenhängen, übernehmen (z. B Verträge und Vordrucke zuschicken und Rücklauf überwachen). (Hauptamt)	
SPD 17	Erfahrungsbericht zu den Erkenntnissen aus dem Einsatz von modernen Fernüberwachungssystemen in städtischen Gebäuden (war für 2021 vorgesehen).	Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement	--	2022	--	SKA PA VA	In 2021 wurde jeweils ein Raumklimasensor in allen Schulen, Sporthallen und Kindergärten zur Fernabfrage der Raumtemperaturen und CO_2 - Werte installiert. Aufgrund von höher priorisierten Maßnahmen, wie der Beschaffung der CO_2 – Ampeln und der Luftreiniger für Schulen und Kitas, konnte das Konzept zur Ausstattung der Gebäude mit intelligenten Thermostatköpfen noch nicht vorgelegt werden. Die Vorstellung im Gremium wird baldmöglichst erfolgen. (Gebäudemanagement)	
SPD 18	Erneut: Überprüfung aller relevanten laufenden Verträge hinsichtlich Wartungsleistungen, abgeschlossenen Versicherungen und zur Telekommunikation. Über daraus resultierende Einsparpotenziale sollte bereits 2021 berichtet werden. Dies soll nun im 2. Quartal 2022 erfolgen.	u.a. Produktgruppe 1120 Organisation und EDV Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement	--	2022 ff	--	SKA PA VA	Eine Überprüfung der Versicherungsverträge wird bis zum 2. Quartal 2022 zugesagt. (Hauptamt) Mobilfunkverträge sind konsolidiert in Rahmenvertrag mit O2. Vorhandene, dezentrale Hauptanschlüsse bestehen weiterhin, neue Standorte wurden bereits mit VoIP-Telefonie versorgt. Alle anderen Festnetz- bzw. Telefonie Verträge und die TK-Systeme (Telekom, Unitymedia, Neckarcom. Unify TK System und die TK Systeme in den kleineren Liegenschaften sowie Schulen, Kitas und Ortschaftsverwaltungen) sind veraltet. Die Überprüfung und Optimierung aller dieser Verträge sowie die Vereinheitlichung der Systemvielfalt bieten auf längere Sicht ein Einsparpotential, Reduzierung der Zeitaufwand für den Service und qualitative Verbesserung für die Anwender.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Amt für Informations- und Kommunikationstechniken) Das Gebäudemanagement führt die Erfassung und Zusammenführung der Daten durch. Mit einer Auswertung ist frühestens Anfang 2023 zu rechnen. (Gebäudemanagement)	
SPD 19	Strategieklausur: Die Festlegung einer nachhaltigen Strategie für die Stadtentwicklung Leonbergs macht nur Sinn, wenn diese regelmäßig auf Umsetzung überprüft und bei Bedarf aktuellen Entwicklungen angepasst wird. Dies muss (mindestens) einmal jährlich erfolgen. Wir bitte einen zeitnahen Termin für 2022 anzuberaumen und eine Klausurtagung in den Folgejahren von vorne herein in den Sitzungsplan verbindlich zu integrieren. Gleiches gilt für die Haushaltspolitik.	Produktgruppe 1110 Steuerung	+9.800 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	VA	In der Aktualisierung der Antragsliste zum Haushalt 2021 wurde bereits ein Termin für Mai/Juni 2022 zugesagt. Als Termin wird der 13. bis 15.05.2022 außerhalb Leonbergs in den Sitzungskalender aufgenommen. Thematisch soll eine Befassung mit dem Haushalt sowie einer nachhaltigen Strategie erfolgen. Ab sofort wird ein jährlicher Termin in den Sitzungskalender integriert. (Referat des Oberbürgermeisters)	
FDP 01	Analyse der Geschäftsprozesse	Produktgruppe 1120 Organisation und EDV	--	2022 ff	--	VA	Die Optimierung der Geschäftsprozesse ist Daueraufgabe der Fachämter und Referate sowie der Organisation. (Hauptamt)	
FDP 02	Effizienzsteigerung von Geschäftsprozessen durch Digitalisierung	Produktgruppe 1120 Organisation und EDV	+ 20.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	VA	Siehe auch Antrag FDP 03 Es werden und wurden bereits verschiedene Geschäftsprozesse der Verwaltung digitalisiert (u.a. Bestellen von Personenstandsurkunden, Anmelden zu VHS-Kursen, Melden von Schäden und Müll im öffentlichen Bereich). Das Potential, die Rahmenbedingungen und Prioritäten für künftige Digitalisierungsprojekte in einer „Strategie zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen und -prozessen“ unter externer Beteiligung zu erarbeiten, wäre sinnvoll und könnte als Grundlage und Leitlinie für das weitere Vorgehen dienen.“ Dafür müssten Aufwendungen in Höhe von mindestens 20 TEUR im Haushalt veranschlagt werden. (Hauptamt) Die Digitalisierung der Verwaltung sollte als globales Projekt angegangen werden und eine erfolgreiche	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Digitalisierung gelingt nur mit IT-Sicherheit. Mindestpersonalbedarf wurde für das Haushaltsjahr 2022 angemeldet. (Amt für Informations- und Kommunikationstechnik)	
FDP 03	E-Government ausbauen	Produktgruppe 1130 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	--	2022 ff	--	VA	Siehe auch Antrag FDP 02 Der Bereich E-Government sowie Digitalisierung der Verwaltung wurde auch von der Bundespolitik als ein Schwerpunktthema der kommenden Legislaturperiode identifiziert. Zur Steigerung der Effizienz durch die Digitalisierung der Verwaltung sollte der Bereich E-Government mit mehr Personal ausgestattet werden, um jeweils mehrere Projekte, wie derzeit den Ausbau der Online-Terminbuchung für das Ausländeramt und das Standesamt, die Online-Anforderung von Bescheinigungen für Corona-Quarantäne oder das Melden von Jugendlichen für die Ehrenamtskarte, parallel zur Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes in den Ämtern und Einrichtungen begleiten zu können. Als Grundlage für einen zielgerichteten Ausbau von E-Government-Lösungen sollte unter externer Begleitung eine Strategie zur Digitalisierung von Verwaltungsleistungen erarbeitet werden. (Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)	
FDP 04	Entwicklung von Strategien zur Senkung der Unterhaltskosten städtischer Einrichtungen	Produktgruppe 1124 Gebäudemanagement Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	--	2022 ff	--	SKA PA VA	Intelligente Thermostate, Leuchtenwechsel, Optimierung technischer Anlagen werden aktuell durchgeführt (zum Einsparpotential Unterhaltskosten Reinigung vgl. hierzu Vorlage 2021/320). (Gebäudemanagement) Die Unterhaltskosten werden regelmäßig überprüft und es wird versucht. diese durch entsprechende Verhandlungen zu senken. (Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg) Im Zuge der Einstellung des Klimaschutzmanagers wird hier ein Gesamtkonzept für alle Eigenbetriebe zur Unterhaltseinsparung erstellt. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
FDP 05	Konkretisierung des Begriffs „Stadt für morgen“	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	--	2022 ff	--	PA	Mit der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans mit integriertem Landschaftsplan Leonberg 2040	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(SV 2021/184) verbunden ist ein integriertes Stadtentwicklungskonzept, das prioritäre Ziele und Maßnahmen der Stadtentwicklung für die kommenden 10-15 Jahre bestimmt und im Rahmen einer Strategieklausur mit dem Gemeinderat festlegt. Grundlage hierfür ist ein breiter Zukunftsdialog mit der Bürgerschaft über die zukünftige Stadtentwicklung, der im kommenden Jahr u.a. in sieben Fachforen zu den zentralen Handlungsfeldern Wohnen, Gewerbe, Mobilität, Handel, Klima/Grün- und Freiräume, Nachbarschaft, Bildung und Kultur geführt werden wird. Ein wesentliches Handlungsfeld ist dabei das Handlungsfeld Mobilität, eine zentrale Maßnahme im Handlungsfeld Mobilität wird das Straßenbauprojekt „Stadt für Morgen“ sein. (Stadtplanungsamt)	
FDP 06	Entwicklung eines Gesundheitscampus am Krankenhaus	--	--	2022 ff	--	VA	Am 15.11.2021 fand eine Besprechung der Planungsgruppe statt. Neben OB Cohn nahmen Vertreter des Klinikverbundes, Landrat Bernhard, der ärztliche Direktor sowie externe Partner daran teil. Bis Dezember erfolgt eine Information an den Gemeinderat. (Referat des Oberbürgermeisters)	
FDP 07	Projekt 1000 Zebrastreifen umsetzen	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	--	2022	--	PA	Die Mittel sind im Haushaltsplan vorgesehen. Um auch Fördermittel zu erhalten, sind bestimmte Planungsprozesse und Förderfristen einzuhalten. Die Umsetzung dazu wird bereits vorbereitet. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FDP 08	Fußgängerüberwege an Kreisverkehren anlegen	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	--	2022	--	PA	Die Mittel sind im Haushaltsplan vorgesehen. Um auch Fördermittel zu erhalten, sind bestimmte Planungsprozesse und Förderfristen einzuhalten. Die Umsetzung dazu wird bereits vorbereitet. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FDP 09	Radweg entlang der L1137 fertigstellen	Produktgruppe 5430 Landesstraßen 754100167004 Radwegenetz	--	2022 ff	--	PA	Siehe auch Antrag FW 14 Die Verwaltung ist in Abstimmungen mit dem Regierungspräsidium Stuttgart. Dieses ist für die Planung des Radwegs verantwortlich. Bis Anfang 2022 liegt ein Grunderwerbsplan vor, mit dem erneut auf die Grundstückseigentümer zugegangen wird. Laut Regierungspräsidium kann die bauliche Umsetzung, unter Vorbehalt der Verkaufsbereitschaft der Eigentümer, im Jahr 2022 erfolgen.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							(Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FDP 10	Radweg in Zuge der L1187 über Philadelphiahof prüfen	Produktgruppe 5430 Landesstraßen	--	2022 ff		PA	Siehe auch Anträge FW 13, CDU 33 und SPD 13 Die Möglichkeiten einer Radwegeverbindung werden geprüft. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FDP 11	Radschnellverbindung Leonberg – Silberberg zusammen mit Landratsamt planen	Produktgruppe 5420 Kreisstraßen	--	2022 ff	--	PA	Das Landratsamt ist bereits in Planungen zum Radschnellweg zwischen Weil der Stadt und Leonberg. Der Landkreis übernimmt jedoch nur Kosten für die außerörtlichen Bereiche, alle Bereiche innerorts sind von der Stadt Leonberg zu tragen. Dazu gehört auch der Abschnitt Leonberg-Silberberg. Die Verwaltung ist diesbezüglich im Kontakt mit dem Landratsamt. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
FDP 12	Erarbeitung eines Lastenrad-Lieferdienstes	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	mindestens + 10.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022 ff	--	PA	Ein erstes Ideenkonzept sieht vor, unter Einbezug von Leonberger Vereinen einen Lastenrad-Lieferdienst am Samstags-Markt vorzusehen. Im vergangenen Jahr konnte dieses Projekt auf Grund von Stellenvakanz und coronabedingt stark eingeschränkter Personalressourcen nicht angegangen werden. Für die Umsetzung eines Lastenrad-Lieferdienstes sind mindestens Kosten von 10 TEUR zu veranschlagen. Fördermöglichkeiten werden geprüft. (Referat für innovative und intermodale Mobilität und Referat für Wirtschaftsförderung und Citymanagement)	
FDP 13	Antrag an der VRS die Einrichtung eines Metropolexpress zu prüfen	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	--	2022 ff	--	VA	Die Antragsprüfung wird vorgenommen. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
FDP 14	Beantragung eines behindertengerechten Ausbaus der Bahnhöfe Leonberg, Höfingen und Rutesheim (Silberberg)	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	--	2022 ff	--	ORH VA	Die Umsetzung wird nach Wiederbesetzung der Stelle geprüft. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
FDP 15	Vorschläge für eine zeitnahe Erneuerung der Warmbronner Schule	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen	--	2022 ff	--	SKA	Siehe auch Anträge FW 25, SPD 07	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
		721100147303 Grundschule Warmbronn					Hierzu findet in den Gremien derzeit ein Sachvortrag statt. Aufgrund der daraus folgenden Beschlusslage ergibt sich die weitere Vorgehensweise. Eine Machbarkeitsstudie wird erstellt. (Gebäudemanagement)	
FDP 16	Sanierung der Höfinger Schule	Produktgruppe 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen 721100157201 GS Höfingen Energetische Sanierung	+100.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	ORH SKA	Siehe auch Antrag CDU 08 und ORH 03 Die Umsetzung ist in Planung. Das Budget muss neu beantragt werden. (Gebäudemanagement)	
FDP 17	Mittel für Werbeoffensive Kitas nicht kürzen	Produktgruppe 3650 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	SKA	Nach aktuellem Stand sind 8.500 EUR ausreichend. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
FDP 18	Überprüfung der Zugangsvoraussetzungen für die Anstellung in Kitas	Produktgruppe 3650 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	--	2022	--	SKA	Der Betrieb einer Kita bedarf der Erlaubnis nach § 45 SGB VIII. Grundsätzlich gilt das Fachkräftegebot nach § 7 KiTaG für Baden- Württemberg. Die erforderliche Menge und Qualifikation des Personals richtet sich nach Einrichtungsart und Angebotsform der Kindertagesbetreuung. Der Träger ist für die Einhaltung der Vorgaben bezüglich der Qualifikation und der Eignung des Fachpersonals gem. § 45 Abs. 3 Nr. 2 SGB VIII verantwortlich. Dies beinhaltet, dass der Träger nachweist, dass die Vorlage und Prüfung von aufgabenspezifischen Ausbildungsnachweisen sowie von Führungszeugnissen nach § 30 Abs. 5 und § 30a Abs. 1 des Bundeszentralregistergesetzes sichergestellt sind. Für Kindergartengruppen, altersgemischte Gruppen und Krippengruppen definiert § 7 KiTaG, wer als Fachkraft in einer Kindertageseinrichtung eingesetzt werden kann. Seit 2013 sind auch Personen mit einer beruflichen Qualifikation gemäß § 7 Absatz 2 Ziffer 10 KiTaG nach einer Qualifizierung in Pädagogik der Kindheit und Entwicklungspsychologie im Umfang von zusammen mindestens 25 Tagen, die auch berufsbegleitend durchgeführt werden kann, oder nach einem einjährigen betreuten Berufspraktikum, Fachkräfte in Kindertageseinrichtungen. Personen mit ausländischer Qualifikation können, nachdem sie durch die Zeugnisanerkennungsstelle des Landes Baden-Württemberg eine Anerkennung bzw. Gleichwertigkeit mit einer Qualifikation des	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Fachkräftekatalogs ausgesprochen bekommen haben, ebenfalls als Fachkraft in Kindertageseinrichtungen eingesetzt werden. Hierbei sind die erforderlichen deutschen Sprachkenntnisse für die Arbeit mit Kindern und Eltern sowie im Einrichtungsteam mit zu berücksichtigen. Dies bedeutet, dass sie sich mit allen Beteiligten verständigen und fachlich austauschen können. Der Träger kann zudem Zusatzkräfte in den Einrichtungen einsetzen. Zusatzkräfte verfügen über keine Fachkraftqualifikation und sind somit keine Fachkräfte nach KiTaG. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
FDP 19	Rücknahme der Kürzung der Mittel für die Jugendbeteiligung	Produktgruppe 3620 Allgemeine Förderung junger Menschen	+43.050	2022	--	SKA	Siehe auch Anträge Grüne 12, CDU 20 und S:ALZ 05 Die Erhöhung wird empfohlen, da die Verfügungsmittel des Jugendausschusses u.a. die Aufwendungen für die Umsetzung der Ehrenamtskarte für Jugendliche decken müssen. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	
FDP 20	Planung einer Fahrradstrecke im Kammerforst zusammen mit dem Landratsamt	Produktgruppe 4241 Sportstätten	--	2022 ff	--	PA	Die Verwaltung befindet sich derzeit in Gesprächen mit dem Landratsamt sowie dem Radverein Schwalbe. Mögliche Standorte, Einbettung eines Singletrails in regionale Wegenetze sowie Modelle der Pflege/Unterhaltung werden diskutiert. Es ist unklar, ob im kommenden Haushaltsjahr bereits Ausgaben getätigt werden können, da vorher ein komplexer Planungsprozess nötig ist. (Amt für Kultur und Sport und Stadtplanungsamt)	
FDP 21	Fortentwicklung baurechtlicher Vorschriften zur Schaffung innerörtlichen Wohnraums	Produktgruppen 5210 Bauordnung und 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	--	2022 ff	--	PA	Die baurechtlichen Vorschriften für die Genehmigung von Wohnraum beruhen auf Landes- und Bundesrecht und werden vom Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt gemäß der aktuellen Rechtslage angewendet. Eigene Vorschriften werden nicht erlassen. Eine politische Steuerungsfunktion kann durch gezielte Bebauungspläne etc. geschaffen werden. (Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt und Stadtplanungsamt)	
FDP 22	Aufstellung und Betrieb elektrischer Ladesäulen auf öffentlichen Parkplätzen durch die LeoEnergie	Wirtschaftsplan Leo Energie	--	2022 ff	--	VA	Bei wirtschaftlicher Gegebenheit kann die Leo Energie elektrische abrechnungsfähige Ladesäulen im	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							öffentlichen Raum aufstellen und betreiben. Für das Aufstellen, den Betrieb und die Abrechnungserbringung muss sich die Leo Energie Dienstleistern bedienen. Der Strombezug und der Erwerb der Ladeinfrastruktur wäre durch die Leo Energie zusätzlich zu regeln. Die personelle Ausstattung der Leo Energie wäre zu prüfen. Zum wirtschaftlichen Betrieb sind Förderungsmöglichkeiten bzw. Zuschüsse durch Bund, Land und Kommune zu nutzen bzw. zu gewähren. Dieses Jahr und nächstes Jahr werden einige E-Ladesäulen durch die Firma Tesla realisiert. Im Zuge des Umbaus „Stadt für Morgen“ sind weitere elektrische Ladesäulen geplant. (Leo Energie über Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
FDP 23	Standortsuche für einen Wertstoffhof	--	--	2022	--	PA	Die Zuständigkeit liegt beim Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen. Der aktuell diskutierte Standort im Bereich der Straßenmeisterei in der Niederhofenstraße wird unterstützend durch die Stadt geprüft. (Stadtplanungsamt)	
S:ALZ 01	Jugendplatz: Skateranlage. Die Skateranlage muss unverzüglich zur Umsetzung kommen. Eine weitere Verschleppung der Planung und Nichterbringung der vom Denkmalschutz geforderten Leistungen ist nicht akzeptabel. Der Gemeinderat ist laufend über die Verfahrensschritte zu informieren.	Produktgruppe 5510 Öffentliches Grün / Landschaftsbau 755100057001 Stadtpark Erweiterung Skateranlage	+100.000 -100.000	2022 2023	Deckungsvorschlag: nicht nötig, da laut Haushalt 2019 „längst erledigt“.	SKA PA	Das Landesamt für Denkmalschutz (LAD) hat erhebliche Bedenken gegen eine Skateranlage im Stadtpark; derzeit laufen intensive Gespräche mit dem LAD zur Realisierung des Vorhabens im Stadtpark, da der Bereich im Stadtpark seitens der Verwaltung als bester, integrierter Standort für eine entsprechende Anlage angesehen wird. (Stadtplanungsamt)	
S:ALZ 02	Jugend: Pumptrack. Wir befürchten ebenso wie bei der verschlafenen Skateranlage dass hier nötige Planungsschritte, etwa die nötigen Vorlagen zur Beurteilung der Tragfähigkeit des Tunneldeckels, nicht erstellt sind. Der Gemeinderat ist laufend über die Verfahrensschritte zu informieren.	Produktgruppe 5510 Öffentliches Grün / Landschaftsbau	--	2022 ff	Deckungsvorschlag: nicht nötig, da längst beschlossen.	SKA	Vgl. Vorlage 2021/318. Der Antrag auf Kofinanzierung des Projekts durch den Verband Region Stuttgart wurde fristgerecht eingereicht. Die für den Bau der Pumptrackanlage erforderliche Abstimmung mit der Autobahn GmbH-Niederlassung Südwest läuft derzeit, Ergebnisse liegen noch nicht vor. Der Gemeinderat wird fortlaufend informiert. (Stadtplanungsamt)	
S:ALZ 03	Die Entwicklung des Kindercampus Ezach läuft und soll nicht gebremst werden. Die Verdichtung der Bauzeit auf 2 Jahre wird begrüßt. Um die hier	Produktgruppen 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen und 3650 Förderung von	--	2022 ff	Deckungsvorschlag: nicht bezifferbar. Der Wohnbau ist beschlossen. Für den Hallenanteil	SKA	Die bisherige Beratungsvorlage ist hierzu zu überprüfen und gegebenenfalls in der Beschlussfassung abzuändern.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	bekannte Sporthallenproblematik aufzulösen muss Kapazität in der Nähe geschaffen werden, auch um den Anspruch an die künftige Ganztagesgrundschule zu bedienen. Unabhängig vom in Planung befindlichen Kindercampus soll laut Beschluss nach Osten zur Straße hin ein Wohnbauriegel entstehen. Wir schlagen vor, den bis zu 4-geschossig geplanten Riegel auf 2+2 Geschosse zu optimieren, die unteren Geschosse nehmen dabei eine Sporthalle auf, die zusätzlich benötigte Raumhöhe wird in die Erde eingelassen. Die Halle soll multifunktional diesen Stadtraum bedienen, also etwa auch als Versammlungsraum für den Bürgerverein oder die Quartiersarbeit genutzt werden.	Kindern in Kindertageseinrichtungen			empfehlen wir einen Teil aus der gesparten Kreisumlage.		(Gebäudemanagement) Da der Hallenneubau nicht in 2022 umgesetzt wird, ist eine Gegenfinanzierung aus der geringeren Kreisumlage 2022 nicht möglich. (Kämmereiamt)	
S:ALZ 04	Schulcampus Mitte: Entwicklung zu einer flexibleren Einheit. Das alte Arbeitsamt wird langfristig in die Raumplanung einbezogen. Während der Planungsphase kann das Arbeitsamt beispielsweise als konzentrierter Standort für die Schuldigitalisierungsgruppe um Frau Schurr dienen. Künftig muss hier aber Platz für die steigenden Schülerzahlen geschaffen werden. Kurzfristig soll mit vorhandenen Pausenflächen und Schulräumen flexibler umgegangen werden. So können Klassenräume in Randlagen der Schulen flexibel in der einen oder anderen Schulform genutzt werden. Noch dringender ist die Neuordnung und Aufwertung der Pausenflächen Schellingschule/ GHR. Die Kuhgatter vor der Schellingschule sind in einem Land mit Bildungsanspruch nicht akzeptabel.	Produktgruppen 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen	--	2022	Deckungsvorschlag: nicht nötig, da denken nichts kostet. Außer Zeit.	SKA	Siehe auch Antrag CDU 21 Planungen zur gemeinsamen Nutzung der Pausenhofflächen GHR und Schellingschule sollen in 2022 erfolgen. Die Umsetzung ist in 2023 vorgesehen. Parallel muss eine Machbarkeitsstudie beauftragt werden. (Gebäudemanagement) Über die künftige Nutzung wurde im Rahmen der Besichtigung des Arbeitsamtes mit dem V-Ausschuss am 23.09.2021 beraten. Demnach ist zunächst eine Nutzung als Verwaltungsgebäude favorisiert. Dafür ist das Arbeitsamt aufgrund des räumlichen Zuschnittes und des sehr guten Ausstattungszustandes bestens geeignet. (Hauptamt) Aufgrund der steigenden Schülerzahlen (ca. +25 % in den nächsten 5 Jahren) werden besonders in den Innenstadt-Grundschulen und Gymnasien zusätzliche Klassenräume, Pausen- und Aufenthaltsflächen benötigt. Im Rahmen der Ganztagsbetreuung ist eine Aufwertung der Spielfläche durch Geräte und Sitzgelegenheiten sinnvoll. Die vorhandenen Flächen der GHR und der Schellingschule sollen neu aufgeteilt und gestaltet werden. (Amt für Jugend, Familie und Schule)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
S:ALZ 05	Jugendausschuss: die Kürzung um ca. 50% sowie die zusätzliche Kürzung um die pauschalen 15% sind nicht akzeptabel und sollen zurückgenommen werden. Jugend mit einbeziehen ist eine vom Land gestellte Aufgabe, der wir mit Alibiveranstaltungen nicht gerecht werden. Im Gegenteil ist es Ziel, Jugend für unser Gesellschaftssystem zu begeistern. Das gelingt nur, wenn wir zur Verantwortung auch Spielräume gestalten.	Produktgruppe 3620 Allgemeine Förderung junger Menschen	+43.050	2022	Deckungsvorschlag: aus den zurückzustellenden Leistungen für die Schuhfabrik.	SKA	Siehe auch Anträge Grüne 12, CDU 20 und FDP 19 Die Erhöhung wird empfohlen, da die Verfügungsmittel des Jugendausschusses u.a. die Aufwendungen für die Umsetzung der Ehrenamtskarte für Jugendliche decken müssen. (Amt für Jugend, Familie und Schule) Da der Haushaltsansatz für die Schuhfabrik investiv veranschlagt ist und die Mittel des Jugendausschusses im Ergebnishaushalt veranschlagt sind, ist der Deckungsvorschlag nicht möglich. (Kämmereiamt)	
S:ALZ 06	Schulbudget gesamt und Schulleiterbudgets: die Kürzung um pauschale 15% der Schulleiterbudgets sind zurückzunehmen. Gerade nach Corona müssen die Schulen handlungsfähig bleiben. Weiter ist die Pauschale 15% Kürzung der allgemeinen HH-Plan S. 161 Zeile 14) zurückzunehmen, da hier die Digitalisierung versteckt ist, die ja allseits gefordert, dann aber nicht effektiv abgearbeitet werden könnte.	Produktbereich 21 Schulträgeraufgaben	+318.605 (+92.800 Schulleiterbudget +225.805 Schulbudget Verwaltung)	2022	Deckungsvorschlag: aus der gesparten Kreisumlage.	SKA	Siehe auch Anträge CDU 17 und SPD 01 Vgl. Vorlage 2021/362-01, SKA am 10.11.2021 Die globale Kürzung um 15 % bei Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (lfd. Nr. 14) im Haushaltsjahr 2022 hat Auswirkungen auf den Betrieb der Schulen. Die Schulleiterbudgets dienen unter anderem der Beschaffung von Lehr- und Unterrichtsmitteln wie auch von Lernmitteln. Das Schulbudget dient unter anderem für Beschaffungen an Schulen im pädagogischen wie auch digitalen Bereich. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen (ca. +25 % in den nächsten 5 Jahren) müssen die verpflichtenden Aufgaben dennoch weiterhin sichergestellt werden. Siehe Beratung der Strichvorlage 2021/362-01 im Sozialausschuss am 10.11.2021, zusätzlicher Beschlussvorschlag Nr. 6 (Amt für Jugend, Familie und Schule) Bei Kürzungen in der lfd. Nummer 14 wird es in Bezug auf die Digitalisierung der Schulen Auswirkung geben. In dieser Position sind u.a. folgende Kosten enthalten: • Wartungsverträge • Leasingverträge • Jahresgebühren für Lizenzverträge (z.B. Microsoftprodukte) • Beschaffung von EDV Ausstattungen unter 1 TEUR (wie z.B. Laptops, Tablets, Apple TV, etc.) Die laufenden Vertragsverpflichtungen müssen erfüllt werden. Deswegen werden ggfs. Anschaffungen aus dem Bereich Digitalisierung und deren Aus-	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							wirkungen neu eruiert und dementsprechend geeignete Maßnahmen für die Fortsetzung der Digitalisierungsvorhaben in Betracht gezogen. (Amt für Informations- und Kommunikationstechnik) Der Deckungsvorschlag zur Gegenfinanzierung wurde mit Vorlage 2021/362-01 entsprechend dargestellt. (Kämmereiamt)	
S:ALZ 07	Aufstockung der Stelle Sachgebietsleitung Sport: Verwaltung und Ausstattung der Sporthallen und auch darüber hinaus ist eine komplexe Aufgabe, die viel Koordinationszeit mit vielen Ansprechpartnern bedingt. Hier ist chronische Zeitknappheit zu verzeichnen und nicht mit normalen Schwankungen zu rechtfertigen. Eine Aufstockung also dringend geboten.	Produktgruppe 4210 Förderung des Sports Stellenplan	--	2022ff	Deckungsvorschlag: die geplante „Multimedia-Offensive“ der Stadtspitze soll deutlich eingebremst werden. Die Stadt positiv auf allen Kanälen darzustellen ist nett, aber angesichts klaffender Löcher in der „richtigen“ Arbeit eine Farce. Sobald die Stadt wieder hinreichend funktioniert, also produktive Stellen besetzt sind, ist auch erst etwas Schönes zum präsentieren da. Bis dahin mögen sich die Protagonisten mit selbstgemachten Filmchen auf ihren privaten Facebookaccounts ins rechte Licht rücken.	SKA	Das Sachgebiet Sport ist sehr umfangreich. Die Arbeitszeit wird durch die Aufgaben voll ausgefüllt. Kommunalpolitik und Bürgerschaft erwarten stärkeres Engagement für Leonberger Sportvereine auch und gerade in konzeptioneller Hinsicht (Überarbeitung Vereinsförderung, Sportentwicklungsplanung, Vereinszukunftsplanung). Zahlreiche Sonderprojekte (z.B. Mountainbikestrecke, Boulderblock, Trimm-Dich-Pfade) erfordern mehr Zeitressourcen. Mit der aktuellen Stellenausstattung können diese mittel- und langfristigen Aufgaben nicht erfüllt werden. Eine Aufstockung der Stelle ist aus fachlicher Sicht sehr zu empfehlen. (Amt für Kultur und Sport) Gegenfinanzierung: vgl. Stellungnahme zu FW 05 und SPD 15.	
S:ALZ 08	Shuttlebus-Test wie schon zu oft beantragt. Herr Baubürgermeister Brenner hat in seiner Bewerbungsrede vollmundig Shuttlebusse, insbesondere autonome Systeme, in der Zusammenarbeit mit dem Bosch-Standort in Aussicht gestellt. Diese Behauptung bitten wir mit einem konkreten Zeitplan zu unterfüttern und den tatsächlichen Stand der konkreten Gespräche dazu aufzuzeigen. Es sind für 2022 und 2023 Beträge dazu im Haushalt eingestellt. 100.000 für 2022 reichen sicher für den ursprünglich angedachten kurzen Test zur Sichtbarmachung in der Bevölkerung. Aber warum ist der gleiche Betrag in 2023 wieder eingestellt? In Erwartung der üblichen Nicht-Abarbeitung für 2022 und vorauseilend für unsere Anträge zu 2023? Ein zweiter kleiner Test in 2023 macht keinen Sinn, für	Produktgruppe 5470 Verkehrsbetriebe / ÖPNV	--	2022	--	VA	Das Referat prüft momentan die Möglichkeiten bzgl. autonomer Shuttlebusse. Die veranschlagten Kosten sind für die konzeptionelle, planerische und unternehmerische Ausarbeitung eines Testprogramms vorgesehen und daher über 2 Jahre verteilt. Die tatsächliche Durchführung eines solchen Versuchs liegt bei deutlich höheren Kosten und ist frühestens im Jahr 2024 denkbar, wenn ein entsprechendes Konzept vorliegt und sich Vertragspartner gefunden haben. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	die dauerhafte und wünschenswerte Einrichtung eines Testbetriebes ist es zu wenig. Wir bitten um Erklärung wozu das gut sein soll.							
S:ALZ 09	Planung eines Einbahnstraßenrings Bahnhofstraße - Römerstraße - Eltinger Straße. Vgl. Antrag vom letzten und vorletzten Jahr. Wir sehen hier nach wie vor großes Potenzial den Verkehr zu verflüssigen und Stadtraum-Qualität zu gewinnen.	Produktgruppen 5410 Gemeindestraßen und 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	--	2022	Deckungsvorschlag: nicht nötig, da Geld für Umgestaltung Straßenraum eingestellt ist.	PA	Dies wird im Rahmen einer Verkehrsuntersuchung untersucht. Die Ergebnisse werden im Planungsausschuss vorgestellt. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
S:ALZ 10	Biergarten Stadtpark: die Forderung wird wie im letzten Jahr aufrechterhalten. Wir bitten die Planung mit der Entwicklung der Stadthalle zu kombinieren.	--	--	2022 ff	--	PA VA	Dem Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt liegt weder ein Antrag noch eine Voranfrage zu diesem Vorhaben vor, das im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens vor allem mit dem Landesamt für Denkmalpflege abgestimmt werden müsste. Ohne eine konkrete Planung lässt sich mit dem Landesdenkmalamt keine verbindliche Klärung herbeiführen. (Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt) Je nach Ausgestaltung ist eine gaststättenrechtliche Erlaubnis notwendig. (Ordnungsamt) Im Rahmen der Gesamtplanung zum Stadtpark und der Entwicklung der Stadthalle wird die Unterbringung eines Biergartens i.V. mit evtl. denkmalrechtlichen Vorgaben geprüft. (Stadtplanungsamt) Der Vorschlag wird bei einem Neubau der Stadthalle an gleicher Stelle gerne aufgenommen. (Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg)	
S:ALZ 11	Toilette Stadtpark: im Rahmen der Umplanung Stadthalle soll eine Außentoilette zum Stadtpark hin geplant werden, die leicht durch Ordnungsbehörden einsehbar ist.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadthalle Leonberg	+ 20.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	VA	Der Sachstand ist gegenüber dem Vorjahr unverändert. Eine Machbarkeitsstudie wird beauftragt (20 TEUR). (Gebäudemanagement)	
S:ALZ 12	Bauen & Wohnen: Es gelten die Anträge vom letzten Jahr. Auf Bearbeitung verzichten wir. Nur als Gedächtnisstütze.	--	--	2022	--	--	Vgl. Haushalt 2021 (Vorlage 2020/399-03)	
S:ALZ 13	Einzelhandel / Altstadt. Nicht erst seit Corona liegt die Altstadt und mit ihr der Handel am Boden. Es müssen	Produktgruppe 5710 Wirtschaftsförderung	--	2022	--	VA	Die positive Entwicklung in der Altstadt soll nach wie vor als Post-Corona-Maßnahme im Zusammenspiel	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	dringend Konzepte erarbeitet werden. Wir fordern die Einrichtung eines „Forum Altstadt“ wie auch im letzten Jahr, das im alten Ratssaal tagt.						mit den Fachämtern und der Option auf Fördermöglichkeiten weiter intensiviert werden. Insbesondere im Hinblick auf Transformationsprozesse und Resilienz sollen neben den Vertretern des Arbeitskreises Stadtmarketing auch Immobilienbesitzer eingebunden werden – der Gedanke eines „Forums“ im Alten Rathaus wird hierbei gerne aufgegriffen. (Referat für Wirtschaftsförderung und Citymanagement)	
S:ALZ 14	Strohländle. Das Strohländle ist fester Bestandteil des Leonberger Sommerprogramms und bietet vielfältige Unterhaltung sowie Entspannung im Alltag. Für große Teile der Bevölkerung ist es unverzichtbar. Mit dem Veranstalter soll eine dauerhafte Lösung zur kostendeckenden Durchführung erarbeitet werden. Voraussetzung kann eine Vereinsgründung sein, um die Veranstaltung nichtkommerziell abzubilden. Die Stadt unterstützt den Verein mit einem Pauschalbetrag von 10.000 Euro und stellt Hilfen zur Durchführung bereit, etwa Bauhofleistungen und eine Platzüberlassung im Gegenzug für ein breit aufgestelltes Angebot für die Bevölkerung. Dazu ist umgehend eine Abstimmung unter allen Beteiligten zu treffen.	Produktgruppe 5710 Wirtschaftsförderung	+10.000 jährlich	2022 ff	Deckungsvorschlag: pauschales Optimierungsgebot über alle Haushaltsststellen von 0,01%	VA	Siehe auch Antrag CDU 19 (auch hinsichtlich Deckungsvorschlag) Das Amt für Kultur und Sport nimmt in KW 46 Kontakt mit dem Veranstalter des Strohländle auf und fragt dessen Vorstellungen ab, mit dem Ziel, dass das Strohländle weitergeführt werden kann. (Amt für Kultur und Sport)	
Linke 01	Parkhäuser Leonberg: Wichtig wäre es abzubilden, was würde das Parken in Leonberg kosten, wenn - die Brötchentaste bleibt - alle anderen Tarife werden teurer - wie viel würden die neue Tarife in etwa kosten, damit der Bereich "Parken" bei den Stadtwerken auf 0,00 EUR jährlich kommt? Und damit der Posten "Parken in Leonberg" im Haushalt auf 0,00 EUR kommt.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg Produktgruppe 5460 Parkierungseinrichtungen	--	2022ff	--	VA	Stellungnahme erfolgt in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 08.12.2021. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg) Soweit das Ordnungsamt von der Anfrage betroffen ist, kann festgestellt werden, dass die Erträge aus den Parkgebühren, den Ansatz für Investitionen übersteigt. Für öffentlich-rechtliche Stellplätze ergibt sich daher aus Sicht des Ordnungsamts kein Handlungsbedarf. (Ordnungsamt)	
Linke 02	Straßen + Ampeln in Leonberg: - Eltinger Straße + Brenner Straße + Glemseckstraße kann man von 4 Spuren bzw. 3 Spuren für Auto auf 2 Spuren für Auto und den Rest für Gehwege + Fahrradwege + Baumalleen ändern? (Beispiel Paris)	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	--	2022ff	--	PA	Die Reduktion von Fahrstreifen wird im Rahmen eines Verkehrsversuchs in der Brennerstraße und der Eltinger Straße bereits im Jahr 2022 getestet. Die Ergebnisse des Verkehrsversuchs fließen in das Großprojekt „Stadt für Morgen“, bei dem die umfangreiche bauliche Umgestaltung der Stadtmitte hin	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	- ist das gesetzlich umsetzbar? Was kosten solche Umwidmungen ca.? - alle Ampel-Kreuzungen mit Kreisverkehren ersetzen Ist das gesetzlich umsetzbar? Was kostet eine Umwidmung von einer Ampel zum Kreisverkehr? (Beispiel Gartenstadt Kreisverkehr oder Obi-Kreisel) Was spart die Stadt an Folgekosten bei einem Kreisverkehr zu einer Ampel? (Beispiel Gartenstadt Kreisverkehr oder Obi-Kreisel)						zu mehr Fuß-, Rad- und Aufenthaltsqualität im Vordergrund steht. Ein pauschales Ersetzen von Ampel-Anlagen durch Kreisverkehre ist weder sinnvoll noch umsetzbar. Die Wahl der Kreuzungsart hängt maßgebend von der Verkehrsstärke und dem vorhandenen Straßenraum ab. Bei zu hohen Verkehrsstärken bricht die Leistungsfähigkeit von Kreisverkehren zusammen. Des Weiteren bieten Ampel-Anlagen die Möglichkeit den Verkehr zu steuern und zu dosieren. Die Wahl der Knotenpunktform wird bei Planung stets detailliert geprüft und bewertet. Dies wird auch beim Projekt Stadt für Morgen, für jeden Knotenpunkt neu analysiert. (Referat für innovative und intermodale Mobilität)	
Linke 03	Parkraum-Management in der Stadt Leonberg: - Anwohner-Parkbereiche ausweisen + Anwohner-Parkausweise (Beispiele in Ludwigsburg und Stuttgart-West) Wo in Leonberg können wir solche Bereiche ausweisen? Was kann die Stadt Leonberg für einen Ausweis verlangen? Welche Richtlinien beschreiben die genauen Rahmenbedingungen für das Anwohner-Parken? Welche Mehr-Einnahmen kann die Stadt Leonberg dadurch ca. jährlich generieren?	Produktgruppe 5460 Parkierungseinrichtungen	--	2022 ff	--	PA	Siehe auch Antrag SPD 11 Die Erstellung eines Parkraumbewirtschaftungskonzepts wurde im Oktober 2021 beauftragt und momentan durchgeführt. Erste Ergebnisse sind im Frühjahr 2022 zu erwarten. (Referat für innovative und intermodale Mobilität) Für die Einrichtung von Bewohnerparkbereichen sind die Regularien der Straßenverkehrsordnung sowie den zusätzlichen Verwaltungsvorschriften zu beachten. Bewohnerparkbereiche dürfen nur dort eingerichtet werden, wo der Parkdruck nachweislich den vorhandenen Parkraum übersteigt. Die Gebührenhöhe ist unter Beachtung der Delegationsverordnung der Landesregierung zur Erhebung von Parkgebühren festzulegen. Dafür ist kein Höchstsatz festgelegt, sodass die Kommunen bei der Festlegung von ortsangemessenen Gebühren nicht eingeschränkt werden. Grenzen für die Gebührenhöhe ergeben sich aus allgemeinen Grundsätzen wie dem Äquivalenzprinzip und dem allgemeinen Gleichheitssatz aus Artikel 3 Absatz 1 des GG. In den Gebührenordnungen können neben den Kosten des Verwaltungsaufwands (d.h. Personal- und Sachkosten) auch die Bedeutung der Parkmöglichkeiten, deren wirtschaftlicher Wert oder der sonstige Nutzen der Parkmöglichkeiten für die Bewohner berücksichtigt werden. (Ordnungsamt)	
Linke 04	Hol- und Bringzonen bei Schulen und Kindergärten: -was kosten in etwa solche "Zonen" ?	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen	--	2022 ff	--	PA	Je nach örtlicher Gegebenheit und vorhandenem Verkehrsangebot kann die Ausweisung solcher Zonen sinnvoll sein. Dies führt in der Regel jedoch	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
	(Beispiele Städte Erlangen, Bad Brückenau) - darf die Stadt Leonberg gesetzlich so etwas machen?						auch zu einer Steigerung des Hol- und Bringverkehrs, was aus nachhaltiger verkehrsplanerischer Sicht nicht zielführend ist. Wenn die Stadt Leonberg im Besitz entsprechender Flächen ist und für solche Zonen nutzen will, ist dies rechtlich möglich. Die Kosten und die Notwendigkeit solcher Zonen sind spezifisch zu prüfen. Eine pauschale Einschätzung dazu, kann nicht gegeben werden. (Referat für innovative und intermodale Mobilität) Die Straßenverkehrsordnung kennt derartige Zonen nicht. Es handelt sich um keine Einrichtungen und Verkehrszeichen im Sinne der StVO. (Ordnungsamt)	
Linke 05	Baumhaus-Sauna = Baumhaus-Kindergarten - welchen jährlichen Defizit ca. hat die Sauna in 2021 bzw. was kann die Stadt jährlich sparen? - kann die Sauna in einen Kindergarten umgewidmet werden?	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg Produktgruppe 3650 Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen	--	2022 ff	--	SKA VA	Stellungnahme erfolgt in der Sitzung des Finanz- und Verwaltungsausschusses am 08.12.2021. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg) Eine Nutzungsänderung der Baumsauna in einen Kindergarten ist genehmigungspflichtig. Bauplanungsrechtlich ist eine Nutzungsänderung nicht ausgeschlossen. Erhebliche bauordnungsrechtliche Hindernisse bestehen dagegen im Hinblick auf Barrierefreiheit, ausreichende Besonnung und Belüftung, zweiter Rettungsweg etc. Nach derzeitigem Stand kann eine Nutzungsänderung nicht genehmigt werden. Eine verbindliche Prüfung kann nur anhand einer konkreten Planung erfolgen. (Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt)	
ORG 01	Sonnenschutz je für die Spielplätze Talstraße (Biberspielplatz) und Teckstraße (Wasserspielplatz)	Produktgruppe 5510 Öffentliches Grün / Landschaftsbau	+3.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	ORG SKA	Vgl. Vorlage 2021/339-08 Ein baulicher Sonnenschutz (Sonnensegel) ist auf öffentlichen Spielplätzen nicht einsetzbar. Eine Beschattung kann nur durch das Pflanzen von Bäumen erreicht werden. In der Talstraße könnte eine Hainbuche gepflanzt werden. In der Rechbergstraße sind Bäume vorhanden ein weiterer Baum kann nur zentral in der Sandspielfläche gepflanzt werden, dies würde aber dazu führen, dass die spielenden Kinder am Wasserspiel bei normalen Temperaturen auskühlen würden. (Tiefbauamt)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
ORG 02	Prüfung einer Machbarkeitsstudie der baulichen Entwicklung an der Fläche Hohe Steige Flurstück 763 fortfolgend mit insgesamt 1,8 ha ersatzweise für die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Parzellen im Gebiet unterer Mühlweg	Produktgruppe 5110 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	+15.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	ORG PA	Siehe auch Antrag CDU 26 Vgl. Vorlage 2021/339-08 Vor Durchführung einer Machbarkeitsstudie auf Flst. 763 ist die vorzusehende Nutzung zu definieren. Eine Erweiterung des Plangebietes ist im Rahmen des aufzustellenden Flächennutzungsplanes zu diskutieren. (Stadtplanungsamt)	
ORG 03	Für die Planung und Umsetzung der alternativen Bestattungsformen am Friedhof Gebersheim werden 40.000 EURO in den Haushaltsplan eingestellt.	Produktgruppe 5530 Friedhofs- und Bestattungswesen	+40.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	ORG PA	Vgl. Vorlage 2021/339-08 Über die Höhe der notwendigen Mittel für die Umsetzung kann erst entschieden werden, wenn beschlossen ist, was umgesetzt werden soll. Die Planung kann in 2022 erfolgen. Weitere Mittel zur Umsetzung werden, falls erforderlich, zum Haushalt 2023 angemeldet. (Tiefbauamt)	
ORG 04	Die Förderung des Rasenplatzes für den SV Gebersheim mit in das Jahr 2023 vorgezogen	Produktgruppe 4210 Förderung des Sports Investitionsauftrag 742100018104 Förderung SV Gebersheim	+400.000 -400.000	2023 2026	--	ORG SKA	Vgl. Vorlage 2021/339-08 Im Zuge der Haushaltskonsolidierung wurde entschieden, dass Sonderprojekte erst dann im städtischen Haushalt veranschlagt werden, wenn entsprechende Beschlüsse gefasst sind. Die Förderung des Rasenplatzes war ursprünglich für 2023/24 beantragt. Ein entsprechender Beschluss wäre demnach für den Haushalt 2023 zu fassen. (Amt für Kultur und Sport)	
ORG 05	Der Ortschaftsrat beantragt, in den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Stadtwerke Leonberg den Fahrgastunterstand für die Bushaltestelle „Rathaus Gebersheim“ aufzunehmen.	Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	+15.000	2022	--	ORG VA	Siehe auch Antrag FW 17 Vgl. Vorlage 2021/339-08 Im Zuge des barrierefreien Aus-/ Umbaus der Haltestellen (bereits beschlossen) könnte die Bushaltestelle „Rathaus Gebersheim“ ebenfalls umgebaut werden. Der Wetterschutz an der Bushaltestelle Rathaus Gebersheim wird im Zuge des barrierefreien Umbaus umgesetzt. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
ORH 01	Beantragt wird eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich eines On-Demand-Shuttlebusses. Hierbei handelt sich um ein Shuttle auf Abruf, das über eine On-Demand-App buchbar ist. Diese bündelt die Fahrgastwünsche und ermittelt anhand der Buchungen die optimale Route. Das würde wertvolle Zeit sparen und die Lücke zwischen herkömmlichen ÖPNV-Angeboten und dem Individualverkehr schließen. Die virtuellen Haltepunkte könnten über ganz Höfingen verteilt werden. Eventuell könnten Gebersheim und das Leonberger Krankenhaus integriert werden.	Produktgruppe 5470 Verkehrsbetriebe/ÖPNV Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg	+15.000 Vgl. Stellungnahme Verwaltung bezüglich gesamtstädtischer Untersuchung: +50.000	2022 2022	--	ORH VA	Vgl. Vorlage 2021/339-10 On-Demand-Shuttles sind eine sinnvolle Ergänzung des ÖPNV Angebots. Sinnvollerweise sollte ein solches Konzept für gesamt Leonberg vorgesehen werden. Dabei ist voraussichtlich mit höheren Kosten zu rechnen (geschätzt 50 TEUR). (Referat für innovative und intermodale Mobilität) Es wird geprüft. (Eigenbetrieb Stadtwerke Leonberg)	
ORH 02	Bedarfsplanung zur Sanierung der Strohgäuhalle.	Produktgruppe 4241 Sportstätten Investitionsauftrag 742410037201 Strohgäuhalle Höfingen Generalsanierung	+80.000	2022	--	ORH SKA	Vgl. Vorlage 2021/339-10 Mittel sind derzeit für 2027 vorgesehen. Parallel erfolgt die Aufnahme der Halle in die Gespräche mit KEA. (Gebäudemanagement)	
ORH 03	Weiterführung der Sanierungsplanung der Grundschule Höfingen mit 100.000 EUR + Umsetzung der dringensten Maßnahmen wie Fenster-austausch, Dachsanierung und Austausch der Türen. Auf die Dringlichkeit wird hingewiesen.	Produktgruppen 2110 Bereitstellung/Betrieb allgemeinbildender Schulen Investitionsauftrag 721100157201 GS Höfingen Energetische Sanierung	+100.000	2022	--	ORH SKA	Siehe auch Anträge CDU 08 und FDP 16 Vgl. Vorlage 2021/339-10 Die Umsetzung ist in Planung. Das Budget muss neu beantragt werden. (Gebäudemanagement)	
ORH 04	Elektrische Öffnungs- und Schließanlage der Toilettentür auf dem Neuen Friedhof, inklusive Reinigung.	Produktgruppe 5530 Friedhofs- und Bestattungswesen	+7.500 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	--	ORH PA	Vgl. Vorlage 2021/339-10 Die Umsetzung der Maßnahme wird geprüft. (Gebäudemanagement)	
ORH 05	Der Restbetrag des Erbe Beck soll aufgeteilt werden. 80.000 EUR sollen für das Zebrastreifenprogramm und 6.000 EUR für eine Mitfahrbank verwendet werden. Um Prüfung und Auflistung durch das Fachamt wird gebeten.	Produktgruppe 5410 Gemeindestraßen Investitionsauftrag 754100827201 Sichere Straßenquerung Höfingen	-- Vgl. Stellungnahme der Verwaltung: Mittel sind bereits veranschlagt. Neu: +6.000	2022	Gegenfinanzierung aus Erbe Beck.	ORH PA	Vgl. Vorlage 2021/339-10 Im Haushaltsplan sind bereits 619 TEUR für Baumaßnahmen zur sicheren Straßenquerung in Höfingen veranschlagt. Dazu gehören auch Zebrastreifen. Zusätzliche Gelder für das Jahr 2022 sind nach jetzigem Kenntnisstand nicht notwendig.	

Nr.	Antrag mit Begründung	Veranschlagung im Haushaltsplan, finanzielle Auswirkungen	(Änderungs-) Betrag	Haushaltsjahr	Gegenfinanzierung	Ausschuss	Stellungnahme der Verwaltung	Ergebnis der Beratung
							Die Veranschlagung von 6.000 EUR für Umsetzung einer Mitfahrbank wird befürwortet. (Referat für innovative und intermodale Mobilität) Mittel für eine Maßnahme sind in diesem Jahr als Voraussetzung für die Verwendung von 80 TEUR aus dem Erbe Beck veranschlagt, 6 TEUR sind noch als Auszahlung zusätzlich zu veranschlagen. Sofern der Ortschaftsrat die Verwendung aus dem Erbe Beck im Zusammenhang mit der Umsetzung der Maßnahme beschließt, wird das Erbe entsprechend verwendet. (Kämmereiamt)	
ORW 01	Reparatur des "Mönchs" am Warmbronner See zur Regulierung des Wasserstands (Hochwasserschutz).	Produktgruppe 5520 Gewässerschutz / Öffentliche Gewässer	+ 40.000 Vgl. Stellungnahme der Verwaltung.	2022	Keine Gegenfinanzierung genannt.	ORW PA	Siehe auch Antrag FW 16 Vgl. Vorlage 2021/339-08 Die Abflussregulierung wird im Jahr 2022 entsprechend untersucht und durch Reparaturmaßnahmen ggf. Austausch umgesetzt. (Tiefbauamt)	

2021/339-12
öffentlich

Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Gebersheim

Bezugsvorlagen:
2021/339, 2021/339-03

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplan 2022 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen Ergänzungsantrag aus dem Ortschaftsrat Gebersheim

Beschlussvorschlag und Kenntnisnahme

1. Die Anträge der Fraktionen und der Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn zum Haushaltsplanentwurf 2022 und die Stellungnahmen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen oder entsprechend dem Beratungsergebnis der einzelnen Gremien geändert beschlossen.

2. Beschlussfassungen über Anträge mit finanziellen Auswirkungen werden in die Änderungsliste des Gemeinderats zum Haushaltsplanentwurf 2022 aufgenommen.

3 Zu Nr. ORH 1 wird beantragt, Gebersheim soll in die Machbarkeitsstudie integriert werden.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus der Ursprungsvorlage

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Der Ortschaftsrat Gebersheim beantragt die Aufnahme Gebersheims in die Machbarkeitsstudie, die vom Ortschaftsrat Höfingen beantragt wurde. Die Ortsteile Höfingen und Gebersheim könnten somit verbunden werden. Die Ortschaftsräte weisen darauf hin, dass die Kirchengemeinden Gebersheim und Höfingen zusammengelegt wurden. Des Weiteren wird die Kreissparkassenfiliale in Gebersheim geschlossen. Mit dem Shuttlebus könnten die Bürger von Gebersheim Höfingen gut erreichen.

Anlage/n

Keine

2021/339-13
öffentlich

Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Höfingen

Bezugsvorlagen:
2021/339, 2021/339-03

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplan 2022 - Stellungnahmen zu den Haushaltsanträgen Ergänzungsantrag aus dem Ortschaftsrat Höfingen

Beschlussvorschlag und Kenntnisnahme

1. Die Anträge der Fraktionen und der Ortschaftsräte Gebersheim, Höfingen und Warmbronn zum Haushaltsplanentwurf 2022 und die Stellungnahmen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen oder entsprechend dem Beratungsergebnis der einzelnen Gremien beschlossen.
2. Beschlussfassungen über Anträge mit finanziellen Auswirkungen werden in die Änderungsliste des Gemeinderats zum Haushaltsplanentwurf 2022 aufgenommen.
3. **Die Grundschule Höfingen soll als Modellprojekt für eine Machbarkeitsstudie zu „Klimagerechtem Bauen“ verwendet werden.**

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Die finanziellen Auswirkungen ergeben sich aus der Ursprungsvorlage.

Sachverhalt

Punkt 3 wird ergänzt:

Der Ortschaftsrat Höfingen bezieht sich auf den Haushaltsantrag „Grüne 01“ (Seite 1) und befürwortet, dass die Grundschule Höfingen als Modellprojekt für eine Machbarkeitsstudie zu „Klimagerechtem Bauen“ verwendet wird.

Anlage/n
Keine

2021/339-08
öffentlich

LEONBERG

Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Gebersheim

Bezugsvorlagen:
2021/339

Beratungsfolge	*Ö / N*
Ortschaftsrat Gebersheim (Kenntnisnahme)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplan und Wirtschaftspläne 2022 - Ergänzungsanträge des Ortschaftsrats Gebersheim

Kenntnisnahme

1. Die für den Stadtteil Gebersheim relevanten Haushaltsplandaten 2022 werden zur Kenntnis genommen.
2. Beschlussfassungen über Anträge mit finanziellen Auswirkungen werden in die Änderungsliste des Gemeinderats zum Haushaltsplanentwurf 2022 aufgenommen.

Punkt 1: Sonnenschutz für die Spielplätze Talstraße (Biberspielplatz) und Teckstraße (Wasserspielplatz)

Punkt 2: Prüfung einer Machbarkeitsstudie der baulichen Entwicklung an der Fläche Hohe Steige Flurstück 763 fortfolgend mit insgesamt 1,8 ha ersatzweise für die im Flächennutzungsplan vorgesehenen Parzellen im Gebiet unterer Mühlweg

Punkt 3: 40.000 EURO für Planung und Umsetzung alternativer Bestattungsformen Friedhof Gebersheim

JA [x] NEIN [ ]

Die Höhe der finanziellen Auswirkungen ergibt sich aus den Anträgen

Sachverhalt

Der Ortschaftsrat Gebersheim beschließt geändert. Folgende Punkte wurden den Fachämtern vom Ortschaftsrat Gebersheim bereits vorab gemeldet und sollen in den Haushaltsplan 2022 mit aufgenommen werden.
Punkt 1: Sonnenschutz für die Spielplätze Talstraße (Biberspielplatz) und Teckstraße (Wasserspielplatz)
Die Ortschaftsräte sprechen sich für die Anbringung von Sonnensegeln auf diesen Spielplätzen aus, da es sich hier um hauptsächlich von Kleinkindern besuchte Plätze handelt.
Punkt 2: Prüfung einer Machbarkeitsstudie der baulichen Entwicklung an der Fläche Hohe Steige Flurstück 763 fortfolgend mit insgesamt 1,8 ha ersatzweise für die im

Flächennutzungsplan vorgesehenen Parzellen im Gebiet unterer Mühlweg.

Der Ortschaftsrat weißt auf seinen Antrag vom 24.02.2021 in der Vorlage 2020/399-05-01 hin.
Punkt 3: 40000 EUR Planung und Umsetzung alternativer Bestattungsformen Friedhof Gebersheim
Auf dem Friedhof Gebersheim ist das Einrichten von alternativen Bestattungsformen z.B. anonyme Bestattung, Urnenwand, Urnenstelen,z.B. unter Bäumen auf verschiedenen Teilflächen parallel und innerhalb von 1-3 Jahren umzusetzen.

Anlage/n
Keine

2021/339-10
öffentlich

Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Höfingen

Bezugsvorlagen:
2021/339

Beratungsfolge	*Ö / N*
Ortschaftsrat Höfingen (Kenntnisnahme)	Ö
Planungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Haushaltsplan und Wirtschaftspläne 2022 - Ergänzungsanträge aus dem Ortschaftsrat Höfingen

Beschlussvorschlag

1. Die für den Stadtteil Höfingen relevanten Haushaltsplandaten 2022 werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Ortschaftsrat Höfingen stellt folgende Anträge zum Haushaltsplanentwurf 2022:

a) Der Ortschaftsrat Höfingen beantragt 15.000 € für eine Machbarkeitsstudie hinsichtlich eines On-Demand-Shuttlebusses. Hierbei handelt sich um ein Shuttle auf Abruf, das über eine On-Demand-App buchbar ist. Diese bündelt die Fahrgastwünsche und ermittelt anhand der Buchungen die optimale Route. Das würde wertvolle Zeit sparen und die Lücke zwischen herkömmlichen ÖPNV-Angeboten und dem Individualverkehr schließen.

Die virtuellen Haltepunkte könnten über ganz Höfingen verteilt werden. Eventuell könnten Gebersheim und das Leonberger Krankenhaus integriert werden.

b) Bedarfsplanung zur Sanierung der Strohgäuhalle 80.000 €

c) Weiterführung der Sanierungsplanung der Grundschule Höfingen mit 100.000 € + Umsetzung der dringendsten Maßnahmen wie Fensteraustausch, Dachsanierung und Austausch der Türen. Auf die Dringlichkeit wird hingewiesen.

d) Elektrische Öffnungs- und Schließanlage der Toilettentür auf dem Neuen Friedhof, inklusive Reinigung.

e) Der Restbetrag des Erbe Beck soll aufgeteilt werden. 80.000 € sollen für das Zebrastreifenprogramm und 6.000 € für eine Mitfahrbank verwendet werden. Um Prüfung und Auflistung durch das Fachamt wird gebeten.

JA [x] NEIN [ ]

Die Höhe der finanziellen Auswirkungen ergibt sich aus den Anträgen.

Sachverhalt

Der Ortschaftsrat Höfingen stellt die im Beschlussantrag unter 2. genannte Anträge. Diese wurden den Fachämtern vom Ortschaftsrat Höfingen bereits vorab gemeldet und sollen in den Haushaltsplan 2022 mit aufgenommen werden.

Anlage/n
Keine

2021/403
öffentlich

Dezernat I
Amt für Kultur und Sport

Bezugsvorlagen:

Beratungsfolge	*Ö / N*
Ortschaftsrat Höfingen (Vorberatung)	Ö
Sozial- und Kultusausschuss (Entscheidung)	Ö

Wiederherstellung des Trimm-Dich-Pfades in Höfingen

Beschlussvorschlag

1. Der Trimm-Dich-Pfad in Höfingen wird wiederhergestellt und im Zuge dessen in eine zeitgemäße Form umgestaltet.
2. Im Haushaltsplan 2022 werden 34.000 Euro zur Wiederherstellung des Trimm-Dich-Pfades veranschlagt.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
55100002 Kostenstelle 42910000 Sachkonto Aufwendungen für sonst. Sach- und Dienstleistungen	2021	15.000	7.259	Konzeptplanungskosten
755100117201 Trimm-Dich-Pfad Höfingen	2022	23.000	34.000	*Der Finanzbedarf ist im Haushaltsplanentwurf 2022 nicht in voller Höhe veranschlagt. Nach erfolgter Beschlussfassung werden die Mittel über die Änderungsliste des Gemeinderats im Haushaltsplan 2022 veranschlagt.*

Sachverhalt

Der Trend, Sport im Freien zu Treiben hat in den letzten Jahren generell zunehmend an Bedeutung gewonnen. Joggen, Walken, Fahrrad fahren, Sport im Park, versch. Outdoor Fitness Angebote uvm. erfüllen Präventions- wie Rehabilitationszwecke. Auch in Leonberg wird diesem Trend Rechnung getragen. Im Stadtpark entsteht eine Calisthenics-Anlage, an der Alten Autobahntrasse wird ein Pumptrack erstellt. Trimm-Dich-Pfade wären ein weiterer wichtiger Baustein des vereinsungebundenen Freizeitsports im öffentlichen Raum und würden die Vielfältigkeit der Sportlandschaft in Leonberg bereichern.

In Höfingen existieren heute noch die Reste des ehemaligen Trimm-Dich-Pfades. Hier war vor vielen Jahren ein Rundkurs über 2,2 km angelegt worden mit verschiedensten Stationen. Aufgrund mangelnder Nutzung wurde der Unterhalt durch die Stadt Leonberg eingestellt. Auf Anregung des Ortschaftsrats Höfingen sowie des Jugendausschusses wurde eine Wiederherstellung der Trimm-Dich-Pfade geprüft, um den Veränderungen bei der sportlichen Betätigung Rechnung zu tragen. Gerade im Zuge der Corona-Pandemie mit der einhergehenden Schließung von Fitnessstudios und der Aussetzung des Vereinssportangebots wurde die Wichtigkeit solcher dezentralen Angebote deutlich.

Ein Trimm-Dich-Pfad besteht in der Regel aus einem Rundkurs über 2-4 km mit einfachen aber effektiven Übungen zur gezielten Kräftigung der Muskulatur, Balance- sowie Dehnübungen. Neben dem Ausdauertraining werden sogleich noch weitere Aspekte eines funktionellen alltagsorientierten Trainings absolviert. Das Angebot richtet sich an alle, gleich welchen Alters oder Fitnesslevels, die sich draußen in der freien Natur bewegen möchten.

Die Leonberger Firma SETUP Landschaftsarchitektur hat drei Kostenvoranschläge für die Wiederbelebung des Trimm-Dich-Pfades in verschiedenen Varianten ausgearbeitet. Als Basis steht bei allen Varianten die Ertüchtigung der Wege und Pfade, das Beseitigen von Stolperstellen sowie der Abbau und die Entfernung der alten Ausstattung. Danach folgt die Ausstattung des Trimm-Dich-Pfades (Anlagen 1+2).

In Höfingen soll zunächst die Erstellung eines beschilderten Rundwegs mit Bewegungsflächen und beschilderten Station (Grundausbau) umgesetzt werden. Je nachdem, wie der Trimm-Dich-Pfad angenommen wird, können in den Folgejahren nach Bedarf weitere Ausbaustufen umgesetzt werden. (Anlage 1)

Historischer Hintergrund:

Im März 1970 startete der Deutsche Sportbund (DSB) seine Marketingkampagne „Trimm Dich durch Sport“ und rief die Menschen zur sportlichen Betätigung auf. Ziel war es den Menschen zu verdeutlichen, dass Sport auch außerhalb von Vereinsstrukturen mit einfachen Mitteln, überall und zu jeder Zeit ausgeübt werden kann. Im Rahmen der Kampagne gab es vielerlei unterschiedliche Formate, die zentral und dezentral angeboten worden sind. Hierzu gehörten u.a. Trimm-Spiele, Trimm-Pfade, Lauftreffs sowie die Sportabzeichen Abnahmen und Volkswandertage. Zum gleichen entstanden die ersten Trimm-Dich-Pfade in Deutschland. Rückblickend betrachtet der DSB seine Kampagne und die Verknüpfung mit dem Entstehen der Trimm-Dich-Pfade als bundesweit erfolgreichste Kampagne zur Bewegungs- und Sportförderung. Es gelang, den Sport im öffentlichen Raum gesellschaftlich zu verankern und Millionen Menschen zur Bewegung zu animieren. Durch die gezielten Maßnahmen und die Schaffung von Strukturen und Rahmenbedingungen, wurde eine niederschwellige, öffentliche und oftmals kostenfreie Ausübung des Freizeit- und Breitensports ermöglicht (Anlage 3).

Auch in der Sportwissenschaft wird die Bedeutung sportbezogener Infrastruktur hoch eingeschätzt. Diskussionen und Studien in der Fachwelt kommen zu den Ergebnissen, dass die sportbezogene Infrastruktur ein wichtiger Faktor ist um dem Bewegungsmangel entgegen zu wirken. Aktuell beschäftigen sich etwa das Sportwissenschaftliche Institut der Universität Tübingen, die Deutsche Sporthochschule Köln sowie das Karlsruher Technologie Institut intensiv mit Studien zu Corona und Sport, sowie dem damit einhergehenden Bewegungsmangel und die gesundheitlichen Folgen. Denn Sport und Bewegung bleiben

auch künftig das kostengünstigste und effektivste Medium, um Menschen gesund zu erhalten und ein soziales Miteinander zu ermöglichen. Die Pandemie war nur ein Beschleuniger, das Grundproblem schon früher da (Anlage 4).

Anlage/n

1 Anlage 1_Kostenschätzung_Höfingen (öffentlich)

2 Anlage 2 Trimm-Dich-Pfade_Konzept Höfingen (öffentlich)

3 Anlage 3 Studie_Trimm-Aktionen_DSB (öffentlich)

4 Anlage 4 Stuttgarter Sportkongress (öffentlich)

Bauherr:					Bearbeiter
Stadt Leonberg					Treiber
Baumaßnahme:					Projektnummer
Wiederherstellung alter Trimm-Dich-Pfad					21-090
in Höfingen					Datum
					2021-11-11
Kostenabschätzung					
Pos.	Leistung	Masse ca.	Einh	ca.EP in €	GP in €
1.	vorhandenen Bewuchs kontrollieren,				
	zurückschneiden, Einzelbäume fällen	1,00	pau	2.000,00	2.000,00
2.	vorhandene Wege ausbessern, Stolperstellen				
	und Nassstellen beseitigen	1,00	pau	8.000,00	8.000,00
3.	alte Ausstattungen und Schilder entfernen	1,00	pau	2.000,00	2.000,00
4.	Wege teilweise mit Rindenmulch oder	1,00	pau	12.000,00	12.000,00
	Schotter / Splitt überziehen				
5.	beschilderter Rundweg mit kleinen Bewegungs-				
	flächen, Beschilderung der Stationen	1,00	pau	4.000,00	4.000,00
	Zwischensumme Grundausbau netto				**28.000,00**
6.	Ausstattung mit Trimm- und				
	Fitnessgeräten mit Anschauungsbeispielen				
	für Kinder				
	pro Station	10,00	St	3.500,00	35.000,00
	Zwischensumme Erweiterungsausbau netto				**63.000,00**
7.	Ausstattung mit Bänken	3,00	St	1.500,00	4.500,00
8.	Ausstattung mit Sitzgruppen	1,00	St	3.000,00	3.000,00
9.	Ausstattung mit Unterständen	1,00	St	5.000,00	5.000,00
	Zwischensumme Endausbau netto				**75.500,00**
	Rundung				130,25
Netto-Bausumme Endausbau					75.630,25
zuzüglich 19 % MWSt					14.369,75
Brutto-Bausumme					90.000,00
zuzüglich Baunebenkosten			ca.	20,00%	15.126,05
zuzüglich 19 % MWSt aus Baunebenkosten					2.873,95
Gesamtsumme					**108.000,00**
aufgestellt					
SETUP Landschaftsarchitektur					

Konzept für Höfingen - Erweiterbarer Trimm-Dich-Pfad

Entwicklungsschritte:

1. Ertüchtigung der Wege und Pfade im vorhandenen Rundweg durch Entfernung von Stolperfallen und Hindernissen sowie Auslichtung der Wegebereiche

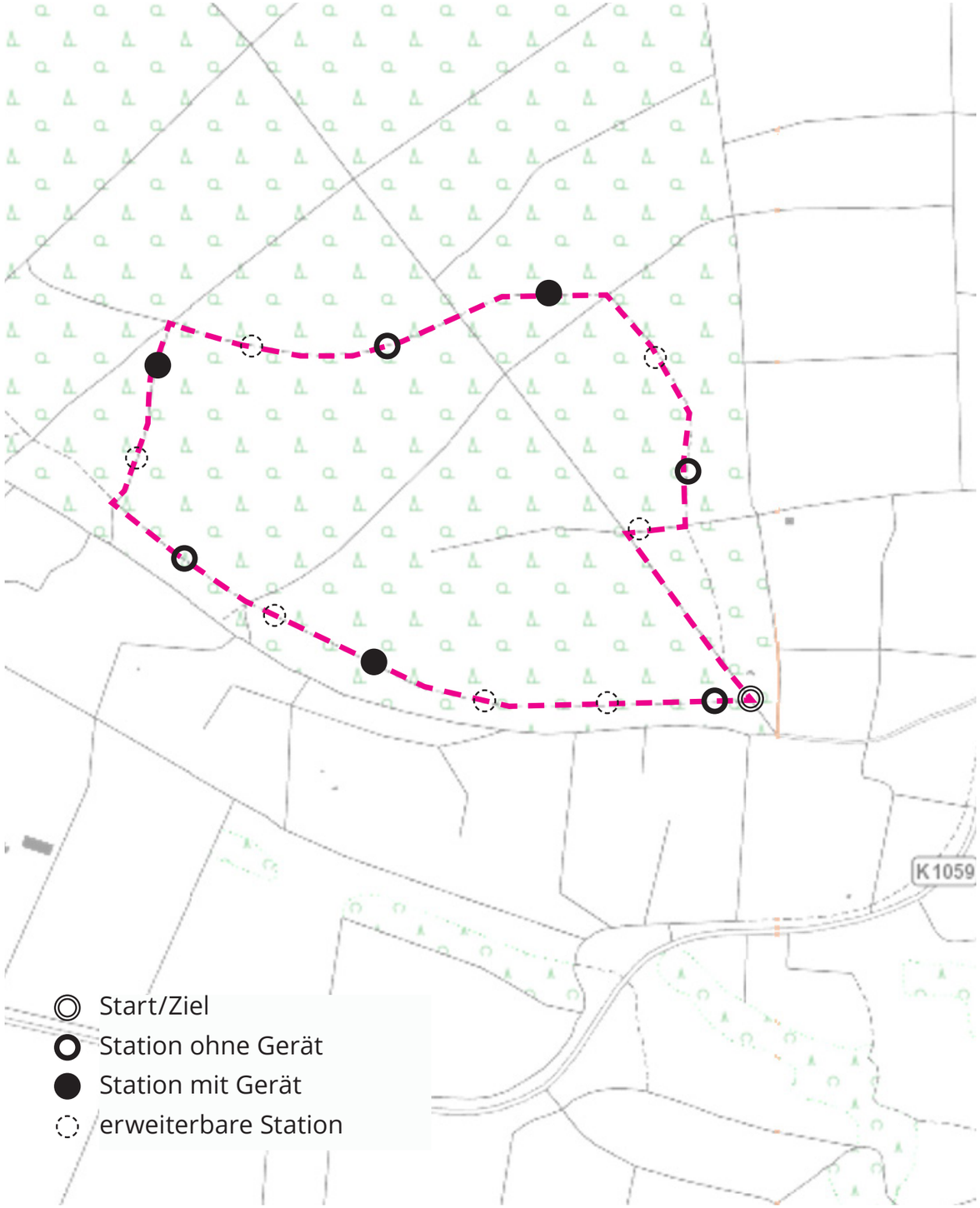
2. Teilweise Erneuerung der Wegebefestigung mit Holzhackschnitzel oder Splitt

3. Beschilderung des Rundweges und der Stationen - Auslichtung und Befestigung kleiner Freiflächen für die einzelnen Trainingsstationen

4. Ausstattung von 3 - 5 Stationen mit Fitnessgeräten und Anschauungsobjekten für Kinder

5. Ausstattung für Erholung mit Bänken, Unterständen und Themenweg

Beispiel:
Grundausbau: Rundweg mit 7 Stationen ohne Geräte
Erweiterungsausbau: Ausstattung von 3 Stationen mit Geräten
Endausbau: 15 Stationen (davon 5 Geräte) Abstand 100 bis 200m



Verena Mörath

Die Trimm-Aktionen des Deutschen Sportbundes zur Bewegungs- und Sportförderung in der BRD 1970 bis 1994

„*So ein Wurf wie der Trimmy gelingt nur einmal im Leben*“

Februar 2005
Bestell-Nr. SP I 2005-302
ISSN-Nr. 0948 048X

Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Public Health
Forschungsschwerpunkt Arbeit, Sozialstruktur und Sozialstaat
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
D-10785 Berlin, Reichpietschufer 50
Tel.: 030/25491-577

Zusammenfassung

Die vorliegende Studie untersucht die „Trimm-Aktionen“ des Deutschen Sportbundes zur Bewegungs- und Sportförderung 1970-1994 mit dem Ziel, einen Beitrag zu der nach wie vor aktuellen Diskussion über Strategie- und Konzeptanforderungen sowie fördernde und hemmende Implementations- und Wirkungsbedingungen bevölkerungsbezogener präventionspolitischer Kampagnen zu leisten. Nach einem einführenden Überblick über den wissenschaftlichen Erkenntnisstand zum Verhältnis zwischen sportlicher Aktivität und Gesundheit sowie zu den Sportgewohnheiten der Bevölkerung in Deutschland wird in der Studie folgenden Fragen nachgegangen: Mit welchen Motiven, Zielen und Wirkungserwartungen startete der Deutsche Sportbund die bundesweite Trimm-Kampagne, wie war diese organisiert und finanziert, wie gestaltete sich die interne und externe Kooperation, welche Zielgruppen in der Bevölkerung sollten mit den verschiedenen Teilkampagnen angesprochen werden und welche konkreten Instrumente und Handlungsangebote wurden hierfür entwickelt? Die Analyse stützt sich auf eine breite, von der Forschung bislang kaum erschlossene bzw. genutzte empirische Materialbasis, insbesondere auf zahlreiche Originaldokumente sowie eigene Interviews mit Schlüsselakteuren der Trimm-Aktionen. Die auf dieser Grundlage gewonnenen Befunde erlauben es die Problemadäquanz und die Wirkungsreichweite der Trimm-Kampagne fundierter und genauer, als dies bislang möglich war, einzuschätzen. Die Ergebnisse lassen den Schluss zu, dass die Trimm-Dich-Kampagnen – über ihre unmittelbaren sportlichen Aktivierungseffekte hinaus – das gesellschaftliche Klima längerfristig im Sinne einer erhöhten Sensibilität und Aufgeschlossenheit für sportliche Betätigung und körperliche Fitness beeinflusst und zudem die – auf eine Verstärkung niedrigschwelliger Breitensportangebote gerichtete – Organisationsentwicklung im Deutschen Sportbund und den darin zusammengeschlossenen Mitgliedsverbänden und Vereinen befördert haben.

Abstract

By investigating the „Trimm-Aktionen“ of the German Sports Association (Deutscher Sportbund) for the promotion of exercise and sports from 1970 to 1994 this study aims at contributing to the ongoing discussion on the implementation and effectiveness of prevention campaigns addressed to the general population. After an introductory overview of existing research concerning the relation between sporting activities and health as well as on the sporting habits of the population in Germany, the study addresses the following questions:

What were the motives, objectives and expectations of effectiveness underlying the nationwide „Exercise (Trimm)-Campaign“, when it was started by the German Sports Association? How was this campaign organized and financed? How did internal and external cooperation develop and function? Which target groups in the population were to be addressed by different parts of the campaign and which particular instruments and activities were developed to accomplish this?

The analysis is based on a broad empirical basis which up to now had hardly been tapped including numerous original documents as well as interviews conducted by the author with key players in the “Trimm-Aktionen”. The resulting insights allow for a more qualified assessment of problem definition and effectiveness of the Exercise Campaign than had been possible up to now. According to these results it may be concluded that the Trimm-Dich-Campaigns – in addition to directly influencing more sport activities – have, in the long run, influenced the social climate increasing openness to sporting activities and physical fitness. At the same time the organizational development of the German Sports Association and its member organizations was promoted.

Inhalt

Primärprävention durch Kampagnen - Einführung von Rolf Rosenbrock -.- 7
-1. Public Health-Relevanz von Sport und Bewegung 11
1.1 Ist Sport gesund? Bewegung und Gesundheit 11
1.2 Sportliche Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland 14
1.3 Sportliche Aktivierung der Bevölkerung – aber wie? 19
2. Gegengenstand, Fragestellung und methodisches Vorgehen 22
3. Entstehungsbedingungen der Trimm-Aktionen 24
3.1 Ein „Zweiter Weg" für den Sport 24
3.2 Auslösende Motive für die Trimm-Aktion 27
4. Erster Zyklus: Motivationskampagne „Trimm Dich durch Sport" (1970-1974) 29
4.1 Konzeptionsphase und Kommunikationspolitik 29
4.2 Aktionsprogramme und Handlungsangebote 32
4.2.1 Trimmpfad versus Trimmpark 34
4.2.2 Der Lauf-Treff – „Eine Idee bewegt die ganze Nation" 35
5. Zweiter Zyklus: Die Ausdauerkampagne „Ein Schlauer trimmt die Ausdauer" (1975-1978) 36
6. Neun Jahre Trimm-Aktion: Eine Zwischenbilanz 38
6.1 Bekanntheitsgrad groß – Verhaltenseffekte unklar 39
7. Dritter Zyklus: Die Spielkampagne „Spiel mit – da spielt sich was ab" (1979-1982) 42
8. Vierter Zyklus: Die Gesundheitskampagne „Trimming 130 – Bewe-gung ist die beste Medizin (1983-1986) 46
8.1 Analyse- und Konzeptionsphase 46
8.2 Kommunikationspolitik 49
8.3 Modellmaßnahmen und Aktionsprogramme 52
8.4 Evaluierungen 55
9. Fünfter Zyklus: Die Vereinskampagne „Gemeinsam aktiv – Im Verein ist Sport am schönsten" (1987-1994) 61
10.Weitere DSB-Kampagnen im Überblick 65
11. Zusammenfassung 67
11.1 Kritiker und Befürworter 67
10.2 24 Jahre Trimm-Aktion: Eigene Einschätzung 71
Literatur
Anhang 84

Primärprävention durch Kampagnen – eine Einführung

Primärpräventive, d. h. Belastungen senkende und Ressourcen vermehrende Aktivitäten und Strategien (Rosenbrock/Gerlinger 2004) lassen sich drei Interventionsebenen zuordnen: dem Individuum, dem Setting und der Bevölkerung. Je nachdem, ob die Intervention sich auf Information, Aufklärung und Beratung beschränkt oder ob sie auch Interventionen zur Veränderung gesundheitsbelastender bzw. ressourcenhemmender Faktoren der jeweiligen Umwelt/des jeweiligen Kontextes einschließt, ergeben sich sechs Strategietypen, zu denen in Abbildung 1 jeweils ein Beispiel gegeben wird (Rosenbrock 2004a)

Abbildung 1: Typen und Arten der Primärprävention

	Information, Aufklärung, Beratung	*Beeinflussung des Kontexts*
Individuum	*I.* z. B. Ärztliche Gesundheitsberatung, Gesundheitskurse	*II.* z. B. ‚präventiver Hausbesuch'
Setting	*III.* z. B. Anti-Tabak Aufklärung in Schulen,	*IV.* z. B. Betriebl. Gesundheitsförderung als Organisationsentwicklung
Bevölkerung	*V.* z. B. ‚Esst mehr Obst', ‚Sport tut gut', ‚Rauchen gefährdet die Gesundheit', ‚Seid nett zueinander'	*VI.* z. B. HIV/Aids-Kampagne, Trimm-Kampagne

Für jeden dieser sechs Strategietypen lassen sich zweckmäßige Einsatzfelder identifizieren. Jeder dieser Handlungstypen erfordert unterschiedliche Instrumente, Ressourcen, Akteurkonstellationen und auch unterschiedliche Methoden der Qualitätssicherung (Rosenbrock 2004b).

Es ist eine zentrale gesundheitspolitische Steuerungsaufgabe, dafür zu sorgen, dass je nach Zielgruppe und Gesundheitsrisiko der jeweils angemessene Strategietyp bzw. –mix zum Einsatz kommt. Im Selbstlauf tendiert die Politik (auf Makro-, Meso- und Mikro-Ebene) dazu, jeweils auch dann auf weniger komplexe Interventionen (z. B. Interventionsebene Individuum statt Setting sowie/oder Vernachlässigung des Kontextes) zurückzugreifen, wenn Interventionen höherer Ordnung angezeigt wären. Diese Tendenz führt u. a. dazu, dass Kampagnen insgesamt sehr selten in der Gesundheitspolitik eingesetzt werden und dann auch noch meist Defizite im Hinblick auf den Kontextbezug aufweisen. Deshalb ist gute Präventionspolitik meist ‚gegentendenzielle' Politik'.

Eine Kampagne ist eine systematisch geplante Kombination von Maßnahmen (Einzelprojekten) zur Erreichung gesundheitsbezogener Ziele bei der Gesamtbevölkerung oder definierten Zielgruppen (Töppich 2004). Regelmäßig besteht das Kampagnenziel in einer Veränderung von gesundheitsrelevanter Wahrnehmung und gesundheitsrelevantem Verhalten in der Gesamtbevölke-

rung bzw. in der/den definierten Zielgruppe/n. In der Werbewirtschaft wird unter Kampagne die systematische Verbreitung von Werbebotschaften durch gezielten und ggf. kombinierten Einsatz von Massenmedien verstanden. Für die gesundheitspolitische Bewertung besteht der entscheidende Unterschied jedoch nicht darin, ob Massenmedien eingesetzt werden oder nicht, sondern ob eine Kampagne auf den Verhaltenskontext (die Lebens- und Verhaltensbedingungen, das Setting) der Bevölkerung bzw. Zielgruppen eingeht (und diese u. U. auch verändert) oder nicht. Kurz gesagt: das Ziel einer Werbekampagne besteht in der maximalen Bekanntheit (des Produkts, des Absenders der Botschaft bzw. der Kampagne selbst), während primärpräventiv inspirierte Kampagnen auf maximale Veränderung des Verhaltens zielen.

Kampagnen ohne relevanten Kontextbezug (‚Esst mehr Obst', ‚Sport tut gut', ‚Rauchen gefährdet die Gesundheit') richten sich in der Regel an die gesamte Bevölkerung, indem sie gesundheitsrelevante Botschaften transportieren, ohne jedoch auf die fördernden und hemmenden Bedingungen ihrer Annahme bzw. Umsetzung einzugehen oder diese gar zu verändern. Sie sind unaufwändig zu organisieren, haben einen, wenn überhaupt, geringen *impact* und gehören regelmäßig in die Kategorie ‚symbolische Politik'. Typischerweise werden sie auch nicht im Hinblick auf gesundheitliche Wirkungen evaluiert.

Das ausgesprochen Erfolg versprechende Instrument bevölkerungsbezogener Kampagnen mit Kontextbezug wurde in der Bundesrepublik bislang nur sehr selten angewendet. Große Gesundheitskampagnen zur nicht-medizinischen Primärprävention **mit** relevantem Kontextbezug gab es in der Bundesrepublik bislang eigentlich nur drei: die Kampagne zum Sicherheitsgurt in den 60er Jahren, die Trimm-Aktionen (ab 1970) sowie die HIV/Aids-Kampagne v. a. (ab Mitte der 80er Jahre).

Alle drei Kampagnen zeigen, dass sich große und nachhaltige Effekte nur durch mehrjährige koordinierte und auf einander aufbauende Aktivitäten eines breiten Bündnisses von Akteuren erzielen lassen. Eine kontextbezogene Kampagne umfasst damit alle drei Interventionsebenen: neben der Information und Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung/-zielgruppe, die über die Massenmedien erreicht werden soll, geht es immer auch um die gleichzeitige Anregung von geplanten und spontanen Setting-Projekten (sowohl Gesundheitsförderung im Setting als auch Entwicklung zum gesundheitsförderlichen Setting.). Letztlich soll damit meist je individuelles Verhalten verändert werden, was wiederum auch durch Maßnahmen der individuellen Prävention (mit und ohne Kontextbezug) zusätzlich angeregt bzw. verstärkt werden kann. Kampagnen sind der übergreifende Ansatz, der Interventionen in Settings und Hilfen zur Verhaltensmodifikation einschließt.

Während die sehr erfolgreiche Sicherheitsgurt-Kampagne (Vieth 1988) und die zumindest 15 Jahre ebenfalls sehr erfolgreiche HIV/Aids-Kampagne (Rosenbrock 1994, 2003; Rosenbrock Schaeffer 2002) bereits im Rahmen früherer Arbeiten der Forschungsgruppe Public Health im WZB untersucht worden sind, stand dies für die vom Deutschen Sport Bund initiierten Trimm-Aktionen bislang aus.

In der vorliegenden Studie untersucht Verena Mörath Geschichte, Motive, Ablauf, Formen und Ergebnisse der Trimm-Aktionen, die der Deutsche Sport Bund (DSB) ab 1980 in insgesamt fünf Zyklen initiierte und organisierte. Es wird deutlich, dass die Trimm-Dich-Kampagne insgesamt

keinen überwältigenden, aber einen gut messbaren und signifikanten Effekt auf die sportliche Betätigung hatte. Immerhin ließen sich ca. 8,5 Mio. Menschen zumindest zeitweilig zum ‚Trimmen' anregen. Dies war das Ergebnis einer eher unsystematisch angestoßenen Aktivität im DSB für den „Zweiten Weg" im Sport (d. h. nicht in erster Linie auf Vereinsmitgliedschaft und Wettkampf zielend), die sich geschickt an gesellschaftlichen Megatrends (Freizeitorientierung etc.) orientierte und Gesundheit und erst recht Gesundheitserziehung nicht in den Vordergrund stellte. Im Zuge der alsbald einsetzenden Professionalisierung der Kampagne betrieb der DSB eine erfolgreiche Politik der Vernetzung mit anderen Akteuren, und die Kampagne wurde in vielen Aspekten (Schwerpunktsetzungen, Planungsphasen, Medienwahl) erfreulich lebendig und vielgestaltig.

Die Wirkungen wären wahrscheinlich noch größer gewesen, wenn es nicht – aus heutiger Sicht und mit dem heutigen Kenntnisstand zu multimodalen Mehrebenenkampagnen – konzeptionelle und Umsetzungsdefizite gegeben hätte, die die Autorin klar herausarbeitet: mangelnde Zielgruppenorientierung, zu schwache Untersetzung mit setting-bezogenen Strategien, v. a. im Bereich der Schulen, das Fehlen der Verknüpfung mit dem „Zwillingsthema" Ernährung etc.. Zudem sind auch in den Bereichen Qualitätssicherung und Evaluation deutliche Defizite zu verzeichnen. Qualitätssicherung war im Zeitraum der Kampagnen weder als Thema noch als Technik wirklich entwickelt, und die Ergebnismessungen variierten über die Zeit in den Fragestellungen und waren auch nicht hinreichend nach Zielgruppen differenziert.

Das Papier von Verena Mörath ist nicht das Kochbuch für eine neue bundesweite Bevölkerungskampagne, wie sie – z. B. zum Thema ‚physisches und psychisches Gleichgewicht' (konzeptionell könnte dabei angeknüpft werden an die Kampagne ‚Suisse Balance', die von der Schweizerischen Stiftung Gesundheitsförderung initiiert wurde (www.healthproject.ch, letzte Abfrage 03.02.05)) mit den Komponenten Ernährung, Bewegung, Stressabbau/-verarbeitung; oder auch zum Thema Tabakrauchen (vgl. SVR 2002) – in Deutschland fällig und möglich wäre und sicherlich in nächster Zeit zu diskutieren sein wird. Aber das Papier sollte jeder lesen, der sich an die Planung einer solchen Kampagne heran macht: wenn die wichtigen Lehren zu den fördernden und hemmenden Bedingungen für die Entstehung, für die erfolgreiche Durchführung, für die Erzielung von Ergebnissen und für die Messung der Ergebnisse der Trimm-Kampagnen verstanden sind, kann die nächste Kampagne nur (noch) besser werden.

Rolf Rosenbrock

1. Public Health-Relevanz von Sport und Bewegung

1.1 Ist Sport gesund? Bewegung und Gesundheit

Es gibt vermutlich nur wenige Dinge, die von Laien so vorbehaltlos akzeptiert werden wie die Auffassung, dass Sport und körperliche Betätigung gut für die Gesundheit und das Wohlbefinden sind. So verwundert es nicht, dass bei einer kommunalen Repräsentativbefragung in Deutschland 74 % der Bürger die These bejahten, dass „man Sport treiben muss, um gesund zu bleiben" (Bös & Woll 1989:87). Bös & Gröben stellen fest, dass „Sportlichkeit und Fitness (...) bei allen Bevölkerungsschichten durchweg als positive Lebensziele" gelten und gehen in ihrem Urteil sogar so weit, dass der „Zusammenhang zwischen Sport und Gesundheit längst den Charakter eines Stereotyps angenommen" habe (1993:9). Ausreichende Bewegung gilt demnach in einer breiten Öffentlichkeit als gesundheitsförderlich, und Gesundheit ist für viele Menschen zu „einem zentralen ‚Leitwert' ihres Sport- und Bewegungsverhaltens geworden" (Rittner & Breuer 2000:23).

Mittlerweile gibt es eine sehr breite wissenschaftliche Befundlage über die Zusammenhänge zwischen sportlicher Aktivität und der Ausprägung verschiedener physischer und psychischer Gesundheitsmerkmale, die in einer ganzen Reihe von Veröffentlichungen zusammenfasst ist.[1] Gestützt auf diese Erkenntnisse zeigt Mensink[2], dass Sport und Bewegung in Bezug auf koronare Herzkrankheiten (u. a. Herzinfarkt), Bluthochdruck, Diabetes mellitus Typ II, Osteoporose, Osteoarthritis, Adipositas, Kolonkrebs, Rückenleiden und möglicherweise auch auf Lungenkrebs, Brustkrebs, Schlaganfall und Depression eine präventive Funktion haben (2003a:3). Abgesehen von der präventiven Wirkung körperlicher Aktivität wirkt sich diese auch lindernd auf Krankheitsbeschwerden aus. Weniger eindeutig als bei physischer Gesundheit fallen insgesamt die Befunde über die Auswirkungen körperlicher Aktivität auf die psychische Gesundheit aus. Schlicht zufolge können aber auch hier Meta-Analysen belegen, dass für spezifische Dimensionen, vor allem emotionale, und für ausgewählte Altersgruppen, vor allem für das mittlere bis hohes Lebensalter, positive Effekte durch körperliche Aktivität erzielt werden (2003a:17).

Vor dem Hintergrund des aktuellen Forschungsstands bilanziert Schlicht, dass die weit verbreitete Inaktivität der Bevölkerung das gesundheitliche Risiko substantiell erhöht, körperlich-sportliche Betätigung infolge dessen eine signifikante Möglichkeit darstellt, ernsten Erkrankungen vorzubeugen und das psychische und körperliche Wohlbefinden zu steigern. Nach wie vor strittig sei

---

[1] Einen guten Überblick über den aktuellen Forschungsstand findet sich u. a. bei Fuchs (2003), Rütten (1998) und auch bei Bös & Brehm (1998). In unterschiedlicher Gewichtung geben die Autoren die Ergebnisse langfristig angelegter epidemiologischer Studien und Querschnittsstudien (u. a. USDHHS 1996a/b, WIAD 1996, WHO-Report 2003, Woll 1996) sowie einer Vielzahl von Einzelstudien (Abele, Brehm & Pahmeier 1997; Banzer, Knoll & Bös 1998; Bouchard, Shepard & Stephens 1994; Blair 1996; Knoll 1997; Schlicht, Kanning & Bös 2003) wieder. Hier werden die positiven Effekte des Sports auf die physische Gesundheit (Gesamtmortalität, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebs, funktioneller Abbau im Alter, Diabetes, Osteoporose, Arthritis und Übergewicht) wie auch auf die seelische Gesundheit (Beschwerdeerleben, soziales und psychisches Wohlbefinden, Depression, Angst, Stressregulation) auf der Basis vorhandener Literatur herausgearbeitet. Eine aktuelle Zusammenfassung von Untersuchungen zum Thema Prävention (vor allem in Bezug auf Herz-Kreislauferkrankungen) durch körperliche Aktivität bietet zudem das „Weißbuch Prävention" (2004) der Kaufmännischen Krankenkasse (KKH).

[2] Mensink stützt sich in erster Linie auf: Samitz 2002; Mensink 1999; USDHHS 1996a/b; Bouchard et al. 1994 und Paffenbarger et al. 1993.

dabei die genaue Dosis-Wirkungs-Beziehung und der zeitliche Mindestumfang einer gesundheitswirksamen körperlich-sportlichen Belastung (Schlicht 2003a:17).[3]

Einen umfassenden Überblick für Deutschland geben Winkler, Klaes, Florijn-Zens & Wild-Mittmann in ihrem Aufsatz „Dimensionen der Gesundheit und der Einfluss sportlicher Aktivitäten" (1998). Ihre Arbeit basiert auf einer Studie des Wissenschaftlichen Instituts der Ärzte Deutschlands (WIAD) e. V. Hier wurden die Daten der Deutschen Herz-Kreislauf-Präventionsstudie (DHP) mit einer Stichprobe von mehr als 44.000 Personen verwendet. Diese für die deutsche Erwachsenenbevölkerung der 25- bis 69-Jährigen repräsentativen Daten erlauben eine detaillierte Analyse der Zusammenhänge von Bewegung/Sport auf der einen Seite und Risikostatus, gesundheitsrelevanten Einstellungen und Verhaltensweisen, Befindlichkeits- und Beschwerdeprofilen sowie weiteren gesundheitsbezogenen Parametern auf der anderen Seite. Die zentralen Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen: Der Gesundheitsstatus sportlich Aktiver war durchgängig und in allen Altersklassen günstiger als bei der übrigen Bevölkerung. Sie wiesen eine bessere körperliche und seelische Gesundheit auf sowie ein geringeres Sterberisiko. Sporttreibende sind darüber hinaus zufriedener, gehen in stärkerem Maße davon aus, dass sie ihren eigenen Gesundheitsstatus beeinflussen können und klagen weniger häufig über arbeitsbedingte Belastungen. Bei körperlich Aktiven finden sich auch eine geringere Beschwerdehäufigkeit und eine geringere Anzahl an verschiedenen gesundheitlichen Beschwerden. Insbesondere weisen Sportaktive unabhängig von Alter, sozialem Status und Geschlecht schwächer ausgeprägte Risikofaktoren für Herz-Kreislauf-Erkrankungen auf. Der insgesamt günstigere Gesundheitsstatus Sportaktiver schlägt sich auch nieder in einer geringeren Anzahl von Arbeitsunfähigkeitstagen (vgl. Winkler, Klaes, Florijn-Zens & Wild-Mittmann 1998:235ff.). Die Autoren stellen abschließend fest, „dass auf allen annoncierten Dimensionen der Gesundheit, von der Lebenszufriedenheit bis zur Mortalität, für Sporttreibende günstigere Werte zu beobachten sind" und sich ein „positives Bild der Bedeutung sportlicher Aktivitäten für die Gesundheit entwerfen lässt" (ebd.: S. 236).

Aufgrund der Daten dieser Querschnittsuntersuchung können jedoch keine Aussagen über die Kausalrichtung des Zusammenhangs zwischen sportlicher Aktivität und Gesundheit gemacht werden: Denkbar ist auch die Interpretation, dass ohnehin gesündere Bevölkerungsgruppen vermehrt Sport treiben. Für das Vorliegen eines Ursache-Wirkung-Zusammenhangs zwischen sportlicher Aktivität und besserem Gesundheitsstatus sprechen jedoch die Befunde vorliegender Längsschnittstudien. So haben Breckenkamp, Blettner & Laaser (2004) anhand der Daten des Bundes-Gesundheitssurveys von 1984-85 den Einfluss sportlicher Aktivität auf die Sterblichkeit und auf die kardiovaskuläre Morbidität über einen Zeitraum von 14 Jahren unter Männern und Frauen im Alter zwischen 19 und 69 Jahren verfolgt. Den Ergebnissen dieser Studie zufolge war das Risiko, eine Herz-Kreislauf-Erkrankung zu erleiden, in der Gruppe der Männer, die weniger als 1 Stunde pro Woche Sport trieben, um das 2,47-Fache und bei denen mit 1 bis 2 Stunden sportlicher Aktivität pro Woche um das 2,43-Fache höher als in der Referenzgruppe (2 Stunden und mehr Sport pro Woche). Ein solcher – durchweg signifikanter – Einfluss ließ sich ebenfalls (wenngleich in abgeschwächtem Maße) bei Frauen feststellen. Der Umfang sportlicher Aktivität

[3] An dieser Stelle ist zu betonen, dass sportliche Aktivität/Sporttreiben in der Freizeit nicht isoliert, sondern im Gesamtzusammenhang der körperlichen Aktivität im Alltag (Haushalt/Hausarbeit, auf der Arbeit, dem Arbeitsweg) und des Lebensstils betrachtet werden müssen (vgl. hierzu Rütten 1993).

wirkte sich auch signifikant auf die Mortalität aus: die Odds-Ratios betrugen hier 3,31 (weniger als 1 Stunde pro Woche Sport) und 1,49 (1 bis 2 Stunden pro Woche Sport) bei Männern bzw. 1,59 und 1,27 bei Frauen.[4]

Auch wenn, wie Schlicht einräumt, über die Dosis-Wirkungs-Beziehung sportlich-körperlicher Aktivität noch keine endgültige Klarheit besteht, so ist es unter präventiven Gesichtspunkten wichtig zu betonen, dass eine regelmäßige körperliche Aktivität mit Ausdauercharakter nachweislich eine gesundheitlich positive Wirkung unabhängig von Lebensalter und bereits bestehenden Vorerkrankungen hat (Berg 1998:137). Messbare Erfolge im Hinblick auf chronische Erkrankungen stellen sich dennoch auch dann ein, wenn erst im fortgeschrittenen Lebensalter sportliche Aktivitäten aufgenommen werden (ebd.: 138, vgl. auch Mensink 1999; Fiatarone et al. 1994). Deshalb ist eine Integration körperlicher Aktivität in jedem Lebensalter sinnvoll. Gerade bei Älteren ist ein Ausdauertraining, das auf die Erhaltung einer ausreichenden Muskelmasse abzielt, für eine möglichst lange unabhängige Mobilität von großer Bedeutung. Bei Kindern und Jugendlichen fördern körperliche Aktivität und Sport die motorische, geistige und soziale Entwicklung und helfen, Übergewicht vorzubeugen. Sport im Kindesalter ist prägend für einen aktiven Lebensstil im Erwachsenenalter (Mensink 2003a). Vor dem Hintergrund der hier zusammen getragenen Ergebnisse und Befunde ist Paffenbarger zuzustimmen, wenn er betont, „dass die Motivierung der Bevölkerung zu mehr körperlicher Aktivität einen hohen Stellenwert bei der gesundheitlichen Prävention einnimmt“ (1993).

Trotz der hier dargestellten wissenschaftlichen Befundlage, aufgrund derer man grundsätzlich von einer günstigen Wirkung von Sport und Bewegung auf die Gesundheit ausgehen kann, bleiben manche Aspekte der Beziehung zwischen Sport, Fitness und Gesundheit in der Wissenschaft umstritten. Bös & Brehm betonen beispielsweise, dass körperliche Aktivitäten, die heute im allgemeinen alle als „sportlich“ bezeichnet werden, mit Gesundheit in Zusammenhang stehen können oder auch nicht. (1998:8). Ein Beispiel ist der Spitzensport, der Verletzungen und gesundheitliche Schädigungen ganz bewusst in Kauf nimmt, um Rekordleistungen hervorzubringen – und dennoch unter bestimmten Bedingungen und im Hinblick auf spezifische Gesundheitsaspekte für bestimmte Personengruppen „gesund“ bzw. „gesundheitsförderlich“ ist, weil hier Wohlbefinden, soziale Integration oder Erfolgserlebnisse geschaffen werden. Andererseits sind Sportangebote, die der Bewältigung von Beschwerden, der Verminderung gesundheitlicher Risikofaktoren oder in der Rehabilitation dienen, wiederum nur unter bestimmten Bedingungen, im Hinblick auf bestimmte Gesundheitsaspekte und auch nur für bestimmte Personen wirklich „gesund“ (1998:9). Lüschen gibt zu bedenken, dass die Frage des tatsächlichen Einflusses und der generellen gesundheitlichen Bedeutung des Sports bisher nicht ausreichend geklärt wurde (1998:37). Ähnlich argumentiert auch Waddington: Zwar sprächen auf den ersten Blick eine große Anzahl an Studien dafür, dass die gesundheitlichen Argumente für den Sport überwältigend seien, aber sie besagten nicht, „dass sich jede Art von körperlicher Tätigkeit positiv auswirkt, sondern lediglich, dass sich körperliche Tätigkeit einer bestimmten Art, Menge und Intensität günstig auf die Gesundheit auswirkt“ (1998:98).

[4] Ähnlich auch die Ergebnisse der Längsschnittstudie von Buksch & Helmert (2004).

Vor dem Hintergrund wissenschaftlicher Erkenntnisse über den gesundheitsförderlichen Stellenwert von körperlicher Aktivität sowie der breiten Akzeptanz, die Sport als Leitwert in der Bevölkerung genießt, verwundert der Dauerbefund, dass in Deutschland ein Großteil der Menschen noch nicht „in Bewegung" geraten ist. Im nächsten Kapitel wird deshalb die Sportbeteiligung der deutschen Bevölkerung analysiert und die Faktoren untersucht, die diese maßgeblich beeinflussen.

1.2 Sportliche Aktivität in der Bundesrepublik Deutschland

Seit rund 20 Jahren bemühen sich Gesundheits- und Sportwissenschaftler um eine möglichst genaue Bestimmung des Ausmaßes der sportlichen Aktivität in der Bevölkerung. Für diese Bestandsaufnahme sind allerdings geeignete Messinstrumente und Untersuchungsmethoden notwendig, die der Vielgestaltigkeit des sportlichen Handelns gerecht werden (Fuchs 2003:18 und 235 ff.; Woll, Bös, Gerhardt & Schulze 1998:88 ff.). Welche der Messmethoden zum Einsatz kommt, welche Stichprobengröße und welche Dimensionen – Häufigkeit, Intensität, Dauer und Art – der sportlichen Aktivität überhaupt erfasst werden, hängt maßgeblich von der Zielsetzung der jeweiligen Untersuchung ab.[5] Mit einer einfachen Frage, wie z. B. „Wie viele Stunden pro Woche treiben Sie Sport?" gewinnt man zwar einen relativ guten Eindruck vom zeitlichen Umfang der Sportaktivitäten in einer Population, wird aber dem gesamten körperlichen Aktivitätsverhalten oder unterschiedlichen Aspekten des Aktivitätsverhaltens nicht gerecht (Mensink 2003b:5; vgl. auch Rütten 2002:111 ff.). Da die angewandten Erhebungsmethoden zum Teil beträchtlich variieren, ist eine vergleichende Gegenüberstellung der auf unterschiedliche Weise erhobenen Prävalenzraten äußerst problematisch (Fuchs 2003:20; auch Wopp 1995: 114 ff.).

Zuverlässige Daten zum Ausmaß der Sportaktivität bei Erwachsenen in Deutschland lieferte unter anderem der „Bundes-Gesundheitssurvey 1998" (Mensink 2003a). Hier wurde eine repräsentative Bestandsaufnahme der Gesundheit und des Gesundheitsverhaltens in der erwachsenen Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 79 Jahren in Deutschland vorgenommen. Ein Ergebnis war: 1998 trieben 46,7 % der Deutschen keinen Sport, und nur etwa ein Fünftel (18 %) übte eine sportliche Aktivität regelmäßig wenigstens zwei Stunden pro Woche aus, 19,3 % der Bevölkerung mehr als zwei Stunden pro Woche. Zwischen 1991 und 1998 stieg der Anteil der Frauen und Männer, die keinen Sport treiben, in der Altersgruppe der 25- bis 40-Jährigen und sank erfreulicherweise in der Altersgruppe der 50- bis 70-jährigen (ebd.:5).

Mit zunehmendem Alter sinkt der Aktivitätsgrad kontinuierlich ab: 64 % der Kinder zwischen 13 und 14 Jahren treiben laut einer repräsentativen Befragung des Wissenschaftlichen Instituts der Ärzte Deutschland (WIAD-Studie) wenigstens vier Stunden Sport pro Woche; im Alter von 18 Jahren sind es nur noch 47 % (Fuchs 2003:22; KKH 2004). Laut Bundes-Gesundheitssurvey trieben die 18- bis 19-jährigen Männer zu 76,2 % und die Frauen dieser Altersgruppe zu 59 % wenigstens eine Stunde pro Woche Sport. Der Anteil der Aktiven sank dann bei den 20 bis 29-jährigen Männern schon um mehr als 20 Prozentpunkte auf 51,1 % bei den Männern und auf 44,5 % bei den Frauen, bei den 30 bis 39-jährigen Männern auf 42,1 % und bei den gleichaltrigen Frauen auf 36,6 %. In den Altersgruppen der 50 bis 59-Jährigen und 60 bis 69-Jährigen lag der Anteil der

[5] Bouchard, Shepard & Stephens (1994) sprechen von über 50 verschiedenen Erfassungstechniken.

Sportaktiven dann bei 38,5 % bzw. 33,3 % (Männer) und 34,7 % bzw. 24,4 % (Frauen). Die 70- bis 79-Jährigen erreichten nur noch eine Aktivenquote von 17,9 % (Männer) und 17,4 % (Frauen) (vgl. Fuchs 2003:23). Diese Ergebnisse zeigen nicht nur den Zusammenhang von sportlicher Aktivität und Alter, sondern auch, dass insgesamt die Raten der Inaktivität bei Frauen höher liegen als bei den Männern. Aber der Geschlechterunterschied verringert sich zunehmend: Noch beim Nationalen Gesundheitssurvey von 1990/92 war die Rate der inaktiven Frauen um 9 Prozentpunkte höher als bei den Männern, 1998 nur noch um 6 Prozentpunkte (Fuchs 2003:21).

Eine neuere SOEP-Studie entkräftet allerdings die klassische sportwissenschaftliche These einer mit dem Alter abnehmenden sportlichen Aktivität. Der Sportwissenschaftler Christoph Breuer (TU Chemnitz) untersuchte anhand der Datensätze des SOEP den individuellen Alterungsverlauf und kam zu dem Schluss, dass mit dem Alter das sportliche Engagement nicht oder nur wenig zurückgeht und dass im Zeitvergleich von 1985 bis 1994 die Stabilität regelmäßigen Sportengagements deutlich zugenommen habe. Zwar ist die Quote der Sporttreibenden bei Älteren deutlich geringer als bei den Jungen, aber das liege daran, so Breuer, dass die heutigen Alten schon in ihrer Jugend weniger Sport getrieben haben und darüber hinaus ein geringeres Bildungsniveau aufwiesen, was das Maß sportlicher Aktivität beeinflusse. Besonders interessant ist das Ergebnis, dass bei der weiblichen Bevölkerung der Anteil derjenigen, die regelmäßig Sport treiben, in fast allen Altersgruppen (außer bei den über 64-Jährigen) trotz zunehmenden Lebensalters steigt. Im Gegensatz dazu nahm aber das regelmäßige sportliche Engagement bei Männern besonders in den Altersgruppen der 35- bis 44-jährigen sowie der über 64-jährigen ab. Die These eines rückläufigen regelmäßigen Sportengagements trifft am ehesten noch auf die männliche Bevölkerung zu, bilanziert Breuer (2003:263 ff.).

Insgesamt aber gilt es als gesichert, dass noch zu wenig Menschen sich regelmäßig gesundheitsförderlich bewegen: Der Bundes-Gesundheitssurvey 1998 nahm sich auch der Frage an, zu welchen Anteilen die deutsche Bevölkerung die in den USA und anderen Ländern gegebene Empfehlung, an mindestens drei Tagen, besser noch an allen Tagen der Woche jeweils eine halbe Stunde körperlich aktiv zu sein (wobei Atmung und Pulsschlag sich steigern und man leicht ins Schwitzen geraten sollte) befolgte. Diese Empfehlung beruht auf der Erkenntnis, dass körperliche Aktivität auf einem moderaten Niveau, aber regelmäßig betrieben, schon eine positive gesundheitliche Auswirkung auf das Herz-Kreislauf-System haben kann. Besonders geeignet hierfür sind Ausdauersportarten wie Joggen, Schwimmen und Radfahren (ebd.:6 f.). Das Ergebnis: Über alle Altersklassen gerechnet waren lediglich 13 % der deutschen Bevölkerung laut dieser Empfehlung ausreichend körperlich aktiv, wobei der Anteil bei jüngeren Menschen, vor allem bei jungen Männern (18- bis 19-jährige: über 45 %), wesentlich höher war und bei älteren Personen unter die 10 %-Grenze rutschte. Auch hier fällt auf, dass deutlich weniger Frauen als Männer das gesunde Maß an sportlich-körperlicher Aktivität erreichten. Dem hohen Anteil der sportlich nicht aktiven Deutschen steht das Umfrageergebnis gegenüber, dass 57 % der Deutschen nicht glaubten, dass sie einen aktiveren Lebensstil brauchen. Der Survey brachte aber auch zutage, dass ein hoher Prozentsatz von Menschen schon beim Treppensteigen über drei Stockwerke außer Atem gerät, was ein Indiz für mangelnde körperliche Fitness ist (ebd.:9).

Interessante Daten zur regionalen Differenzierung zwischen Ost- und Westdeutschland liefert eine Untersuchung von Erlinghagen (2003). Hier wurde die quantitative Entwicklung des aktiven Sports in Deutschland zwischen 1986 und 1999 im wesentlichen auf der Basis von Querschnittsauswertungen der Daten des Sozioökonomischen Panels (SOEP) analysiert, wobei ausschließlich das wöchentliche Sporttreiben als regelmäßige Aktivität verstanden wurde. Diejenigen Personen, die angaben, lediglich monatlich oder selten aktiv Sport zu treiben, wurden unter „sporadisch" oder auch „unregelmäßig" Sportreibende zusammengefasst. Im Jahre 1999 lag demnach der Anteil der regelmäßig Sporttreibenden an der erwachsenen Bevölkerung in den alten Bundesländern bei 28,7 %, in den neuen Bundesländern nur bei 17,2 %. Die ostdeutsche Aktivenquote blieb also deutlich hinter den Werten der alten Bundesländer zurück (ebd.:12).

Wie schon die oben beschriebenen Befunde zeigen, hängt der Grad körperlicher Aktivität in Deutschland eng mit dem Geschlecht, dem Alter und der regionalen Zugehörigkeit (Ost-West) zusammen. Darüber hinaus lässt sich ein deutlicher Zusammenhang mit dem Sozialindex (Einkommen, Bildung und Erwerbsstatus) feststellen. Die Ergebnisse des Bundes-Gesundheitssurveys 1998 zeigen, dass Angehörige der mittleren und oberen sozioökonomischen Schichten sportlich aktiver waren als Angehörige der unteren Schichten, das heißt: je niedriger der sozioökonomische Status, umso weniger sportliche Aktivität wurde ausgeübt. In der Unterschicht trieben 62,9 % keinerlei Sport, in der Mittelschicht waren es 46,0 % und in der Oberschicht 30,8 % (Mensink 2003:22; vgl. hierzu auch Fuchs 2003:21f.; Erlinghagen 2003; Lampert 2003; Opper 1998a). Auch eine vorläufige Auswertung des Bundes-Gesundheitssurveys 2003 ergab, dass gegenwärtig der Anteil der sportlich Inaktiven in der einkommensschwachen Gruppe (Haushaltseinkommen unter 700 Euro) mit 50,2 % deutlich höher über dem entsprechenden Anteil in der nicht einkommensarmen Bevölkerung mit 36,7 % lag (Lebenslagen in Deutschland 2004: 123). Allerdings arbeitete Erlinghagen in seiner Untersuchung klar heraus, dass die gerade im Westen Deutschlands so überaus entscheidenden Merkmale wie Einkommen und Erwerbsarbeitszeit auch neun Jahre nach der Wiedervereinigung (noch) keinen statistisch relevanten Einfluss auf den aktiven Sport in der ehemaligen DDR ausüben und hier andere Faktoren eine größere Rolle spielen (2003:22).

Weitere soziale Faktoren, die einen Einfluss auf die Sportpartizipation ausüben, sind beispielsweise der familiäre Hintergrund, die soziale Einbindung (Gleichaltrige, Peers), die Zugänglichkeit zu Sportmöglichkeiten im Lebensumfeld bzw. die bewegungsbezogene Infrastruktur (Vereine, andere Sportanbieter, das Wohnumfeld, Natur etc.) oder auch klimatische Bedingungen (Woll 1998: 114; vgl. auch Woll, Bös, Gerhardt & Schulze 1998:113f.; Rütten & Abu-Omar 2004a und b; Rütten 2004). Woll, Bös, Gerhardt & Schulze konstatieren, dass in der erwachsenen Bevölkerung Gesundheit, Geselligkeit und Entspannung sowie Erhalt der Leistungsfähigkeit die primären Motive zum Sporttreiben sind und weniger Wettkampf- und Leistungsorientierung. Bei Frauen rangiert das Gesundheitsmotiv noch deutlicher vor dem „Kräfte messen" als bei Männern. Auffällig

ist, dass sich in der unteren sozialen Schicht als Motivpräferenzen, gehäuft die Pflege sozialer Kontakte und das Erleben von neuem vor dem Gesundheitsmotiv finden (1998:113).[6]

Nicht nur die Frage, wie viel und in welchem Maß die Menschen in Deutschland Sport treiben, ist relevant, sondern auch, welche Sportarten sich der größten Beliebtheit erfreuen. Rütten fasst in einem Überblick die Ergebnisse von 22 kommunalen Sportverhaltensstudien von Ende der 80er/Anfang der 90er zusammen (2002:113). In fast allen Studien fand sich Schwimmen als die beliebteste Sportart. Es folgten Rad fahren, Gymnastik, Tennis, Laufen, Fußball, Ski fahren, Wandern, Kegeln und Squash. Das selbst organisierte Sporttreiben bei kommerziellen (Fitness-Studios etc.) oder anderen Anbietern (Volkshochschule etc.) dominierte vor dem organisierten Sporttreiben im Verein. Diese „klassischen" Freizeitsportarten zeigen im Zeitvergleich eine relativ stabile Präferenz, außer den deutlichen Einbrüchen bei Tennis und Squash ab den 90er Jahren. Deutlich zu den Verlierern zählen auch die Mannschaftssportarten Fußball und Volleyball, deutlicher Gewinner ist das Inline-Skating (ebd.:117 f.).

Uneinig ist sich die Fachwelt darüber, wie sich das Ausmaß sportlicher Aktivität im Verlauf der letzten zwei Jahrzehnte entwickelt hat, ob diese stark zu- oder abgenommen hat. Zweifelsohne ist die Anzahl der Mitglieder im organisierten Sport in den letzten vier Jahrzehnten kontinuierlich angewachsen. Waren 1960 9,8 % der Bevölkerung Mitglied in einem Verein des Deutschen Sportbunds (DSB), so waren es 1970 schon 16,7 %, 1980 27,6 %, 1990 30,1 % und im Jahre 2000 32,6 %. Seither ist der Organisationsgrad relativ stabil geblieben und erreichte 2003 32,64 % der deutschen Bevölkerung (DSB Jahrbuch des Deutschen Sports 2004). Rütten widerspricht aber einer generellen Annahme, dass ein „grenzenloser Wachstumsprozess" im Sport in allen Alters- und Bevölkerungsschichten empirisch angemessen belegt sei (2002:111). Nur die steigende Mitgliederzahl im organisierten Sport sei hierfür kein hinreichendes Indiz. Beispielsweise zeigt die Alters- und Geschlechterstruktur der Vereinsmitglieder, dass zum einen das Verhältnis zwischen männlichen und weiblichen Mitgliedern etwa 2:1 beträgt und zum anderen der Organisationsgrad der Bevölkerung mit zunehmendem Alter stetig abnimmt (Fuchs 2003:14 Wopp 1995:155 ff.). Beträchtliche Unterschiede in Bezug auf die Vereinsmitgliedschaft gibt es vor allem zwischen den alten und den neuen Bundesländern: 1992 waren 34 % der Bevölkerung in Westdeutschland und nur 7,6 % in den neuen Bundesländern Mitglied in einem Sportverein. Darüber hinaus muss man davon ausgehen, dass von dem einen Drittel der Bevölkerung, das einem Sportverein angehört, nur etwa die Hälfte tatsächlich sportlich aktiv ist (Wopp 1995:155).

Bezogen auf den nicht organisierten Sport mangelt es nach wie vor an bevölkerungsweiten Längsschnittdaten, um verlässliche Aussagen über die quantitative Entwicklung der Aktivenquote, der Sportarten und -angebote und damit über Stabilitäten, Veränderungen und Verlagerungen des Sporttreibens machen zu können (Rütten 2002:111; vgl. hierzu auch Fuchs 2003:16). Der Anteil des unorganisierten Sporttreibens am gesamten Sportgeschehen in der Bevölkerung ist jedoch vermutlich beträchtlich. Wopp geht anhand lokal begrenzter Studien von Quoten zwischen 40 % und 59 % in der Bevölkerung aus (1995:153).

---

[6] Bös, Gerhardt & Schulze haben in einer Übersichtstabelle die potentiellen Determinanten (psychologische, physische soziodemographische und sozial-ökologische) der Sportaktivität zusammengestellt (1998:115). Fuchs gibt einen Überblick nach Sallis & Owens (2003:123).

Gegen einen generellen „Sportboom“ spricht insgesamt die Tatsache, dass in den hoch industrialisierten Ländern nur 10 % bis 20 % der Bevölkerung eine gesundheitlich relevante Minimalbeanspruchung im Hinblick auf Regelmäßigkeit und Intensität erreichen. Dagegen geben in Befragungen etwa 60 % der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland an, sie seien sportlich aktiv (vgl. Brehm & Rütten 2003). Woll kommt zu ähnlichen Einschätzungen: Ihm zufolge sind nur 10 % bis 15 % der Erwachsenen an mehr als zwei Stunden pro Woche körperlich aktiv und erreichen damit ein Maß an körperlicher Aktivität, das als notwendig erachtet wird, um somatische gesundheitsförderliche Effekte zu erzielen (1998:108 ff.).

Ein Vergleich der Daten der Bundes-Gesundheitssurveys von 1990/92 und 1998 ergab, dass der Anteil der Nicht-Sporttreibenden während der 90er Jahre fast gleich geblieben ist (45,5 % und 44,9 %). Lediglich der Anteil der Menschen, die über zwei Stunden pro Woche Sport treiben, ist in dieser Zeitspanne von 14,5 % auf 19,5 % gestiegen. Fuchs interpretiert dies dahingehend, dass über die Jahre hinweg die Aktiven aktiver geworden seien, ohne dass von den Inaktiven neue Aktive hinzugekommen wären. Angesichts dieses Befundes kann nicht von einer substanziellen Zunahme der sportlichen Aktivität seit den 80er Jahren gesprochen werden (Fuchs 2003:24 f.). Opaschowski bezifferte den Anteil der sportaktiven Bevölkerung auf 28 %, wovon aber nur 15 % regelmäßig aktiv waren (1990).

Erlinghagen kommt auf der Basis seiner Querschnittsauswertungen der SOEP-Daten zwar zu dem Ergebnis, dass in Westdeutschland der Anteil der aktiven Sportler an der erwachsenen Bevölkerung von gut 40 % in 1986 auf über 54 % in 1996 kontinuierlich zugenommen hat und auch 1999 noch knapp 53 % erreichte. Davon waren aber lediglich rund 28 % zumindest einmal wöchentlich aktiv, der Rest nur sporadisch. Die deutliche Zunahme um 14 Prozentpunkte zwischen 1986 und 1999 ist fast ausschließlich den sporadisch Aktiven geschuldet. Der Anteil der wöchentlich Aktiven stieg im gleichen Zeitraum von 24 % auf 28 %, also nur um 4 Prozentpunkte (2003: 9).

Wopp (1995) spricht von einem Prozess der Diversifikation und der Differenzierung des Sports. Zum einen hat im Freizeitsport die Anzahl der Spiel- und Bewegungsformen erheblich zugenommen. Zum anderen fand eine „Pluralisierung“ innerhalb einzelner Sportarten statt: Laufen ist heute ein Oberbegriff u. a. für Jogging, Trimm-Trab, Marathon-, Straßen- oder Volkslauf sowie Triathlon. Die Ausdifferenzierung neuer Praxisformen des Sports ist auf eine veränderte Sportmotivation und ein verändertes Sporterleben der Menschen zurückzuführen. Es gibt heute eine Gesundheits-, Fitness-, Spaß- oder Erlebnisorientierung im Sporttreiben, die sich entsprechend in verschiedenen Formen des Gesundheits-, Fitness-, Spaß und Erlebnissports widerspiegeln (Fuchs 2003:16). Ob diese Prozesse zu einer Erhöhung der sportlichen Gesamtaktivität in der Bevölkerung beitragen, stellt Wopp in Frage: „Vor dem Hintergrund eines zunehmend unschärfer werdenden Sportbegriffs vermittelt sich in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass gegenwärtig mehr Menschen als früher sportlich aktiv sind“ (1995:116).

Ein weiteres Problem bei der Einschätzung von Prävalenzraten ist, dass es sich bei vorhandenen Untersuchungen meist nur um Momentaufnahmen bestimmter Populationsparameter handelt. Es wird festgestellt, wie viel Prozent der Bevölkerung zu einem gegebenen Zeitpunkt oder innerhalb

eines definierten Zeitrahmens sportlich aktiv waren. Die Ergebnisse lassen keine Aussagen darüber zu, wie lange der aktive Lebensstil – zum Beispiel zwei Stunden pro Woche Sport – schon andauert. Fuchs gibt hier zu Bedenken, dass angesichts „der starken Fluktuationen im Sportverhalten" aber zu vermuten sei, dass der Prozentsatz der Menschen, die „stabil" dieses Verhalten zeigen, geringer ausfallen würde als es die gängigen Untersuchungen glauben lassen (2003:27). Auch Woll, Bös, Gerhardt & Schulze sprechen davon, dass insbesondere das Sporttreiben eine Verhaltensweise darstellt, die über die Lebensspanne hinweg gesehen starken Schwankungen unterliegt (1998:87). Fuchs spricht diesbezüglich von der „Individualgeschichte der Sportaktivität": einer Serie lebensbezogener Aneignungs-, Aufrechterhaltungs-, Rückfall- und Wiederaufnahmeprozesse, die ein Mensch in seiner Biografie durchläuft. Hier wäre in Zukunft näher zu untersuchen, wie Menschen sich selbst in sportliche Aktivitäten involvieren und daran festhalten, wie es manchen gelingt, trotz Unterbrechungen über Jahre hinweg einen körperlich aktiven Lebensstil zu praktizieren. Dies könnte aufschlussreich sein für die Konzeption von Maßnahmen zur Verhaltensänderung (2003:237 f.). Erlinghagen spricht davon, dass der aktive Sport in Deutschland für eine wachsende Zahl von Menschen zu einer wichtigen Freizeitbeschäftigung geworden ist. Aber wichtig für primärpräventive Maßnahmen durch Sportförderung – und hiervor allem für eine erfolgreiche Integration von bisher nicht erreichten Bevölkerungsgruppen – sei es, die Wirksamkeit sozioökonomischer Faktoren zu berücksichtigen. Multivariate Längsschnittanalysen könnten hierbei Erkenntnisse über Faktoren liefern, die die Aufnahme bzw. die Aufgabe sportlicher Aktivität begünstigen (2003:23).

1.3 Sportliche Aktivierung der Bevölkerung – aber wie?

Ein Befund bleibt bei allen Leerstellen und Defiziten der Sportverhaltensforschung dennoch konstant: Ein Großteil der Menschen ist nicht „in Bewegung"– mit schwerwiegenden Folgen. Für Deutschland wie auch für andere Industrienationen ist eine Zunahme an Bewegungsmangelerkrankungen zu konstatieren: Die Rate von Typ II Diabetes unter Erwachsenen und Jugendlichen hat sich vervielfacht; etwa die Hälfte aller Erwachsenen hierzulande ist übergewichtig oder adipös (mit einer geschätzten Zuwachsrate von jährlich 7 %); gleichzeitig gibt es eine nach wie vor sehr hohe Sterblichkeitsrate an kardiovaskulären Erkrankungen, die trotz aller medizinischen Erfolge in der Sekundär- und Tertiärprävention die Haupttodesursache in den Industrienationen geblieben sind. Eine vermehrte körperliche Aktivität in allen Alters- und Bevölkerungsgruppen ist daher unbedingt erforderlich (Mensink 2003a). Unter Public Health Gesichtspunkten lautet die Frage: Was können öffentliche Instanzen tun, um „Bewegungsmuffel" – die man überproportional in sozial benachteiligten Schichten findet – zu mobilisieren und zu aktivieren, so dass sportlich-körperliche Aktivität nachhaltig in den Lebensalltag vieler und nicht nur mancher integriert wird?

Dies ist Ausgangspunkt zahlreicher wissenschaftlicher Untersuchungen von Sportwissenschaftlern, -medizinern, -soziologen und -psychologen sowie Gesundheitswissenschaftlern – und ein relativ neues Forschungsfeld. Erst seit den 1980er liegen vermehrt Studien über die Effektivität von Interventionen zur körperlichen Aktivierung der Bevölkerung vor. Ein Drittel der heute verfügbaren Untersuchungen wurden zwischen 1980 und 1990 veröffentlicht, der Großteil jedoch erst ab 1991 (Dunn & Blair 2002:8; Fuchs 2003:102 ff.). Sie geben u. a. Aufschluss darüber, wie stark die Effekte sind, die man mit bestimmten Maßnahmen und Programmen erreichen kann,

welche Interventionsstrategien bei welchen Bevölkerungsgruppen und in welchen Settings besonders geeignet sind und auf welche personalen, sozialen und strukturellen Bedingungen die Interventionen abzielen müssen, damit sie ihr Ziel erreichen.

Eine hochrangige amerikanische Expertengruppe (Task Force) hat im Auftrag des US-amerikanischen Gesundheitsministeriums wissenschaftliche Studien zusammengetragen und bewertet, die die Wirksamkeit unterschiedlicher Interventionen zur Förderung körperlicher Aktivität in der Bevölkerung untersucht haben (Kahn et al. 2002). Die vorhandenen Interventionsansätze werden in drei Hauptgruppen zusammenfasst:

1. Bewegungsförderung durch Informations- und Wissensvermittlung (z. B. Gemeinde-Interventionen, Interventionen an Schulen, massenmediale Kampagnen ohne Kontextbezug u. a.);

2. Bewegungsförderung mittels gezielter Verhaltensmodifikation und/oder sozialer Ansätze (z. B. individuelle Verhaltensmodifikation, Gesundheitserziehung mittels TV/Video, familienorientierte Interventionen u. a.) und

3. Bewegungsförderung mittels umwelt- und politikbezogener Ansätze (z.B. Verbesserung der Zugänglichkeit zu Sportplätzen und -anlagen kombiniert mit gezielter Information).

Im Folgenden werden beispielhaft Maßnahmen vorgestellt[7], für die laut Task Force eine hohe Wirksamkeit belegt werden konnte: Gemeinde-Interventionen (community-wide Campaigns), Maßnahmen zur individuellen, settingbasierten Verhaltensmodifikation und solche zur Stärkung außerfamiliärer Netzwerke. Bei den Gemeinde-Interventionen handelt es sich um multimodale bevölkerungsbezogene Kampagnen, die sowohl den Einsatz von Massenmedien als auch die Schaffung gezielter Handlungsangebote und Fördermaßnahmen (Unterstützung von Selbsthilfegruppen, Informations- und Beratungsangebote zu Sport und Gesundheit, Gesundheitsmessen, Schaffung von Sportangeboten etc.) beinhalteten. Die zehn von der Task Force untersuchten Gemeinde-Interventionen konnten die Aktivenquote durchschnittlich um 5 Prozentpunkte steigern, waren sowohl in ländlichen wie auch in städtischen Gebieten sowie in unterschiedlichen ethnischen Gruppen und sozialen Schichten hinsichtlich der sportlich-körperlichen Aktivierung erfolgreich. Darüber hinaus können, laut Task Force, Gemeinde-Interventionen die Entwicklung sozialer Netzwerke fördern und den Gemeinschaftssinn stärken (Kahn et al. 2002:77 ff.).

Anders als bei bevölkerungsweiten Interventionen werden bei Maßnahmen zur gezielten Verhaltensmodifikation individuell bzw. auf bestimmte Zielgruppen zugeschnittene Maßnahmen entwickelt, die helfen sollen, Sport und Bewegung in den Alltag zu integrieren. Die Analyse von insgesamt 18 Studien ergab, dass sich durch diesen Interventionstyp der Umfang der sportlichen Akti-

[7] An dieser Stelle ist es nicht möglich, ausführlich auf die unterschiedlichen Interventionstheorien sowie auf die Ergebnisse anderer Untersuchungen über die Wirksamkeit verschiedener Interventionen einzugehen (vgl. hierzu Fuchs 2003, Kapitel 6 und 8, S.102-115 und S.147-169; KKH 2004; Rosenbrock 2004). Erwähnt werden sollte, dass gegenwärtig zunehmend auch die Aufrechterhaltung des Sportreibens in den Fokus der Forschung gerät: Denn offenbar gelingt es Menschen oft recht gut, eine körperlich-sportliche Aktivität zu beginnen, aber die meisten haben ein großes Problem damit, diese Aktivität über einen längeren Zeitraum aufrecht zu erhalten. Unklar ist bis heute, unter welchen Voraussetzungen und wodurch ein Sportverhalten zur festen Routine wird (Fuchs 2003:142 ff.).

vität unter den Teilnehmern im Durchschnitt um rund 35 % erhöhte. Es zeigte sich zudem, dass aufgrund der Intervention sich auch der Anteil der Sportbeginner und der Anteil der regelmäßig Sporttreibenden erhöhte. Diese Interventionen können bei entsprechender Anpassung an bestimmte Zielgruppen in verschiedenen Settings wirksam werden (Kahn et al. 2002:85f.).

Ebenfalls positiv fiel die Analyse von neun Studien aus, die die Wirksamkeit von Interventionen untersuchten, die auf die Schaffung, Stärkung und Erhaltung solcher sozialer Netzwerke fokussierten, die eine Verhaltensänderung besonders unterstützen. Dabei wurde in verschiedenen Zusammenhängen (in Betrieben, im Freundeskreis, unter Gleichaltrigen, in der Gemeinde, an Hochschulen) angeregt, Gruppen von Gleichgesinnten (z. B. Lauf- und Wandergruppen) zu bilden. Diese auf gegenseitige Unterstützung und Hilfestellung basierenden Interventionen waren hinsichtlich eines erhöhten Umfangs und einer vermehrten regelmäßigen Ausübung sportlicher Aktivität erfolgreich: Die Teilnehmer wiesen nach der Intervention ein höheres Fitness-Niveau auf, waren in Bezug auf die Wirkungszusammenhänge von Bewegung und Gesundheit informierter und zeigten sich selbstbewusster, was ihre Fähigkeiten zur Sportausübung anging. Die Maßnahmen erwiesen sich in unterschiedlichen Settings, in unterschiedlichen Altersgruppen, bei Frauen und Männern, bei vormals sportlich Inaktiven wie auch bei denen, die schon sportlich aktiv waren, als gleichermaßen effektiv (Kahn et al. 2002:84 f.).

Hingegen konnten für die Wirksamkeit reiner Medienkampagnen, die sich an die gesamte Bevölkerung richten und keinen relevanten Kontextbezug aufweisen, wenig Belege gefunden werden. Kampagnen dieses Zuschnitts zielen auf eine abstrakte Bewusstseins- und Verhaltensänderung durch Informationsvermittlung ab, ohne jedoch auf die fördernden und hemmenden Bedingungen ihrer Annahme bzw. Umsetzung einzugehen. Bei der Evidenzbewertung solcher Kampagnen ist in Rechnung zu stellen, dass es hierzu nur wenige Untersuchungen gibt, die meist auch methodisch schwach sind und daher eine geringe Aussagekraft besitzen. Die Task Force konstatiert deshalb, dass massenmediale Kampagnen als singuläre Intervention zur sportlichen Aktivierung der Bevölkerung nicht zu empfehlen sind (Kahn et al.:2002:79; vgl. dazu auch Rosenbrock 2004a:61 f.).

Einen großen Einfluss auf die Entwicklung von Konzepten zur Förderung gesundheitswirksamer körperliche Aktivität in der Bevölkerung hatte die Ottawa Charta zur Gesundheitsförderung von 1986. In Deutschland rückte – u. a. verstärkt durch die Aufnahme des § 20 SGB V zur Primärprävention in den Leistungskatalog der Krankenkassen – die Frage nach gesundheitsförderlichen Sportangeboten intensiver in den Fokus des Sportsystems, des Gesundheitssystems sowie des Wissenschaftssystems.

Woll, Bös, Gerhardt & Schulze sprechen davon, dass die Motivation zu körperlich-sportlicher Aktivität ein lebenslang zu aktivierender Prozess sei, diese müsse vom ersten Engagement im Kinderturnen bis hin zur Seniorengymnastik immer wieder neu hergestellt und aufrechterhalten werden (1998:87). Demgegenüber bemängeln viele Autoren, dass aktuell kaum qualitätsgesicherte Maßnahmen zur Förderung von körperlicher Aktivität und Gesundheitssport angeboten werden und deshalb das große gesundheitsfördernde Potential von regelmäßiger körperlicher Aktivität und Gesundheitssport nicht hinreichend ausgeschöpft wird (vgl. Pfeifer 2003:2). Nach Woll müs-

sen die Maßnahmen zur sportlichen Aktivierung an die jeweiligen lokalen Voraussetzungen angepasst und den Bedürfnissen spezifischer Zielgruppen gerecht werden. Neben der Klärung der Faktoren, die für eine Sportteilnahme bedeutsam sind, müssen auch in der Sportpraxis die Angebote für bestimmte Zielgruppen ausdifferenziert, also unter den jeweiligen motivationalen Gesichtspunkten entwickelt und ebenso auf die jeweiligen Leistungsvoraussetzungen angepasst werden (1998:116). Denn: „Nur wenn es gelingt, die sportbezogenen Bedürfnisse, die Bedingungen für einen Einstieg und eine dauerhafte Bindung an sportliche Aktivität zu identifizieren und darauf aufbauend entsprechende Angebote zu realisieren, kommt man dem Ziel ‚Sport für alle' einen kleinen Schritt näher" (ebd.:116).

2. Gegenstand, Fragestellung und methodisches Vorgehen

Zwar hat sich die wissenschaftliche Forschung zur Sportbeteiligung der Bevölkerung hauptsächlich in den letzten beiden Jahrzehnten entwickelt. Die Versuche, den Gesundheitsstatus durch Sport bzw. durch körperliche Aktivität systematisch zu erhalten und zu verbessern, reichen jedoch schon weiter zurück: In den letzten 30 Jahren sind unter dem Leitgedanken „Sport für alle" eine Vielzahl gesundheitsorientierter Programme von der Zentrale des organisierten Sports in Deutschland, dem Deutschen Sportbund (DSB), und seinen Mitgliedsorganisationen entwickelt und umgesetzt worden. In den folgenden Ausführungen soll eine der größten bevölkerungsbezogenen Kampagnen zur Bewegungsförderung in der BRD untersucht werden: Die Trimm-Aktionen in den 70er und den 80er Jahren. Sie hatten zum Ziel, motivierend und anleitend Einfluss auf einen körperlich aktiven Lebensstil der Bevölkerung zu nehmen.

Noch heute erinnern sich viele an den „Trimmy", die fröhliche Symbolfigur dieser Kampagne. Deren Startschuss fiel am 16. März 1970 mit dem ersten Slogan „Trimm Dich durch Sport". Nicht weniger als 24 Jahre – als Einzelkampagnen mit wechselnden Themen und Strategien lanciert – dauerten die Bemühungen unter dem Markenzeichen „Trimm-Aktionen" an, um dem Ziel „Sport für alle" näher zu kommen. Der Hauptakteur DSB bezeichnet aus heutiger Sicht die Trimm-Aktionen als eine Social-Marketing-Kampagne, die mittels moderner Kommunikations- und Marketinginstrumente, also einer gezielten Kommunikations- und Produktpolitik, versuchte, das lebensbegleitende Sporttreiben in der gesamten Bevölkerung populär zu machen (DSB 1990). Anders ausgedrückt: Die Aktion sollte durch ihre öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen das Freizeit- und Gesundheitsverhalten großer Bevölkerungsgruppen beeinflussen – hin zu mehr körperlicher Aktivität. Der DSB betonte immer wieder, dass die Trimm-Aktionen nicht der Mitgliederwerbung dienten und man sich nicht mit einem hohen Bekanntheitsgrad der Aktionen zufrieden geben wollte. Hauptziel war, dass tatsächlich eine „wachsende Zahl von Menschen ‚mal wieder' und ‚immer wieder' Sport in seinen vielfältigen Möglichkeiten betreiben" sollten (DSB 1973:7).

Im Fokus dieser Untersuchung stehen vor allem die Trimm-Aktionen der 70er Jahre – und hier die Motivationskampagne „Trimm Dich durch Sport" (1970-1974) sowie die Ausdauerkampagne „Ein Schlauer trimmt die Ausdauer" (1975-1978) – , die dann in den 80er Jahren mit der Spielkampagne „Spiel mit – da spielt sich was ab" (1979-1982) und mit der Gesundheitskampagne „Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin" (1983-1986) weitergeführt wurden. Eine Son-

derstellung nimmt die letzte Trimm-Aktion, die Vereinskampagne „Gemeinsam aktiv – im Verein ist Sport am schönsten“ (1987-1994), ein: Mit ihr verlagert sich der Schwerpunkt der Kampagne nach 16 Jahren eindeutig auf die organisatorische Stärkung der Turn- und Sportvereine und auf Mitgliederwerbung. Sie wird nur in groben Zügen dargestellt. Ein knapper Überblick über weitere DSB-Maßnahmen zur Sportförderung auch über die Trimm-Aktionen hinaus soll der Vollständigkeit halber gegeben werden.

Die Kampagnen sollen unter dem Gesichtspunkt analysiert werden, inwieweit sie tatsächlich der Grundidee des Social-Marketings – wie die Trimm-Aktionen im Rückblick vom DSB selbst tituliert werden – entsprachen: Wurde hier ein Interventionsprogramm entwickelt, das ein „richtiges“ Produkt zur „richtigen“ Zeit am „richtigen Ort“ an die „richtigen“ Personen brachte? Das heißt, mit welchen Zielen und Wirkungserwartungen ging man ins Feld, welche Zielgruppen in der Bevölkerung sollten angesprochen und motiviert werden und welche Handlungsangebote bzw. Aktionsprogramme standen schließlich den Zielgruppen zur Verfügung? Gefragt wird auch nach den unterschiedlichen Motiven, die den einzelnen Teilkampagnen zugrunde lagen: Wie und warum veränderten sich die Beweggründe des DSB für sein Engagement über die 24-jährige Dauer der Aktion hinweg? Welche anderen Akteure förderten und unterstützten die Trimm-Aktionen und wie gestaltete sich die Kooperation? Wie schaffte es der DSB eine bundesweite Kampagne über diesen langen Zeitraum zu finanzieren? Schließlich versucht diese Untersuchung eine Bilanz zu ziehen: Wie erfolgreich waren die einzelnen Kampagnen und die Trimm-Aktionen insgesamt hinsichtlich des großen Ziels, einen Großteil der Bevölkerung regelmäßig in Bewegung zu bringen? Oder anders gefragt: wo blieben Leerstellen, wo blieb die Kampagne wirkungslos?

Die Untersuchung erfolgt auf der Grundlage verschiedener Quellen: Zum einen sind dies Experteninterviews mit Verantwortlichen des DSB, die teilweise über die ganzen 24 Jahre für die Kampagne verantwortlich waren, sowie mit anderen Schlüsselakteuren der Trimm-Aktionen und mit sportwissenschaftlichen Experten (siehe Übersicht der Interviews im Anhang). Alle Gespräche ermöglichten eine differenzierte Sicht auf die Trimm-Aktionen.

Ein anderer Schwerpunkt der Recherche lag in der Auswertung zahlreicher Originaldokumente des DSB, die größtenteils nur über das DSB-Zentralarchiv in Frankfurt zugänglich waren. Hierbei handelte es sich in erster Linie um Rahmenpläne, Strategiepapiere oder Berichte von Modellseminaren sowie Dokumentationen wissenschaftlicher Hearings zu den jeweiligen Aktionen. Zum Teil konnten archivierte Informationsmaterialien (Broschüren, Flyer, Plakate etc.), die während der Kampagnen publiziert wurden, eingesehen und ausgewertet werden.

Die Evaluierung der Kampagnen geschah in erster Linie durch jährliche Repräsentativ-Umfragen des Bielefelder EMNID-Instituts. Diese Untersuchungen konnten lückenlos für die Kampagnenjahre 1970-1984, auf denen der Schwerpunkt dieser Arbeit liegt, ausgewertet werden. Über die genannten Quellen hinaus ergab die Literaturrecherche, dass es bis heute keine Untersuchung gibt, die alle 24 Kampagnenjahre der Trimm-Aktionen erfasst bzw. deren Vielfalt differenziert betrachtet und bewertet. Die vorliegende Arbeit konnte jedoch in mancher Hinsicht von den Ergebnissen des Sportwissenschaftlers Christian Wopp profitieren, der in seiner Habilitationsschrift

„Entwicklungen und Perspektiven des Freizeitsports“ (1995), vor allem die Trimm-Aktionen der 70er Jahre detailliert analysiert hat, jedoch weniger intensiv die der 80er Jahre.

Die Darstellung beginnt mit der Beschreibung wichtiger gesellschaftlicher und sportgeschichtlicher Entwicklungen, die sozusagen als Wegbereiter der Orientierung „Sport für alle“ betrachtet werden können und letztlich den Anstoß für die Trimm-Aktionen des DSB gaben. Darauf folgt in den nächsten Kapiteln die Untersuchung der einzelnen Kampagnen-Zyklen.

3. Entstehungsbedingungen der Trimm-Aktionen

3.1 Ein „Zweiter Weg“ für den Sport

Der Wiederaufbau des westdeutschen Sports in den 50er Jahren erfolgte fast ausschließlich als ein in Sportvereinen organisierter (amateurhafter) Spiel- und Wettkampfbetrieb mit einheitlichen – auf Leistung, Disziplin und Askese ausgerichteten – Orientierungsmustern. Da Alternativen nicht vorhanden waren, haben sich nur diejenigen sportlich engagiert, die sich mit dem vereinsorganisierten und wettkampfmäßigen, nach „Disziplinen“ unterteilten Sport anfreunden wollten und konnten: Das waren vorrangig männliche Jugendliche und junge Erwachsene im besten körperlichen Leistungsalter, die großenteils aus der sozialen Mittel- und Oberschicht stammten. Insofern war der Sport zu dieser Zeit in hohem Maße sozial selektiv (Baur 1995:13).

In den 60er Jahren wurde die Entwicklung des Breiten- und Freizeitsports maßgeblich durch die Aktion „Zweiter Weg“ geprägt. Dieser „Zweite Weg“ muss als Ergänzung des „ersten Wegs“ begriffen werden, jenes organisierten Sports, der vor allem auf Wettkampfangebote und Leistungsförderung in den Vereinen ausgerichtet war und als nicht ausreichend angesehen wurde, um breiteren Bevölkerungsschichten bei zunehmender Freizeit die Ausübung von Spiel und Sport zu ermöglichen. Nach Dieckert entstammt die Grundidee zum „Zweiten Weg“ der turnerischen Tradition[8] in Deutschland, die Impulse zur Breitensport-Initiative „Zweiter Weg“ gingen eindeutig von Akteuren des Deutschen Turnerbunds (DTB) sowie der Deutschen Sportjugend (DSJ) aus (2002:26 f.).

Aber nicht allein der Fakt, dass der organisierte Sport lediglich „für wenige“ offen stand und in Zukunft ein „Sport für alle“ werden sollte, veranlasste den DSB zu dieser ersten Breitensport-Kampagne. Gleichzeitig sahen die damaligen Akteure im Sport ein gesellschaftliches Korrektiv: denn angesichts der zunehmenden Freizeit – zwischen 1950 und 1960 verringerte sich die wöchentliche Arbeitszeit von 48 Stunden auf 44,5 Stunden, es gab mehr Urlaubstage – befürchtete man, dass die gewonnene freie Zeit viele Menschen zu Passivität verleiten könnte.[9] Auf einer Duisburger Arbeitstagung, die der Entschließung zum „Zweiten Weg“ 1959 vorausging, wurde

---

[8] Die Turnbewegung, initiiert durch Friedrich Ludwig Jahn ab 1811, richtete sich im Prinzip „an alle“ und war mit dem Ziel der Volkserziehung, der Betonung der Gemeinschaft und der Vielfältigkeit der Leibesübungen verbunden. Das Jahnsche Turnen mit der Betonung „für alle“ stand seit der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert in Deutschland einem Sport zur Förderung „der Besten“ gegenüber (Dieckert 2002:26).

[9] Im Gegensatz zu den 50er Jahren war beispielsweise auch das Fernsehen zur bedeutenden Freizeitbeschäftigung avanciert.

der Sport deshalb als eine Möglichkeit bezeichnet, die „es jedem Einzelnen erlaubt, nach individueller Wahl seine freie Zeit zu gestalten und somit zur Bewältigung der Freizeitnot beizutragen“ (zitiert bei Wopp 1995:41). Mittlerweile warnten auch Mediziner verstärkt vor der Zunahme von „Zivilisationskrankheiten“ wie Kreislaufstörungen und Herzbeschwerden in Folge von Bewegungsarmut und wiesen auf die Notwendigkeit einer sportlichen Aktivierung der Bevölkerung hin. Baur fasst die Faktoren, die in dieser Zeit die Sportentwicklung beeinflussten, wie folgt zusammen: Die Zunahme der Freizeit lieferte dem Sport das wichtige Argument sinnvoller Freizeitgestaltung. Durch die Gesundheitsargumentation – also den Verweis auf die Zunahme der so genannten Zivilisationskrankheiten – wurde es möglich, Sport als Mittel der Prävention ins Feld zu führen und als wichtigen sozial- und gesundheitspolitischen Faktor zu propagieren (1995:15). Aber einem „Sport für alle“ stand eben die den Großteil der Bevölkerung „ausschließende“ Infrastruktur des organisierten Sports entgegen: Es gab weder zielgruppengerechte Angebote für verschiedene Altersgruppen, noch solche für Frauen oder Familien. Immer noch waren Tausende von Gemeinden in Deutschland ohne Sportvereine, die existierenden Turn- und Sportvereine widmeten sich überwiegend einer einzigen Sportart, waren männerdominiert und älteren Mitgliedern gegenüber wenig aufgeschlossen (Silbermann 1969:21 f.; Wopp 1995:42). Darüber hinaus blieb der Sport auf Wettkampf, Leistung und Rekorde fixiert. Wie wenig Menschen in der damaligen Zeit einen Anreiz hatten, im Verein Sport zu treiben, wird daran deutlich, dass 1960 nur 9,5 % der westdeutschen Bevölkerung in einem Sportverein organisiert waren.

In der Entschließung zum „Zweiten Weg“ heißt es schließlich: „Neben den bisher bewährten Formen des Übungs-, Trainings- und Wettkampfbetriebes der Vereine und Verbände ist ein *Zweiter Weg* aufzubauen, der dem Erholungs- Spiel- und Sportbedürfnis breiterer Volksschichten entspricht“ (DSB 1960:51). Ziele und Inhalte des „Zweiten Weges“ waren: Die Gründung neuer Vereine, der Ausbau bestehender Vereinsabteilungen mit erweiterten und neuen Inhalten, das Angebot von offenen Kursen auch für Nichtmitglieder und bislang vernachlässigte Gruppen (wie Kleinkinder, Mütter und Ehepaare, Frauen und Ältere), und die Durchführung verschiedener Volkswettbewerbe (u. a. Sportabzeichen, Bundesjugendspiele und „Goldener Schuh“), die zur spielerisch-sportlichen Teilnahme ohne Leistungszwänge motivieren sollten. Zudem sollten mehr Spiel- und Erholungsprogramme für Nachmittage, Abende, Wochenenden, Ferien und Urlaube entwickelt werden (DSB 1968; Wopp 1995:45 ff.; Dieckert 2002:27).

Trotz des „Zweiten Weges“, der eine erste Öffnung der Sportvereine auch für Nichtmitglieder und neue Zielgruppen ermöglichte, orientierte sich der Breitensport in den 60er Jahren größtenteils nach wie vor an den Leitbildern und Werten des Wettkampf- und Leistungssports: „Der olympische Komparativ, schneller, höher, stärker, ist nicht nur gedacht für einige wenige, die zur Höchstleistung fähig sind, sondern für alle, die guten Willens sind, auch ihren Leib zu üben“, heißt es in einer vom DSB-Bundestag verfassten Resolution im Jahre 1964. Wopp führt aus, dass sich die erste Breitensport-Initiative vor dem Hintergrund der BRD-DDR-Konkurrenz entfaltete: 1964 startete die letzte gesamtdeutsche Mannschaft in Tokio, aber es zeichnete sich damals schon ein sehr gutes Abschneiden des DDR-Sports ab. Zwei Jahre später erhielt München den Zuschlag für die Olympischen Spiele – man stand unter Erfolgsdruck.[10] In der Förderung eines

[10] In dieser Zeit wurde auch die „Deutsche Sporthilfe“ gegründet.

„Sports für alle“ sah man die Förderung einer breiten Basis, aus der heraus eine Leistungsspitze erwachsen konnte, und der Spitzensport sollte andererseits als Vorbild für den Breitensport fungieren (1995:44). Der Begriff des „Breitensports“ basierte in dieser Zeit also auf einem „Pyramiden-Modell“: Man wollte die Breite, um die Spitze zu erreichen. Und umgekehrt, man brauchte die Spitze, um die breite Bevölkerung zu motivieren.[11] Das heißt: Noch immer blieb man einem traditionellen Sportmodell verhaftet, ein breiteres Sportverständnis jenseits gängiger Sportarten und Wettkampforientierung wurde nicht vorangetrieben. Der „Zweite Weg“ berücksichtigte in seinem Selbstverständnis nicht, was beispielsweise eine Umfrage des Bundesgesundheitsministeriums von 1966 ergab: Hiernach äußerten lediglich 3 % der Frauen und 6 % der Männer, die bis dato sportlich nicht aktiv waren, den Wunsch an sportlichen Wettkämpfen teilzunehmen. Für sie standen vielmehr Motive wie Gesundheit, Geselligkeit und Entspannung im Vordergrund (zitiert bei Wopp 1995:44).

Dieckert bezeichnet diese erste Initiative des DSB dennoch als eine „erfolgreiche Kampagne“. Den Erfolg misst er unter anderem daran, dass sich zwischen 1960 und 1970 die Mitgliederzahl des DSB nahezu verdoppelt hatte (von 5,2 Millionen auf 10,1 Millionen).[12] Als unabdingbar für den Erfolg nennt er die von der Deutschen Olympischen Gesellschaft verkündete Initiative des „Goldenen Plans zur Schaffung von Erholungs-, Spiel- und Sportanlagen“ im Jahre 1960, der eine Laufzeit bis 1975 hatte und bis zum Jahre 1984 fortgeschrieben wurde: In diesem Rahmen wurde die Infrastruktur von Sportstätten erweitert[13], und es wurden verstärkt ÜbungsleiterInnen ausgebildet. In dieser Zeit förderten auch die Bundesländer die Ausbreitung des Sports, und die kommunalen Spitzenverbände sowie die einzelnen Gemeinden vor Ort unterstützten zunehmend die Bemühungen der Turn- und Sportverbände (Dieckert 2002:27f.; vgl. auch Wopp 1995:39 u. 48 ff.).

Nach Wopp hatte die Aktion „Zweiter Weg“ nicht nur das Ziel, einen wesentlichen Beitrag zum „Sport für alle“ leisten, sondern „war vorrangig auf die Gewinnung neuer Mitglieder für die Sportvereine ausgerichtet“ (1995:42) und sollte darüber hinaus die Abwehr von „Konkurrenten des Vereinssports“ (öffentliche und private Anbieter) unterstützen (1995:43; 48 f.; 52). Auch wenn die Initiative des DSB eine erste Öffnung des Sports für viele Menschen bedeutete, fand dennoch keine Abkehr von einem wettkampforientierten Sportverständnis statt. Zwar bauten eine Reihe von Sportvereinen neue Breitensport-Abteilungen auf, aber es wurden weiterhin die gängigen Sportarten angeboten, nur eben auf einem weniger schwierigen Leistungsniveau. Die durch den DSB zentral vorgegebene Aktion erfuhr laut Wopp keine breite Unterstützung seitens vieler Sportverbände – hier überwogen die Skepsis und der Widerstand gegen einen Breitensport.

---

[11] Dieckert stellte das Breitensportmodell bzw. das Pyramiden-Modell Anfang der 70er Jahre erstmals in Frage und entwickelte später die „Zweisäulentheorie“ – mit einem gleichberechtigten Freizeitsport neben dem Hochleistungssport, d. h. einem Freizeitsport, der seine Legitimation nicht dadurch erfuhr, dass aus der „Breite“ mehr Spitzensportler hervorgehen könnten. Gemeinhin wird heute zwischen Breitensport als wettkampfbezogenes Sportmodell mit Amateur-Charakter auf allen Ebenen, dem stark ausdifferenzierten Freizeitsport, dem Gesundheits- und Sozialsport und dem Alternativsport unterschieden (Dieckert 1973, 1978 und 2002; DSB 1993:5 ff.).

[12] Außer dem offensichtlichen Mitgliederzuwachs gibt es keine Hinweise, inwieweit der „Zweite Weg“ maßgeblich zu einer Erhöhung der Sportaktivität in der Bevölkerung beigetragen hat.

[13] Von 1960 bis 1967 wurden im Rahmen des “Goldenen Plans” insgesamt 8.506 Sport- und Schulsportplätze, 7.127 Gymnastik-, Turn- und Spielhallen, 722 Freibäder, 201 große und 800 kleine Hallenbäder sowie 16.370 Spielplätze geschaffen (Wopp 1995:50 f.).

Eine Ausnahme bildete der Deutsche Turner-Bund, der ab 1960 mit dem „Coburger Aktionsprogramm“ vermehrt die Einrichtung von Abteilungen für Erwachsene und Hausfrauen sowie die Gründung neuer Turnvereine in den Dörfern und das Turnen in einfachen Verhältnissen förderte (1995:50). Trotz dieser Einschränkungen bezeichnet Wopp diese erste große Initiative des DSB ab 1959 als die „Geburtsstunde des modernen Freizeitsports“ (1995:51). Zum ersten Mal wurde der Blick auf eine zu großen Teilen sportlich inaktive, gleichzeitig aber an Sport interessierte Bevölkerung gerichtet, für die das herkömmliche Sportsystem nicht viel zu bieten hatte. Das anvisierte Ziel „Sport für alle“ wurde zwar nicht erreicht, aber es wurde ein Fundament gelegt, auf das sich die späteren Aktionen des DSB stützten und auf das andere Angebote – auch im nicht organisierten – Breiten- und Freizeitsport aufbauen konnten.

Man kann den „Zweiten Weg“ als einen Prozess der Bewusstseinsbildung in den Verbänden und Vereinen bezeichnen, der die Öffnung und Erschließung des sportlichen Angebots über die üblichen Teilnehmergruppen und über die weitgehend am Trainings- und Wettkampfbetrieb orientierten Teilnahmeformen hinaus beabsichtigte. Die zehn Jahre währende Phase des „Zweiten Weges“ setzte einen Lernprozess in Gang: Die Sportorganisationen begannen sich auf die Bedürfnisse von Kleinkindern, Frauen, Älteren und Anfängern einzustellen. Daraus gingen erstmals Angebote im Frauen- und Familiensport hervor, die Einführung von Breitensport-Abteilungen und Kursen sowie der Ausbau der Übungsleiter-Ausbildung. Während der „Zweite Weg“ eher eine nach innen gerichtete Initiative war, also eine Erweiterungs- und Veränderungsmaßnahme der Vereine und Verbände darstellte und zur allgemeinen Verbesserung der Infrastruktur des Sports beitrug, wandte sich die Trimm-Aktion ab 1970 direkt über die Massenmedien und öffentlichkeitswirksame Aktionen an die gesamte Bevölkerung.

3.2 Auslösende Motive für die Trimm-Aktion

Die erste Frage, die sich stellt ist: Welche Motive bewegten den DSB 1970, diese große Kampagne zu starten, wenn man im allgemeinen davon ausgehen konnte, dass schon in den vorhergehenden Jahren das Sportinteresse deutlich zugenommen hatte und weiter zunehmen würde? Der DSB konnte im Grunde mit der Entwicklung der Mitgliederzahlen zufrieden sein, sie hatten sich zwischen 1960 und 1970 im Zuge der Maßnahmen des „Zweiten Weges“ nahezu verdoppelt. Ausdifferenziert nach Geschlecht, Alter und Sportarten ergab sich aber noch Ende der 60er Jahre kein allzu optimistisches Bild: Nach wie vor waren in allen Altersgruppen viel weniger Frauen Mitglied eines Sportvereins als Männer. Die Mitgliederentwicklung der Landesssportbünde zeigte, dass nur die Altersgruppen der bis 6-Jährigen und der 18- bis 21-Jährigen starke Zuwächse verzeichneten, beispielsweise aber die über 21-Jährigen nur sehr geringe. Aufgeschlüsselt nach Sportarten zeigte sich, dass nach wie vor zwei traditionelle Sportarten den Löwenanteil sämtlicher Mitglieder auf sich vereinigten: Fußball (30,2 % aller Mitglieder der Spitzenverbände) und Turnen (23,1 % aller Mitglieder der Spitzenverbände (vgl. Silbermann 1969:16 f.)). Silbermann wies auch darauf hin, dass von den rund 8,23 Millionen Mitgliedern des DSB im Jahre 1967 eine bis dahin noch nicht ermittelte Zahl zwar als aktive Mitglieder geführt wurden, aber ihre Sportart nur unregelmäßig ausübten (ebd.:20). Vor dem Hintergrund, dass in dieser Zeit schon ein Zusammenhang zwischen der Zunahme vieler Zivilisationskrankheiten und fortschreitender Bewegungsarmut gesehen wurde, ist das Ergebnis einer Repräsentativbefragung aus dem Jahre 1965 interessant: Auf die Frage „Was tun Sie für Ihre Gesundheit“ antworteten lediglich 16 % „Sport treiben“. Sport

rangierte in der Rangfolge der gesundheitsschützenden Verhaltensregeln weit hinter gesunder Ernährung, geringem Alkoholkonsum oder gar „viel lachen, fröhlich sein“ (ebd.:36).

Das allgemeine Interesse am Sport war nachweislich in den letzten Jahren sprunghaft angestiegen, aber es zeigte sich eine große Diskrepanz zwischen Interesse und Verhalten: Das Allensbach-Institut legte 1968 die Ergebnisse einer Umfrage vor, nach der 68 % der Bevölkerung sich für eine aktive Sportausübung interessierten, aber nur 16 % regelmäßig Sport betrieben (vgl. Palm 1974a:162). Es stellte sich zudem heraus, dass sich Millionen für Sportarten interessierten, die sie bis dato nicht erlernen konnten und/oder für die es keine hinreichende öffentlich zugängliche Infrastruktur gab (ebd.:162). Kurzum: Der Grad der sportlichen Aktivität – gerade bei Frauen, Älteren und sozial Benachteiligten – blieb insgesamt unbefriedigend. „Sport für alle“ war noch längst nicht Realität.

Jürgen Palm, früherer Referent der Geschäftsstelle des DSB und Mitglied des „Arbeitskreises Zweiter Weg“, später DSB-Geschäftsführer Breitensport, spricht rückblickend weniger von einem singulären auslösenden Motiv für die 1970 gestartete Kampagne als vielmehr von besonderen Gründungs- und Begründungssituationen, die die Trimm-Aktion befördert haben bzw. ihr „folgerichtig vorausgegangen sind“ (Interview September 2004): die Turnerbewegung in Deutschland, die schon immer dem Breitensport verpflichtet war, die zehnjährige Phase des „Zweiten Weges“ und die Einflüsse aus dem Ausland, vor allem aus den USA und den skandinavischen Ländern. 1969 hatte die erste Trimm- und Fitness-Konferenz in Oslo stattgefunden, auf der acht Länder vertreten waren. Bei der Ideenfindung und Konzeptionierung der Trimm-Aktion stützte sich der DSB auf die Erfahrungen, die beispielsweise Norwegen mit seiner Aktion „Trim“ ab 1967 machte, Schweden, Finnland und die Niederlanden ab 1968.[14] Palm und andere damals relevante Akteure benennen darüber hinaus auch Beweggründe für die neue Kampagne, die schon auslösendes Moment für den „Zweiten Weg“ gewesen waren: 1. Bewegungsarmut in der Bevölkerung aufgrund veränderter Arbeitsbedingungen (mehr Freizeit, Automatisierung) und Lebensstile sowie die Einsicht seitens vieler Sportvertreter, dass hier gegengesteuert werden müsste. 2. Sport ist mehr als Wettkampfsport für Junge, Talentierte und Starke – Sportausübung muss für breite Kreise der Bevölkerung attraktiv und praktisch möglich werden. Der Idee der Trimm-Aktion lag, so Palm, die Vision zugrunde: „Sport kann jedermann betreiben, auch Behinderte, Ältere, Übergewichtige oder Ängstliche.“ Auf der anderen Seite glaubte man auch, dass in der Bevölkerung langsam aber sicher die Einsicht und das Verständnis wuchs, dass Bewegung gut und notwendig ist: „Nach der Fresswelle und der Urlaubswelle war die Zeit reif für die Bewegungswelle“, erzählt Dieter Sihler im Interview (September 2004), damals Kreativdirektor der Werbeagentur „Werbeting 2000“, die für den DSB die Trimm-Kampagne auf den Weg brachte. Das Thema „lag in der Luft“, nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen anderen führenden Industrienationen. Für viele Gesprächspartner und Autoren ist Jürgen Palm der Visionär der Stunde: Er brachte mit seinem Pioniergeist die Idee in den Arbeitskreis „Zweiter Weg“, dass neue Wege eingeschlagen werden müssten und eine Aktion zu starten sei, die sich – anders als der „Zweite Weg“

[14] Dieser „Trim and Fitness Congress” fand seither schon 18 Mal statt. 1990 wurde TAFISA gegründet, eine weltweit operierende internationale Vereinigung nationaler Experten für „Sport für alle“, der mittlerweile 103 Länder angehören, mit Jürgen Palm als Präsidenten.

und erstmalig in der Sportgeschichte – systematisch der Massenmedien bedient, um die breite Bevölkerung bundesweit zu erreichen.

4. Erster Zyklus: Motivationskampagne „Trimm Dich durch Sport" (1970-1974)

4.1 Konzeptionsphase und Kommunikationspolitik

Drei Werbeagenturen wurden noch 1969 beauftragt, Konzepte für eine Kampagne zu entwickeln.[15] Zwei präsentierten ihre Entwürfe auf einer Sitzung des Arbeitskreises „Zweiter Weg": Die Agentur „Glocke" aus Hamburg und „Werbeting 2000", eine junge Agentur aus Frankfurt. Erstere stellte den Slogan vor „Raus aus dem elektrischen Stuhl", setzte also ganz auf das Angstelement: zu wenig Bewegung bedeutet letztendlich Krankheit und vorzeitigen Tod. Anders „Werbeting 2000": Sie entwickelte das Konzept „Trimm Dich durch Sport" und griff dabei auf den Begriff „Trim" zurück, den die Norweger in ihrer bevölkerungsweiten Aktion zur Sportförderung entwickelt hatten. Aus „Trim" wurde hier „Trimmen" und „Trimm-Dich".

Die Werbeagentur setzte in ihren Entwürfen ganz bewusst nicht auf eine explizite Gesundheitsmotivation oder auf eine gesundheitliche Komponente mit rationalen Argumenten, sondern auf Spaß, Lebensfreude, Vergnügen und Abenteuer. Im Gegensatz zu „Raus aus dem elektrischen Stuhl" hielt man nichts vom erhobenen Zeigefinger, der ständigen Drohung mit Herzinfarkt und Übergewicht. Das Konzept entwickelte sich anhand eines „sympathischen Ansatzes", erläutert Dieter Sihler im Gespräch, der eine „Abschreckung" oder ein „Erschrecken" vermied. Man ging davon aus, dass bei jedem Menschen, egal welchen Alters, die Lust an Bewegung nicht völlig verkümmert war. Also versuchte man eine Identifikation mit spaß- und freudebetonten Lebenssituationen zu schaffen. Vor diesem Hintergrund entstand die Leit- und Symbolfigur der Trimm-Aktion, der „Trimmy":

Seine Eigenschaften: „Er ist kein Supermann und kein Held, ein ganz durchschnittlicher, kleiner, schmächtiger und unscheinbarer Bursche", beschrieb ihn der Grafiker Sihler, der ihn entworfen hatte. Auch Palm äußerte sich ähnlich: „Er ist fröhlich, jung und unkompliziert, optimistisch. Man braucht kein Sportler zu sein, um sich mit ihm zu identifizieren. Trimmy ist die personifizierte Lebenslust (...). Sport ist für alle da, sagt Trimmy, nicht nur für die Jungen, die Starken, die Reichen, Trimmy läuft, reitet, schwimmt, fährt Ski und Rad, Spielt Minigolf und tanzt" (Palm 1973:116). Der Vorteil von „Trimmy" lag zum einen in seiner einfachen emotionalen Botschaft,

[15] Heute kaum vorstellbar: Die Agenturen haben damals für ihr Engagement im Vorfeld (drei Monate) keinerlei Aufwandshonorar erhalten.

wie eben auch darin, dass er nicht nur einer Sportart zuzuschreiben war, sondern ein Symbol darstellte, das sich leicht auf viele Sportarten adaptieren ließ. „Werbeting 2000“ gewann den Zuschlag für die Kampagne, und der DSB mit der Agentur einen kreativen Partner, der schon über ein umfassendes Know-how mit großen Kampagnen verfügte, das heißt über die optimale Nutzung der Massenmedien für die bundesweite Verbreitung der Kampagneninhalte. Dies war zu diesem Zeitpunkt ein unbekanntes Vorgehen im Sport, ein Vorstoß in einen neuen Bereich. Gleiches gilt auch für das Sponsoring und die zahlreichen Medienpartnerschaften, auf deren Basis sich die Kampagne überwiegend finanzieren musste. Lediglich 218.000 DM hatte der DSB an staatlicher Kampagnenförderung zu Beginn 1970/71 erhalten. Die Finanzierung musste deshalb aus anderen Quellen gespeist werden: kostenlose Werbeleistungen von Medienpartnern, Sponsoren und der eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit.

Interessanterweise beurteilten die Akteure von damals die Planung der ersten Welle der Trimm-Aktion als „intuitiv“, „aus dem Bauch heraus“ – eben alles andere als wissenschaftlich fundiert. Man war „mit Herzblut“ und „großem Engagement“ dabei. Dennoch ging man, was die reine Werbestrategie anging, von Anfang an sehr professionell vor: Es etablierte sich in der Folgezeit ein Planungsstab, die so genannte „Trimmrunde“, die sich jeden Montag im Haus des Deutschen Sports zur Strategiebesprechung traf. Ihr gehörten Vertreter unterschiedlicher Referate des DSB sowie der Werbeagentur an.[16] Die Richtlinien der Trimm-Aktion wurden in den Folgejahren von einem zweimal jährlich tagenden Fachausschuss festgelegt, dem u. a. ein Pädagoge, ein Journalist, ein Fernseh-Intendant, Vertreter aus Sportverbänden, aus Gemeinden, Ländern und dem Bund angehörten (Palm 1973:114). Von Anfang an suchte man sich Förderer und Sponsoren aus der Wirtschaft (z. B. adidas, Puma, Flora-Soft u. a.) und den Medien (Fernseh- und Rundfunkanstalten, Zeitungen und Zeitschriften), da die Trimm-Aktion von Anfang an darauf angewiesen war, externe finanzielle Mittel zu akquirieren. Erst anderthalb Jahre nach dem offiziellen Start der Aktion im März 1970 wurde vom Hauptausschuss des DSB am 23. Oktober 1971 in München das Memorandum zur Aktion „Trimm Dich durch Sport“ verabschiedet, das die Ziele der Kampagne benannte. Die Trimm-Aktion sollte hiernach neue Teilnehmer überzeugend ansprechen; Interessierten Wege der Sportausübung aufzeigen sowie vermehrte und differenziertere Voraussetzungen der Sportbetätigung schaffen (DSB 1971:3). Betont wurde ein „offenes Sportverständnis“ im Sinne individuellen Sporttreibens unter einfachsten Bedingungen, um „Sport für alle“ zu verwirklichen – auch jenseits einer Vereinsmitgliedschaft.

Der Auftakt der Aktion fand mit einer Bundeskonferenz in Berlin am 16. März 1970 statt, und zu diesem Zeitpunkt waren bundesweit schon hunderttausende Plakate ausgehängt: Sie zeigten neben dem Slogan „Trimm Dich durch Sport“ den „Trimmy“ und das zweite Symbol der Aktion, die Faust mit dem „optimistischen Daumen“. Darüber hinaus verfügte die Aktion schon über eine eigene Erkennungsmelodie, die Trimm-Melodie. Im Rückblick fassten die Akteure die erste Phase der Trimm-Aktion von 1970 bis 1974 als Motivationskampagne zusammen. Zunächst wurde die Aktion jedoch jährlich mit wechselnden Themen strukturiert:

---

[16] Später kamen noch ein Beauftragter für Lizenzen und ein Vertreter des 1972 gegründeten Trimm-Clubs hinzu. Diese Trimmrunde traf sich, wahrscheinlich in wechselnder Besetzung, bis zum Ende der Trimm-Aktionen im Jahre 1994 kontinuierlich einmal in der Woche!

1970/1971

Im Mittelpunkt stand in den ersten beiden Jahren der Aktion die personalisierte Aufforderung an die breite Bevölkerung „Lauf mal wieder", „Spiel mal wieder", „Schwimm mal wieder" usw. Das Wort „mal wieder" sollte an jene Jahre der Kindheit und Jugendzeit anknüpfen, in der vielleicht jedermann und jedefrau Sport getrieben hat. Die Aufforderung blieb „unverbindlich", verlangte für den (Wieder)Anfang nicht zuviel und vertraute darauf, „dass alles, was Spaß macht, den Anreiz auf Wiederholung schon in sich trägt" (Palm 1978:164). Ein anderes Thema war „Sport ist nicht nur Männersache", um vor allem die im Sport unterrepräsentierten Frauen zu gewinnen. Bis auf diese ausdrückliche Zielgruppenansprache gab es keine andere konkrete Ansprache besonderer Bevölkerungsgruppen. Das erste Werbejahr diente vorrangig dazu einerseits einen hohen Bekanntheitsgrad für die Trimm-Symbolik zu schaffen und andererseits den Sport für all diejenigen akzeptabel zu machen, „die Angst haben vor Sport, oder die Vorstellung haben, Sport tut weh oder für Sport ist es jetzt zu spät in meinem Leben" (Palm: Interview September 2004).

1972

In diesem Jahr wollte man durch Trimm-Tipps die Aktion tiefer im Bewusstsein der Bevölkerung verankern. Gleichzeitig wurden jene Zeitabschnitte im Alltag der Menschen hervorgehoben, in denen die Bereitschaft sich zu trimmen am höchsten zu sein versprach. Deshalb die Slogans „Trimm Dich am Feierabend", „... am Wochenende", „...im Urlaub". Sportarten wie Radfahren, Schwimmen, Wandern etc., die in der arbeitsfreien Zeit gerne betrieben wurden, betonte man werblich besonders.

1973

Im vierten Jahr der Aktion wirbt „Trimmy" schließlich mit drei neuen Themen, die laut psychologischer Erkenntnis die stärkste Motivation zur Teilnahme am Sport bieten: Spaß, Geselligkeit und Aussehen. So lauteten die Slogans „Trimmer erleben was" (Lebenslust, Aktivität, Abenteuer), „Trimmer sind nicht allein" (Kontakt, Familie, Freundschaft, Kollegen) und „Trimmer machen eine gute Figur" (Anerkennung, Vitalität, schlanker werden, Jugendlichkeit) (Palm 1973:116; Wopp 1995:72).

1974

Für dieses Jahr heißt es schlicht: „Trimm Dich – die schönste Freizeit". Bundesweit wird die Posterreihe „Trimm-Laune" verbreitet. Im Mittelpunkt stand die Aussage: Es gibt nichts Preiswerteres, Gesünderes und Geselligeres als Sport zu treiben. Parallel geht man mit dem Programm „Lauf-Treff" an den Start, erstmalig gefördert durch den AOK-Bundesverband und die Puma AG.

In diesen ersten fünf Jahren erfolgte – trotz jährlich wechselnder Themen – eine gleich bleibend individuelle Ansprache und Aufforderung zum Sporttreiben – in der Wohnung, im Garten, im Schwimmbad, am See und am Strand, auf Wanderwegen, im Gebirge, auf Rast- oder Campingplätzen und im Skigelände, und mit alltäglichen Geräten im Haushalt, mit Heimtrainingsgeräten oder einfachen Freiluftgeräten (DSB 1971:9f.). In dieser Zeit entstand eine beeindruckende Vielzahl von begleitenden Informationsmaterialien zu den in der Öffentlichkeit verbreiteten Hand-

lungsaufforderungen (Trimm-Tipps-Broschüren)[17], die kostenlos beim DSB bezogen werden konnten. Es handelte sich um einfache Anleitungen für die individuelle Sportausübung für unterschiedliche Sportarten, die nach ihrer ersten Auflage von 1970 schnell vergriffen waren und je nach Bedarf neu aufgelegt wurden (DSB 1971/72:4). 1971 gab es 16 Titel mit einer Gesamtauflage von sieben Millionen. Neben der Broschüre zählten Fernsehspots, Anzeigen in Zeitungen und Zeitschriften sowie Plakate zu den wichtigsten Werbeinstrumenten, die eingesetzt wurden. Beispielsweise produzierte man 1970 zehn Fernsehkurzfilme (1 Minute) teils mit Sportprominenten, die in der ARD und im ZDF gesendet wurden, sowie Funkspots, die die Slogans der allgemeinen Kampagne aufgriffen. In rund 300 Zeitungen und Zeitschriften wurden neben kleinen Anzeigen auch so genannte „Trimm-Tipps" als Kurzanregungen für das Trimmen geschaltet. 1971 wurden zwei Millionen Poster mit 16 Motiven bundesweit plakatiert. Daneben warb man noch auf Bierdeckeln, Streichholzschachteln, Autoaufklebern, auf T-Shirts und Hemden für die Aktion, gab eine Trimm-Schallplatte heraus und ließ den „Trimmy" in allen Größen aus Plastik produzieren. 1973 erschien das „Große Trimmbuch" als „Maßnahme zu neuer sportlicher Aktivierung möglichst vieler Bürger." Hier wurden eine Vielzahl von Möglichkeiten des individuellen Trimmens zusammengefasst, als eine Ergänzung zu den „flüchtigen Tipps" aus Fernsehen, Funk und Presse, ein „Hausbuch" und „Nachschlagewerk" des Trimmens für zwanzig verschiedene Sportarten, mit besonderen Anleitungen für bestimmte Zielgruppen (Familien, Berufskollegen, Nachbarn, Mutter-Kind, Vater-Sohn etc.) und einem Fitnesstest zur Messung der verbesserten Kondition (DSB 1973a:7 f.).

Eine Bilanz von 1973 gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß die Massenmedien für die Kampagne eingesetzt wurden: Nach nur drei Jahren Trimm-Aktion beliefen sich die Werbemaßnahmen auf 30 Millionen DM, die Gesamtauflage der Broschüren hatte die 10 Millionen-Grenze erreicht, die der Plakate die 1 Million-Grenze. Insgesamt wurden 150 Millionen Anzeigenaussendungen für 300 Zeitungen und Zeitschriften vorgenommen (Palm 1973:118). Wopp trägt folgende Zahlen für den Zeitraum der ersten fünf Jahre zusammen: Zwischen 1970 und 1974 belief sich der Werbewert der Aktion auf ca. 40 Millionen DM, davon waren ca. 35 Millionen gestiftete Leistungen (Anzeigen, TV- und Radiospots), 2,8 Millionen wurden durch Sponsoren finanziert (Broschüren, Plakate, Verteilung), zwei Millionen brachte der DSB an Eigenleistung in die Kampagne ein, die staatliche Förderung machte mit den schon erwähnten 218.000 DM Starthilfe nur einen geringen Teil des zur Verfügung stehenden Budgets aus (1995:71). Im „Trimmreport" von 1971/72 bilanzierte man treffend: „Die Aktion war arm wie eine Kirchenmaus, aber sprudelte vor Einfällen" (DSB:14).

4.2 Aktionsprogramme und Handlungsangebote

Aber blieb es bloß bei der massenmedialen Trimm-Welle oder wurden darüber hinaus konkrete und organisierte Maßnahmen zur körperlichen Aktivierung der Bevölkerung entwickelt? Auf jeden Fall hat der DSB – wie schon oben beschrieben – eine Fülle von Empfehlungen, Anregungen, Hinweisen und Tipps für jedermann und jedefrau im Rahmen der Trimm-Aktion in unterschiedlicher Form und für alle zugänglich herausgegeben. Denn wie der DSB selbst betonte, wür-

[17] Zum Beispiel „Lauf mal wieder", „Schwimm mal wieder", „Turn mal wieder", „Trimm Dich im Büro", „Kinder turnen gerne" etc. (DSB 1971/72: 4).

den die besten Slogans wirkungslos verpuffen, wenn es bei der Aufforderung „Trimm Dich durch Sport“ bliebe und für die mobilisierte „Masse der Trimmfreunde“ keine praktischen Anwendungsformen empfohlen würden, die verdeutlichen, „was man tun kann und wie das vor sich gehen soll“ (DSB 1973a:273).

Zu den konkreten Angeboten in den ersten drei Jahren gehörten: Die *Trimm-Spirale*, die *Trimm-Spiele*, der *Trimm-Park* und der *Lauf-Treff*. Daneben gab es auch noch den *Deutschen Trimm-Club*, die *Trimmstationen* an Autobahnrastplätzen für die aktive „Trimmpause“, das *Trimm-Mobile*, wo man einen Trimmtest machen konnte sowie die *Trimmwochen*, die von Gemeinden oder Vereinen veranstaltet wurden. Außerdem etablierte der DSB eine Art „Stiftung Warentest“ für Trimmgeräte und vergab für besonders geeignete Geräte ein Prüfsiegel mit der entsprechenden Auszeichnung *Trimmgerät des Jahres* als Orientierungshilfe für unsichere, sportinteressierte Bürger (DSB 1973a:273). Im Folgenden werden die wichtigsten Aktionsprogramme näher erläutert.

Die *Trimm-Spirale* war das erste Programm, das entwickelt wurde, gedacht als Auszeichnung für fleißige Trimmer. Für 100 durch Trimmen gesammelte Punkte mit einer Auswahl aus 23 Sportarten und Übungsbereichen erwarb sich der Trimmer eine Nadel plus Urkunde. Die Anforderungen reichten von fünf Minuten Dauerlauf bzw. Konditionstraining, 10 Minuten Schwimmen oder 15 Minuten Radfahren, Turnen, Fußball etc. bis hin zu 60 Minuten Wandern, Gartenarbeit oder Minigolf. Der Vertrieb war einfach: Die Trimm-Spirale lag in Postkartengröße überall aus oder konnte aus allen Broschüren ausgeschnitten werden. Gegen eine Gebühr von 1,50 DM erhielt man dann die Anstecknadel und die Urkunde zugeschickt. Hunderttausende machten diesen „Trimm-Test“. Als völlig „unwissenschaftlich“ bezeichnet Palm aus heutiger Sicht das Konzept, „aber die Idee dahinter war durchaus pädagogisch richtig gedacht. Wer die 100 Felder der Spirale voll hat, also beispielsweise 100 Mal eine Stunde gewandert ist, der gewöhnt sich dran, der ist schon weitergekommen“ (Interview September 2004). Die Trimm-Spirale zeigt, wie die Akteure der Kampagne versucht haben, allen Menschen das Gefühl zu geben, dass sie schon etwas für sich tun bzw. stolz sein können, wenn sie „nur“ mal fünf Minuten Laufen, und sie auch „sportlich“ sind, wenn sie eine Stunde Gartenarbeit verrichten oder Wandern. Palm umschrieb es im Gespräch mit einer passenden Metapher: „Wir haben den Senioren, die morgens um sieben Uhr ins Hallenbad gehen, um zu schwimmen, gesagt: ihr treibt Sport, nicht: ihr geht baden!“

Ein sehr langlebiges Aktionsprogramm waren die so genannten *Trimm-Spiele*, die in Kooperation mit der Illustrierten Quick ab 1970 durchgeführt wurden: Volkswettbewerbe für jedermann in 15 Sportarten im Volksfest-Stil. Die Teilnahme stand allen Menschen offen und kostete zwischen 3,00 und 8,00 DM. Die Mindestleistungen, die es zu erfüllen galt, waren niedrig angesetzt, so dass etwa 95 % aller Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit einer Medaille nach Hause gingen (Wopp 1995:65; Palm 1973:117). Zum Beispiel fanden 1972 3.400 Trimm-Spiele in 100 verschiedenen Städten und Dörfern statt, veranstaltet von Sportvereinen, Betrieben und Schulen. Von den 1,3 Millionen Teilnehmern waren 54 % Nichtvereinsmitglieder (DSB 1973a:7). Bis Ende 1982 wurden fast 50.000 Trimm-Spiele bundesweit veranstaltet, an denen sich annähernd 16 Millionen Menschen beteiligten. Die Trimm-Spiele sind ein Beispiel dafür, dass manche der vom DSB und seinen Mitgliedsorganisationen initiierten Angebote mit Event-Charakter auch über die Dauer der eigentlichen Öffentlichkeits-Kampagne hinaus sich als nachhaltig erwiesen haben und eben auch

diejenigen daran teilnahmen, die nicht im Verein organisiert waren. Darüber hinaus engagierten sich hier auf lokaler Ebene neben dem organisierten Sport auch andere gesellschaftliche Akteure.

Der Deutsche *Trimm-Club*, gegründet 1972 durch den DSB, bot allen, die sich nicht einem Verein anschließen wollten, einen Versicherungsschutz gegen Sportunfälle sowie Beratungsleistungen etc. Für seine Mitglieder wurden Übungs- und Reiseprogramme entwickelt und Vergünstigungen angeboten. Man kann den überregionalen Trimm-Club als ein Angebot werten, das den Menschen über die individuelle Aufforderung, mehr Sport zu treiben, hinaus einen „verbindlicheren" Rahmen schaffen sollte – jenseits einer Vereinsmitgliedschaft. Die Mitglieder sollten sich als Teil einer „Gemeinschaft" fühlen. Leider steht über Mitgliederzahlen bzw. Akzeptanz des Trimm-Clubs kein auszuwertendes Datenmaterial zur Verfügung, das eine Erfolgsmessung zulässt.[18]

In kurzen Exkursen sollen nun zwei Handlungsangebote vorgestellt werden, die einerseits ein Hinweis darauf sind, welchen Bekanntheitsgrad die Aktion schon nach kurzer Laufzeit erreichte, und andererseits die Strategie des DSB verdeutlichen, den Sport wirklich für alle zu ermöglichen, indem er auch außerhalb der Vereinslandschaft die Infrastruktur zu verbessern versuchte und Angebote entwickelte, die dem Sportbedürfnis vieler Menschen entsprachen.

4.2.1 Trimmpfad versus Trimmpark

Viele Menschen assoziieren heute noch die Trimm-Aktion mit dem *Trimmpfad*, dagegen kennt den *Trimmpark* kaum jemand. Dabei war der Trimmpfad zu keinem Zeitpunkt der Kampagne ein Angebot, dass der DSB und seine Mitgliedsorganisationen entwickelt und verbreitet haben. Alles fing an mit der Züricher Lebensversicherung *Vita*, die den so genannten *Vitaparcour* zusammen mit einem Schweizer Oberförster und einem Schweizer Diplomsportlehrer entwickelte: Eine Waldstrecke, unterteilt in einzelne Stationen, an denen Schilder mit Übungsanleitungen angebracht waren und an denen zum Teil einfache Übungsgeräte (z. B. Reckstange, Holzklötze) zur Verfügung standen. Diese Vitaparcours (Geräte und Schildersätze) wurden zeitgleich zur Trimm-Aktion Gemeinden und Kommunen von Vita kostenlos bereitgestellt mit dem Effekt, dass sie bald darauf Trimmpfade genannt wurden.[19] Der DSB wurde in Folge dessen als Urheber angesehen und dafür verantwortlich gemacht: Zum einen glaubten die Städte und Kommunen, dass die Instandhaltung der Trimmpfade dem DSB oblag, zum anderen musste er sich der Kritik seitens der Sportmediziner stellen, dass die Trimmpfade ergonomisch nicht ausgereift seien und darüber hinaus für Ungeübte die Verletzungsgefahr erhöhten. Die Antwort auf die „ungewollten" Trimmpfade war ab 1973 der Trimmpark: Eine Freizeitsportanlage im Wald, die vier Bedürfnisse erfüllen sollte: Ausdauer, Übung und Kraft, Geschicklichkeit, Spiel und Geselligkeit für die ganze Familie. Entwickelt wurde sie von dem Sportwissenschaftler Jürgen Dieckert in Zusammenarbeit mit dem DSB und dem Bundesinstitut für Sportwissenschaft – Fachbereich Sport- und Freizeitanlagen.

---

[18] Wopp bezeichnet den Trimm-Club als den Versuch des DSB, das Anbietermonopol des organisierten Sports zu sichern bzw. der Gründung „wilder" Organisationsformen entgegen zu wirken. Laut EMNID betrieben 1973 schon 44 % der Bewegungsaktiven ihren Sport außerhalb der Vereine. Der Club erreichte, so Wopp, nie einen nennenswerten Bekanntheitsgrad (1995:76).

[19] Genauere Informationen darüber, wie viele Gemeinden dieses Angebot nutzten, welche Kosten ihnen dadurch entstanden und welche Wirkung die Vitaparcours hatten, waren weder durch die Dokumentenauswertungen noch im Rahmen der Interviews zu erhalten.

Die einzelnen Elemente waren:

1. Trimm-Bahn mit 3000m Jogging-Bahn (Ausdauer, Herz-Kreislauf-Belastung)

2. Trimmplatz mit 12 Übungsstationen an Holzgeräten (Kraft und Kondition)

3. Trimmspielplatz mit Federball, Fußball, Tischtennis, Boccia usw. (für die Familie)

4. Trimmhütte zum Unterstellen, Umkleiden, Erfrischen und evt. mit Sauna.

Die 52-seitige Baumustermappe für den Trimmpark stellte der DSB allen interessierten Kommunen und Gemeinden sowie Forstämtern kostenlos zur Verfügung. Anhand dieser Baumustermappe konnten sie sich über Kosten und Bauabschnitte informieren und anhand von Plänen den Trimmpark baulich umsetzen (DSB 1973c). Die Schildersätze für die 12 Übungsstationen mussten beim DSB angefordert werden. Wie viele solcher Trimmparks bundesweit entstanden sind, ließ sich nicht genau feststellen bzw. wurde seitens des DSB nicht evaluiert.[20] Lediglich bei Wopp finden sich Anhaltspunkte für den Erfolg der Konzeption. Er stellt die Ergebnisse von Untersuchungen an zwei Trimmparks in Oldenburg vor. Sie besagen, dass 50 % der Nutzer die Anlage ein- bis zweimal pro Woche besuchten, 5 % bis 8 % sogar täglich. Ausdifferenziert nach soziodemographischen Merkmalen spiegelte sich in der Nutzerstruktur allerdings das allgemeine Sportverhalten der Bevölkerung wieder: Frauen waren unterdurchschnittlich vertreten, ebenso wie Angehörige unterer Bildungsschichten und ältere Menschen. Die stärksten Nutzergruppen bildeten die Angestellten und Beamten zwischen 21 und 30 Jahren. Dass über 55 % der Nutzer keine Sportvereinsmitglieder waren, deutet jedoch darauf hin, dass der Trimmpark neue Möglichkeiten zum Sporttreiben eröffnet hat – aber eben für diejenigen, die ohnehin ein hohes Maß an Eigenmotivation und auch motorische Fähigkeiten mitbrachten (Wopp 1995:65f.). Ob die Trimmparks nur als bloße „Korrektur" oder „Schadensbegrenzung" in Reaktion auf die fälschlicherweise als Trimmpfade bezeichneten Vitaparcours entwickelt wurden und sonst vielleicht gar nicht entstanden wären, muss dahingestellt bleiben. Dass der „Trimmpfad" so bekannt wurde und heute noch ein feststehender Begriff ist, kann zum einen als ein Beleg für die Popularität gewertet werden, die die Trimm-Aktion schon 1973 erreicht hatte, zum anderen zeigt es, wie nachhaltig sich der „Trimmpfad" in das Gedächtnis vieler Menschen eingeschrieben hat.[21]

4.2.2 Der Lauf-Treff – „Eine Idee bewegt die ganze Nation"

Jürgen Palm führte nicht nur maßgeblich die Trimm-Aktion voran, sondern beherzigte selbst das Trimmen. Beim Waldlauf – heute würde man Joggen sagen – kamen die beiden Sportfreunde Palm und der Dortmunder Unternehmer Enzio Busche schon 1973 auf die Idee, betreute *Lauf-Treffs* anzubieten. Ein ganz einfaches Konzept: Ohne Anmeldung, ohne Vereinsmitgliedschaft und kostenlos kann man jederzeit bei den ein- bis zweimal wöchentlichen Lauf-Treffs mitmachen. Neulinge und Anfänger werden von Lauf-Treff-Leitern besonders eingewiesen. Die unter-

[20] In Gesprächen mit DSB-Vertretern kam zum Ausdruck, dass es keine internen Zählungen gibt, an wie vielen Orten in Deutschland Trimm-Parks gebaut wurden. Der DSB gab lediglich die Baumustermappe und Schildersätze heraus. Heute kommen aber durchaus noch Anfragen an den DSB.

[21] Noch heute findet man Trimmpfade und Trimmparks bundesweit. Wer sie mit welchem Ziel betreibt, zum Teil wiederaufleben lässt, wie sie ausgestaltet sind und genutzt werden, wäre sicherlich eine interessante Recherche.

schiedlichen Laufgruppen absolvieren dann, je nach Leistungsniveau der Teilnehmer ein unterschiedliches Programm. Einzige Pflicht: Jeder, auch der Anfänger ist eine Stunde unterwegs – ob in einer langsamen oder schnellen Gruppe, mit oder ohne Gehpausen. Der Startschuss fiel dann ein Jahr später in Dortmund. Dieses Angebot hatte große Vorteile: Es war unbürokratisch, es wurden keine Sportanlagen benötigt, und nur eine überschaubare Anzahl von Übungsleitern bzw. Lauf-Treff-Leitern musste ausgebildet werden.[22] Der Lauf-Treff ist ein Angebot, dass ab 1975 nahtlos in den nächsten Kampagnen-Zyklus „Ein Schlauer trimmt die Ausdauer" überführt wurde und auch bei den weiteren Teilkampagnen stets aktuell blieb: 1980 zählte man bundesweit 1468 wöchentliche Lauf-Treffs. Heute gibt es Lauf-Treffs auf der ganzen Welt, aber die meisten – schätzungsweise 3500 mit rund 350.000 Aktiven pro Woche – gibt es in Deutschland (Neumann 2004). Von Anfang an förderte der AOK-Bundesverband diese Aktion.

5. Zweiter Zyklus: Die Ausdauerkampagne „Ein Schlauer trimmt die Ausdauer" (1975-1978)

Beschrieben die damaligen Akteure in den Interviews die erste Phase der Trimm-Aktion noch als eine, die sich „aus dem Bauch" heraus entwickelte und die „von Tag zu Tag" wuchs, läutete der nächste Kampagnenzyklus diesbezüglich eine Wende ein: Der zweite Zyklus zeichnet sich dadurch aus, dass die Verantwortlichen nun in der Konzeption bedachter und weniger aktionistisch ans Werk gingen, übersichtlichere Inhalte und Handlungsangebote entwickelten. Dies zeigt sich u. a. daran, dass nicht mehr wie noch im ersten Zyklus jährlich wechselnde Themen die Werbemaßnahmen strukturierten, sondern nunmehr ein 4-Jahres-Rhythmus vorgelegt wurde. Dabei bewahrten sie aber eine Kontinuität hinsichtlich bestimmter struktureller Elemente: Die Trimmrunde blieb in gleicher Besetzung bestehen, man arbeitete weiterhin mit „Werbeting 2000" zusammen, die Nutzung der Massenmedien wurde ausgebaut bei gleichzeitiger Weiterentwicklung bewährter Werbeinstrumente und -materialien.

Stand in den ersten Jahren das unverbindliche „Trimm Dich mal wieder" als zentrale Handlungsaufforderung im Mittelpunkt, fokussierte die Aktion von 1975 bis 1978 auf das Ausdauermotiv mit dem Motto „Ein Schlauer trimmt die Ausdauer". Geworben wurde mit „Das neue Laufen ohne zu schnaufen", genannt *Trimm-Trab*. Inhalt des Trimm-Trabes war das langsame, ausdauernde Laufen in einem Tempo, dass es erlaubt, sich während des Laufens noch zu unterhalten. Die stärker werdende Jogging-Bewegung in den USA, also ein neuer Trend im Freizeitsport, spielte bei der Ideenfindung für die Ausdauerkampagne wohl eine nicht zu unterschätzende Rolle (Tobien: Interview September 2004). Die Grundüberlegung war, dass das Laufen die natürlichste Bewegungsform ist, die man immer praktizieren kann, alleine oder mit Gleichgesinnten. Darüber hinaus ist das Laufen die Grundlage für jede andere Sportart (Ballsportarten, Sportgymnastik, Leichtathletik etc.) und von keinem Fachverband des DSB besetzt. Dies barg den Vorteil, dass sich mit der Betonung des Laufens im Rahmen der Ausdauerkampagne alle Fachverbände identi-

[22] Interessant hierbei ist, dass der Deutsche Leichtathletik Verband (DLV) die Idee erst anderthalb Jahre später auch selbst umsetzte. Die Skepsis war groß, erzählte Palm im Interview. Die Auswirkungen der Trimm-Aktion auf die Organisationsstruktur des DSB – Widerstand und/oder Unterstützung – sollen später Thema werden.

fizieren konnten und sich keiner zurückgesetzt fühlen musste (ebd.). Wie auch in den ersten Jahren der Trimm-Aktion gab es bei der Ausdauerkampagne keine allzu differenzierte Zielgruppenansprache und/oder Zielgruppenangebote: Laufen konnte jeder und ohne großen Aufwand, hierfür waren weder Sportgeräte noch Sportanlagen notwendig. Der DSB empfahl seinen Mitgliedsorganisationen, im Zuge der Ausdauerkampagne vermehrt die Lauf-Treffs als konkretes Sportangebot für die Bevölkerung einzurichten.

Anlässlich der Auftakt-Pressekonferenz zu „Ein Schlauer trimmt die Ausdauer" in Bonn im Jahre 1974 lief der damalige Bundespräsident Walter Scheel mit, 1976 gewann man für eine Plakatserie „Komm mit uns auf Trab" auch andere Prominente wie Max Greger oder Frank Elstner. Im nächsten Jahr ging man dazu über, nicht nur für das „Laufen ohne zu schnaufen" bzw. Trimm-Trab, d. h. den langsamen Dauerlauf, zu werben, sondern auch für andere Ausdauersportarten (Schwimmen, Radfahren etc.). Ab 1977 wurde jährlich und bundesweit zum Auftakt der Freiluftsaison Ende April/Anfang Mai in Zusammenarbeit mit der AOK der *Trimm-Trab ins Grüne* durchgeführt. Nach dem Prinzip der Lauf-Treffs trabte man in Gruppen und unter Anleitung von Übungsleitern eine rund zwei Kilometer lange Strecke – und „holte sich vielleicht den Appetit zum regelmäßigen Mitmachen beim Lauf-Treff" (DSB 1980:36).

Im nächsten Jahr der Ausdauerkampagne (1978) entwarf der DSB die *10 Regeln zum vernünftigen Trimmen*, die über ein gesundes Sportverhalten informierten und auch Regeln für gesunde Ernährung, mäßigen Alkoholkonsum etc. aufstellten. Darüber hinaus ging man im gleichen Jahr mit den *Sportkursen für alle* an die Öffentlichkeit. Sie sollten die Menschen motivieren, mit Gleichgesinnten neue Sportarten kennen zu lernen. Die Angebote reichten von allgemeinem Fitnesstraining über Gymnastik, Ballspiele für Erwachsene hin zu Tennis, Tischtennis, Badminton oder Tanzen. Ob während der Ausdauerkampagne der Lauf-Treff in der Öffentlichkeit weiterhin werblich unterstützt wurde und welchen Stellenwert er in der Umsetzung hatte, konnte weder anhand der Gespräche noch anhand anderer Quellen festgestellt werden. In den jährlich durchgeführten EMNID-Untersuchungen (1975-80) wird zum Beispiel nur der Bekanntheitsgrad der Aktion Trimm-Trab und die Ausübung des langsamen Trimm-Trabs abgefragt, aber nicht nach der Bekanntheit und Akzeptanz anderer Angebote (wie Lauf-Treff, Offene Sportkurse etc.).

Die im April 1975 gestartete Ausdauerkampagne bzw. die Aktion Trimm-Trab erreichte schon am Ende des Jahres einen Bekanntheitsgrad von 48 % (EMNID 1975).[23] Aber nur die Hälfte der Befragten (52 %) interessierte sich für den langsamen Dauerlauf, 44 % überhaupt nicht und 4 % gaben an, diese Art des Laufens schon zu betreiben. Zwei Jahre später setzte sich die Aktion Trimm-Trab langsam im Bewusstsein der Bevölkerung durch:[24] Der Bekanntheitsgrad erhöhte sich auf 62 % (+14 %). Das regelmäßige Trimm-Traben (mindestens zweimal in der Woche) beherzigten immerhin 4 % der Befragten, das waren 1977 rund zwei Millionen Menschen ab 14 Jahren. Ab und zu betätigten sich körperlich 21 % der Befragten durch Trimm-Traben (rund 10,5 Millionen). Die sechs am häufigsten genannten Gründe für die Nichtteilnahme am Trimm-Trab waren: Zeitliche Gründe (22 %), Altersgründe (18 %), kein Interesse (17 %), beruflich genug Be-

[23] Befragt wurden Personen ab 16 Jahren im alten Bundesgebiet, einschließlich West-Berlin.

[24] Hierbei wurden bei der repräsentativen Stichprobe erstmalig schon Kinder ab 14 Jahren in die Befragung eingeschlossen.

wegung (13 %), Präferenz anderer Sportarten (8 %), gesundheitliche Gründe (6 %) (EMNID 1977). Der Bekanntheitsgrad von Trimm-Trab nahm bis zum Ende der Ausdauerkampagne zu: 1978 gaben 71 % der Befragten an, die Aktion Trimm-Trab zu kennen, 1979 ließ sich der Bekanntheitsgrad noch einmal auf 77 % steigern (EMNID 1978; Wopp 1995:66). Dagegen ließ jedoch der gemessene Aktivitätsgrad nach: 1978 übten nur noch 3 % der Befragten den langsamen Dauerlauf regelmäßig aus, 21 % ab und zu und 76 % überhaupt nicht (EMNID 1978; Wopp 1995:66).[25] Interessierten sich 1975 immerhin die Hälfte der Befragten für den langsamen Dauerlauf, wird andererseits erkennbar, dass die Kampagne über 90 % der Bevölkerung nicht zum Trimm-Traben animieren konnte. In der Befragung von 1978 untersuchte EMNID neben der Ausübung des Trimm-Trabens auch den Grad sportlicher Aktivität hinsichtlich der drei Ausdauersportarten Schwimmen, Radfahren und Dauerlauf: 4 % der Befragten gaben an, in den letzten drei Monaten mindestens zweimal in der Woche schwimmen gewesen zu sein, 8 % bejahten dies für das Rad fahren, aber nur 1 % für das Dauerlaufen. Wenigstens einmal in der Woche gingen 13 % schwimmen, 4 % dauerlaufen und 6 % fuhren Rad. „Seltener" als alle zwei Wochen betätigten sich in den drei Sportarten im Schnitt 23,6 %, und keine sportliche Betätigung dieser Art übten durchschnittlich über die Hälfte (56 %) der Befragten aus, wobei man am meisten abgeneigt war zu laufen (68 %).

6. Neun Jahre Trimm-Aktion: Eine Zwischenbilanz

Auch wenn die Trimm-Aktion nach neun Jahren keineswegs ihrem Ende entgegensah, soll an dieser Stelle eine Zwischenbilanz gezogen werden. Die 70er Jahre – und hier die Motivationskampagne und die Ausdauerkampagne – waren besonders bedeutsam als Phase der Entwicklung von Ideen, Strategien und von Aktionsprogrammen. Die hier umgesetzten Teilkampagnen schufen wichtige Grundlagen für die Verfolgung des Ziels „Sport für alle" und waren richtungweisend für die Kampagnengestaltung der nächsten 14 Jahre. 1970 bis 1978 ging es nicht nur darum, in der Öffentlichkeit eine Bewusstseinsänderung zu erreichen und für die Bevölkerung niedrigschwellige, praktikable Sportangebote zu entwickeln, sondern auch darum, intern in den Turn- und Sportvereinen, die Akzeptanz für den Breiten- und Freizeitsportbereich zu erhöhen und die diesbezügliche Infrastruktur zu verbessern.

Nach fast einem Jahrzehnt Erfahrung in der Organisation dieser bundesweiten Kampagne zur Bewegungsförderung war die Zeit des Experimentierens vorbei. Man konnte für die Konzeption der nächsten Aktions-Zyklen nicht nur auf das Erfahrungswissen der involvierten Akteure zurückgreifen, sondern auch auf die Ergebnisse von insgesamt neun Repräsentativ-Umfragen des EMNID-Instituts, das ab 1970 jährlich den Bekanntheitsgrad der Trimm-Aktion und ab 1974 auch deren Einfluss dieser auf das Freizeitverhalten und die Trimm-Gewohnheiten der Bevölkerung für den DSB untersuchte. Zu betonen ist hierbei, dass EMNID diese Repräsentativ-Umfragen unter rund 2000 Personen (1970-1974) ab 16 Jahren bzw. rund 1000 Personen (1975-1980) ab 14 Jahren in der Bundesrepublik und West-Berlin für den DSB kostenlos (!) durchführte (DSB

[25] Was jedoch nicht bedeutet, dass gar kein Sport betrieben wurde, sondern eben kein langsamer Dauerlauf.

1974:3).[26] Ergebnisse zum Bekanntheitsgrad der Ausdauerkampagne (1975-1978) und deren Auswirkungen auf das Sportverhalten der Bevölkerung wurden schon vorgestellt.

6.1 Bekanntheitsgrad groß – Verhaltenseffekte unklar

Die im Rahmen der Motivationskampagne (1970-1974) durchgeführten Trimm-Aktionen erreichten schnell einen enormen Bekanntheitsgrad, der sich auch in den Folgejahren auf diesem hohen (von der Ausdauerkampagne bzw. Trimm-Trab nie erreichten) Niveau hielt. EMNID bilanzierte schon 1970, dass es sich hier um eine der „erfolgreichsten Public-Relations-Aktionen" handelte, die das Institut „im Verlaufe seiner empirischen Arbeit zu interpretieren hatte" (1970:VIII). Von der Aktion „Trimm Dich durch Sport" bzw. „Trimm-Trab" hatten in den einzelnen Befragungsjahren gehört:

	Trimm Dich durch Sport	**Trimm-Trab**
September 1970	60 %	
November 1971	88 %	
Oktober 1972	93 %	
April 1974	90 %	
November 1975	93 %	48 %
März 1977	91 %	62 %
März 1978	94 %	71 %
März 1979		77 %

Das Interesse an der Trimm-Dich-Aktion und deren Einfluss auf die Bereitschaft zur sportlichen Betätigung sowie auf die sportliche Aktivität selbst verteilten sich in allen Untersuchungen – bei der Motivations- wie bei der Ausdauerkampagne – nicht gleichmäßig auf die Geschlechter, die Altersgruppen sowie auf die Bildungsklassen und Berufsgruppen. EMNID stellte die Faustregel auf: Der Bekanntheitsgrad und das Interesse an der Aktion sowie die Neigung zur sportlichen Aktivität steigen mit dem Bildungsstand und sinken in den höheren Altersgruppen; Beamte, Angestellte und Selbständige sind am interessiertesten und aktivsten, ebenso die Bewohner von Stadtstaaten. Was den Bekanntheitsgrad betrifft, sind die Unterschiede relativ gering, selbst bei den diesbezüglich am schlechtesten abschneidenden Gruppen lagen die Quoten im Befragungsjahr 1972 nicht unter 80 %:

Nach Altersgruppen:

16- bis 19-Jährige	99 %
20- bis 29-Jährige	97 %
30- bis 49-Jährige	97 %
50- bis 64-Jährige	92 %
65-Jährige und ältere	81 %
gesamt	93 %

[26] Eine wichtige Anmerkung: Die EMNID-Umfragen zeichnen sich nicht durch ein einheitliches Erhebungsdesign aus, was eine Auswertung erschwerte. Die Befragungen beinhalteten in keinem Jahr die gleichen Fragestellungen, der Fragekatalog wurde stets abgewandelt.

Nach Bildungsstand:

Volksschule	91 %
Mittelschule	96 %
Abitur, Hochschule	99 %

Nach Berufsgruppen:

Arbeiter, Landarbeiter	94 %
Angestellte	98 %
Beamte	99 %
Rentner	82 %

Diese Daten belegen, dass die Motivationskampagne hinsichtlich der Verankerung im gesellschaftlichen Bewusstsein sehr erfolgreich war und dass „für das Anliegen der Aktion eine große Aufnahmebereitschaft vorhanden gewesen sein muss“ (EMNID 1972:VI), was der Einschätzung der damaligen Akteure „es lag in der Luft“ entspricht.

Bekanntheitsgrad ist eine Sache, ob die Trimm-Dich-Aktion das tatsächliche Verhalten in der Bevölkerung beeinflussen konnte, eine andere. EMNID erfasste den Einfluss der Trimm-Dich-Aktion auf das individuelle Sport- und Bewegungsverhalten 1971 unter anderem durch die Frage, ob diejenigen, denen die Aktion bekannt war (88 %), durch die Aktion schon einmal angeregt wurden, sich zu trimmen bzw. sich sportlich zu betätigen: dies bejahten 24 %, 69 % verneinten es und 7 % machten hierzu keine Angaben. Von denjenigen, die durch die Aktion angeregt worden waren sich zu trimmen, betätigten sich körperlich 15 % jeden Tag, 24 % zweimal wöchentlich und 54 % unregelmäßig; weitere 6 % hatten es bereits wieder aufgegeben. Hierzu EMNID: „Die Aktion ‚Trimm Dich durch Sport’ erweist sich demnach nicht nur als ein Erfolg in der Öffentlichkeitsarbeit, der gegenwärtig ohne Beispiel dasteht, sondern entfaltet zugleich eine faktische Wirksamkeit: eine Teilgruppe, die hochgerechnet für rund 9 Millionen Menschen repräsentativ ist, erklärt, sie sei durch diese Aktion zur körperlichen Bewegung angeregt worden.“ (1971:IV). Der DSB rechnete vor, dass lediglich ein Betrag von rund 3 DM pro Kopf der Bevölkerung aufgebracht werden musste, „damit ein Mensch ein bestimmtes Verhalten annimmt und durchführt“ (DSB 1974:2).

1974 machte die Teilgruppe der durch die Aktion zum Trimmen Angeregten nunmehr 19 % der Befragten aus. Umgerechnet auf die Gesamtbevölkerung ab 16 Jahren waren dies allerdings immer noch rund 8,5 Millionen Menschen bzw. 2 von 10 Bürgern (EMNID 1974:II; DSB 1974:5). Am stärksten wirkte die Trimm-Aktion auf die jüngste Altersgruppe: Die 16- bis19jährigen gaben zu 29 % an, durch die Aktion zum Trimmen angeregt worden zu sein, die 20- bis 49jährigen nur noch zu 22 %, und die Gruppe der Befragten im Alter von 50 und mehr Jahren zu 12 %. Auch der Bildungsstand beeinflusste das Sportverhalten: Nur 15 % der Volksschüler gaben an, sich auf Anregung der Trimm-Aktion zu trimmen, die Gruppe der Mittelschüler, Abiturienten bzw. Hochschulabsolventen hingegen zu 26 % (EMNID 1974:II). Die Befragung ermittelte gleichzeitig die Personengruppe, die sich ohne Anregung der Kampagne trimmte: ihr Anteil lag bei 18 % (ebd.:II). Positiv ausgedrückt kann man demnach sagen: die Zahl derjenigen, die durch die Aktion zum Trimmen angeregt wurden, war etwas größer als die Zahl derjenigen, die offensichtlich eine

solche Anregung nicht nötig hatten. Dieses Ergebnis wertete der DSB als Argument dafür, dass es einen Einfluss von Werbe- und Informationsmaßnahmen auf das tatsächliche Verhalten gab (DSB 1974:5). Von den insgesamt 37 % Sportaktiven in der Bevölkerung (19 % angeregt durch „Trimm Dich durch Sport", 18 % unabhängig von der Aktion) betätigten sich ein Drittel nur selten oder unregelmäßig, 29 % bis zu 2 Stunden pro Woche und 12 % ca. eine Stunde täglich (ebd.: III).

1975[27] fragte man nur nach dem Umfang körperlicher Aktivität und nicht mehr nach dem Effekt der Kampagne auf das individuelle „Trimmen". Hier zeigt sich, dass es von der Kenntnis der Aktion (93 % Bekanntheitsgrad unter der Bevölkerung) bis zur aktiven Bewegung ein weiter Schritt ist: Die Hälfte der Zielpersonen gab an, sich überhaupt nicht zu trimmen, 36 % trimmten sich nur ab und zu und lediglich 13 % regelmäßig (zweimal wöchentlich). Im Bundesdurchschnitt nahm das persönliche Trimmverhalten in den Folgejahren sogar ab: 1977 gaben 57 % an, sich überhaupt nicht zu trimmen, nur 12 % trimmten sich regelmäßig und 30 % ab und zu. 1979 gab es nur noch 11 % und 1980 nur noch 9 % regelmäßig Sporttreibende (EMNID 1977:II und 1978: 2; Wopp 1995:73). Zieht man das Ergebnis der Allensbach-Umfrage zur Sportaktivität der Bevölkerung von 1968 (vgl. Kap. 3.2, S. 20) in Betracht, wonach 16 % der Bevölkerung regelmäßig Sport trieben, so hat die Trimm-Aktion zwischen 1970 und 1979 offenbar nicht dazu geführt, dass sich die Bevölkerung nun wesentlich häufiger sportlich betätigte. Selbst die ab 1975 auf das Ausdauermotiv fokussierte Teil-Kampagne Trimm-Trab hatte in dieser Hinsicht keinen durchschlagenden Erfolg. Auch hier war der Nachweis einer hohen Bekanntheit (1979:77 %) kein Gradmesser für den Erfolg hinsichtlich einer Verhaltensänderung: Nur 3 % waren damals nach eigenen Angaben aufgrund von Trimm-Trab regelmäßig „dauerlaufend" in Bewegung. Darüber hinaus bestanden auch während der Ausdauerkampagne die schon aus der Zeit des ersten Kampagnen-Zyklus bekannten Aktivitätsunterschiede nach soziodemographischen Merkmalen fort: Je älter die Befragten, um so weniger Trimm-Aktivität lag vor, je höher das Bildungsniveau bzw. der Berufsstatus, desto mehr Aktivität war feststellbar, Frauen beteiligten sich schwächer am Trimm-Trab als Männer (EMNID 1975 - 1980). Auch wenn EMNID noch 1971 von der „faktischen Wirksamkeit" der Trimm-Aktionen gesprochen hatte, bilanzierte das Umfrage-Institut nach fast dreijähriger Kampagnenlaufzeit: „Obgleich bei der großen Mehrheit der Befragungsgruppe Sport eine hohe Anerkennung genießt, nutzt doch nur eine Minderheit die dadurch gebotenen Möglichkeiten. Zwischen existenzieller Lage und Verhaltensweisen klafft ein Widerspruch, der nicht durch Einsichten in die Notwendigkeit überbrückt wird" (1972/73:XXX). Auch der DSB ging 1974 davon aus, dass für einen großen Teil der Angesprochenen noch erhebliche Überzeugungsarbeit zu leisten sei und dass von einer stabilen gesundheitsförderlichen sportlichen Betätigung weit überwiegend nicht gesprochen werden könne (DSB 1974:9). Erwähnenswert ist aber, dass die Trimm-Aktionen bei der Gewinnung von Frauen, die bis dato im Freizeitsport immer noch unterrepräsentiert waren, erfolgreich waren. Die EMNID-Untersuchung von 1974 ergab, dass 15 % der befragten Frauen schon vor der Aktion aktiv gewesen sind, aber 20 % ließen sich von der Aktion zum Trimmen anregen. Hingegen ließen sich durch die Trimm-Aktion nur 17 % der Männer anregen, 22 % waren ohne Anregung aktiv (DSB 1974:12).

[27] Ab 1975 wurde gleichzeitig der Bekanntheitsgrad der Aktion „Trimm Dich durch Sport" sowie der Aktion „Trimm-Trab" untersucht.

Soweit eine vorläufige empirische Zwischenbilanz. Die Trimm-Aktionen endeten allerdings nicht mit der Ausdauerkampagne, sondern wurden mit der Spielkampagne „Spiel mit – hier spielt sich was ab“ (1979-1982) weitergeführt. Die Darstellung dieser Teilkampagne soll jedoch nicht so ausführlich ausfallen wie die des ersten und des zweiten Kampagnen-Zyklus. Ein breiterer Raum soll erst wieder der Gesundheitskampagne „Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin“ (1983-1986) gewidmet werden, weil hier der DSB erstmalig mit dem Gesundheitsmotiv an die breite Bevölkerung herantrat. Diese Kampagne markiert – wie noch zu zeigen sein wird – in vielerlei Hinsicht eine Wende in der Konzeption und Umsetzung der Trimm-Aktionen.

7. Dritter Zyklus: Die Spielkampagne „Spiel mit – da spielt sich was ab“ (1979-1982)

Nach fast zehnjähriger Laufzeit hatten sich wichtige Grundvoraussetzungen und Rahmenbedingungen für die Trimm-Aktion weiter gefestigt. Mittlerweile konnte man sich seiner Medienpartner sicher sein: 350 Zeitungen und Zeitschriften schalteten kostenlos Trimm-Anzeigen und die Fernseh- und Rundfunkanstalten sendeten gleichfalls kostenlos TV- und Radio-Spots. Darüber hinaus konnte man auf eine wachsende Anzahl von Sponsoren (gemeinnützige und staatliche Institutionen wie auch Wirtschaftsunternehmen) zählen, die einen großen Teil der werblichen Maßnahmen, des Informationsmaterials oder der Handlungsangebote finanzierten. Freie Mittel standen durch die Lizenzvergabe der Aktions-Symbole zur Verfügung, die der DSB zweckgebunden in die Trimm-Aktion reinvestieren konnte. Die Aktion hatte somit eine gewisse Finanzierungs- und ein entsprechendes Maß an Planungssicherheit. Weiterhin fungierte die „Trimmrunde“ in bewährter Form als „kreativer“ Planungsstab der Aktionen – mit im Boot nach wie vor die Agentur „Werbeting 2000“.

Während es also auf werblicher und organisatorischer Ebene eine deutliche Kontinuität gab, wurde mit der Spielkampagne in Bezug auf die Vorgehensweise eine Änderung vorgenommen: Zum ersten Mal stützten sich die Akteure bei der Konzeption auf eine vorausgegangene Untersuchung, um sich Gewissheit darüber zu verschaffen, ob das anvisierte Thema „Spielen“ auf Interesse und Akzeptanz in der Bevölkerung stoßen würde und eine darauf ausgerichtete Kampagne Erfolgsaussichten hatte. Handelte man in den Anfangsjahren eher „aus dem Bauch heraus“, ging man nun „wissenschaftlicher“ und vorausschauender an die Konzeption heran, verließ sich also nicht mehr nur darauf, den „richtigen Riecher“ zu haben. Der DSB beauftragte das EMNID-Institut im Herbst 1977, also schon zwei Jahre vor dem Start der Spielkampagne, mit einer Repräsentativ-Befragung, um die Einstellungen in Bezug auf das Spielen bei den Bundesbürgern zu ermitteln. Von 38 % der Bevölkerung, die bereits spielten, taten dies mehr als die Hälfte „einfach aus Spaß“. Nur 24 % spielten, um fit zu bleiben. 53 % gaben an, dass sie bereit seien, an einem Spieltreff teilzunehmen. (DSB 1980:28; Wopp 1995:69). Ermittelt wurde auch, warum die Gruppe der Nicht-Motivierten bislang Ball- und Bewegungsspiele nicht ausübten (Angst vor Blamage, Desinteresse, Zeitmangel, keine geeigneten Spielpartner oder Spielmöglichkeiten in der Nähe, zu wenig Erfahrung oder Kenntnisse über Spielregeln). Es wurde auch festgestellt, dass soziodemographische Faktoren das Spielverhalten beeinflussten. So fand man heraus, dass Kinder im Haus-

halt das Spielinteresse erhöhten, dass Jüngere spielengagierter waren, dass bei Frauen die Geselligkeit, bei Männern eher die Leistung im Vordergrund stand (DSB 1980:30).

Die Werbeagentur entwarf nun auf der Basis der Umfrageergebnisse die Werbestrategie für die Spielkampagne. Als Zielsetzung wurde genannt, breiten Bevölkerungskreisen bewusst zu machen, wie wertvoll das Spielen und insbesondere Ball- und Bewegungsspiele sind: Die Menschen sollten durch die Kampagne die vielfältigen Spielformen wieder entdecken bzw. neu erlernen, zur Nutzung geeigneter Spielräume ermutigt werden, in jedem Partner einen Spielpartner sehen und nachhaltig motiviert werden, sich häufiger sportlich-spielerisch zu betätigen. Hierbei wollte man gruppenspezifisch vorgehen und vor allem Jugendliche, Familien, Kinder und ältere Menschen ansprechen (DSB 1980:30). Explizit sollten darüber hinaus die Vereine und Kommunen dazu motiviert werden, sich verstärkt für Ball- und Bewegungsspiele zu engagieren – entweder durch spezielle eigene Angebote oder durch die Bereitstellung von Sport- und/oder Grünanlagen. Wie bei der Ausdauerkampagne wurde wieder ein Kommunikationszeitraum von vier Jahren anvisiert. Aber im Unterschied zum ersten und zweiten Zyklus, in denen vor allem das individuelle bzw. das ausdauerorientierte Sporttreiben in der Bevölkerung gefördert werden sollten, betonte der DSB mit der Spielkampagne nun das spielerische und gemeinschaftliche Moment im Freizeitsport. Das Aktions-Motto lautete schließlich: „Spiel mit – da spielt sich was ab". Leitsymbol der Teilkampagne war ein springender, dynamischer roter Ball mit der Aufschrift „Spiel mit".[28] Es wurden 24 verschiedene Anzeigenmotive (mit Slogans wie: „Beim Spielen ist jeder ein Gewinner", „Beim Spielen springt die Laune über") für die Presse sowie 5 TV-Spots entwickelt, darüber hinaus gab es Plakate, Aufkleber und kostenlose Broschüren (u. a. „Spiele im Grünen", „Spielen ist Spitze", „Spielen im Zimmer", „Spielen macht Freude", „Spiele für die ganze Familie" sowie für alle Ballsportarten). Geplant wurde zudem eine Wandzeitung für Betriebe (*Die Spielzeit*).

Die Öffentlichkeitsarbeit bewegte sich während der Spielkampagne alles in allem in den „alten" und „bewährten" Bahnen, griff aber zusätzlich auf neue Aufklärungsmaterialien zurück: Schon im ersten Jahr gab der DSB das große Spiele-Buch „Spiel mit" heraus: Auf 115 Seiten wurden Spiele auf Rasen und Plätzen, im Wasser, im Gelände, auf Eis und Schnee, für Kinderfeste und Partys vorgestellt. Das preisgünstige Buch (5 DM) wurde im Laufe der Kampagne insgesamt 300.000 verkauft. Zugpferd hier war der Fernsehmoderator Frank Elstner. Zwei Jahre später erschien das 40-seitige „Trimm's Spiele Lexikon", mit 100 Spielen für die ganze Familie, das – ebenso wie die Broschüren – kostenlos war. Dann gab es noch den „Spielesack" mit allerlei Spielgeräten für die ganze Familie. Neben den motivierenden und anleitenden Aufklärungsmaterialien für die Bevölkerung und den klassischen Werbematerialien für die Medien entwickelte der DSB für seine Mitgliedsorganisationen ein Modellseminar zum Thema „Das Spiel im Freizeitsport", das über Spiele in der Freizeit aufklärte und unterschiedliche Handlungsangebote und Praxisbeispiele vorstellte.

Das wichtigste Handlungsangebot in der „Spiel mit"-Kampagne waren die *Spielfeste*. Sie wurden beworben mit Transparenten, Plakaten, Handzetteln, Buttons, T-Shirts und Mützen. Für die Veranstalter hielt der DSB eine „Spiel-Fest"-Broschüre vorrätig, die Tipps und Anregungen für die

[28] Der "Trimmy" war nur noch als kleines Logo auf den Werbematerialien zu sehen – nicht ganz verschwunden, aber eben nicht mehr omnipräsent.

Ausrichtung eines Spielfestes gab. Was spielte sich ab beim Spielfest? Hier konnten u. a. Bergsteigen an Kletterwänden, Circuittraining, Ponyreiten, Tennis mit neuartigen Geräten, Tauchen, Kanu, Tanzen, Kegeln, Sommerski auf einer Kunststoffpiste, verschiedene Ballsportarten, Frisbee, Fechten, Judo, Trampolin usw. ausprobiert werden. Oder es wurde einfach ein großes Tauziehen veranstaltet oder die längste Sitzschlange der Welt in Szene gesetzt, Jazzbands spielten auf, Jongleure, Clowns oder Drehorgelspieler mischten sich unters Volk. Die vielen Spielformen hatte der DSB von der in den USA schon 1973 initiierten New Games-Bewegung übernommen: Dort machten Aktivisten im Rahmen der Anti-Vietnamkrieg-Bewegung mobil gegen jede Form von (Wett-)Kämpfen und entwickelten Veranstaltungen mit „neuen" Spielen: Spiele ohne Sieger und Leistungsdruck, Spiele für Spaß und Geselligkeit. Das erste Modellspielfest probte der DSB schon im Juni 1978, ein Jahr vor dem Start der Spielkampagne, in der Essener Gruga-Halle. In der Vorbereitungsphase ließ man über 100 Übungsleiter ausbilden, die die Menschen motivieren sollten, sich an den Spielen zu beteiligen und gewann auch Frank Elstner als Prominenten. Die Generalprobe hatte großen Erfolg: Abends zählte man rund 25.000 Teilnehmer, so Palm im Interview. Ein Jahr später wurden acht Spielfeste bundesweit (Bonn, Singen, Berlin, Bayreuth, Neustadt, Hamburg, Darmstadt und Offenbach) durchgeführt. Das Berliner Spielfest zählte mit 50.000 Teilnehmern zu den größten seinerzeit, insgesamt sprach man von 150.000 Teilnehmern bundesweit. Mitstreiter bei den Spielfesten waren die Landessportbünde, die Fachverbände, Vereine und Sportämter, und der Deutsche Sparkassen- und Giroverband unterstützte die Aktion mit finanziellen Mitteln (DSB 1980). 1980 stieg die Zahl der Spielfeste mit rund 100 sprunghaft an. Prominenter Gast blieb stets Frank Elstner.

Die Spielfeste als Handlungsangebot erwiesen sich als nachhaltig populär und beliebt – und ihr Konzept ist heute, so Palm im Interview, nicht nur bundes-, sondern weltweit und in unterschiedlichsten Ausprägungen verbreitet. Inwieweit diese Großveranstaltungen Menschen über den Erlebnistag hinaus zum Spielen angeregt haben oder anregen, ist schwerlich einzuschätzen, irgendwelche Erhebungen hierzu liegen nicht vor. Laut Wopp wertete der DSB die Tatsache, dass die Mitgliederzahlen der Spielfachverbände (wie Badminton, Squash, Tischtennis, Tennis, Kegeln, Hockey, Basket-, Volley-, Hand- und Fußball sowie Golf) von 1979 auf 1980 um 4,09 % gestiegen waren, als Erfolg für die Kampagne (1995:70). Dies kann jedoch nicht als besonders harter Erfolgsbeleg gewertet werden.

Ein ganzjähriges, ständiges Angebot bildeten die im Zuge der Kampagne eingerichteten *Spiel-Treffs*, die an das Spielen heranführen sollten. Hier konnten sich alle, die neue Spiele kennen lernen oder alte wieder entdecken wollten, zwanglos zusammen finden, ohne Leistungsdruck, ohne Sieger und Verlierer. Auch hierfür liegen keine Daten zum Bekanntheitsgrad, zur Akzeptanz oder Nutzung vor.

Wopp sieht den Wert der Spielkampagne in erster Linie darin, dass er das Spielen als zweckfreies Handeln in den Mittelpunkt stellte und für ein offenes Sportverständnis warb, das heißt sich nicht an den Normen des Wettkampfsports orientierte. Darüber hinaus wurden im Zuge von „Spiel mit" wenig oder gar nicht genutzte öffentliche Räume (wie Parks und Grünflächen, Schulhöfe und Straßen) für das Spielen zurück erobert (1995:70). Interessant ist die Äußerung eines Interviewpartners zur Akzeptanz der Spielfeste innerhalb der DSB-Struktur: Sie seien eine Veran-

staltung gewesen, die für alle Fachverbände gleichermaßen eine Plattform zur Selbstdarstellung geboten und sie aufgrund dessen motiviert habe, sich zu engagieren (Tobien: Interview September 2004). Tobien zufolge hat sich das Konzept der Spielfeste im Laufe der Jahre im positiven Sinne „verselbständigt": Das heißt, der DSB organisierte jährlich eine bestimmte Anzahl von Spielfesten gemeinsam mit den Landessportbünden und Fachverbänden, aber darüber hinaus fanden, veranstaltet durch andere Organisationen (u. a. Schulen, Feuerwehr), noch „hunderte von Spielfesten in tausend Varianten" statt.

In der DSB-Publikation „10 Jahre Trimm-Aktion. Eine Zwischenbilanz" von 1980 ging man nicht mehr von einem rasanten Wachstum des Sports aus, vielmehr wurden die bevorstehenden 80er Jahre als eine Phase „der Konsolidierung und des Aufbaues" in jenen Gruppen der Bevölkerung angesehen, die ein „großes Nachholbedürfnis" hatten: Angehörige unterer Einkommensschichten, Frauen und Ältere. Außerdem müssten sich die Trimm-Aktionen der 80er Jahre darauf einstellen, dem Bedürfnis nach größerer Vielfalt sportlicher Aktivitäten gerecht zu werden, d. h. auch bis dato „elitäre" Sportarten für jeden, der sich dafür interessierte, zugänglich zu machen. Die Entwicklung des Freizeitsports, so nahm man an, würde sich in den nächsten drei Jahren vor allem in drei Richtungen bewegen: 1. Ausdauersportarten erfahren weiteren Zulauf, 2. Spiele werden einen Aufschwung erleben (die Spielkampagne lief noch zwei Jahre) und 3. Sportarten, die nur beschränkt oder überhaupt nicht verbreitet sind, werden einen erheblichen Zustrom finden (DSB 1980;49 ff.). Dem Sport wurde für die 80er Jahre die Funktion zugeschrieben, zur „gesundheitspolitischen, bildungs- und freizeitpolitischen Stabilität des Lebens" beizutragen (ebd.:50). Ein Zitat aus der o. g. Broschüre mag zudem illustrieren, dass der DSB und seine Mitgliedsorganisationen auch nach zehn Jahren Trimm-Aktion keine Ermüdungserscheinungen an den Tag legten: „Alles in allem: Sport für alle ist immer noch ein Ziel, noch keine Wirklichkeit. Die Trimm-Aktion wird ihren Schwung auch im zweiten Jahrzehnt behalten müssen, damit Sport noch offener, häufiger und schließlich von allen betrieben werden kann" (ebd.:58).

Noch 1980 deutet nichts darauf hin, dass im vierten Zyklus der Kampagne das Gesundheitsmotiv in den Vordergrund gestellt werden würde. In der Öffentlichkeit und in den Handlungsangeboten ist das Spielmotiv vorherrschend. Die „Spiel mit"-Kampagne warb für ein sehr weites, offenes Sportverständnis und zielte darauf ab, die Menschen mit Spaß und Geselligkeit zu mehr körperlicher Aktivität zu bringen. Die Maßnahmen setzten eher auf der emotionalen als auf der rationalen Ebene an. Ähnlich verfuhr die Kampagne „Trimm Dich durch Sport" mit dem Slogan „Trimm Dich mal wieder", ohne erhobenen Zeigefinger an Kindheit und Jugend anknüpfend. Zwischen dem ersten und dem dritten Zyklus lag die Ausdauerkampagne, die auf ein „richtiges" Trimmen fokussierte, also rationaler argumentierte. Ein solcher rationaler Begründungszusammenhang wurde in der Gesundheitskampagne „Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin", die auf die Spielkampagne folgte, wieder zentral.

8. Vierter Zyklus: Die Gesundheitskampagne „Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin (1983-1986)

Der vierte Zyklus der Trimm-Kampagne, der als Aktion „Sport und Gesundheit“ bezeichnet wird und mit dem Motto „Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin“ ab 1983 an die Öffentlichkeit ging, ist in vieler Hinsicht kaum noch vergleichbar mit den vorhergehenden Teilkampagnen. Ein wesentlicher Unterschied besteht zum einen darin, dass der DSB in höherem Maße als bisher die Aktion auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse vorbereitete und sehr viel stärker und gezielter andere gesellschaftspolitische Akteure einzubinden versuchte. Zum anderen lag jetzt der Fokus auf dem Leitthema „Gesundheit“, was sich deutlich in der Zielformulierung, dem Zielgruppenbezug, den Inhalten sowie den Handlungsangeboten niederschlug.

8.1 Analyse- und Konzeptionsphase

Ein Beschluss des Präsidiums des DSB vom 13. März 1981 legte fest, dass der Schwerpunkt der nächsten Vierjahresperiode der Trimm-Aktion auf den Beitrag des Sports zur Gesundheit liegen sollte. Zu diesem Zeitpunkt lief die Spielkampagne gerade mal ein Jahr, in der Öffentlichkeit warb man also für das vermehrte Spielen, intern bereitete man sich parallel schon intensiv auf den nächsten Zyklus vor: die Gesundheitskampagne. Nach Sabine Wedekind, ab 1981 Referentin für Gesundheit und Sport (heute Ressortleiterin „Präventionspolitik & Gesundheitsmanagement“) in der Geschäftstelle des DSB, gab es zwei maßgebliche Motive dafür, Gesundheit zum Kernthema zu machen. Ihrer Ansicht nach war zum einen die Zeit günstig, um die „im Risiko erlebte und als risikobelastet verstandene Gesundheit als Aufgabe anzugehen“. Gleichzeitig ergab sich durch eine Erhöhung der gesamtgesellschaftlichen Wertschätzung des so genannten sportlichen Lebensstils die Möglichkeit, Sport und Gesundheit „mit viel Rückenwind zum Trend zu erheben“ (1987:5). Zum anderen, so Wedekind, konnte der DSB sich bei der Konzeptionierung der neuen Kampagne zu „Sport und Gesundheit“ auf nationale und internationale epidemiologische Studien stützen, die die präventive Bedeutung richtig dosierter Bewegung wie auch den positiven Zusammenhang zwischen Sport und Gesundheit zu belegen vermochten.[29] Zum ersten Mal in der elfjährigen Historie der Kampagne griff man nun auf eine solide wissenschaftliche Grundlage zurück (Interview Wedekind; DSB 1989: 3 ff.). Die Trimm-Aktionen der Anfangsjahre vermieden dagegen regelrecht einen expliziten thematischen Bezug auf Gesundheit: „Spaß und Freude“ stand im Vordergrund und nicht „Vorbeugen“. Nun wollte man die Bevölkerung über das Gesundheitsbewusstsein zum Sport zu bringen und darüber hinaus auch das für die Gesundheit „richtige“ Maß sportlicher Aktivität vermitteln.

Der DSB suchte sich unter dem Motto „Sport und Gesundheit geht jeden an“ frühzeitig Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen, um sich die ideelle, organisatorische und materielle Unterstützung und Förderung starker Partner zu sichern (DSB 1989:3 f.). Schon im Herbst 1981 stand fest, dass der DSB mit seiner Gesundheitskampagne eine beachtliche Lobby

[29] Beispielsweise Untersuchungen zur präventiven Wirkung von körperlicher Aktivität in Bezug auf Herz-Kreislauf-Krankheiten sowie auf Stoffwechselkrankheiten wie Diabetes; zum Zusammenhang zwischen sportlicher Aktivität und Verminderung von Stressbelastung; zur Steigerung des allgemeinen Wohlbefindens, zur Stärkung des Immunsystems etc. (u. a. Blumenthal, Williams, Needles & Hindle 1982; Blumenthal, Williams, Needles & Wallace 1982; Israel, Buhl, Purkopp & Weidener 1982; Hollmann & Liesen 1981; Wilmore 1980; Bartel 1979; Sidney & Shepard:1978; Strautzenberg 1976).

hinter sich hatte: Die Bundesärztekammer, der Deutschen Sportärztebund, das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, die Sportministerkonferenz, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände, der Bundesverband der Ortskrankenkassen, die Barmer Ersatzkasse sowie das Bundesinstitut für Sportwissenschaften hatten sich bereiterklärt, im Rahmen einer Gesundheitskampagne mit dem DSB zu kooperieren (Wedekind 1987:6). Die acht Partnerorganisationen entsandten jeweils einen Vertreter in eine Projektkommission, in der die Aktionsziele beraten und die jeweiligen Maßnahmen abgestimmt wurden. Daneben wurden wieder Prominente gewonnen, die kostenlos für die Aktion arbeiteten, wie z. B. Frank Elstner, Udo Jürgens oder Hans Mohl (ZDF-Gesundheitsmagazin). Im Laufe der Kampagne sicherte sich der DSB darüber hinaus auch die ideelle und organisatorische Unterstützung durch eine Reihe weiterer Multiplikatoren: Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Apothekerverbände, die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die Bundesvereinigung für Gesundheitserziehung und den Deutschen Sportverlag (DSB 1990a:4). Die Schirmherrschaft für die bundesweite Aktion „Sport und Gesundheit" hatte der damalige Bundespräsident Carstens übernommen (DSB 1989: 28).

Als Basis für die konzeptionelle Erarbeitung der für den Zeitraum 1983 bis 1986 mit dem Arbeitstitel „Sport und Gesundheit" geplanten Aktion dienten in der Analysephase zwei wissenschaftliche Hearings (22./23. Oktober 1981), an denen 20 Experten aus den Bereichen der Arbeits- und Sportmedizin, Gesundheitspolitik, Sportpädagogik, Sportpolitik, Gesundheitsförderung, Psychologie und Medienpädagogik teilnahmen. Ziel des ersten Hearings (Aspekte der Medizin zum Projekt Sport und Gesundheit) war es, die wesentlichen Forschungsergebnisse über den Wirkungszusammenhang zwischen Sport und Gesundheit vorzustellen sowie die wichtigsten Erkenntnisse zu formulieren, die der Bevölkerung im Rahmen der geplanten Gesundheitskampagne vermittelt werden sollten. Das zweite Hearing (Aspekte der Gesundheitserziehung zum Projekt Sport und Gesundheit) diente dazu, besonders erfolgreiche gesundheitserzieherische Projekte vorzustellen sowie psychologische, pädagogische und medienbezogene Fragestellungen zu erörtern (DSB 1983c:5). Auf dieser Grundlade wurde in der Konzeptionsphase ein (Sport-)Programm entwickelt, das wissenschaftlich begründete Qualitätskriterien in Regeln und Handlungskonzepte übersetzte, die für die Bevölkerung einsichtig, nachvollziehbar und praktikabel sein sollten.

Seinerzeit ging man davon aus, dass Sport vor allem dann gesundheitswirksam sei, wenn er dosiert und regelmäßig betrieben, also möglichst drei- bis viermal wöchentlich mindestens 30 bis 40 Minuten trainiert werde. Für Anfänger galt eine Stunde pro Woche körperlicher Aktivität als absolutes Minimum, wobei aber die 60 Minuten in zwei bis drei Übungseinheiten aufgeteilt werden sollten. Als Richtmaß für die Intensität sportlicher Betätigung wurde die Pulsfrequenz herangezogen: Bei einem Alter zwischen 30 und 60 Jahren, sollten ca. 130 Pulsschläge pro Minute während der Belastung erreicht und gehalten werden. Dabei galt die Formel: 180 minus Lebensalter in Jahren = gewünschte Pulsfrequenz während der Belastung. Empfohlen wurden Ausdauersportarten wie Jogging, Radfahren, Schwimmen, Bergwandern, Rudern und Ballspiele (nur wenn die Technik beherrscht wird), da hier eine kontinuierliche Belastung großer Muskelgruppen über einen größeren Zeitraum hinweg erfolgte (DSB 1989:5f.).

Zwei Zielgruppen sollten vor allem angesprochen werden: zum einen die jungen Erwachsenen (20 bis 40 Jahre), da man in ihnen (als Eltern) die Vorbilder für Kinder und Jugendliche sah, zum anderen die Gruppe der 40- bis 60-Jährigen, weil man davon ausging, dass in dieser Lebensphase in Bezug auf gesundheitliche Fragestellungen eine erhöhte Sensibilität vorhanden ist. Außerdem zielte die Kampagne besonders auf diejenigen, die bisher nicht sportlich aktiv, körperlich unterfordert bzw. durch die Arbeit nur einseitig belastet waren – „die Zögernden, Gehemmten und Sportenttäuschten", wie es Wedekind im Gespräch formulierte. Aber auch diejenigen, die sich beim Sport überforderten oder überanstrengten, sollten durch die Kampagne an ein richtiges „Sportmaß" herangeführt werden (DSB 1983c:102; 1989:16). Wirklich richtungweisend und neu in der Konzeption der Gesundheitskampagne war jedoch, dass die Gruppe der im Gesundheitswesen Tätigen, vor allem die Ärzte, als Multiplikatoren gewonnen werden sollten. In ihnen sah man gleichsam die „geborenen" Akteure, über die weite Bevölkerungskreise angesprochen und zu einem gesunden Maß an Bewegung motiviert werden konnten. Da Sportmedizin jedoch nicht zum Pflichtprogramm im medizinischen Curriculum zählte, musste die Ärzteschaft teilweise erst selbst über die Wirkungszusammenhänge zwischen Sport und Gesundheit informiert und davon überzeugt werden, diesbezüglich beratend und informierend in ihrer Alltagspraxis tätig zu werden. Gleichzeitig wurde erstmalig bei der Konzeptionierung einbezogen, dass auch die Landessportbünde und Fachverbände mit den angeschlossenen Vereinen die Aktion als interne „Absatzmittler" unterstützen sollten. Aufgrund der föderalistischen Organisationsform des DSB ließen sich aber Aktionen nicht einfach von „oben" befehlen und deshalb wollte man versuchen, über die ehren- und hauptamtlichen Vertreter und Vertreterinnen in den Verbänden die Mitgliedsorganisationen des DSB zu motivieren, sich für die Gesundheitskampagne zu engagieren. Das heißt: hier galt es auch nach innen zu „werben" (Wedekind 2001:18 f.).

Folgende Etappenziele wurden für die Kampagne anvisiert:

1. Interesse wecken zum sportlichen Aktivwerden
2. Wissensvermittlung über positive Effekte und Risiken sportlicher Aktivität
3. Einstellungen prägen im Sinne eines Verständnisses von Sport als Lebensbereicherung
4. Verhaltensbeeinflussung im Sinne eines regelmäßigen, dosierten sportlichen Aktivseins auf der Grundlage eines stabilen Bedürfnisses nach Sport (Wedekind 1987:5).

Im nächsten Schritt wurde „Werbeting 2000" beauftragt, eine werbliche Umsetzung zu entwerfen. Dabei stand im Vordergrund, die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum gesundheitswirksamen Sport so zu übersetzen, dass sie einer breiten Öffentlichkeit nahe gebracht werden konnten. Bis dahin war die Gesundheitskampagne unter dem Arbeitstitel „Sport und Gesundheit" geplant worden, welcher aber als zu abstrakt und nicht griffig genug für die Öffentlichkeit betrachtet wurde. Man suchte eine einprägsame Formel und fand diese in Anknüpfung an die anzustrebende Pulsfrequenz von 130 Schlägen pro Minute während der Belastungszeit: „Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin". Das Motto wurde grafisch umgesetzt als ein schwungvoller Schriftzug, mit einem herzförmigen I-Punkt und den Aktionsfarben blau-weiß-rot (DSB 1989:7).

Im Laufe der Kampagne wurden weitere Motivationsslogans entwickelt:

- Trimming 130 – einfach zum Wohlfühlen
- Gut für ihre Figur – Trimming 130
- Gut für ihr Aussehen – Trimming 130
- Mit Trimming mehr vom Leben haben
- Bring den Puls auf 130 – beim Radfahren... beim Schwimmen... beim Laufen

Wie die Slogans erkennen lassen, vermied man es – wie schon in den früheren Kampagnen-Zyklen – die Angst vor den gesundheitlichen Folgen des Bewegungsmangels in den Vordergrund zu stellen, vielmehr setzte man bei der Darstellung auf die positiven Effekte des Sports und auf dass, was im allgemeinen Trend lag: Fitness, Wohlbefinden, Entspannung, gute Figur und Jugendlichkeit, Spaß und Freude. Sport sollte nicht als Pflichterfüllung im Dienste der Gesundheit betrieben werden, sondern im Sinne einer freudvollen Freizeitgestaltung und eines „bewussten" Lebensstils (vgl. Wedekind 1987:5).

8.2 Kommunikationspolitik

Die Aktion startete am 10. Januar 1983 nach eineinhalbjähriger Vorbereitungszeit mit einem Empfang beim damaligen Bundespräsidenten Carstens in Bonn und anschließender Bundes-Pressekonferenz sowie mit einer 45-minütigen Auftaktsendung im „Gesundheitsmagazin Praxis" (ZDF): 10 Millionen Bürger und Bürgerinnen schalteten sich ein, und der Rücklauf des Trimming 130-Preisausschreibens war mit 262.000 Einsendungen enorm (DSB 1990a:6). Das Fernsehen wurde für die Gesundheitskampagne auch darüber hinaus extensiv genutzt: Das „Gesundheitsmagazin Praxis" sendete in unregelmäßiger Folge Tipps und Anregungen zu Trimming 130 und stellte außerdem den Trainingsfahrplan „Fit in 30 Tagen" vor. In Zusammenarbeit mit dem WDR, Redaktion Freizeit, entstand die Fernsehserie „Sport und Gesundheit – Trimming 130" mit Anleitungen für Freizeitsportler. Darüber hinaus produzierte der DSB noch eine Reihe anderer TV-Spots.

Schon ein halbes Jahr vor dem Start von „Trimming 130" fanden zwei zweitätige Presseseminare unter dem Titel „Trimming 130 – eine Formel für selbstbestimmte Lebensqualität" für die medizinische Fachpresse sowie für die Sport-, Gesundheits-, Kultur-, Frauen- und Lokalpresse statt. Weitere Pressekonferenzen folgten zum Auftakt der Aktion sowie bis 1986 in regelmäßigen Abständen und zu unterschiedlichen Themenschwerpunkten (insgesamt elf). Über die Herausgabe eines in 6-wöchigem Abstand erscheinenden Pressedienstes „Sport und Gesundheit" von De-

zember 1982 bis September 1983 sicherte man sich für den Anfang der Kampagne eine gute Resonanz in den Printmedien durch redaktionelle Beiträge. Ein fast unüberschaubares Volumen an Anzeigenaussendungen (2 Milliarden Anzeigenabdrucke) ging an über 600 regionale und überregionale Zeitungen und Zeitschriften. Die Anzeigen enthielten neben dem Slogan auch die Bestellmöglichkeit für Trimming-Broschüren. Alle drei Monate erhielten die Medienpartner aktuelle Motive und Slogans der Kampagne. 1983 hieß es u. a. „Kennen Sie schon die neue Richtgeschwindigkeit für den Motor des Lebens?“ oder „Mit Trimming 130 sind Sie ausgezeichnet in Form“, 1984 dann „Bring den Puls auf 130! Beim....“, 1985 und 1986 warben Prominente und Normalbürger mit Aussagen wie „Trimming 130 und danach habe ich allen Stress vergessen“ (Udo Jürgens) oder „Trimming 130 heißt für mich: Runter mit 23 kg“ (Hausfrau). Zusätzlich zu den Anzeigen erschien im redaktionellen Teil der Zeitungen die „Sport-Billy“-Bildmotivserie mit Kurztexten zu „Gesundheit ist...“ Die positiven Wirkungen des Sports wurden in insgesamt 52 verschiedenen Motiven grafisch und textlich umgesetzt. Hier sei kurz darauf hingewiesen, dass der „Trimmy“, langjährige Leitfigur der Trimm-Aktionen, während der Gesundheitskampagne ergänzt wurde um die Comic-Figuren „Sport-Billy“ und“„Sport-Lilly“ und in den Hintergrund trat.

Nach Dieter Sihler (Interview September 2004), Kreativdirektor und Grafiker von „Werbeting 2000“, der seinerzeit den „Trimmy“ entworfen hatte[30], kam der DSB damit einem wichtigen Sponsor vieler DSB-Breitensportmaßnahmen entgegen: Rolf Deyhle, ehemals Immobilienhändler aus Baden-Württemberg und bekannt über die Sport-Billy-Productions, später über die Stella Musical GmbH. Laut Jürgen Palm und Sabine Wedekind war Deyhle Inhaber der weltweiten Rechte an Sport-Billy und sicherte dem DSB bedeutende Einkünfte aus Lizenzen. Darüber hinaus wurde Deyhle später Gesellschafter der DSB-Vermarktungsagentur „Deutsche Sportpartner“. Deshalb trugen alle Werbematerialien im Rahmen von Trimming 130 das Sport-Billy-Logo.

Wie bei allen anderen Teilkampagnen publizierte der DSB auch im Rahmen von Trimming 130 eine Vielzahl von Trimming-Broschüren gemeinsam mit den Ortskrankenkassen oder der Barmer Ersatzkasse. Die Auflagenstärke variierte zwischen 550.000 und 130.000 Stück, im ersten Jahr erreichten die Broschüren eine Gesamtauflage von 3 Millionen (DSB 1984:3; 1990a), später wurden es fünf Millionen (Palm 1986:63). Die Themen der zehn Broschüren waren u. a. „Trimming 130:

[30] Dieter Sihler rückblickend über seine „Erfindung“: „So ein Wurf wie der Trimmy gelingt nur einmal im Leben“ (Interview September 2004).

Die neue Richtgeschwindigkeit für Ihre Gesundheit“ (1983), „Bring den Puls auf 130! Das Ziel heißt Gesundheit“ (1984) oder „Gut für Ihre Figur – Trimming 130“ (1986), ferner gab es sportartenspezifische Ausgaben zu Laufen, Gymnastik, Aerobic-Gymnastik usw. Bei einigen Themenschwerpunkten der Broschüren wie „Gut für Ihre Figur – Trimming 130“ oder „Gut für ihr Aussehen – Trimming 130“ wurde versucht, neben dem Gesundheitsmotiv auch andere Motive für Sport – Attraktivität und Schönheit – zu berücksichtigen. Hier wurde betont, welche positiven Auswirkungen Sport beispielsweise auf Figur und Haut hat, und auf Zusammenhänge mit der Ernährungsweise hingewiesen (DSB 1989:48 f.).

Die Gesamtauflage der Großflächenplakate belief sich auf ca. eine Million – mit ebenfalls aktualisierten Slogans und Aufklärungsinhalten sowie wechselnden Prominenten als „Botschaftern“ (u. a. Frank Elstner, Katja Ebstein). Für den Vertrieb bzw. die Plakatierung der Poster griff der DSB gleich auf mehrere Sponsoren zurück: die Ortskrankenkassen, die Barmer Ersatzkasse, die Puma AG sowie die Deutsche Städtereklame. Die Plakate wurden während der Gesundheitskampagne nunmehr auch auf Postämtern, Liftfasssäulen und anderen öffentlichen Anschlagstellen aufgehängt. Mit Blick auf seine Mitgliedsorganisationen, die oft noch keine eigenen Werbemöglichkeiten hatten, ließ der DSB auch ein Plakat gestalten, das Eindruckmöglichkeiten für die Vereine enthielt, so dass diese kurzfristig ihre (neuen) Angebote oder aktuellen Informationen einstellen konnten (DSB 1989:42).

Die Palette der Werbemittel wurde zusätzlich noch um Aufkleber und Postkarten erweitert sowie durch Schautafeln für Arztpraxen und Apotheken, die in tabellarischer Form über Trimming 130 aufklärten. Man entwarf zusätzlich so genannte Trainingsfahrpläne wie „Fit in 30 Tagen“ (1984), oder das „Programm für aktive Gesundheit“, die in Friseur- und Sportgeschäften sowie in Drogerien und in Apotheken ausgelegt wurden. Sie waren dafür gedacht, dass jeder sie sich zu Hause oder im Büro aufhängen konnte – als Motivationshilfe für eine regelmäßige Sportausübung. In Zusammenarbeit mit dem DGB veröffentliche der DSB eine Wandzeitung „Trimming 130“, die in Betrieben aushing. Diese Vielfalt der Werbemittel diente wie gesagt nur einem Ziel: die breite Bevölkerung über die richtige Dosierung von Sport zu informieren und sie zu vermehrter gesundheitswirksamer Bewegungsaktivität zu motivieren.

Der Ärzteschaft wurde das Programm „Trimming 130“ nicht nur in Pressekonferenzen, sondern auch auf Symposien und Fortbildungsmaßnahmen sowie Anzeigen und redaktionellen Texten in der Fachpresse nahe gebracht. Da man davon ausging, dass für ausführliche Beratungen zum Thema Sport im Rahmen der ärztlichen Tätigkeit zu wenig Zeit bleibt, wurden ergänzend über einen medizinischen Fachverlag jedem Arzt Patientenbroschüren zu den Themen „Sport und allgemeine Leistungsfähigkeit“, „Sport und Stress“, Sport und Herz-Kreislaufsystem“, „Sport und Übergewicht“, „Sport und Muskeln und Gelenke“ kostenlos zur Verfügung gestellt (DSB 1989: 34).

Daneben publizierte der DSB in geringer Auflage (zwischen 500 und 3000 Stück) – sowohl zum Zwecke der Dokumentation als auch zur Information und Aufklärung seiner Mitgliedsorganisationen – eine eigene DSB-Schriftenreihe. In dieser erschienen 1982, 1984, 1985 und 1986 der Rahmenplan, eine Zwischenbilanz und eine Bilanz der Gesundheitskampagne, weiterhin Berichte

und Analysen zu Trimming 130 in der Sportpraxis bzw. in der organisatorischen Umsetzung sowie Organisationsleitfäden zu Aktionsprogrammen im Rahmen von Trimming 130 (DSB 1990a: 24).

Insgesamt erreichten die Kommunikationsmaßnahmen einen Werbewert von über 20 Millionen DM, wobei die Grundkosten hierfür zum größten Teil gesponsert waren (DSB 1989:8; Wedekind 2001:20). Beispielsweise vermittelten allein die kommunalen Spitzenverbände kostenlose Plakatflächen im Gegenwert von 4 Millionen DM. Die Krankenkassen engagierten sich vor allem bei den Herstellungskosten von Printmedien (Broschüren, Plakatserien und Schautafeln etc.) und unterstützten auch regionale Modellmaßnahmen. Zu den Sponsoren aus der Wirtschaft zählten die Sport-Billy-Productions, die Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG, Kettler, Wella AG, Puma, Wasa, Allgäuer Alpenmilch, Sport-Lavit und die Deutsche Städte-Reklame. Ebenso wichtig wie die finanzielle Unterstützung war der inhaltliche Rückhalt, den der DSB durch andere Akteure erfuhr, z. B. durch die Bundesärztekammer, den Deutschen Sportärztebund, die BZgA, oder die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, das Bundesinstitut für Sportwissenschaften, die Sportministerkonferenz. Sie traten nicht nur gemeinsam mit dem DSB bei wichtigen Pressekonferenzen auf, sondern sorgten auch für die Verbreitung und Akzeptanz der Aktion bei ihren Mitgliedern, sie planten gemeinsam mit dem DSB unterschiedliche Modellmaßnahmen oder -seminare zur Aktion "Sport und Gesundheit", führten diese durch und werteten sie aus. So entwickelten und verbreiteten der DSB, die Bundesärztekammer und der Deutsche Sportärztebund zur Kooperationsverbesserung zwischen der Ärzteschaft und den Vereinen gemeinsam den Leitfaden „10 Gründe für eine Kooperation zwischen Arzt und Sportverein". Das Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen finanzierte dem DSB ab 1982 eine hauptamtliche Referentin für Gesundheit und Sport (Sabine Wedekind) sowie eine Halbtagskraft für das Projekt. Ganz neue Kooperationspartner waren der Bundesverband Deutscher Arbeitgeberverbände und das Institut der Deutschen Wirtschaft: Im Rahmen gemeinsamer Seminare und Informationstagungen wurde Firmenvertretern die betriebliche Gesundheitsförderung durch Sport nahe gebracht. Gemeinsam mit der Fortbildungsakademie der Wirtschaft wurde darüber hinaus eine Ausbildung zum „Wirtschafts-Sportreferenten" entwickelt (DSB 1990a:14-21; Wedekind 2001:20).

8.3 Modellmaßnahmen und Aktionsprogramme

Neben diesen professionell organisierten und durchgeführten Kommunikationsmaßnahmen, die auf bestimmte Zielgruppen (Bevölkerung, Ärzte, DSB- Mitgliederorganisationen) zugeschnitten waren, wurde mit Sportwissenschaftlern und Medizinern eine Reihe von gesundheitswirksamen Sportprogrammen entwickelt, erprobt und bundesweit empfohlen. Ein Beispiel hierfür waren die *12-Wochen-Trainingsprogramme für Anfänger* zur individuellen, an Belastungsvorgaben orientierten Ausübung der Trimming-Sportarten Laufen, Schwimmen, Radfahren und Wandern. Die Sportärztliche Hauptberatungsstelle des Landes Hessen unter Leitung von Prof. Dr. D. Böhmer hatte die physiologische Wirksamkeit dieser 12-wöchigen Trimming-Programme schon im Oktober 1982 mit einer Studie untersucht und sportmedizinisch abgesichert. Im Vergleich zur Eingangsuntersuchung erreichten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen des Modellversuchs schon nach dem 12-Wochen-Training Leistungsverbesserungen von bis zu 30 % vor allem im kardiopulmonalen Bereich (DSB 1989:31 u. 1990a:23). Die Programme waren so konzipiert, dass sie für jeden Anfänger ohne Traineranleitung individuell durchgeführt werden konnten. Beispielsweise

sah das Lauf-Programm einen langsamen Aufbau durch 2 Minuten gehen, 1 Minute Laufen, 3 Minuten Gehen im Wechsel vor, dem eine wöchentliche Steigerung des Laufpensums folgte, bis nach 12 Wochen die Teilnehmer in der Lage sein sollten, 20 Minuten ohne Gehpause zu laufen.

Unter dem Titel „Trimming 130 im Verein" bekamen die Übungsleiter/Trainer ab Mitte 1983 Arbeitshilfen bzw. Manuale zur Integration von Trimming 130 in bestehende Schwimm-, Lauf-, Radfahr- und Gymnastikangebote der Vereine zur Verfügung gestellt. An dieser Stelle sollte erwähnt werden, dass der organisierte Sport sich auch eines mächtigen Trends aus den USA bediente und ihn „Trimming 130-kompatibel" machte: die Aerobic-Welle, die mit ihren Ausdauer- und Gymnastikübungen nach flotter Musik mit bekannten amerikanischen Vorturnerinnen wie Jane Fonda und Sydney Rome Millionen von Menschen (vor allem Frauen) zum Sport lockte – und nebenbei bemerkt weltweit das Herz der Sportindustrie und kommerzieller Sportanbieter angesichts eines neu gewonnenen Absatzmarkts höher schlagen ließ. Sicherlich war es nicht in erster Linie das Gesundheitsversprechen, welches Aerobic so populär machte, sondern vielmehr die Aussicht auf eine gute Figur, sprich der erhoffte Attraktivitätsgewinn vor allem für jüngere Frauen. Im Zuge von Trimming 130 wurde die Aerobic-Gymnastik entwickelt, die als Trimming-Sportart ideal schien, „da sie sowohl die Ausdauer als auch Kraft, Koordination und Beweglichkeit" verbessern half (DSB 1989:23). Dies geschah vielleicht sogar aus einer Not heraus: Denn gleichzeitig mit dem Auftakt der Aktion und der Verbreitung von Trimming 130 in den Medien bekam auch der US-Import „Aerobic" eine große Medienresonanz, die große Verwirrung stiftete: Das Trimming 130-Programm wurde teilweise mit „Aerobic" gleichgesetzt, die Bevölkerung reagierte verunsichert, die Vereine, Fachverbände und Gremien der Landessportbünde waren zum Teil verärgert und lehnten die Gesamtaktion ab (DSB 1984:3 u. 48).

Ähnlich dem Spielfest der Spielkampagne entwickelte man als eine Art Schnupperprogramm für Inaktive im Rahmen der Gesundheitskampagne ab 1984 den *Trimming-Basar*: Eine Aktion zum Kennenlernen von Trimming 130 durch Unterhaltungs-, Mitmach-, Test- und Informationsangebote unter sportärztlicher Betreuung. Diese Trimming-Basare waren sportübergreifend angelegt und wurden gemeinsam mit den Kommunen entwickelt und veranstaltet. Sie dienten nicht nur dem Ziel, der Bevölkerung eine Aktionsmöglichkeit zu bieten, sondern auch dazu, die kommunale Vernetzung – zwischen Gesundheitsamt, Sportamt, Kreissportbund und Ärzteschaft etc. – zu fördern (Wedekind 2001:19).

Als eine Mischform zwischen Kommunikationsmaßnahme und Aktionsprogramm kann der *Trimming 130-Informationsstand* angesehen werden, der ab April 1984 in 20facher Ausfertigung bundesweit als Treffpunkt für das Kennenlernen der Gesundheitsformel Trimming 130 eingesetzt wurde, gefördert durch die Hamburg-Mannheimer. Hierbei handelte es sich um ein Informationssystem, das den direkten Kontakt zur Bevölkerung schaffen sollte. Interessierte konnten kostenlos Puls und Blutdruck messen, Trimming 130 auf einem Trainingsfahrrad erproben und sich darüber hinaus durch Handzettel über verschiedene Sportarten und über die örtlichen Vereinsangebote informieren. Alle Landessportbünde erhielten dieses transportable Informations- und Testzentrum, das sie auch an Vereine ausleihen konnten.

Aus den vielen ausgewerteten Originaldokumenten war über besondere Zielgruppen-Angebote (für Frauen, Ältere, Familien, sozial Benachteiligte etc.) im Rahmen der Gesundheitskampagne nichts Entscheidendes zu erfahren. Entsprechende Informationen lieferte lediglich das Interview mit Sabine Wedekind, heute Ressortleiterin „Präventionspolitik & Gesundheitsmanagement" in der Geschäftsstelle des DSB. Im Vordergrund stand demnach im Allgemeinen die Altersgruppe der 30- bis 60-Jährigen und hierbei vor allem die Inaktiven, die Anfänger bzw. diejenigen Aktiven, die sich womöglich nicht gesundheitsgerecht sportlich betätigten. Wie bereits im Kapitel 8.1. erwähnt, hatte der DSB auch im Institut der Deutschen Wirtschaft einen Kooperationspartner gefunden. Gemeinsam mit diesem veranstaltete man 1985 ein Symposium für Führungskräfte namhafter Wirtschaftsunternehmen mit dem Ziel, für den Sport als Teil der „Unternehmenskultur" zu werben, die Bedeutung betrieblicher Gesundheitsförderung zu verdeutlichen. Darüber hinaus versuchte der DSB, mit Modellprogrammen direkt in einzelne Betriebe zu gehen. Wedekind nennt hier zum Beispiel Kurse für Näherinnen und auch für Schichtarbeiter, die entweder während der Arbeitszeit, oder daran anschließend in den Betrieben organisiert und durchgeführt wurden, die nach der Modellphase aber „alle sehr schnell wieder eingeschlafen" sind (Wedekind: Interview September 2004). In den Betrieben fehlte es an qualifiziertem Betreuungspersonal, die meisten Unternehmensleitungen zeigten sich wenig motiviert, in Sportprogramme zu investieren, und auch das Interesse in der Arbeitnehmerschaft blieb gering. Wedekind betont, dass der DSB hier stark an seine Grenzen gekommen sei, nicht über die finanziellen und organisatorischen Ressourcen verfügt habe, sich über solche Modellmaßnahmen hinaus für Zielgruppen-Angebote zu engagieren: „Wir konnten die Rahmenbedingungen in Betrieben nicht ändern: Wenn die Bedürfnishierarchie so ist, dass zum Beispiel Arbeiterinnen keinen Kopf dafür (für die Kurse, *A.d.A.)* haben, die Betriebe noch nicht so weit sind, dass sie sehen, dass sie letztendlich damit (Sport in der betrieblichen Gesundheitsförderung, *A.d.A.)* Geld sparen können, dann braucht es eben noch 20 Jahre und dann kam es auch (das Engagement, *A.d.A.*)".[31]

Neben diesen Aktionsprogrammen entwickelte der DSB im Vorfeld und während der Laufzeit der Gesundheitskampagne eine Reihe von Modellseminaren, um seine Mitgliedsorganisationen über Trimming 130 zu informieren und ihnen Arbeitshilfen für die Umsetzung in der Praxis zu geben.[32] Zielgruppen waren die Freizeit- und Breitensportreferenten sowie die Lehrreferenten der Landessportbünde und Spitzenverbände als wichtige Multiplikatoren innerhalb der DSB-Struktur. Die Landessportbünde und die Spitzenverbände nahmen die Aktion Trimming 130 unterschiedich auf. Teilweise entwickelten sie auf der Basis der empfohlenen Richtlinien des DSB zu Trimming 130 in Eigenregie und -verantwortung unterschiedliche Aktionsprogramme wie:

- Aktion „Skitrimming 130" (Deutscher Skiverband);
- Aktion „Sport und Gesundheit im Turnverein" (Deutscher Turner-Bund);

[31] Um Informationen über eventuelle Angebote z.B. für sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen zu bekommen, wären tiefer gehende Recherchen vonnöten, die im Rahmen dieser Arbeit nicht möglich waren. Einer Dokumentationsübersicht des DSB ist zu entnehmen, dass man sich ab Ende der 80er Jahre intensiv mit den Zielgruppen „Aussiedler" und „Übersiedler" beschäftigt hat.

[32] Die Titel lauteten u. a.: „Trimming 130 in der Sportpraxis" (12/1982), „Trimming 130 in der organisatorischen Umsetzung" (1/1984), „Methoden der Entspannung in der Übungspraxis des Freizeitsports" (11/1986) (DSB 1990a:25).

- Auftaktaktion „Sport und Gesundheit“ mit Trimming-Markt und einer Woche der offenen Tür in Berliner Sportvereinen (Landessportbund Berlin);
- Großveranstaltung „Sport und Gesundheit – Bewegung ist die beste Medizin“ (Landesportbund Bremen);
- Projekt „Gesundheitssport – Gesundheitszentren“ (Landessportbund NRW); Seminar „Trimming 130 gegen den Bewegungsmangel“, Modellversuch „Trimming-Saison“ gemeinsam mit der BZgA: Entwicklung von Angebotsformen für Sportneulinge zum Kennenlernen in verschiedenen Sportarten im Rahmen der Belastungsvorgaben von Trimming 130 (Landessportbund Hessen) u. a. (DSB 1984 und 1990a).

Als ein Beispiel engagierter Umsetzung kann der Deutsche Schwimm-Verband e. V. herangezogen werden: Der DSV hatte 1983 in rund 40 Lehrgängen der Landes-, Bezirks- und Kreisschwimmverbände rund 1.000 Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie andere Mitarbeiter mit der Theorie und Praxis von Trimming 130 vertraut gemacht, und in verschiedenen Vereinsangeboten war Trimming 130 im Rahmen von Schwimm-Treff-Veranstaltungen berücksichtigt worden. In einigen Städten Niedersachsens wurde in einem Modellversuch für die Vereine des Niedersächsischen Schwimmverbandes und für Badbetreiber ein Breitensportangebot mit Trimming 130 erarbeitet, das allen Badbesuchern (auch Nichtvereinsmitgliedern) angeboten wurde. Ziel der Maßnahme war es, die Zusammenarbeit zwischen Schwimmbadbetreibern und Schwimmvereinen zu fördern, die Vereine auch für Nichtvereinsmitglieder zu öffnen und das Trimming-Programm in das Vereinsangebot zu integrieren (DSB 1984:56).

In diesem Zusammenhang betont Wedekind, dass alle Veranstaltungen im Rahmen von Trimming 130 stets im Interessensverbund stattfanden, der Sport sich niemals alleine präsentierte: Andere gesellschaftspolitische Akteure förderten die Aktionen entweder beratend, organisatorisch und/oder finanziell. Der Sport hatte im Rahmen des damaligen Innovationsschubs im Präventionsbereich einen allgemein höheren Stellenwert bekommen (1987:6).

8.4 Evaluierungen

Wie in den vorausgegangen Kapiteln beschrieben, entwickelte der DSB seine Trimming-Programme mit Hilfe (sport)medizinischer Expertise und sorgte von Anfang an dafür, dass die organisierte Ärzteschaft (Bundesärztekammer, Deutscher Sportärztebund etc.) mit „im Boot“ saß und die Ziele und Inhalte von Trimming 130 befürwortete und unterstützte. Umso verwunderlicher ist es, dass eine Reihe von medizinischen Experten sich im ersten Kampagnenjahr in der Öffentlichkeit skeptisch zu der Aktion äußerte und zur Verunsicherung in der Bevölkerung beitrug. Hierzu Palm im Rahmen einer Informationstagung des DSB für seine Mitgliedsorganisationen im Jahre 1984: „Während bei der Mehrzahl die Formel 130 als maßvolle und auch wirksame, jedenfalls gefahrenfreie Einstiegszone verstanden und getragen wurde, gab es doch den einen Professor, dem war die Formel 130 zu niedrig, dem anderen war sie schon zuviel und dem dritten erschien sie erst in Verbindung mit Milchsäure-Ermittlung und Blutdruck-Feststellung unter besonderer Berücksichtigung der Verschiedenheiten in den einzelnen Sportarten verwendbar. Kurzum, deutsche Gründlichkeit war wieder einmal dabei, aus einem verständlichen und fassbaren Vorschlag ein verwickeltes Programm mit allzu vielen WENNS und ABERS zu machen“ (in: DSB

1984:3, vgl. dazu auch Wedekind 1987:6). Ein weiteres Problem, das sich anfangs stellte, war die erwähnte Vermischung der Aerobic-Welle mit den Trimming-Programmen, die der Kampagne in der Öffentlichkeit sowie seitens der eigenen Mitgliedsorganisationen einige Kritik einbrachte. Dies führte aber gleichzeitig dazu, dass der organisierte Sport eigene Aerobic-Angebote entwickelte und versuchte sich mit ihnen von den als medizinisch fragwürdig angesehenen Aerobic-Angeboten kommerzieller Anbieter abzugrenzen.

Eine empirische Evaluierung der Kampagne erfolgte wieder durch EMNID-Umfragen im August 1983 und im August 1984 sowie zusätzlich durch eine repräsentative Untersuchung des Instituts für empirische Psychologie, Köln (IFEP), „Freizeitsport als Faktor von Gesundheit und Wirtschaft". EMNID ermittelte im August 1983 (die Aktion lief zu diesem Zeitpunkt sieben Monate), dass lediglich 29 % der Bevölkerung den Begriff „Trimming 130" kannten. Von diesen verbanden 73 % damit ein maßvolles Ausdauertraining durch Laufen, Schwimmen, Radfahren etc.[33] 1984 steigerte sich der Bekanntheitsgrad auf 49 % (also um 60 % innerhalb nur eines Jahres). 72 % dieser Gruppe verbanden damit richtigerweise ein maßvolles Ausdauertraining (EMNID 1984:Tabelle 1 und 2). Ein Jahr später ermittelte die IFEP-Umfrage, dass nur 46 % der Befragten die Aktion Trimming 130 kannten und nur 17 % etwas mit der Formel anfangen konnten (zitiert in Wopp 1995:107). Die EMNID-Ergebnisse lassen erkennen, dass soziodemographische Faktoren wie Alter, Geschlecht, Bildungs- und Berufsstatus sowie regionale Zugehörigkeit sowohl den Bekanntheitsgrad der Aktion als auch das Wissen über die Trimming 130-Formel beeinflussten. Vor dem Hintergrund der Fokussierung der Kampagne auf Erwachsene zwischen 30 und 60 Jahren ist es höchst interessant, dass Trimming 130 bei Kindern und Jugendlichen einen viel höheren Bekanntheitsgrad (14 bis 19-Jährige: 68 %) erreichte als bei der erwachsenen Bevölkerung (20 bis 29-Jährige: 52 %, 30 bis 49-Jährige: 53 %, 50 bis 64-Jährige: 43 %). Ein ähnliches Bild ergibt sich bezüglich des Wissens über Trimming 130: 80 % der 14 bis 19-Jährigen und 82 % der 20 bis 29-Jährigen antworteten richtig, hingegen nur 66 % der 30 bis 49-Jährigen und 68 % der 50 bis 64-Jährigen (EMNID 1984). Auch hier hatten die Trimming-Maßnahmen bei der hauptsächlich anvisierten Zielgruppe nicht so einen großen Erfolg wie bei anderen – den jüngeren – Bevölkerungsgruppen.

Zwei Drittel der Befragten (66 %) hatten 1984 keinerlei Vorbehalte gegen einen „ausdauernd betriebenen Sport wie Trimming 130" (ebd.:1984; DSB 1989:9f.). Im Unterschied zu den Umfragen aus den 70er Jahren wurde 1984 nicht allgemein der Grad der sportlichen Aktivität in der Bevölkerung untersucht, sondern man ermittelte stattdessen für 12 Sportarten (Laufen, Radfahren, Schwimmen, Bergwandern, Skilanglauf, Rudern, Kanu, Eislaufen, Tanzen, Fußball, Basketball und Tennis), ob sie regelmäßig (etwa zweimal wöchentlich), gelegentlich oder nie betrieben wurden. Interessanterweise wurden Gymnastik bzw. Aerobic-Gymnastik, die im Rahmen von Trimming 130 ja eine besondere Rolle spielten, nicht abgefragt. Keine der aufgeführten Sportarten erreichte in der Rubrik „regelmäßig" einen zufrieden stellenden Wert: Nur 26 % der Befragten gaben an, regelmäßig Rad zu fahren, lediglich 15 % schwammen, 13 % liefen, 8 % tanzten und 4 % spielten Fußball regelmäßig. Die anderen Sportarten blieben allesamt unter 4 % (Tennis 3 %;

[33] Die EMNID-Befragungen von 1983 und 1984 schlossen wie schon die ab 1977 Kinder ab 14 Jahren ein, die vorhergehenden Befragungen (1970-1976) erfolgten unter der Bevölkerung ab 16 Jahren.

Bergwandern 1 %; Skilanglauf 1 %; Basketball, Rudern, Kanu und Eislaufen 0 %). Erinnert man sich noch einmal an die vom DSB in der Aktion empfohlenen Richtwerte für ein gesundheitswirksames Sporttreiben (drei- bis viermal wöchentlich/30 bis 40 Minuten), so lassen diese Umfrage-Ergebnisse nicht auf einen großen Erfolg der Kampagne schließen.

Insgesamt geben die EMNID-Umfragen zu Trimming 130 keinen genauen Aufschluss darüber, ob die Wirkungserwartung des DSB, durch die Kampagne das Verhalten bestimmter Zielgruppen in der Bevölkerung im „Sinne eines regelmäßigen, dosierten sportlichen Aktivseins auf der Grundlage eines stabilen Bedürfnisses nach Sport" zu beeinflussen, tatsächlich erfüllt wurde. Die EMNID-Umfragen lassen nur eine klare Aussage über den Bekanntheitsgrad von Trimming 130 zu, und dieser war im Gegensatz zu den Trimm-Aktionen der 70er Jahre weitaus niedriger. Dennoch muss man einräumen, dass 1985, wie IFEP ermittelte, immerhin knapp die Hälfte der Bevölkerung von Trimming 130 gehört hatte. Leider unterscheiden sich die vorliegenden EMNID-Untersuchungen zu Trimming 130 von 1983 und 1984 in ihrem Erhebungsdesign und insbesondere bei der Frage nach dem realen Umfang sportlicher Aktivität in der Bevölkerung so stark, dass ein Vergleich zwischen dem Grad sportlicher Aktivität in der Bevölkerung in den Jahren 1983 und 1984 – also nach zweijähriger Laufzeit der Aktion – nicht möglich ist. So fragte man 1983 lediglich nach den präferierten Sportarten für die Beteiligung an Trimming 130[34], aber nicht wie im Jahre 1984, nach ihrer tatsächlichen Ausübung (EMNID 1984: Tabelle 3).

Natürlich ist es nicht möglich, anhand einer Untersuchung, die schon zwei Jahre vor Abschluss der Kampagne durchgeführt wurde, eine definitive Bewertung der Trimming 130-Aktion vorzunehmen, zumal die Evaluierung weitere Defizite aufweist[35]: So wurde nicht dezidiert nach Bekanntheitsgrad, Akzeptanz und Nutzung einzelner Aktionsprogramme gefragt, um Hinweise auf deren Praktikabilität und Effektivität zu erhalten. Ebenso verzichtete man auf die Frage, ob die Handlungsangebote im Rahmen von Trimming 130 zur regelmäßigen körperlichen Aktivität angeregt haben und ob sich die Befragten wegen der Trimming-Angebote nun regelmäßig sportlich betätigten. Lediglich abgefragt wurde beispielsweise 1983, was im Allgemeinen an dieser Form des Trimming-130 gefällt und welche Ausrüstungsgegenstände wie oft zum Sporttreiben genutzt werden (letzteres wurde auch 1984 abgefragt). Dies liefert jedoch keine aussagekräftige Datenbasis für eine Erfolgsmessung der Kampagne. Darüber hinaus wurde es versäumt, den Erfolg bzw. Misserfolg derjenigen Maßnahmen zu untersuchen, mit denen insbesondere die Ärzte als Multiplikatoren von Trimming 130 gewonnen werden sollten. Hinsichtlich der Entwicklung der DSB-Mitgliederzahlen im Zeitraum der Kampagne kann man nicht sagen, dass sich die Trimming 130-Aktion in einer deutlichen Steigerung bemerkbar gemacht hätte: Im Zeitraum zwischen 1979 und 1982 stieg der Organisationsgrad in der Bevölkerung von 26,9 % auf 29,2 % (+2,3 %) und zwischen 1983 und 1986 von 29,78 % auf 31,95 % (+2,17 %) (DSB:Jahrbuch des Sports 1996/1997).

---

[34] Die Frage hier lautete: „Wenn Sie sich an dieser Art von Freizeitsport beteiligen würden, welche Sportarten kämen dann für sie in Frage?" (EMNID 1983:Tabelle 4).

[35] Dadurch wurden womöglich punktuelle Erfolge hinsichtlich bestimmter Kampagneninhalte und Aktionsprogramme nicht gemessen und für die Öffentlichkeitsarbeit „verschenkt".

Eine spannende Frage ist, ob die spätere, im Auftrag des DSB durchgeführte Repräsentativ-Umfrage des IFEP aus dem Jahre 1985 eine differenziertere Bewertung der Gesundheitskampagne zulässt. Allerdings war diese Untersuchung nicht auf eine Erfolgsmessung von Trimming 130 beschränkt, sondern hatte darüber hinaus zum Ziel, die Basis für zukünftige Strategiekonzepte zur Weiterentwicklung des Freizeit- und Breitensports, vor allem in Richtung „Gesundheitsvorsorge" und „Verbesserung der Lebensqualität", zu schaffen (IW 1986:52). IFEP führte nicht nur eine Repräsentativ-Umfrage in der Bevölkerung durch, sondern auch Befragungen unter 55 Ärzten unterschiedlicher Fachrichtung sowie unter Vertretern von 50 Groß- und 100 mittelständischen Unternehmen. Laut IFEP bezeichneten sich 63 % der Bevölkerung als sportlich aktiv, etwa ein Drittel dieser Bevölkerungsgruppe betrieb regelmäßig Sport (IW1986:53). Ein gutes Drittel (35 %) der bisher Inaktiven plante fest die (Wieder)Aufnahme einer sportlichen Betätigung. Dies könnte (muss aber nicht) zu einem gewissen Teil auch einen Einfluss der Trimming 130-Kampagne widerspiegeln. Die Hälfte der Inaktiven gab an, dass sie Sportangebote nicht wahrnehmen würden, weil sie glaubten, sportlich nicht mithalten zu können, überfordert zu werden oder als unsportlicher Typ nicht akzeptiert zu werden (Wedekind 1987:8).

Gefragt nach den Motiven für das Sportreiben, betonten vor allem die sportlich Aktiven die sozialen und kommunikativen Aspekte des Sports, eine wichtige Rolle spielten darüber hinaus das Bedürfnis nach körperlichem Wohlbefinden sowie Gründe der Gesundheit, der körperlichen Attraktivität und der Ernährung. Aufgrund dieser Ergebnisse empfahl IFEP, den Freizeitsport nicht isoliert zu betrachten, sondern im Zusammenhang mit Gesundheits- und Ernährungsverhalten sowie mit Einstellungen zum eigenen Körper (IW 1986:53).

Laut dieser Umfrage waren 43 % der sportlich Aktiven Mitglied in einem Verein, 41 % nahmen an sportlichen Massenveranstaltungen teil (Volkslauf, Volkswandern, Spielfeste etc.). 39 % der Aktiven interessierten sich für neue Sportarten und 33 % äußerten die Absicht, in Zukunft mehr Zeit für Sport in der Freizeit aufbringen zu wollen. Das IFEP konstatierte, dass das Sportangebot der Vereine zeitlich flexibler gestaltet werden müsste, um dieser Bedürfnisstruktur gerecht zu werden (ebd.:54).

Im Hinblick auf Trimming 130 sind in erster Linie folgende Ergebnisse interessant: 69 % der Befragten wünschten sich mehr Informationen zum richtig dosierten Sporttreiben, 67 % wollten Informationen zum Sport- und Ernährungsverhalten, 61 % wollten besser über Sportangebote in der Umgebung informiert werden, 52 % wünschten sich mehr Informationen über Sportarten, die von vielen Aktiven ausgeübt werden (u. a. Schwimmen, Radfahren, Joggen, Wandern, Gymnastik, Tanzen und Tennis). 58 % äußerten, dass sie sich gerne sportärztlich beraten lassen würden (vgl. auch Wedekind 1987:8). Hiernach zu urteilen, fühlte sich auch Mitte 1985, als die Aktion Trimming 130 schon über zwei Jahre lief, mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht hinreichend über ein dosiertes Sportreiben, über die klassischen Trimming-Sportarten und über geeignete Vereinsangebote informiert. Aber eben dies waren unter anderem die Zielsetzungen der Gesundheitskampagne gewesen.

Im Rahmen der IFEP-Untersuchung wurden auch Ärzte zu ihrer Bereitschaft befragt, aktivierend und beratend im Sinne des Sports tätig zu werden. Bis auf wenige Ausnahmen vertraten die Ärzte

die Auffassung, dass die Empfehlung von dosiertem Freizeitsport zur Prophylaxe, Therapie und Rehabilitation in der ärztlichen Beratung eine Rolle spielen sollte (IW 1986:55; DSB 1990a:5). 62 % der befragten Ärzte gaben an, dass sie mit Patienten über den gesundheitlichen Wert von Sport sprechen und bei der Auswahl geeigneter Sportarten und Fragen der Dosierung Hilfe geben. Die Reaktion der Patienten auf die Empfehlungen zum Sporttreiben wurde, laut einer DSB-Bilanz, überwiegend als positiv bezeichnet (DSB 1990a:5). 78 % der Ärzte hatte keine sportmedizinische Zusatzausbildung, aber ein Viertel war an einer solchen Zusatzqualifikation interessiert. Wedekind allerdings weist darauf hin, dass zu Beginn der Aktion, die Bereitschaft der Ärzte und Ärztinnen mit zu arbeiten eher gering gewesen und erst im Laufe des Projekts stärker geworden sei. Der DSB hatte sich hier einen wesentlich stärkeren „Puls-Effekt" erhofft (1987:6 f. und 2001:21). Dies bestätigte Wedekind auch im Gespräch: Hier bezeichnete sie die Kooperationsbereitschaft der Ärzte sogar als „enttäuschend" (Interview September 2004). Eigentlich gab es die Erwartung, dass man durch die Ärzte, die eine hohe Reputation bei den Patienten genießen, auch an "schwierige" Zielgruppen herankommt, die sonst nicht erreichbar waren. Es wurde sogar mit der Idee gespielt, ein „Grünes Rezept" einzuführen, mit dem ein Patient Bewegung oder gesunde Ernährung empfohlen bekommen hätte. Wedekind glaubt, dass die Ärzte auf eine besondere Honorierung hierfür spekulierten, die aber nie zur Debatte stand; die Patienten ihrerseits hätten (wie auch heute noch) von den Ärzten vornehmlich erwartet, Medikamente verschrieben zu bekommen und nicht Empfehlungen zur Veränderung ihres Lebensstils. Ähnlich wie bei den besonderen Modellmaßnahmen zur Sportförderung in Betrieben (siehe Kap. 8.3,) glaubt Wedekind, dass der DSB mit seiner Durchsetzungskraft hier an Grenzen stieß, d. h. über keine hinreichenden Möglichkeiten verfügte, gesellschaftliche Rahmenbedingungen und Settings real zu verändern. Während also auf höherer Ebene die Kooperation mit den Interessensorganisationen der Ärzteschaft, beispielsweise mit der Bundesärztekammer und dem Deutschen Sportärztebund, gut funktionierte, zogen die Ärzte selbst in ihrer breiten Masse nicht mit.[36]

Interessant sind die Auswertungen der Betriebsbefragungen: Die positiven seelischen und sozialen Auswirkungen des Sports wurden von der Mehrheit der Unternehmensleitungen explizit anerkannt, aber über das „Wie" betrieblicher Gesundheitsförderung durch Sport herrschte Uneinigkeit. Bei mittelständischen Unternehmen dominierte die Meinung, dass hierfür die Mitarbeiter selbst die Verantwortung tragen sollten. Aber 40 % der mittelständischen Unternehmen gaben an, dass sie sich eine Zusammenarbeit mit Ärzten, die auch sportmedizinische Beratung machen, wünschten. 55 % aller Unternehmen erklärten sich bereit, Termine und Übungsprogramme der Vereine bekannt zu geben, 44 % würden mit interessierten Vereinen zusammen arbeiten, 35 % Vereine mit der Durchführung von Sportkursen für ihre Mitarbeiter beauftragen. Das IFEP empfahl, die Aufklärungsarbeit zu verstärken, um zunächst die Unternehmensleitungen und auch die

[36] Heute gibt es hinsichtlich des Nutzens von ärztlichen Beratungsgesprächen für die Bewegungsförderung Zweifel. Der Sportwissenschaftler Rütten beispielsweise meint, dass diese Interventionsmaßnahme aus heutiger Sicht den Standards evidenzbasierter Medizin kaum gerecht wird. Es gäbe keine eindeutigen Hinweise darauf, dass sich durch ärztliche Beratungsgespräche eine effektive und nachhaltige Bewegungsaktivierung erzielen lasse (2004a).

Mitarbeiter über die Bedeutungen und Auswirkungen von Sport zu informieren (vgl. hierzu: IW 1986:15 f.; Weyer 1986:56).[37]

Zwar gibt die IFEP-Studie ein differenzierteres Bild von den sportbezogenen Einstellungen und Verhaltensweisen in der Bevölkerung, den Bedürfnisstrukturen und den Neigungen von sportlich Aktiven und Inaktiven wieder, und ist auch hinsichtlich des Themas „Ärzteschaft als Sportmultiplikator" aufschlussreicher als die EMNID-Untersuchungen. Aber auch sie erlaubt keine wirkliche Evaluierung der Aktion Trimming 130: Es können auf dieser Grundlage keine Aussagen darüber gemacht werden, ob die bundesweit angelegten Aktionsprogramme und Maßnahmen zu vermehrter und regelmäßiger gesundheitswirksamer sportlicher Aktivität führten, auch bleibt offen, wie und in welchem Maße beispielsweise das 12-Wochen-Anfängerprogramm, die Trimm-Basare oder das transportable Informationssystem angenommen und genutzt wurden und was sie bewirkten. Hinsichtlich der Frage, ob die Zielgruppe „Vereine und deren Mitarbeiter" durch die Aktion Trimming 130 sich verstärkt für die propagierten Trimming-Sportarten engagierte und diese in ihre Angebote integrierte, können nur sehr allgemeine Aussagen getroffen werden: Aus den Interviews und aus den DSB-Dokumenten geht zwar hervor, dass einige Landessportbünde und Fachverbände sowie deren Mitgliedsvereine tatsächlich gezielt Trimming 130-Veranstaltungen durchführten und diesbezüglich Angebote machten (siehe Kapitel 8.3), hier wäre aber sicherlich eine tiefer gehende Recherche notwendig, um aussagekräftigere Informationen darüber zu erhalten, ob und in welchem Maß Trimming 130 in der Weiterentwicklung der DSB-Organisationsstrukturen wirksam wurde.

Wopp, der in seiner Analyse der Entwicklung des Freizeitsports in Deutschland die Trimm-Aktionen des DSB der 70er Jahre durchaus positiv einschätzte, bewertet die Gesundheitskampagne Trimming 130 eindeutig kritisch. Allerdings fällt Wopps Analyse in diesem Punkt auch recht oberflächlich aus. Er untersuchte – anders als bei den Aktionen der 70er Jahre – weder näher die auslösenden Motive für die Kampagne, noch konkret die verschiedenen Kommunikationsmaßnahmen oder Handlungsangebote. Eines seiner Hauptargumente gegen Trimming 130 ist, dass der Start der Aktion durch die zur gleichen Zeit einsetzende Aerobic-Welle völlig an den Rand des öffentlichen Bewusstseins gedrängt worden sei. Den Versuch des DSB, die Aerobic-Welle für Trimming 130 nutzbar zu machen, wertete er als Anpassung an eine fragwürdige Modewelle. Wopp behauptet auch, ohne es zu belegen, dass nach dem Abflachen der Aerobic-Welle viele Menschen enttäuscht wieder die Vereine verlassen hätten (1995:106f.). Ein anderes Argument geht dahin, dass der DSB mit Trimming 130 hauptsächlich Eigenwerbung betrieben und sich „als Löser gesellschaftlich bedingter Probleme" angeboten habe – und damit selbst überforderte, da sich „Gesundheit nicht nur durch die Anwendung einer Pulsfrequenzformel einstellen konnte" (1995:108). Die Kommunikationsmaßnahmen hätten durchweg an das schlechte Gewissen der Menschen appelliert und nicht eine positive Gesundheitsatmosphäre hergestellt. Dies deckt sich aber nicht mit unseren Befunden: Zwar fokussierte der Slogan „Trimming 130 – Bewegung ist die beste Medizin" anfangs auf ein rationales Argument, aber im Laufe der Kampagne bemühten sich die Akteure ganz explizit, andere Beweggründe für das Sporttreiben in den Mittel-

[37] An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass sich Verständnisse, Konzepte und Praxis der betrieblichen Gesundheitsförderung seither erheblich weiter entwickelt haben und deutlich über das Angebot von Sportprogrammen hinausgehen. Zum heutigen Stand der betrieblichen Gesundheitsförderung vgl. Lenhardt & Rosenbrock 2004.

punkt zu stellen (Spaß, Geselligkeit, Aussehen und Wohlbefinden). In einem Punkt muss Wopp jedoch Recht gegeben werden: Die begleitenden Evaluierungen, die der DSB vornehmen ließ, lassen keine eindeutige Aussagen darüber zu, ob die Trimming 130-Kampagne im Hinblick auf ihre weit gefassten Ziele wirklich als erfolgreich angesehen werden kann (1995:107).

Das Auslaufen der Gesundheitskampagne erfolgte – wie auch im Falle der anderen Aktionen – schlicht und ergreifend aufgrund der den Trimm-Aktionen immanenten 4-Jahres-Logik. Die öffentliche Kommunikationskampagne wurde nicht weitergeführt, weil der Neuigkeitswert des Themas verfallen war und somit keine solide Basis mehr existierte, um in den Massenmedien weiterhin wie gewünscht präsent zu sein. Doch organisationsintern stand das Thema „Sport und Gesundheit" weiterhin auf der Tagesordnung. Die nächsten Jahre wurden genutzt, um die Infrastruktur in dieser Hinsicht zu verbessern und die Organisationsentwicklung weiter zu bringen, so Wedekind im Interview.

Die nächste Trimm-Aktion ging mit dem Motto „Gemeinsam aktiv – Im Verein ist Sport am schönsten" an die Öffentlichkeit. Nach 16 Jahren Trimm-Aktion entschied sich der DSB nunmehr, mit dieser Teil-Kampagne den Verein in den Mittelpunkt seiner Breitensportarbeit zu stellen und sich als Dienstleister für die Vereine stärker zu engagieren. Anders als die vorhergehenden Trimm-Aktionen dauerte dieser fünfte Zyklus länger als vier Jahre: von 1987 bis 1994 (DSB 1995:27). Die Vereinskampagne wird im Folgenden nicht so ausführlich behandelt werden wie die anderen Teilkampagnen, da hier nicht der Schwerpunkt der vorliegenden Untersuchung lag. Zum Verständnis des schon teilweise angesprochenen schwierigen Prozesses der Organisationsentwicklung innerhalb des organisierten Sports ist es jedoch nützlich, wenigstens kurz auf die Vereinskampagne einzugehen.

9. Fünfter Zyklus: Die Vereinskampagne „Gemeinsam aktiv – Im Verein ist Sport am schönsten" (1987-1994)

„Irgendwann wurde uns klar", so Palm im Gespräch, „dass wir jetzt etwas für unser Netzwerk tun müssen. Dass wir 16 Jahre lang gesagt haben, es ist egal, wo ihr Sport treibt, macht es alleine, geht raus in den Wald, setzt euch auf das Heimfahrrad..." Offenbar gab es triftige organisationsinterne Gründe – vor allem die Kritik der DSB-Mitgliedsorganisationen, die Kampagne nutze nicht dem organisierten Sport, sondern privaten und kommerziellen Anbietern – dafür, warum nun im fünften Zyklus die Vereine zentraler Angelpunkt aller Werbemaßnahmen werden sollten. Hierfür sprach aber auch das Argument, dass man dem Ziel einer breiten Popularisierung regelmäßigen Sporttreibens nur näher kommen konnte, wenn man den Verein als handlungsstützendes soziales Setting wieder stärker in den Mittelpunkt der Bemühungen rückte. Denn, so Palms Annahme, „einem Akademiker kann man beibringen, dass er alleine seine Runden zieht. Aber im Allgemeinen ist es besser, man trifft andere Menschen beim nächsten Mal zur Wanderung, zum Laufen etc."

Wedekind nannte als auslösendes Motiv für die Kampagne, dass die Vereine am „Rande ihrer Kapazitäten" angelangt waren: es engagierten sich nicht genügend ehrenamtliche und hauptamtliche

Mitarbeiter und es standen nicht ausreichend Sporthallen und –anlagen zur Verfügung (Interview September 2004; vgl. hierzu auch DSB 1987a:54 f.). Die Vereine brauchten Unterstützung.

Des Weiteren wurde es zunehmend wichtiger, den Vereinen in aller Klarheit zu vermitteln, dass Breitensportthemen für sie selbst immens wichtig waren. Ein Umdenken war in vielen Spitzenverbänden noch nicht erfolgt, wie folgendes Zitat verdeutlicht: „Beispielsweise der Deutsche Ruderverband, der sagte, ach, Breitensport, das wurde so mitgemacht, aber plötzlich hatte er die Möglichkeit sich auf einem Plakat zu zeigen, dann wurde Breitensport Thema im Präsidium und alle haben sich damit beschäftigt. Da wurde ihnen endlich klar, wir können uns nicht nur um den Spitzensport kümmern, sondern auch um Mitgliedergewinnung und diese Basis muss anders motiviert werden“ (Wedekind: Interview September 2004).

In diesem Zusammenhang verdienen auch einige Ergebnisse der Finanz- und Strukturanalyse der Sportvereine in der BRD aus dem Jahre 1983 Erwähnung. Unter anderem wurden die besonders geeigneten Vereinsangebote für heterogene Zielgruppen ermittelt. Dabei stellte sich heraus, dass auf die Gesamtheit der Vereine bezogen das Angebot recht mager ausfiel und sich nur ein verschwindend kleiner Teil der Vereine hier engagierte: So boten 95 % aller Vereine keinen Familiensport/-turnen an, 89 % kein Mutter-Kind-Turnen, 90 % kein Jogging/Trimm-Trab/Radwandern, 93 % keine Spielfeste oder Spieltreffs, 90 % keine allgemeine Gymnastik/Aerobic, etwa 95 % keinen Volkslauf oder Volkswettbewerbe (Anders 1987:78 ff.). Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass sich die Maßnahmen der Trimm-Aktionen zwischen 1970 und 1983 in der Organisations- und Angebotsstruktur der Vereine kaum niederschlugen, „Sport für alle“ wurde dort nicht engagiert umgesetzt. Palm fragte seinerzeit mit Recht: „Sind denn die 27 Jahre seit der Verkündung des Zweiten Weges spurlos an dem größten Teil unserer Infrastruktur vorbeigegangen?“ (Palm 1987:7). Vor diesem Hintergrund wird klar, warum der DSB mit der Vereinskampagne hauptsächlich das Ziel verfolgte, die Organisationsentwicklung dahingehend voranzutreiben, dass der Breitensport insgesamt innerhalb des DSB eine größere Anerkennung findet. Man kann die Vereinskampagne auch als eine Art „Luftholen“ werten: Nun wurden die Auswirkungen der Trimm-Aktionen auf die Vereinslandschaft, auf die Fachverbände und Landessportbünde aufgearbeitet und als notwendig erachtete Korrekturen vorgenommen. Jenseits des gesellschaftspolitischen Ziels der DSB-Sportförderung im Sinne eines „Sports für alle“, musste die Organisationsstruktur lernen, sich auf die durch die Trimm-Aktionen möglicherweise mit erzeugten Breiten- und Freizeitsport-Bedürfnisse in der Bevölkerung einzustellen.

Mit der Vereinskampagne wurde aber auch das interne Ziel verfolgt, durch eine moderne Angebotsgestaltung die Wettbewerbsfähigkeit der Vereine zu erhalten bzw. zu verbessern, etwa gegenüber kommerziellen Anbietern. Dabei ging es nicht darum, völlig neue Aktionsprogramme zu entwickeln, sondern darum, die im Sport schon bestehenden Programme qualitativ zu verbessern (Palm 1987:8). Zum ersten Mal seit Beginn der Trimm-Aktionen wurde die Mitgliederwerbung explizit zu einem wichtigen Bestandteil einer Kampagne. Hierzu Palm im Rahmen eines Workshops für die Mitarbeiter im Breiten- und Freizeitsport der Mitgliedsorganisationen: „Ist Mitgliederwerbung immer noch ein Tabu für die Trimm-Aktionen? Nein, denn „Sport für alle“ ist nur auf kostengünstiger, nicht kommerzieller und teilnahmestabiler Grundlage erreichbar“ (Palm 1987:13). Die Vereinskampagne sollte demnach der Sicherung der Konkurrenzfähigkeit der Turn-

und Sportvereine in einem zunehmenden Wettbewerb mit kommerziellen Trägern dienen. Palm stellte sogar in Aussicht, dass dies „zur erfolgreichsten Phase der Trimm-Aktion“ werden könne, weil die Thematik für jeden Mitgliedsverband anwendbar und nutzbar sei. Um den Vereinen die Möglichkeit zu geben, innerhalb eines Jahres die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die 1988 beginnende Kampagne in der Öffentlichkeit zu starten, wurde ab 1987 ein Informations- und Motivationsprogramm für die Vereine – sozusagen eine Kampagne nach innen – aufgelegt.

Welche Ziele verfolgte der DSB in dieser Kampagne hinsichtlich der Motivierung der Bevölkerung zu vermehrter körperlicher Aktivität? Vor allem Nichtsportler, Wiedereinsteiger und Sportprobierer sollten hier angesprochen werden. Ähnlich wie bei der Gesundheitskampagne, die versuchte, die Ärzte als Multiplikatoren zu gewinnen, sollten für die Vereinskampagne die aktiven Sportler als Vermittler eingesetzt werden. Dieser Peer-Ansatz sah vor, dass die Aktiven die bisher inaktiven Personen in ihrem Bekanntenkreis ansprechen und schließlich zu sportlichen Aktivitäten motivieren. Im Vordergrund stand nun wieder der Sport mit seinen sozialen Bezügen, nicht mehr nur das individuelle Sporttreiben. Zusammenfassend kann man sagen, dass die Kampagnen abwechselnd die individuelle Sportausübung/Fitness/Ausdauer (bei Trimm-Dich-durch-Sport/ Ausdauerkampagne/Trimming 130) und das gesellige Moment im Sport betonten (Spielkampagne/Vereinskampagne).

Bei der Vereinskampagne griff man wieder auf die klassischen Kommunikationsmaßnahmen zurück, die im Verlauf der Aktion – ebenso wie bei den anderen Kampagnen – ein beeindruckendes Volumen erreichten: Die Plakatwerbung erfolgte auf 1,2 Millionen Großflächen, City Light Poster-Flächen sowie an Litfasssäulen (Auftragswert 120 Millionen DM). Wieder gingen Anzeigenaussendungen an 600 Zeitungen und Zeitschriften (Auftragswert 64 Millionen DM) und man veranstaltete insgesamt 68 Pressekonferenzen. Zur Eigenwerbung der Vereine setzte man analog zur Großflächenwerbung 300.000 Plakate mit Eindruckmöglichkeiten für die Vereine ein sowie 4 Millionen Kennenlern-Gutscheine für die Mitgliederwerbung und 3 Millionen Broschüren und Faltprospekte zu 26 verschiedenen Sportarten (DSB 1995:29).

Gemeinsam mit den Fachverbänden organisierte der DSB unterschiedliche Veranstaltungen als „Plattform zum Kennenlernen der Vereine und ihrer Angebote“. Laut DSB nahmen im Rahmen der Kampagne an diesen Aktionen rund 15 Millionen Menschen teil. Hierbei handelte es sich vorwiegend um schon bewährte Veranstaltungsformen:

- Spielfeste (ca. 1.000 Veranstaltungen pro Jahr mit 2 Millionen Teilnehmern),
- Lauf-Treffs (2.700 Veranstaltungen mit wöchentlich 300.000 Teilnehmern),
- Volkswandertag (1.000 Veranstaltungen pro Jahr mit 150.000 Teilnehmern),
- Trimm-Trab ins Grüne (3.000 Veranstaltungen pro Jahr mit 450.000 Teilnehmern),
- Trimm-Spiele (6.000 Veranstaltungen mit 1,5 Millionen Teilnehmern pro Jahr),
- Sportabzeichen (750.000 Abnahmen jährlich).

Neue Angebote waren die *Kennlern-Karten*, die *Trimm Festivals* und der *Challenge Day* (DSB 1995:29). Die *Trimm-Festivals* (ab 1988), gefördert durch die Volkswagen AG, kann man als eine Art Event nach dem Motto „Sport sehen, probieren und erleben" bezeichnen. Bis zu 80 Sportangebote kamen im Rahmen von Wettbewerben, Schnupperkursen und Aktionen mit Prominenten hier zum Einsatz. Während der Vereinskampagne fanden jährlich sechs Trimm-Festivals statt mit rund 450.000 Teilnehmern, und abwechselnd veranstaltet von sechs Landessportbünden. Die Veranstalter hatten die Möglichkeit das Konzept zu variieren. Dieses Aktionsprogramm ist bis heute in dieser Form wirksam (DSB 2000).

Wie schon erwähnt, sollten sportlich Aktive die sportlich Nichtaktiven ansprechen und zum Sporttreiben animieren. Hierfür wurden ab 1989 die *Kennlern-Karten* für 69 Sportarten entwickelt, in die Termin, Ort und Zeit der Sportstunde eingetragen und die Freunden, Bekannten oder Arbeitskollegen überreicht werden konnten. Wie groß der Verbreitungsgrad der Kennlern-Karten und der letztendliche Erfolg dieser Kommunikationsstrategie waren, lässt sich nicht sagen, da hierfür kein empirisches Material vorlag (vgl. auch Wopp 1995:109).

Beim *Challenge-Day* handelt es sich um einen Wettkampf zwischen zwei annähernd gleich großen Städten. Hierbei gewann die Stadt, in der die meisten Bewohner mindestens 15 Minuten Sport am Wettkampftag trieben. Vorbild hierfür war Kanada. Im Kampagnenzeitraum fanden ab 1991 jährlich 32 solcher Veranstaltungen statt (DSB 1995:29; Wopp 1995:110). Gleichzeitig zur Vereinskampagne legte der DSB 1987 ein neues bundesweites Breitensportangebot auf, gesponsert durch die Volks- und Raiffeisenbanken: den Volkswandertag, der dann jährlich am dritten Oktoberwochenende stattfand. Bereits im ersten Jahr wurde er an 400 Orten veranstaltet. Hierfür erhielten die Vereine Organisationsmaterial (Plakate, Handzettel, Wandergroschen, Richtungspfeile) (DSB 2000). Zwar nicht Inhalt der Kampagne, aber in Bezug auf das Ziel „Sport für alle" dennoch wichtig war das Programm „Sport für Aussiedler", das der DSB 1991 im Auftrag der Bundesregierung entwickelte mit dem Ziel, „für die aus Russland, Rumänien etc. heimkehrenden Auslandsdeutschen" über Spiel- und Bewegungsangebote Kontakte, Vertrauen und Orientierungshilfen zu schaffen (DSB 2000). Eine solch explizite Zielgruppenansprache sozial Benachteiligter hatte bislang im Rahmen der Trimm-Aktionen nicht stattgefunden.

1993, also nach siebenjähriger Laufzeit der Vereinskampagne, verzeichnete der DSB 720.000 Neuzugänge in die Turn- und Sportvereine, die drittgrößte Zuwachsrate in der 43-jährigen Geschichte des DSB (ebd.:29). 30,56 % der Bevölkerung waren nun Mitglied eines Turn- oder Sportvereins. Analysiert man den Organisationsgrad der Bevölkerung aber im Zeitverlauf, so zeigt sich, dass dieser bei Beginn der Kampagne 1987 schon bei 32,85 % und damit höher lag und im Jahre 1989, also nach zweijähriger Kampagnenlaufzeit, mit 34,33 % seinen Zenit erreicht hatte und danach wieder abnahm bzw. stagnierte (1990:30,07 %, 1991:29,30 %, 1992:29,78 %; DSB 2004:87). Zusammenfassend kann gesagt werden: Zwar stieg die Mitgliederzahl des DSB während der Vereinskampagne kontinuierlich an, aber dies bedeutet nicht, dass dementsprechend auch der Organisationsgrad der Bevölkerung in den Turn- und Sportvereinen angestiegen ist.

Das Oberziel aller Trimm-Aktionen, einen „Sport für alle" zu ermöglichen bzw. einen großen Teil der Bevölkerung zu einer regelmäßigen körperlichen Aktivität zu bewegen, stand im Rahmen

der Vereinskampagne nicht so im Vordergrund wie bisher. Sie diente in erster Linie der Mitgliederwerbung, der Werbung nach „innen“ für den Breiten- und Freizeitsport, dem Ausbau der Infra- und Angebotsstruktur und damit auch der Abwehr konkurrierender Sportanbieter. Größtenteils wurden die Aktionsformen vorhergehender Kampagnenzyklen aufgenommen und ausgebaut, in erster Linie solche mit Event-Charakter. Diese boten zwar als Probierangebote die Möglichkeit, sich mit dem Sport anzufreunden, sich diesbezüglich zu informieren oder anregen zu lassen, aber sie können nicht unbedingt als nachhaltig wirkende Aktionsprogramme in Bezug auf regelmäßiges Sporttreiben angesehen werden. Eine Ausnahme bilden hier vielleicht die Lauf-Treffs.

Die Vereinskampagne lief in leicht veränderter Form auch noch in einem weiteren Vierjahreszyklus weiter, wobei einzelne Sportarten mit Slogans wie „Basketball – Im Verein am schönsten“, Schwimmen – Im Verein am schönsten“ etc. in den Mittelpunkt gestellt wurden. Man kann somit sagen, dass die Bemühungen des DSB zur Sportförderung unter der Marke „Trimm-Aktion“ insgesamt 24 Jahre umfassten. 1995 begann man zwar mit einer weiteren Kampagne „Sportvereine – Für alle ein Gewinn“, aber das Wording Trimmen, Trimm Dich, Trimming verlor zunehmend an Bedeutung. Mittlerweile identifizierten sich Freizeitsportler zunehmend mit ihren Sportarten: Man sagte nicht mehr „ich trimme“ mich, sondern „ich bin Marathonläufer“, „ich bin Schwimmer“, „ich bin Basketballspieler“ etc. (Tobien: Interview September). So wurde schon 1993 das Aktionsprogramm „Trimm-Trab ins Grüne“ in „Run up“ umbenannt bzw. „im internationalen Sprachgebrauch modernisiert“, wie es der DSB formulierte (2000). Mit der Kampagne „Sportvereine – Für alle ein Gewinn“ wollten der DSB und seine Mitgliedsverbände die soziale, kulturelle, wirtschaftliche und gesundheitsförderliche Rolle der Sportvereine im öffentlichen wie im privaten Leben in Deutschland unterstreichen (DSB 2000).

10. Weitere DSB-Kampagnen im Überblick

Andere bundesweite Kampagnen des DSB zur Förderung der Sportbeteiligung der Bevölkerung nach Ablauf der eigentlichen Trimm-Aktionen, die hier noch kurz erwähnt werden sollen, waren bzw. sind:

seit 1997:
„richtig fit“. Ziel hier: Fitnessinteressierte zu maßvollem, regelmäßigem, freudvollem und richtig erlerntem Sporttreiben motivieren (Slogans u. a. „mach es.richtig“, „mach es.regelmäßig“, „mach es.mit spaß“). Im Mittelpunkt der Kampagne steht ein Internet-Auftritt (www.richtigfit.de), der allgemeine Informationen zum Thema Fitness, zu Sportveranstaltungen und anderen Serviceangeboten bereitstellt. Darüber hinaus enthält die Website interaktive und spielerische Elemente (z. B. Online-Fitnesstest mit Rückmeldung, Trainingscoaching und -programme in verschiedenen Sportarten zum Downloaden, Lexikon aus dem Bereich des Fitness-Sports, Expertenforum, Links etc.) (DSB 2000; Fuchs 2003:175; DSB 2004b). Hier lebt der „Trimmy“ wieder: auf E-Cards, die mit lustigen Sprüchen verschickt werden können!

seit 1997: „Stille Stars“. Der DSB rollt symbolisch in einer Reihe deutscher Städte den roten Teppich für die Ehrenamtlichen im Sport aus.

1999: Bundesweite Plakatkampagne „Keine Macht den Drogen“ in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (z.B. mit dem Slogan „Wir machen Kinder stark gegen Sucht und Drogen: Sportvereine für alle ein Gewinn“).

seit 1999: In Kooperation mit der Bundesärztekammer und in Abstimmung mit den Mitgliedsverbänden wird das Qualitätssiegel „Sport pro Gesundheit“ vergeben. Mit ihm werden seit 2000 durch das Ausbildungsniveau der Übungsleiter und die Programmgestaltung besonders qualifizierte Vereinsangebote gekennzeichnet. Die präventiven, nach wissenschaftlichen Kriterien entwickelten Gesundheitsprogramme wie Wirbelsäulengymnastik, Aqua-Gymnastik, Funktionsgymnastik, Haltung und Bewegung, Rückenschule und Herz-Kreislauf-Training gehen weit über die Ziele des allgemeinen Breitensports hinaus und sollen Nicht-Sportler auf den Weg zum Präventions-Sportler bringen. Sowohl der objektive Gesundheitszustand wie auch Wohlbefinden, Leistungsfähigkeit, Zufriedenheit und Stress-Resistenz sollen verbessert werden. Langfristig geht es darum, dass die Teilnehmer einen gesunden Lebensstil entwickeln, zu dem Bewegung und Sport selbstverständlich dazugehören. Diesbezüglich waren jedoch schon ab 1995 verschiedene Fachverbände vor dem DSB initiativ und entwickelten erste Qualitätssiegel mit „Markencharakter“ (Deutscher Turnerbund: Pluspunkt Gesundheit, Deutscher Schwimmverband: Fit und Gesund im Wasser, Landessportbund Berlin: Gütesiegel Gesundheit etc., Landessportbund Württemberg: G.U.T.). Der DSB betont, dass der organisierte Sport mit der neuen Initiative, „ein weiteres Stück gesellschaftlicher (Mit-)Verantwortung für die Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen“ übernimmt (DSB 2002:31). „Sport pro Gesundheit“ muss auch vor dem Hintergrund gesehen werden, dass mit dem Gesundheitsreformgesetz 2000 die Gesetzlichen Krankenversicherungen wieder Aufgaben der Primärprävention nach § 20 SGB V übernehmen konnten.

seit 2000: „Danke den Ehrenamtlichen im Sport“ in Kooperation mit dem Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

seit 2002: Die Gesellschaftskampagne „Sport tut Deutschland gut“ geht bundesweit am 10. April 2002 unter der Schirmherrschaft des damaligen Bundespräsidenten Johannes Rau an den Start. Die Laufzeit der Kampagne soll mindestens vier Jahre betragen. Ziel ist es, die herausragende Rolle des Sports nicht nur für den einzelnen, sondern für die Gesellschaft insgesamt heraus zu stellen (Slogans sind u. a. „Sport tut der Gesundheit... der Integration... der Leistungsentwicklung... den jungen Menschen... der Familie... den Frauen... den älteren Menschen... der Wirtschaft... der Umwelt... der Gesellschaft gut“) (DSB 2004c). Zu den Förderern zählen neben dem ZDF, der Bild am Sonntag und dem Fachverband der Außenwerbung auch die Bundesregierung, die mit mehreren Ministerien und Institutionen als Partner beteiligt ist, sowie die Barmer Ersatzkasse, die Commerzbank und das Versicherungsunternehmen AXA. Interessant ist der sowohl von Palm wie auch von Tobien im Gespräch gegebene Hinweis, dass überlegt werde, im Rahmen dieser Kampagne den „Trimmy“ als Symbolfigur wieder aufleben zu lassen. Nach wie vor geht man davon aus, dass der Bekanntheitsgrad des „Trimmy“ selbst bei jungen Erwachsenen noch hoch ist, wohl zu Recht, hat doch adidas 2004 eine Retro-T-Shirt-Kollektion mit dem „Trimmy“-Motiv auf den Markt gebracht.

Fuchs zufolge ist die gegenwärtige Sportlandschaft aufgrund der ab den 80er Jahren einsetzenden starken Pluralisierung des Sports in Bezug auf die Organisationsformen, die Spiel- und Bewegungsformen, die ökonomischen und ökologischen Bedingungen sowie die dominierenden Motivlagen derart ausdifferenziert und entsprechend unübersichtlich, dass die traditionellen Systematisierungsversuche nicht mehr greifen (2003:174; vgl. dazu auch Baur 1995:16 ff.). Vor dem Hintergrund dieser Vielfältigkeit und Komplexität müssten auch die gegenwärtig vom DSB und den DSB-Fachverbänden durchgeführten Maßnahmen zur Sportförderung gesehen werden. Zum einen unterstützten diese die Vereine in ihrer Alltagspraxis, zum anderen zielen sie auf die Qualitätssicherung von Sportprogrammen und versuchen nun planvoller bestimmte Bevölkerungsgruppen zur aktiven Teilnahme an Sport und Bewegung zu motivieren (Fuchs 2003:174).

Auch Baur stellt eine Pluralisierung der Sportlandschaft fest. Diese gehe mit einer prinzipiellen sozialen Entgrenzung einher: Die vervielfältigten Sportoptionen böten nun für „jedermann und jederfrau – und das von Kindesbeinen an bis hinein ins biblische Alter – die Möglichkeit, irgendeine der weit gespannten Sportgelegenheiten wahrzunehmen“, auch wenn dabei die soziale Herkunft noch immer das individuelle Sportengagement beeinflusse (1995:17). Ausgelöst worden sei diese Sportentwicklung durch die Trimm-Aktionen des DSB, der damit die soziale Öffnung des Sports eingeleitet und den Weg für die darauf einsetzende Pluralisierung des Sports geebnet habe. Damit habe der DSB eben auch die Sportbewegung außerhalb der Vereine angeschoben (in Volkshochschulen, Wohlfahrtseinrichtungen, bei Krankenkassen und natürlich bei kommerziellen Sportanbietern sowie in Kommunen), die sich im Laufe der Zeit verselbständigt habe und nun mit ihren Angeboten den Sport maßgeblich präge (Baur 1995:17). Der Autor verweist auf ein grundlegendes Dilemma, das heute vom organisierten Sport bzw. von den Turn- und Sportvereinen gelöst werden muss: Beharren die Sportvereine auf ihren traditionellen Vereinskonzeptionen, profilieren sich weiterhin als „Solidargemeinschaft“ und sprechen angestammte Gruppen und Gleichgesinnte an, wird es schwierig, sich auf die sich verändernden Sport- und Freizeitinteressen einzustellen und neue Kreise von Sportinteressierten zu gewinnen. Lassen sich Sportvereine eher auf neue, modernistische Angebotsstrukturen ein, um auf die Sportinteressen und Freizeitbedürfnisse größerer Bevölkerungsgruppen einzugehen, wird es für sie wiederum schwierig, sich ihren besonderen Charakter als freiwillige Solidargemeinschaft zu bewahren (ebd.:20). Hier wird auf ein Grundproblem hingewiesen, dass durch die von der Zentrale des organisierten Sports, den DSB, mit Nachdruck und großem Eifer durchgeführten Trimm-Aktionen mit dem übergeordneten Ziel „Sport für alle“ zum Teil mit geschaffen wurde.

11. Zusammenfassung

11.1 Kritiker und Befürworter

Der DSB sprach stets davon, dass unter dem Einfluss der Trimm-Aktionen die Sportbeteiligung der Bevölkerung erheblich angewachsen sei und argumentierte – außer mit steigenden Mitgliederzahlen – mit EMNID-Daten zum gestiegenen sportlichen Aktivitätsgrad in der Bevölkerung oder damit, dass sich nach eigenen Angaben Millionen von Menschen angeregt durch die Kampagne trimmten. Dafür gibt es auch durchaus einige Hinweise. Wie in den Kapiteln 5 und 6 sowie 8.4 gezeigt, müssen diese Zahlen jedoch dahingehend relativiert werden, dass nur ein geringer Teil der „Aktiven“ tatsächlich regelmäßig Sport trieb und ein anderer Teil sich auch ohne Anregung

durch die Kampagne sportlich betätigte. Hierauf weisen auch unterschiedliche Autoren und Experten, vorwiegend aus dem Bereich der Sportwissenschaften, bei ihrer Bewertung der Trimm-Aktionen hin.

Wopp beispielsweise macht geltend, dass die Vorannahme des DSB, es gäbe einen eindeutigen Zusammenhang zwischen gezielten Maßnahmen der Bewusstseinsbildung und wachsender Teilnahme am Freizeitsport mit tief greifenden Veränderungen der Lebensgewohnheiten, nicht belegt werden konnte (1995:73). Auch Rütten (2004a:2 f.) hegt Zweifel an der Wirksamkeit der Trimm-Aktionen. Seiner Ansicht nach kann der „Erfolg" der Trimm-Aktionen im Sinne von Verhaltensmodifikationen durch vorliegende Daten nicht als wissenschaftlich belegt gelten. Zum einen sei es versäumt worden, eine wissenschaftlichen Standards genügende Dokumentierung der Wirksamkeit der Trimm-Aktionen vorzunehmen, zum anderen reiche beispielsweise der Fakt, dass in diesem Zeitraum Mitgliederzuwächse zu verzeichnen waren, als Beleg nicht aus. Rütten gibt darüber hinaus zu bedenken, dass verschiedene internationale Studien zweifelsfrei bewiesen hätten, dass solche vorwiegend durch Massenmedien verbreitete populationsbezogenen Kampagnen zwar durchaus einen hohen Bekanntheitsgrad erzielen können, aber deshalb noch lange nicht in der Lage seien, das Bewegungsverhalten der Bevölkerung nachhaltig zu verbessern (ebd.:2004a:2 f.)

Eine anders gelagerte Kritik bringt Schulke im Interview vor: Abgesehen von der Tatsache, dass die Trimm-Aktionen die reale Sportaktivität nicht maßgeblich beeinflusst haben[38], sieht er ein Hauptdefizit der Aktion darin, dass im DSB und seinen Mitgliedsorganisationen die strukturellen Voraussetzungen für einen leichteren Zugang zum Sport auch für Leistungsschwächere nur sehr schleppend geschaffen wurden. Es habe noch viele Jahre gebraucht, bis der Vereinssport auch ein System von Breitensportangeboten aufgebaut hatte: für Ungeübte, für Ältere, für Behinderte, für Frauen. Ein Grund hierfür liegt nach Aussage Schulkes darin, dass das vorherrschende Denken im Vereinssport bis weit in die 80er Jahre hinein immer noch wettkampforientiert gewesen sei, also der Breiten- und Freizeitsport in den Mitgliedsorganisationen selbst keine breite Akzeptanz und Förderung erfahren hatte. Der DSB als Dachverband des organisierten Sports habe diese Kampagne „von oben" proklamiert, organisiert und umgesetzt, über seine Beratungsfunktion für die Mitgliedsorganisationen hinaus aber keine in die Vereinslandschaft wirkende Gestaltungsfunktionen bzw. Durchgriffsmöglichkeiten besessen. Der Frage, welche Vereine Breitensportabteilungen gegründet, hierfür Übungsleiter ausgebildet und finanzielle Ressourcen bereitgestellt haben oder welche Fachverbände in ihren Vorständen einen Verantwortlichen für Breitensport einsetzten, wurde lange Zeit gar nicht bzw. erst Mitte der 80er Jahre nachgegangen (Interview Juli 2004).

Auch Wopp geht davon aus, dass der größte Teil der Sportvereine weder inhaltlich noch organisatorisch auf die Trimm-Aktion vorbereitet gewesen sei, so dass sich viele Sportinteressierte nach Sportangeboten außerhalb der Vereine hätten umschauen müssen. Nur 21 % aller Vereine hätten zwischen 1972 und 1975 ihre Angebote erweitert. Die Kampagne habe im Grunde bewirkt, dass

[38] In seinen Augen gibt es für das wachsende Interesse am Sport in der damaligen Zeit vielschichtige Gründe, z. B. Arbeitszeitverkürzung, Automatisierung der Arbeitswelt, individuelle Motorisierung, die ein erhöhtes Bewegungsbedürfnis aufkommen ließen, und die innerdeutsche Migration „ins Grüne". Die Trimm-Aktion habe dem Ganzen ein „Stückchen Lebensgefühl" und „Orientierung" gegeben, aber ob Leute deshalb in den Verein gegangen seien und welche Sportarten sie gewählt hätten und ob sie dabei geblieben seien, sei nicht evaluiert worden (Interview Juli 2004).

viele Menschen „die Vorzüge eines Sportreibens außerhalb bestehender Vereinigungen“ erlebten, und die Sportvereine in dieser Zeit ihr Anbietermonopol verloren (1995:75 f. und 79 f.).

Die Argumentation von Wopp und Schulke, wonach die schleppende Organisationsentwicklung im Sportverbands- und -vereinssystem eine zentrale Schwäche der Trimm-Aktionen gewesen sei, geht jedoch etwas an der Sache vorbei, denn die Trimm-Aktionen waren ja ganz explizit darauf ausgerichtet, vor allem den individuellen und gemeinschaftlichen Sport in eher informellen Formen – im Grünen, zu Hause, im Urlaub oder im Büro – zu propagieren und zu popularisieren und eben nicht in erster Linie darauf, die Menschen an einen Verein zu binden. Die Aufforderung „Trimm Dich“ war im Allgemeinen „an alle“ gerichtet, und die entwickelten Angebote und Anleitungen konnten größtenteils unorganisiert wahrgenommen werden. Die vom DSB angeschobene Initiative wollte die Bevölkerung insgesamt, gleichgültig ob vereinsgebunden oder nicht, ansprechen und in Bewegung bringen. Der DSB hat mit seinen Trimm-Aktionen – gewollt oder ungewollt – eine Sportbewegung außerhalb der Vereine gefördert, die nach und nach ihre eigenen Angebots- und Nachfragestrukturen entwickelte, denen sich die Vereine wiederum anpassen mussten. Insofern hatte sich die Erwartung, durch eine nationale Kampagne den Sport für breitere Bevölkerungskreise zu erschließen, teilweise sogar erfüllt.

Schulke spricht der Kampagne deshalb – trotz aller Kritik – durchaus relevante bewusstseins- und Klima verändernde Effekte zu: Die Dominanz des Wettkampfsportsystems wurde aufgebrochen, sportliche Betätigungsmöglichkeiten, die jenseits des alten Sportsystems lagen, gewannen an Gewicht. Dieser Ansicht ist auch Wopp, der davon spricht, dass es dem DSB mit Hilfe der Aktion und mit relativ geringem finanziellen Aufwand gelungen sei, durch Aufklärung und Anleitungen die Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten zu erweitern und für viele Menschen überhaupt erst zugänglich zu machen. Die Trimm-Aktion habe nahezu alle Altersgruppen angesprochen und so die Möglichkeit eines lebenslangen Sporttreibens aufgezeigt (1995:73).

Auch Fuchs betont, dass die Trimm-Dich-Kampagne der 70er Jahre die noch während des „Zweiten Weges“ vorherrschende Ausrichtung auf den Wettkampf- und Leistungssport relativiert und ein weiter gefasstes Sportverständnis ermöglicht habe. Erst in dieser Zeit sei das Spektrum etablierter Sportarten durch neue Spiel- und Bewegungsangebote ergänzt worden, neben der Ergebnis- und Leistungsorientierung gewann immer mehr die Erlebnisorientierung im Sport an Bedeutung. Fuchs wertet es darüber hinaus als Plus, dass die Aktion das Sporttreiben auch außerhalb der Vereine populär gemacht habe (in der Wohnung, im Urlaub, im Grünen oder auf dem Rastplatz). Auch wenn der Einfluss der Kampagnen auf die Sportbeteiligung der Bevölkerung kaum exakt zu bestimmen sei, könne man davon sprechen, dass in diesem Zeitraum der Breitensport einen enormen Aufschwung erlebt habe (2003:173 f.).

Den gleichen Tenor haben die Einschätzungen von Baur. Seines Erachtens reichten die Breitensportkampagnen des DSB über die angestrebte Öffnung der Sportvereine für Nichtmitglieder bzw. des Sports für Nichtaktive weit hinaus. In diesem Zeitraum sei ein nennenswerter Breitensport als gesondertes Teilsystem innerhalb des vereinsorganisierten Sports überhaupt erst entstanden. Der Breitensport entwickelte von da an seine eigenen Orientierungsmuster (als ausgleichs- und gesundheitsorientierter Sport auf der Grundlage individueller Leistungsstandards), seine eige-

nen Handlungsmuster (z. B. in Form von Ausgleichsgymnastik, Spielsport, gesundheitsakzentuierten Sportformen) und neue Organisationsformen (Hausfrauen- und Familiengruppen, Spiel- und Sportfeste, zeitbegrenzte offene Kurse, Lauf-Treffs etc.). Unter der Leitformel „Sport für alle" habe sich der Sport zunehmend für diejenigen Bevölkerungsgruppen geöffnet, die bisher weitgehend ausgeschlossen waren (Kinder im Vorschulalter, Erwachsenen mittleren und höheren Alters, Frauen etc.). Aber auch die traditionelle Vereinsklientel – die männlichen Jugendlichen und jungen Erwachsenen – bekam größere Wahlmöglichkeiten durch breiter angelegte Sportangebote. Zwar hegt auch Baur „Validitätsvorbehalte gegenüber den ‚offiziellen' DSB-Daten", hält die Mitgliederzuwächse in diesem Zeitraum dennoch für beeindruckend. Der Sport-Organisationsgrad der westdeutschen Bevölkerung sei schließlich von 10 % (1960) auf 30 % (1980) gestiegen und auch der Frauenanteil in den Vereinen habe deutlich zugenommen: von 20 % (1960) auf 30 % (1980) (1995:14).

Dieckert formuliert in seinem „Handbuch Freizeitsport", dass die Trimm-Aktion keine reine Werbekampagne mit dem bloßen Ziel der Bewusstseinsbildung für aktives Sporttreiben gewesen sei, sondern auch eine Aufklärungs- und Aktivierungskampagne mit verschiedenen Aufforderungen und Anleitungen zu eigener spielerisch-sportlicher Tätigkeit. Mit den Maßnahmen innerhalb der Trimm-Aktion der 70er Jahre seien die drei im Memorandum „Trimm Dich durch Sport" von 1971 formulierten Aufgabenschwerpunkte bearbeitet worden: 1. Die Erweiterung des Sportangebots in Vereinen und Verbänden; 2. die Sportförderung in Partnerschaft mit gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen und 3. die Entwicklung von Übungsprogrammen für die private Sportausübung" (1973:164).

In den Interviews mit den damaligen DSB-Akteuren überwiegen – wie in den DSB-Dokumenten und -Veröffentlichungen – klar die positiven Bewertungen. In den Trimm-Aktionen der 70er Jahren sieht man eine Strategie, mit der es gelungen sei, den Sport für jedermann zu öffnen und die Bevölkerung spielerisch-sportlich zu aktivieren. „Wir haben den Sport so gemacht, wie ihn sich Frau oder Herr wünschte, ohne sich schämen zu müssen", so erklärt sich Palm aus heutiger Sicht den Erfolg der damaligen Aktionen (Interview September 2004). Problematisch sei allerdings die mangelnde Akzeptanz der „von oben" vorgegebenen Initiative bei den Mitgliederorganisationen gewesen: Anfangs habe man die Initiative intern teils belächelt, teils auch angefeindet. Das Bewusstsein über die Notwendigkeit einer Öffnung des Sports „für alle" entstand beim Großteil der Fachverbände und Vereine erst im Verlauf eines sehr langsamen und mitunter konfliktreichen Prozesses. Palm umschrieb dies auch mit den Worten: „Der Sport ist ein sich langsam bewegender Riese". Nachträglich, so Palm weiter, scheine es zwar, als ob sich die Trimm-Aktionen sehr systematisch entwickelt hätten, „als ob sich ein Superbrain ausgedacht hätte, wie alles in 20, 25 oder 30 Jahren einmal werden soll". Tatsächlich gab es aber nicht einen klaren Startpunkt mit einem genau vordefinierten Endziel, sondern die Trimm-Aktionen wurden von Mal zu Mal, von Zyklus zu Zyklus entwickelt (Interview September 2004).

Tobien übte lediglich in einem Punkt Selbstkritik: Die zu Anfang jährlich wechselnden Themen und Inhalte der Kampagne, ja selbst der Übergang zu einem Vier-Jahres-Rhythmus, hätten die Organisationsstruktur des DSB überfordert. Die Inhalte der Kampagne konnten sich nicht in so kurzer Zeit bundesweit und in allen Vereinen in Breiten- und Freizeitsportangebote umsetzen las-

sen. Eine sechsjährige Laufzeit der Teilkampagnen wäre womöglich sinnvoller gewesen (Interview September 2004). Anders ausgedrückt: Die Kommunikationsmaßnahmen der einzelnen Aktionszyklen waren den notwendigen infrastrukturellen Veränderungen der Vereinslandschaft immer ein, zwei Schritte voraus. Palm wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die durch die Trimm-Aktionen angeschobene Nachfrage an breiten- und freizeitsportlichen Angeboten und der damit einhergehende Ansturm auf die Vereine einerseits und die strukturelle Weiterentwicklung der Vereine andererseits sich gegenseitig bedingten. Erst durch die Bewusstseinsänderung und das wachsende Bewegungsbedürfnis der Bevölkerung wuchs auch innerhalb der DSB-Struktur langsam die Einsicht in die Notwendigkeit einer organisatorischen und angebotsstrategischen „Kurskorrektur" (Interview September 2004).

Dem DSB musste während der gesamten Laufzeit der Trimm-Aktionen ein Spagat gelingen: Zum einen überlebten sich die Themen und Slogans, mit denen man die Bevölkerung in Bewegung setzen wollte schneller als angemessene Sport- bzw. Handlungsangebote flächendeckend an der Basis entwickelt werden konnten. Das heißt: Die für die Trimm-Aktion verantwortliche „Trimmrunde" entwarf über 24 Jahre hinweg für die jeweils nächste Etappe schon neue Themen, Konzepte und Strategien, während für die laufende Teil-Kampagne noch Überzeugungsarbeit nach innen geleistet und die anvisierten Maßnahmen umgesetzt werden mussten. Ferner existierte während aller Trimm-Aktionen ein Spannungsverhältnis zwischen den intensiven Bemühungen zur Verbreitung des Sports jenseits der traditionellen Organisationsstrukturen, also dem gesellschaftspolitischem Ziel „Sport für alle", einerseits und den Interessen der „Absatzhelfer" bzw. der Fachverbände, der Turn- und Sportvereine andererseits, die sich lange Zeit gegen diese Öffnung des Sports wehrten bzw. sich dadurch übergangen fühlten. Es stand der Vorwurf im Raum, die Trimm-Aktionen nutzten nicht den Vereinen, sondern anderen kommunalen und kommerziellen Anbietern (Fitness-Studios, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Volkshochschulen etc.). Dieser Konflikt wurde in der Anfangszeit der Trimm-Aktionen nicht wirklich gelöst und kam immer wieder hoch (Dieckert: Interview Juli 2004). Die Entscheidung, nach Trimming 130 eine Vereinskampagne zu starten, trug diesem Problem schließlich Rechnung.

10.2 24 Jahre Trimm-Aktion: Eigene Einschätzung

Aus heutiger Sicht mag es einige Kritik an den Trimm-Aktionen des DSB und seiner Mitgliedsorganisationen geben. An erster Stelle stehen hier die von einigen Autoren geäußerten Zweifel, dass diese bundesweite Kampagne tatsächlich zu einer konstanten Verhaltensänderung – also zu einer Erhöhung der Sportbeteiligung der Bevölkerung – geführt hat. Diesbezüglich wird vor allem bemängelt, dass keine sorgfältigen Evaluierungen vorliegen, auf deren Grundlage gesicherte Aussagen gemacht werden können.

Dem ist sicherlich zuzustimmen: Tatsächlich lässt sich kaum quantifizieren, wie viele Menschen unmittelbar durch die Trimm-Aktionen zu vermehrter sportlich-körperlicher Aktivität angeregt wurden, inwieweit auch nichtaktive Bevölkerungsgruppen und nicht nur die ohnehin Aktiven im Verlauf der Trimm-Aktionen angesprochen und motiviert wurden. Die jährlichen EMNID-Untersuchungen zwischen 1970 bis 1984 lassen aufgrund ihres (zudem uneinheitlichen) Forschungsdesigns diesbezüglich nur vage Aussagen zu. Als gesichert kann gelten, dass die Trimm-Aktionen

einen hohen Bekanntheitsgrad erreichten, der sich aber – wenn überhaupt – nur in einer mäßig erhöhten sportlichen Aktivierung der Bevölkerung niederschlug. Der DSB verfügte allerdings auch zu keinem Zeitpunkt der Trimm-Aktionen über hinreichende Finanzmittel oder personelle Ressourcen, um über die (kostenlosen) EMNID-Untersuchungen hinaus mit einer wissenschaftlichen Begleituntersuchung die Wirksamkeit der Kampagne über einen so langen Zeitraum zu kontrollieren.

Wie hätte die nationale Trimm-Kampagne in ihrer Vielgestaltigkeit überhaupt evaluiert werden können, um belastbare Aussagen zur Wirksamkeit zu erhalten? Viele Defizite diesbezüglich lassen sich natürlich vor dem Hintergrund des damaligen Wissenstands erklären. Hierbei ist zu bedenken, dass Forschungen zu den Gestaltungskriterien und zur Wirksamkeit von Interventionen mit dem Ziel körperlicher Aktivierung erst ab den 1980er Jahren (und hier vorwiegend im angloamerikanischen Raum) einsetzten und dann ab den 1990er Jahren einen regelrechten Aufschwung erfuhren. Bestimmte – heute selbstverständliche – Erkenntnisse und Erfahrungen konnten also weder in die Konzeption noch in die Umsetzung und Evaluierung der Trimm-Aktionen einfließen. Darüber hinaus erschweren zum einen der lange Zeitraum (24 Jahre) der Trimm-Aktionen und zum anderen deren unterschiedliche und wechselnde Zielsetzungen, Wirkungserwartungen, Inhalte und Aktionsformen eine Gesamtbewertung ihrer Wirksamkeit. Jeder Kampagnenzyklus müsste im Grunde genommen gesondert evaluiert werden. Leider steht selbst für Teilbetrachtungen kein hinreichendes Datenmaterial zur Verfügung, um beispielsweise evaluieren zu können, welche der zahlreichen Aktionsprogramme und Handlungsangebote unter welchen Voraussetzungen bei welchen Bevölkerungsgruppen sich als effektiv in Bezug auf eine Bewusstseins- und Verhaltensänderung erwiesen haben. Aufgrund der mangelhaften Evaluierung der Kampagne wurden auch Chancen für eine kontinuierliche Qualitätssicherung der Trimm-Aktionen und der umgesetzten Maßnahmen verschenkt.

Bei einer Bewertung der Trimm-Aktionen sollte jedoch bedacht werden, dass die gesundheitswissenschaftliche Perspektive nur einen möglichen Blickwinkel unter anderen darstellt. Für Public Health ist Sportförderung nur insoweit relevant, wie dadurch der Gesundheitszustand der Bevölkerung verbessert bzw. beeinflusst werden kann. Sport ist hier Mittel zum Zweck, aber kein Selbstzweck. Für Akteure wie den DSB jedoch bedarf Sportförderung nicht unbedingt der Legitimation durch außerhalb des Sports liegender Leitwerte wie etwa Gesundheit. Bei Interventionen, die dazu beitragen sollen, dass Menschen regelmäßiger und dauerhafter Sport treiben, kann das Thema Gesundheit eine Rolle spielen, muss aber nicht. Hier können Geselligkeit, Spaß, Leistungsfreude, Körpererleben, Wettkampf etc. ebenso gut als mögliche Sport- und Bewegungsmotive herangezogen werden – und diese können auch gesundheitsförderlich sein. In diesem Zusammenhang müssen auch die Interventionen des DSB bzw. die Trimm-Aktionen gesehen werden. Die Trimm-Aktionen haben nicht nur – und auch nicht in erster Linie – über das Gesundheitsmotiv bzw. über gesundheitswirksame Sportangebote versucht, einen großen Teil der Bevölkerung zum Sporttreiben zu motivieren – selbst während der Gesundheitskampagne nicht. Aus heutiger Sicht lag der DSB mit seinen Trimm-Aktionen „goldrichtig“. Fuchs beispielsweise zeigt auf, dass das Gesundheitsmotiv bei vielen Menschen zwar ein gutes Einstiegsmotiv für das Sporttreiben ist, aber als alleinige Basis für eine kontinuierliche Sportteilnahme meistens als nicht

ausreichend zu bewerten ist: „Sport, der nur aus Gesundheitsgründen betrieben wird, steht auf wackligen Füßen“ (2003:77).

Zudem wandten sich die Trimm-Aktionen zu keiner Phase ausschließlich an die Bevölkerung, sondern waren auch (wenngleich in unterschiedlichem Maße) nach innen an die Mitgliedsorganisationen des DSB (Landessportbünde, Fachverbände und Vereine) gerichtet. Die Kommunikationsmaßnahmen und Handlungsangebote zielten zwar hauptsächlich darauf, der Bevölkerung die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit eines sportlich aktiven Lebensstils zu vermitteln und sie zu mehr Bewegung zu motivieren, daneben ging es aber immer auch darum, innerhalb der Organisationsstruktur das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass es neben dem Wettkampf- und Leistungssport auch einen Breiten- und Freizeitsport gibt, dessen Förderung für die Zukunft des organisierten Sports unabdingbar – sozusagen „überlebensnotwendig“ – war. Der DSB kann diesbezüglich als eine „lernende“ Organisation angesehen werden: Die Trimm-Aktionen lösten im organisierten Sport eine Auseinandersetzung nicht nur mit dem Breiten- und Freizeitsport aus, sondern auch mit dem Thema Gesundheit. Dies führte dazu, dass sich die Organisationsstrukturen und Angebote deutlich verändert haben, wobei dem Gesundheitsaspekt ein erhöhter Stellenwert eingeräumt wird. Hieraus resultierten beispielsweise die bundesweit qualitätsgesicherten Gesundheitssport-Angebote von „Sport pro Gesundheit“. Auch der letztgenannte Punkt verdeutlicht, dass das Thema „Gesundheit“ einer Verknüpfung mit anderen Themen, Interessen und Problemstellungen (bzw. des „Transports“ durch diese) bedarf, um praktische Relevanz zu erlangen. Die Tatsache, dass über weite Strecken der Kampagne ein Teil der DSB-Mitgliedsorganisationen ihr organisatorisches Eigeninteresse gefährdet sahen und deshalb die Kampagne nicht unterstützt oder gar dagegen gearbeitet haben, hat womöglich die Durchschlagskraft der Kampagne gehemmt.

Inzwischen können Public Health Strategien für die Verminderung des gesundheitlichen Risikofaktors „Bewegungsmangel“ jedoch auf eine beachtliche Infrastruktur des organisierten Sports zurückgreifen, mit einem flächendeckenden Netz von 87.000 Turn- und Sportvereinen sowie 90 Verbänden, bei denen sich rund 2,7 Millionen Mitarbeiter überwiegend ehrenamtlich engagieren, und die ein auf unterschiedlichste Bedürfnisse des Sporttreibens zugeschnittenes Sportangebot vorhalten (DSB 2004c). In dieser gemeinnützigen, sozialen Infrastruktur hat sich in den letzten drei Jahrzehnten, eben auch gefördert durch die Trimm-Aktionen, eine erhebliche Lehr- und Vermittlungskompetenz sowie Organisationserfahrung angesammelt. Schulke bezeichnet dies als ein „einzigartiges präventives Potential“ für die Gesundheitsförderung (1998:137). Dennoch bleibt ein Spannungsverhältnis bestehen: Das Thema Gesundheit gilt zwar als eine Chance und Bereicherung für den Sport, gleichzeitig wird aber die Gefahr einer übermäßigen gesundheits- und gesellschaftspolitischen Vereinnahmung gesehen, über die der Sport seine Kernidentität verlieren könnte (Fuchs 2003:64).

Die Trimm-Aktionen waren weit davon entfernt, sich ausschließlich einem gesundheitsbezogenen Ziel zu verschreiben, auch wenn schon zu Anfang der zunehmend wahrgenommene Bewegungsmangel in der Bevölkerung als ein mit auslösendes Motiv für die Kampagne ins Feld geführt wurde. Dennoch können die Trimm-Aktionen aus der Perspektive des Public Health Ansatzes als eine Social Marketing-Kampagne angesehen werden, die durch eine Kombination verschiedener

Maßnahmen versucht hat, gesundheitsbezogene Ziele in der Gesamtbevölkerung und bestimmten Bevölkerungsgruppen zu erreichen.

In der Bevölkerung sollten durch die Kampagne

- das Interesse für den Sport geweckt werden;
- Wissen vermittelt werden hinsichtlich Eignung, Wirkung und Risiken des Sporttreibens;
- Einstellungen hinsichtlich eines sportlich aktiven Lebensstils geprägt sowie Eigeninitiative und Mitwirkung gestärkt werden und
- die Sportbeteiligung stabilisiert und gesteigert werden.

Die Trimm-Aktionen umfassten neben der Information und Sensibilisierung der Gesamtbevölkerung (weniger: bestimmter Zielgruppen) über die Massenmedien auch zahlreiche Aktionsprogramme und Handlungsangebote. Diese sollten zu sportlicher Aktivität in verschiedenen Settings (zu Hause, in der Familie, im Büro, im Betrieb, im Urlaub, in Schulen, im Grünen, im Verein etc.) anregen, ließen solche gesundheitsförderlichen Settings zum Teil aber auch neu entstehen (Trimmparks, Lauftreffs, Trimm-Trab ins Grüne, Spiel- und Trimmfeste, offene Sportkurse etc.). Die Trimm-Aktionen versuchten also – wenn auch mit unterschiedlichem Erfolg – kontextbezogene und in soziale Kontexte eingebundene Aktionen und Projekte parallel zu den in den Massenmedien verbreiteten Botschaften zu entwickeln und umzusetzen, mit dem Ziel, das Sporttreiben für alle zu ermöglichen. Aus heutiger Sicht – ungeachtet der realen Umsetzungsmöglichkeiten von damals – haben konzeptionelle Defizite die Wirksamkeit der Kampagne geschwächt. So wäre eine Fokussierung auf bestimmte Zielgruppen vor allem unter Berücksichtigung sozial bedingter Ungleichheiten eine wichtige Ergänzung der Kampagne gewesen. Des Weiteren hätte die Anbindung an das Aktionsfeld Schule stärker gewichtet werden müssen, da Sport im Kindesalter prägend für einen bewegungsaktiven Lebensstil im Erwachsenenalter ist. Bei einer vergleichbaren Bewegungskampagne heute ist vorstellbar, dass ein stärker akzentuierter Zugang zu Institutionen wie Schule die Wirksamkeit solcher Anstrengungen erhöht. Ebenfalls ein Manko war, dass die Trimm-Aktionen den Zusammenhang von Bewegung und Ernährung nicht hinreichend aufgegriffen und in ihren Aktionsprogrammen berücksichtigt haben.

Ein ganz markantes Defizit aber war die unzureichende wissenschaftliche Evaluierung aller Handlungsangebote, um deren Wirksamkeit zu überprüfen und gegebenenfalls rechtzeitig Korrekturen vornehmen zu können. Dadurch, dass die Kampagne in unterschiedlichen Zyklen mit variierenden Inhalten und Handlungsangeboten abgewickelt wurde, stand nicht eine messbare Nachhaltigkeit und Qualitätssicherung von Sportangeboten im Vordergrund, sondern vielmehr deren Aktualität und Kompatibilität mit den jeweiligen in der Öffentlichkeit verbreiteten Kampagneninhalten. Bei all den genannten Defiziten ist natürlich die relativ schmale Finanzierungsgrundlage der Trimm-Aktionen zu berücksichtigen. So beeindruckend auch die Akquisition von Sponsoren und das Fundraising war: zur Beförderung gesundheitszuträglichen Bewegungsverhaltens in der Bevölkerung hätten in stärkerem Maße öffentliche Ressourcen eingebracht werden müssen als es damals der Fall war. Dies hätte nicht nur die Unabhängigkeit von Sponsoreninteressen gewährleis-

tet, sondern auch der Kampagne einen höheres gesundheitspolitisches Gewicht gegeben. Insgesamt sprechen die Defizite der Kampagnengestaltung der Trimm-Aktionen aus heutiger Sicht aber keinesfalls grundsätzlich gegen den Einsatz einer Mehrebenenkampagne zur Bewegungsförderung in der Bevölkerung. Vielmehr lassen sich aus der hier vorgenommenen Aufarbeitung der Trimm-Aktionen wichtige Faktoren ableiten, die die Wirksamkeit von bevölkerungsweiten Kampagnen steigern können.

In Anbetracht der Tatsache, dass es sich bei den Trimm-Aktionen um den ersten bundesweiten Kampagnenversuch zur Bewegungs- und Sportförderung in der Bundesrepublik Deutschland handelte und eine Reihe von konzeptionellen und institutionellen Voraussetzungen noch nicht entwickelt waren, kann man den Trimm-Aktionen durchaus beachtliche Erfolge attestieren. Ein großes Verdienst ist sicherlich, dass dadurch weit über den Sport-Sektor hinaus eine Vielzahl anderer gesellschaftspolitischer Akteure für das Thema Sport, Bewegung und Gesundheit sensibilisiert werden konnten und darüber hinaus langfristig nationale und lokale Netzwerke und Kooperationen geschaffen wurden, die zum Teil unabhängig vom DSB und eigenständig, aber auf der Basis der durch ihn geschaffenen Erfahrungen und Kompetenzen, eigene Maßnahmen entwickelten und umsetzten. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig zu erwähnen, dass der DSB bei seinen Bemühungen, einen „Sport für alle“ zu verwirklichen und bei seinen über 24 Jahre lang verfolgten Trimm-Aktionen einerseits von einem internationalen Erfahrungsaustausch profitierte und Anregungen für einzelne Maßnahmen aus anderen Ländern übernahm, andererseits aber auch selbst zu einem Berater anderer Länder werden konnte. Das Know-how über Inhalte, Ziele, wirtschaftliche Aspekte und Programme (u. a. Übungsleiterausbildung, Lauftreffs, Spielfeste etc.) der Trimm-Aktionen wird seitdem weltweit von Experten des DSB weiter gegeben.

LITERATUR

Abele, A., Brehm, W. & Pahmeier, I. (1997): Sportliche Aktivität als gesundheitsbezogenes Handeln: Auswirkungen, Voraussetzungen und Förderungsmöglichkeiten. In: R. Schwarzer (Hrsg.): Gesundheitspsychologie. Göttingen, Toronto, Zürich, S. 115-149.

Anders, Georg (1987): Wie sieht das durchschnittliche Vereinsangebot aus im Hinblick auf heterogene Zielgruppen? In: DSB (Hrsg.) (1987a), S. 78-86.

Banzer, W., Knoll, M. & Bös, L. (1998): Sportliche Aktivität und physische Gesundheit. In: K. Bös & W. Brehm (Hrsg.), S. 17-32.

Banzer, W. & Bürklein, M. (2003): Entwicklung des Themas Gesundheit innerhalb des Deutschen Sportbundes. In: Public Health Forum, Nr. 41, S. 13.

Bartel, W. (1979): Ergebnisse und methodische Erkenntnisse eines ausdauerbetonten Lauftrainings mit erwachsenen, untrainierten Bürgern. In: Medizin und Sport 19, 9, S. 270-274.

Baur, J. (1995): Standortbestimmung des Breitensports - in der Gesellschaft. Unveröffentlichtes Vortragsmanuskript für die 1. Bundeskonferenz Breitensport des DSB am 29.9.1995. Potsdam.

Berg, A. (1998): Grundlagen von gesundheitsorientierter physischer Belastung und körperlicher Adaption. In: K. Bös & W. Brehm (Hrsg.), S. 137-146.

Blair, S. N. (1996): Körperliche Aktivität, körperliche Fitness und Gesundheit. In The Club of Cologne (Hrsg.): Gesundheitsförderung und körperliche Aktivität. Köln, S. 11-14.

Bös, K. (1991): Lexikon Bewegung und Sport zur Prävention. Oberhaching.

Bös, K. & Brehm, W. (Hrsg.) (1998): Gesundheitssport. Ein Handbuch. Schorndorf.

Bös, K. & Brehm, W. (1999): Gesundheitssport – Abgrenzung und Ziele. In: dvs-Informationen 14, S. 9-11.

Bös, K. & Gröben, F. (1993): Sport und Gesundheit. In: Sportpsychologie, 7 (1), S. 9-16.

Bös, K. & Woll, A. (1989): Kommunale Sportentwicklung. Erlensee.

Blumenthal, J. A., Williams, R. S., Needles, T. L. & Hindle, P. (1982): Psychological and Physiological Effects of Physical Conditioning on the Elderly. In: Journal of Psychosomatic Research 26, S. 505-510.

Blumenthal, J. A., Williams, R. S., Needles, T. L. & Wallace, A. G. (1982): Psychological Changes Accompany Aerobic Exercise in Healthy middle-aged Adults. In: Psychosomatic Medicine 44, S. 529-536.

Bouchard, C., Shepard R.J. & Stephens, T. (Hrsg.) (1994): Physical Activity, Fitness and Health. International Proceedings and Consensus statement. Champaing Il. IL: Human Kinetics.

Breckenkamp, J., Blettner, J. & Laaser, U. (2004): Physical Activity, cardiovascular morbidity and overall mortality: results from a 14-years follow up of the German Health Interview Survey. In: Public Health 12, S. 321-328.

Brehm, W., Bös, K., Opper, E. & Saam, J. (1999): Gesundheitsorientierte Sportprogramme im Verein – eine Expertise im Auftrag des Deutschen Sportbundes (DSB). In: dvs-Information 14, S. 35-38.

Brehm, W., Bös, K., Opper, E. & Saam, J. (2002): Gesundheitssportprogramme in Deutschland. Schorndorf.

Brehm, W. & Rütten, A. (2003): Statement zum Symposium „Gesundheitssport – Stiefkind der Politik?“ auf der dvs-Jahrestatung 2003.
Quelle: www.dvs-gesundheit.de/statements2003.html. Letzter Zugriff 30. Oktober 2004.

Breuer, C. (2003): Entwicklung und Stabilität sportlicher Aktivität im Lebenslauf – Zur Rolle von Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten. In: Sportwissenschaft 33, S. 263-279.

British Medical Association (1992): Cycling: Towards Safety and Health. Oxford, New York.

Bruns, W. (1973): Zur Kritik der „neuen Linken“ am Sport. In: F. Grube & G. Richter (Hrsg.), S. 182-196.

Buksch, J. (2003): Der Einfluss breitensportlicher Aktivitäten auf die Mortalität in einer bevölkerungsbezogenen prospektiven Kohortenstudie. Unveröffentlichte Magisterarbeit. Universität Bremen.

Buksch, J. & Helmert, U. (2004): Leisure time sports activity and all-cause mortality in West Germany (1984-1998). In: Journal Public Health, Nr. 12, S. 351-358).

Dieckert, J. (1973): Freizeitsport versus Leistungssport. In: F. Grube & G. Richter (Hrsg.), S. 47-167.

Dieckert, J. (Hrsg.) (1974): Freizeitsport. Aufgabe und Chance für jedermann. Düsseldorf.

Dieckert, J. (1989): Freizeitsport als öffentliche Aufgabe. In: Freizeitpädagogik 11, S. 1-2.

Dieckert, J. (2002): Freizeitsport in Deutschland. In: J. Dieckert & C. Wopp (Hrsg.), S. 25-32.

Dieckert, J. & Wopp, C. (2002): Handbuch Freizeitsport. Schorndorf.

DSB (Hrsg.) (1960): Sport und Freizeit. Arbeitstagung des Deutschen Sportbundes in Duisburg. 7. und 8. November 1959. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1968): Jahrbuch des Sports 1967/68. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1971): Memorandum zur Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1971/1972): Trimm-Report. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1972): Sport für alle. Herausforderung an den Sport. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1973a): Das Große Trimm-Buch. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1973b): Trim and Fitness International. Experten-Konferenz. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1973c): Trimm Park. Baumustermappe. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1974): Die Trimm-Aktion und ihre Wirkungen. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1975): Sport im Arbeitsleben. Modellseminar 1975 in Hamburg. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1980): 10 Jahre Trimm-Aktion. Eine Zwischenbilanz. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1983a): Rahmenplan des Projekts „Sport und Gesundheit“. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1983b): Trimming 130 in der Sportpraxis. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1983c): Hearing I: Aspekte der Medizin zum Projekt Sport und Gesundheit. Hearing II: Aspekte der Gesundheitserziehung zum Projekt Sport und Gesundheit. Schriftenreihe „Berichte und Analysen“, Heft 74, Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1984): Trimming 130 in der organisatorischen Umsetzung. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1985): Aktion „Sport und Gesundheit – Trimming 130“. Eine Zwischenbilanz. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1987a): Expertenhearing zur Aktion „Miteinander aktiv“ (1987-1990). Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1987b): Miteinander aktiv. 1987 bis 1990. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1987c): Gemeinsam aktiv und die Vereine 1987-1990. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1989): Sport für alle II. Die Aktion „Sport und Gesundheit“ des Deutschen Sportbundes 1983-1986. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1990a): 1983-1986: Aktion „Sport und Gesundheit – Trimming 130“. Eine Bilanz. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1990b): „20 Jahre Trimm-Aktion 1970 – 1990“ (A3-Faltplakat). Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1993): Definition „Breitensport“. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1995): Fragen unserer Zeit. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (1996): WIAD-Studie: Sport und Gesundheit. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg. (2000): „30 Jahre Breitensport 1970-2000“ (A3-Faltplakat). Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (2002): Sport pro Gesundheit. Qualität für präventive Bewegungsprogramme. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (2004a): Jahrbuch des Sports 2004/2005. Frankfurt/M.

DSB (Hrsg.) (2004b): www.richtigfit.de. Letzter Zugriff am 5. November 2004.

DSB (Hrsg.) (2004c): www.dsb.de. Letzter Zugriff am 11. November 2004.

Dunn, A.L. & Blair, S.N. (2002): Translating Evidenced-Based Physical Activity Interventions into Practice. The 2010 Challenge. In: American Journal of Preventive Medicine; Volume 22, No. 4S, S. 8-9.

EMNID (1970): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Bielefeld.

EMNID (1971): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Bielefeld.

EMNID (1972): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Bielefeld.

EMNID (1973): Freizeit- und Breitensport. Ausübung, Bedürfnisse, Angebote, Institutionen. Bielefeld.

EMNID (1974): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Bielefeld.

EMNID (1975): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Bielefeld.

EMNID (1977): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Bielefeld.

EMNID (1978): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport“. Bielefeld.

EMNID (1980): Reichweite der Aktion „Trimm Dich durch Sport. Bielefeld.

EMNID (1982): Interesse am Spielen in der Freizeit. Bielefeld.

EMNID (1983): Trimming 130. Bielefeld.

EMNID (1984): Trimming 130. Bielefeld.

Erlinghagen, M. (2003): Wer treibt Sport im geteilten und vereinten Deutschland? Eine quantitative Analyse sozio-ökonomischer Determinanten des Breitensports. Graue Reihe des Instituts Arbeit und Technik 2003-4. Gelsenkirchen.

Fiatarone, M. A., O'Neill, E. F., Ryan, N. D., Clements, K. M., Solares, G. R., Nelson, M. E. et al. (1994): Exercise training and nutritional supplementation for physical frailty in very elderly people. In: New England Journal of Medicine, 330, S. 1769-1775.

Fuchs, R. (2003): Sport, Gesundheit und Public Health. Göttingen, Bern, Toronto, Seattle.

Grube, F. & Richter, G. (Hrsg.) (1973): Leistungssport in der Erfolgsgesellschaft. Hamburg.

Hollmann, W. & Liesen, H. (1981): Ausdauersport und Stoffwechsel. Schorndorf

Hurrelmann, K., Klotz, T. & Haisch, J. (Hrsg.) (2004): Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung. Bern, Göttingen, Toronto & Seattle.

Hurrelmann, K. & Ose, D. (2004): Mediale Kommunikationsstrategien der Prävention und Gesundheitsförderung. In: K. Hurrelmann, T. Klotz & J. Haisch (Hrsg.), S. 389-398.

Hundt, G. (1975): Sport im Arbeitsleben – Situation in der BRD und Europa. In: DSB (Hrsg.), S. 60-65.

Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (1986): Sport als Faktor von Gesundheit und Wirtschaft. Schriftenreihe „Beiträge zur Gesellschafts- und Bildungspolitik". Köln.

Israel, S., Buhl, B., Purkopp, K. H. & Weidner, A. (1982): Körperliche Leistungsfähigkeit und organismische Funktionstüchtigkeit im Altersgang. In: Medizin und Sport 22, S. 289-300.

Jütting, D. H. (1976): Freizeit und Erwachsenensport. München.

Kahn, B. E. et al. (2002): The Effectiveness of Interventions to Increase Physical Activity. In: American Journal of Preventive Medicine, Volume 22, No. 4S, S. 73-107.

KKH Kaufmännische Krankenkasse (2004): Weißbuch Prävention. Hannover.

Knoll, M. (1997): Sporttreiben und Gesundheit: Eine kritische Analyse vorliegender Befunde. Schorndorf.

Lampert, T. (2003): Sozialstatus, sportliche Aktivität und Gesundheit. In: Public Health Forum, Nr. 41, S. 7-8.

Lebenslagen in Deutschland (2004): Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung – Entwurf (Fassung für Ressortabstimmung und Beteiligung von Verbänden und Wissenstand – Stand: 14. Dezember 2004).
http://www.sozialpolitik-aktuell.de/docs/Lebenslagen in Deutschland_Bericht.pdf

Lee, I.M. & Skerrett, P.J. (2001): Physical Activity and All-Cause Mortality: What is the Dose-Response Relation? In: Medicine and Science in Sports and Exercise; 33, S. 459-471.

Lenhardt, U. & Rosenbrock, R. (2004): Prävention und Gesundheitsförderung in Betrieben und Behörden. In: K. Hurrelmann, T. Klotz, J. Haisch (Hrsg.): Lehrbuch Prävention und Gesundheitsförderung. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle, S. 293-3003.

Lüschen, G. (1998): Sport und öffentliche Gesundheit in Europa und Amerika. In: A. Rütten (Hrsg.), S. 37-58.

Mensink, G. (1999): Körperliche Aktivität. In: Gesundheitswesen 61, Sonderheft 2, S. 126-131.

Mensink, G. (2003a): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Bundes-Gesundheitssurvey: Körperliche Aktivität. Aktive Freizeitgestaltung in Deutschland. Berlin.

Mensink, G. (2003b): Das Aktivitätsniveau in Deutschland. In: Public Health Forum, Nr. 41, S. 5-6.

Neumann, F. (2004): Eine Idee bewegt die ganze Nation. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.9.2004, S. 62.

Opaschowski, H.W. (1990): Herausforderung Freizeit. Hamburg.

Opper, E. (1998a): Soziale Indikatoren, sportliche Aktivität und Gesundheit. In: K. Bös & W. Brehm (Hrsg.), S. 63-70.

Opper, E. (1998b): Sportverein und Sportverband. In: K. Bös & W. Brehm (Hrsg.) (1998), S. 341-363.

Paffenbarger, R. S., Hyde, R. T., Wing, A. L., Lee, I., Jung, D. & Kampert, J. (1993): The association of changes in physical activity level and other lifestyle characteristics with mortality among men. In: New England Journal of Medicine, 328, S. 538-545.

Palm, J. (1973): Trimm Dich durch Sport 1973. In: DSB (Hrsg.) (1973b), S. 114-199.

Palm, J. (1974a): Freizeitsport als Aktion – Trimm Dich durch Sport. In: J. Dieckert (Hrsg.) (1974), S. 161-167.

Palm, J. (1974b): Freizeitsport im Verein. In: J. Dieckert (Hrsg.) (1974), S. 169-175.

Palm, J. (1986): Trimming 130 – Der Beitrag des Deutschen Sportbundes für Sport und Gesundheit. In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), S. 59-65.

Palm, J. (1987): Ziele und Überlegungen zur Aktion 1987 bis 1990. In: DSB 1987a, S.8-14.

Pfeifer, K. (2003): Gesundheitsförderung und Prävention durch körperliche Aktivität und Gesundheitssport – Stellungnahme der „Kommission Gesundheit" in der Deutschen Vereinigung für Sportwissenschaften, Kommission „Gesundheit", Magdeburg.

Richter, G. (Hrsg.) (1972): Die vertrimmte Nation oder Sport in rechter Gesellschaft. Hamburg.

Rittner, V. & Breuer, C. (2000): Bewegung. In: Bundesvereinigung für Gesundheit (Hrsg.): Gesundheit: Strukturen und Handlungsfelder (Abschnitt III-4). Neuwied.

Rosenbrock, R. (1994): Ein Grundriß wirksamer Aids-Prävention, in: Zeitschrift für Gesundheitswissenschaften/ Journal of Public Health, 2. Jg., Heft 3, 233-244

Rosenbrock, R. (2003): Aids-Prävention – eine gefährdete Innovation, in: H. Jäger (Hg.): AIDS und HIV-Infektion, Landsberg: ecomed, 41. Ergänzungslfg., VII – 8.3, S. 1-3

Rosenbrock, R. (2004a): Primäre Prävention zur Verminderung sozial bedingter Ungleichheit von Gesundheitschancen. Problemskizze und ein Politikvorschlag zur Umsetzung des § 20 Abs. 1 SGB V durch die GKV, in: Rosenbrock, R., M. Bellwinkel, A. Schröer (Hg.): Primärprävention im Kontext sozialer Ungleichheit. Wissenschaftliche Gutachten zum BKK Programm ‚Mehr Gesundheit für alle', Bremerhaven: Wirtschaftsverlag NW für neue Wissenschaft, S. 7 -149

Rosenbrock, R. (2004b): Evidenzbasierung und Qualitätssicherung in der gesundheitsbezogenen Primärprävention, in: Zeitschrift für Evaluation. Heft 1/2004, S. 71-80

Rosenbrock, R., D. Schaeffer (Hg.) (2002): Die Normalisierung von Aids. Politik – Prävention – Krankenversorgung. Ergebnisse sozialwissenschaftlicher Aids-Forschung, Band 23, Berlin: edition sigma

Rosenbrock, R., T. Gerlinger (2004): Gesundheitspolitik. Eine systematische Einführung. Lehrbuch Gesundheitswissenschaften. Bern, Göttingen, Toronto, Seattle: Verlag Hans Huber 2004

Rütten, A. (1993): Sport, Lebensstil und Gesundheitsförderung. Sozialwissenschaftliche Grundlagen für eine ganzheitliche Betrachtungsweise. In: Sportwissenschaft, 23, S. 345-370.

Rütten, A. (Hrsg.) (1998): Public Health und Sport. Stuttgart.

Rütten, A. (2004a): Stellungnahme zu einem Schreiben von Prof. Hollmann/Institut für Kreislaufforschung und Sportmedizin, Köln, zu Rüttens Artikel im Public Health Forum (2003), 41, S. 2-3. Quelle: www.manuskript-submission.de/journals/files/phf/antwortruetten.pdf. Letzter Zugriff am 11.11.2004.

Rütten, A. (2004b) Die Bedeutung von politik- und lebensweltbezogenen Ansätzen für die Gesundheitsförderung durch Sport. Quelle: www.univie.ac.at/Sportwissenschaften/oesg/Ruetten.htm. Letzter Zugriff am 10. Oktober 2004.

Rütten, A. (2002): Aktivitäten und Sportarten. In: J. Dieckert & C. Wopp (Hrsg.): Handbuch Freizeitsport. Schorndorf. S. 111-120.

Rütten, A. & Abu-Omar, K. (2003): Bewegung, Gesundheit und Public Health. In: Public Health Forum, Nr. 41, S. 2-3.

Rütten, A. & Abu-Omar, K. (2004a): Prevalance of physical activity in the European Union. In: Soz.-Präventivmed. 49, S. 281-289.

Rütten, A. & Abu-Omar, K. (2004b): Perceptions of environmental opportunities for physical activity in the European Union. In: Soz.-Präventivmed. 49, S. 310-317.

Rütten, A., Abu-Omar, K. & Robine, J.M. (2004): Self-related and physical activity in the European Union. In: Soz.-Präventivmed. 49, S. 235-242.

Sachverständigenrat für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen (Gisela C. Fischer, Adelheid Kuhlmey, Karl W. Lauterbach, Rolf Rosenbrock, Friedrich W. Schwartz, Peter C. Scriba, Eberhard Wille) (2002): Bedarfsgerechtigkeit und Wirtschaftlichkeit, Gutachten 2000/2001: Band III, 3: Über-, Unter- und Fehlversorgung, Ausgewählte Erkrankungen, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Samitz, G. & Mensink, G. (Hrsg.) (2002): Körperliche Aktivität in der Prävention und Therapie. München.

Sidney, K. H. & Shepard, R. J. (1978): Frequency and intensity of exercise training for elderly subjects. In: Medicine and science in sports 10, 2, S. 125-131.

Schlangenauf, K. (1977): Sportvereine in der Bundesrepublik Deutschland. Teil I: Strukturelemente und Verhaltensdeterminanten im organisierten Freizeitbereich. Schorndorf.

Schlicht, W. (2003a): Gesundheitsbezogene Effekte des Breitensports. In: Public Health Forum, Nr. 41, S. 17.

Schlicht, W. (2003b): Sport und Bewegung. In: M. Jerusalem & H. Weber (Hrsg.). Psychologische Gesundheitsförderung. Diagnostik und Prävention. Göttingen, S. 213-231.

Schlicht, W., Kanning, M. & Bös, K. (2003): Psychosoziale Intervention zur Beeinflussung des sekundären Risikofaktors Bewegungsmangel: Theoretische Modelle und praktische Evidenzen. In: S. Keller, B. Bardé & A. M. Zeiher (Hrsg.): Expertise für die Status- und Konsensuskonferenz Psychokardiologie. Frankfurt/M.

Schöppe, S., Bauman, A. E., Bull, F. & Weston, E. (2003): Nationale Strategien zur Bewegungsförderung. In: Public Health Forum, Nr. 41, S. 31-32.

Schulke, H.-J. (1998): Zur Differenzierung von Public Health und Sport. Über die Vernachlässigung der Integrationspotentiale zweier gesellschaftlicher Praxisfelder in der Gesundheitsförderung. In: A. Rütten (Hrsg.), S. 131-155.

Schulke, H.-J. (2003): Von der Privilegierung zur Popularisierung gesundheitsorientierten Sporttreibens. In: Public Health Forum, Nr. 41, S. 9-10.

Silbermann, A. (1969): Sport und Massenkommunikation. Köln.

Stamford, B. A. & Shimer, P. (1991): Fitneß und Gesundheit: Wieviel Schweiß muß sein? In: Psychologie heute, Heft 10, S. 22-26.

Stamm, H., Lamprecht, M., Somaini, B. & Peters, M. (2001): „Getting Switzerland to move“: evaluation of a new „Sport for All“ programme. In: Soz.-Präventivmed. Nr. 46, S. 20-28.

Strautzenberg, S. E. (1976): Zur Wirkung dosierter Gymnastik und in unterschiedlicher Geschwindigkeit durchgeführten Gehens auf kardiovaskuläre und Stoffwechselfunktionen beim älteren Menschen. In: Theorie und Praxis der Körperkultur Nr. 25, 11, S. 858-860.

Töppich, J. (2004): Evaluation und Qualitätssicherungskonzepte in der Prävention und Gesundheitsförderung der BZgA, Vortrag auf der Fachtagung EpiBerlin am 12.2.04: ‚Evidenzbasierung in der Prävention und Gesundheitsförderung', Ms.

US Preventive Servises Task Force (2003): Screening and Treating Adults for Lipid Disorders: A Summary of the Evidence.Washington DC.

US Department of Health and Human Services (1996a): Physical Activity and health. US Department of Health and Human Services, Centers for Disease Control and Prevention. Atlanta.

US Department of Health and Human Services (1996b): Physical Activity and health: A Report of the Surgeon General. US Department of Health and Human Services and Center for Disease Control and Prevention. Atlanta.

Vieth, P. (1988): Die Durchsetzung des Sicherheitsgurtes beim Autofahren, Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Gesundheitsrisiken und Präventionspolitik im WZB, P88-203, Berlin

Waddington, I. (1998): Sport und Gesundheit: Eine soziologische Analyse. In: A. Rütten (Hrsg.), S. 91-114.

Wedekind, S. (1987): Rückblick auf die Aktion „Trimming 130“. In: DSB (Hrsg.) 1987b, S. 5-9.

Wedekind, S. (1999): Die gesundheitspolitische Konzeption des Deutschen Sportbundes. In: dvs-Informationen 14, 2, S. 42-43.

Wedekind, S. (2000) : Prävention, die Spaß macht – mit den Sportorganisationen als Partner. In: Heiß, Günter (Hrsg.): Wie krank ist unser Gesundheitswesen. Mainz. S. 1113-1122.

Wedekind, S. (2001): Möglichkeiten der Verbände zur Förderung qualitativ hochwertiger, flächendeckender Angebote für den Gesundheitssport auf Gemeindeebene. Unveröffentlichtes Manuskript. Frankfurt/M.

Weyer, Willi (1986): Für einen gesunden Lebensstil müssen wir kämpfen. In: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), S. 8-16.

WIAD (Wissenschaftliches Institut der Ärzte Deutschlands) (1996): Sport und Gesundheit – Bewegung als zentrale Größe von Zufriedenheit, Leistungsfähigkeit und Gesundheitsstabilität. Frankfurt/M.

Wilmore, J. H. (1980): Physiological alterations consequent to 20-week conditioning programs of bicycling, tennis and jogging. In: Medicine and science in sports and exercise, Nr. 12, 1, S. 1-8.

Winkler, J., Klaes, L., Florijn-Zens, Y. & Wild-Mittmann, B. (1998): Dimensionen der Gesundheit und der Einfluss sportlicher Aktivitäten. In: A. Rütten (Hrsg.), S. 203-239.

Woll, A. (1996): Gesundheitsförderung in der Gemeinde – eine empirische Untersuchung zum Zusammenhang sportlicher Aktivität, Fitness und Gesundheit bei Personen im mittleren und späteren Erwachsenenalter. Neu-Isenburg.

Woll, A. (1998): Sportliche Aktivität und Inaktivität: Erwachsene. In: K. Bös & W. Brehm (Hrsg.), S. 108-116.

Woll, A., Bös, W. & Becker, P. (1998): Der Stellenwert von sportlicher Aktivität in einem integrativen Anforderungs-Ressourcen-Modell der körperlichen Gesundheit. In: A. Rütten (Hrsg.), S. 157-180.

Woll, A., Bös, K., Gerhardt, M. & Schulze, A. (1998): Konzeptualisierung und Erfassung von körperlich-sportlicher Aktivität. In: K. Bös & W. Brehm (Hrsg.): Gesundheitssport. Ein Handbuch. Schorndorf. S. 85-94.

World Health Organization (2003). The World Health Report 2002. Reducing Risks, Promoting Healthy Life Styles. Genf.

Wopp, C. (1995): Entwicklungen und Perspektiven des Freizeitsports. Aachen.

ANHANG

Interviewübersicht

Interviewpartner	Organisation und Funktion	Ort und Datum
Jürgen Palm	Ehemals Geschäftsführer DSB Breitensport, seit 1990 Präsident von TAFISA	Frankfurt/M.: 21.9.2004
Dr. Sabine Wedekind	DSB, Ressortleiterin "Präventionspolitik & Gesundheitsmanagement"	Frankfurt/M.: 17.8.2004 und 22.9.2004
Rainer Tobien	DSB, ehemals Referent und Abt.leiter „Planung u. Beratung", seit 2003 stellvertr. Geschäftsführer und Mitglied der Geschäftsleitung	Frankfurt/M.: 21.9.2004
Dieter Sihler	Kreativdirektor und Grafiker bei "Werbeting 2000", später Inhaber von Sihler & Partner	Frankfurt/M.: 22.9.2004
Gerhard Bergel	DSB, Beratungsstelle Breitensport	Frankfurt/M.: 21.9.2004
Prof. Jürgen Dieckert	Ehemals Präsidialmitglied des DSB (Ressort Breitensport) und Präsident des DTB, Professor für Sportwissenschaften der Univ. Oldenburg	Berlin: 9.7.2004
Prof. Hans-Jürgen Schulke	Prof. für Sportwissenschaften der Univ. Bremen, heute Sportdirektor im Hamburger Senat und im DTB verantwortlich für das Ressort Gesundheitssport	Hamburg: 20.8.2004

Pandemie der Inaktivität mithilfe der Vereine entgegenwirken

23.10.2021

Der Sportkongress Stuttgart gilt als der „Branchentreff“ für Vereins-Vertreter aus ganz Deutschland. Beim digitalen Kongress in diesem Jahr bildeten sich rund 550 Tagesteilnehmer unter dem Motto Bewegungs- und Gesundheitskompetenzen weiter und sammelten neue Impulse für ihr Engagement in ihren Sportvereinen.

Nach drei Tagen voller Theorie- und Praxisworkshops lautet das abschließende **Fazit**: Die Covid-19 Pandemie und die damit einhergehende beschleunigte Digitalisierung bringt Herausforderungen für Übungsleiter und Funktionäre und damit auch für Turn- und Sportvereine mit sich. Gemeinsam wollen sich alle weiterentwickeln und den Herausforderungen mit Kreativität und Willenskraft begegnen. Ziel soll sein, dass Sportvereine auch in Zukunft eine tragende Säule der Gesellschaft bleiben und dem zunehmenden Bewegungsmangel als Problem der Zukunft entgegengewirkt wird.

Die Herausforderung des Bewegungsmangels durch die Maßnahmen gegen das Corona-Virus thematisierte auch **Prof. Dr. Ansgar Thiel (Eberhard Karls Universität Tübingen)** in seinem Impulsvertrag. Er erklärte: „Corona hat uns gezeigt, wie wenig Bedeutung die Politik dem Sport und der Bewegung als einem Mittel der Gesunderhaltung zumisst. Doch die Pandemie der Inaktivität ist eine riesige gesundheitliche Gefahr. Deshalb müssen Politik und Sportorganisationen alles daransetzen, die Menschen in Bewegung zu bringen. Dies fängt bei der Förderung von Alltagsaktivität an und geht bis zur Verbesserung der sportbezogenen Infrastruktur“.

Markus Frank, Präsident des organisierenden Schwäbischen Turnerbunds, resümierte: „Zahlreiche Studien belegen den immer größer werdenden Bewegungsmangel in unserer Gesellschaft, egal in welchem Alter. Das führt nicht nur zu physischen, sondern auch psychischen Erkrankungen. Der Schwäbische Turnerbund unterstützt seine Turn- und Sportvereine aus diesem Grund dabei, die Menschen wieder nachhaltig in Bewegung zu bringen. Gleichzeitig fordern wir die politische Führung bei zukünftigen Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie, die Rolle unserer rund 1800 Turn- und Sportvereine mit ihren knapp 700 000 Mitgliedern höher und nachhaltiger zu bewerten.

‹ Zurück (aktuelles/)

2021/403-01
öffentlich

Dezernat I
Ortschaftsverwaltung Höfingen

Bezugsvorlagen:
2021/403

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Entscheidung)	Ö

Beschlussvorschlag aus dem Ortschaftsrat Höfingen vom 24.11.2021
Wiederherstellung des Trimm-Dich-Pfades in Höfingen

Beschlussvorschlag

1. Der Trimm-Dich-Pfad in Höfingen wird wiederhergestellt und im Zuge dessen in eine zeitgemäße Form umgestaltet.
2. Im Haushaltsplan 2022 werden 34.000 Euro zur Wiederherstellung des Trimm-Dich-Pfades veranschlagt.
3. Von der Kostenschätzung wird Kenntnis genommen.
Um den Trimm-Dich-Pfad auch für Familien mit Kindern attraktiver zu machen, empfiehlt der Ortschaftsrat, den Trimm-Dich-Pfad lt. lfd. Nr. 6 mit 10 weiteren Fitnessgeräten auszustatten.

Sachverhalt

Punkt 3 wird ergänzt:

Der Ortschaftsrat Höfingen möchte den Trimm-Dich-Pfad mit Geräten bzw. Stationen attraktiver gestalten, vor allem mit Blick auf Familien mit Kindern.

Anlage/n
Keine

2021/402
öffentlich

Dezernat III
Tiefbauamt

Bezugsvorlagen:
2020/096

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Entscheidung)	Ö

Umgestaltung Spielplatz Goethestraße

Beschlussvorschlag

1. Die Planung und die Kostenschätzung für die Umgestaltung des Spielplatzes in der Goethestraße wird als Grundlage für die weitere Ausführung beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme auszuschreiben und unter Einhaltung der Kostenschätzung entsprechend der Wertgrenzen zu vergeben. Die Umsetzung erfolgt in 2022.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
755100017010 Spielplatz Goethestraße	2021 VE 2021	10.500 89.500	0 89.500	Verpflichtungs- ermächtigung in 2021
755100017010 Spielplatz Goethestraße	2022	89.500	89.500	Die Mittel sind im Haushaltsplanentwurf 2022 veranschlagt.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Im Rahmen der mittelfristigen Spielplatzplanung wurde durch die SV 2020/096, u.a. beschlossen, dass auch der Spielplatz in der Goethestraße zu erneuern ist.
Der Spielplatz Goethestraße ist aufgrund seiner veralteten Spielgeräte, welche größtenteils wegen mangelnder Verkehrssicherheit zwischenzeitlich abgebaut werden mussten, kaum noch bespielbar.
Verwaltungsintern wurde die Fläche überplant.
Es wurde vom Stadtjugendreferat eine Kinderbeteiligung nach § 41a Gemeindeordnung im Kindergarten Spitalhof und in der Spitalschule durchgeführt. Die Ideen aus der Kinderbeteiligung wurden in der Planung berücksichtigt.

Grundidee war, einen Piratenspielplatz aufzubauen.

Die Empfehlung an die Spielplatzkommission lautete:
Wie bisher auch soll ein Schiff den Mittelpunkt bilden, ein neues Piratenschiff soll gebaut werden, welches insbesondere Kletterelemente und Rutschen berücksichtigt. Alle Altersgruppen sollen angesprochen werden, dementsprechend ist ein großes Schiff mit mehreren Abschnitten erforderlich.

Falls eine Schaukel aufgrund des begrenzten Platzangebotes möglich wäre, so wird eine solche ebenfalls befürwortet.

Als Ergebnis wurde in die Planung ein Piratenschiff als Wrack übernommen, dies unter Berücksichtigung der Bestandsbäume, welche nicht verändert werden.
Auf dem Schiff ergeben sich Spielebenen auf 2 Etagen für kleine wie auch größere Kinder, mit einer Rutsche vom Heck aus. Der Bug beinhaltet mehrere und in unterschiedliche Schwierigkeitsgrade ausgestattete Kletteroptionen und einen Ausguck.
Eine Doppelschaukel ist ebenfalls eingeplant.

Die Anforderungen konnten erfüllt werden, lediglich muss auf ein Trampolin aus Platzgründen (Steillage) verzichtet werden.

Baubeschreibung und Kosten:
Piratenschiff als Wrack aus Holz und eine Rutsche, verschiedene Kletter- und Balancierelemente, Doppelschaukel

- Die Kosten inkl. Aufbau und Montage liegen bei ca. **68.000,- Euro**.

Landschaftsgärtnerische Arbeiten:
Abbau- und Aushubarbeiten, Errichtung einer Stützeinrichtung zum Abfangen der steilen Böschung, Aufbringen des Fallschutzes und des Sandes.

Ausstattung und Wege:
Sitzbänke und Mülleimer, Zugangsweg aus Pflastersteinen
Rasen- und Grünflächen neu anlegen

- Die Kosten für landschaftsgärtnerische Arbeiten und Ausstattung und Wege liegen bei ca. **21.500,- Euro**.

Gesamtkosten für die Erneuerung des Spielplatzes: **89.500,- Euro**.

Die Bestellung der Spielgeräte kann nach der Ausschreibung und der Freigabe des Haushalt Anfang 2022 erfolgen, hier liegen aktuell die Lieferzeiten bei ca. 16 Wochen.

Anlage/n

1 Ansicht_Piratenschiff_Wrack2 (öffentlich)

2 Entwurf_m_Bezeichnung (öffentlich)

3 Foto2_Istzust_Bäume (öffentlich)

Pos.01, Piratenschiff Bug

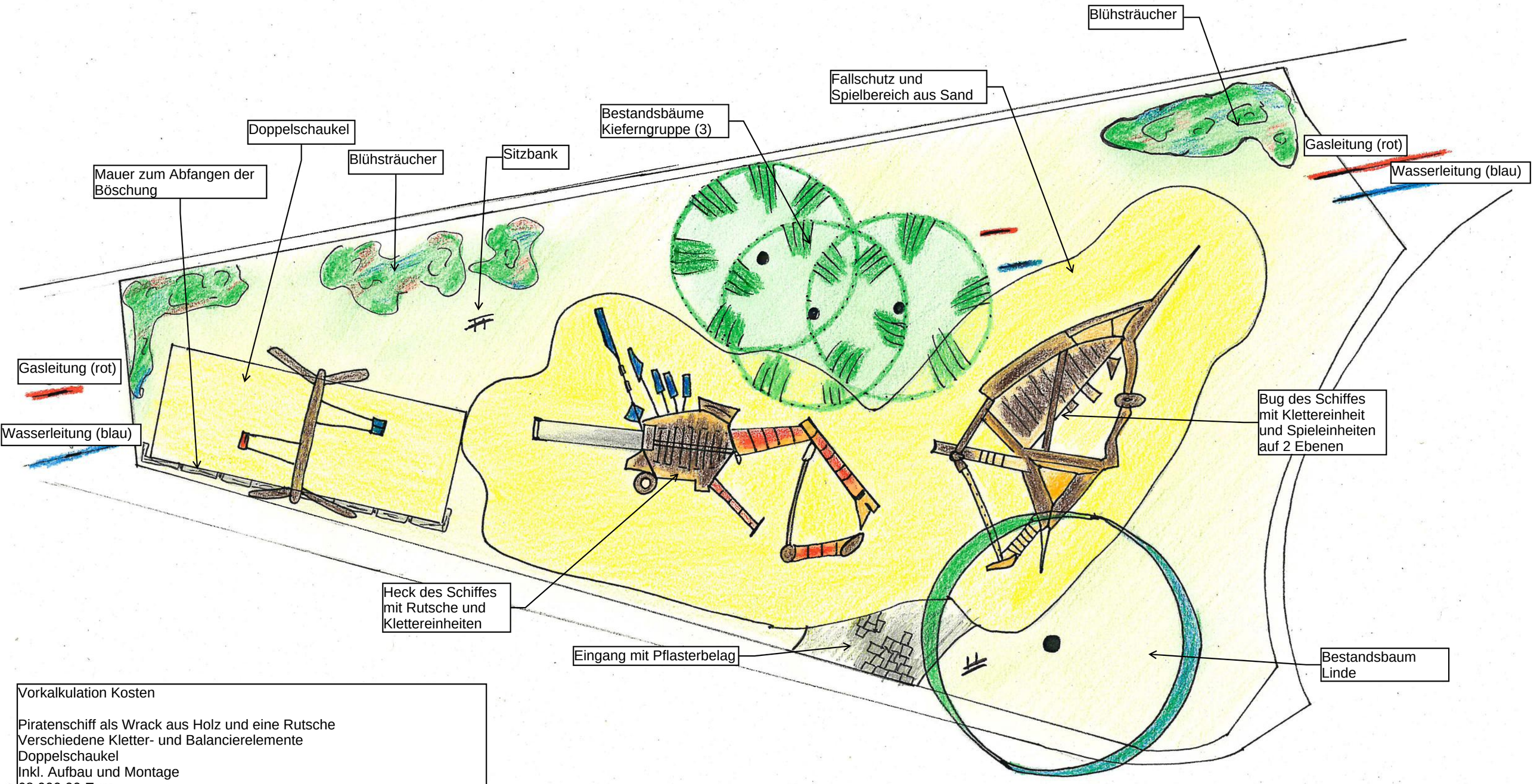
Pos.02, Piratenschiff Heck

Pos.03, Rundholzschaukel

Pos.03, Rundholzschaukel

Pos.02, Piratenschiff Heck

Pos.01, Piratenschiff Bug



Vorkalkulation Kosten

Piratenschiff als Wrack aus Holz und eine Rutsche
Verschiedene Kletter- und Balancierelemente
Doppelschaukel
Inkl. Aufbau und Montage
68.000,00 Euro
Landschaftsgärtnerische Arbeiten:
Abbau- und Aushubarbeiten
Kleine Stützmauer zum Abfangen der Steilböschung
Erstellen Fallschutz- und Sandbereich
Sitzbänke und Mülleimer
Zugangsweg aus Pflastersteinen
Rasen- und Grünflächen neu angelegt
21.500,00 Euro
Gesamtkosten Kostenberechnung
89.500,00 Euro

Entwurfsplanung
Spielplatz Goethestraße
Thema "Piratenschiff" (als Wrack)

Goethestraße / Annette-Kolb-Straße
71229 Leonberg

Tiefbauamt 11/2021

2021/410
öffentlich

Dezernat III
Gebäudemanagement

Bezugsvorlagen:
2018/149;2018/283;2019/084;2019/164

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Vorberatung)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Bildungscampus Ezach - Neubau einer 8-gruppigen Kindertagesstätte mit Mensa

Beschlussvorschlag und Kenntnisnahme

1. Der stufenweisen Beauftragung des Architekturbüros Schlude Ströhle Richter Architekten BDA, Silberburgstrasse 70a, 70176 Stuttgart, auf der Basis der HOAI, für die erforderlichen Planungsleistungen („Gebäude“) für das Projekt wird zugestimmt.

2. Die Planung inkl. Kostenschätzung für das Projekt wird im Sommer 2022 zur Genehmigung der Gesamtmaßnahme vorgelegt.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
736501007003 Kita Süd Neubau	2021	50.000	30.000	Der Finanzbedarf entspricht den voraussichtlichen Auszahlungen.
	2022	700.000	700.000	Der Finanzbedarf ist im Haushaltsplanentwurf 2022 veranschlagt
	2022	VE 6.000.000		Der Finanzbedarf ist im HH-Planentwurf 2022 veranschlagt. Der konkrete Finanzbedarf wird im Zuge der Genehmigung der Gesamtmaßnahme ggf. im HH-Planentwurf 2023 angepasst.
	2023	3.000.000	3.000.000	
	2024	3.000.000	3.000.000	
721100127003 Sophie-Scholl GS Mensa	2022	0	100.000	Der Finanzbedarf ist im Haushaltsplanentwurf 2022 veranschlagt

	2023	100.000	1.095.000	Der konkrete Finanzbedarf wird im Zuge der Genehmigung der Gesamtmaßnahme ggf. im HH-Planentwurf 2023 angepasst.
	2024	800.000	1.095.000	

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

In Anbetracht des hohen und durch das Neubaugebiet Ezach III weiter ansteigenden Bedarfs an Kinderbetreuungsplätzen im Wohngebiet Ezach und im benachbarten Wohngebiet Eltingen, der aktuell durch den Interimskindergarten in der Hohheckstraße aufgefangen wird, sowie bedingt durch den baulichen Zustand von Ezach- und Schopflochkindergarten ist es notwendig, eine neue Kinderbetreuungseinrichtung zu bauen. Sowohl der Ezach- als auch der Schopflochkindergarten weisen bei künftig unzulänglichem Raumangebot erheblichen Sanierungsbedarf auf.

Mit Sitzungsvorlage 2019/164 wurde unter anderem der Variante 1 der Machbarkeitsstudie des Büros ARP Architektenpartnerschaft Stuttgart zur weiteren planerischen Bearbeitung zugestimmt. Diese umfasste einen Neubau von einer 8-gruppigen Kindertagesstätte mit Mensa. Die damalig geschätzten Kosten (Stand 07/2019) belief sich auf ca. 6.750.000,- EUR für die Kindertagesstätte und ca. 2.190.000,- EUR für die Mensa.

Da der Auftragswert für das anfallende Objektplanungshonorar den nach Vergabeverordnung festgelegten Schwellenwert (VgV = 214.000,- EUR/netto) überschreitet und dies dazu führt, dass die Architektenleistung nach den EG-Bestimmungen europaweit auszuschreiben sind, wurde ebenso mit Sitzungsvorlage 2019/164 beschlossen, ein VgV-Verfahren (Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge) einzuleiten und durchzuführen.

VgV-Verfahren

Die erforderliche Objektplanungsleistung ist im Rahmen von Verhandlungsverfahren mit vorheriger öffentlicher Aufforderung zur Teilnahme (Teilnahmewettbewerb) an die/den geeignetsten Bewerber zu vergeben (§ 74 i.V.m. §17 VgV).

Um die Angebote und Qualifizierungen entsprechend bewerten zu können, wurden vor der Ausschreibung, gemeinsam mit dem beauftragten Büro Klotz und Dressel GmbH, Teilnahmebedingungen erstellt. Hierzu gehörte u.a. auch die Festlegung der Honorarzone gemäß HOAI.

Mit Auftragsbekanntmachung vom 12.07.2021 wurde die Objektplanungsleistung europaweit ausgeschrieben. Zum Ende der Teilnahmefrist am 09.08.2021, 10:00 Uhr sind 14 Teilnahmeanträge eingegangen.

Die Prüfung und Wertung erfolgte durch das Büro Klotz und Dressel GmbH auf der Grundlage der bekanntgemachten Teilnahmebedingungen.

Es wurden daraufhin fünf Büros zu Verhandlungsgesprächen am 28.10.2021 eingeladen. Anhand eines vorher festgelegten Kriterienkatalogs (Auftragskriterien) wurden die Präsentationen gemeinsam mit dem Baubürgermeister, dem Gebäudemanagement, dem Amt für Jugend, Familie und Schule und dem Bauverwaltungs- und Bauordnungsamt bewertet.

Nach der Auswertung der Auftragskriterien gemäß § 58 VgV i.V.m §127 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) ergibt sich die im Sachvortrag zu erläuternde

Rangfolge.

Das Büro Schlude Ströhle Richter Architekten BDA, Silberburgstrasse 70a, 70176 Stuttgart geht demnach als das geeignetste Büro zur Planung und Umsetzung des Projektes aus dem VgV-Verfahren heraus.

Die vorgestellten ersten Ideenskizzen sind als Anlage beigefügt.

Förderprogramm:

Das Programm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2020-2021“ kann hier nicht mehr in Anspruch genommen werden, da die Abrechnung bis 30. Juni 2023 getätigt sein muss. Es wird jedoch rechtzeitig geprüft, ob ein Nachfolgeprogramm aufgelegt wird. Sollte dies der Fall sein beträgt die Förderung für eine neu eingerichtete Gruppe 120.000,- EUR. Ebenfalls wird bezüglich der Mensa mit Betreuungsräumen das Schulsanierungsprogramm geprüft und die Anträge gestellt.

Weitere Vorgehensweise

- Nach der Genehmigung der Beauftragung des Architekturbüros wird unverzüglich mit der Planung begonnen. Die Beauftragung durch die Verwaltung erfolgt immer stufenweise. Erst nach Abschluss der Leistungsphasen 1 bis 4 wird die weitere Beauftragung der Leistungsphasen 5 bis 9 vorgenommen.

- Die erforderlichen weiteren Planungsleistungen (Technische Ausrüstung, Tragwerksplanung, Außenanlagen, Bauphysik, Brandschutz, Sigeko usw.) werden bei Notwendigkeit unter Durchführung weiterer VgV-Verfahren ausgewählt bzw. im Rahmen einer freihändigen Vergabe gefunden und dem Gremium zur Kenntnisnahme vorgelegt.

- Die Verwaltung geht davon aus, dass dem Gemeinderat voraussichtlich im Sommer 2022 die Vorentwurfsplanung und die Kostenschätzung mit der Genehmigung der Gesamtmaßnahme für den Neubau des Bildungscampus Ezach vorgelegt werden kann.

- Die Baugenehmigungsplanung soll nach der Genehmigung der Gesamtmaßnahme zeitnah eingereicht werden, so dass mit der Erteilung der Baugenehmigung eventuell schon Anfang 2023 gerechnet werden kann.

Anlage/n

1 Ideenskizze - Lageplan (öffentlich)

2 Ideenskizze - Grundriss EG (öffentlich)

3 Ideenskizze - Grundriss OG (öffentlich)

4 Ideenskizze - Ansichten (öffentlich)

ankommen schule
ankommen mensa
mensa
schule
kita
ankommen kita
ankommen schule
wohnen

mensa
kita
kita
wohnen

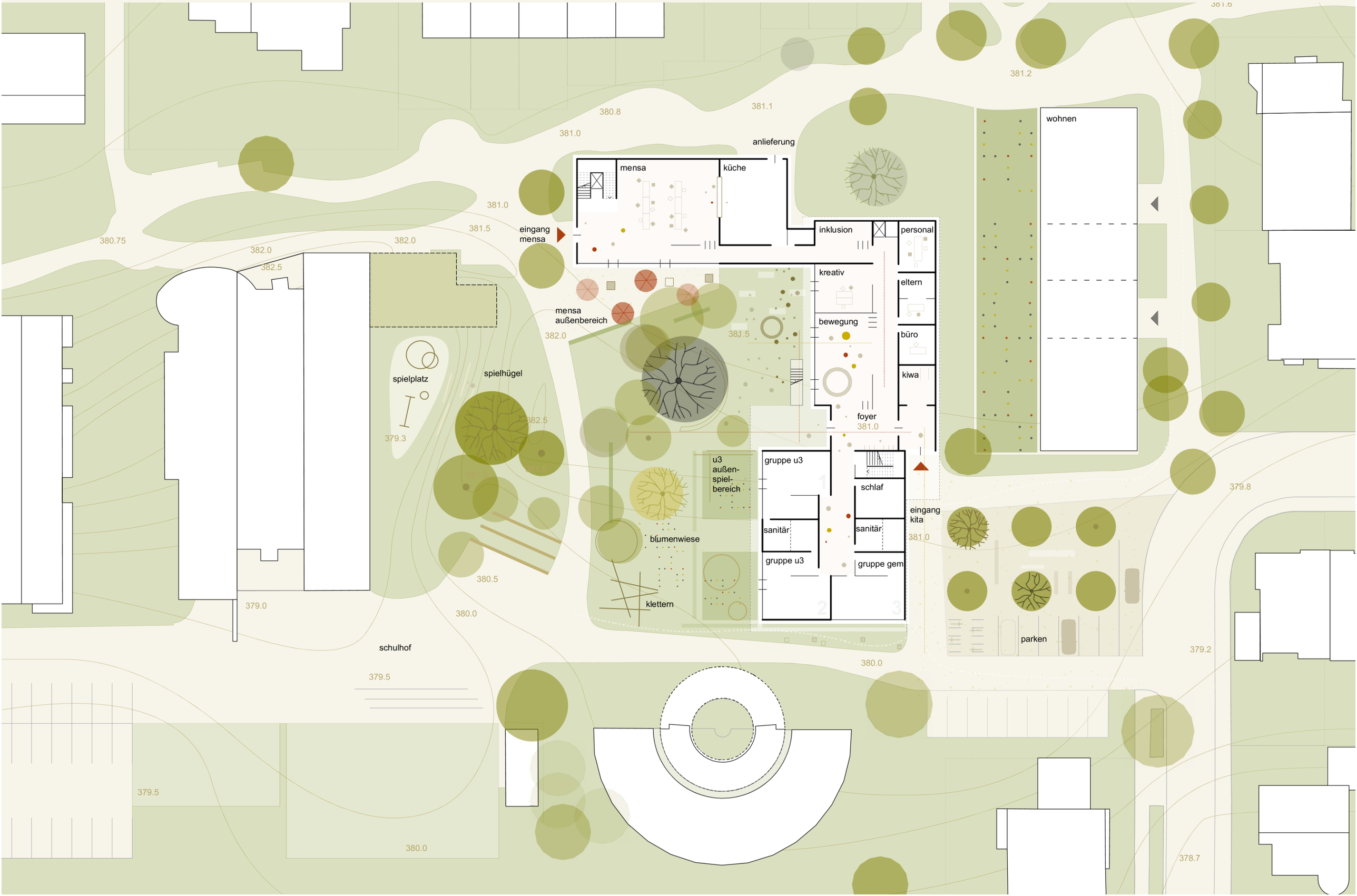
anlieferung
mensa II
kita II
wohnen III
kita II
spielplatz
spielhügel
blumenwiese
sitzstufen
klettern
vorplatz
P
schulhof

Ideenskizze Kindergarten Ezach

Erdgeschoss | M 1:200

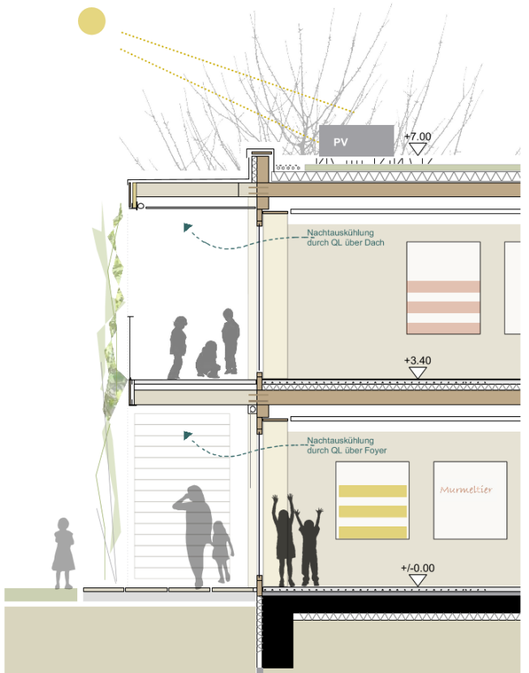
SCHLUDE STRÖHLE RICHTER ARCHITEKTEN BDA

TOP 10 Ö



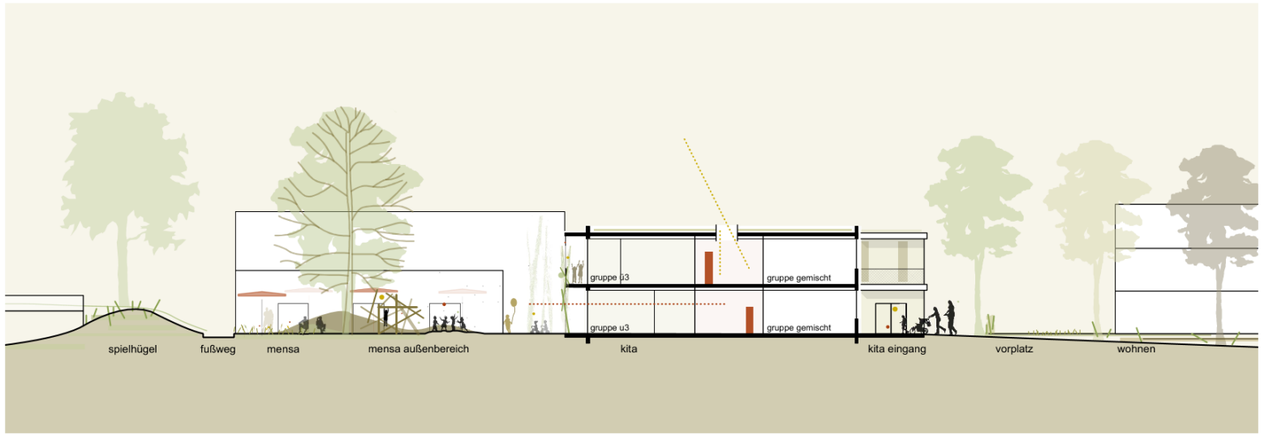
betreuung
betreuung
betreuung
lager
schlaf
gruppe gem.
schlaf
sanitär
gruppe gem.
sanitär
lager
terrasse
marktplatz
gruppe ü2
schlaf
sanitär
sanitär
gruppe ü2
gruppe gem.
wohnen

Ansicht West - Innenhof | M 1:200



Detailansicht | M 1:50

Detailschnitt | M 1:50



Ansicht und Schnitt Süd | M 1:200

Perspektive

2021/409
öffentlich

LEONBERG

Dezernat III
Gebäudemanagement

Bezugsvorlagen:
2020/089; 2020/046

Beratungsfolge	*Ö / N*
Sozial- und Kultusausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Finanz- und Verwaltungsausschuss (Kenntnisnahme)	Ö
Gemeinderat (Entscheidung)	Ö

Umbau EG & UG Eltinger Straße 8 - Obdachlosen- bzw. Flüchtlingsunterkunft mit Option auf bezahlbare städtische Mietwohnungen

Beschlussvorschlag und Kenntnisnahme

1. Im Gebäude Eltinger Straße 8 soll im Erdgeschoss und im Untergeschoss Wohnraum zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen geschaffen werden.

2. Von den von Büro Nixdorf Consult erstellten Planskizzen zum Umbau des Erdgeschosses sowie des Untergeschosses wird Kenntnis genommen.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Umbau der Eltinger Straße 8 zum Zwecke der Unterbringung von Flüchtlingen mit Option auf spätere Nutzung als bezahlbare städtische Mietwohnungen die Leistung für die Planung auszuschreiben und zu vergeben.

4. Die Mittel werden im Haushaltsplan 2022 veranschlagt.

Finanzielle Auswirkungen:

JA [x] NEIN [ ]

Kontierung	Jahr	verfügbares Budget	Finanzbedarf	Bemerkung
752200027026 Umbau EG und UG sowie Anbau Eltinger Straße 8	2022	0	150.000	Der Finanzbedarf ist im Haushaltsplan 2022 zu veranschlagen.
752200027026 Umbau EG und UG sowie Anbau Eltinger Straße 8	2022	0	147.000	Die Verpflichtungs-ermächtigung ist im Haushaltsplan 2022 zu veranschlagen.
752200027026 Umbau EG und UG sowie Anbau Eltinger Straße 8	2023	0	147.000	Der Finanzbedarf ist im Haushaltsplan 2022 zu veranschlagen.

Im Haushaltsplanentwurf 2022 sind keine Mittel für die Maßnahme veranschlagt.

Sachverhalt mit der Stellungnahme der Verwaltung

Hintergrund
Am 28.04.2020 hat der Gemeinderat beschlossen, für das Wohn- und Geschäftshaus Eltinger Straße 8, Flurstücksnummer 3093/1, das Besondere Vorkaufsrecht nach § 25 BauGB auszuüben.
In Vorlage 2020/089 werden als Grund für den Kauf städtebauliche Ziele benannt und ausführlich dargelegt. So umfasst Stadtumbaugebiet wesentliche Teile eines städtebaulichen Neuordnungsbereichs zwischen der historischen Altstadt und der sog. Neuen Stadtmitte. Ein wesentliches Ziel liegt dabei in der baulichen, strukturellen und funktionalen Aufwertung dieses Gebietes.
In dieses Gebiet fällt auch das sogenannte Postareal. Die Stadtumbauziele im Postareal beinhalten unter anderem im nordöstlichen Plangebiet eine Teilfläche (Grünfläche) entlang der Eltinger Straße in städtischem Eigentum zu halten, um (Flächen-) Optionen für andere verkehrliche Lösungen im dortigen Straßenraum offen zu halten. Auch soll die (neue) Gebäudekante an der Eltinger Straße deutlich vom Straßenraum zurückgesetzt werden.
Zur Umsetzung dieser Ziele ist eine vorausschauende Grundstückspolitik erforderlich. (siehe Vorlage 2020/ 046)
Bis die städtebaulichen Umsetzungen in dem Plangebiet erfolgen, ist eine Umnutzung des Erdgeschosses sowie des Untergeschosses der Eltinger Straße 8 vorgesehen.

Aktuelles Nutzungsverhältnis
Das Grundstück ist mit einem 2,5 geschossigen Wohn- und Geschäftshaus bebaut, welches 1937 errichtet wurde. Die Nutzungsänderung der ehemaligen Gaststätte im Erdgeschoss zu einer Spielothek mit Cocktailbar wurde 2010 baurechtlich genehmigt. In den beiden Obergeschossen ist je eine Wohneinheit in Nutzung.
Die im Erdgeschoss eingerichtete Spielothek mit Cocktailbar wird nicht mehr betrieben. Dem Pächter wurde auf Ende 2021 gekündigt, dieser hat bereits vorzeitig die Räumlichkeiten auf Ende Oktober 2021 geräumt.

Die Umnutzung der Räumlichkeiten im Erdgeschoss kann angegangen werden.

Bedarfssituation – Unterbringung Obdachlose und Flüchtlinge
Bedarf besteht vor allem für die Unterbringung für Obdachlose und Flüchtlingen, insbesondere zur Anschlussunterbringung von Flüchtlingen.

Statistik

Stich-tag	Ge-samt	Fälle obdachlos					Fälle Anschlussunterbringung				
	Personen	Haushalte	Personen	Familien	Kinder	Allein-stehende	Haushalte	Personen	Familien	Kinder	Allein-stehende
31.12. 2017	**523**	**126**	**196**	**23**	**29**	**103**	**84**	**327**	**56**	**160**	**28**
31.12. 2018	**638**	**144**	**227**	**27**	**37**	**117**	**134**	**411**	**71**	**187**	**63**
31.12. 2019	**547**	**147**	**222**	**31**	**34**	**116**	**138**	**400**	**66**	**176**	**72**
31.12. 2020	**580**	**145**	**219**	**34**	**41**	**111**	**135**	**361**	**58**	**160**	**77**
31.10. 2021	**551**	**135**	**208**	**32**	**44**	**103**	**120**	**343**	**59**	**169**	**61**

Unterbringungssituation
Die Unterbringungssituation nach wie vor äußerst angespannt.

Aufgrund der Situation auf dem freien Mietwohnungsmarkt und aufgrund von gesetzlichen Wohnsitzauflagen ist die Fluktuation in den bestehenden Unterkünften nach wie vor gering.

Seit Ende 2018 mit einem Höchststand an untergebrachten Personen sind mehrere Unterkünfte weggefallen, sei es durch Auslaufen von Mietverträgen oder anderweitiger Nutzung / geplantem Abbruch der Immobilie.

Im Rahmen der Anschlussunterbringung muss die Stadt Leonberg nach der vorläufigen Quote für 2021 43 Personen aufnehmen. Die Aufnahme für das Jahr 2021 ist noch nicht abgeschlossen, bis 31.10.2021 wurden 33 Personen aufgenommen.

Das Landratsamt Böblingen hat die Kommunen im Landkreis Ende September darüber informiert, dass sich die Zugangszahlen bis Mitte des Jahres 2021 mit monatlich ca. 25 Flüchtlingen auf niedrigem Niveau bewegten. Seit Juli haben sich die Zugangszahlen für den Landkreis auf rund 60 Personen erhöht und damit mehr als verdoppelt. Bekannt ist inzwischen zudem, dass die Erstaufnahmekapazitäten des Landes nahezu ausgeschöpft sind und die Landesaufnahme insgesamt ansteigt. Es ist davon auszugehen, dass dies kein vorübergehender Trend sein wird, sofern sich die Flüchtlingssituation nicht wesentlich verändert.

Daher muss die Stadt Leonberg für 2022 mit einer Aufnahmequote von ca. 80 Personen rechnen. Aus heutiger Sicht kann die voraussichtliche Aufnahmequote für 2022 mit dem vorhandenen Bestand an Unterkünften nicht erfüllt werden.

Der notwendige Bedarf an Wohnraum kann durch Anmietungen nicht gedeckt werden. Daher ist die Errichtung eigener Unterkünfte dringend notwendig.

Umbau
Zur Beurteilung der Umnutzung des Erdgeschosses sowie Untergeschosses wurde durch Architekturbüro Nixdorf Consult eine Machbarkeitsstudie erstellt.
Maßgabe war die Prüfung bezüglich Umbau zwecks künftiger Nutzung als Obdachlosen- bzw. Flüchtlingsunterkunft mit 1-2 Personenzimmern.
Auch sollte die Option gegeben sein mit geringen weiteren Umbaumitteln künftig eine Nutzung als bezahlbare städtische Mietwohnungen zu erhalten. In Anlage 01 ist die aktuelle Planskizze vom EG und UG angefügt.

Wohnraum
Durch den Umbau wird eine Wohnmöglichkeit für ca. 8-10 Personen geschaffen.
Im Erdgeschoss entsteht eine Wohnfläche von ca. 115m² (für 6-8 Personen), im Untergeschoss eine Wohnfläche von ca. 40m² (für 2 Personen).
Die Eingriffe in die Bausubstanz sollen so gering wie möglich gehalten werden. Die neue Raumaufteilung der Wohnung im Erdgeschoss erfolgt auch deshalb in Trockenbauweise. Im Untergeschoss soll der Anbau, welcher derzeit als Abstellraum genutzt wird, an die Wohnung angeschlossen werden.
Für den Umbau werden neben Trockenbauarbeiten zur Raumaufteilung auch Zwischenwände rückgebaut und Tischler-, Fliesen und Verglasungsarbeiten (Herstellen von Fensterflächen) sowie Bodenbelags- und großflächige Gebäudereinigungsarbeiten auszuführen sein.

Technik
Die technische Situation im Bestand ist über die Zeit gewachsen/erweitert worden und teils marode, sie muss angepasst werden.

Derzeit erfolgt die Versorgung von Heizung und Warmwasser für das Erdgeschoss durch Gastherme und Warmwasserbereiter im Untergeschoss.
Die Heizung des ersten Obergeschosses erfolgt durch einen gasbefeuerten Kachelofen. Die Warmwasserversorgung erfolgt durch den Warmwasserbereiter aus dem Untergeschoß.
Die Heizung des zweiten Obergeschosses erfolgt ebenfalls über einen gasbefeuerten Kachelofen. Die Warmwasserversorgung erfolgt über einen Elektrospeicher über der Badewanne.
In Zukunft soll eine Zentrale Wärmeerzeugung mit Gasbrennwerttherme die Versorgung der Heizung sicherstelle. Eine Einzelabrechnung durch Wohnungsstationen und Wärmemengenzähler ist möglich. Die Wohnungsstationen übernehmen die Regelung der Raumbeheizung sowie die Warmwasserbereitung über Plattenwärmetauscher dezentral.

Kosten (brutto)
Im Rahmen der Machbarkeitsbetrachtung wurden die voraussichtlichen Kosten grob geschätzt und setzen sich wie folgt zusammen.

Bauwerksarbeiten (inkl. Küche)	ca 115.000 €
Technische Anlagen	ca. 113.000 €
Nebenkosten	ca. 69.000 €
Summe	ca. 297.000 €

Ziele der Maßnahme/ Weiteres vorgehen
Wie dargestellt soll durch den Umbau Wohnraum zur Aufnahme von Flüchtlingen im Wege der Anschlussunterbringung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz geschaffen werden. Überdies bieten die Räumlichkeiten perspektivisch die Option der Nutzung als bezahlbare städtische Mietwohnungen.
Zur Umgestaltung des Erdgeschosses und Untergeschosses sollen im nächsten Schritt Angebote für Planungsleistungen eingeholt, die Planer beauftragt sowie die Planungstätigkeit begonnen werden.

Anlage/n

1 2021_409_Anlage_01 (öffentlich)

LEONBERG

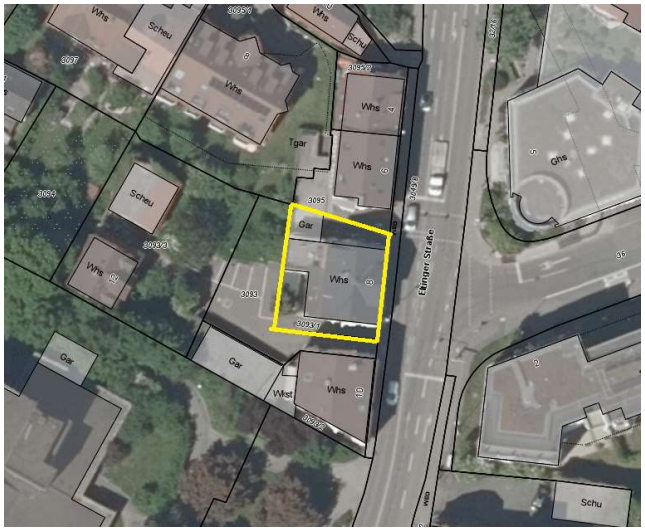
Anlage zu 2021/409
Umbau Eltinger Straße 8

- **Sozialausschuss** **01.12.2021**
- **Verwaltungsausschuss** **08.12.2021**
- **Gemeinderat** **14.12.2021**

Umbau Eltinger Straße 8

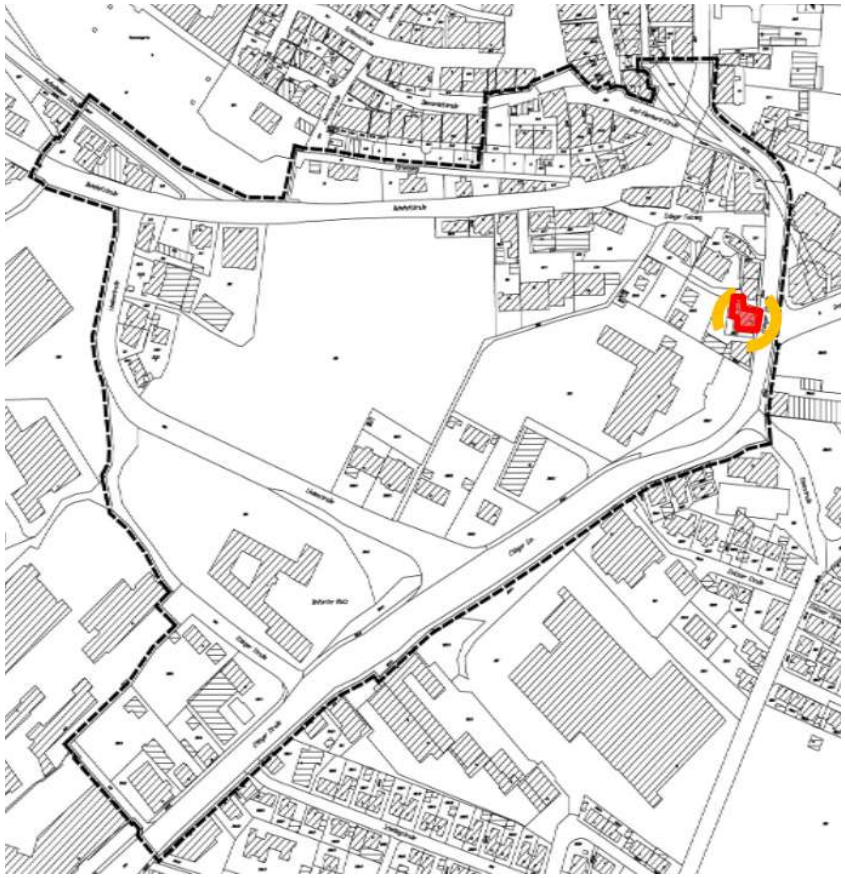
LEONBERG

Lageplan



Grundstück 3093/1 – Eltinger Straße 8

Außenansicht



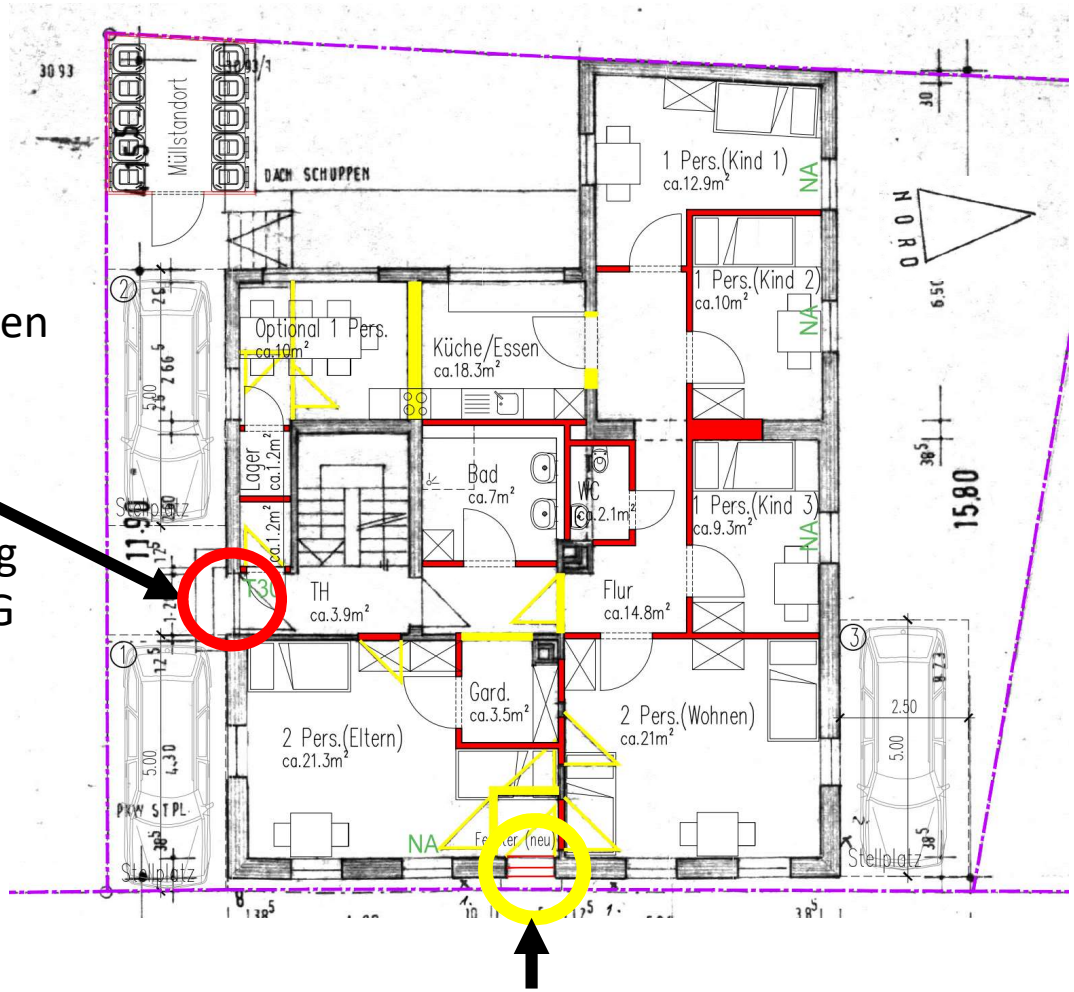
Stadtumbaugebiet

Umbau Eltinger Straße 8

LEONBERG

Erdgeschoss

Eingang Wohnungen
01.OG/02.OG
Bestand
=
künftiger Eingang
01.OG/02.OG/EG



Eingang EG Spielothek bisher (Richtung Eltinger Straße)

neu

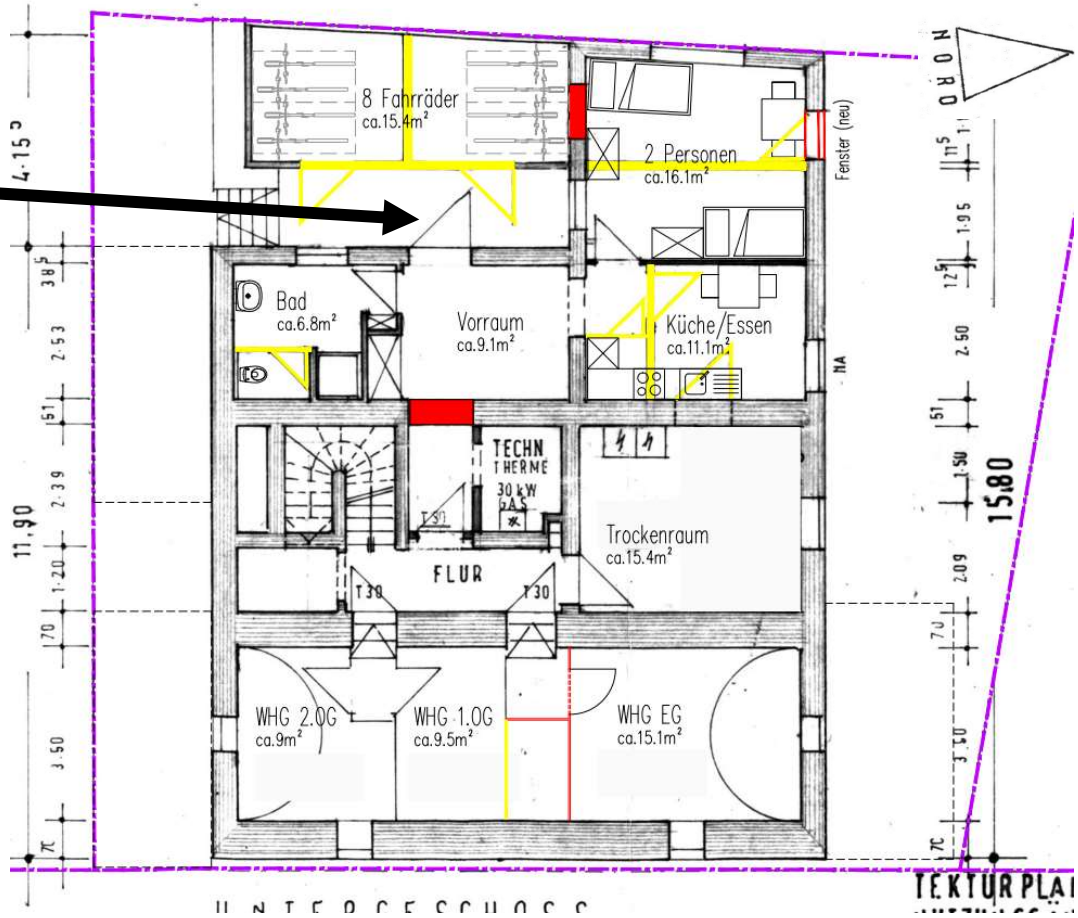
Rückbau

Umbau Eltinger Straße 8

LEONBERG

Untergeschoss

Eingang



neu

Rückbau